

**Der Iran in der internationalen Politik 1939-1948**

**Inauguraldissertation zur Erlangung des akademischen Doktorgrades  
an der Philosophischen Fakultät der Universität Mannheim**

**Vorgelegt von  
Ahamd Ali Asadpour  
2002**

**Gewidmet**

**den Vereinten Nationen,**

**meiner Tochter Rebecca und meinem Bruder Habib**

	<b>Inhaltsverzeichnis</b>	<b>Seite</b>
I.	Einleitung	6
I.1.	Forschungsstand	7
II.	Der parlamentarische Prozess im Iran Die Komplexität der iranischen Verfassung	12
II.1.	Das Parlament	12
II.1.2.	Das Kabinett	17
II.1.3.	Der Schah und sein königlicher Hof	22
II.2.	Die Parlamentsperioden von der ersten bis zur 13. Periode (1907-1941)	24
II.2.1.	Die Parlamentsperioden von der ersten bis zur vierten Periode (1907-1924)	24
II.2.2.	Die Parlamentsperioden von der fünften bis zur 12. Periode (1924-1941)	33
II.3.	Die Parlamentsperioden von der 13. bis zur 15. Periode (1941-1949)	38
II.3.1.	Die 13. Parlamentsperiode (1941-1943)	38
II.3.2.	Die 14. Parlamentsperiode (1943-1945)	47
II.3.3.	Die 15. Parlamentsperiode (1947-1949)	62
II.4.	Zusammenfassung	73
III.	Der Iran und Großbritannien	75
III.1.	Die britisch-iranischen Beziehungen bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges im Jahre 1939	75
III.2.	Die britisch-iranischen Beziehungen vom Ausbruch des Zweiten Weltkrieges im Jahre 1939 bis zum britischen Einmarsch in den Iran im Jahre 1941	83
III.3.	Die erste Phase der britischen Iranpolitik (die offensive Phase der britischen Iranpolitik von April 1941 bis Juni 1942)	91
III.3.1.	Die britische Vorbereitung für den militärischen Einmarsch in den Iran am 25. August 1941	91
III.3.2.	Von der Invasion im Iran am 25. August 1941 bis zum Dreimächtevertrag am 29. Januar 1942	98
III.3.3.	Die Absetzung Reza Schahs	103
III.3.4.	Die Installierung des neuen Schahs (Mohammed Reza Schah 1941-1979)	105
III.3.5.	Kooperation mit der iranischen Regierung: Auf dem Weg zur Normalität mit dem Bündnisvertrag vom 29. Januar 1942	110
III.4.	Die zweite Phase der britischen Iranpolitik (die defensive Phase der britischen Iranpolitik)	116
III.4.1.	Die Hungersnot	116
III.4.2.	Die Einmischung in die iranische Verwaltung	122
III.4.3.	Die Rückgewinnung der iranischen Öffentlichkeit	124
III.4.4.	Die Unterstützung der Partei Erade-e-melli (Partei des Nationalen Willens)	128
III.5.	Die Krisenjahre 1945-1947	134
III.5.1.	Die Auswahl Qavams	136
III.6.	Die dritte Phase der britischen Iranpolitik	143
III.6.1.	Die Rückkehr zur alten Strategie: Die iranische Teilung in zwei Einflusszonen 1947-1948	143
III.7.	Zusammenfassung	146

IV.	Der Iran und die Sowjetunion	149
IV.1.	Die sowjetisch-iranischen Beziehungen bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges im Jahre 1939	149
IV.2.	Die sowjetisch-iranischen Beziehungen vom Ausbruch des Zweiten Weltkrieges im Jahre 1939 bis zum sowjetischen Einmarsch in den Iran im Jahre 1941	153
IV.3.	Die erste Phase der sowjetischen Iranpolitik von 1941 bis 1945	156
IV.3.1.	Kooperation mit der iranischen Bevölkerung 1941-1943	156
IV.3.2.	Unterstützung der Tudeh-Partei	161
IV.3.3.	Konfrontation mit der iranischen Regierung im Nordiran 1941-1943	164
IV.3.4.	Kooperation mit der iranischen Bevölkerung 1943-1945	170
IV.3.5.	Distanzierung der sowjetischen Regierung von der Kooperation mit der iranischen Bevölkerung	177
IV.3.6.	Konfrontation mit der iranischen Regierung im Nordiran 1944-1945	179
IV.4.	Die zweite Phase der sowjetischen Iranpolitik von 1945 bis 1947	183
IV.4.1.	Die iranische und die sowjetische Regierung auf dem Weg zur Verständigung und Versöhnung 1945-1946	183
IV.5.	Die dritte Phase der sowjetischen Iranpolitik von 1947 bis 1948 (Rückkehr zur alten Strategie von vor dem Zweiten Weltkrieg)	192
IV.5.1.	Der Iran und die Sowjetunion nach der Ablehnung des Qavam-Sadchikow-Abkommens	192
IV.6.	Die sowjetische Regierung und der Nordiran (die Ziele der Sowjetunion im Iran)	196
IV.7.	Zusammenfassung	201
V.	Erdölkrise	204
V.1.	Der Weltenergiemarkt und das Erdöl	204
V.2.	Die Entwicklung der amerikanischen Erdölpolitik	206
V.3.	Die Entwicklung der iranischen Erdölpolitik	210
V.4.	Die Entwicklung der iranischen Erdölindustrie	213
V.5.	Die Alliierten und die Ölkonzessionen im Iran zwischen 1941 und 1947	215
V.5.1.	Die Auseinandersetzungen um die Ölkonzessionen während des Zweiten Weltkrieges	215
V.5.2.	Die erste Phase der iranischen Erdölkrise	215
V.5.3.	Der Konzessionserwerb der sowjetischen Regierung	220
V.5.4.	Die Reaktion der Tudeh-Partei	222
V.5.5.	Die Reaktion des iranischen Parlaments und ihre Folgen	227
V.6.	Die zweite Phase der iranischen Erdölkrise	232
V.6.1.	Der Abzug der Alliiertentruppen aus dem Iran oder das erste Signal des Kalten Krieges	232
V.6.2.	Die Drei-Mächte-Kommission	237
V.6.3.	Die Beziehungen der iranischen Regierungen (Bayat, Sadr und Hakimi) zur Sowjetunion	242
V.7.	Die Iranfrage vor den Vereinten Nationen	246
V.7.1.	Von der Regierung Hakimi bis Qavam	246
V.7.2.	Die Doppelstrategie Qavams	250
V.7.3.	Iranisch-sowjetische Verhandlungen in Teheran unter Qavam-Sadchikow	265
V.8.	Zusammenfassung	276
VI.	Die Autonomiebewegungen in Aserbaidshan und in Kurdistan	278

VI.1.	Aserbaidschan	278
VI.1.1.	Aserbaidschan bis zum Einmarsch sowjetischer Truppen in den Iran im Jahre 1941	278
VI.1.2.	Aserbaidschan von der sowjetischen Besetzung im Jahre 1941 bis zur Gründung der DPA im Jahre 1945	281
VI.1.3.	Die aserbaidschanische Autonomieregierung unter DPA (1945-1946)	286
VI.1.4.	Das Ende der aserbaidschanischen Autonomieregierung	306
VI.1.5.	Bewertung der aserbaidschanischen Autonomiebewegung	309
VI.2.	Kurdistan	311
VI.2.1.	Kurdistan bis zum Einmarsch sowjetischer sowie britischer Truppen in den Iran im Jahre 1941	311
VI.2.2.	Kurdistan von der sowjetischen sowie britischen Besetzung im Jahre 1941 bis zur Gründung der Komala im Jahre 1942	314
VI.2.3.	Die Gesellschaft zur Wiedererweckung Kurdistans (Komala) und die Demokratische Partei Kurdistan (DPK)	316
VI.2.4.	Die Autonomieregierung Kurdistans (die Kurdische Volksrepublik von Mahabad)	320
VI.2.5.	Das Ende der kurdischen Autonomieregierung	326
VI.3.	Die Folgen der Auflösung der Autonomieregierungen	330
VI.4.	Zusammenfassung	338
VII.	Der Iran und die USA	339
VII.1.	Die amerikanisch-iranischen Beziehungen bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges im Jahre 1939	339
VII.2.	Die erste Phase der amerikanischen Iranpolitik vom Ausbruch des Zweiten Weltkrieges im Jahre 1939 bis zur Teheran-Konferenz im Jahre 1943	343
VII.2.1.	Kooperation zwischen Großbritannien und den USA im Iran	344
VII.2.2.	Kooperation im Transportwesen	344
VII.2.3.	Kooperation in den Finanzangelegenheiten	348
VII.2.4.	Die zweite Mission Millspaugh's	349
VII.2.5.	Kooperation im Militärwesen	351
VII.2.6.	Die Teheran-Konferenz	353
VII.2.7.	Die Entwicklung der amerikanischen Doppelstrategie im Iran	355
VII.3.	Die zweite Phase der amerikanischen Iranpolitik	358
VII.3.1.	Vom Verbündeten zum Kritiker des Kalten Krieges	358
VII.3.2.	Die Krisenjahre 1944-1947 (Erdöl-, Aserbaidschan-, und Kurdistankrise)	361
VII.4.	Die dritte Phase der amerikanischen Iranpolitik	368
VII.4.1.	Truman-Doktrin	368
VII.4.2.	Kooperation zwischen den USA und Großbritannien und ihre Auswirkung im Iran	370
VII.4.3.	Der Iran und die USA auf dem Weg zu einer dauerhaften Zusammenarbeit	373
VII.5.	Die mentale Anpassung der Iraner an die internationale Politik	375
VII.5.1.	Die Anlehnung an die britische und sowjetische Iranpolitik	375
VII.5.2.	Die Anlehnung an die sowjetisch-amerikanische Iranpolitik	376
VII.5.3.	Die Politik des negativen Gleichgewichtes	377
VII.5.4.	Die Anlehnung an die britisch-amerikanische Iranpolitik	378
VII.6.	Zusammenfassung	381

VIII.	Schlussbemerkung	383
IX.	Anhang	387
IX.1.	Der iranische Kalender im Vergleich mit dem deutschen Kalender	387
IX.2.	Die Ministerpräsidenten des Irans von 1941 bis 1953 sowie die Botschafter des Irans und der Mächte	388
IX.3.	Abkürzungen	389
IX.4.	Zeittafel	390
IX.5.	Tab. 1-7	393
X.	Quellen- und Literaturverzeichnis	396
X.1.	Iran	396
X.1.1.	Unveröffentlichte Quellen	396
X.1.2.	Veröffentlichte Quellen	396
X.1.3.	Das Parlament	396
X.1.4.	Die Regierung	397
X.2.	Großbritannien	398
X.2.1.	Unveröffentlichte Quellen	398
X.2.2.	Veröffentlichte Quellen	398
X.3.	Sowjetunion	399
X.3.1.	Veröffentlichte Quellen	399
X.4.	USA	399
X.4.1.	Veröffentlichte Quellen	399
X.5.	Vereinte Nationen	400
X.6.	Tagebücher, Briefe, Memoiren, Biographien	400
X.7.	Darstellungen und Einzelstudien	402
X.8.	Zeitungen und Zeitschriften	411

## **I. Einleitung**

Die Zeit zwischen 1939 und 1948 war eine bedeutende Phase der iranischen Geschichte. In dieser Zeit geriet der Iran<sup>1</sup> in den Mittelpunkt der Interessen der Großmächte. Das iranische Schicksal war eng mit seinen internationalen Beziehungen verbunden, denn viele iranische Probleme waren infolge der Kriegssituation und Besetzung des Landes entstanden. Daher musste der Iran seine Probleme direkt durch Verhandlungen mit anderen Staaten lösen. Der Iran erklärte seine Neutralität. Seine geostrategische Lage und die gute wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Deutschen lieferten den neuen Verbündeten (Großbritannien und Sowjetunion) jedoch einen guten Vorwand dafür, den Iran militärisch zu besetzen und in zwei Einflusszonen zu teilen. Die Herrschaft der iranischen Regierung wurde außer Kraft gesetzt. Reza Schah wurde unter dem Druck der Alliierten abgesetzt. Infolgedessen wurde eine demokratische Atmosphäre geschaffen, die in der Zeit nach der konstitutionellen Revolution von 1906 beispiellos war. Parteien wurden zugelassen und die Pressefreiheit wurde garantiert. Die parlamentarische Demokratie ermöglichte einer nationalistischen Gruppe, eine neue selbständige iranische Politik auszuarbeiten.

Am Ende des Zweiten Weltkrieges unterstützte die Sowjetunion zwei Autonomieregierungen im Nordiran. Großbritannien bildete im Gegensatz dazu zwei Autonomieregierungen im Südiran.

Viele Forscher sehen in der Politik der USA gegenüber dem Iran imperialistische Zielsetzungen. Es wird behauptet, dass nur das amerikanische Vorhaben eine Rolle gespielt habe. Dabei wird dem iranischen Interesse an dieser Zusammenarbeit geringfügige Achtung geschenkt. Weiterhin wird die These vertreten, die USA hätten nur den Einfluss Großbritanniens im Iran verdrängt, obwohl die USA mit Hilfe Großbritanniens und der iranischen Regierung den sowjetischen Einfluss im Iran eindämmten.

Es stellt sich die Frage, in welchem Umfang die Politik des untergehenden britischen Empire und die der aufstrebenden amerikanischen Weltmacht gegenüber dem Iran miteinander harmonierten. Inwieweit waren die Special Relationship und die ihr innewohnenden Machtstrukturen nach der Globalisierung des Kalten Krieges für die britische und die amerikanische Iranpolitik von Bedeutung? Konnten die Vereinigten Staaten die britische Position im Mittleren Osten im Allgemeinen und im Iran im Besonderen für ihre Ziele in der Auseinandersetzung mit der Sowjetunion nutzen, oder standen die Zielsetzungen und die Vorgehensweise des britischen Empire der amerikanischen Politik eher im Wege?

---

<sup>1</sup> Im Jahre 1934 wurde Persien in den Iran umbenannt. Seither werden beide Begriffe, die identisch sind, in der Literatur genutzt.

Um zu einer fundierten Beantwortung dieser Fragen zu kommen, wird zuerst gezeigt werden, wie sich die britischen, sowjetischen und amerikanischen Interessen im Iran bis 1948 entwickelten. Diese Phase wird vor dem Hintergrund der gestiegenen Bedeutung des Öls im Mittleren Osten betrachtet. Insbesondere wird gezeigt, wie sich die unterschiedlichen und die gemeinsamen Interessen und Zielsetzungen Großbritanniens und der USA herauskristallisierten und wie sich diese wiederum auf die anglo-amerikanischen Beziehungen auswirkten. Demzufolge werden die Episoden beschrieben werden, in denen besonders deutlich zu Tage tritt, wie die USA im Laufe der Zeit immer stärker in den Iran involviert wurden.

Die vorliegende Arbeit gliedert sich nach folgenden Gesichtspunkten:

Im zweiten Kapitel wird beschrieben, mit welchen Grundlagen und Rahmenbedingungen das iranische Parlament, das Kabinett und der königliche Hof in Anwesenheit der Alliiertentruppen zu arbeiten hatten.

In den Kapiteln 3, 4 und 7 werden die britische, die sowjetische und die amerikanische Iranpolitik dargestellt, ihr Einfluss untereinander und auf den Iran analysiert. Es wird erörtert, welche Ziele sie im Iran verfolgten und ob diese erfolgreich waren. Außerdem werden die Rolle der Vereinten Nationen und die Anfangsphase des Kalten Krieges geschildert.

In den Kapiteln 5 und 6 werden die Erdöl-, die Aserbaidschan- und die Kurdistankrise behandelt. Der Zweite Weltkrieg hatte in aller Deutlichkeit gezeigt, dass Öl zu einem bedeutenden Faktor in den langfristigen Sicherheitsüberlegungen der westlichen Allianz während des Kalten Krieges geworden war.<sup>2</sup> Das weltweite Gefüge von Ölreserven, -produktion, -distribution und -konsum wurde verschoben und hatte starken Einfluss auf die sich im Iran anbahnende Auseinandersetzung.

## **I.1. Forschungsstand**

Aus zwei unterschiedlichen Gründen ist die Erforschung dieses Zeitabschnittes (1939-1948) von besonderer Bedeutung: Zum einen hat der Sieg der islamischen Revolution im Jahre 1979 der Tabuisierung dieses Themas, die in der Ära M. R. Schah Pahlavis herrschte,

---

<sup>2</sup> „Access to Middle Eastern oil is essential to Europe and would be essential to US in a long war. Russia could never consolidate a European conquest without Middle Eastern oil.“ Memorandum des Assistant Secretary of State for Near Eastern, South Asian und African Affairs, George McGhee, an Secretary of State Acheson, 27. Dez. 1950, in: FRUS, 1951, Bd. V, S. 4.

ein Ende gesetzt. Zum anderen führte das Ende des Kalten Krieges und die schrittweise Abkehr von orthodoxen Meinungen zu neuen Analysen.<sup>3</sup>

Einige Untersuchungen, die sich auf amerikanische und britische Dokumente stützen, vertiefen unsere Informationen zu dieser Zeitperiode. Das Buch „Iran between two Revolutions“ von Ervand Abrahamian<sup>4</sup> stellt eine soziologische Analyse zwischen 1906 und 1979 dar. Abrahamian bringt die Strukturen der kommunistischen Bewegungen im Iran, insbesondere der Tudeh-Partei, ans Licht.

Das Buch „Iran, the Crisis of Democracy 1941-1953“ von Fakhreddin Azimi<sup>5</sup> beschäftigt sich mit der Frage, wie der Iran in dieser Zeit verwaltet wurde. Das Buch „Iran and the Cold War, the Azerbaijan Crisis of 1946“ von Louise L'Estrange Fawcett<sup>6</sup> behandelt die Wurzeln der Aserbaidshankrise und die Auswirkungen dieser Krise, die zur Anfangsphase des Kalten Krieges führten.

Mit Daniel Yergins „The Prize“ ist 1991 ein Werk erschienen, das in epischer Breite die Geschichte des Öls nachvollzieht. Diese Arbeit vermittelt einen allgemeinen historischen Hintergrund über die Entstehung und Entwicklung der weltweiten Ölinteressen von der ersten Bohrung in Titusville 1859 bis zum Golfkrieg 1991.<sup>7</sup>

Die Entwicklung der Ölinteressen in dem Zeitraum vom Beginn des Zweiten Weltkrieges bis in die frühen fünfziger Jahre behandeln Arbeiten von Helmut Mejcher und David S. Painter. Mejcher legt seinen Fokus auf die Teilung der Welt und auf die Ausweitung und die Festigung der Kontrolle des Öls im Mittleren Osten durch die anglo-amerikanische Allianz. Painter<sup>8</sup> konzentriert sich in „Oil and the American Century“ auf die kooperative Machtausübung durch die Institutionen und Körperschaften der amerikanischen Regierung und der Ölindustrie, die auf internationaler Ebene tätig waren und somit zu einer schlagkräftigen Waffe im Kalten Krieg werden konnten.<sup>9</sup>

Eine gute Analyse in Bezug auf iranisches Erdöl liefert die Dissertation „Antiimperialismus, Öl und die Special Relationship, die Nationalisierung der Anglo-Iranian Oil Company im Iran 1951-54“ von Jürgen Martschukat<sup>10</sup> aus dem Jahre 1995. Er

---

<sup>3</sup> Siehe Kuniholm, 1980: The Origins of the Cold War in the Near East.; Deighton, 1990: The Impossible Peace.; Lambton, 1946: 48-57, The Azerbaijan problem, The World Today II, 1.

<sup>4</sup> Abrahamian, 1982: Iran between two Revolutions.

<sup>5</sup> Azimi, 1989: Iran the Crisis of Democracy 1941-1953, Diss.

<sup>6</sup> Fawcett, 1992: Iran and the Cold War, The Azerbaijan Crisis of 1946.

<sup>7</sup> Siehe Yergin, 1977: The Prize: The Epic Quest for Oil, Money, and Power.

<sup>8</sup> Painter, 1986: Oil and the American Century, The political economy of US foreign Policy 1941-1954.

<sup>9</sup> Mejcher, 1980/1990: Die Politik und das Öl. Bd. 1.; Die Teilung der Welt, 1938-1950, Bd. 2.

<sup>10</sup> Martschukat, 1995: Antiimperialismus, Öl und die Special Relationship, die Nationalisierung der Anglo-Iranian Oil Company im Iran 1951-54.

konzentriert sich stärker auf die Phase zwischen 1948 und 1954, als der Prozess der Nationalisierung des iranischen Erdöls im Gange war. L. Fawcett und J. Martschukat nutzten neben Archiven in London auch unveröffentlichte Dokumente der amerikanischen Regierung in Washington.

Die Dissertation „Die britische Iranpolitik im Zweiten Weltkrieg und der Ausbruch des Kalten Krieges“ von Wolfram Schneider<sup>11</sup> setzt sich zum Ziel, klarzustellen, dass die Sowjetunion eine iranische Erdölkonzession im Jahre 1944 erhalten wollte, „um die durch die deutschen Zerstörungen stark in Mitleidenschaft gezogene sowjetische Wirtschaft wieder aufzubauen.“<sup>12</sup>

Obwohl die Ereignisse im Iran zum ersten großen Zusammenstoß des Kalten Krieges führten, werden die Auseinandersetzungen zwischen den USA, Großbritannien und der Sowjetunion im Iran in dieser Zeitperiode in den meisten Darstellungen, die sich mit dem Entstehen des Kalten Krieges beschäftigen, oberflächlich und kurz behandelt.<sup>13</sup> Dabei werden die iranischen Quellen außer Acht gelassen. Die vorliegende Arbeit soll diese Lücke füllen. Die Dokumente des amerikanischen Ministeriums ergänzen die iranischen Dokumente dieser Zeit, insbesondere weil in bisher veröffentlichten Arbeiten beide Quellen bis dato nicht gegenübergestellt bzw. gemeinsam bearbeitet wurden. Die bilateralen Kontakte zwischen Vertretern der iranischen Seite und der westlichen Regierungen sind aus dem anglo-amerikanischen Blickwinkel in den britischen und amerikanischen Archiven dokumentiert.

Das Fundament dieser Arbeit bildet die diplomatische Korrespondenz der USA und Großbritanniens im Dreieck Washington-Teheran-London. Aufgrund der Sensitivität der Iranpolitik in den vierziger und fünfziger Jahren handelt es sich hier um teilweise erst kürzlich deklassifizierte Bestände.

Für die iranische Seite werden das Archiv des iranischen Außenministeriums (Archiv e vesarat umur e khareje), das Archiv des Amtes des iranischen Ministerpräsidenten (Archiv e Daftar e nakhustvasiri) und das Archiv des iranischen Nationaldokumentes (Sasman e asnad e melli iran) herangezogen, die zum Teil nach 1986 freigegeben wurden. Auch werden viele Bestände der Parlamentsbibliothek, der Bibliothek der Universität Teheran, der Schied-Behesti (Teheran), der Universität Täbris, der Universität Maschhad sowie der Bibliothek von Astan e Qudes Rasavi (in Meshhad) und des Instituts der politischen und internationalen

---

<sup>11</sup> Schneider, 1996: Die britische Iranpolitik im Zweiten Weltkrieg, 2. Bd.

<sup>12</sup> Schneider, 1996:17, Die britische Iranpolitik im Zweiten Weltkrieg.; Khameii ist der gleichen Auffassung. Siehe Khameii, 1379/2000: 129-130, Die schwierigen Jahre, Teheran-Konferenz und Erdölkrise, Bd. 3.

<sup>13</sup> Siehe Rubin, B. 1980: The Great Powers in the Middle East 1941-1947, London/Totowa.; Kuniholm, 1980: The Origins of the Cold War in the Near East.

Analyse (Moassesa pazuhes wa motala' at e siyasu wa beyno l melali) herangezogen. Auch die iranischen Parlamentsdebatten vom ersten Majlis 1906 bis zum 16. Majlis 1949 werden in dieser Untersuchung genutzt.

Für die britische Seite sind vor allem die Akten des Außenministeriums aufschlussreich, insbesondere die wöchentlichen, monatlichen und jährlichen Berichte und Analysen der britischen Botschafter und Konsulate in den Provinzen zwischen 1905 und 1949. Erkenntnisse über die Bereiche der britischen Iranpolitik, die auf höchster politischer Ebene diskutiert wurden, bieten die in den Kabinettsakten archivierten Protokolle und Memoranden, die über die Kabinettsdiskussionen erstellt oder in diese eingebracht wurden. Allerdings stößt man bei der Behandlung des Irans immer noch stellenweise auf klassifizierte Bestände<sup>14</sup>. Jedoch bieten die äußerst umfangreichen Akten des Foreign Office und des India Office in London, unterstützt von Kabinettsprotokollen und –memoranda, die Möglichkeit, die britische Iranpolitik und ihre Entscheidungsbildung bis ins Detail nachzuvollziehen.

Die Politik der USA wird anhand der publizierten Akten dargestellt.<sup>15</sup>

Die sowjetischen Dokumente spielen in dieser Arbeit keine große Rolle. Es konnten lediglich wenige veröffentlichte Dokumente hinzugezogen werden, da viele sowjetische Dokumente immer noch in der Sowjetunion unter Verschluss liegen.<sup>16</sup>

Die unveröffentlichten Quellen werden durch die zahlreichen publizierten Autobiographien, Memoiren<sup>17</sup> und Tagebücher ergänzt, in denen die Entscheidungsträger aus der Retrospektive über den behandelten Zeitabschnitt reflektieren. Insbesondere die Memoiren der iranischen Politiker dieser Zeit, die sie in der Endphase ihrer Karriere bzw. ihres Lebens - nach der iranischen Revolution von 1979 - veröffentlicht haben. Ihre Memoiren sind deswegen wichtig, da die Verfasser nicht mehr an eine Rückkehr in die Politik dachten wie z.B. Kiyanuri,<sup>18</sup> Eskandari<sup>19</sup> und Sanjabi.<sup>20</sup>

Gesichtet wurden auch Artikel und Berichte in Zeitungen, Zeitschriften.

Ein zeitaufwendiges Problem stellte die Anwendung des persischen Kalenders dar, dem die Dokumente der iranischen Archive und iranische Artikel unterlagen. Neben die persische Datierung wurde auch die lateinische Datierung gestellt, damit die Leser die Ereignisse und

---

<sup>14</sup> Wie die Dokumente über die Absetzung Reza Schahs, die 100 Jahre nicht zur Verfügung stehen.

<sup>15</sup> Papers Relating to the Foreign Relations of the United States (FRUS), 1911-1948.

<sup>16</sup> Wie einige Dokumente der Sitzungen des Politbüros, der Archive des Staatpräsidenten, die Dokumente des KGB und die Dokumente des sowjetischen Generalstabes.

<sup>17</sup> Siehe Acheson, 1969: Present at the Creation.; Anthony Eden 1960, The Memoirs of Anthony Eden.

<sup>18</sup> Eskandari, I. 1372/1993: Eskandari Memoiren

<sup>19</sup> Kiyanuri, N. 1371/1992: Kiyanuri, Memoiren.; Kiyanuri, N. 1376/1997: Gespräch mit der Geschichte.

<sup>20</sup> Sanjabi, K. 1368/1989: Hoffnungen und Hoffnungslosigkeiten, die politischen Memoiren von Dr. Karim Sanjabi. Sanjabi bestand darauf, dass seine Memoiren erst nach seinem Tod veröffentlicht wurden.

Ergebnisse verfolgen können. Auch die persischen Namen machten Probleme, da meist mehrere Schreibweisen nebeneinander existieren. Vorwiegend orientiert sich die vorliegende Arbeit an der deutschen Schreibweise. In den Zitaten wird die ursprüngliche Schreibweise beibehalten (z. B. Aserbajdschan – Azarbaijan).

## **II. Der parlamentarische Prozess im Iran**

### **Die Komplexität der iranischen Verfassung: Parlament, Kabinett und Schah**

#### **II.1. Das Parlament**

Am Ende des 19. Jahrhunderts erlebte der Iran eine soziale Bewegung, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts zu einer konstitutionellen Revolution führte.<sup>1</sup> Am 2. Oktober 1906 hatte der schwerkranke Mosafar-din Schah (1896-1906) ein Dokument unterzeichnet, das später als iranische Verfassung bekannt wurde. Nach der Unterzeichnung der Verfassung wurde der Iran eine konstitutionelle Monarchie. Die Abgeordneten nahmen die Verfassung Belgiens, Frankreichs und Englands als Vorbild und versuchten sie den iranischen Bedürfnissen anzupassen. Die iranische Verfassung vom 31. Dezember 1906 sowie das hinzugefügte „Ergänzende Verfassungsgesetz“ vom 8. Oktober 1907 war so konzipiert worden, dass kein Diktator die Macht im Iran übernehmen konnte. In der Praxis konnte sich dieses aber nicht durchsetzen.

Die Verfassung verteilte die Macht des Staates auf drei Organe: die Exekutive, die Legislative und die Judikative (Art. 27 des Ergänzenden Verfassungsgesetzes).<sup>2</sup> Das Majlis (das iranische Parlament), der Schah (der königliche Hof) sowie das Kabinett (die Regierung) sollten das Land in die Moderne führen. Die Verfassung schrieb dem iranischen Parlament folgende Rechte und Kompetenzen zu:

- Erlass, Änderung, Außerkraftsetzung der Gesetze (Art. 16, 17, 21),
- die Regelung der Finanzen, Aufstellung und Änderung des Budgets sowie des Steuerwesens (Art. 18-21),
- die Erteilung der Konzessionen (Art. 23),
- die Zustimmung zu Staatsverträgen auf allen Gebieten - des Handels, des Gewerbes sowie der Landwirtschaft – (Art. 24),
- die Vergabe bzw. Annahme von Staatsanleihen (Art. 25)
- und die Einsetzung bzw. die Absetzung der Regierung (Art. 27-29 / §§ 60, 61, 64, 67).<sup>3</sup>

Das iranische Parlament<sup>4</sup> - genannt die Nationalversammlung – erließ in der Zeit von 1906 bis 1949, d.h. bis zur Gründung des Senats<sup>5</sup>, der bis dahin zwar in der Verfassung

---

<sup>1</sup> Siehe Scharafschahi, 1968: 39-65, Entwicklung der politischen Macht in Iran, Diss.; Kharabi, Konstitutionelle Bewegung im Iran und ihre sozio- ökonomischen und politischen Voraussetzungen.

<sup>2</sup> Siehe Schajii, 1372/1993: 173, 175, Die politische Elite im Iran von der Konstitutionellen Revolution bis zu der islamischen Revolution, die Entwicklung der Minister im Iran, Bd. 1.

<sup>3</sup> Der Text der iranischen Verfassung und ihre Ergänzung befindet sich in: Tonkaboni, 1961: 200-229, Der Parlamentarismus im Iran, Diss.

vorgesehen, aber nicht verwirklicht worden war, allein die Gesetze. Die Auswahl der Regierung durch das Parlament wurde mit der Bestätigung des Ministerpräsidenten nach der Ernennung des Schahs festgelegt. Danach sollte der Ministerpräsident sein Kabinett dem Majlis vorstellen. Nach der Zustimmung des Majlis war das Kabinett regierungsfähig. Das Parlament hatte verschiedene Mittel in der Hand, um das Kabinett zu überwachen. Die parlamentarische Kontrolle geschah vor allem durch die Anfragen an Minister – ohne Rücksichtnahme auf das aktuelle Programm des Majlis –, die innerhalb von einer Woche zu antworten hatten, und die Vertrauensfrage, die den Parlamentariern bei schlechter Innen- oder Außenpolitik die Möglichkeit verschaffte, das Kabinett oder den verantwortlichen Minister zu entlassen. Die Vertrauensfrage hatte eine besondere Bedeutung im iranischen Parlamentarismus und war häufig die Ursache von Regierungstürzen, da es den Abgeordneten freistand, nach der Antwort über das Schicksal des Kabinetts oder des betreffenden Ministers neu zu entscheiden. Da das Kabinett keine Parteimehrheit hinter sich hatte, konnte es von einem zum anderen Tag seine Mehrheit im Parlament verlieren. Deshalb kam es in dieser Zeit zu schweren Spannungen zwischen dem Parlament und dem Kabinett, so dass man von einem zeitweiligen Freund-Feind-Verhältnis sprechen konnte. Vor allem nahm die Beziehung dann einen derart gespannten Charakter an, wenn gewisse einflussreiche Abgeordnete an der Regierungsbildung interessiert waren oder die Fremdmächte im Iran in Interessenkonflikte gerieten und die Regierung mit einer der Mächte liebäugelte, so dass die Existenz des Staates in Frage gestellt war. Nach Ansicht Taqizadehs war dieser Faktor ein Grund für die politische Instabilität des Irans: Innerhalb von zehn Jahren (1907-1917) gelangten 38 Kabinette an die Macht.<sup>6</sup>

Damit das Parlament die anderen Gewaltorgane unter Kontrolle hielt und wegen seiner Beschlüsse nicht unter Druck gesetzt werden konnte, wurde in der Verfassung festgelegt, dass niemand das Parlament auflösen dürfte. Dies sollte als Garantie für ein stabiles und starkes Parlament dienen. Das Majlis war sogar in der Lage, eine neue Dynastie an die Macht zu bringen, wenn der Schah nicht im Rahmen der Verfassung arbeitete.

Während das Parlament nach außen, d.h. gegenüber den anderen Organen des Staates, so stark auftrat, war es von innen sehr labil. Abgesehen von den labilen Fraktionen und ihrer kurzen Koalitionsdauer, die aufgrund der Sichtweise Einzelner oder Gruppen von Abgeordneten zustande kam, konnten die Abgeordneten der Minderheit mit Hilfe der

---

<sup>4</sup> Das Majlis.

<sup>5</sup> Das iranische Parlament besaß zwischen 1949 und 1979 außer der Volksversammlung noch ein Haus und zwar den Senat (das Zweite Parlament).

<sup>6</sup> Taqizadeh, 1919: 28-31, Die Geschichte des iranischen Parlaments.

Obstruktionspolitik das Majlis beschlussunfähig machen. Ursprünglich war die Überlegung, dass ein Gesetzentwurf vom Majlis nur dann ratifiziert wurde, wenn er zwei Drittel der Abgeordnetenstimmen bekam. Dadurch wollten die Verfassungsschreiber sicher gehen, dass kein Gesetz in Eile oder ohne Mehrheitsstimme erlassen wurde. In der Praxis konnten aber die Minderheitsabgeordneten im Parlament diese konservative Haltung der Verfassungsschreiber für die Durchsetzung ihrer Meinung gegenüber dem Willen der Mehrheitsfraktion im Parlament nutzen. So konnten sie z.B. verhindern, dass Sadr als Ministerpräsident die notwendigen Stimmen für die Bildung seines Kabinetts bekam.

Auch die Art und Weise, wie ein Gesetz im Majlis auf der Tagesordnung stehen sollte, war abhängig vom Kabinett sowie vom Parlamentschef. Im Normalfall legte das Kabinett einen Gesetzentwurf dem Parlament vor, der zunächst von der zuständigen Kommission des Majlis bearbeitet wurde, danach entschied der Parlamentschef darüber, wann der Gesetzentwurf in der Parlamentssitzung behandelt werden dürfte. Daher konnte ein Gesetzentwurf einige Monate in der Kommission diskutiert bzw. deponiert werden. Ein Beispiel dafür war der Gesetzentwurf Qavams aus dem Jahr 1943, in dem er vorsah, dass die „Abgeordneten im Parlament ohne Rücksicht auf ihr Abgeordnetenmandat Ministerposten annehmen durften.“<sup>7</sup> Der Gesetzentwurf wurde der zuständigen Kommission des Majlis vorgelegt und deponiert.<sup>8</sup> Mit anderen Worten, er geriet in Vergessenheit, da die Mehrheit im Parlament gegen den Gesetzentwurf war.

Das Parlament war allein dafür zuständig, die Rechtmäßigkeit des Wahlverlaufes seiner Mitglieder zu prüfen. Eigentlicher Grund für diese Sicherheitsmaßnahme war, dass kein Abgeordneter in das Majlis gelangte, der mit Manipulation oder Fälschung die Wahl gewonnen hatte. In der Praxis war aber die Prüfung des Wahlverlaufs zu einer Waffe der gleichgesinnten Abgeordneten geworden, mit deren Hilfe sie den Abgeordneten, die ihrer Vorstellung nicht entsprachen, den Zutritt ins Parlament verhinderten, wie es z.B. im Falle der Mandatsprüfung von Arsenjani im Jahre 1947 geschah. Um ein Abgeordnetenmandat zu bestätigen, musste der Kandidat eine Stimme mehr als die Hälfte der anwesenden Abgeordneten bekommen. Wenn aber jemand nur die Hälfte der Stimmen bekam, bedeutete dies, er war abgelehnt, wie es z. B. im Falle Pischewaris geschah. Als ein Abgeordneter die Wiederholung der Abstimmung forderte, lehnte es die Mehrheit im Parlament ab.<sup>9</sup> Nach der Akzeptanz des Abgeordnetenmandates genossen die Mitglieder des Parlaments die

---

<sup>7</sup> Bullard an Eden, 27 March 1943, FO371, EP 3507. Bullard war der britische Botschafter in Teheran zwischen 1941 und 1946.

<sup>8</sup> Bullard an Eden, 27 March 1943, FO371, EP 3507.

<sup>9</sup> Eskandari, 1372/1993: 164-165, Memoiren.

Immunitätsrechte. Um die Machtkonzentration im Parlament vor der Ausnutzung durch die Abgeordneten selbst zu schützen, wurde die Periode des Majlis auf zwei Jahre begrenzt (Art. 50 der Verfassung). Die kurze Parlamentsperiode wurde aber von einem negativen Resultat begleitet. Sie führte zur kurzfristigeren Lebensdauer der Kabinette, da jedes Kabinett nach der Zusammenkunft des neuen Majlis zurücktreten und ein neues gewählt werden musste. Zum anderen verhinderte sie den Entwurf eines langfristigen Programms durch das Parlament bzw. das Kabinett.

Um eine programmatische Politik im Lande durchführen zu können, erlaubte die iranische Verfassung nach Art. 21 die Gründung von Parteien. In der Zeit zwischen 1941 und 1949 bildeten oft einflussreiche Personen allein oder gemeinsam mit anderen auf Initiative einer fremden Macht oder der inländischen Oberschicht aus irgendwelchen innen- oder außenpolitischen Motiven Parteien zur Erfüllung ganz bestimmter Pläne. Sie hatten den Charakter von Gelegenheitsparteien. Nach dem Erfolg bzw. nach ihrem Misserfolg verschwanden die Parteien so schnell, wie sie entstanden waren. So schossen häufig Parteien über Nacht wie Pilze aus dem Boden, insbesondere vor der Parlamentswahl. Die Gründe für das schnelle Kommen und Gehen der Parteien waren die Programmlosigkeit sowie Mangel an finanziellen Mitteln. Nur die Tudeh-Partei dürfte eine Ausnahme sein. Die Finanzierung der Parteien wurde nicht von der Verfassung geregelt. Daher gab es immer Schwierigkeiten bei der Durchführung der Parteiprogramme. Selbst die Regierungspartei Qavams (Demokrat-Partei-Iran) konnte nicht mit den finanziellen Problemen fertig werden.<sup>10</sup> Diese führten entweder zur Abhängigkeit von ausländischen Mächten, von Reichen, vom königlichen Hof, vom Kabinett oder zum Verlassen der politischen Bühne.

Bei der Aufstellung der Kandidaten für das Majlis ging es mehr nach Persönlichkeiten als nach Parteilisten. Auch die Tudeh-Partei, die Demokratische Partei Aserbaidschans sowie die Demokrat-Partei-Iran bildeten zwischen 1941 und 1947 keine Ausnahme. So standen die Wahlen ständig unter der Kontrolle der Feudalherren, Stammeshäuptlinge, Reichen und einflussreichen Personen. Die Masse des Volkes, die die demokratischen Spielregeln nicht kannte, nahm die Wahlen aufgrund von wirtschaftlicher Not und gesellschaftlicher Abhängigkeit nie richtig ernst.<sup>11</sup> Obwohl das Majlis nach Artikel 2 des Grundgesetzes als Vertretung der gesamten Bevölkerung des iranischen Staates galt, die sich an den sozialen und politischen Geschäften ihres Landes beteiligen sollte, scheint dies in dieser Zeit kaum der Fall gewesen zu sein. Die Frauen durften nicht wählen. Die Bauern waren Analphabeten. Der

---

<sup>10</sup> Die Regierung Qavams versuchte mit dem illegalen Verkauf der Lebensmittellizenzen an reiche Händler, das finanzielle Problem der Partei zu meistern.

<sup>11</sup> Vgl. Kasemzadeh, 1344/1965 : 392, Die Verfassung, 8. Aufl.

Versuch der Abgeordneten wie Mossadegh<sup>12</sup>, Analphabeten von der Parlamentswahl auszuschließen, schlug im Parlament fehl. Nach der Revolution von 1906 war theoretisch eine parlamentarische Demokratie das politische System Irans. In der Praxis beherrschte jedoch die alte Feudalaristokratie weiterhin das Land. Es bestand eine vertikale, von oben nach unten verlaufende Machthierarchie. Das Parlament besaß den Charakter eines Klubs, in dem die herrschende Klasse ihre Privatgeschäfte betrieb. Selten gelang einem Vertreter der unteren Schichten der Einstieg dort hinein.<sup>13</sup> So berücksichtigte das Parlament kaum die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung und erließ selten die Gesetze, die zur Verbesserung bzw. Abänderung der Lage der großen Mehrheit führten, geschweige denn von den außerordentlichen politischen Zuständen, die die Arbeit des Parlaments ohnehin erschwerten.

Ein großes Problem stellte die Finanzierung des Wahlkampfes dar. In der Verfassung war nicht festgelegt, wie ein Kandidat für einen Parlamentssitz seinen Wahlkampf finanzieren sollte. Daher suchten viele Kandidaten vor ihrer Wahl einen Finanzier. Dieser Finanzier konnte eine einflussreiche lokale Persönlichkeit, das iranische Kabinett, die Armee oder die ausländischen Mächte während der Besatzungszeit (1941-1946) sein. Die finanzielle Unterstützung wurde dann im Falle eines Sieges beglichen. Die Finanziers konnten sich auf diese Weise ihre politische Macht auf der politischen Bühne des Irans sichern. Auch die Tudeh-Partei bildete in diesem Zusammenhang keine Ausnahme. Ein Beispiel dafür ist Eskandari, dessen Finanzierung des Wahlkampfes ein Großgrundbesitzer übernahm.<sup>14</sup> Die finanzielle Unterstützung habe ihm „den Sieg in der Wahl gebracht. Der Großgrundbesitzer hatte 10.000 Toman (die iranische Währung) für meine Wahl ausgegeben. Ich hatte kein Geld, um die Miete für die Lastwagen zu bezahlen, die die Leute zur Urne bringen sollten. Es war nicht einfach. Die Leute hatten keine Transportmittel. Daher musste man für diese Taten Geld ausgeben. Mit leeren Händen geht es nicht. Ich hatte kein Schahi (Cent). Die Partei hatte auch kein Geld.“<sup>15</sup> So blieb der Staat trotz Parlament und Wahlen immer in der Hand der gleichen Feudalaristokratie.<sup>16</sup> Hinzu kam die Manipulation der Wahlen durch die herrschende iranische Regierung, das Militär sowie die Fremdmächte während der Besatzungszeit.

Das Machtgefüge des Parlaments sowie Ablehnung der parlamentarischen Zusammenarbeit mit dem Schah, mit dem Ministerpräsidenten sowie mit den

---

<sup>12</sup> Siehe Musaddiq, 1990: 85-355, Musaddiq's Memoirs, Katouzian, H. (ed.).

<sup>13</sup> Nach der Untersuchung des Instituts für Sozialforschung der Universität Teheran über die Klassenzugehörigkeit der Abgeordneten von der 1. bis zur 20. Legislaturperiode besaßen die Großgrundbesitzer fast immer die Mehrheit in der Nationalversammlung, insbesondere in unruhigen Zeiten, in denen ihre Interessen gefährdet schienen. Siehe Schajii, 1372/1993: 248-306, Die Abgeordneten im iranischen Parlament, Bd. 4.

<sup>14</sup> Eskandari, 1372/1993: 146, Memoiren.

<sup>15</sup> Eskandari, 1372/1993: 148, Memoiren.

<sup>16</sup> Vgl. Farahmand, 1965: 14, Die Wirtschaftsaufbau des Irans.

Besatzungsmächten führten dazu, dass sowohl der Schah, der Ministerpräsident sowie die Besatzungsmächte dem Parlament häufig mit der Auflösung drohten, obwohl sie über keine verfassungsrechtliche Erlaubnis verfügten. Der Schah sprach im Gespräch mit Murray über die Auflösung des Parlaments.<sup>17</sup> Auch Ministerpräsident Soheily wollte wie sein Nachfolger Qavam das Parlament auflösen. Nicht zuletzt war Bullard, der britische Botschafter in Teheran, vom Majlis enttäuscht, da das Majlis nicht bereit war, dem Druck iranischer Geldscheine für die Bedürfnisse der Alliierten zuzustimmen. Das Foreign Office war mit der Forderung Bullards nach der Auflösung des Majlis einverstanden und vertrat die Meinung, „je schneller das Majlis aufgelöst wird, desto besser“.<sup>18</sup> Es sah im Parlament einen Störfaktor in der iranischen Politik. Nur der Widerstand der sowjetischen Regierung verhinderte die Auflösung des Majlis, nachdem das Majlis in die Offensive ging und die Alliierten wegen der herrschenden Inflation beschuldigte. Das Parlament warf den Alliierten vor, „durch die Verweigerung der Lebensmitteltransporte das Land in die Hungersnot zu treiben.“<sup>19</sup> Auf den ersten Blick war es nicht zu erwarten, dass die sowjetische Regierung für den Erhalt des Majlis eintrat, aber wer mit den politischen Ereignissen des Landes vertraut war, dem war klar, dass jede schwache Fremdmacht die demokratische Institution im Iran unterstützte. Im Jahre 1942 lag der Einfluss der sowjetischen Regierung im Vergleich zu dem Großbritanniens an zweiter Stelle. Auch im Jahre 1945 setzte sich der amerikanische Botschafter aus dem gleichen Grund für den Erhalt des Majlis ein.<sup>20</sup>

### **II.1.2. Das Kabinett**

Laut Verfassung<sup>21</sup> ernannte der Schah einen erfahrenen Politiker zum Ministerpräsidenten. Stimmte das Parlament diesem zu, bildete der ernannte Ministerpräsident das Kabinett und stellte das Kabinett dem Majlis zur Zustimmung vor. Die Verfassung räumte dem Parlament ebenfalls das Recht zur Abberufung einzelner Minister des Kabinetts ein: „Wenn Parlament oder Senat mit voller Stimmenmehrheit ihre Unzufriedenheit mit dem Kabinett oder einem einzelnen Minister aussprechen, muss das Kabinett oder der Minister abdanken.“<sup>22</sup> Der Ministerpräsident musste an die Mehrheitskoalition im Majlis einige Ministerposten vergeben, um die Zustimmung bzw. das Vertrauen des Parlaments zu

---

<sup>17</sup> American Ambassador an State Department, 26 June 1945, FRUS, 1945, Bd. VIII, S. 385-386.

<sup>18</sup> FO an Teheran, 19 August 1942, FO 371, EP 31385.

<sup>19</sup> Bullard an FO, 22 Oktober 1942, FO 371 EP 31386.

<sup>20</sup> Siehe Murray an State Department, 1945: 384-385, VIII, 26.6.1945.

<sup>21</sup> Artikel 46 des Ergänzenden Grundgesetzes: „Die Absetzung und Ernennung von Ministern geschieht auf Grund kaiserlichen Befehls.“

<sup>22</sup> Artikel 46 des Ergänzenden Grundgesetzes.

gewinnen, die Stabilität seines Kabinetts zu sichern und gleichzeitig die Bildung einer anderen Mehrheitskoalition im Parlament gegen das Kabinett zu verhindern. Ein Beispiel dafür liefert die Aussage Fakher Hekmats, als das Parlament ihn für das Ministerpräsidentenamt im Dezember 1947 nominierte. Hekmat lehnte die Nominierung mit der Begründung ab, dass „ich von mehr als vierzig (einflussreichen Politikern ...) aus der Umgebung gezwungen wurde, ihnen ein Ministerium zu überlassen. Wenn ich einen von ihnen ablehne, muss ich mit akuten Reaktionen rechnen. Schlimmer noch ist die Erwartung des Schahs, dass ich vier der wichtigsten Ressorts nach seiner Empfehlung besetzen muss. Ein Regierungschef, der selbst keine Macht besitzt, blamiert sich selbst.“<sup>23</sup> Hekmat bevorzugte es, als Parlamentschef tätig zu sein und nicht als der Regierungschef. Einmal versuchte Hakimi im Jahre 1945 als ernannter Ministerpräsident, mit der Regel „vom Nehmen und Geben“ und der daraus resultierten Abhängigkeit von den Koalitionsfraktionen zu brechen. Er wählte selbst die Minister aus und bot der Mehrheitskoalition im Parlament keine Ministerposten an. Die Mehrheitskoalition reagierte schroff auf die Entscheidung Hakimis. Als Hakimi sein Kabinett dem Parlament vorstellte, versagten alle Fraktionen ihre Zustimmung. Hakimi musste zurücktreten, bevor er offiziell mit der Arbeit angefangen hatte.

Der Misserfolg des Ministerpräsidenten, allen Interessierten innerhalb und außerhalb des Parlaments einen Ministerposten zu geben, führte immer wieder zu Intrigen gegen das Kabinett und damit zwangsweise zu seiner Labilität sowie zur Stagnation der Regierungsgeschäfte. Daher waren langfristige Pläne des Kabinetts von vornherein zum Scheitern verurteilt. Das einzige Mittel, das dem iranischen Kabinett gegen Intrigen zur Verfügung stand, war die kurzfristige Pressezensur, die Ausrufung des Ausnahmezustandes oder die Festnahme der Gegner. Allein in der Zeit zwischen 1907 und 1951 gab es im Iran 91 Kabinette, d.h. durchschnittlich fast alle 18 Wochen eine neue Regierung. Diese Tatsache verhinderte jegliche Reform. Das Problem der Labilität des Kabinetts lag in der iranischen Verfassung, in der die Funktion des Kabinetts im politischen System des Irans unklar zum Ausdruck kam. Es fehlten auch die korrektgeregelten Verhältnisse zwischen dem Kabinett und dem königlichen Hof einerseits und dem Majlis andererseits. Nach der Besetzung des Irans im Jahre 1941 kamen noch zwei mächtige fremde Regierungen dazu, die das Verhältnis zwischen diesen Organen noch mehr belasteten.

---

<sup>23</sup> SAMI, 1371/1992: 486, Geheime Dokumente der iranischen Polizei 1945-1947, Tafrashi/Taher ahmady, (Hg), Bd. 1.

Ein anderer Faktor, der zur Schwächung bzw. zur kürzeren Lebensdauer des Kabinetts führte, war die parlamentarische Anfrage gegen das Kabinett.<sup>24</sup> Nach jeder Anfrage musste das Parlament dem Kabinett, dem Ministerpräsidenten oder Minister im Parlament nochmals sein Vertrauen aussprechen. Wenn der Ministerpräsident, der Minister oder das Kabinett die Abstimmung im Parlament überstanden hatten, durften sie weiter regieren, sonst mussten sie zurücktreten.

Ein Problem stellte das Kabinett selbst dar. Im Kabinett herrschte keine Einigkeit, und es fehlte ein Geist der gemeinsamen Verantwortung, obwohl in der Verfassung vorgeschrieben war, dass die Kabinettsmitglieder gemeinsam die Verantwortung tragen mussten (Art. 61 Ergänzendes Verfassungsgesetz). Das Kabinett beschloss die Unterdrückung des Aufstandes. Der Kriegsminister verweigerte die Durchführung dieser Entscheidung. Das Kabinett war nicht in der Lage, die langfristigen Reformen durchzuführen, da seine dauerhafte Existenz nicht sicher war. Daher versuchte das Kabinett, die Zeit zu überbrücken. Es gab im Kabinett genau wie im Majlis keine gemeinsame Linie. Die Minister im Kabinett hatten ihr Amt der Fraktion im Majlis, dem königlichen Hof oder den ausländischen Mächten zu verdanken. Das Kabinett war nicht homogen. Die ausländischen Mächte, die in der Anfangsphase des Kalten Krieges von Verbündeten zu potenziellen Gegnern geworden waren, belasteten die Lage des Kabinetts mehr als zuvor. Die unklare und labile Position des Kabinetts war auf die labilen Fraktionen im Majlis zurückzuführen. Im Majlis waren die Fraktionen der Konservativen, Liberalen und Progressiven, darunter die Anhänger Großbritanniens, der USA und der Sowjetunion sowie des königlichen Hofes vertreten. Das Problem lag darin, dass im Majlis die Koalitionsfraktionen nicht aufgrund gemeinsamer Ideologien, Ziele, Wege oder Methoden zustande kamen, sondern dass sie das Produkt einer kurzfristigen komplexen Lage bzw. Krise waren, die diese Zusammenarbeit notwendig machte. War diese Krise vorbei oder wurde zur Beendigung dieser Krise eine andere Koalitionsfraktion notwendig, brach die erste Koalition zusammen. Opfer dieser Änderung war das Kabinett, das seinen Rücktritt bekannt geben musste. Ein anderer Faktor, der die Arbeit des Kabinetts erschwerte, war der Königliche Hof bzw. der Schah. Dieser sollte als unabhängige Institution die Arbeit zwischen Parlament, Kabinett und Justiz harmonisieren. Er sah aber in der Existenz des Kabinetts eine Konkurrenz. Daher war er darauf bedacht, entweder ein schwaches Kabinett an die Macht zu bringen oder soweit wie möglich die Arbeit des Kabinetts zu verhindern. Das Kabinett konnte seine Arbeit normal durchführen, wenn sich

---

<sup>24</sup> Schajji, 1372/1993: 183, Die politische Elite im Iran von der Konstitutionellen Revolution bis zu der islamischen Revolution, die Entwicklung der Minister im Iran, Bd. 1.

der Schah auf die repräsentative Machtausübung beschränkte, wie es in der Verfassung stand. Der Schah erklärte jedoch, dass er weder bereit sei, „seine Herrschaft über die Armee zu reduzieren noch auf die Einmischung in der Verwaltung zu verzichten. Er würde lieber zurücktreten,<sup>25</sup> als das Schicksal „eines zweiten Ahmad Schah“<sup>26</sup> zu erleben. Die Abgeordneten im Parlament konnten aufgrund der politischen Lage wenig dagegen unternehmen. Sie beschränkten sich darauf, den Schah deswegen anzugreifen oder zu bedrohen. Sie kamen aber nicht auf die Idee, den König abzusetzen, wenn er sich weiterhin in die Kabinettsangelegenheiten einmischen würde. Dabei führten die Probleme, mit denen das Kabinett zu tun hatte, zu noch mehr Einmischung des Schahs in die Kabinetttangelegenheit. Der Schah versuchte auf Empfehlung der Hofanhänger schrittweise die Etappen der Macht zu erklimmen. Dabei kamen ihm die günstige Lage, die Spaltung in Parlament und Kabinett sowie die Entscheidung der Besatzungsmächte zugute.

Das Kabinett war auch ein Symbol der guten sowie schlechten Beziehung zwischen dem Majlis, dem Schah sowie den ausländischen Mächten. Wenn die Beziehung zwischen diesen gut funktionierte, was selten der Fall war, konnte das Kabinett seine Arbeit einigermaßen normal durchführen. Weigerte sich der eine oder andere, diese zu unterstützen, stürzte über kurze Zeit das Kabinett. Als Qavam die Unterstützung des Majlis gegenüber dem Schah nicht bekam, bemühte er sich um die Unterstützung der ausländischen Mächte. Sein Versuch, im Sinne des positiven Gleichgewichtes in der Außenpolitik alle Mächte an seine Seite zu ziehen, schlug in der Praxis fehl. Auch der Versuch, im Sinne des negativen Gleichgewichtes in der Außenpolitik, alle Mächte gleichen Rangs um Abzug zu bitten, brachte dem Ministerpräsidenten Mossadegh wenig Früchte. Es gab Situationen, in denen das Parlament bewusst das Kabinett aufforderte zurückzutreten, um seine eigene Existenz gegen den Druck der britischen oder sowjetischen Regierung bewahren zu können, wie es z.B. im Falle des Ministerpräsidenten Saéd im Jahre 1944 geschah. Dann brachte das Parlament eine neue Regierung an die Macht, die seitens der Kabinettsmitglieder keinen großen Unterschied aufwies. Ferner ist zu erwähnen, dass der starke Auftritt des Kabinetts abhängig von der starken Persönlichkeit des Ministerpräsidenten<sup>27</sup> war. War der Ministerpräsident stark, führte dies zu einem starken Kabinett. In der Zeit zwischen 1941 und 1948 gab es nur Qavam, der als starke Persönlichkeit zu bezeichnen war. Man muss sich vorstellen, wie schwierig die Arbeit des Kabinetts in der Zeit zwischen 1941 und 1948 war. Das Kabinett musste zwischen

---

<sup>25</sup> Bullard an FO, 20. Juli 1943, FO 371 EP 35072.

<sup>26</sup> Bullard an FO, 20. Juli 1943, FO 371 EP 35072.

<sup>27</sup> Für die Ausbildung der Ministerpräsidenten siehe Schajji, 1372/1993: 126-147, Die politische Elite im Iran von der Konstitutionellen Revolution bis zu der islamischen Revolution, Bd. 2

vier konfliktreichen Interessenverbänden, dem Schah, dem Majlis, den Besatzungsmächten und nicht zuletzt der iranischen Bevölkerung jonglieren bzw. regieren. Die iranische Bevölkerung, die ein schwieriges Leben hinter sich hatte, wollte ihren Platz in der Politik wieder zurückgewinnen. Sie bestand am Anfang des 20. Jahrhunderts, zur Zeit der konstitutionellen Revolution (1906-1911), aus ungefähr 10 Millionen Einwohnern, wovon vier Fünftel als Bauern in den Dörfern oder als Nomaden<sup>28</sup> zwischen den Dörfern lebten und ihre Lebensweise wie die Jahrhunderte zuvor unverändert beibehielten. Sie waren froh, wenn sie von der iranischen Regierung und deren Vertretern in Ruhe gelassen wurden. Nur ein Fünftel der iranischen Bevölkerung wohnte in den Städten. Die Städte waren weit voneinander entfernt, und Kommunikationsmöglichkeiten gab es so gut wie nicht. Aber infolge des Modernisierungsprozesses in der Zeit zwischen 1921 und 1941 war die iranische Bevölkerung politisch viel bewusster geworden als in der Zeit nach der konstitutionellen Verfassung im Jahre 1906. Im Jahre 1941 gab es einen einheitlichen nationalen Staat mit guten Kommunikationsmöglichkeiten, guter Infrastruktur und einem relativ stabilen Mittelstand. Die Bevölkerung war in der Lage, ihre Chance für einen parlamentarischen Demokratisierungsprozess zu nutzen. Dagegen schienen die iranischen Führungskreise von der Macht Großbritanniens und der Sowjetunion so besessen zu sein, dass sie schon längst die Idee aufgegeben hatten, dass es einmal einen unabhängigen Staat mit dem Namen Iran gäbe. Sie akzeptierten sich, dass der Nordiran das Sicherheitsgebiet der Sowjetunion und der Südiran das Sicherheitsgebiet Großbritanniens war. In der Unterhaltung zwischen Mossadegh und Eskandari<sup>29</sup> kann man diese Ohnmacht gut beobachten. Als Eskandari im Jahre 1944 gegenüber Mossadegh erwähnte, „dass der Nordiran Sicherheitsgebiet der Sowjetunion ist,“ antwortete Mossadegh verärgert, „ich schneide dir die Zunge ab, wenn du noch einmal vom Sicherheitsgebiet sprichst. Wenn der Nordiran das Sicherheitsgebiet der Sowjets und der Südiran das Sicherheitsgebiet der Briten ist und der Westiran jemand anderem gehört, wo ist dann das Sicherheitsgebiet des Irans? Wo ist unser Teil? Zum ersten Mal, nachdem Mossadegh diesen Satz ausgesprochen hatte, dachte ich, wie korrekt diese Aussage ist. (...) Ich versuchte, diesen Begriff nicht mehr zu benutzen, da dies sehr ernst war,“<sup>30</sup> schreibt

---

<sup>28</sup> Für die Rolle der Nomadestämme siehe Hejazian, 1999, Die Rolle der Nomadenstämmen in der Politik Irans.

<sup>29</sup> Eskandari, Iraj, geboren im Jahre 1909, war Mitglied einer Gruppe bekannt als Gruppe der 53 Personen, Abgeordneter in der 14. Parlamentsperiode und Leiter der Parlamentsfraktion der Tudeh-Partei, Minister des Handels und der Kunst im Koalitionskabinett Qavams im Jahre 1946 und der erste Generalsekretär der Tudeh-Partei von 1950 bis 1979. Von 1946 bis zu seinem Tod im Jahre 1986 lebte er im Exil. Seine Memoiren, die in der letzten Phase seines Lebens geschrieben wurden, widerspiegeln die Lage der Tudeh-Partei sowie der linken Szene in der behandelten Zeit.

<sup>30</sup> Eskandari, 1372/1993: 191, Memoiren.

Eskandari in seinem Memoiren. Es gab in dieser Zeit wenige Politiker im Iran, die wie Mossadegh dachten. Die meisten iranischen Politiker vertraten die Meinung Eskandaris.

### **II.1.3. Der Schah und sein königlicher Hof**

Als dritte Säule der Gewaltenteilung stand der Schah in der Verfassung. Er sollte eine Ausgleichsfunktion zwischen den Gewalten ausüben und besaß das Recht, im Falle eines Konfliktes zwischen dem Kabinett und dem Parlament als Schiedsrichter sowie als Vermittler zu fungieren.<sup>31</sup> Im Jahre 1941 übernahm M. R. Pahlavi (1941-1979) seine Aufgabe als neuer Schah, nachdem Reza Schah am 6. September 1941 zu seinen Gunsten abgedankt war. Mohammed Reza (M.R.) Pahlavi wuchs zunächst unter Aufsicht seines strengen Vaters in Teheran auf und ging später in die Schweiz, um seine Ausbildung fünf Jahre in einer kleinen Schule an einem abgelegenen Ort fortzusetzen. Er behauptete später, „dass die demokratische Lage der westlichen Kultur seine Persönlichkeit formte.“<sup>32</sup> Aufgrund der Erfahrung aus der Herrschaftszeit konnte man aber feststellen, dass ihm die wahren Werte der Demokratie unbekannt blieben und er wenig mit dem Demokratisierungsprozess in den westlichen Ländern vertraut war. Trotzdem fiel sein Aufenthalt in der Schweiz bei den iranischen Führungskreisen positiv auf.

M. R. Pahlavi wurde im Parlament auf die konstitutionelle Verfassung von 1906 vereidigt. Er versprach, den Iran nach den Prinzipien der konstitutionellen Monarchie zu regieren, mit anderen Worten, alle Rechte des Parlaments (Art. 15-31), der Regierung (Kabinett) (Art. 58-70), der Bürger (Art. 8-25) sowie die Pressefreiheit (Art. 13) zu respektieren und seine eingeschränkten Machtbefugnisse (Art. 44-45 sowie Art. 35-57) zu akzeptieren. Der neue Schah wurde als neue Ära in der iranischen Politik bezeichnet. Alle erwarteten, dass der junge Schah seine Verpflichtungen gegenüber der Verfassung erfüllte.

Nach der klaren Definition in der Verfassung trug der Schah keine Verantwortung gegenüber dem Parlament (Art. 44 des Ergänzenden Verfassungsgesetzes) und besaß eine repräsentative Stellung in der iranischen Politik. Seine Stellung führte dazu, dass er sich in Kabinetts- sowie Parlamentsangelegenheiten einmischte, ohne dafür zur Verantwortung gezogen zu werden. Dabei kam ihm seine Rolle als Oberbefehlshaber der Armee zugute (Art. 50 des Ergänzenden Verfassungsgesetzes). Die Armee, deren Aufgabe die Herstellung von Sicherheit und Ordnung im Lande sowie die Verteidigung des Landes war, fungierte als

---

<sup>31</sup> Vgl. Stein, 1959: 26, Das Königtum, die Republik und Souveränität der französischen Gesellschaft seit der Revolution 1948.

<sup>32</sup> Pahlavi, M.R. 1960: 6, Mission for my Country

Werkzeug in den Händen des Schahs. M. R. Schah nannte die Armee als „Verteidiger der Verfassung“. Aber die Verfassung „die wir (der Schah) realisieren. Die Armeerolle sollte (...) in ihrer absoluten Loyalität zum Schah definiert werden.“<sup>33</sup> Der Schah war im Mittelpunkt des Geschehens, in der Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Bevölkerung, Kabinett und Majlis waren nur akzeptabel, wenn sie zum diesen Mittelpunkt standen.

Der Schah brachte die Armee gegenüber seinen Gegnern ins Spiel. So dauerten die Unruhen und Aufstände in der Gesellschaft an, wie z.B. die Unruhen in Teheran gegen die Regierung Qavams im Jahre 1942 oder der Aufstand der Nomaden im Südiran gegen das Koalitionskabinett im Jahre 1946, oder sie wurden auf Wunsch des Schahs sofort unterdrückt, wie der Aufstand in Kurdistan und Aserbaidschan. Auch während der Parlamentswahl war die Armee nützlich. Sie konnte mit Manipulationen die Wahlergebnisse ändern. So war die Armee für den Schah von lebenswichtiger Bedeutung. Der Schah unterstützte im Gegenzug die Armee, indem er ihr Budget erhöhte und sie zahlenmäßig verstärkte. Er verstärkte den Eindruck, dass die Armee im Iran ohne den Schah nicht überleben würde. Daher war die Behauptung eines Abgeordneten nicht als falsch zu bezeichnen, wenn er im Majlis erwähnte, dass „die Demokratisierung vom Willen des Oberbefehlshabers im Lande abhängig“<sup>34</sup> sei, egal welchen Titel dieser Oberbefehlshaber trug. Deshalb waren Parlament sowie die Ministerpräsidenten zunächst bemüht, die Kontrolle über die Armee an sich zu reißen.

Der Schah wurde außerdem in der Gestaltung seiner Politik von einigen Beratern an seinem Hof unterstützt. Die Berater waren Mitglieder seiner Familie, insbesondere seine Zwillingschwester, die Aristokraten, die sich für eine konstitutionelle Monarchie einsetzten, und die Armeeeoffiziere, die vom Despotismus Reza Schahs träumten und sich um die Wiederbelebung dieser Zeit bemühten. Sie schrieben in der Öffentlichkeit alle guten Taten dem Schah und alle schlechten Taten dem Kabinett oder dem Majlis zu. So blieben einige Jahre das wahre Gesicht des Schahs und seine andauernden Intrigen gegenüber Parlament und Kabinett verborgen.

Ferner konferierte der Schah mit dem britischen sowie amerikanischen Botschafter in Teheran über die Gestaltung seiner Politik. Er zeigte sich bereit, die Empfehlungen der Botschafter anzuhören und ihre Wünsche soweit wie möglich zu erfüllen. Gleichzeitig bemühte sich der Schah, die Erweiterung seiner Macht auf die Basis der iranischen Verfassung zu stellen. In diesem Zusammenhang sollte eine weitere Institution - der Senat - ins Leben gerufen werden, damit der Schah gegenüber dem Majlis sowie dem Kabinett über

---

<sup>33</sup> Alam, 1371/1992: 529-530, Meine Gespräche mit dem Schah, die geheime Memoiren Alams, Bd.2. Alam war der Vertraute von M.R. Schah. Sein wichtiges Amt war Hofminister.

<sup>34</sup> MM, Majlis 16, 9.12.1327 /28.2.1949.

mehr Macht verfügte. Im Jahre 1942 schlug der Schah dem britischen Botschafter die Bildung des Senats vor. Bullard lehnte diesen Vorschlag mit der Begründung ab, dass ein neues Parlament die parlamentarische Bürokratie im Iran vergrößern würde.<sup>35</sup> Erst im Jahre 1949 konnte der Schah diesen Wunsch durchsetzen. Die Zahl der Abgeordneten im Senat sollte nach Artikel 43 des Grundgesetzes vom 31. Dezember 1906 an 60 betragen. Zur Hälfte wurden sie vom Schah ernannt und zur Hälfte vom Volk gewählt, und zwar 15 Abgeordnete von der Teheraner Bevölkerung und 15 von der Bevölkerung in den Provinzen (Artikel 45 des Grundgesetzes). Die Wahlordnung des Senats war erst durch das Gesetz vom 4. Mai 1949 nach über 43-jähriger Verspätung durch das 15. Majlis in 39 Artikeln entstanden. Das Mindestalter der Senatskandidaten lag mit 40 Jahren höher als das der Kandidaten für das Majlis. Sie sollten aus den Reihen der erstrangigen Geistlichkeit, der pensionierten Generäle, Universitätsprofessoren, der früheren Gouverneure, der Botschafter, Minister, Vizeminister, Staatsanwälte, Kaufleute und Grundbesitzer, die über 500.000 Tuman (iranische Währung) direkte Steuern zahlten, rekrutiert werden. Die Wahl der Senatoren geschah nach einem Wahlmodus mit zwei Wahlgängen (Stichwahl). Erst seit 1949 teilten die beiden Häuser die legislative Gewalt miteinander. In weiteren Aktionen bildete der Schah das Moassesan-Majlis (Moassesan), das das Auflösungsrecht von beiden Parlamenten dem Schah übergab. Mit der Übergabe des Auflösungsrechtes war der Schah auf verfassungsrechtlicher Basis mächtiger geworden denn je.

## **II.2. Die Parlamentsperioden von der ersten bis zur 13. Periode (1907-1941)**

### **II.2.1. Die Parlamentsperioden von der ersten bis zur vierten Periode (1907-1924)**

Infolge der konstitutionellen Revolution begann das erste Majlis<sup>36</sup> am 7. Oktober 1906 seine Arbeit mit der Eröffnungsrede von Mosafar-din Schah (1896-1906). Die wichtigsten Arbeiten des ersten Majlis waren folgende:

- Die Entlassung aller Verwandten des Schahs aus dem Regierungsapparat,
- die Entlassung der belgischen Berater aus den Zollämtern,
- der Entwurf der Budgetreform,
- die Einschränkung der Ausgaben des Schahs und des Königlichen Hofes,
- die Gründung einer iranischen Nationalbank (1.2.1907),

---

<sup>35</sup> British Minister an FO, 27. May 1943, FO 371/Persia 1943/34-35070.

<sup>36</sup> Siehe Mirza Saleh, 1372/1993: Die Demokratiekrise im ersten Majlis, die Memoiren und private Briefe von Mirza, F. Agha Tabrizi, Teheran.

- die Gleichstellung der Anhänger verschiedener Religionen,
- die Akzeptanz der Privatrechte,
- die Verabschiedung eines Gesetzes zur Pressefreiheit sowie
- der Entwurf für die Bildung von Provinz- und Städteräten.

Das Parlament sprach sich gegen die 400.000 Pfund Kredit aus England aus und befürwortete die Nutzung des nationalen Kapitals im Land. So lehnte das erste Majlis die wirtschaftliche Abhängigkeit von Fremden kategorisch ab. In der Außenpolitik erklärte das Majlis die Teilung des Irans von 1907 in zwei Einflusszonen zwischen England und Russland für ungültig. Das erste Majlis wurde nach dem Widerstand Mohammed Ali Schahs am 23.6.1908 bombardiert und danach geschlossen. Viele Abgeordnete, Journalisten sowie die Anhänger der konstitutionellen Verfassung wurden auf Befehl des Schahs verbannt, festgenommen oder umgebracht. Mohammed-Ali Schah, der wie sein Großvater allein regieren wollte, erklärte nach der Schließung des Parlaments im ganzen Land den Ausnahmezustand. Die Schließung des Parlaments verursachte den Aufstand der iranischen Bevölkerung gegen den Schah. Die Freiheitskämpfer, die Nomaden sowie die Aserbaidschaner marschierten im Juli 1909 in Teheran ein. Der Schah und 500 seines Gefolges flohen in die russische Botschaft. Die Freiheitskämpfer konnten die Herrschaft der Verfassung wieder herstellen.

Das zweite Majlis begann seine Arbeit am 19. November 1909 mit der Absetzung sowie der Ausweisung von Mohammed-Ali Schah aus dem Land. Das Majlis trieb die Reformen voran. Es brachte die Verwaltung in Ordnung, verhandelte mit den Russen, damit diese den besetzten Nordiran verließ und stellte 11 schwedische Offiziere für die Gendarmerie und 16 amerikanische Finanzspezialisten unter Leitung Morgan Schusters für das Finanzministerium ein. Die 27 Abgeordneten, die in den Regionen im Nordiran gewählt wurden, gehörten den Berufsgruppen Beamte (8), Journalisten (5), Geistliche (5), Grundbesitzer (1) und Ärzte (1) an. Sie bildeten die Fraktion Demokrat im Majlis. Die Inhalte ihres Programms übernahmen sie von den Sozialdemokraten.<sup>37</sup> Ihr Programm beinhaltete unter anderem folgendes:

- Die Stärkung des Majlis,
- die Verschiebung der Wahl des zweiten Parlaments (Senats),
- die Schaffung freier, direkter und geheimer Wahlmöglichkeiten für alle Männer - bis dato durften nur die Männer aus bestimmten Berufsgruppen wählen - ,

---

<sup>37</sup> Malekzadeh, 1328/1949: 133, Die Geschichte der iranischen Konstitution, Bd. 5.

- die Forderung nach der Gleichheit für alle Bevölkerungsschichten ohne Ansehen von Ursprung und Religion,
- die Trennung von Politik und Religion,
- die Annahme religiöser Spenden durch die Regierung, deren Verwaltung sowie deren Nutzung für die Allgemeinheit,
- die kostenfreie Bildung für alle, insbesondere für die Frauen,
- 2 Jahre obligatorischer Wehrdienst für Männer,
- die Annullierung aller ausländischen Konzessionen,
- die Forderung nach der Industrialisierung des Landes,
- die Gründung eines modernen und direkten Steuersystems,
- die Einschränkung des Arbeitstages auf weniger als 10 Stunden,
- das Verbot der Kinderarbeit sowie
- eine Agrarreform.

Die Fraktion Demokrat versuchte ihr Programm im zweiten Majlis durchzusetzen. Einige Abgeordnete hatten im Gegenzug die Fraktion Ehtedal gegründet.<sup>38</sup> Die Fraktion Ehtedal (Gemäßigte) wurde dabei durch die reichen Aristokraten, den traditionellen Mittelstand sowie Handwerker und Händler unterstützt. Von den 53 Abgeordneten dieser Fraktion waren 13 Geistliche, 10 Grundbesitzer, 9 Händler, 10 Beamte und 3 Nomadenchefs. Die Fraktion Ehtedal konnte ihre Anhänger davon überzeugen, dass die Demokraten Gegner der islamischen Religion seien.<sup>39</sup> Das Programm dieser Fraktion basierte auf

- der Unterstützung der konstitutionellen Monarchie,
- der Bildung des Senats,
- der Unterstützung der islamischen Religion als dem besten Hindernis gegen die Ungerechtigkeit und die Unterdrückung,
- dem Schutz der Familie sowie des Privateigentums,
- der finanziellen Unterstützung des Mittelstandes und
- der Verteidigung der Gesellschaft gegen die Anarchisten, Ungläubigen, Demokraten und Marxisten.<sup>40</sup>

<sup>38</sup> Taqizadeh, Die Liste der Mitglieder des zweiten Majlis. In: Kave 24.4.1297 (1919).

<sup>39</sup> Malekzadeh, 1328/1949: 212, Die Geschichte der iranischen Konstitution, Bd. 4.; British Minister an FO, Monthly Report for June 1910, FO 371/ Persia, 1910/3

<sup>40</sup> Die Partei Ehtedal, -, Das Manifest der Partei, Teheran.

Im Parlament herrschte eine Atmosphäre des Manichäismus<sup>41</sup>. „Wir sind die Guten, und wer nicht zu uns gehört, ist böse und schlecht. Wer nicht für mich ist, ist gegen mich.“<sup>42</sup> Keine Gruppe akzeptierte die andere. Daher war der Streit vorprogrammiert und erreichte seinen Höhepunkt, als die Diskussion über die laizistischen Reformen im Parlament, die Wahl des Ministerpräsidenten sowie den neuen königlichen Verweser begonnen hatten. Die Streitigkeiten beider Parteien im Parlament begünstigten die Russen, die dem Iran ein Ultimatum stellten. Nach diesem Ultimatum sollte die iranische Regierung den amerikanischen Finanzberater Morgan Schuster und seine Gruppe entlassen und aus dem Iran ausweisen. Zweitens dürfte die iranische Regierung keinen ausländischen Berater ohne vorherige Absprache mit den Russen sowie Briten einstellen. Drittens sollte die iranische Regierung für die Kosten der russischen Militärstationierung in der Stadt Anzali aufkommen. Die Russen drohten, wenn innerhalb von 48 Stunden ihr Ultimatum nicht akzeptiert würde, würden sie Teheran besetzen. Beide Parteien im Parlament lehnten mit großer Mehrheit das Ultimatum ab, nachdem 300 verschleierte Frauen, die bewaffnet waren, das Parlament besetzt hatten und drohten, falls ein Abgeordneter das Ultimatum akzeptierte, brächten sie ihn um. Dazu sammelte sich eine große Menschenmenge vor dem Parlament, die mit den Parolen „entweder Unabhängigkeit oder Tod“<sup>43</sup> moralische Unterstützung bot. Trotz der Ablehnung durch das Majlis beugte sich jedoch der iranische Ministerpräsident Samsam-ed-douleh dem russischen Ultimatum und schloss daraufhin das zweite Parlament. Während das erste Majlis durch innere Unruhen geschlossen wurde, wurde das zweite Majlis durch fremde Intervention geschlossen. Die Abgeordneten wurden festgenommen oder verbannt.<sup>44</sup> Die Schließung des zweiten Majlis im Jahre 1911 war der Beginn eines großen Bürgerkriegs. Die iranische Bevölkerung, darunter die Freiheitskämpfer, protestierte gegen die Schließung des Parlaments. Überall herrschte Krieg. Im Nordiran, in Aserbaidschan, in Gilan, in Khurasan sowie in den Städten im Südiran leistete die Bevölkerung gegen russische und britische Truppen - die im Jahre 1911 in Teheran einmarschierten - und gegen die iranischen Truppen Widerstand. Der Widerstand dauerte an, bis die iranische Regierung den Befehl zur Parlamentswahl erteilte. Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs (1914) gab „es außer in

---

<sup>41</sup> Prophet Mani wurde um das Jahr 215 in Persien geboren. Er erklärt, dass zwei Reiche von Ewigkeit an nebeneinander bestehen, „ein Reich des Lichts beherrscht von einer Lichtfigur, dem göttlichen Vater des Lichts, und ein Reich der Finsternis, das vom Vater der Finsternis beherrscht wird. Der Weg zur Erlösung führt über die Kenntnis des Lichtreiches, die Propheten wie Buddha, Jesus – in letzter Instanz - Mani vermitteln.“ In: Süddeutsche Zeitung Nr. 224, S. 17, 28 Sep. 2001.

<sup>42</sup> Süddeutsche Zeitung Nr. 224, S. 17, 28 Sep. 2001.

<sup>43</sup> *Etelaât Zeitschrift*, Demonstrationen im Iran 6.2.1330 /27.4.1951

<sup>44</sup> Taqizadeh, Die Liste der Mitglieder des zweiten Parlamentes, in: Kave, 24.4.1297 (1919).

Teheran kein Zeichen einer iranischen Zentralregierung“.<sup>45</sup> Die Besetzung des Landes durch die britische und die russische Armee sowie die Aufteilung des Landes in zwei Einflusszonen (Vertrag von 1915) durch Briten und Sowjets belastete die politische Lage im Iran schwer. Im Jahre 1915 kamen die osmanischen Truppen aus dem Westen Irans dazu. Die deutschen Agenten im Südiran unterstützten die iranischen Nomaden militärisch, um gegen die Briten zu kämpfen. Briten, Sowjets und Osmanen missachteten die Neutralitätserklärung der iranischen Regierung im Krieg. In dieser Lage begann das dritte Parlament am 6. Dezember 1914 seine Arbeit mit der Eröffnungsrede des neuen Königs Ahmad Schah. Das Parlament konnte jedoch nur ein Jahr seiner zweijährigen Periode überleben. Während 27 Reformisten die Partei Demokrat gründeten, bildeten 53 Abgeordnete der Konservativen die Partei Etedaliyun.<sup>46</sup> Das Parlament erließ einige Gesetze, wie z. B. das Wehrdienst- sowie das Finanzgesetz. Die Bewegung der russischen Truppen in Richtung Teheran und die Sympathie der iranischen Bevölkerung für das Deutsche Reich führten dazu, dass einige Abgeordnete der Fraktionen Demokrat, Etehdal und der Unabhängigen in der Begleitung von einigen Freiheitskämpfern aus Teheran in die Stadt Qum auswanderten und eine nationale Widerstandsregierung bildeten. Die Widerstandsregierung musste nach Kermanschah fliehen, nachdem die russischen Truppen die Stadt Qum besetzt hatten. Eine Weile konnte die Regierung in Kermanschah mit Hilfe der Nomadenstämme Qaschqaii und Baluchi sowie mit Hilfe der deutschen Waffen Widerstand gegen die Briten leisten. Die Briten eroberten die Stadt Kermanschah und überwältigten die nationale Widerstandsregierung. Viele Widerstandskämpfer flohen im Jahre 1916 in die Türkei. Die Februarrevolution 1917 in Russland führte zu neuer Hoffnung im Iran. Viele politische Organisationen nahmen wieder ihre Arbeit auf. „Die (Februar-)Revolution ermöglichte der radikal-demokratischen Partei in Teheran die Wiederherstellung ihrer damaligen Macht. Es wurde angenommen, dass das revolutionäre Regime (in Russland) einen anderen Weg gegenüber dem Iran einschlagen würde.“<sup>47</sup> Den Rückzug der sowjetischen Truppen aus dem Iran nutzte Großbritannien aus. Es besetzte den Nordiran und schloss mit dem iranischen Ministerpräsidenten einen Vertrag (im August 1919), in dem sich Großbritannien zu folgendem verpflichtete:

- dem Iran einen Kredit in Höhe vom 2.000.000 Pfund für den Bau der Eisenbahnen zu gewährleisten,
- den Iran bei der Rückzahlung der Kriegsentschädigungen zu unterstützen sowie

---

<sup>45</sup> British Minister an FO, Annual Report for 1914, FO 371/Persia 1915/34-2059.

<sup>46</sup> Siehe Etehadiye (Nezam mafi), 1371/1992: Die politischen Parteien im dritten Majlis.

<sup>47</sup> British Minister an FO, Annual Reports from 1914 to 1922, FO 371/Persia 1922/9051-2911.

- Waffen für den Iran zu besorgen. Dagegen sagte der Iran zu, den Briten die Bildung der iranischen Armee und die Kontrolle der Verwaltung zu überlassen.

Nach Ansicht von Lord Curzon, der den Vertrag entwarf, konnte der Vertrag den Iran vor den Bolschewiken retten.<sup>48</sup> Nach Ansicht der iranischen Vertragspartner konnten durch den Vertrag die finanziellen Probleme der Regierung gelöst werden. Die Gegner des Vertrages sahen ihn aber als einen imperialistischen Akt Großbritanniens. „Der Vertrag konnte niemanden täuschen. Nach Veröffentlichung des Vertragsinhaltes wussten alle, dass ein inoffizieller Vormund für den Iran gefunden war und faktisch das Britische Empire vergrößert wurde.“<sup>49</sup> Die ausländischen Regierungen, darunter die Sowjetunion und die USA, beurteilten den Vertrag kritisch. Die Ankündigung des Vertrages löste im Iran Empörung aus, die in Aufstände und Anarchie mündete. Die drei Autonomiebewegungen in Aserbaidschan, Gilan und Khurasan, die ständigen Kriege zwischen Nomaden, die Anwesenheit der Roten Armee im Nordiran sowie die britischen Einheiten im Südiran, die Aufstände in der Gendarmerie sowie in den Qasaken-Divisionen schwächten die iranische Zentralregierung und führten zu akuten Wirren in Teheran. Nach dem Bericht des britischen Botschafters aus Teheran wechselten sechs Kabinetts innerhalb von 19 Monaten nach der Veröffentlichung des Vertragsinhaltes. Die iranische Regierung konnte die Bevölkerung nicht an die Wahlurne holen. Die iranischen Politiker, die zum britischen Freundeskreis zählten, kritisierten öffentlich den Vertrag und verlangten seine Annullierung.<sup>50</sup> Der Kommandant der britischen Militäreinheiten im Iran beschrieb die Situation folgendermaßen: „Es scheint, dass man nicht verstehen konnte, wie der Vertrag (vom August 1919) im Iran gehasst war. (...) Man glaubt, dass das Ziel des Vertrages die Abschaffung der nationalen Unabhängigkeit (des Irans) war und der Ministerpräsident (Vusugh) das Land an die Briten verkaufte. (...) Der Glaube wurde verstärkt, dass Großbritannien nicht besser als die Sowjetunion ist. Man hat das Gefühl, dass Großbritannien das Land verlassen sollte.“<sup>51</sup>

Die politische Lage war nicht durchschaubar. Die Nomaden im Iran nutzten die schwache iranische Regierungsverwaltung in den Provinzen für die Durchsetzung ihrer Forderungen aus. Die Chefs der Nomadenstämme in Kurdistan und Belutschistan sowie die arabische Autonomiebewegung in Khusistan waren somit die eigentlichen Machthaber in ihrer Region. Auch die drei Autonomiebewegungen im Nordiran (1920) sorgten für die unterschiedliche Zielsetzung der Regionen. Die einzige Hoffnung der Iraner war nicht das

---

<sup>48</sup> Curzon, L., Memorandum on the Agreement in Documents on British Foreign Policy 1919-1939, IV, 1119.

<sup>49</sup> W. Mac Donald, Persia and British Honor, The Nation, September, 1919.

<sup>50</sup> British Minister an FO, Documents on British Foreign Policy, 1919-1939 XIII 481, 522, 545, 609, 657, 735.

<sup>51</sup> The Commander of the British Military Mission an British Minister, Documents on British Foreign Policy, 1919-1939, XIII, 585.

Parlament, „sondern ein starker Mann auf einem Pferd.“<sup>52</sup> Diese Lage im Iran begünstigte den Aufstand, der von dem 42-jährigen Offizier der Division Qasaq namens Reza Khan angeführt wurde. Seine Mission war, das liberale konstitutionelle System, das von 1909 bis 1921 die politische Macht bestimmte, in ein neues System zu verwandeln, welches weder der konstitutionellen Monarchie noch dem despotischen System der Qajaren ähnlich sah, sondern eine Mischung zwischen beiden darstellen sollte.

Nach der Verständigung mit den britischen Offizieren setzte Reza Khan seine Militäreinheit in Richtung Teheran in Bewegung und besetzte die Hauptstadt am 21. Februar 1921. Er drängte den Schah, Seiyed Zia, einen bekannten Journalisten, als Ministerpräsidenten zu akzeptieren und ihn zum Chef des Militärs zu ernennen. Mit der Kabinettsbildung versprach die neue Regierung, Sicherheit und Ordnung im Land wiederherzustellen sowie die sozialen Reformen durchzuführen. Die Regierung annullierte den Vertrag von 1919, der faktisch nie existiert hatte. Der neue Ministerpräsident Zia sagte dem britischen Botschafter, dass „der Vertrag (von 1919) aufgrund der Täuschung der Bolschewiken und der Gegner im Iran annulliert werden musste.“<sup>53</sup> Das Kabinett forderte jedoch die britischen Berater weiterhin auf, im Iran zu bleiben, um Armee und Verwaltung zu modernisieren. Gleichzeitig schloss es einen Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion ab. Die Sowjetunion verzichtete auf ihre Konzessionen im Iran, und der Iran verpflichtete sich im Gegenzug, das Land nicht als Stützpunkt für aggressives Verhalten gegenüber der Sowjetunion nutzen zu lassen.<sup>54</sup>

Reza Khan reorganisierte innerhalb von weniger als zehn Monaten die Armee, mit deren Hilfe die Aufstände im Nord- sowie im Südiran unterdrückt wurden. Die Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung sowie der gleichzeitige Abzug der fremden Truppen aus dem Iran waren der Grund für die Unterstützung der iranischen Bevölkerung, eines Teiles der Geistlichen sowie des großen Teils der Intellektuellen. Für die politischen Ziele nutzte Reza Khan die Koalition mit den verschiedenen Gruppierungen innerhalb und außerhalb des Parlaments.

Das vierte Majlis wurde nach fünf Jahren Aussetzen am 21. Juni 1921 eröffnet. Im vierten Majlis hatten die Konservativen und die Partei der Reformisten die Mehrheit. In diesen Parteien waren die Vertreter der Geistlichen, der reichen Händler und der Großgrundbesitzer. Sie verfügten über keine richtige Organisation oder ein Manifest, aber

---

<sup>52</sup> British financial Adviser in Teheran an FO, Documents on British Foreign Policy, 1919-39 (London), First Series, XIII, 720, 735.

<sup>53</sup> British Minister an FO, Documents on British Foreign Policy, 1919-1939, XIII, 731.

<sup>54</sup> Der Freundschaftsvertrag zwischen dem Iran und der Sowjetunion von 1921.

über hohes nationales Prestige und Ansehen innerhalb der iranischen Bevölkerung, die ihnen eine große Anhängerschaft bescherte. In der Opposition war die Partei der Sozialisten. Die Mehrheit dieser Partei bestand aus jungen Reformisten, die in westlichen Ländern studiert hatten. Das Programm dieser Partei beinhaltete die Trennung von Religion und Politik, die Bildung einer modernen Armee und Verwaltung, die Industrialisierung des Landes, das Ersetzen des ausländischen Kapitals durch einheimisches, die allgemeine Bildung für alle, insbesondere für die Frauen, und die Ausbreitung der persischen Sprache. Während die Mehrheit in der Außenpolitik neutral blieb, sympathisierte die Minderheitsfraktion mit der Sowjetunion. Ihre Sympathie für die linke Szene führte dazu, dass Geistliche und Händler mit ihnen nicht gerne zusammenarbeiteten. Die Mehrheitsfraktion versuchte, die Religion als Instrument gegen die Minderheitsfraktion einzusetzen. Sie nannten die Minderheit Ungläubige, um ihren Einfluss in der Gesellschaft zu minimieren. Dieser ständige Kampf zwischen den Fraktionen führte zur Schwächung des Parlaments. Unter den Zeitungen,<sup>55</sup> die die Forderungen der Reformisten vermittelten, waren *Iranschar*<sup>56</sup> (1922-1927) sowie *Frangestan* (1924-1926) in Deutschland und *Ayandeh* in Teheran (1925). In diesen drei Zeitungen wurde die nationale Einheit des Irans betont und die Gruppierungen stark kritisiert. Darüber schrieb *Iranschar*: „Die Schwierigkeiten der Gruppierungen im Iran ist so ernst, dass, wenn ein iranischer Passagier im Ausland nach seiner Nationalität gefragt wird, er mit der Nennung seines Geburtsorts und seines Stadtteils antwortet, aber nicht mit dem Namen seines Landes. Wir müssen die lokalen Gruppierungen, die lokalen Dialekte, die lokale Tracht sowie die lokale Tradition und Sitte beseitigen.“<sup>57</sup> Die Zeitung *Frangestan* wünschte sich einen Diktator, der mit Gewalt die Masse der Analphabeten vom Aberglauben der Geistlichen befreien sollte. „In einem Land, in dem 99% der Bevölkerung unter dem Einfluss der geistlichen Reaktionäre leben, bleibt nur die Hoffnung auf einen anderen Mussolini, der die traditionellen Kräfte beseitigt und einen modernen Staat gründet.“<sup>58</sup> Die Zeitung *Ayandeh* forderte die Bildung einer starken iranischen Zentralregierung<sup>59</sup> und die Stärkung der

---

<sup>55</sup> Siehe die Dokumente der iranischen Presse in: SAMI, 1372/1993: Die Dokumente der iranischen Presse zwischen 1907-1941, Bayat/Kuhestaninejad, (Hg.)

<sup>56</sup> Obwohl die Zeitung *Iranschar* in Berlin gedruckt wurde, wurde sie in mehr als 40 Städten im Iran verteilt. Von den 236 Artikeln dieser Zeitung wurde etwa in 70 über allgemeine Bildung, in 45 Artikeln über die Besserung der Lage der Frauen im Iran, in 40 Artikeln über den Iran vor der islamischen Zeit und in 40 Artikeln über die westliche Kultur sowie deren Technologie gesprochen. Für die Einflussnahme des deutschen Kaiserreichs auf die iranische Presse siehe Mahrad, 1983: 19ff, Die deutsche Pénétration Pacifique des iranischen Pressewesens 1909-1936.

<sup>57</sup> Religion und Nationalität, in: *Iranschar*, 11.9.1303/1924, S. 1-2.

<sup>58</sup> M. Kasemi, was wir wollen, in: *Farangestan* Nr.11 (Ordibehest und Mordad 1303/1924, S. 1-11.

<sup>59</sup> Bahar schrieb später, dass „das föderative System die nationale Sicherheit schnell beseitigen kann. Ich unterstützte die Zentralregierung, sogar das Kabinett unter Vusugh-ad-doula, und kritisierte Kudschek-Khan, Khiyabani und Taqizadeh, obwohl ich persönlich sie lobe. Bahar 13: ix, Die politischen Parteien Irans, Bd. 1.

nationalen Identität. „Unser Ideal ist die nationale Einheit des Irans. Die nationale Identität führte zur Gründung des Deutschen Reiches (im Jahre 1871). Unser Ziel ist die politische, soziale und moralische Einheit der iranischen Einwohner. (...) Solange es im Iran die nationale Einheit von Sprache, Moral, Kleidung usw. nicht gibt, ist die politische Unabhängigkeit des Landes gefährdet.“<sup>60</sup> Für die Realisierung dieser Forderung wurden die Verbreitung der persischen Sprache sowie die Umsiedlung der türkischen und arabischen Nomaden von den Grenzregionen in das Zentrum des Irans gefördert,<sup>61</sup> um das Land zu schützen. Die Partei der Sozialisten im Parlament forderte in ihrem Parteiprogramm die Gründung von Kommunen, die Verstaatlichung der Produktionsmittel, eine Bodenreform, die Unterstützung der Zentralregierung, die Bildung von Provinzräten, Gerechtigkeit für alle ohne Rücksicht auf Ursprung und Nationalität, Pressefreiheit, das Recht auf Gründung von Syndikaten sowie auf Streik, Schulpflicht für alle Kinder, das Verbot von Kinderarbeit, den Achtstunden-Tag sowie die Fortzahlung des Lohns an Feiertagen.<sup>62</sup> Dem Bericht des britischen Militärattachés zufolge besaß die Partei 2.500 Mitglieder.<sup>63</sup>

Auch die kommunistische Partei forderte nach der Unterdrückung des Kutschek-Khan-Aufstandes<sup>64</sup> eine Stärkung der Zentralregierung und die nationale Einheit gegenüber dem britischen Imperialismus.<sup>65</sup> Fast alle Parteien von links bis rechts forderten eine starke Zentralregierung, um die Reformen mit Gewalt durchsetzen zu können.<sup>66</sup> Diese Lage war wie geschaffen für den Aufstieg Reza Khans. Die Öffentlichkeit setzte sich für ihn ein. Im vierten Majlis koalierte Reza Khan mit der konservativen Mehrheitspartei. Kurz darauf erließ er eine Amnestie für die Reichen, die vom damaligen Ministerpräsidenten Zia festgenommen worden waren. Er empfing herzlich eine Gruppe von schiitischen Geistlichen aus dem Irak.<sup>67</sup> Diese Geistlichen genossen unter der iranischen Bevölkerung hohes Ansehen. Mit dieser Aktion erschien Reza Khan als der Unterstützer des schiitischen Glaubens und seine Tat wurde unter

---

<sup>60</sup> M. Afschar, Unser Wunsch, die nationale Einheit des Irans, in: *Ayandeh*, 11.4.1304 /1925, S. 5-6.

<sup>61</sup> M. Afschar, Unser Wunsch, die nationale Einheit des Irans, in: *Ayandeh*, 11.8.1305 /1925, S. 761-774, 559-569.; Mossadegh in der 14. Parlamentsperiode stellte sich gegen den Standpunkt von Tudeh-Partei und Demokrat-Partei, die ein föderatives System forderten: „Ich sage es nicht, dass in den USA und in der Schweiz kein föderatives System gibt, sondern ich sage, dass die Föderation nach einer Volksabstimmung gebildet werden müsste. Die Verfassung (von 1906) erlaubte uns nicht diese Art der Verwaltung. Es ist möglich, dass wir eine Volksabstimmung veranstalten, wenn die Bevölkerung zustimmt, wird der Iran föderativ.(...) Man kann aber nicht zustimmen, dass ein Teil des Landes föderativ und ein anderer Teil zentral verwaltet wird.“<sup>61</sup> Er schlug davor eine Volksabstimmung vor. Mossadegh hatte Bedenken, dass ein föderatives System die Spaltung des Irans beschleunigen würde. Siehe die Rede Mossadeghs im Majlis, in: *MM*, 28.9.1325/19.12.1946.

<sup>62</sup> Das Programm der sozialistischen Partei, in: *Donya*, 14.11.1356 /1978, S. 58-63.

<sup>63</sup> British military Attaché an FO, A Report on Socialist Partei, FO 371/Persia 1923/34-9027.

<sup>64</sup> Für den Kutschek-Khan-Aufstand siehe Ravasani, 1947: Sowjetrepublik Gilan.

<sup>65</sup> British military Attaché an FO, A Report on the Communist Party in Persia, FO 371/Persia 1922/34-7805.

<sup>66</sup> Bahar, 1371/1992: 77, Die Geschichte der politischen Parteien Irans.

<sup>67</sup> Die schiitischen Geistlichen flohen aus dem Irak in den Iran, nachdem ihr Aufstand gegen die Briten misslungen war.

der iranischen Bevölkerung hoch geehrt. In einer anderen Aktion veranlasste Reza Khan den schnellen Abzug der britischen Truppen aus dem Iran. Die konservativen Abgeordneten belohnten Reza Khan dafür mit dem Amt des Kriegsministers. Mit der Erhöhung des Armeebudgets sorgten sie dafür, dass er die Unterdrückung der Nomaden weiterhin erfolgreich durchführen konnte. Die Abgeordneten unterstützten Reza Khan in seinem Kampf gegen Ahmad Schah. Das Parlament bestätigte, dass zur Verstärkung der Armee 60 iranische Offiziere zum Studium nach Frankreich geschickt wurden. Das Verhältnis zwischen der Mehrheit der Abgeordneten und Reza Khan erschien gut, da es auf gegenseitige Hilfe begründet war. Kurz vor dem Ende des vierten Majlis ging die Koalition jedoch zu Grunde. Anlass war der Gesetzentwurf von Reza Khan für einen zweijährigen allgemeinen Militärdienst für alle Männer, um eine nationale Armee zu bilden. Dieser Gesetzentwurf war nichts Neues. „Im dritten Majlis, im Jahre 1916, wurde das gleiche Gesetz verabschiedet“<sup>68</sup>, aber nicht praktiziert. Der Gesetzentwurf sorgte jedoch für den Bruch der Koalition zwischen der konservativen Mehrheit und Reza Khan. Die Grundbesitzer in der Fraktion vertraten die Meinung, dass mit dem Gesetz die arbeitenden Kräfte aus den Dörfern verschwinden würden. Die Geistlichen<sup>69</sup> fürchteten, dass zwei Jahre Ausbildung in einer laizistischen Institution wie der Armee die allgemeine Moral der Bevölkerung verderben könnte. Einige Geistliche behaupteten sogar, dass die Wehrpflicht die schiitische Religion in Gefahr bringen würde.<sup>70</sup> Reza Khan blieb also nichts anderes übrig, als in der Zeit zwischen dem vierten und fünften Majlis mit den laizistischen Reformisten zu koalieren, die sich für einen allgemeinen Wehrdienst einsetzten. Er brauchte für die Realisierung seiner Pläne eine große starke Armee, mit deren Hilfe er die Ergebnisse der fünften Parlamentswahl so manipulieren konnte, dass eine Mehrheit von Reformisten (aus der Partei Tajadud sowie der Sozialisten) ins fünfte Majlis kam.

### **II.2.2. Die Parlamentsperioden von der fünften bis zur 12. Periode (1924-1941)**

Am 11. Februar 1924 nahm das fünfte Majlis seine Arbeit auf. Die Mehrheitsfraktion bestand aus einer Koalition zweier Parteien: Tajadud mit 40 Abgeordneten und Sozialisten mit 14 Abgeordneten. Die Koalition begann sofort mit den Reformen und verabschiedete das Wehrdienstgesetz, beschränkte den Unterhalt des Königshauses, annullierte die Ehrentitel und versteuerte Tee und Zucker, um für die Kosten des Eisenbahnbaus aufzukommen.

---

<sup>68</sup> Schajji, 1372/1993: 204, Politische Elite, Bd. 4.

<sup>69</sup> Wie Modares.

<sup>70</sup> Farroch, 1348/1969: 222-225, Politische Memoiren.

Ministerpräsident Reza Khan wurde zum Obersten Befehlshaber der Armee,<sup>71</sup> was nach der Verfassung eigentlich dem Schah vorbehalten war. Nicht zuletzt schlug das Majlis nach der Vorgabe Reza Khans den Gesetzentwurf für die Abschaffung der Monarchie und den Entwurf für ein republikanisches System im Iran vor. Dieser Gesetzentwurf brachte den latenten Kampf zwischen Mehrheits- und Minderheitsfraktion ans Licht. Die Ohrfeige eines Mehrheitsabgeordneten aufs Gesicht des Führers der Minderheitsfraktion in der Parlamentssitzung lieferte den Zündstoff für eine große Demonstration, die die Konservativen in Teheran veranstalteten. Die Parole lautete: „Wir wollen die islamische Religion und lehnen die Republik ab.“<sup>72</sup> Reza Khan musste zugeben, dass die Gegner bessere Möglichkeiten hatten, die Massen zu mobilisieren. Grund für die harte Reaktion der schiitischen Geistlichen war nicht die Sympathie für die Qajaren-Dynastie oder die Unbeliebtheit Reza Khans, sondern sie fürchteten, dass Reza Khan den gleichen laizistischen Weg einschlagen würde, wie Kemal Atatürk nach der Ausrufung des republikanischen Systems am 29. Oktober 1923 in der Türkei. Reza Khan musste die Forderung nach dem Republikssystem zurücknehmen und wartete auf die nächste Möglichkeit, um zurückzuschlagen. Im Majlis selbst führte der Gesetzentwurf für ein republikanisches System sowie die Beleidigung des Führers der Minderheitsfraktion zur Trennung einiger Abgeordneten von der Mehrheitsfraktion. Sie gingen entweder in die Minderheitsfraktion oder in die Fraktion der Monfaredin (Einzelgänger). Das Parlament lehnte den Gesetzentwurf ab.

Im Jahre 1925 legte die Mehrheitsfraktion einen neuen Gesetzentwurf vor: die Aufhebung der Qajaren-Dynastie und Ernennung Reza Khans zum neuen König. Modaress sprach sich in einer langen Rede im Parlament gegen die Ernennung Reza Khans aus, und „als er das Parlament protestierend verließ, sagte er: Auch wenn ihr 100,000 Stimmen für den Gesetzentwurf abgeben würdet, ist der Gesetzentwurf doch gegen die iranische Verfassung.“<sup>73</sup> Der zweite Gegner war Dr. M. Mossadegh. Auch er sprach sich in einer langen Rede im Parlament gegen die Ernennung Reza Khans zum neuen König aus. Er lobte Reza Khan als begabten Ministerpräsidenten und Oberbefehlshaber der Armee. Gleichzeitig warnte er davor, dass im Falle einer Bestätigung als König ein neuer Diktator geboren würde. Trotz der langen Rede Mossadeghs nahm das Majlis am 31. Oktober 1925 das Gesetz mit 80 Stimmen gegen 5 Kontrastimmen und 30 Stimmen Enthaltung an und überließ die Bestätigung des Gesetzentwurfes dem Moassesan-Parlament, wie es die iranische Verfassung

---

<sup>71</sup> Text in: Makki, 1324/1946: 337, Die zwanzigjährige Geschichte Irans, Bd.3. Nach diesem Gesetz konnte das Majlis Reza Khan den Oberbefehlshaber über die Armee entziehen.

<sup>72</sup> Makki, 1324/1946: 342-343, Die zwanzigjährige Geschichte Irans, Bd.2.

<sup>73</sup> A. H. Hairi, Universität Meshhad am 5.3.1364/1986.

vorschrieb. Nach der Annahme des Gesetzentwurfes verbat Reza Khan den Verkauf von alkoholischen Getränken, reduzierte den Brotpreis, empfahl den Frauen, die allgemeine weibliche Ehre zu berücksichtigen<sup>74</sup> und bereitete sich vor, die Wahl des Moassesan-Parlamentes zu seinen Gunsten einzuleiten. Wahlmanipulationen waren angesagt. Reza Khan hatte die Parlamentswahl mit Hilfe der Armee und der Verwaltung so beeinflussen können, dass nur denjenigen Personen der Zugang zum Parlament ermöglicht wurde, die dem Gesetzentwurf zustimmten. Daher war es nicht überraschend, dass das Moassesan-Parlament mit überwiegender Mehrheit (257 gegen 3 Stimmen der Sozialisten) den Gesetzentwurf bestätigte.<sup>75</sup> Ahmad Schah wurde abgesetzt und ins Ausland geschickt, und Reza Khan nahm seine Rolle nach der Zustimmung des Moassesan-Majlis am 13. Dezember 1925 als neuer Schah wahr. Die sozialistische Partei strebte die Herstellung eines republikanischen Systems im Iran an. Nach der Parlamentsentscheidung war nicht nur die sozialistische Partei, sondern die gesamte linke Szene von Reza Schah enttäuscht. Die rechte Szene glaubte aber, dass sie Reza Khan vor ihre Kutsche spannte. Aber es war Reza Schah, der nun die rechte Szene vor seine Kutsche spannte,<sup>76</sup> wie der britische Botschafter in Teheran zu Recht feststellte.

Reza Schah eroberte die Säule der Macht ganz allmählich. Er nahm zunächst die Armee unter seine Kontrolle und verstärkte sie. Dann brachte er die Verwaltung und das Majlis unter seine Aufsicht.<sup>77</sup> In der Anfangsphase halfen Reza Schah<sup>78</sup> und das Majlis sich gegenseitig. Es herrschte eine Situation des „Gebens und Nehmens“. Während das Majlis zuließ, dass Reza Khan die Treppe der Macht bestieg, half Reza Khan dem Majlis, seine Existenz zu bewahren. Vor seinem Putsch war die Existenz des Majlis nicht nur durch die Qajaren-Dynastie, sondern auch durch die britischen sowie russischen Mächte ständig bedroht gewesen. Während das erste Parlament aufgrund des Widerstandes von Mohammed Ali Schah geschlossen wurde, wurde das zweite Parlament durch die Einmischung russischer und britischer Truppen geschlossen. Aber ab dem dritten Majlis bzw. nach dem Putsch Reza Khans konnte das iranische Parlament von der inneren Sicherheit profitieren und seine Reformen durchführen. Vom ersten bis zum fünften Majlis konkurrierten die unabhängigen Politiker in den Städten, die einflussreichen Grundbesitzer in den Dörfern oder die Nomadenchefs unter den Nomaden für die Parlamentsplätze. Nach dem fünften Majlis gelang

---

<sup>74</sup> British Minister an FO, Report for october 1925, FO 371/Persia 1925/34-10840.

<sup>75</sup> Siehe Makki, 1361/1982: 15-16, Die zwanzigjährige Geschichte des Irans (Tarigh bist sale Iran), Bd. 4.

<sup>76</sup> British Minister an FO, Annual Report for 1925, FO 371/Persia 1926/34-11500.

<sup>77</sup> Siehe Hinz, 1938: 117, Irans Politik und Kultur von Kyros bis Reza Schah.

<sup>78</sup> Siehe Bina, 1329/1950: Die Gedanken Reza Schahs

es Reza Schah, die Kontrolle über die drei Organe (Legislative, Exekutive und Judikative) zu realisieren.<sup>79</sup>

Vom sechsten bis zum dreizehnten Majlis (1926-1941) konnten die Majlis ohne Unterbrechung ihre Arbeit fortsetzen. In diesen sieben Parlamentsperioden wurden Gesetze erlassen, die das Majlis für die Modernisierung des Landes für notwendig hielt, wie z. B. die Modernisierung der Justiz, die Durchführung des iranischen Eisenbahnbaus von Nord nach Süd, die Gründung der iranischen Nationalbank, die Entsendung von Studenten ins Ausland, „die Durchführung der einheitlichen Bekleidung der iranischen Bevölkerung,“<sup>80</sup> die Gründung einer Universität in Teheran und das Verbot des Schleiers für Frauen in der Öffentlichkeit. In der Außenpolitik waren der Abschluss des Saadabad-Vertrages zwischen dem Iran, der Türkei, Irak und Afghanistan sowie die Neutralitätserklärung des elften Majlis im Zweiten Weltkrieg die wichtigste Arbeit dieser Parlamente.

Zwischen 1926 und 1941 war es allein der Schah, der die Ergebnisse der Parlamentswahlen bestimmte. Er schickte die Namen der Kandidaten mit Hilfe der Polizei an den Innenminister, und dieser an den Provinzleiter. Diese Kandidaten wurden dann „gewählt“. Ein Beispiel dafür ist die Aussage Modares, der keine Stimme bei der 7. Parlamentswahl bekommen hatte. Er kritisierte den Polizeichef nach der Wahl und sagte: „Er nimmt an, dass keiner ihn bei der Parlamentswahl gewählt hatte, wo ist sein eigener Stimmzettel geblieben, den er selbst in die Urne geworfen hat?“<sup>81</sup>

Die ausgewählten Abgeordneten taten ihre Pflicht so, wie es Reza Schah wünschte. Der Schah hatte es nicht nötig, die konstitutionelle Verfassung zu ändern. Der britische Botschafter widerspiegelte genau das Verhalten der Abgeordneten im Parlament dieser Zeit: „Das iranische Parlament kann man nicht ernst nehmen. Die Abgeordneten sind nicht frei. Die Parlamentswahlen werden nicht frei gestaltet. Wenn der Schah für einen Gesetzentwurf ist, wird er im Parlament angenommen und wenn er dagegen ist, wird er abgelehnt, und wenn es ihm egal ist, (dann) wird lange darüber diskutiert.“<sup>82</sup> Die Bildung des Kabinetts, die eine Aufgabe des Parlaments war, entschied Reza Schah selbst. Er ernannte die Ministerpräsidenten und Minister und schickte die Liste ins Parlament. Nach der Zustimmung des Majlis begann das Kabinett seine Arbeit. Das Kabinett blieb an der Macht, solange es das

---

<sup>79</sup> M. R. Pahlavi schreibt in seinem Buch: Es „muss gesagt werden, dass er (Reza Schah) sich durch die Entmachtung des Parlaments der Vorteile einer verfassungsmäßigen Legislative beraubt hat.“ Pahlavi, 1980: 333, Im Dienst meines Landes.

<sup>80</sup> Siehe Makki, 1362/1983: 71-72, Die zwanzigjährige Geschichte des Irans, Bd. 5.

<sup>81</sup> Mossadegh Rede im Parlament am 16.12.1322/ 7.3.1944, in: Kai Ostewan, 1327/1948: 33, Die These des negativen Gleichgewichtes in der Außenpolitik, Bd.1.

<sup>82</sup> British Minister an FO, Annual Report for 1927, FO 371/Persia 1928/34-13069.

Vertrauen des Schahs genoss. So bildeten sich 10 Kabinette. Während dieses Zeitabschnitts dachte Reza Schah jedoch nicht, wie die Qajaren-Dynastie, nur an sich, sondern er berücksichtigte die Wünsche der Iraner und sorgte für die Durchführung einer sogenannten „passiven Revolution von oben“. Die wichtigsten Bedingungen, um eine Revolution von oben in dem unterentwickelten Land durchführen zu können, waren eine stark zentralisierte politische Macht und ein Staat, der im Hinblick auf die Gesellschaft relativ autonom war.<sup>83</sup> Dafür sorgte Reza Schah.

Während in den 15 Jahren von Reza Schahs Herrschaft die Macht in der Hand einer Person konzentriert war,<sup>84</sup> sollte diese in den folgenden 13 Jahren von 1941 bis 1953 zwischen fünf Interessengruppen verteilt werden: zwischen dem Majlis, dem Schah und seinem Hof, dem Kabinett, den Besatzungsmächten und der iranischen Bevölkerung. Das Majlis war damit beschäftigt, seine Macht nach der Verfassung von 1906 wiederherstellen zu können. Der königliche Hof (Court) wollte seine verlorene Macht zurückgewinnen, und das iranische Kabinett strebte an, seinen Platz zwischen dem Majlis und dem Schah wiederzufinden. Die britischen und sowjetischen und später auch die amerikanischen Mächte zielten darauf ab, dass der Iran in ihrem Interesse handelte. Nicht zuletzt wollte die iranische Bevölkerung wieder erlangen, was sie in den letzten sechzehn Jahren verpasst hatte, nämlich die Beteiligung an den politischen Ereignissen wiedergewinnen. Der Konflikt war also vorprogrammiert. Infolge der Absetzung Reza Schahs kam es zur Rückkehr der politischen Parteien, der Geistlichen, der Nomadenchefs<sup>85</sup>, der alten Politiker sowie der Intellektuellen auf die politische Bühne des Irans. Das Resultat dieser unterschiedlichen Machtfaktoren war ein labiles Kabinett. Während in der 16jährigen Ära Reza Schahs nur zehn Kabinette gebildet wurden, kamen in den folgenden 13 Jahren 31 Kabinette an die Macht. Jedes Kabinett regierte durchschnittlich nur fünf Monate. In diesen 13 Jahren schlitterte das Land von einer Krise zur anderen, von einem politischen Problem zum anderen. Die Bevölkerung lernte im Rahmen des Demokratisierungsprozesses eine neue Dimension der Macht kennen. Die politische Anteilnahme der iranischen Bevölkerung kam in den Parlamentswahlen sowie in den Demonstrationen zum Ausdruck. Während eine kleine Oberschicht die Macht insgesamt in der Hand hielt, blieb eine breite inhomogene Mittel- und Unterschicht ohne Funktion. Die sozialen Unterschiede in den Städten, der Nomadenkonflikt innerhalb der Nomaden, die religiösen Unterschiede sowie die Situation der Sprachminderheiten, die während Reza

---

<sup>83</sup> Parvizi Amineh, 1999.23, Die globale kapitalistische Expansion und Iran.

<sup>84</sup> Siehe Sardar-abady, 1378/1999, 138-172, Die Hindernisse der politischen Entwicklung in der Ära Reza Schahs.

<sup>85</sup> Siehe Kasravi, 1357/1979: 60, Gericht.

Schahs Herrschaft unterdrückt worden waren, zeigten sich nun. Die dreizehnte Parlamentswahl war schon abgeschlossen, als Reza Schah abgesetzt wurde. Nach der Zusammenkunft des Majlis am 12. November 1941 distanzierte sich das neue Parlament vom diktatorischen Verhalten Reza Schahs und erklärte sich bereit, mit seinem Sohn als neuem Schah zusammenzuarbeiten, unter der Voraussetzung der Nichteinmischung in die Majlis-Angelegenheiten. Der Schah wurde im Parlament vereidigt. Er überließ dem Majlis - im Gegensatz zu seinem Vater - die Kontrolle über die Legislative, das Kabinett sowie die Verwaltung. Im Gegensatz dazu bemühte sich der junge Schah um eine Verstärkung der Armee als einzigen Stützpunkts seiner Macht. Er erhöhte die Zahl der Soldaten von 65.000 im Jahre 1941 auf 80.000 im Jahre 1943,<sup>86</sup> sowie die Zahl der Offiziere. Ebenso versuchte er durch Druck auf das Parlament das Armeebudget sowie die Löhne der Offiziere zu erhöhen. Gleichzeitig bemühte er sich, den direkten Einfluss des Kabinetts sowie des Majlis in den Armeeangelegenheiten zu reduzieren. Auf Empfehlung des Ministerpräsidenten Furughi überließ der junge Schah alles „Eigentum Reza Schahs“<sup>87</sup> der Regierung und erklärte die Generalamnestie für alle politischen Gefangenen, um das Vertrauen und Ansehen unter der Bevölkerung zu bekommen.

### **II.3. Die Parlamentsperioden von der 13. bis zur 15. Periode (1941-1949)**

#### **II.3.1. Die 13. Parlamentsperiode (1941-1943)**

Die 13. Parlamentsperiode begann am 12. November 1941. Die Parlamentswahl wurde unter der Herrschaft Reza Schahs durchgeführt. Daher forderten einige Parlamentsabgeordnete und Bevölkerungsgruppierungen die Regierung Furughis nach der Abdankung Reza Schahs auf, die Parlamentswahl zu erneuern.<sup>88</sup> Furughi lehnte es ab. Im 13. Majlis wurden die verschiedenen Fraktionen wie die Fraktion von Etehad-Melli, von Mihan, von Aserbaidshan und von Edalat gebildet. Keine Fraktion hatte die Mehrheit inne. In der größten Fraktion (Etehad-Melli) waren die Vertreter der Aristokraten, die aus den Städten kamen, die weder in sowjetischer noch in britischer Einflusszone lagen. In der Innenpolitik hofften sie auf eine gute Zusammenarbeit mit dem jungen Schah, und in der Außenpolitik wollten sie die USA gegen Großbritannien und die Sowjetunion auf die politische Bühne des Irans bringen. Die Mitglieder der Fraktion Mihan waren gegenüber der konstitutionellen

---

<sup>86</sup> British Military Attaché an FO, General Ridly's Recommendations for the Reorganization of the Persian Army, FO 371/Persia, 1948/34-35129.

<sup>87</sup> Siehe Makki, H. 1362/1983: 1, 60, 113, 132, Die zwanzigjährige Geschichte des Irans, Bd. 6.

<sup>88</sup> Schajji, 1372/1993: 221: Die politische Elite im Iran von der Konstitutionellen Revolution bis zu der islamischen Revolution, die Abgeordneten im iranischen Parlament, Bd. 4.

Verfassung eher skeptisch und unzufrieden. Die Mitglieder kamen aus der britischen Einflusszone (im Süd- und Südwestiran) und gehörten den Grundbesitzern sowie reichen Händlern an. Sie waren den Briten freundlich gesonnen und bemühten sich darum, dass Saiyed Zia als Ministerpräsident ein Kabinett bildete. Dagegen waren die Mitglieder der Fraktion Aserbaidshān. Diese Abgeordneten kamen aus den Städten im Nordiran, die in der sowjetischen Einflusszone lagen. Sie arbeiteten mit den Sowjets zusammen. Die Fraktion Aserbaidshāns versuchte, Qavam als neuen Ministerpräsidenten durchzusetzen, da dieser als Gegner des Königshauses bekannt war. Der Schah beurteilte Qavam als „gefährlichen Intriganten. Qavam wartet mit einer Gruppe von Mördern, dass die Sowjets ihren Plan im Iran realisieren.“<sup>89</sup> Die Mitglieder der Fraktion Edalat waren hohe Regierungsbeamte sowie Technokraten. In der Innenpolitik waren sie dafür, dass die Armee von Zivilisten kontrolliert wurde. Ihr Parteichef Ali Dashti warnte vor der Einmischung des Schahs in die Politik. In diesem Fall werde der Schah seinen Thron und die Krone verlieren.<sup>90</sup> Die Fraktion Edalat setzte sich in der Außenpolitik für die Einmischung der USA in die iranischen Angelegenheiten ein, um den Einfluss Großbritanniens sowie der Sowjetunion einzudämmen. Edalat nominierte den Parteichef Ali Dashti als besten Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten.

Im Jahre 1942 koalierten drei Fraktionen im Majlis gegen den amtierenden Ministerpräsidenten Furughi, waren sich aber nicht einig, wer als Nachfolger das Kabinett bilden sollte. Die Fraktion Miḥān mit der Unterstützung der britischen Botschaft in Teheran stellte Saiyed Zia als Kandidaten auf. Die Fraktion Aserbaidshān mit Hilfe der sowjetischen Botschaft schlug Qavam vor. Es kam aber zu keiner Einigung. Daher nutzte die Fraktion Edalat die Lage aus und stellte Ali Soheily mit Unterstützung der amerikanischen Botschaft sowie des Schahs auf. Ali Soheily gewann die Wahl und löste Furughi ab. Zum ersten Mal nach der Machtergreifung Reza Schahs wählte ein iranischer Ministerpräsident seine Minister auf Empfehlung der Fraktionen im Majlis. Das iranische Parlament konnte seine Macht in diesem Fall ausüben, und es schien so, als ob die Abgeordneten auf dem Weg zum richtigen Parlamentarismus wären. Bald tauchte jedoch ein Problem auf: Die Besatzungsmächte drängten die iranische Regierung, ihnen iranische Währung für ihre iranischen Angestellten zukommen zu lassen. Das Kabinett sollte die Geldscheine drucken und benötigte die Erlaubnis des Parlaments. Einige Abgeordnete fürchteten, dass mehr Geld im Umlauf zu mehr Inflation führen würde. Ali Soheily, der den Widerstand der Abgeordneten sah, verschob den

---

<sup>89</sup> British Minister an FO, 31.8.1943, FO 371/Persia, 1943/34-35073.

<sup>90</sup> MM, A. Dashti, / 13 Majlis, 15.6.1320 /6.9.1941.

Ausdruck der Geldscheine. Die Entscheidung Soheilys behagte den Besatzungsmächten aber nicht. Ferner waren die Besatzungsmächte, insbesondere die Briten, über die Verzögerungstaktik des Ministerpräsidenten im Falle der Auslieferung von 100 iranischen Technokraten verärgert. Großbritannien warf diesen Technokraten vor, mit den Deutschen Kontakt gepflegt zu haben. Die Verzögerung durch den iranischen Ministerpräsidenten machte die Briten ungeduldig. Auch in der Innenpolitik hatte Ministerpräsident Soheily keine guten Karten. Die Bekanntgabe Soheilys, dass er alle Grundstücke, die Reza Schah in seiner Zeit beschlagnahmt hatte und an die Militäroffiziere weitergegeben hatte, an die ursprünglichen Besitzer zurückgeben würde, führte zu Unmut bei den reichgewordenen Militäroffizieren. Schließlich wurde der Aufstand der iranischen Bevölkerung in den Städten wegen des Brotmangels<sup>91</sup> zum Auslöser für den Rücktritt Soheilys. Im Sommer 1942 verlor er im Majlis seine Mehrheit. Nun profitierte Qavam von der Situation. Er sprach davon, dass er den Besatzungsmächten die benötigten iranischen Geldscheine zur Verfügung stellen würde und die iranischen Offiziere, die mit den Deutschen sympathisierten, den Briten überlassen würde. Die Fraktionen Aserbaidshan, Mihan und Edalat unterstützten seine Kandidatur. Qavam kam dem Wunsch der Fraktionen entgegen und erklärte in der geheimen Sitzung des Parlaments, dass er in Zukunft das Kommando der Armee unter das Kriegsministerium stellen würde.<sup>92</sup> Zum ersten Mal seit der Besetzung des Irans wagte sich ein Ministerpräsident mit der Unterstützung des Parlaments daran, die Kontrolle der Armee unter die Aufsicht des Kabinetts zu stellen. Er übernahm selbst die Leitung des Kriegsministeriums und vertrieb die Schahanhänger. Qavam hatte zur Besserung der Beziehung mit den Besatzungsmächten 150 iranische Offiziere, deren Verbindung zu Deutschland von den Briten entdeckt worden war, festgenommen. Ferner hatte er eine Sonderkommission gebildet, um den Besatzungsmächten den Druck der benötigten Geldscheine zu ermöglichen. Außerdem hatte Qavam auf Empfehlung Großbritanniens die iranischen Finanzangelegenheiten unter die Aufsicht einer amerikanischen Gruppe unter Leitung von Millspaugh gestellt.

Um die Einmischung des Schahs in die Kabinettsangelegenheiten einzuschränken, befahl Qavam den Ministern, nur über den Weg des Ministerpräsidentenbüros mit dem Schah Kontakt aufzunehmen. Bis dahin hatten die Minister direkt mit dem Schah Kontakt aufgenommen. Der Konflikt zwischen dem Schah und Qavam erreichte seinen Höhepunkt, als

---

<sup>91</sup> Siehe SAMI, Innenministerium / die Polizeireviere, Kopie der Berichte der Polizeireviere, Nr. 4860, 6.8.1320 / 28.10.1941.; SAMI, AIA, Ministerpräsidentenbüro an Finanzministerium / Innenministerium, Nr. 12912, 20.9.1320/11.12.1941.; *Ettela át*, Die Beschreibung des Vorfalles in Rascht, Nr. 2939, 24.4.1321 / 15.7.1942.; SAMI, Brujerd an Teheran, Telegram Nr. 157, 14.5.1321 / 5.8.1942.; SAMI, Gendarmerie (Aschtiyan) an den Chef der Gendarmerie, Nr. 8595,RQ, 20.5.1321/11.8.1942.

<sup>92</sup> Das geheime Treffen Qavams mit den Abgeordneten, in *Mardom*, 15.5.1322 / 7.7.1943.

die Schüler im Winter 1942 in Teheran gegen hohe Lebensmittelpreise sowie den Druck der neuen Geldscheine protestierten. Am 8. Dezember 1942 demonstrierten die Schüler einiger Gymnasien in Teheran. Mit der Parole „wir wollen Brot“<sup>93</sup> setzten sie ihren Marsch in Richtung Parlament in Bewegung. Die Schülervertreter machten ihre Forderungen in ihrem Treffen mit dem Parlamentschef bekannt. Sie forderten, „dass der Kulturminister aufgefordert wird, die Schulen nur halbtags öffnen zu lassen, damit die Schüler ihren Eltern beim Kauf vom Brot behilflich sein können.“<sup>94</sup> Vor dem Parlament kamen einige Studenten dazu und sprachen über das Brotproblem. Einige der Sprecher „kritisierten die Regierung Qavams und forderten seinen Rücktritt.“<sup>95</sup> Es kamen auch noch andere Gruppierungen dazu. Sie sprachen den Schülern ihr Mitleid aus und schließlich „stürmten sie in das Parlament und zerbrachen die Türen und Fenster des Majlis. Daraufhin verließen die Abgeordneten das Gebäude. Es herrschte Anarchie.“<sup>96</sup> Nach dem Bericht der Zeitung *Bachter* bekamen die Parolen gegen Mittag eine politische Farbe.<sup>97</sup> Am Nachmittag änderte sich das Bild der Demonstranten. Während die Demonstranten am Vormittag „die Schüler und Studenten“ waren, waren es am Nachmittag „die Bevölkerung aus Südteheran, die Arbeiter, kleine Händler, Abschaum sowie Pöbel der Gesellschaft.“<sup>98</sup> Plötzlich setzte sich „eine Gruppe aus etwa 150 Personen mit Holzstöcken in der Hand in Bewegung. Sie schimpfte auf Qavam.“<sup>99</sup> Eine weitere Gruppe setzte sich in Richtung des Hauses Qavams in Bewegung und plünderte dieses. Qavam floh kurz vor der Ankunft der Demonstranten. Zwei Tage dauerte die Unruhe an. Die Folge waren viele Tote und Verletzte. Nach der Erläuterung von Senator Tadeiyon im Senat wurden dabei 54 Personen getötet.<sup>100</sup> Der Aufstand vom 8. Dezember 1942 kam aus demselben Grund zustande wie alle anderen Aufstände im Land. Teheran bildete in diesem Zusammenhang keine Ausnahme. Dreyfus glaubte, dass die Iraner nur „einen Schritt von der Hungersnot“<sup>101</sup> entfernt waren.

Wie die Demonstration im Aufstand mündete, bleibt bis zum heutigen Tage ein Rätsel. Klar ist, dass, nachdem Qavam sein Kabinett gebildet hatte, er sich bemühte, den Schah sowie seinen königlichen Hof von den Regierungsangelegenheiten sowie der Armee fernzuhalten. Er überreichte dem Majlis den Gesetzentwurf über die Wehrpflicht. Die Abgeordneten

---

<sup>93</sup> *Daad*, die Lage vom 17. Azer, 23.11.1321 /12.2.1942.

<sup>94</sup> *Iran*, drei Tage Krise im Teheraner Leben, 30.11.1321 /19.2.1942.

<sup>95</sup> Khameii, 1362/1983: 39 u. 64, Memoiren, der verlorene Moment, Bd. 2.

<sup>96</sup> *Bachter*, 2.11.1321 /22.1.1942.

<sup>97</sup> *Bachter*, 2.11.1321 /22.1.1942.

<sup>98</sup> Khameii, 1362/1983: 65, Memoiren, der verlorene Moment, Bd. 2.

<sup>99</sup> Khameii, 1362/1983: 65, Memoiren, der verlorene Moment, Bd. 2.

<sup>100</sup> MM, Debatte im Senat, 2.3.1329 /23.5.1950.

<sup>101</sup> Dreyfus anSoS, 17.10.1942, In: Yonah Alexander, Allen Nanes, 1980: 87-88, *The United States and Iran, a Documentary History*.

zeigten ihre Unzufriedenheit und lehnten den Gesetzentwurf Qavams ab. Dashti erklärte in seiner Rede im Parlament, dass, „der Iran gerade von einem Diktator befreit worden ist. Wir werden uns nicht der Qavam-Diktatur unterwerfen.“<sup>102</sup> Einen Monat später kam Qavam mit einem neuen Gesetzentwurf ins Parlament. Dieses Mal wollte er Sondervollmachten, um die „Sicherheit wiederherzustellen, die Verfügbarkeit der Lebensmittelprodukte von innen und außen und deren Rationierung zu ermöglichen, die Inflation zu bekämpfen sowie die negative Beeinflussung der Bevölkerung zu verhindern.“<sup>103</sup> Das Parlament stellte sich gegen die Erteilung der Sondervollmachten an Qavam. Der Kampf zwischen dem Majlis und Qavam war ausgebrochen. Der Schah stand auf der Seite des Parlaments. Die Demonstration der Schüler und Studenten hätte dem Ministerpräsidenten Qavam insofern behilflich sein können, dass die Abgeordneten ihre Position änderten. Er wollte den Abgeordneten klar machen, dass ein starkes Kabinett mit Qavam an der Spitze notwendig wäre. Qavam hoffte mit Hilfe eines solchen Aufstandes, das Parlament dazu zu zwingen, ihm die Sondervollmachten zu erteilen. Aber Qavam hatte mit der starken Reaktion des Schahs nicht gerechnet. Der Schah sprach davon, dass Qavam „als Ministerpräsident alle Arbeiten ohne meine Befehle tat und nun mit Unterstützung der Gegner meines Vaters eine starke Gruppe bildet und gegen mich agiert“<sup>104</sup>. Daher nahm der Schah persönlich „als Armeechef Kontakte mit einigen Abgeordneten im Majlis auf, unterstützte einige Zeitungen finanziell und drängte Qavam, seinen Rücktritt zu erklären.“<sup>105</sup> Der Schah sowie sein königlicher Hof beobachteten Qavam und nutzten den Aufstand, um Qavam einen Denkkzettel zu erteilen. Daher versuchte der Schah mit Hilfe einiger Hofabgeordneten im Parlament, wie Masudi, die Initiative zu ergreifen. Am Nachmittag tauchten einige Gruppierungen aus der Unterschicht mit Holzstöcken auf. Sie attackierten das Parlamentsgebäude, prügeln zwei Abgeordnete, plünderten die Bäckereien, die Luxus-Läden und das Haus Qavams, nachdem sie zugesehen hatten, dass sich die iranische Armee nicht einmischte. Die Ordnung wurde aber durch die britische Armee wiederhergestellt. Mit dieser Aktion kamen die Briten den Maßnahmen Qavams entgegen. Der Aufstand überzeugte sowohl die Abgeordneten als auch die Briten, dass die Existenz der Armee sowie ihre Verstärkung unter Aufsicht des Schahs für die Herstellung von Sicherheit und Ordnung unverzichtbar seien.

Nach Beilegung der Unruhen beschlagnahmte Qavam alle Zeitungen und Zeitschriften. Sie durften fast einen Monat nicht erscheinen. Die Beschlagnahme der Presse durch Qavam

---

<sup>102</sup> MM, die Rede Dashti, 1.6.1321/23.8.1942.

<sup>103</sup> *Etelaát*, Nr. 5059, 29.8.1321 /14.11.1942.

<sup>104</sup> *Damavand*, Nr. 59, 25.5.1322 /17.7.1943, zit. Jami 1355/1977:154, Vergangenheit ist das Licht der Zukunft.

<sup>105</sup> Bullard an Eden, 29 April 1943, Report on political Events of 1942, in: IOR: L/P&S/12/ 3472A.

ließ die Behauptung reifen, dass Qavam selbst an den Anfängen der Unruhe beteiligt war, sonst hätte er die Presseverbote nicht veranlasst. Qavam, der wusste, dass die wütenden Gruppen vom königlichen Hof aufgehetzt waren, richtete eine Untersuchungskommission unter seiner Aufsicht ein, um zum einen die eventuellen Aufhetzer bekannt zu geben und zum anderen die Wahrheit in eingeschränkter Weise an die Bevölkerung weiterzuvermitteln. Daher war es nicht überraschend, dass diese Kommission ihre Arbeit weiter durchführen konnte, solange Qavam an der Macht war. „Die Inspektoren der Kommission fanden während der Untersuchung viele Schecks vom Schah, die in diesen Tagen unterzeichnet worden waren. Einer davon war für Masudi, den Chefredakteur der Zeitung Ettela át, und die Parlamentsabgeordneten bestimmt. Diese Schecks zeigten, dass der Schah an den Unruhen vom 8. Dezember 1942 direkt beteiligt war. (...) Der königliche Hof versuchte, die weitere Bekanntgabe der Wahrheit zu verhindern. Deswegen wurden die Inspektoren entlassen.“<sup>106</sup> Einer von zwei entlassenen Inspektoren gab bekannt, wenn „der Bericht der Untersuchungskommission angeschaut wird, erkennt man sofort, wer an den Unruhen schuldig war.“<sup>107</sup> Der Inspektor betonte, dass die Brüder Masudis an der Unruhe vom 8. Dezember 1942 direkt beteiligt waren.“<sup>108</sup> Masudi schrieb später von einer Einigung zwischen seinen Freunden und Qavam. „Eine Bedingung dieser Einigung war es, dass ich (Masudi) in der Anwesenheit der Herren verspreche, Qavam (in der Öffentlichkeit und Presse) nicht mehr weiter anzugreifen. Ich versprach es, und Qavam-el-Saltaneh trat zurück.“<sup>109</sup> So zeigten sich der kämpfende Regierungskreis, der Schah, sein königlicher Hof, seine Abgeordnetenanhänger einerseits und Qavam und seine Anhänger andererseits bereit, sich zu Lasten der Unterschicht zu einigen. Nach der Einigung schwiegen alle Beteiligten. Der Schah konnte zum ersten Mal in seiner Regierungszeit die Forderung der Schüler und Studenten für die Stabilisierung seiner Macht und als eine Waffe gegen seinen politischen Gegner, Qavam, nutzen. Die Schüler und die Studenten konnten nicht ahnen, dass ihre Demonstration von der Oberschicht ausgenutzt wurde und der Schah und seine Anhänger die wirklichen Gewinner waren.

Die Unruhe vom 8. und 9. Dezember 1942 ging als ein Rätsel in die iranische Geschichte ein. Es ist nicht verwunderlich, dass man in den Dokumenten der iranischen Archive kein einziges Blatt darüber findet.

---

<sup>106</sup> Jami , 1355/1977:155-156, Vergangenheit ist das Licht der Zukunft.

<sup>107</sup> *Damavand*, Nr. 14, 16.5.1322 /8.7.1943.

<sup>108</sup> *Damavand*, Nr. 14, 16.5.1322 /8.7.1943.

<sup>109</sup> *Damavand*, Nr. 13, 13.5.1322 /5.7.1943.

Dieser Aufstand, der am Anfang von Qavam inszeniert und später vom Schah geleitet wurde, führte zur Niederlage Qavams. Der Schah nahm persönlich „als Armeechef Kontakte mit einigen Abgeordneten im Majlis auf, unterstützte einige Zeitungen finanziell und drängte Qavam, seinen Rücktritt zu erklären.“<sup>110</sup> Das amerikanische Kriegsministerium lehnte die Empfehlung der amerikanischen Berater in Teheran ab, den Schah gegenüber dem Ministerpräsidenten Qavam zu unterstützen.<sup>111</sup> Qavam trat zurück, und der Schah gewann den Streit.

Nach dem Rücktritt Qavams stellten die Fraktionen Edalat, Mihan und Etehad-Melli noch einmal Soheily als Ministerpräsidenten auf. Soheily verfolgte in der Außenpolitik das Programm Qavams d.h. die Stärkung der amerikanischen Position im Iran. Er schlug vor, selbst in die USA zu reisen, um einen Handelsvertrag abzuschließen. Er sprach ferner davon, den Amerikanern eine Erdölkonzession zu überlassen. Er stärkte auch die Position Millspaugh's mit Sonderbefugnissen des Parlaments. Wie Qavam hatte auch er Probleme mit dem Schah. Der Schah forderte ihn auf, die Zeitungen zu beschlagnahmen, die etwas Negatives über die Privatsphäre der königlichen Familie gedruckt hatten. Soheily weigerte sich, dies zu realisieren.<sup>112</sup> Das zweite Problem tauchte auf, als das Budget der Armee behandelt werden musste. Soheily machte auf Empfehlung Millspaugh's den Vorschlag, zur Entlastung des Staatshaushaltes die Stärke der Armee von 65.000 auf 30.000 zu reduzieren. Der Schah drängte aber auf die Erhöhung der Armeezahl auf fast das Doppelte. Der amerikanische Botschafter berichtete, dass „der Schah mit dem Vorschlag Millspaugh's über die Reduzierung des Militärbudgets nicht einverstanden ist, weil diese seine Herrschaft über die Armee, die seine Hoffnung für das weitere Bleiben an der Macht ist, in Gefahr bringt.“<sup>113</sup>

Das dritte Problem war die Durchführung der 14. Parlamentswahl. Es war die Aufgabe des Innenministers gewesen, für eine freie und ungestörte Wahl im ganzen Land zu sorgen. Wer das Innenministerium in der Hand hielt, gehörte zum Sieger der Parlamentswahl. Der Schah, Soheily und das Majlis konkurrierten um den Erhalt dieses Ressorts. Deshalb war es nicht überraschend, dass sich innerhalb von 9 Monaten drei Innenminister ablösten. Soheily erwähnte gegenüber dem amerikanischen Botschafter in Teheran, „dass er das Majlis aufgelöst hätte und die neue Parlamentswahl durchgeführt hätte, wenn er nicht befürchtet

---

<sup>110</sup> Bullard an Eden, 29 April 1943, Report on political Events of 1942, in: IOR: L/P&S/12/ 3472A.

<sup>111</sup> Vail Motter, 1952: U.S. Army in World War II – The Middle East Theatre: The Persian Corridor and Aid to Russia.

<sup>112</sup> British Minister an FO, 29.7. 1943, FO 371/Persia 1943/34-35072.

<sup>113</sup> American Minister an State Department, 14.4.1943, FRUS 1943, Bd. IV, S. 520.

hätte, dass der Schah und seine Anhänger aufgrund des fehlenden Parlaments den Ausnahmezustand ausriefen und die Lage ausnützten.“<sup>114</sup>

Der Schah, der das Ergebnis der 14. Parlamentswahl fürchtete, wollte zuvor alle Vorsichtsmaßnahmen treffen,<sup>115</sup> um die Schäden zu begrenzen. Er entrichtete „500,000 \$ aus New York ans Land“,<sup>116</sup> um sie in der 14. Parlamentswahl verwenden zu können. Er schlug sogar den Besatzungsmächten vor, die 13. Parlamentsperiode bis zum Ende des Krieges zu verlängern. Der Wunsch des Schahs wurde jedoch nicht akzeptiert, da Bullard die Meinung vertrat, dass die iranische Bevölkerung das neue Majlis als „Garant für ihre Freiheit“<sup>117</sup> sah. Die 14. Parlamentswahl führte Soheily durch. Es war die erste Wahl nach der Abdankung Reza Schahs. Sie dauerte fast ein Jahr. 800 Kandidaten mit unterschiedlichen Interessen konkurrierten um die 136 Parlamentssitze. Niemand konnte voraussehen, wer oder welche Gruppe im Parlament die Mehrheit erlangen würde. Es gab 7 unterschiedliche Interessenverbände:

- die Kandidaten aus den britischfreundlichen Kreisen,
- die Kandidaten aus den sowjetfreundlichen Kreisen,
- Hofanhänger,
- Anhänger des Ministerpräsidenten Soheily,
- Großgrundbesitzer und einflussreiche lokale Politiker,
- geistliche Führer und
- die politischen Parteien.

Einige Kandidaten hatten gute Kontakte zu den Besatzungsmächten. Großbritannien hatte in seiner Einflusszone in den südlichen Provinzen, wie z. B. in Khusistan und Kermanschah das Sagen. Der britische Botschafter forderte die Vertreter Großbritanniens in den Provinzen auf, „die besten Personen zu unterstützen.“<sup>118</sup> Die Sowjetunion versuchte in ihrer Einflusszone, in den nördlichen Provinzen Aserbaidshan, Khurasan und Gilan, viele sowjetfreundliche Personen in das Parlament zu schicken. Obwohl das Foreign Office zum Ergebnis kam, dass „die Sowjets in ihrer Einflusszone von ihrem Einfluss in der Parlamentswahl wenig Gebrauch machten“,<sup>119</sup> zeigte sich im nachhinein, dass sich die Sowjets im Gegensatz zum falschen Resultat des Foreign Office in die Parlamentswahl

---

<sup>114</sup> American Minister an State Department, 14.4.1943, FRUS 1943, Bd. IV, S. 531

<sup>115</sup> British Minister an FO, 11. April 1944, FO 371/Persia 1944/34-40187.

<sup>116</sup> British Minister an FO, 11. April 1944, FO 371/Persia 1944/34-40187.

<sup>117</sup> British Minister an FO, 14. Feb. und 13. März 1943, FO 371/Persia 1943/34-35068.

<sup>118</sup> FO in London, 3. Dez. 1943, FO 371/Persia 1943/34-35117.

<sup>119</sup> FO in London, 3. Dez. 1943, FO 371/Persia 1943/34-35117.

massiv einmischten. In der 14. Parlamentswahl hatten die Sowjets nicht nur die Tudeh-Partei – wie erwartet - unterstützt, sondern auch die reichen Lokalpolitiker in ihrer Einflusszone, die das Interesse der Sowjets in den Provinzen vertraten, und dieses führte zur Täuschung des Foreign Office.

Einige Kandidaten bekundeten ihre Loyalität zum Schah und zum Königshaus (Anhänger der Monarchie). Der Schah konnte in den Provinzen, in denen der Ausnahmezustand herrschte und die Militärs die Macht in der Hand hielten, Stimmen gewinnen.

Einige Kandidaten wurden von Ministerpräsident Soheily unterstützt. Der Ministerpräsident übte mit Hilfe des Innenministers seinen Einfluss in Teheran und in der Provinz Masandaran aus. Ein Beispiel dafür war Eskandari, der von der Provinz Mosandaran aus für das Majlis kandidierte. „Er sprach darüber mit Ministerpräsident Soheily und drohte ihm, wenn Soheily dort die Wahl stört, wird die Tudeh-Partei Lärm machen (gemeint war, dass die Tudeh-Partei die iranische Öffentlichkeit darauf aufmerksam machen würde).“<sup>120</sup> Nachdem Soheily erklärt hatte, dass er gegen die Kandidatur Eskandaris nicht einzuwenden hätte, reiste Eskandari in die Provinz,<sup>121</sup> um an der Parlamentswahl teilzunehmen.

Daneben gab es noch die einflussreichen lokalen Politiker, Großgrundbesitzer und Nomadenchefs, die das Wahlergebnis in den Dörfern bestimmten. In den Kleinstädten waren es die geistlichen Führer und die reichen Händler, die die Parlamentswahl beeinflussten. In den Großstädten waren es die politischen Parteien, die mit ihren Programmen für ein interessantes Wahlgesehehen sorgten. Die Zahl der Parteien stieg von 16 Parteien zu Beginn der Parlamentswahl auf 42 Parteien kurz vor Ende der Parlamentswahl.<sup>122</sup> Nach britischer Vorstellung konnte man unter den vielen bunten Parteien nur zwei grundlegende Merkmale erkennen: Reaktionäre gegen die progressiven Linken sowie Reiche gegen die Armen.<sup>123</sup> Die Parteien-Kandidaten für die Parlamentswahl wurden in den meisten Fällen nicht aufgrund ihrer Parteizugehörigkeit gewählt, sondern weil sie eine einflussreiche Familie hinter sich hatten. So gewann der Kandidat Sangeneh die Parlamentswahl in der Provinz Kermanschah, da sein Vater Nomadenchef in der Region war. Oder der Gründer der Vatan-Partei wurde aus der Stadt Yazd gewählt, denn er wurde von der einflussreichen Familie Taheri unterstützt. Auch Eskandari von der Tudeh-Partei wurde deswegen gewählt, da er von einer anderen

---

<sup>120</sup> Eskandari, 1372/1993: 146, Memoiren.

<sup>121</sup> Eskandari, 1372/1993: 146, Memoiren.

<sup>122</sup> British Minister an FO, A Note on political Parties in Persia, FO 371/Persia 1945/34-45512.

<sup>123</sup> British Minister an FO, Memorandum on Parties Active in the General Elections, FO 371/ Persia 1943/ 34-35074.

einflussreichen Familie materiell unterstützt wurde. Darüber hinaus hatten die Sowjets seine Gegner aus der Stadt vertrieben. Für die Wahl eines Abgeordneten mussten drei Faktoren zusammenpassen, damit er die Parlamentswahl gewann: a) die finanziellen Mittel, b) die politische Unterstützung der iranischen Verwaltung bzw. der ausländischen Besatzungsmächte sowie c) die Zustimmung der iranischen Bevölkerung.

Kurz nach der Wahl verschwanden fast alle Parteien. Es blieben nur sechs Parteien, die ihre Aktivitäten auch nach der Wahl fortsetzten: Die Tudeh-Partei, die Begleiter-Partei (Hamrahan), die Edalat-Partei, die Etehad-Melli-Partei, die Vatan-Partei und die Iran-Partei.

### **II.3.2. Die 14. Parlamentsperiode (1943-1945)**

Die 14. Parlamentsperiode begann am 26. Februar 1944.<sup>124</sup> Nach der Zusammenkunft des 14. Parlaments bildeten sich sieben Fraktionen, die Fraktion Etehad-Melli, die Fraktion Demokrat, die Fraktion Mihan, die Fraktion Aserbaidschan, die Unabhängige Fraktion, die Fraktion der Einzelgänger (Monfaredin) und die Tudeh-Partei. Die konservative Fraktion Etehad-Melli, Anhänger der Monarchie, verlor ihre Mehrheit und besaß nur noch 30 Abgeordnete, die aus den Städten gewählt wurden, in denen die Militärs regierten. Sie vertraten die Interessen des Schahs sowie der Großgrundbesitzer. Die Fraktion Mihan verfügte über 26 Abgeordnete. Die meisten von ihnen waren aus der britischen Einflusszone gewählt und vertraten die Interessen Großbritanniens. Die Fraktion Mihan arbeitete oft mit der Fraktion Demokrat zusammen. Die Fraktion Demokrat, bekannt als Fraktion der Nomaden, besaß 11 Abgeordnete, die aus der britischen Einflusszone kamen. 20 Abgeordnete der Fraktion Azadi kamen aus der sowjetischen Einflusszone, die immer gegen die Fraktionen Mihan und Demokrat stimmten. Die Abgeordneten dieser Fraktion waren aus der Schicht der Großgrundbesitzer, Geistlichen und Großhändler. Nahe der Fraktion Azadi stand die Tudeh-Partei, die mit nur 8 Abgeordneten die kleinste Fraktion im Parlament bildete. Außer Fadakar aus Isfahan waren alle Abgeordneten aus der sowjetischen Einflusszone. Die Fraktion Unabhängige (Mosteghel) hatte 15 Mitglieder und kam mit der Unterstützung von Ministerpräsident Soheily ins Parlament. In der Außenpolitik versuchte sie den Einfluss der sowjetischen sowie der britischen Regierung zu reduzieren und befürwortete als Ausgleich die Zusammenarbeit mit den USA. Die Fraktion der Einzelgänger (Monfaredin) setzte sich aus 16 Abgeordneten zusammen. Sie gehörten keiner Partei an und unterstützten je

---

<sup>124</sup> Schajii, 1372/1993: 222, Die politische Elite im Iran von der Konstitutionellen Revolution bis zu der islamischen Revolution, die Abgeordneten im iranischen Parlament, Bd. 4.

nach Lage und Thema eine oder mehrere Fraktionen. Sie waren für die Realisierung der konstitutionellen Verfassung.

Diese sieben Fraktionen im Parlament führten die Diskussionen, die ihren unterschiedlichen Positionen Klarheit schaffte. Die iranische Bevölkerung erfuhr von diesen Differenzen aus Zeitungen und Zeitschriften. Während die Fraktionen Mihan und Demokrat mit England sympathisierten, waren Tudeh sowie Azadi für die Sowjetunion, die Parteien Unabhängige und Etehad-Melli für die USA, und die Fraktion der Einzelgänger blieb in der Außenpolitik neutral. In der Innenpolitik vertraten die Fraktionen unterschiedliche Positionen. Die Tudeh-Partei war für die radikalen sozialen Reformen und wurde ab und zu von der Fraktion der Einzelgänger unterstützt. Die Fraktionen Mihan, Azadi und Etehad-Melli waren für das weitere Fortbestehen der momentanen politischen Situation. In der Frage, wer die Macht über die Armee besitzen sollte, stand die Fraktion Etehad-Melli allein den anderen Fraktionen gegenüber. Etehad-Melli befürwortete den Schah als Oberbefehlshaber der Armee.

In der ersten Aktion des neuen Parlaments drängte das Majlis Ministerpräsident Soheily zum Rücktritt. Ihm wurde vorgeworfen, sich in die 14. Parlamentswahl eingemischt und Lebensmittel falsch verteilt zu haben. Nach dem Sturz Soheilys am 27. März 1944 wählten die Vertreter der Fraktionen Azadi, Demokrat, Mihan und Einzelgänger Saéd zum Ministerpräsidenten. Saéd war nach der Absetzung Reza Schahs der erste iranische Ministerpräsident, der direkt vom Majlis gewählt wurde, wie es in der Verfassung vorgesehen war. Aus Sicht des britischen Außenministeriums war „Saéd eine geehrte, vertrauenswürdige Person, die mit den Besatzungsmächten gute Beziehungen pflegte.“<sup>125</sup> Saéd überließ drei Ministerien der Fraktion Azadi, ein Ministerium der Fraktion der Unabhängigen und vier Ministerien den Fraktionen Mihan und Demokrat.<sup>126</sup> Wie erwartet stimmte das Majlis dem Kabinett Saéds mit großer Mehrheit zu. Nach der Zustimmungswahl beschäftigte sich das Majlis, wie der Militärattaché Großbritanniens fünf Wochen vor der Eröffnung des 14. Majlis vorausgesagt hatte, mit der Armee und deren Budget.<sup>127</sup> Das Majlis nahm die Armee unter Beschuss.<sup>128</sup> Die Fraktion Azadi forderte eine Reduzierung der Truppenstärke, die Reorganisation der Armee sowie die Reduzierung des Budgets. Die Fraktion der Unabhängigen bestand darauf, dass die Armee von den Zivilisten kontrolliert werden musste. Saiyed Zia zufolge müsse nun die Armee unter Parlamentskontrolle gestellt

---

<sup>125</sup> British Foreign Office, 21 March 1944, FO 371/Persia 1944/34-40189.

<sup>126</sup> Saéd beschwerte sich später, dass sich die Fraktionen ständig in seine Kabinettsbildung einmischten, Saéd, M. Die erste Erfahrung als Ministerpräsident, 28.12.1323 /19.3.1945.

<sup>127</sup> British Military Attaché an FO, 17 and 24 January 1944, FO 371/Persia 1944/34-40205.

<sup>128</sup> MM, 17-27.1.1323 /6-16.4.1944.

sowie die Verbindung zwischen den Armeemoffizieren und dem Schah abgebrochen werden.<sup>129</sup> Diese Abgeordneten waren daran interessiert, dass die Befugnisse des Schahs im Rahmen der Verfassung eingeschränkt wurden. Sie wurden von der Partei Freiheitsfront (Jebhe Azadi) in der Gesellschaft unterstützt. Die Partei Freiheitsfront besaß 31 Zeitungen und Zeitschriften. Auch Millspaugh unterstützte das Vorhaben dieser Abgeordneten und trat für eine Reduzierung des Armeebudgets ein. Ein Jurist im iranischen Außenministerium kommentierte, dass der Schah der Oberbefehlshaber der Armee sei. Aber wie er seine Macht in der Armee ausüben sollte, sei diskussionsreich. Nach der Ergänzung der Verfassung sei der Verfassungskommentar das Recht des Parlaments. Das Parlament könne bestimmen, wie weit der Schah die Armee kommandieren dürfe.<sup>130</sup> Es schien, als ob die Abgeordneten den Schah dazu zwingen konnten, ihre Forderungen zu akzeptieren, um eine wahre parlamentarische Demokratie im Iran in die Wege zu leiten. Aber die außerparlamentarischen Ereignisse beeinflussten die Diskussionen gegen den Schah im Parlament und spalteten die Einheit der Schahgegner. Das Parlament, das die Ereignisse in der Gesellschaft zu seinen Gunsten kanalisieren sollte, wurde zum Opfer der gesellschaftlichen Ereignisse. „Ein proletarischer Aufstand“<sup>131</sup> in Isfahan zerstörte die Einheit der Schahgegner im Parlament und führte zu einer Koalition der Reichen im Parlament mit den Anhängern des königlichen Hofes. Die Reichen hatten Angst vor der Eskalation der sozialen Revolution der Unterschicht. So waren sie bereit, ihre Meinungsunterschiede beizulegen, um eine größere Gefahr zu verhindern. Die Abgeordneten, wie alle Reichen, hofften, „dass die Sicherheit und Ordnung in der Region die soziale Revolution verhindern würde.“<sup>132</sup> Die Spaltung der Partei Begleiter (Hamrahan) war ein direktes Ergebnis dieses Aufstandes. Ein Teil der Fraktion unterstützte die Tudeh-Partei und kritisierte die Nomadenchefs. Der zweite Teil unterstützte die Nomadenchefs und war gegen die Tudeh-Partei.

In der Gesellschaft verließen sechs Chefredakteure die Freiheitsfront-Partei und gründeten die Unabhängige Front (Jebhe-Esteghlal). In kurzer Zeit konnten sie 29 Zeitungen und Zeitschriften veröffentlichen, was für ihr schnelles Wachsen sprach. *Raad Emruz*, eine ihrer Zeitungen, analysierte in ihrem Leitartikel den Aufstand in Isfahan wie folgt: „Die Tudeh-Partei mit ihrer teuflischen Doktrin und ihrem Schichtenkonflikt heizte die unbewussten Arbeiter an. Sie stellt das Recht des Privateigentums in Frage und bescherte der zweitgrößten Industriestadt des Irans (Isfahan) die Anarchie. Wenn die Regierung die Tudeh-

---

<sup>129</sup> British Military Attaché, 3. April and 17 Juli 1944 FO 371/Persia 1944/ 34-40205.

<sup>130</sup> British Embassy, Memorandum on Roya prerogatives in the Constitution, FO 371/Persia 1944/ 34-40187.

<sup>131</sup> Fatemi, 1954: 216, Oil Diplomacy: Powerkeg of Iran.

<sup>132</sup> British Ambassador an FO, 18. Juli 1944, FO, 371/Persia 1944/ 34-40187.

Partei nicht unterdrückt, wird dieser Aufstand in eine allgemeine Revolution münden.“<sup>133</sup> In Isfahan war jedoch nichts anderes geschehen als eine Demonstration der unzufriedenen Industriearbeiter für bessere Löhne sowie bessere Arbeitsbedingungen. Die Tudeh-Partei und ihre Syndikate zeigten nur mit den Demonstranten Mitleid. Spekulationen zufolge waren 600 Personen in diesem Aufstand umgebracht worden. Aber für die reichen Abgeordneten war dieses Ereignis so unakzeptabel, dass sie harte Maßnahmen verlangten.

Auf diese Weise führte ein regionales Problem zu einer Veränderung im Parlament und beeinflusste die Diskussion über die verfassungsrechtlichen Probleme. Die zwei konservativen Gruppierungen Mihan und Demokrat trennten sich von der Azeri-Fraktion, die gegen den königlichen Hof stimmte<sup>134</sup> und wechselten zur Fraktion Etehad-Melli über. Sie bildeten damit die Mehrheitsfraktion und attackierten die Tudeh-Partei. Die Mehrheitsfraktion fertigte ein Arbeitsgesetz, mit dem die Gouverneure bevollmächtigt wurden, in den Industriezentren den Ausnahmezustand auszurufen,<sup>135</sup> um der sozialen Anarchie zuvorzukommen. Infolgedessen bildete Saéd sein Kabinett um: Die Minister aus der Fraktion Azadi wurden durch die Personen ersetzt, die vom königlichen Hof vorgeschlagen worden waren. Die Mehrheitsfraktion besetzte die wichtigen Komitees des Majlis, wie z. B. das Militärkomitee. Sie wählte M. S. Tababaii als Parlamentschef. So gewann der Schah eine starke parlamentarische Unterstützung im Majlis. Dies war dasselbe Parlament, das der Schah zu Anfang hatte auflösen wollen. So war es nicht überraschend, dass, als Saéd den Gesetzentwurf über 15 Millionen Toman (iranische Währung) für die Unterstützung des Kriegsministeriums einbrachte, die Fraktionen Mihan und Demokrat gemeinsam mit der Fraktion Etehad-Melli seinen Entwurf unterstützten.<sup>136</sup> Fatemi aus der Fraktion Mihan, der vor kurzem noch für die Reduzierung der Armeezahl geworben hatte, votierte nun für eine starke Armee, mit der Begründung, dass wenn eine starke Armee nicht gebildet würde, das Eigentumsrecht grundsätzlich gefährdet wäre. Ein Angehöriger der Fraktion Demokrat, der einige Monate vorher alle Offiziere des Generalstabs verurteilt hatte, argumentierte nun, dass die Bevölkerung eine starke Armee unterstützen musste, da ohne sie der ganze Iran in Flammen stehen würde. Die Opposition im Majlis konnte die Zustimmung zum Gesetzentwurf durch die Mehrheitsfraktion nicht verhindern, versuchte aber, die Armee vom Inhalt her zu kritisieren. Ein Abgeordneter aus der Fraktion Unabhängige argumentierte, dass nach der iranischen Verfassung die Kontrolle der Armee unter die Aufsicht von Zivilisten

---

<sup>133</sup> Der Aufstand in Isfahan, *Raad Emruz*, 26.2.1324 /16.5.1945 bis zum 5.3.1324 /26.5.1945.

<sup>134</sup> British Military Attaché an FO, 8 May 1944, FO, 371/Persia 1944/ 34-40205

<sup>135</sup> MM, Majlis 14, 13.2.1323 /3.5.1944.

<sup>136</sup> MM, Majlis 14, 11.7- 22.7.1323 /3- 14.10.1944.

gestellt werden sollte. Mossadegh behauptete in seiner Rede, dass die Minister gegenüber dem Majlis und nicht gegenüber dem Schah verantwortlich seien. Nach der Verfassung sei der Schah nicht berechtigt, sich in die nationale Politik einzumischen. Wenn sich aber der Schah auf eigene Verantwortung in die nationale Politik einmische, bedeute dies, dass die Abgeordneten zum Resultat kommen, dass Könige genau wie Minister abgesetzt werden dürften.<sup>137</sup> Trotz der langanhaltenden Diskussionen konnte Saéd das Gesetz durch das Parlament passieren lassen. Die Gegner des Schahs im Majlis, die nun in der Minderheit waren, entschieden sich aufgrund der Ereignisse in Isfahan, den Schah nicht mehr zu attackieren. Der Schah sollte seine weitere Existenz den armen Industriearbeitern zu verdanken haben.

Gleichzeitig tauchte ein Problem in der Außenpolitik auf, das die Innenpolitik des Majlis in den Schatten stellte. Am 16. September 1944 verlangte die Sowjetunion die Erdölkonzession im Nordiran. Die politische Beziehung beider Länder schien in Gefahr geraten zu sein. Die Erdölkrise stärkte die Koalitionen Mihan und Demokrat und lieferte dem Konflikt zwischen den Fraktionen neue Nahrung. Sie war bereits ein Zeichen für den Beginn des Kalten Krieges, der sich im Iran viel früher als in Europa bemerkbar machte. Die sowjetische Ölforderung<sup>138</sup> hatte das Majlis in zwei Blöcke geteilt, einerseits die westlich eingestellten Abgeordneten und andererseits die sowjetisch eingestellten Abgeordneten. Dies war die erste politische Konfrontation zwischen Ost und West in einem kleinen Land, obwohl diese Blöcke auf der Welt noch nicht existierten.

Die Fraktionen Azadi und die Tudeh-Partei bezeichneten Saéd als britische Marionette. Die Fraktionen Mihan, Demokrat, die Unabhängigen und Etehad-Melli lobten Saéd dagegen als Helden. Die Fraktion der Einzelgänger blieb neutral. Sie kritisierte sowohl die sowjetische Forderung als auch das Verhalten Saéds. Diese Abgeordneten glaubten, dass „die Konzessionsvergabe an einen die Konzessionsforderung des Gegners verursachen würde.“<sup>139</sup>

Auch in der Gesellschaft war die Teilung in zwei Blöcke nicht zu übersehen. Während die Unabhängigkeitsfront (Jebhe-Esteghlal) die Forderung der Sowjetunion ablehnte, verlangte die Freiheitsfront (Jebhe-Azadi) den Rücktritt Saéds. Die Tudeh-Partei organisierte eine Demonstration und befürwortete die Konzessionsvergabe an die Sowjets sowie den sofortigen Rücktritt Saéds.<sup>140</sup>

---

<sup>137</sup> MM, Majlis 14, Mossadegh,

<sup>138</sup> Siehe Kapitel die Erdölkrise.

<sup>139</sup> MM, Majlis 14, Mossadegh, 19.7.1323 /11.10.1944.

<sup>140</sup> American Chargé d' Affaires an State Department, FRUS 1944, Bd. V, S. 461.

Die Krise wurde beigelegt, als das Parlament den Vorschlag der Sowjets akzeptierte, Saéd durch einen neuen unabhängigen Ministerpräsidenten zu ersetzen. Die Suche nach einem Kandidaten begann. Die Fraktion der Einzelgänger (Monfaredin) mit Unterstützung der Azadi-, der Tudeh-Partei und einiger Abgeordneter aus der Fraktion Etehad-Melli schlugen Mossadegh als einzigen Kandidaten vor. Mossadegh, der die labile Lage gut abschätzte, machte seine Kandidatur verbindlich unter einer Bedingung, nämlich, dass er sein Abgeordnetenmandat im Falle eines Rücktrittes behalten dürfte. Die Mitglieder der Fraktion Etehad-Melli sahen im Vorschlag Mossadeghs die Verletzung der Verfassung, in der die Trennung der staatlichen Gewalten (Legislative, Exekutive und Judikative) vorgesehen war. Daher lehnten sie seine Forderung ab. Nach der Ablehnung Mossadeghs stellten die Abgeordneten der Fraktion Etehad-Melli ihren Kandidaten Morteza Bayat vor. Bayat wollte sieben Ministerien den Anhängern des Schahs und vier Ministerien den britischfreundlichen Kreisen überlassen. Dieser Vorschlag könnte ein Grund dafür sein, dass Bullard das Bayat-Kabinett als „ein gutes Kabinett“<sup>141</sup> beurteilte. Die Zusammenarbeit zwischen den Fraktionen des rechten Flügels im Majlis brachte Bayat im November 1944 an die Macht. Sechs Monate später änderten die Abgeordneten jedoch ihre Position gegenüber Bayat und forderten seinen Rücktritt. Gründe dafür waren die Arbeit des Ministerpräsidenten in seiner Amtszeit. Bayat blockierte den Zufluss des Armeebudgets, obwohl die Abgeordneten diesem bei seinem Vorgänger zugestimmt hatten. Die Einschränkung der Sondervollmachten von Millspaugh führte zur Entfernung des Ministerpräsidenten von den rechten Fraktionen und zu seiner Annäherung an die linken Fraktionen im Parlament. Die unabhängigen Abgeordneten, die über die neuen Steuermaßnahmen von Millspaugh wütend waren, begrüßten die Entscheidung Bayats. Der sowjetische Botschafter, der den vorherigen Ministerpräsidenten (Saéd) geschwächt hatte, versuchte nun, neutral zu bleiben. Der britische Botschafter dagegen sprach aus, dass er sein Vertrauen gegenüber dem Kabinett verloren hätte.<sup>142</sup> Bayat, der die Unterstützung des rechten Blocks im Parlament verloren sah, blieb nichts anders übrig, als die Zustimmung der linken Szene zu gewinnen. Er ließ großzügig zu, dass die Tudeh-Partei ihre Demonstrationen veranstaltete. Bayat bereitete ein Arbeitsgesetz vor, mit dem die Arbeitsstunden pro Tag eingeschränkt, die Bezahlung der Löhne an Feiertagen vorgesehen, das Recht auf die Bildung der Syndikate akzeptiert und die Kinderarbeit verboten wurde. Dagegen schränkte Bayat die Aktivität des rechten Blockes in der Gesellschaft ein. Die

---

<sup>141</sup> British Ambassador an FO, Three Monthly Report for October-December 1944, FO 371/Persia 1945/34-45446.

<sup>142</sup> British Ambassador an FO, 26. November 1944, FO 371/Persia 1944/34-40189. Ein Jahr später schrieb Bullard, dass Bayat einer der größten Dummköpfe des Irans sei. British Ambassador an FO, 22. November 1945, FO 371/Persia 1945/34-45436.

Zeitung Raad Emruz von der rechten Szene, die zu Anfang das Kabinett Bayats begrüßt hatte, warf nun Bayat vor, das Kabinett mit seinen Verwandten gefüllt zu haben.<sup>143</sup> Der linke Block, der zu Anfang Bayat als typischen Feudalisten bezeichnet hatte, argumentierte nun, dass Bayat die Unterstützung aller progressiven Kräfte verdiene, da er einen Gegner wie die Saiyed Zia-Reaktionäre habe.<sup>144</sup> Das neue Arbeitsgesetz, die Entlassung des Provinzleiters in Isfahan sowie die Zulassung einer Demonstration vor dem Parlamentsgebäude, in der die Studenten gegen die verdorbenen Politiker gewaltsam protestierten, vergrößerte die tiefe Trennung Bayats vom rechten Block. Die Presse des rechten Blockes tadelte das Kabinett wegen der Zulassung dieser Demonstration und schrieb, dass die ziellosen Studenten die Diktatur der Intelligenz bilden wollten.<sup>145</sup> Diese Krise spaltete die Fraktion Etehad-Melli: Die Gruppe unter Leitung von A. Bayat<sup>146</sup> blieb dem Ministerpräsidenten loyal, die Gruppe unter Führung von Doulat-Abady gründete eine neue Fraktion mit dem Namen Fraktion Melli.<sup>147</sup> Sie führte mit dieser Aktion gegen die Empfehlung des Schahs den Sturz des Kabinetts herbei und zeigte mit ihrer unabhängigen Entscheidung, dass sie nicht als Marionette des Schahs fungierte. Sie würde nur dann den Schah unterstützen, wenn ihr Interesse diese Unterstützung erforderlich machte. Nach dem Sturz Bayats im April 1945 begannen die Fraktionen über mögliche Kandidaten zu sprechen. Nach sechs Wochen Verhandlung konnten sie sich auf eine „unbekannte, unerfahrene, harmlose aber störrische“<sup>148</sup> Person mit dem Namen Hakimi einigen. Hakimi versuchte eine nationale Regierung über alle politischen Parteien hinweg zu bilden. Um einem eventuellen Kampf der Fraktionen über die Kabinettsmitglieder zuvorzukommen, suchte er die Minister nicht aus den ihm nahe stehenden Fraktionen aus. Er rechnete damit, dass die Fraktionen sein neutrales Kabinett reibungslos akzeptieren würden. Aber das Resultat war überraschend. Als er sein Kabinett dem Parlament vorstellte, leisteten alle Fraktionen Widerstand.<sup>149</sup> Die Fraktion Azadi widersprach, da sie keinen Vertreter im Kabinett besaß.<sup>150</sup> Mit der gleichen Begründung nahmen die Fraktionen Mihan und Demokrat aus Protest an der Abstimmung nicht teil.<sup>151</sup> Die Fraktion der Einzelgänger verweigerte ihre Unterstützung mit dem Argument, dass keine neutrale Person für das Innenministerium

<sup>143</sup> Die Gruppe Bayat, *Raad Emruz*, 17.9.1324 /8.12.1944.

<sup>144</sup> „Warum haben wir Bayat unsere Stimme gegeben“ in: *Rabar*, 31.1.1324/20.4.1945.

<sup>145</sup> Diktatur der Intelligenzschicht, in: *Raad Emruz*, 19.12.1324/10.3.1946.

<sup>146</sup> Dreizehn Personen aus westlichen Provinzen des Irans gehörten seiner Gruppe an.

<sup>147</sup> Mit 16 Abgeordneten aus den Provinzen des Zentral- und Südirans.

<sup>148</sup> So beschrieb Bullard Hakimi. British Ambassador an FO, Three Monthly Report for June-August 1945, FO 371/Persia 1945/34-45450.

<sup>149</sup> British Ambassador an FO, Three Monthly Report for June-August 1945, FO 371/Persia 1945/34-45450.

<sup>150</sup> MM, Epikdschiyan, 29.2.1324 /19.5.1945.

<sup>151</sup> MM, die Erklärung Massadeghs über den Sturz Hakimis, 12.3.1324 /2.6.1945.

nominiert wurde.<sup>152</sup> So stürzte im Juni 1945 das Kabinett Hakimis, ohne seine Arbeit offiziell begonnen zu haben. Der amerikanische Botschafter berichtete, dass sich der Schah nach dem Sturz Hakimis in einem Gespräch beschwerte, dass „die Iraner noch 40 Jahren brauchen, um die Demokratie richtig zu nutzen. Es tut ihm Leid, dass er nicht über die gesetzliche Macht verfügt, um das verwirrte Parlament aufzulösen.“<sup>153</sup> Murray schrieb weiter, dass der Schah in seinem Treffen mit ihm erwähnte, dass die Briten ihm vorgeschlagen hätten, dass er (der Schah) das Parlament auflöse. „Der Schah forderte die Amerikaner auf, mit den Briten im Iran zusammenzuarbeiten. Der Schah versuchte, mich davon zu überzeugen, dass wir (Amerikaner) seine Regierung ohne das Parlament unterstützen sollten. Ich habe die Lage genutzt und äußerte (...): ‚Ich glaube, dass das iranische Parlament trotz all seiner Schwäche die nationalen iranischen Interessen gegenüber den Fremden in den Jahren, in denen die iranischen Regierungen und der Hof ihren Pflichten nachgegangen sind, verteidigt hat.‘“<sup>154</sup>

Der Schah, der für die Auflösung des Parlaments keine amerikanische Unterstützung erhielt, musste sich mit der Arbeit des Parlaments zufrieden geben. Der Misserfolg Hakimis bei der Abstimmung im Parlament führte aber zu einer neuen Koalition der Fraktion Etehad-Melli mit den Fraktionen Mihan und Demokrat. Sie nominierten Mohsen Sadr. Bullard hatte ihn zwei Monate zuvor am 3. Dezember 1945 als „einen hartnäckigen reaktionären Mullah“<sup>155</sup> beschrieben, trat aber nun für seine Kandidatur ein. Sadr behielt nach seiner Wahl im Juni 1945 das Innenministerium selbst in der Hand, vier Ministerien überließ er den Schah-Anhängern sowie fünf Ministerien den britischen Anhängern. Der amerikanische Botschafter beschwerte sich darüber, dass „der neue Außenminister sehr britisch eingestellt ist.“<sup>156</sup> Die einseitige Auswahl Sadrs bei seiner Kabinettsbildung führte zur Zusammenarbeit der Fraktionen Azadi, der Einzelgänger, der Unabhängigen sowie der Tudeh-Partei gegen das Kabinett Sadr. Diese Fraktionen boykottierten drei Monate lang das Majlis. Immer wenn Sadr wegen der Zustimmung zu seinem Kabinett ins Parlament kam, verließen die Mitglieder dieser Fraktionen das Parlament. Mit dieser Aktion machten sie das Parlament beschlussunfähig. Wieder kamen die Rechte des Majlis ins Gespräch. Die Opposition im Parlament argumentierte, solange ein Kabinett durch das Majlis nicht bestätigt wurde, wäre es nicht legitim. Die Anhänger der Mehrheitsfraktion argumentierten dagegen, dass die Ernennung des Schahs ausschlaggebend wäre. Nachdem eine Person vom Schah zum

---

<sup>152</sup> MM, Mossadegh, 29.2.1324 / 19.5.1945 und 30.2.1324 / 20.5.1945.

<sup>153</sup> American Ambassador an State Department, 26 June 1945, FRUS 1945, Bd. VIII, S. 385-386.

<sup>154</sup> Murray an State Department, 1945, Bd. VIII, 384-385.

<sup>155</sup> British Ambassador an FO, 3.12.1945, FO 371/Persia, 1945/34-351117.

<sup>156</sup> British Ambassador an FO, Three Monthly Report for June-August 1945, FO 371/Persia, 1945/34-45450, ibid 3. November 1945.

Ministerpräsidenten ernannt wurde, sei das vom Ministerpräsidenten vorgestellte Kabinett legitim.<sup>157</sup> Die erste Gruppe sah in der Zustimmung des Parlaments den Hauptbestandteil eines legitimen Kabinetts und den Befehl des Schahs als eine nebensächliche Angelegenheit. Die zweite Gruppe argumentierte für das Gegenteil. Bullard bewertete diese parlamentarische Krise als „psychische und geistige Unreife der Iraner“<sup>158</sup> und übersah dabei, dass die Unklarheit der Verfassung in dieser Angelegenheit zur Obstruktionspolitik führte. Die harte Politik Sadrs gegenüber den linken Parteien und den Freiheitsorganisationen im ganzen Land vergrößerte die Befürchtungen der Opposition. Die Arbeit im Parlament geriet in eine Sackgasse. Es schien keine Lösung in Sicht, als ein aktuelles Thema in der Gesellschaft die Lage im Parlament änderte. In Aserbaidschan forderte die DPA (Demokratische Partei Aserbaidschan) am 13. September 1945 die Regierung in Teheran heraus. Die DPA bereitete sich nach der Einigung mit der Tudeh-Partei auf einen bewaffneten Aufstand gegen die Zentralregierung vor. In Mahabad rief die demokratische Partei Kurdistans (DPK) die Sowjetrepublik Kurdistan aus. Aus der Sicht Teherans stand hinter diesen Aufständen die mächtige Sowjetunion. Der amerikanische Konsul bestätigte, dass die Bewegung ohne sowjetische Unterstützung nicht von langer Dauer sein werde, betonte aber, dass die Bevölkerung sie weitgehend unterstütze.<sup>159</sup> Der britische Konsul vertrat die gleiche Meinung und bekräftigte, dass er das Gefühl, das unter den Arbeitern und Bauern in der Provinz Aserbaidschan herrschte, die natürliche Wut gegenüber der unfähigen und korrupten iranischen Zentralregierung, verstehen könne.<sup>160</sup> Man könne nicht leugnen, dass Unglück und Ungerechtigkeit zum spontanen Aufstand führten. Ferner glaubte der Konsul nicht daran, dass die Sowjets den Aufstand organisiert hatten. Sie nutzten nur die revolutionäre Lage. Obwohl die Sowjets Auswanderer unter den Bauern ansiedelten, waren die Bauern bereit, mit ihnen zusammenzuarbeiten. Da ein Teil des Irans von unfähigen Personen verwaltet wurde, kam die Bevölkerung in Aserbaidschan zu dem Schluss, dass sie ihre Rechte zusammen mit ihren lokalen Politikern gegenüber Teheran verteidigen müsse.<sup>161</sup> Nicht nur Aserbaidschan, sondern alle Provinzen des Irans wurden von unfähigen Personen verwaltet. Für dieses Missgeschick war die übermäßige Zentralisierungspolitik der iranischen Regierung verantwortlich. Die Ernennung der Provinzleiter war verfassungsmäßig Sache des Schahs. Der Provinzleiter wurde aus der politischen Elite Teherans rekrutiert. Seine Ernennung war nicht Ausdruck der

---

<sup>157</sup> „Die parlamentarische Minderheit, der offene Brief“, in: MM, 6.7.1324 /28.9.1945.; auch in: *Rabar*, 28.3.1324 /18.6.1945.

<sup>158</sup> British Ambassador an FO, 15.8.1945, FO 371/Persia, 1945/34-45436.

<sup>159</sup> American Consul an State Department, 28.11.1945, FRUS 1945, Bd. VIII, S. 456.

<sup>160</sup> British Consul in Täbriz, Report of visit an Mianeh, India Office /L/P&S/12-3417.

<sup>161</sup> British Consul in Täbriz, Report of visit an Mianeh, India Office /L/P&S/12-3417.

inneren Verhältnisse der jeweiligen Provinzen, sondern trug den Interessen der Zentralgewalt Rechnung. Im Falle Aserbaidshans kam die Unzufriedenheit der Bevölkerung in Form einer Autonomiebestrebung zum Ausdruck.

Die Ereignisse in Täbris erforderten die schnelle Reaktion der Abgeordneten in Teheran. Die Mehrheit der Abgeordneten im Parlament war sich einig, dass der Iran aus einer Nation bestehe, da die Bevölkerung dieselbe Geschichte, dieselbe Religion und denselben Ursprung besitze.<sup>162</sup> Als Beispiel wurde die Schweiz angeführt, die vier offizielle Sprachen hatte, aber eine Nation bildete. Zweitens machten nun die Mitglieder der Fraktion Etehad-Melli, wie der Schah, die Regierung Sadr für die scharfe Reaktion der Gegner verantwortlich. Das aserbaidshansche Problem könnte sich auf die weiteren Provinzen ausdehnen. Drittens kam abermals die Armee und deren Stärkung ins Gespräch. Die Abgeordneten aus dem Nordiran, die die Armee und den Schah vor diesen Ereignissen kritisiert hatten, forderten nun die Verstärkung der Armee. Sogar ein Abgeordneter aus der Fraktion Azadi, der auf die iranische Armee geschimpft hatte, sagte nun, dass nur die Soldaten die iranische Nation vor diesen Separatisten retten könnten.<sup>163</sup>

Viele Abgeordneten der Fraktion Azadi, sowie die Mitglieder der Fraktionen Mihan und Demokrat, sahen in der Aserbaidshankrise den Kampf der Unterschichten gegen die reiche Oberschicht. Sechs Abgeordnete der Fraktion Azadi wechselten sogar ihre Front und verurteilten die DPA wegen der Bedrohung der iranischen Sicherheit.<sup>164</sup> Ein anderes Mitglied der Fraktion Azadi sprach davon, dass die DPA unter der friedlichen Bevölkerung Angst und Entsetzen produzierte und sich einbildete, dass die persische Sprache nicht die Muttersprache aller Iraner sei. Daher müsste man die Chance nutzen, die parlamentarische Sackgasse zu beseitigen und mit Hilfe einer starken Regierung die nationale Spaltung zu beenden.<sup>165</sup> Die Anhänger und Gegner der Regierung Sadr im Parlament einigten sich darauf, dass Sadr zurücktreten und Hakimi eine neue Chance bekommen sollte.

Aufgrund seiner Erfahrung aus der letzten Kabinettsbildung ließ Hakimi dieses Mal zu, dass die Abgeordneten aus dem Nordiran - die sowjetfreundlich gesonnen waren - drei Minister, die Schahanhänger sechs Minister und die neutralen Abgeordneten einen Minister auswählten. Die britisch gesinnten Abgeordneten gingen leer aus. Hakimi stellte Qavam als Berater des Ministerpräsidenten ein. Auf Empfehlung Mossadeghs schlug er vor, nach Moskau zu reisen, um mit Stalin direkt zu sprechen. Die Fraktionen Azadi, Einzelgänger

---

<sup>162</sup> MM, Majlis 14, Sommer und Herbst 1324 /1945.

<sup>163</sup> MM, A. Sadeghi, Majlis 14, 2.8.1324 /24.10.1945.

<sup>164</sup> Die Gruppe aus 25 Abgeordneten, Erklärung über Aserbaidshans, in: *Kuschesch*, 5.7.1324 /27.9.1945.

<sup>165</sup> MM, Majlis 14, S. Hekmat, 5.7.1324 /27.9.1945.

(Monfareden), Unabhängige und Etehad-Melli sprachen dem Kabinett Hakimis ihr Vertrauen aus. In der Innenpolitik verbot Hakimi die Demonstrationen, verlängerte die Besetzung des Zentralbüros der Tudeh-Partei durch die Armee und lehnte direkte Gespräche mit der DPA ab. Er beharrte aber darauf, dass die türkische Sprache eine fremde Sprache sei, die die wilden Mongolen den Aserbajdschanern aufgezwungen hätten.<sup>166</sup> Er erklärte, dass die Kurden keinen wahren Beschwerdegrund hätten, da sie den gleichen Ursprung wie die Iraner besäßen. Der eingeschlagene Weg Hakimis in der Innenpolitik rief jedoch die Unzufriedenheit der Sowjets hervor. In der Reaktion auf die Einladung Hakimis nach Moskau antwortete „die sowjetische Regierung, dass sie nur mit Qavam sprechen würde.“<sup>167</sup> Die sowjetische Regierung verlangte auch, dass die iranische Regierung die Einschränkung der Tudeh-Partei beenden und den Lebensmitteltransport aus Aserbajdschan in den übrigen Iran zulassen sollte. Die Sowjets nannten aber kein Datum, wann ihre Truppen das Land verlassen würden. Da Hakimi mit der Autonomieregierung in Aserbajdschan nicht verhandeln wollte, verhinderten die Sowjets die Verstärkung der iranischen Armee in Aserbajdschan durch zusätzliche Militäreinheiten der Zentralregierung, so dass die DPA in die Lage versetzt wurde, die wichtigen Städte Aserbajdschans zu erobern, den Nationalkongress zu bilden und die Autonomieregierung in Aserbajdschan auszurufen. Am Kaspischen Meer nahmen auch die militanten Anhänger der Jangali-Partei Stellung gegen die Zentralregierung in Teheran. Nicht nur der Widerstand der sowjetischen Regierung brachte das Programm Hakimis in Schwierigkeiten, sondern nun meldete sich Bullard im November 1945 zu Wort, dass die zentralistische Verwaltung der einzige Grund für die anarchistische Lage im Iran sei. Er schlage vor, sich für den Erhalt der britischen Interessen im Iran und die Autonomie für alle Provinzen, insbesondere der Provinzen im Südiran, einzusetzen.<sup>168</sup>

Die Meldung des Nachrichtensenders B.B.C., dass eine Drei-Mächte-Kommission zur Lösung der Spannungen in der iranischen Innenpolitik gebildet würde, sorgte für Angst und Entsetzen in Teheran. Die Sorge der Nationalisten war, dass die Einmischung der Mächte in die iranische Innenpolitik zur Teilung des Irans in Einflusszonen zwischen Großbritannien und Russland führen würde, genau wie im Vertrag von 1907 vorgesehen.<sup>169</sup> Für die Lösung der Krise sah Mossadegh keinen anderen Ausweg, als dass das „Parlament einen neutralen Ministerpräsidenten wählen musste, mit dessen Wahl die sowjetische Regierung

---

<sup>166</sup> Sadeghi, inoffizielle Gespräche Hakimis im Parlament, in: *Kuschesch*, 28.9.1324 /19.12.1945.

<sup>167</sup> Kai Ostewan: 1327: 214, Die These des negativen Gleichgewichtes in der Außenpolitik, Bd.2.

<sup>168</sup> British Ambassador an Foreign Office 27.11.1945, FO 371/Persia 1945/34-45436.

<sup>169</sup> American Ambassador an State Department, FRUS, 1945, Bd. VIII, S. 475.

einverstanden ist.“<sup>170</sup> Der Vorschlag Mossadeghs kam Qavam zugute. Qavam, „der sich selbst wie alle Iraner schlau findet, glaubt, mit den Sowjets handeln zu können. Diese Annahme akzeptieren außer seinen Landsleuten wenige Leute.“<sup>171</sup> So schätzte der britische Militärattaché in Teheran den zukünftigen Ministerpräsidenten des Irans ein. Im Februar 1946 verließen einige Schah- und britischgesonnene Abgeordnete ihre Fraktion, um Qavam zu wählen. Obwohl die Chancen Qavams gering waren, konnte er mit 51 gegen 50 Stimmen das Vertrauen des Majlis gewinnen. Qavam war seine labile Lage im Parlament bewusst, er wusste aber auch, dass die 14. Parlamentsperiode in fast einem Monat zu Ende ging.<sup>172</sup> Er musste nur auf Zeit setzen, dann wurde er das Majlis für einige Zeit los. Daher sprach er drei Wochen lang mit dem Schah über die Zusammensetzung des Kabinetts. Am Ende setzte er sich durch. Zwei wichtige Ministerien, das Amt des Innen- sowie des Außenministeriums, nahm er selbst in die Hand. Er überließ fünf Ministerien seinen Anhängern und stellte nur zwei Ministerien den Anhängern des Schahs zur Verfügung. Danach machte Qavam sich auf den Weg nach Moskau, um mit Stalin und Molotow über die bilaterale Beziehung zu reden. Aber der wahre Grund Qavams für den Abflug nach Moskau war, dass die Zustimmung des Majlis für sein Kabinett unsicher war. Deswegen stellte er sein Kabinett dem Majlis erst 20 Stunden vor seinem Abflug nach Moskau vor und forderte die Abgeordneten auf, die Diskussion über die Zustimmung oder Ablehnung seines Kabinetts bis nach seinem Rückflug aus Moskau hinauszuschieben. So wollte er den Erfolg in der Außenpolitik mit dem Erfolg in der Innenpolitik verknüpfen. Qavam flog am 18. Februar 1946 nach Moskau und leitete eine Delegation aus Politik und Wirtschaft.<sup>173</sup> Seine Reise dauerte neunzehn Tage (18.2.1946-8.3.1946).<sup>174</sup> Das Ziel seiner Reise war „die bessere Verständigung über die politischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und dem Iran sowie eine Vereinbarung über den sowjetischen Truppenabzug“.<sup>175</sup> Qavam führte in Moskau lange Diskussionen mit Stalin und Molotow, ohne Teheran über die Einzelheiten des Gespräches zu informieren, so dass sein langer Aufenthalt Beunruhigung in Teheran auslöste.<sup>176</sup> Trotz seiner Bemühungen konnte Qavam jedoch keinen erwarteten Erfolg in Moskau verbuchen, da sein Vorschlag - eine iranische Erdölkonzession gegen den Abzug der sowjetischen Truppen aus dem Iran – für ein Einlenken der sowjetischen Regierung nicht ausreichend war. Nach seinem Misserfolg in Moskau setzte Qavam seine Reise nach Kiew fort, um dort Urlaub zu machen.

---

<sup>170</sup> MM, Majlis 14, Mossadegh, 19.10.1324 /9.1.1946.

<sup>171</sup> British Military Attaché an FO, 21.12.1945, FO 371/Persia 1945/3

<sup>172</sup> Das Parlament lehnte die Verlängerung der Parlamentsperiode zuvor ab.

<sup>173</sup> Rezazade Schafagh, *Donja*, Nr. 12, Jg. 1335/1956, S. 42-47.

<sup>174</sup> 29.11.1324-17.12.1324 /18.2.1946-8.3.1946.

<sup>175</sup> Murray an SoS, FRUS, 1946, Bd. VII, S. 331.

<sup>176</sup> AIA, Bayat / Qavam

In Teheran kamen die Abgeordneten der Mehrheit, die aus den Anhängern des Schahs sowie der Briten bestand, insbesondere „nach der Vorstellung des Kabinetts beim Schah im Geheimen“, zum Entschluss, Qavam zu entmachten.<sup>177</sup> Sie waren bezüglich der Politik Qavams gegenüber den Sowjets unsicher.

Den Anhängern Qavams, insbesondere der Tudeh-Partei, die nun in der Minderheit war, blieb nichts anderes übrig, als das Majlis mit Hilfe der Obstruktionspolitik beschlussunfähig zu machen, wie sie es bereits während der Sadr-Regierung ausprobiert hatten. Damals war die Tudeh-Partei auch in der Minderheit, konnte aber mit Hilfe Mossadeghs und seiner Anhänger im Parlament ihre Politik durchführen. Deshalb verhinderte sie damals gemeinsam mit Hilfe der Obstruktionspolitik, dass die Mehrheitsfraktion im Parlament dem Ministerpräsidenten Sadr und seinem Kabinett das Vertrauen aussprach. So musste Sadr nach zwei Monaten erfolglos das Amt niederlegen.<sup>178</sup> Jetzt musste die Tudeh-Partei allein für den Erhalt Qavams an der Macht sorgen. Denn im Unterschied zu damals waren nun die Abgeordneten der Gruppe Mossadeghs nicht mehr bereit, mitzumachen. Die Tudeh-Partei kam auf eine interessante Idee: „In der Stadt (Teheran) wurde vor kurzem ein Zeitungsverkäufer, der die Veröffentlichungen der Tudeh-Partei verkaufte, von der Polizei erschossen. (...) Die Arbeitergewerkschaft nahm diesen Fall zum Anlass und setzte den Leichnam des Verkäufers in Richtung Majlis in Bewegung. Die Abgeordneten der Mehrheitsfraktion, die vor dem Bevölkerungsturm Angst hatten, verließen aus der Geheimtür des Majlis das Gebäude. Diese Aktion wurde einige Male wiederholt, bis die 14. Parlamentsperiode zu Ende ging. So gelang es der Tudeh-Partei, das Parlament beschlussunfähig zu machen.“<sup>179</sup> Es war unglaublich, dass ein Leichnam die Regierung Qavams vor dem Sturz rettete.

Vier Tage vor der letzten Sitzung des Parlaments kam Qavam am 8. März 1946 nach Teheran zurück und erklärte mit Bedauern im Majlis, dass nicht genügend Zeit vorhanden sei, ausführlich über sein Regierungsprogramm zu sprechen.<sup>180</sup> Das 14. Majlis<sup>181</sup> beendete seine Arbeit am 12. März 1946 mit der Zustimmung zum Kabinett Qavams. Nun blieb der Ministerpräsident mit seinem Kabinett allein an der Macht. Das Majlis überließ am Ende seiner Periode die Ruder einem Mann namens Qavam, dessen Persönlichkeit in der iranischen

---

<sup>177</sup> Eskandari, 1372/1993: 168, Memoiren.

<sup>178</sup> Eskandari, 1372/1993: 162, Memoiren.

<sup>179</sup> Eskandari, 1372/1993: 168, Memoiren. Bis zum Ende der 14. Parlamentsperiode wurde der Leichnam nicht beigesetzt, damit er im Bedarfsfall Richtung Parlament abtransportiert werden konnte.

<sup>180</sup> MM, Majlis 14, Qavam, 20.12.1324 /11.3.1946.

<sup>181</sup> Das 14. Parlament sollte mit 136 Abgeordneten seine Arbeit aufnehmen. Die Wahl von fünf Abgeordneten wurde vom Majlis nicht anerkannt. Zwei Abgeordnete sind kurz nach der Zusammenkunft des Majlis gestorben. Zwei legten ihr Amt nieder. Ein Abgeordneter wurde von der Briten aufgrund seiner prodeutschen Haltung ins Gefängnis gesteckt. Bis zum Ende der 14. Parlamentsperiode übten nur 126 ihr Abgeordnetenmandat aus.

Politik niemand einzuschätzen wusste. Die Probleme der Innen- und Außenpolitik standen weiterhin unverändert auf der Tagesordnung. Die Macht des Majlis war nun zwischen zwei Fronten verteilt. Auf einer Seite standen der Schah als Oberbefehlshaber der Armee und seine Anhänger, und auf der anderen Seite stand Ministerpräsident Qavam. Der Schah konnte Qavam nicht ohne Grund entlassen. Aber nicht nur die Sowjets, sondern auch die Amerikaner unterstützten Qavam, da sie in dieser Zeit zusammenarbeiteten und glaubten, dass Qavam die einzige Person sei, die mit den Sowjets verhandeln konnte. Die Autonomiebewegungen unterstützten ihn auch. Die Tudeh-Partei stand ihm bei. Auch die iranische Bevölkerung schaute ihm zu und wartete, dass er die Lösung des Konfliktes ins Aussicht stellte. Nach dem Rückflug aus Moskau hatte Qavam als Dank dafür, dass die Tudeh-Partei ihn an der Macht gehalten hatte, das Eigentum der rechten Parteien (Erade-Melli und Edalat) beschlagnahmt und ihre Führer Saiyed Zia und Dashti festgenommen. Außerdem steckte er Taheri und drei weitere reiche Händler - bekannt als Anhänger der Briten - sowie Doulat-Abady - bekannt als Schahanhänger - ins Gefängnis. Die aggressive Haltung Qavams gegenüber den rechten Politikern führte dazu, wie die britische Botschaft in Teheran berichtete, dass einige britischgesinnte Händler die Hauptstadt mit der Ausrede, einen Urlaub im Südiran, eine Pilgerfahrt in den Irak oder eine medizinische Behandlung in Palästina zu machen, verließen.<sup>182</sup> Qavam entließ außerdem General Afra,<sup>183</sup> den britischfreundlichen Chef des Generalstabs, und ernannte Ali Razmara zum neuen Generalstabschef der Armee. Razmara gehörte zu den jungen Offizieren in der Armee, die zur linken Szene neigten und gegenüber den Briten misstrauisch waren. Der Schah nannte ihn einen „Verräter, der beseitigt werden muss.“<sup>184</sup> In einer Warnung an den Schah forderte Qavam diesen auf, sich nicht in die Politik einzumischen.<sup>185</sup>

Um die politische Initiative der linken Szene aus der Hand zu nehmen, schlug Qavam einige Reformen vor, wie einen fünfjährigen Plan für Rathäuser und die Bildung einer wirtschaftlichen Beratung. Er verabschiedete ein Arbeitsgesetz, in dem nur 48 Stunden Arbeit pro Woche vorgesehen waren und die Überstunden pro Tag auf 4 Stunden eingeschränkt wurden. Außerdem versprach er, dass vor der Parlamentswahl die Grundgesetzreform vorliegen würde.<sup>186</sup> Die Bekanntgabe der Reformen, wie ein Mitglied seines Kabinetts es zum

---

<sup>182</sup> British Military Attaché an FO, 25 March 1946, India Office /L/P&S 12-3505.

<sup>183</sup> Afra und sein Bruder waren als hohe Offiziere der iranischen Zentralarmee während des Zweiten Weltkrieges an der Niederschlagung des kurdischen Aufstandes beteiligt. Afra wurde 1944-1946 Generalstabschef der Zentralarmee und sein Bruder hat den Rang eines Generals erreicht. Er ist der Autor des Buches *Under five Shahs*.

<sup>184</sup> British Military Attaché an FO, 9 Juli 1946, India Office /L/P&S 12-3505.

<sup>185</sup> British Military Attaché an FO, 22 May 1946, FO 371/ Persia 1946/ 34-52710.

<sup>186</sup> Kurze Informationen, 11.3.1946-17.3.1946, FO371/52710.

Ausdruck brachte, sollte jedoch nur dekorative Funktion haben und zur Festigung seiner Stellung führen.<sup>187</sup>

In dieser Atmosphäre gelang es Qavam, das Vertrauen der Sowjetunion zu gewinnen und mit ihr am 4. April 1946 einen Vertrag abzuschließen. Die Sowjets waren froh, das Land ohne die Beteiligung des Sicherheitsrates sowie der westlichen Länder<sup>188</sup> verlassen zu können. Ihr Prestige und Ansehen in der Weltöffentlichkeit standen nicht mehr auf dem Spiel, dagegen hatten sie ein Dokument in der Hand, in dem ihnen der Besitz des Erdöls im Nordiran garantiert wurde. Dies war der Preis für die Unterdrückung der Autonomiebewegung in Aserbaidschan.

Nachdem Qavam den Abzug der sowjetischen Truppen erfolgreich abgeschlossen sah, setzte er sich für die Lösung der Aserbaidschankrise ein. Er wurde durch den Sieg in der Außenpolitik gestärkt und nutzte diesen für die weiteren Erfolge in der Innenpolitik. In der ersten Aktion lud er die Tudeh-Partei zur gemeinsamen Kabinettsbildung ein. Er überließ ihnen drei Ministerien, um, wie er dem amerikanischen Vertreter erzählte, die Tudeh-Partei von innen her zu kontrollieren.<sup>189</sup> Qavams Ansicht stellte sich als korrekt heraus. Er nutzte die Tudeh-Partei als Mittel für seinen Kampf gegen die rechte Szene, insbesondere den Schah, aus. Zweitens konnte er sich mit dieser Entscheidung des Vertrauens der Autonomieregierung sowie der Sowjetunion sicher wissen.

In weiteren Aktionen ernannte Qavam einen Anhänger der sowjetischen Politik zum Bürgermeister Teherans und einen Anhänger der Tudeh-Partei zum Provinzleiter in Isfahan. Er schickte Mosafar Firuz nach Khusistan, um den durch die Tudeh-Partei organisierten Streik gegen die AIOC<sup>190</sup> friedlich beizulegen. Die Taten Qavams führten die Besorgnis der britischen Behörden herbei. Die Briten waren der Meinung, dass nicht nur „die Provinz Isfahan, sondern auch Gilan, Masandaran und Khusistan in die Hand der Tudeh-Partei“<sup>191</sup> geraten seien. Die Briten wurden noch misstrauischer, als Qavam sein Kabinett im August erneuerte und eine Koalition aus den Parteien Demokrat und Tudeh bildete. Er bat der Tudeh-Partei drei Ministerposten an. Der neue britische Botschafter in Teheran, Sir John Heiler L. Rougetel berichtete, dass acht von elf Ministern entweder Kommunisten oder Anhänger der

---

<sup>187</sup> Kurze Informationen, 25.3.1946-7.4.1946, FO371/52710.; Teheran an FO, 29.5.1946, FO371/52676.

<sup>188</sup> Man kann davon ausgehen, dass der genannte Punkt ein Grund dafür war, dass sich die westlichen Länder für den Schah anstelle des rätselhaften Qavams entschieden. Qavam stellte sich als ein Risikofaktor dar.

<sup>189</sup> Fawcett 1992:69, Iran and Cold War.

<sup>190</sup> Anglo Iranian Oil Company

<sup>191</sup> British Consul in Isfahan, Monthly Report for June 1946, FO 371/Persia 1946/34-52736.; British Military Attaché an FOreign Office, weekly Summarise for June and Juli 1946, India Office L/P&S 12-3505.

Kommunisten waren.<sup>192</sup> Die Umbildung des Kabinetts erfolgte zur Begeisterung der Anhänger der Sowjets, und zur Enttäuschung der Anhänger der Briten. So nahm die Tudeh-Partei nach 20 Jahren an einem Kabinett teil.

Im Juli 1946 konnte Qavam mit Hilfe von Mosafar Firuz auch in der Aserbaidschankrise einen Erfolg erzielen. Er erkannte die Autonomieregierung als Provinzregierung, das aserbaidische Majlis als Provinzrat und die Militanten der DPA als lokale Sicherheitskräfte an.<sup>193</sup> Er stimmte zu, dass der Provinzleiter in Zukunft aus der vorgeschlagenen Liste des Provinzrates ausgewählt wurde und benannte in einem taktischen Manöver den bisherigen Innenminister der Autonomieregierung zum neuen Provinzleiter. Die Erhöhung der aserbaidischen Abgeordnetenzahl und die Bodenreform wurden angenommen, mit dem Vorbehalt, dass das iranische Parlament in Teheran diesem auch zustimmte.<sup>194</sup>

In Teheran begrüßten die meisten der unabhängigen Zeitungen diesen Kompromiss. Die Zeitung *Omid* gratulierte beiden Vertragspartnern zu diesem Erfolg.<sup>195</sup> Die Zeitung *Mosafar* bewertete alle Artikel des Vertrages außer dem bezüglich der Anwendung der Azeri-Sprache als sehr gut.<sup>196</sup> Zuvor lobte die Zeitung *Jebhe* von der Partei Iran die DPA für die Durchsetzung ihrer breiten Reformen.<sup>197</sup>

### **II.3.3. Die 15. Parlamentsperiode (1947-1949)**

Mit Aufnahme der Verhandlungen mit der aserbaidischen Autonomiebewegung und dem dadurch gewonnenen Vertrauen der DPA versuchte Qavam, seine nächsten Schritte zu gestalten. Bis dato war Qavam mit den vorhandenen Problemen beschäftigt, nun sollte er in die Zukunft schauen und seinen Platz als Ministerpräsident sichern. Daher ging er in die Offensive und kündigte die Gründung einer neuen Partei (die Demokratische Partei Irans) an. Die Partei sollte Qavam Parlamentssitze im zukünftigen Majlis gegenüber den anderen politischen Strömungen sichern. In ihrem Programm sprach die Partei von breiten Reformen in Wirtschaft, Verwaltung und Armee.<sup>198</sup> Die Verteilung der Grundstücke der Regierung, das Wahlrecht für Frauen, die Bildung der Städteräte - wie in der Verfassung vorgesehen -, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Bau von Schulen und Krankenhäusern wurden

<sup>192</sup> British Ambassador an FO, 2 August 1946, FO 371/Persia 1946/34-52709.

<sup>193</sup> Amidi-Nouri 1325/1946: 90-93, Der Vertrag zwischen Teheran und Täbris.

<sup>194</sup> Die Beziehung der Regierung mit Aserbaidschan, in: *Omid*, 12.9.1325 /3.12.1946.

<sup>195</sup> Die Beziehung der Regierung mit Aserbaidschan, in: *Omid*, 12.9.1325 /3.12.1946.

<sup>196</sup> Ein offener Brief an Herrn Pischewari, in: *Mosafar*, 19.9.1325 /10.12.1946.

<sup>197</sup> Ähnlichkeit zwischen der aserbaidischen Bewegung mit den Ereignissen im Südiran, in: *Jebhe*, 8.7.1325/30.9.1946.

<sup>198</sup> Die Partei Demokrat, das Programm der demokratischen Partei Irans, 2.8.1325 /24.10.1946.

versprochen. Das Parteiprogramm war eine Kopie des Programms von DPA und Tudeh-Partei. Er wollte das Programm beider Parteien farblos machen. Für die Bekanntgabe ihrer Meinung gründete die Partei vier Zeitungen.<sup>199</sup> In den Städten öffnete die Partei ihre Filialen. Für den schnellen Erfolg der Partei wählte Qavam eine Mischung aus reichen Aristokraten<sup>200</sup> und radikalen Intellektuellen<sup>201</sup> aus, die ihn im Zentralkomitee der Partei unterstützen sollten.

Im August 1946 kündigte Qavam in einem Vortrag im Zentralbüro der Tudeh-Partei an, dass seine Partei nicht nur mit der Tudeh-Partei, der Iran-Partei sondern auch mit der DPA (Demokratische Partei Aserbaidshan) und der DPK (Demokratische Partei Kurdistan) für die Bildung eines neuen Majlis koalieren werde. Es wurde spekuliert, dass diese Koalition die absolute Mehrheit im Parlament erreichen würde und die Attacke gegen den Schah im zukünftigen Majlis vorprogrammiert sein würde.<sup>202</sup>

Die Behörden des Foreign Office begannen den Entwurf einer Partei gegen die Tudeh-Partei, die Bildung einer Autonomiebewegung im Süd- und Südwestiran sowie die Besetzung dieser Region durch die britischen Truppen zu prüfen. Die Unsicherheit der Briten gegenüber dem Programm Qavams kann man an der Bewertung durch die britischen Vertreter in Teheran messen. Der britische Militärattaché in Teheran schrieb: „Man kann nicht wissen, ob Qavam sein Land den Sowjets verkaufte oder nicht. Aber es ist eine Wahrheit, dass sein Kabinett unter dem Druck der Tudeh-Partei nachgeben kann.“<sup>203</sup> Le Rougetel berichtete, dass die Weigerung Qavams, etwas gegen die Tudeh-Partei zu unternehmen, nur aufgrund der steigenden Stärke dieser Organisation zur Erklärung war. Wenn Qavam eine radikale Politik gegenüber dieser Partei eingeschlagen hätte, hätte die Tudeh-Partei ihn gestürzt und einen kommunistischen Nachfolger ausgesucht.<sup>204</sup> Diese Aussage des britischen Botschafters ist übertrieben, da die Tudeh-Partei auf der politischen Bühne des Irans nicht so stark war, dass sie einen Nachfolger für Qavam aussuchen konnte. Jedenfalls schien es so, als ob Qavam in der Gestaltung der iranischen Innenpolitik genau so erfolgreich wäre wie in der Außenpolitik. Aber sein Programm wurde durch die rechte Szene herausgefordert. Im Oktober leitete der Schah eine Rebellion in der Armee. Der amerikanische Botschafter in Teheran berichtete, dass Qavam in einem Gespräch erwähnte, er habe mit dem Schah mehr Probleme als mit Täbris.<sup>205</sup> Auch wurde ein Aufstand der Nomaden im Südiran inszeniert. Einige sahen dabei die Finger Großbritanniens im Spiel. Den Aufstand leitete Naser Khan Qaschqaii. Er erklärte

---

<sup>199</sup> *Demokrat-e-Iran, Farman, Diplomat und Bahram.*

<sup>200</sup> Wie Mosafar Firuz, M. Vali Farmanfarma und Abolghasem Amini.

<sup>201</sup> Wie Bahar, Mahmud Mahmud und Hassan Arsenjani.

<sup>202</sup> British Military Attaché, 16.10.1946, FO 371/Persia 1946/34-52711.

<sup>203</sup> British Military Attaché an FO, 22 May 1946, FO 371/Persia 1946/34-52710.

<sup>204</sup> British Ambassador an FO, 13 June 1946, FO 371/Persia 1946/34- 52678.

<sup>205</sup> US. Chargé d'Affaires an State Department 6-8 May 1946, FRUS 1946, Bd. VII, S. 449-454.

den Grund seines Aufstandes damit, dass „Kommunismus, Atheismus und Anarchie die Monarchie, den Iran sowie den Islam bedroht haben“.<sup>206</sup> Die Qaschqaiis wurden von fünf weiteren Nomadenführern<sup>207</sup> in der britischen Einflusszone unterstützt. Sie besetzten die iranischen Militärcasernen in den Städten Schiraz und Kazerun und stellten mit Hilfe der arabischen Einwohner in Khusistan und Schahsavan in Ardebil dem iranischen Ministerpräsidenten die gleichen Forderungen wie die DPA. Ihre wichtigste Forderung war die Auflösung der Tudeh-Organisationen im Südiran, nicht zuletzt die Entlassung der Tudeh-Minister aus dem Kabinett und der Erhalt von zwei Ministerposten im Kabinett als Vertreter der iranischen Süd-Bewegung.<sup>208</sup> Großbritannien verstärkte im Juli seine Militärstation in Basra (im Irak), schickte zwei Kampfschiffe nach Abadan und bereitete die Stationierung der Militärs im Südwestiran (Khusistan) vor.<sup>209</sup>

Bezüglich des Aufstands Qaschqais im Südiran fragte Eskandari in der Kabinettsitzung, warum die iranische Armee nicht reagierte, obwohl eine Woche davor das Kabinett die Niederschlagung des Aufstandes beschlossen hatte. Der Kriegsminister, Amir Ahmady, antwortete: „Die Armee ist der Untertan der Regierung. Wenn die Regierung - hinweisend auf Qavam - uns befiehlt, wird die Armee schlagen, töten usw.“ „Der Minister wollte nur darauf hindeuten, dass Qavam gegen eine Niederschlagung des Aufstandes war,“<sup>210</sup> kommentierte Eskandari. Die Tudeh-Minister machten Qavam für die Eskalation des Aufstandes verantwortlich, da er diesen nicht militärisch unterdrückte. Aus Protest weigerten sich die Tudeh-Minister, an den Kabinettsitzungen teilzunehmen.

Qavam fühlte sich einsam. Die Tudeh-Minister waren nicht bereit, unter diesen Umständen mit ihm zusammenzuarbeiten. Der Schah sowie Großbritannien forderten ihn auf, die Tudeh-Minister zu entlassen. Die britische Botschaft vermeldete, dass jedem iranischen Patrioten klar sein müsse, dass Qavam den Iran an die Sowjets verkauft habe.<sup>211</sup> Der Aufstand im Südiran weitete sich auf die Iranmitte aus. Ein Bürgerkrieg stand bevor.

Um dem innenpolitischen Druck Widerstand leisten bzw. seine Lage gegenüber dem Schah sowie Großbritannien stärken zu können, bat Qavam die USA im August 1946 um einen Kredit. Der amerikanische Botschafter forderte ihn im Gegenzug auf, die Tudeh-Minister zu entlassen, seine Gegner nicht mehr reaktionäre Faschisten zu nennen und die

---

<sup>206</sup> British Military Attaché an FO, Document of the Resistance Movement in the South, FO 371/Persia 1946/34-52711.

<sup>207</sup> Khamsa, Buir-Ahmady, Dawudi, Memasani und Tangistanis.

<sup>208</sup> Die Verhandlung der Regierung mit Naser Qaschqaii, in: Khandaniha, 9.7.1325 /1.10.1946.

<sup>209</sup> British Ambassador an FO, 13. June 1946, FO 371/Persia 1946/34- 52678.; British Cabinet 4 Juli 1946, FO 371/Persia 1946/34- 52706.

<sup>210</sup> Eskandari, 1372/1993: 217, Memoiren.

<sup>211</sup> British Military Attaché an FO, 16 October 1946, FO 371/Persia 1946/34-52711.

freundlichen Ausdrücke gegenüber der Sowjetunion zu reduzieren.<sup>212</sup> Nun stand Qavam vor einer der größten Entscheidungen seiner Regierungszeit. Entweder musste er seine Neigung nach links verstärken, wie die Tudeh-Minister ihn drängten, die Arbeitersyndikate bewaffnen und die Sowjetunion um Hilfe bitten. Dieser Weg hätte jedoch zu einem Bürgerkrieg führen können. Er hatte auch die Möglichkeit, den alternativen Weg einzuschlagen. Das bedeutete für ihn eine Drehung zur rechten Szene, die Beendigung der Koalition mit der Tudeh-Partei, die Versöhnung mit den Nomaden sowie der Armee. Auf diese Weise könnte er auf amerikanische Hilfe hoffen und seinen Kampf gegen den Schah auf einen späteren Zeitpunkt verschieben. Er wählte den zweiten Weg. Qavam nutzte die Weigerung der Tudeh-Minister, an den Kabinettsitzungen teilzunehmen, aus und erklärte seinen Rücktritt. Er wurde aber vom Schah nochmals zur Bildung eines neuen Kabinetts aufgefordert. Am neuen Kabinetts waren die Tudeh-Minister jedoch nicht mehr beteiligt.<sup>213</sup>

Nach der Entlassung der Tudeh-Minister und auf Wunsch des Schahs schickte Qavam seinen bisherigen sowjetfreundlichen Stellvertreter Mosafar Firuz nach Moskau als iranischen Botschafter. Der Schah stimmte dieser Ernennung zu, da - wie er meinte - die Sowjets den iranischen Botschafter immer wie einen Hund behandelten.<sup>214</sup> Qavam entließ die Gegner der Tudeh-Partei aus der rechten Szene wie Saiyed Zia, Afra, Taheri und Kaschani aus dem Gefängnis und entließ gleichzeitig die Mitglieder des Aufsichtsrats für die 15. Parlamentswahl, die unter den Anhängern der linken Szene ausgewählt worden waren. Er ernannte außerdem die radikalen Gegner der Tudeh-Partei zu Provinzleitern in den Städten Isfahan, Khusistan, Gilan und Masandaran. Die Provinzleiter erklärten zunächst den Ausnahmezustand in den Provinzen und beschlagnahmten die Veröffentlichungen der Tudeh-Partei. In Teheran besetzte die Armee das Zentralbüro der Tudeh-Partei und nahm mehr als 340 Parteimitglieder fest. Die Zeitung *Jebhe* kommentierte, dass die Armee zum ersten Mal nach der Ära Reza Schahs Macht bekommen und sich öffentlich in die politischen Aktionen eingemischt habe.<sup>215</sup>

Nach der Vertreibung der Tudeh-Freunde aus den Regierungskreisen nahm Qavam die Nomadenchefs Bachtariers, Qaschaqaiis, Kohlhar und Jolfagharis in seine Partei auf, die die Aufstände gegen Qavam geführt hatten. Nun arbeitete seine Demokrat Partei, die vor kurzem mit der linken Partei koalitiert hatte, mit den Gegnern der Tudeh-Partei zusammen. Qavam konnte glaubhaft machen, dass seine Partei das letzte und mächtigste Hindernis gegenüber

---

<sup>212</sup> US Ambassador an State Department, FRUS 1946, Bd. VII, S. 496-522-529, 541-544.

<sup>213</sup> Eskandari, 1372/1993: 218, Memoiren.

<sup>214</sup> SD 891.00, 21. Okt. 1946, zit. Fawcett, 1992: 74, Iran and the Cold War, The Azerbaijan Crisis of 1946.

<sup>215</sup> Wer besitzt die Macht, in: *Jebhe* 30.8.1325 /21.11.1946.

dem Kommunismus sei.<sup>216</sup> Die Demokrat Partei bildete im nächsten Schritt das Syndikat der iranischen Arbeiter (Eski)<sup>217</sup>. Diese Organisation sollte den Einfluss der Tudeh-Partei unter den Arbeitern schwächen.<sup>218</sup> Die Tudeh-Partei kritisierte die Bildung der Eski und warf den Regierungsbeamten in einem Brief an Qavam vor, mit Bestechung, Gewalt, Drohung und Entlassung zu versuchen, die Arbeiterschicht zu spalten.<sup>219</sup> Die Organisation Eski konnte aber trotz massiver Unterstützung durch die Regierung Qavams keinen Erfolg unter der Arbeiterschaft erzielen. In weiteren Aktionen reduzierte Qavam seine Kontakte mit den Autonomieregierungen in Täbris und Mahabad und erlaubte schließlich der Armee im Dezember 1946, in Aserbaidshān sowie Kurdistan einzumarschieren, um angeblich freie Parlamentswahlen durchführen zu können. Die Zeitung *Bahram* von der Demokrat Partei lobte den Armeeeinmarsch unter Leitung des Ministerpräsidenten in die Stadt Janjan, wurde aber durch den Militärgouverneur in Teheran beschlagnahmt.<sup>220</sup> Qavam behauptete im Majlis, wenn die Armee früher einsatzbereit gewesen wäre, hätte er früher den Einmarschbefehl erteilt.<sup>221</sup>

Mit der Unterdrückung der Autonomiebewegungen ging der Konflikt zwischen dem Schah und Qavam in eine neue Phase. Der Schah stärkte sich, und Qavam opferte schrittweise seine Helfer. Zunächst vertrieb Qavam die Sowjetunion aus dem Iran, dann die Tudeh-Partei aus dem Regierungsapparat, und sein letzten Schritt war die Beseitigung der Autonomieregierungen in Aserbaidshān und Kurdistan. Qavam blieb nur die Hoffnung auf ein gutes Abschneiden bei der 15. Parlamentswahl. Die Macht Qavams lag in Teheran, Khurasan, Isfahan und Masandaran. Er verfügte über wenig Macht in den Provinzen, in denen die Militärs regierten: in Aserbaidshān, Kurdistan und Kermanschah, in denen die Schahanhänger die Mehrheit hatten. In den Provinzen des Südirans besaß Großbritannien seinen traditionellen Einfluss. In den übrigen Provinzen des Irans bestimmten einflussreiche lokale Politiker sowie Nomadenchefs die Parlamentswahl. Nur die Sowjetunion sowie die linken Parteien verfügten über keinen Einfluss. Einerseits hatte Qavam seine Freunde entmachtet. Andererseits erschien es nun so, als ob er durch die Gründung einer neuen Partei die Macht unter seiner Führung konzentrieren konnte, wie sich mit dem Beginn des 15. Parlaments zeigen sollte.

---

<sup>216</sup> Die Notizen aus Qavams Memoiren, in: *Khandaniha*, 23.7.1334 /1955.

<sup>217</sup> Für die Aktivität von Eski siehe SAMI, 1371/1992: 7, 23-25, 35-36, 120, 124, 223-225, Geheime Dokumente der iranischen Polizei 1948-1949, Bd. 2.

<sup>218</sup> Die Notizen über die beruflichen Syndikate, in: *Khandaniha*, 15.7.1334/1955.

<sup>219</sup> Tudeh-Partei, ein offener Brief an Qavam, in: *Rabar*, 5.9.1325 /26.11.1946.

<sup>220</sup> *Bahram*, 5.8.1325 /27.10.1946.

<sup>221</sup> MM, 15 Majlis, Qavams Rede, 1326 /1947.

Mit der Eröffnung des 15. Parlaments am 17. Juni 1947<sup>222</sup> bildeten sich drei große Fraktionen. Die Demokrat Partei von Qavam gewann mit 80 Parlamentssitzen die Mehrheit. An zweiter Stelle stand die Fraktion Etehad-Melli, die Schahanhänger, mit 35 Parlamentssitzen und an dritter Stelle kam die Fraktion Melli, die Anhänger der Briten, mit 25 Abgeordneten. Diese Fraktion unterstützte die britische Iranpolitik. So sah es aus, als ob Qavam mit seiner Mehrheit im neuen Parlament den Kampf gegen den Schah fortsetzen und seine beabsichtigten Reformen realisieren würde. Die Freude war aber nur von kurzer Dauer. Die Demokrat Partei bestand aus zwei sich bekämpfenden Gruppen, die von innen heraus die Partei spalteten. Die Partei Demokrat wurde auch als Partei „Wolf und Schaf“<sup>223</sup> bezeichnet, in der die Reichen, Fabrikbesitzer und mächtige Händler einerseits und die Arbeiter und Bauern andererseits Mitglieder waren.<sup>224</sup> Während z.B. Hekmat, Amini oder Farmanfarma aus der Schicht der Aristokraten waren, waren Bahar, Arsenjani und Mahmud-Mahmud aus der radikalen intellektuellen Schicht. Auch Syndikate der Arbeiter sowie Bauern waren Mitglieder dieser Partei. Dieses breite Spektrum mit den darausfolgenden unterschiedlichen Meinungen zeigte bereits bei der Prüfung der Abgeordnetenmandate im Parlament seine Labilität. Obwohl Qavam seinen Parteiabgeordneten empfahl, gemeinsam an der Abstimmung teilzunehmen, entschieden die Abgeordneten seiner Partei nach eigenem Ermessen. Es gab z.B. Abgeordnete, die, um das Mandat von Arsenjani (einem Abgeordneten aus der Partei Demokrat) abzulehnen, lieber mit den Anhängern des Schahs und Großbritanniens zusammenarbeiteten, als mit den eigenen Fraktionsgenossen.

Auch in der Gesellschaft sah es nicht besser aus. Während die Zeitung der Partei Demokrat die tiefe Kluft zwischen Arm und Reich kritisierte, protestierten die reichen Abgeordneten, dass „die Partei Verrat propagiert und eine Schicht gegen die andere Schicht anheizt.“<sup>225</sup> Diese unterschiedlichen Ansichten bescherten der Partei schon bald die Spaltung. Das breite Spektrum, welches zu Beginn der Parteibildung der Grund für den blitzschnellen Erfolg der Partei war, verursachte im weiteren Verlauf die blitzschnelle Spaltung. Die Spaltung wurde sichtbar, als Qavam den Vertrag zwischen dem Iran und der Sowjetunion über die Erdölkonzession im Nordiran im Majlis einreichte. Viele Abgeordnete der Demokrat Partei wechselten das Lager und lehnten mit den Gegnerfraktionen den Vertrag ab. Das Majlis beauftragte dagegen den Ministerpräsidenten, den Ölvertrag von 1933 zwischen dem Iran und Großbritannien nochmals zu bearbeiten. Qavam, der im voraus damit gerechnet hatte, dass die

---

<sup>222</sup> Schajji, 1372/1993: 225: Die politische Elite im Iran von der Konstitutionellen Revolution bis zur islamischen Revolution, die Abgeordneten im iranischen Parlament, Bd. 4.

<sup>223</sup> Die Partei Demokrat, in: *Qiyam e Iran*, 12.4.1326 /4.7.1947.

<sup>224</sup> Die Partei Demokrat, in: *Qiyam e Iran*, 12.4.1326 /4.7.1947.

<sup>225</sup> *Demokrat Iran*, 19.1.1326 /9.4.1946.

Abgeordneten den Vertrag ablehnen würden, griff Großbritannien an und verlangte die Rückgabe der Inseln Bahrain an den Iran. Mit dieser Attacke wollte der Ministerpräsident zeigen, dass er immer noch das Gleichgewicht in der Außenpolitik vertrat.

Mit der Ablehnung des Erdölvertrages war die letzte Aufgabe Qavams als Ministerpräsident erledigt. Nur zwei Wochen nach Ablehnung des Erdölvertrags stürzte Qavam. Grund für seinen plötzlichen Sturz war, dass Hekmat mit 20 Abgeordneten die Demokrat Fraktion verließen. Hekmat erklärte später, dass seine Anhänger ihn gedrängt hatten, die Fraktion Qavams zu verlassen.<sup>226</sup> Das Überlaufen dieser Abgeordneten zur Gegnerfraktion führte zum Verlust von Qavams Mehrheit im Majlis. Nun forderten die Gegner Qavams ihn auf, die Vertrauensfrage im Majlis zu stellen. Das Ergebnis war klar: Von 112 anwesenden Abgeordneten stimmten 45 gegen Qavam, 36 stimmten für Qavam, und 31 Abgeordnete enthielten sich ihrer Stimmen. Qavam trat zurück und flog zwecks ärztlicher Behandlung nach Paris.

Anscheinend war Qavam nur für Krisensituationen bestimmt. Er begann seine Arbeit als Ministerpräsident, als die iranische Politik in eine Sackgasse geraten war. Er kam an die Macht mit Hilfe der linken Parteien und der Unterstützung der Sowjetunion. Während seiner Regierungszeit opferte er seine Unterstützer und wendete sich von der linken Szene ab, hin zur rechten Szene. Die rechte Szene, die ihn zu Anfang seiner Regierung als Bedrohung ihrer Existenz empfunden hatte, ließ er so lange an der Macht bleiben, bis er die Probleme beseitigt und seine Freunde ausgeschaltet hatte, die ihn dann in einer Aktion entmachteten.

Der Schah, der Qavam im Jahre 1942 noch als Gegner der Pahlavi-Dynastie sah, forderte ihn im Jahre 1946 auf, sein Ministerpräsident zu werden. Nachdem Qavam die größte Krise (Abzug der sowjetischen Truppen und Aserbaidshankrise) erfolgreich bewältigt hatte, gab der Schah ihm den Ehrentitel „Aschraf“<sup>227</sup>, denn durch Qavam wurde die Macht der Pahlavi-Dynastie gefestigt. Im Jahre 1948 verbannte der Schah Qavam als Gegner der Monarchie aus dem Land, forderte ihn aber zurück, damit er ihm gegen Mossadegh helfe.

Die Tudeh-Partei schätzte ihn zwischen 1941-1946 als einen Anhänger der konstitutionellen Verfassung, unterstützte ihn gegen den Militarismus des Schahs und kritisierte ihn im Jahre 1947 als Vertreter der reichen Grundbesitzer.

Großbritannien unterstützte Qavam als starken Ministerpräsidenten und Anhänger der guten Beziehung mit den Alliierten im Jahre 1942, widersprach ihm zwischen 1943 und 1946

---

<sup>226</sup> Siehe Hekmat, Meine Rolle im Majlis, in: *Donya*, Jg. 21, 1343/1973: 250-540.

<sup>227</sup> Herr (Sir).

aufgrund seiner sowjetfreundlichen Haltung, lobte ihn aber im Jahre 1946 wegen seines erfolgreichen Gespräches mit der Sowjetunion.

Mossadegh kritisierte zwischen 1942-1945 seine Strategie des positiven Gleichgewichtes in der Außenpolitik, wählte ihn aber 1946 als Ministerpräsidenten, warf ihm im Jahre 1946-1947 vor, das Majlis zu schwächen, unterstützte ihn jedoch gegenüber dem Schah im Jahre 1948 und nannte ihn im Jahre 1952 eine Marionette Großbritanniens.

Qavam schätzte sich selbst als einen Politiker vom gleichen Range wie Stalin, Churchill und Truman ein und versuchte den Vertretern der drei Mächte zu vermitteln, welche Strategie sie gegenüber dem Iran einschlagen sollten.<sup>228</sup>

Qavam stammte aus einer Großgrundbesitzerfamilie. Er war gegen die Machtbefugnisse des Schahs und seine Funktion als Oberbefehlshaber der Armee. Er bemühte sich, die Kontrolle der Armee den Zivilisten zu überlassen. Aber er war, genau wie der Schah, über die sozialen Unruhen und die Gefahren aus der Unterschicht gegen reiche Machthaber besorgt.

Qavams Abgang von der politischen Bühne des Irans hatte zwei unterschiedliche Folgen: Zum einen löste sich seine Partei allmählich auf. Zum anderen rückte der Schah ins Zentrum der iranischen Politik. Er beteiligte sich direkt an Ernennung und Sturz der Minister sowie des Ministerpräsidenten. Im Jahre 1949 war der Schah so stark, dass er den Senat ausrief und seine Machtbefugnisse zu Lasten des Majlis erhöhte. Durch eine Verfassungsänderung bekam er das Recht, das Parlament zu jeder Zeit auflösen zu dürfen. Zwischen 1941 und 1948 hatte er den gleichen Prozess durchgemacht wie sein Vater zwischen 1921 und 1925. Genau wie sein Vater setzte er selbst sich für die Bildung und Verstärkung der Armee sowie die Erhöhung ihres Budgets ein. Er behielt die Kontrolle der Armee in der Hand und versuchte, das Majlis sowie das Kabinett von der Armeeinstitution fernzuhalten. Er erhöhte die Truppenstärke von 65.000 im Jahre 1941 auf 120.000 im Jahre 1948. Der Sieg über Aserbaidshan und Kurdistan kam dem physischen Bestehen der Armee zu Gute. Mit der Kontrolle der Armee eroberte er nach und nach das Parlament und das Kabinett. Ein Abgeordneter im Jahre 1948 beschrieb die Macht des Schahs wie folgt: „Es ist ein allgemeines Gesetz: Wer die Waffen der Nation kontrolliert, hat die Politik der Nation in der Hand. Der Schah bedroht mit der Modernisierung der Armee die gesetzlichen Freiheiten im Land.“<sup>229</sup>

Der weitere Grund für die Macht des Schahs lag im Parlament selbst. Der Schah konnte das Gleichgewicht zu seinen Gunsten verändern. Dabei half ihm die politische Lage immens.

---

<sup>228</sup> Eskandari, 1372/1993: 229, Memoiren.

<sup>229</sup> MM, Majlis 16, 9.12.1327 /28.2.1949.

Nach dem Sturz Qavams blieben nur 45 Abgeordnete der Demokrat Partei treu. Die Abgeordneten der Schahanhänger, die den Schah in der Innen- und Außenpolitik unterstützten, sowie die der Britenanhänger blieben unverändert. Nun war die Änderung der unabhängigen Abgeordneten zu registrieren. Die Fraktion der Unabhängigen bestand aus den 20 ehemaligen Abgeordneten der Demokrat Partei unter Leitung Hekmats, zwei sowjetfreundlichen Abgeordneten und vier Anhängern Mossadeghs. Die Schahanhänger waren somit in einer günstigen Position. Sie konnten mit jeder Fraktion koalieren und das Kabinett bilden. Die Mitglieder der Etehad-Melli-Partei hatten mit der Melli Fraktion und einigen unabhängigen Abgeordneten koalitiert und Hakimi im Dezember 1947 zum Ministerpräsidenten gewählt. Der Ministerpräsident überließ vier Ministerien den britischen Anhängern, 5 Ministerien den Anhängern des Schahs und ein Ministerium den Anhängern der USA. Die Regierung Hakimis realisierte die Forderungen Großbritanniens sowie des Schahs. Zugunsten Großbritanniens ließ sie die Gespräche über iranische Ansprüche in Bezug auf die Ölkonzession von 1933 fallen. Zugunsten des Schahs überreichte Hakimi den Gesetzentwurf über die Bildung des Senats dem Parlament. Der Senat (das zweite Majlis) war in der Verfassung von 1906 vorgesehen, wurde bis dato aber nicht gebildet, da die Abgeordneten sich davor fürchteten, dass dies zu mehr Macht des Schahs führen würde. In weiteren Aktionen schloss Hakimi die Clubs der Tudeh-Partei und ließ 1200 Anhänger der Tudeh-Partei festnehmen. Hakimi beharrte auf der Entwaffnung der Nomaden im Südiran durch die Armee. Dies führte zu Unzufriedenheit bei der Fraktion Melli, die gegen diese Aktion war. Ihre Anhänger reduzierten sogar das Armeebudget von 20 auf 10 Millionen Dollar. Die Schahanhänger sahen nun keinen Grund mehr, den britischgesinnten Ministerpräsidenten zu unterstützen, zumal sie für den Erhalt des Kredits aus den USA waren. Die Schahanhänger im Parlament (Etehad-Melli-Fraktion) koalitierten mit den Demokraten. Im Juni 1948 wählten sie A. Hajir zum Ministerpräsidenten. Hajir strebte nach besseren Beziehungen mit den USA. Er überließ den Anhängern des Schahs fünf Ministerien und den Demokraten vier Ministerien und versprach, dass die Anklage gegen Qavam fallengelassen werde. Im Gegenzug dazu stimmten die Demokraten der Erhöhung des Armeebudgets von 10 auf 16 Millionen Dollar zu. Dies führte aber zur scharfen Reaktion der religiösen Gegner unter Leitung A. Kaschanis, die eine Demonstration gegen Hajirs Kabinett organisierten. Auch die Fraktion Melli und einige Abgeordnete der Unabhängigen bereiteten dem Kabinett Probleme: Sie kritisierten das Armeebudget und weigerten sich, dem Haushaltsetat des Landes zuzustimmen. Außerdem waren sie gegen die geheimen Gespräche mit Großbritannien über die Ölkonzession von 1933, die Hajir durchführte. Hajir musste sein Amt nach vier Monaten Regierung im

November 1948 niederlegen. Nun begann die Suche nach seinem Nachfolger. Der Schah, der langen Diskussionen über den möglichen Nachfolger nicht zusehen konnte, ernannte eigenmächtig Saéd zum Ministerpräsidenten. Die Abgeordneten reagierten darauf unterschiedlich. Während die Schahanhänger darauf beharrten, dass der Schah das Recht besäße, einen Ministerpräsidenten zu ernennen, gingen die Abgeordneten der Demokraten davon aus, dass nur das Parlament berechtigt sei, den Ministerpräsidenten zu bestimmen. Die Demokraten vertraten die Meinung, dass die Aktion des Schahs den Iran in die dunkle Zeit der Qajaren-Dynastie zurückführen würde. Die Demokraten sowie einige Abgeordnete aus der Unabhängigen Fraktion drohten damit, publik zu machen, wie einige reaktionäre Hofanhänger den jungen Schah in die Irre geführt hatten, um die iranische Verfassung zu blamieren.<sup>230</sup> Genau in dieser Zeit geschah ein Ereignis, das dem Schah zugute kam. Im Februar 1949 wurde der Schah durch ein Attentat verletzt. Der Schah nutzte das Attentat dazu, seine Gegner auszuschalten. Im ganzen Land erklärte er den Ausnahmezustand, ließ alle Zeitungen und Zeitschriften beschlagnahmen und verbot die Aktivitäten der Tudeh-Partei. Oppositionsführer wie Kaschani wurden ins Ausland verbannt, und Mossadegh wurde unter Hausarrest gestellt. Daraufhin rief der Schah ein Moassesan-Majlis aus. Durch Manipulation der Parlamentswahl schickte der Schah seine Anhänger ins Moassesan-Majlis. Das Moassesan-Majlis stimmte der Bildung des Zweiten Majlis (Senat) zu und erteilte dem Schah das Recht, jederzeit beide Parlamente auflösen zu dürfen, unter der Bedingung, innerhalb von drei Monaten eine neue Parlamentswahl durchzuführen. Der neue Ministerpräsident Saéd, der seine Arbeit im November 1948 begann, kündigte an, sich für die Stärkung der Armee, die Lohnerhöhung der Offiziere sowie das Verbot der Werbung gegen die allgemeine Sicherheit und Ordnung einzusetzen.<sup>231</sup> Saéd ließ die Grundstücke von Reza Schah, die im Jahre 1941 auf Initiative des Ministerpräsidenten Furughi der Regierung überlassen worden waren, dem Schah zurückgeben. Ein Abgeordneter im Parlament argumentierte, dass der König alle Grundstücke zurückbekommen müsse, da die iranische Monarchie, die eine der ältesten Monarchien auf der Welt sei, den gleichen Rang wie andere reiche Höfe in Europa habe.<sup>232</sup> Ferner ließ Saéd die Leiche Reza Schahs in den Iran zurückbringen. Die Leiche war ein Symbol der Rückkehr der Diktatur. Der Schah hatte mehrmals versucht, die Leiche zurückzubehalten, war aber am Widerstand der Abgeordneten im Parlament gescheitert. Der mächtige Schah war nun bereit, mit Hilfe des Innenministers Iqbal die 16. Parlamentswahl durchzuführen. Die Macht des Schahs schien auf der politischen Bühne des Irans vollkommen

---

<sup>230</sup> State Department an Embassy in Tehran, 1. Feb. 1949, in: FRUS, Bd. VI, S.476.

<sup>231</sup> MM, Majlis 15, M. Saéd, Das Regierungsprogramm, 9.12.1327 /28.2.1949.

<sup>232</sup> MM, Majlis 15, Saheb Divani, 20.4.1328/11.7.1949.

und unverwundbar. Genau wie zur Zeit seines Vaters gelang es ihm, seine Kontrolle über die Legislative herzustellen. Dies war aber nur die äußere Erscheinung. Die acht Jahre Pressefreiheit hatten die iranische Bevölkerung als eine weitere politische Variable ins Spiel gebracht. Als sich der Schah im Jahre 1949 auf eine Reise in die USA vorbereitete und gleichzeitig der Innenminister mit der Manipulation der Parlamentswahl beschäftigt war, kam die Schwäche der Regierung ans Licht. Einige Politiker, Studenten und Händler unter der Führung Mossadeghs gingen in den Palast des Schahs, um gegen die Manipulation der Parlamentswahl zu protestieren. Die Demonstranten wählten ein Komitee aus 12 Personen, um mit dem Hofminister zu sprechen. Die Demonstranten verließen den Hof, nachdem ihnen zugesichert worden war, dass die Unregelmäßigkeiten bei den Parlamentswahlen beendet würden. Dieses war der Anfang. Das Komitee, das aus unterschiedlichen Gesellschaftsgruppierungen bestand, gründete eine neue Organisation mit dem Namen Jebhe-Melli (Nationale Front). In ihrer ersten Erklärung gab die Organisation folgende Forderungen bekannt:

- Annullierung des Ausnahmezustandes,
- Garantie für die Pressefreiheit und
- freie Parlamentswahl.<sup>233</sup>

Später veröffentlichte die Organisation ihr Programm:

- soziale Gerechtigkeit,
- Verwirklichung der Verfassung sowie
- Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des Landes.<sup>234</sup>

Mossadegh, der als Generalsekretär der Organisation gewählt wurde, beharrte darauf, dass alle Organisationen, Parteien und Gemeinden unter seiner Organisation zusammenkommen müssten. Er wollte nicht als Sprecher einer Organisation auftreten, sondern als Vertreter der iranischen Bevölkerung.<sup>235</sup> In den folgenden Monaten traten die Parteien Iran, Zahmatkaschan und Modschahedin-e-Islam der Nationalen Front bei. Dies war der Kern einer großen Organisation, die in den nächsten Jahren in der iranischen Innenpolitik den Schah und in der Außenpolitik die britische Regierung mit der Forderung der Nationalisierung der iranischen Erdölindustrie herausforderten.

---

<sup>233</sup> Jebhe-Melli, „Erklärung an die Bevölkerung“, in: *Schahed*, 2.8.1328 /24.10.1949.

<sup>234</sup> Jebhe-Melli, „Programm und Manifest“, in: *Bakhtar Emruz*, 10.4.1329 /1.7.1950.

<sup>235</sup> A, Gaffari, „Das Leben von Mossadegh“, in: *Khandaniha* 21.2.1327 /11.5.1948.

## II.4. Zusammenfassung

Vom ersten bis zum fünften Majlis konkurrierten die unabhängigen Kandidaten in den Provinzen gegeneinander. Die lokalen Persönlichkeiten beeinflussten das Resultat der Parlamentswahlen. Der demokratische Parlamentarismus, der zum Instrument der Feudalherren und Fremdmächte herabgesunken war, konnte jedoch die iranische Unabhängigkeit bewahren.

Ab 1917 gab es zwei unterschiedliche Positionen, wie das Land verwaltet werden sollte. Zentralismus und Föderalismus lauteten die Alternativen. Während die Konservativen, insbesondere die Nomadenchefs, für die regionale Autonomie der Provinzen eintraten, setzten sich die Reformisten für einen starken zentralistischen Staat ein, da sie befürchteten, dass der Föderalismus den separatistischen Bewegungen den Boden ebnet würde. Im Jahre 1925 wurden mit Reza Schah die Diskussionen zugunsten der zentralistischen Verwaltung beigelegt. Die starke Zentralgewalt verhinderte, dass die Provinzen ihren wirtschaftlichen<sup>236</sup> und politischen Fortschritt eigenständig vorantrieben. Die Rechte der Provinzen wurden stark zum Vorteil der Hauptstadt (Teheran) beeinträchtigt. Das Bestreben der einzelnen Provinzen wurde mit separatistischen Gesinnungen gleichgesetzt und verurteilt.

Reza Schah realisierte z.B. die Gründung der iranischen Nationalbank (Bank-Melli-Iran) und den Bau der Eisenbahn.

Die Abdankung Reza Schahs und die darauffolgende Wiederbelebung des demokratischen Prozesses hätte u.a. die Gewährung einer regionalen Selbstverwaltung für die Provinzen nach der konstitutionellen Revolution ermöglichen können. Unter dieser Grundlage kam es zur aserbaidzhanischen und kurdischen Widerstandsbewegung. Es stellte sich jedoch bald heraus, dass aufgrund der fehlenden sozio-ökonomischen Voraussetzungen bzw. der starken Einflussnahme der russischen und britischen Kolonialmächte im Iran die Ziele der konstitutionellen Revolution zwischen 1941 und 1949 zum Scheitern verurteilt waren.

Zurückblickend kann man feststellen, dass Reza Schah in der Zeit zwischen 1921 und 1925 versuchte, allmählich die Macht zu erringen. Er brachte mit Hilfe des Militärapparates das Parlament sowie die Regierung unter seine Kontrolle und konnte bis zu seiner Abdankung autoritär regieren. Genauso verlief die Zeit zwischen 1941 und 1949, als sein Sohn M.R. Schah Pahlavi die Macht innehatte.

---

<sup>236</sup> Siehe Nafici, 1371/1992: Der Prozess des wirtschaftlichen Gedankens in Pahlavi-Ära

Der Demokratieprozess bedarf eines langen Atems. Strategien mit einem zu kurzen Zeithorizont können zwar die Bevölkerung ein Stück voranbringen, reichen aber nicht aus - wie man aus der Erfahrung mit dem Iran zwischen 1941 und 1949 schmerzlich zur Kenntnis nehmen muss -, um dem Staat vom Despotismus zu befreien und ihm zu einem demokratischen Parlamentarismus zu verhelfen.

### **III. Der Iran und Großbritannien**

#### **III.1. Die britisch-iranischen Beziehungen bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges im Jahre 1939**

Die ersten Engländer, die ein Handelsabkommen mit der persischen Regierung abgeschlossen hatten, waren R. Stiel und J. Crowther im Jahre 1616. Sie beabsichtigten den Verkauf der englischen Waren im Iran, nachdem sie von Schah Abbas dem Großen (1587-1628) eine Genehmigung erhalten hatten, ihre Läden in den persischen Häfen (am Persischen Golf) zu öffnen. Der Schah wollte mit dieser Lizenzvergabe zum einen die Engländer gegen die Portugiesen am Persischen Golf stärken und zum anderen dem risikoreichen Handelsweg, der über das Osmanische Reich nach Europa ging, ausweichen.<sup>1</sup>

In der Zeit von 1616 bis 1864 hatte Großbritannien seine politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Iran intensiviert. Mit dem Aufkommen der Industriellen Revolution in Großbritannien<sup>2</sup> nahm der Export britischer Industriewaren in den Iran rapide zu.<sup>3</sup> Die Zunahme des wirtschaftlichen Profits Großbritanniens im Iran beschrieb im Jahre 1892 der spätere britische Außenminister Lord Curzon<sup>4</sup> deutlich: Die Gleichgültigkeit dem Iran gegenüber bedeutete den „Verlust eines Handels, mit dem sich Zehntausende britische Bürger im Iran und in Indien ernähren. Eine kleine Aufmerksamkeit gegenüber dem Iran bedeutete mehr Arbeit für die britischen Schiffe, die britischen Arbeiter sowie die britische Textilindustrie.“<sup>5</sup>

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts versuchten die Engländer, den Iran nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch abhängig zu machen. Dies war der Beginn eines andauernden Wettkampfes zwischen Großbritannien und Russland, das eine starke Position in der persischen Qajaren-Dynastie (1896-1925) innehatte. Wenn Großbritannien eine Konzession

---

<sup>1</sup> Für die Anfangsphase der politischen und wirtschaftlichen Beziehung zwischen dem Iran und England siehe Taheri, 1354/1976 : Handels- und politische Beziehungen zwischen England und Iran, Bd. 1, / Hesam-Moessi, 1326/1947: Politische Beziehungen zwischen dem Iran und der Welt.

<sup>2</sup> Für das Aufkommen der Industriellen Revolution in Großbritannien siehe Niedhart, 1987: 122, Geschichte Englands im 19. und 20. Jahrhundert. Buchheim, 1994: Industrielle Revolutionen, langfristige Wirtschaftsentwicklung in Großbritannien, Europa und in Übersee.

<sup>3</sup> Für die wirtschaftliche Politik Großbritanniens im Iran siehe Moon/Parker, 1947: 274-5, Imperialism and World Politics.

<sup>4</sup> George Curzon war zwischen 1898 und 1905 als Vizekönig und Generalgouverneur von Indien und zwischen 1919 und 1924 als britischer Außenminister tätig. Er stärkte die britische Einflussnahme in Tibet, Persien und Afghanistan. Siehe Meyers Enzyklopädisches Lexikon, 1972: 137, Bd. 6. Mannheim/Wien/Zürich.

<sup>5</sup> Curzon, 1982: 604, Persia and the Persian Question.

vom Iran erhielt, wurde dies von den Russen nur dann toleriert, wenn ihnen das Gleiche zugestanden wurde.<sup>6</sup>

Die britische Diplomatie im Iran setzte zum einen auf freundliche Beziehungen zu den Südstämmen, um diese als bewährtes Druckmittel gegen die weitgehend russisch instrumentalisierte Qajarische Zentralgewalt zu nutzen. Zum anderen versuchte Großbritannien die russische Regierung dazu zu bewegen, sich gegenüber dem Iran zu verpflichten und die herrschende „Pax Britannica“ am Persischen Golf nicht zu gefährden. Ende des 19. und zum Beginn des 20. Jahrhunderts wandte Großbritannien viel Kraft auf, um Persien als „Pufferstaat“ zu erhalten. Jedoch gelang England „mit Russland ein Einvernehmen, und zwar (am 31. August) 1907 über Persien, Afghanistan und Tibet.“<sup>7</sup> Nach diesem Vertrag<sup>8</sup> grenzten Russland und Großbritannien ihre Interessensphären im Mittleren Osten ab. Großbritannien verzichtete auf eine Ausweitung Indiens (Tibet, Afghanistan), Russland erkannte eine neutrale Zone zwischen seinem und dem englischen Einflussgebiet im Iran an. Mit diesem Vertrag war die Rivalität dieser Großmächte im Iran vorübergehend beigelegt.

Der Iran war wegen seiner geo-politischen Lage zwischen Russland und Indien für Großbritannien von existenzieller Bedeutung. Allerdings glaubten viele Perser, dass Großbritannien mit diesem Vertrag den Einfluss der konstitutionellen Revolution auf seine Kolonien in Asien verhindern wollte.<sup>9</sup> Dazu kam der Ölfund von 1908 im Südwesten des Irans, der zunehmend die Interessenlage Großbritanniens von einer geostrategischen, hauptsächlich von Britisch-Indien definierten, nach einer auch ökonomischen verschob. Die britische Schiffsindustrie wechselte aufgrund des ungehinderten Zugangs zum iranischen Erdöl vom Brennstoff Kohle zum Öl, was zu einer erheblichen Effektivität der militärischen Schlagkraft der britischen Marine während des ersten Weltkrieges beitrug. Um diese Interessen zu schützen, sah sich Großbritannien gezwungen, den Iran als Pufferzone zu erhalten. Mit einem weiteren Vertrag mit Russland im Jahre 1915 ersetzte Großbritannien den Vertrag vom 1907.

---

<sup>6</sup> Für die sowjetischen und britischen Konzessionen im Iran siehe Taymouri, 1332/1953: Die Geschichte der iranischen Konzessionen. Das Hauptmotiv hinter diesen Konzessionsvergaben war, den Unterhalt der Qajaren-Dynastie zu sichern. Siehe Bharier, 1971: 46, Economic Development of Iran: 1900-1970.

<sup>7</sup> Niedhart, 1987: 122, Geschichte Englands im 19. und 20. Jahrhundert.

<sup>8</sup> Der Text des Vertrages vom 31. August 1907 in: Wiener 1972: 533-538, Great Britain; Foreign Policy and the span of Empire (1989-1971), A Documentary History. Der Vertrag von 1907 beinhaltete das zweite Ziel Großbritanniens und richtete sich gegen die zunehmende Macht Deutschlands, um ein Gleichgewicht in Europa zu erlangen. Siehe Nicolson, 1934: 126, Curzon: the Last Phase, 1919-1925, A Study in post war diplomacy.

<sup>9</sup> Browne, 1910: 150, 195, The Persian Revolution of 1905-1909. Einige iranische Schriftsteller wie Mahmud Mahmud und Said Nafici vertraten die Meinung, dass Großbritannien den kulturellen Einfluss der iranischen Revolution in Indien fürchtete, daher wollte er diese Gefahr eindämmen. Mahmud, 1328/1949: 32-515, Die Beziehung Irans und Englands im 19. Jahrhundert, Voll. II.; Nafici, 1335/1956: Die soziale und politische Geschichte des Irans, das erste Kapitel.

Nach diesem Abkommen wurde die neutrale Zone zwischen den zwei Mächten im Iran zu Großbritanniens Gunsten beseitigt.

Die Machtfrage stellte sich im Iran aufs Neue, nachdem sich das neue Regime nach der Oktoberrevolution 1917 in Russland etabliert hatte. Die russischen Truppen wurden aus dem Iran abgezogen.<sup>10</sup> Die Entstehung einer „kommunistischen Gefahr“ in der Sowjetunion veranlasste Großbritannien, seine Einflusszone auf den ganzen Iran auszuweiten. Nun sollte der Iran als Schlüsselglied in der westlichen „Nordkette“ bzw. als ein Teil des Sicherheitsgürtels<sup>11</sup> (um die sowjetische Region) für die englische Regierung dienen, um den sowjetischen Einfluss einzudämmen. Curzon, der britische Außenminister zwischen 1919 und 1924, war für die Bildung dieses Sicherheitsgürtels aus Ländern zwischen Indien und Mittelmeer. Er unterstrich die Wichtigkeit des Irans als ein Teil dieser Kette.<sup>12</sup> Um diese Idee in die Tat umzusetzen, hatte Curzon mit der iranischen Regierung ein Abkommen (Vosugh- ad-daule Abkommen) vom 9. August 1919<sup>13</sup> abgeschlossen. Das Übereinkommen stellte den Iran faktisch als britisches Protektorat dar, denn das Abkommen stellte den Iran unter Aufsicht der britischen Regierung.<sup>14</sup>

Die Veröffentlichung des Abkommens löste Unruhen im ganzen Iran aus. „Ein iranischer Nationalismus brach aus“.<sup>15</sup> In Teheran und in den Städten demonstrierte die Bevölkerung. Die iranische Presse warf der iranischen Regierung Verrat vor.<sup>16</sup> Im Nordiran, in den Provinzen Aserbaidschan, Khurasan und Gilan, kam es zu militärischen Auseinandersetzungen mit der iranischen Zentralregierung.<sup>17</sup> Die Feindseligkeiten der iranischen Öffentlichkeit gegen Großbritannien waren dermaßen präsent, dass die britische Botschaft am 18. Juni 1920 aus Teheran berichtete: „Wir haben sogar das Vertrauen der iranischen Nationaldemokraten verloren, die man zu unseren Freunden zählte.“<sup>18</sup> Sie notierte, dass die Briten genau an die Stelle gerückt waren, die zuvor die verhassten Russen in der iranischen Öffentlichkeit innehatten.<sup>19</sup>

Lord Curzon, der die iranische Ablehnung sowie den Protest Frankreichs gegen den Vertrag sah, versuchte nun, amerikanische Sympathien zu gewinnen. Aber auch die USA

---

<sup>10</sup> Siehe Dashti, 1302/1923: 3, Nochmals Protest des britischen Konsulates, in: *Schafagh Sorkh*, 12. sour 1302/1923, Nr. 141.

<sup>11</sup> Bis zum Jahre 1941 gab es die sowjetische Bemühung, die Kette an ihrer Südgrenze zu zerbrechen.

<sup>12</sup> Nicolson, 1934: 121-122, Curzon, the last Phase

<sup>13</sup> Text in Jami, 1355/1977: 40, Vergangenheit ist das Licht der Zukunft. Siehe auch Zaughy, 1368/1989: 275-354, Iran und die Großmächte 1900-1925.; Mahrad, 1985: 13-14, Zum Verhältnis zwischen Iran und der Sowjetunion.

<sup>14</sup> Text in Hurewitz, 1956: 64-66, Diplomacy in the Near and Middle East: A Documentary Record, 1535-1914, Vol. II.

<sup>15</sup> Zargar, 1983:53, Anglo-Iranien Relations: 1925-1941.

<sup>16</sup> FRUS, 1919, Bd. II, S. 699-711.

<sup>17</sup> Makki, 1358/1980:106-110, Das politische Leben von Ahmad Schah , Bd. 2.

<sup>18</sup> Woodward/Butler, 1952-1963: 523, Documents on British Foreign Policy, 1919-1939, First Series, XIII.

<sup>19</sup> Woodward/Butler, 1952-1963: 523, Documents on British Foreign Policy, 1919-1939, First Series, XIII.

waren gegen das Abkommen.<sup>20</sup> Die amerikanische Regierung war besorgt, dass das iranische Parlament den Entwurf ratifizieren und damit der Erwerb iranischer Erdölkonzessionen für amerikanische Firmen problematisch würde.<sup>21</sup>

Nicht zuletzt war die Sowjetunion gegen das Übereinkommen. Die Abmachung zwischen der iranischen Regierung und Großbritannien wurde genau in der Zeit getroffen, in der die sowjetische Regierung mit dem Bürgerkrieg im eigenen Lande beschäftigt war. Aber als die Sowjets den Bürgerkrieg erfolgreich beendeten und an der iranischen Grenze einmarschierten, änderte sich die Lage. Es kam zu einer Wende in der sowjetischen Iranpolitik. Im Mai 1920 besetzte die sowjetische Armee wieder den Nordiran. Daraufhin mussten die britischen Truppen das Kaspische Meer räumen. Die sowjetische Regierung, die ihre Stellung im Nordiran wie zur Zeit der traditionellen Zarenherrschaft wieder erobern konnte, stellte den Abzug ihrer Armee aus dem Iran unter den Vorbehalt, dass der Abzug der britischen Truppen gleichzeitig erfolgen würde.<sup>22</sup> Die sowjetische Regierung wollte ihre Fehler nicht wiederholen, als sie zuvor allein den Iran geräumt hatte.

Die britische Regierung stand unter Druck. Sie verlor nicht nur ihre Position im Nordiran sondern wurde auch vom britischen Parlament aufgefordert, den Abzug der britischen Soldaten aus dem Iran zu organisieren. Deswegen versuchte die britische Regierung den Vertrag von 1919 durch eine ständig wechselnde Zusammensetzung des iranischen Kabinetts bestätigen zu lassen, um den ganzen Iran zu verwalten. Diese Mühe brachte aber keine Früchte mit sich, so dass die britischen Behörden und sogar Lord Curzon, der Verfasser des Vertrages von 1919, im Jahre 1921 davon abgekommen waren, das Abkommen als nützlich für die britische Iranpolitik zu bezeichnen.<sup>23</sup> Deswegen war die Suche nach einem neuen Weg erforderlich, um den Schutz des britischen Imperiums in Indien, im Iran und allgemein im Orient vor der kommunistischen Gefahr gewährleisten zu können. Die britische Regierung benötigte einen leistungsfähigen Iran mit einer neuen politischen, wirtschaftlichen sowie gesellschaftlichen Struktur, der gegenüber der sowjetischen Regierung als eine geostrategische Pufferzone operieren konnte. Nicht nur die britische Regierung war für eine Änderung des politischen Systems im Iran sondern auch die iranische Öffentlichkeit. Wie im ersten Kapitel bereits beschrieben wurde, verfolgten zwei unterschiedliche Akteure die gleiche Zielsetzung. Die britische Regierung organisierte einen Putsch im Jahre 1921.

---

<sup>20</sup> FRUS, 1919, Bd. II, S. 700.

<sup>21</sup> FRUS, 1919, Bd. II, S. 353-355.

<sup>22</sup> Woodward/Butler, 1952-1963: 590, Documents on British Foreign Policy, 1919-1939, First Series, XIII.

<sup>23</sup> S. Woodward/Butler, 1952-1963: 714 u. 717, Documents on British Foreign Policy, 1919-1939, First Series, XIII.

Obwohl es im Foreign Office heutzutage kein Dokument gibt, das die Beteiligung der britischen Regierung oder der britischen Botschaft in Teheran beim Putsch Reza Khans nachweist, schreibt der damalige britische Offizier im Iran, General Ironside, in seinen Memoiren: „dass er den Staatsstreich vorbereitete, (...) und dies durchführte.“<sup>24</sup> „Der Iran brauchte einen Führer und nur Reza Khan besaß diese Fähigkeit.“<sup>25</sup> Ein Iraner<sup>26</sup> beschreibt in seinen Memoiren, wie er Ironside mit Reza Khan bekannt gemacht hatte.<sup>27</sup>

Es ist unakzeptabel, dass sich Ironside allein für Reza Khan entschieden und die britische Regierung nichts davon gewusst hatte. Die Absichten Ironsides stimmten genau mit dem britischen Programm im Iran überein. Abgesehen davon, bestätigte Reza Kahn später selbst, „dass die Engländer ihn an die Macht gebracht hatten.“<sup>28</sup>

Um die Macht in Teheran Reza Khan zu überlassen, forderte Ironside ihn am 12. Februar 1921 in einem letzten Gespräch auf, sich zu verpflichten, zwei Bedingungen zu erfüllen:

- a) den reibungslosen britischen Truppenabzug aus dem Iran zu garantieren
- b) für den Sturz Ahmad Schahs keine militärische Gewalt anzuwenden bzw. zuzulassen.

Nachdem Reza Khan dies versprochen hatte,<sup>29</sup> war der Weg für seinen Putsch am 21. Februar 1921 in Teheran frei. Ironside zufolge war die Installierung einer Militärdiktatur der beste Weg, den Ausbruch einer inneren Revolution im Iran zu verhindern.<sup>30</sup>

In der Zeit zwischen 1921 und 1925 pflegte Reza Khan gute Beziehungen zu Großbritannien. Er sprach mit der britischen Botschaft in Teheran über seine Politik und die Probleme im Land und bekam Empfehlungen, die er für die Durchsetzung seiner Politik nutzte. Für die Unterdrückung der iranischen Aufstände war die britische Botschaft eine gute Informationsquelle für Reza Khan gewesen,<sup>31</sup> bzw. stand die britische Botschaft in Teheran

---

<sup>24</sup> Ironside, 1972: 117, *The Diaries of Major General Sir Edmund Ironside: 1920-1922*.

<sup>25</sup> Ironside, 1972: 177-178, *The Diaries of Major General Sir Edmund Ironside: 1920-1922*. Siehe Makki, 1324/1946, *Die zwanzigjährige Geschichte des Irans / Daily Express*, April 1973

<sup>26</sup> Schahpour Reporter

<sup>27</sup> Siehe Fardust, 1373/1994: 151, *Entstehen und Zerfall der Pahlavi-Dynastie, die Memoiren ...*, Bd. 1.; Bullard, der britische Botschafter in Teheran zwischen 1941 und 1946, bezeichnete es als Unsinn, „Großbritannien hätte den Staatsstreich Reza Schahs vorbereitet.“ Siehe Bullard, 1964: 124, *The Camels must go*; vgl. Tabari 1356/1978: 56-57, *Iran in der Zeit Reza Schahs*.

<sup>28</sup> Kai Ostewan 1327/1948: 34, *Die These des negativen Gleichgewichtes in der Außenpolitik*, Bd.1.

<sup>29</sup> Ironside, 1972: 161, *The Diaries of Major General Sir Edmund Ironside: 1920-1922*.

<sup>30</sup> Ironside, 1972: 177-178, *The Diaries of Major General Sir Edmund Ironside: 1920-1922*.

<sup>31</sup> Für die Gespräche Reza Khans mit den Mitgliedern der britischen Botschaft in Teheran siehe Reza Khan: *Consular and Embassy Archives*, 1922, FO 248/1367/1988.; Lorraine an Curzon, 31. Jan. 1922, E 3074/6/34, FO 371/Persia-7804.; Für die Unterdrückung der Aufstände mit Hilfe Großbritanniens siehe Bericht Sandars von den Militärattachés der britischen Botschaft über sein Gespräch mit Reza Khan, E 6598/6/34, FO 371/Persia-7804.

Reza Khan für die militärischen Eingriffe zur Seite.<sup>32</sup> Außerdem informierten die Briten Reza Khan über die sowjetischen Tätigkeiten sowie die linken Organisationen im Iran und wie sie niedergeschlagen werden sollten.<sup>33</sup> Sir Percy Lorraine, britischer Botschafter in Teheran von Oktober 1921 bis Oktober 1926 versuchte, das Foreign Office dazu zu bewegen, Reza Khan soweit wie möglich zu unterstützen.<sup>34</sup> Die zentralistische Politik Reza Khans lag genau im Rahmen der britischen Interessen, wie es im Abkommen von 1919 zwischen dem Iran und Großbritannien vorgesehen war.<sup>35</sup> Lorraine schlug dem Foreign Office außerdem vor, die bisherige Politik, die Unterstützung der Nomadenführer in den verschiedenen Regionen, aufzugeben und eine starke Zentralmacht unter Führung Reza Khans im Iran zu unterstützen.<sup>36</sup> Zwischen Reza Khan und Großbritannien entwickelte sich eine Beziehung von „Geben und Nehmen“.

Allerdings versuchten die britische Regierung und ihr Botschafter in Teheran, in der Öffentlichkeit ihre freundliche Zusammenarbeit mit Reza Khan zu verbergen, um sowjetischer und iranischer Seite keinen Verdacht zu erregen. Die Persönlichkeit Reza Khans trug dazu bei, dass die sowjetische Regierung, die in dieser Zeit für die „Installierung einer leistungsfähigen zentralistischen Macht in Teheran“ auftrat,<sup>37</sup> die Unterstützung Reza Khans bevorzugte. Die sowjetische Regierung glaubte, dass eine fähige, mächtige und nationalistische Regierung in Teheran die Einflussnahme der britischen Regierung verhindern würde.<sup>38</sup>

Der sowjetische Botschafter in Teheran, Davitan, bekräftigte im Gespräch mit dem iranischen Politiker und Schriftsteller Bahar oft, dass „die sowjetische Regierung Reza Khan als Patrioten, Gegner des Fanatismus, Gegner des Aberglaubens und Gegner des britischen Einflusses einschätzte.“<sup>39</sup>

Die Geschicklichkeit Reza Khans und die Kontakte mit den sowjetfreundlichen Abgeordneten im vierten Majlis verstärkten den Glauben, dass er „als Führer der nationalistischen Bourgeoisie gegenüber dem Feudalismus“<sup>40</sup> auftrat. Es war die Ironie des

---

<sup>32</sup> Für die Unterdrückung der Aufstände mit der Unterstützung Großbritanniens siehe Bericht Sandars von den Militärattachés der britischen Botschaft über sein Gespräch mit Reza Khan, E 6598/6/34, E 6598/6/34, FO 371/Persia-7804.

<sup>33</sup> Lorraine an Curzon, 20. Feb. 1922, E 4712/6/34, FO 371/7805 sowie 20. May 1922, FO 371/Persia-7805.

<sup>34</sup> Siehe Erster Bericht von Lorraine über Reza Khan: 30. Jan. 1922, E 3074/6/34, FO 371/Persia-7804.

<sup>35</sup> Siehe Lorraine an Curzon, Teheran, 21. May 1923, E 6324, E 6353/77/34, FO 371/Persia-9024.

<sup>36</sup> Lorraine (Teheran) an Curzon, 4. Sep. 1922, E 10173/457/34, FO 371/Persia-9024.

<sup>37</sup> Der Brief Rothsteins, Theodor (der sowjetische Botschafter in Teheran) an Kutschek-Khan in: Makki, 1358/1979: 312-317, Die zwanzigjährige Geschichte Irans, Bd., 1.

<sup>38</sup> Für die sowjetische Politik gegenüber dem Iran siehe Fischer, 1930: 287-291/428-432, Soviets in World Affairs, A History of Revolutions between the Soviet Union and the rest of the World, II.

<sup>39</sup> *Mehr-e-iran*, Nr. 83, 1.1.1321/21.3.1942.

<sup>40</sup> Benab, 1974: 272ff, The Soviet union and Britain in Iran: 1917-27. A case Study of the Domestic Impact of East-West Rivalry.

Schicksals, dass beide Mächte (die Sowjetunion<sup>41</sup> und Großbritannien) in Reza Khan die geeignete Person sahen, die ihnen für die Eindämmung des Einflusses der anderen Seite unentbehrlich erschien.

Nach und nach wurde die Unterstützung Reza Khans zu einer Belastung Großbritanniens, denn die Zusammenarbeit war nicht immer reibungslos. Z.B. als Reza Khan am 22. Juni 1922 seine Armee für die Unterdrückung seiner Gegner in die Provinz Khusistan schickte, erlitt er aufgrund des britischen Widerstandes eine Niederlage.<sup>42</sup> Curzon teilte dem britischen Botschafter in Teheran mit, dass Reza Khan seine zentralistische Politik nicht bis zur Vernichtung der britischen Interessen im Iran verfolgen durfte. Er sollte wissen, dass er seine Ziele ohne die finanzielle Hilfe Großbritanniens nicht erreichen würde.<sup>43</sup>

Aber es gab für Großbritannien keine Alternative auf der politischen Bühne des Irans, denn der Sturz Reza Khans hätte entweder „eine dauerhafte unsichere iranische Krise“<sup>44</sup> oder die Vereinnahmung durch die Sowjetunion bedeutet. Daher bemühte sich Großbritannien, die Zusammenarbeit nicht in Gefahr zu bringen.

Reza Khan baute seine Herrschaft mit Zustimmung Großbritanniens und toleriert von den Sowjets weiter aus. Am 25. Oktober 1925 hatte Reza Khan dem britischen Botschafter in Teheran berichtet, dass er entschlossen sei, die Qajaran-Dynastie aufzulösen. Er befürchte, dass die britische Regierung Maßnahmen dagegen ergreifen würde. Der britische Botschafter hatte ihm Neutralität sowie freundliche Zusammenarbeit versichert.<sup>45</sup> Drei Tage später besuchte Reza Khan Lorraine, den britischen Botschafter in Teheran, um sich persönlich zu vergewissern. Er versprach, dass er nach der Lösung dieser Krise (Dynastie-Wechsel) die Interessen Großbritanniens ernsthaft ins Auge fassen würde.<sup>46</sup> Einen Tag später, am 29. Oktober 1925, legten die Anhänger Reza Khans im Parlament einen Gesetzentwurf vor, in dem die Abschaffung der Qajaran-Dynastie und die Ernennung Reza Khans zum neuen Schah vorgeschlagen wurde. Dies wurde am 12. Dezember 1925 durch das Parlament bestätigt.<sup>47</sup> Reza Schah, der sechzehn Jahre (1925-1941) an der Macht blieb, festigte seine Macht in allen Bereichen der Regierung, der Verwaltung sowie des Militärs. Die Regierung und das Parlament

---

<sup>41</sup> Iwanow zufolge hatte die Regierung Reza Schahs den Einfluss Großbritanniens in den iranischen Angelegenheiten eingeschränkt. Siehe Iwanow, 1977: 68, *Moderne Geschichte Irans*.

<sup>42</sup> Lorraine an Curzon, 22. Juli 1922, FO 371/Persia-7809.

<sup>43</sup> Curzon an Lorraine, 10. May 1923, E 4612/77/34, FO 371/Persia-9024.

<sup>44</sup> Siehe Lorraine an Curzon, May 1923, E 6928/77/34, FO 371/Persia-9024. Lorraine schreibt, wenn der Einfluss Reza Khans zerstört wird, wird die Zerteilung des Irans unvermeidbar.

<sup>45</sup> Lorraine an Chamberlain, 21. Okt. 1925, E 6473/77/34, FO 371/Persia-10840.

<sup>46</sup> Annual Report for the Year 1925, FO 371/Persia-11500, P. 152.

<sup>47</sup> Makki, 1358/1979: 440, *Die zwanzigjährige Geschichte des Irans*, Bd., 3.

brachte er in kürzester Zeit unter seine eigene Kontrolle und Aufsicht.<sup>48</sup> Er gab Befehle, missachtete die Verfassung, verwandelte das Parlament in ein Werkzeug zur Durchsetzung seines eigenen Willens,<sup>49</sup> und verbot die Parteien.<sup>50</sup> So konnte er sein Wirtschaftsprogramm durchsetzen.

Der ökonomische Plan Reza Schahs ermöglichte den europäischen Mächten den Aufbau einiger Fabriken mit Hilfe von iranischem Kapital. Dies bedeutete zugleich den Beginn eines aufgezwungenen Industrialisierungsprozesses, der sich nicht aus eigener Dynamik entwickelte, sondern von außen, mit Unterstützung des iranischen Staates, hervorgerufen worden war. Die iranische Industrie konnte selbst viele Produkte wie Zement, Leder, Waschmittel, Textilien, Zucker und Kosmetikprodukte herstellen.<sup>51</sup> Reza Schah ermöglichte den Fortschritt im Handel und in der Industrie.<sup>52</sup> Trotz aller Industrialisierungsbestrebungen des Regimes blieben jedoch die Strukturen des feudalistischen Systems weiter erhalten.<sup>53</sup> Die einzige Änderung, die sich ergab, war eine Änderung in der Form der Verwaltung. Die Anwesenheit des Militärs in den Dörfern als Vertreter des Staates ersetzte die traditionelle Gewaltherrschaft der Feudalherren.

In der Außenpolitik versuchte Reza Schah, die Kontakte mit den ausländischen Regierungen auszudehnen. So strebte er die Erweiterung der politischen Beziehungen zu den USA und mit dem Deutschen Reich an, um die Arbeit mit alternativen Mächten zu den Sowjets und Briten zu ermöglichen. Jedoch setzte er seine Kooperation mit Großbritannien weiter fort. Im Streit zwischen den iranischen und den ausländischen Regierungen übte er die Vermittlerrolle aus. Als z.B. die Meinungsunterschiede zwischen der iranischen und der englischen Regierung bezüglich des Erdöls im Jahre 1933 auftauchten,<sup>54</sup> legte er als Vermittler das Problem zugunsten Großbritanniens bei. Wie es schien, war die englische Regierung mit Reza Schah und seiner Arbeit im Iran bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges höchst zufrieden.

---

<sup>48</sup> Hedayat, 1984: 204, Memoiren und die Gefahren. M. Hedayat war von 1927 bis 1933 Ministerpräsident des Irans.

<sup>49</sup> Ravasani, 1978: 85, Iran; Entwicklung der Gesellschaft, der Wirtschaft und des Staates.

<sup>50</sup> Bullard, 1958: 388, The Middle East.

<sup>51</sup> *Der Nahe Osten*, Berlin 1942:22-30.

<sup>52</sup> Jami, 1357/1979:51, Die Vergangenheit ist das Licht der Zukunft

<sup>53</sup> Vgl. Woodward, 1971:23, British Foreign Policy in the Second World War, II.

<sup>54</sup> Fateh, 1956: 301, Fünfzig Jahre iranisches Erdöl.

### **III.2. Die britisch-iranischen Beziehungen vom Ausbruch des Zweiten Weltkrieges im Jahre 1939 bis zum britischen Einmarsch in den Iran im Jahre 1941**

Als am ersten September 1939 der deutsche Angriff auf Polen begann,<sup>55</sup> erklärte die iranische Regierung unter Leitung Jams am 2. September 1939 ihre Neutralität.<sup>56</sup> In einer Erklärung warnte der iranische Innenminister die ausländischen Mitbürger vor jeglicher Propagandatätigkeit, die diese Neutralität verletzen würde.<sup>57</sup> Der britischen Botschaft in Teheran wurde mitgeteilt, dass der Iran im Krieg neutral bleiben würde.<sup>58</sup> Die Neutralitätserklärung war, aus historischer Sicht betrachtet, ein Kennzeichen der persischen Mentalität, sich aus dem Krieg zwischen den europäischen Mächten herauszuhalten, um ihre Existenz zu bewahren. Die iranische Regierung blieb neutral, als der Ersten Weltkrieg ausbrach, obwohl die iranische Bevölkerung gegen dieser Neutralität war. Auch im Zweiten Weltkrieg blieb die iranische Regierung neutral. Laut des Berichts von Bullard aus Teheran unterstützte auch „die iranische Bevölkerung die Neutralitätspolitik des Schahs im Krieg.“<sup>59</sup> Der amerikanische Botschafter in Teheran sah in der Bewahrung der Neutralität eine schwierige Aufgabe für die iranische Politik. Iran musste eine gute Beziehung mit den Sowjets und Briten pflegen, um die Wiederholung der Erfahrung im Ersten Weltkrieg zu vermeiden,<sup>60</sup> denn im Ersten Weltkrieg führte die Neutralitätspolitik der iranischen Regierung zur Besetzung des Landes.

Die Neutralitätspolitik der iranischen Regierung in der Außenpolitik schien angemessen zu sein, denn beide Kriegsparteien (Großbritannien und Deutsches Reich), die von der Neutralitätspolitik der iranischen Regierung nicht überrascht waren,<sup>61</sup> begrüßten diese Entscheidung. Das deutsche Außenministerium analysierte, dass die Neutralität des Irans „aufgrund der Annäherung der Türkei und Frankreichs an Großbritannien aus politischen Gründen an Bedeutung gewonnen hatte,“<sup>62</sup> daher sollte man die iranische Politik unterstützen. Großbritannien sah in der Neutralität Irans die Stabilität der Lage im Orient.<sup>63</sup> Zum anderen war der Iran von beiden Kriegsparteien wirtschaftlich abhängig. Es schien, als ob die

---

<sup>55</sup> Siehe Tiler, 1362/1983, Die Wurzeln des Zweiten Weltkrieges; Deburin, 1369/1990: Die Geheimnisse des Zweiten Weltkrieges.

<sup>56</sup> *Ettela'at*, 11.6.1318/3.9.1939.; *Iran*, 11.6.1318/3.9.1939.

<sup>57</sup> Nejati, 1368/1989:246, Die Nationalisierungsbewegung der Erdölindustrie, Iran und Putsch 1953.

<sup>58</sup> Siehe Great Britain 1951: 531-532, British and Foreign States Papers, 1939, Vol. 143.; Am 2. Januar 1940 betonte der iranische Außenminister M. Alam die Neutralität des Irans im Krieg. In einem Brief forderte Alam den iranischen Botschafter in Moskau auf, „die sowjetischen Behörden vor der iranischen Neutralitätspolitik zu sichern.“ In: SAMI, das iranische Außenministerium an den iranischen Botschafter in Moskau, 11/11/1318 /2.1.1940.

<sup>59</sup> Bullard an FO, E 27150, 7.7.1941, FO 371/Persia-27230.

<sup>60</sup> FRUS, 1940, Bd. III, S. 623.

<sup>61</sup> Hirschfeld, 1980: 211, Deutschland und Iran im Spielfeld der Mächte.

<sup>62</sup> United States Government 1945-64: 355, Documents on German Foreign Policy, 1918-1945, Series D, VII.

Neutralitätspolitik der iranischen Regierung mit der Wirtschaftspolitik Reza Schahs abgestimmt war, denn der iranische Industrialisierungskurs benötigte die Waren vom Ausland. Die wirtschaftliche Anlehnung Irans an die Briten war vielfältig:

a) Die britische Regierung musste die Kosten der Erdöl-Royalties der AIOC (The Anglo Iranian Oil Company) an die iranische Regierung bezahlen, womit der Iran in der Lage war, seine Ankäufe von Kriegsmaterial und seine Wirtschaftspläne zu finanzieren.

b) Die britische Flotte am Persischen Golf kontrollierte die Schifffahrt. Mit diesen Kontrollmaßnahmen hatten die Briten die Möglichkeit, den Transport iranischer Waren über den Seeweg zu verhindern.

c) Die iranische Luftwaffe war bei der Lieferung von Ersatzteilen zum größten Teil von den Briten abhängig. Eine große Rolle spielten auch die im Iran lebenden Briten. Es lebten fast 2600 Briten im Iran.<sup>64</sup> Manche von ihnen besetzten dort wichtige Schlüsselfunktionen, wie zum Beispiel die Leitung der Flugzeugfabrik in Doschanteppeh (in der Nähe Teherans) oder die Leitung der Erdölfabriken im Südiran.

d) Der Iran exportierte nach Großbritannien und Britisch-Indien die Erdölprodukte, Wolle, Fell und getrocknete Früchte. Großbritannien lieferte in den Iran Metallprodukte, Lkws, Spielzeuge und Tee. Der iranische Import aus Großbritannien und Britisch-Indien betrug im Jahre 1933 142 Millionen Riyal. Im Jahre 1941 reduzierte sich dieser Betrag auf fast die Hälfte (112 Millionen Riyal). Nach der Besetzung erhöhte Großbritannien seine Exporte in den Iran.

Die komplexe Beziehung Irans zu Deutschland ist auch auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit zurückzuführen.<sup>65</sup> Nach der Etablierung der neuen Macht in Moskau im Jahre 1917 bemühte sich die britische Regierung, den wirtschaftlichen und politischen Einfluss der Sowjetunion im Iran durch europäische Mächte nicht zuletzt durch das Deutsche Reich einzudämmen. Aus dem gleichen Grund tolerierte die sowjetische Regierung den Eintritt von Deutschen in den wirtschaftlichen und politischen Iran. Dies kam traditionsgemäß den iranischen Wünschen entgegen, da der Iran den Einfluss einer Drittmacht im Iran begrüßte.

Wie Elahi zu Recht feststellte, bedeutete die Annäherungspolitik des Irans an das Deutsche Reich nicht die Befreiung des Landes von britischer und sowjetischer Abhängigkeit sondern vielmehr richteten sich die Bemühungen Irans gegen den starken Einfluss der

---

<sup>63</sup> Siehe Seymour an FO, E 7486/2126/34, 29. Okt. 1939, FO 371/Persia-23265.

<sup>64</sup> *Ettela'at*, 17.4.1320 /8.7.1941

<sup>65</sup> Mahrad 1979: 80-97, Die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen Iran und dem Nationalsozialistischen Deutschen Reich.; Vgl. Azghandi, 1978: 266, Die anglo-sowjetische Okkupation im Iran.

Sowjetunion.<sup>66</sup> Diese Bemühungen stimmten mit der Angst und Furcht Großbritanniens vor der Propagandatätigkeit der Sowjetunion überein und führten zu einer starken Annäherung der iranischen und britischen Regierung. Zur Stärkung dieser Politik unterstützte Großbritannien den deutschen Einfluss im Iran. Im Schreiben der sowjetischen Regierung am 15. Oktober 1926 wurde dies klar ausgedrückt: „Das Deutsche Reich erhöht seinen wirtschaftlichen Einfluss im Iran mit Hilfe Großbritanniens. (...) England versucht, das Deutsche Reich als Mittel gegen die Sowjetunion im Iran“ auszuspielen.<sup>67</sup>

Mit der Machtergreifung Hitlers 1933 änderte sich die britische Politik gegenüber dem Deutschen Reich nicht, vielmehr wurde nach dem Amtsantritt Chamberlains im Mai 1937 die deutschfreundliche Beziehung durch seine Appeasementpolitik verstärkt.<sup>68</sup> Chamberlain befürwortete die Erhöhung des deutschen Einflusses im britischen Imperium. Seiner Meinung nach konnte das Deutsche Reich seine Rohstoffe aus dem Iran beziehen,<sup>69</sup> dadurch konnte der sowjetische Einfluss zurückgedrängt<sup>70</sup> und die Erweiterungsgefahr des Kommunismus in Nahost und Indien verhindert werden.

Mit dem Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zum Deutschen Reich profitierte der Iran. Deutschland lieferte Industrieanlagen<sup>71</sup> an den Iran und war bereit, die iranischen Erzeugnisse in großem Umfang und zu verhältnismäßig hohen Preisen zu kaufen.

Im Jahre 1934 entfielen auf Deutschland 9% des gesamten iranischen Handelsvolumens, im Jahre 1939 39% und im Jahre 1941 mehr als 45%.<sup>72</sup> Das Deutsche Reich lieferte zwischen 1938 und 1941 ungefähr 90% der militärischen Ausrüstung und 80% der gesamten Industrieanlagen des Irans. Der Iran deckte 60% des Baumwoll- und 90% des Wollbedarfs des Deutschen Reiches.<sup>73</sup> Die Deutschen gründeten verschiedene Industrieanlagen wie Textil-, Papier-, Strom-, Waffen- und Glasindustrie. Sie setzten die Politik der Unterstützung der iranischen Industrie in der Kriegszeit bis zur Invasion im Jahre 1941 weiter fort. Deutschland rückte im Jahre 1938/1939 an die zweite Stelle im iranischen Außenhandel vor und lag im Jahre 1940/1941 sogar an erster Stelle des iranischen Außenhandels.<sup>74</sup>

---

<sup>66</sup> Elahi, 1978: 27, Die strategische Bedeutung des Irans während des Zweiten Weltkrieges; Diss.

<sup>67</sup> Ramazani, 1966: 280, Iran's Foreign Policy 1500-1941.

<sup>68</sup> Coates, 1953: 575-580, A History of Anglo-Soviet Relations 1919-1942, Bd. 1

<sup>69</sup> Coates, 1953: 575-580, A History of Anglo-Soviet Relations 1919-1942, Bd. 1

<sup>70</sup> Neville Chamberlain „schätzte die Sowjetunion gefährlicher als das Deutsche Reich ein.“ Siehe Gaddis, 1992: 22, The United State and the End of the Cold War.

<sup>71</sup> Die Industrieanlagen und deren Bestandteile wurden ausführlich bearbeitet in: Sadr-Nabawi, 1968:175-184, Die Wirtschaft des Iran während des Zweiten Weltkrieges, Diss. Heidelberg

<sup>72</sup> Dadurch nahm das Deutsche Reich den ersten, Großbritannien mit 17% den zweiten und die Sowjetunion mit 11% den dritten Platz ein.

<sup>73</sup> Lenczowski, 1949: 177, Russia an the West in Iran 1918-1948.

<sup>74</sup> Vgl. Hirschfeld, 1978: 421-445, Irans Bedeutung für die deutsche Kriegswirtschaft, in: „Jahrbuch des Instituts für die deutsche Geschichte“ B. 7, Israel, S. 421-445

Mit deutscher Unterstützung konnte Großbritannien den wirtschaftlichen Einfluss der Sowjetunion im Iran so massiv unterdrücken, dass der sowjetische Anteil am iranischen Außenhandel im Jahre 1941 eine unbedeutende Rolle spielte. Im Jahre 1941 tendierte der Warenaustausch zwischen dem Iran und der Sowjetunion gegen Null.<sup>75</sup> Der deutsche Erfolg ging aber nicht nur auf sowjetische sondern auch auf britische Kosten. Großbritannien rückte im iranischen Außenhandel vom zweiten auf den vierten Platz.

Mit dem Rückgang des britischen Anteils an der iranischen Wirtschaft, mit der deutschen Tschechoslowakei-Besetzung am 15. März 1939 sowie dem deutschen Angriff auf Polen am 1. September 1939 weigerte sich die britische Regierung, die Deutschen weiterhin im Iran zu unterstützen. Im Gegensatz dazu begannen die Sowjets diese Funktion zu übernehmen. Sie verstärkten ihre Unterstützung, nachdem sie einen Bündnisvertrag mit Berlin am 23. August 1939 unterzeichnet hatten. Die sowjetische Botschaft in Teheran vereinfachte den Transport iranischer Waren über die Sowjetunion nach Deutschland.

Unter dieser Voraussetzung konnte das Deutsche Reich seinen ersten Platz im iranischen Handel im Jahre 1940-1941 sichern. Es ist zu erwähnen, dass die Deutschen in der iranischen Öffentlichkeit ein hohes Ansehen genossen, was die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern vereinfachte. Die Deutschen waren als Unterstützer der Freiheitskämpfer im Iran bekannt. Die Erinnerungen an den deutschen Wasmus,<sup>76</sup> den Mitkämpfer Ali Delwaris, und an Kujak,<sup>77</sup> den Mitkämpfer Kutschek-Khans, waren lebendig. Dazu unterstützten die Deutschen die iranischen Nationalisten gegen die Briten und Sowjets im Ersten Weltkrieg. Als die iranische Regierung ihre Neutralität im Krieg erklärte, haben die iranischen Nationalisten eine Regierung unter Leitung von Nesam-Mafi in der Stadt Qum und danach in Kermanschah ausgerufen. Diese Regierung, die die breite Unterstützung innerhalb der iranischen Bevölkerung fand, wurde von Deutschen finanziell unterstützt. Diese Tat erhöhte das Ansehen und Prestige der Deutschen im Iran.

Außerdem war die iranische Presse voll des Lobs für die Deutschen.<sup>78</sup> So wurden die mentalen Gemeinsamkeiten mit den Deutschen hervorgehoben. Deutsche Parolen wurden mit

---

<sup>75</sup> Skrine, 1962: 76, World War in Iran.

<sup>76</sup> Wasmus war zunächst ein deutscher Konsul in der Stadt Buscher (1909-1911). Er half die iranischen Nationalisten gegen die britische Besetzung im Südiran im Jahre 1914. Siehe Sykes, K. 1948, Die Aktivitäten von Wasmus.

<sup>77</sup> Kujak war ein deutscher, der gemeinsam mit Kutschek-Khan gegen die iranische Zentralregierung im Nordiran im Jahre 1919-1921 kämpfte. Siehe Fachraii, 1357/1979: Sardar e Jangal.

<sup>78</sup> Siehe auch Mahrad, 1983: Die deutsche Pénétration Pacifique des iranischen Pressewesens 1909-1936.

dem arischen Ursprung der Perser in Verbindung gebracht.<sup>79</sup> Ein gutes Beispiel dafür lieferte die Zeitung *Iran-e-Bastan* (der antike Iran) unter Leitung von Seif-Azad<sup>80</sup>:

In einem Artikel, „Wieso wir besser sind“, wurde behauptet: „Das erfolgreiche Zeichen des arischen Ursprunges ist überall zu ehren, egal ob es auf der Kachel in der Schah-Moschee in Isfahan, am Eingangstor in Teheran, auf der deutschen Flagge oder als ein Schmuck auf dem Arm Hitlers zu sehen ist.“<sup>81</sup> „Wir (Iraner) wünschen von ganzem Herzen den Erfolg Hitlers und der deutschen Nation.“<sup>82</sup> Solche Propagandatätigkeiten beeinflussten die iranische Öffentlichkeit sehr stark und erleichterten die Zusammenarbeit der iranischen Regierung mit den Deutschen.

Nicht zuletzt unterhielt der Iran zur Sowjetunion wichtige Handelsbeziehungen. Die iranische Regierung hatte die Möglichkeit, Waren über die Sowjetunion nach Europa hin und zurück zu transportieren. Im Oktober 1931 importierte der Iran 33 Produkte aus der Sowjetunion, deckte 50% seines Textil-, 72% seines Zement-, 50% seines Waschmittel- und 76% seines Glasverbrauches aus der Sowjetunion.<sup>83</sup> Im gleichen Jahr exportierte der Iran 17% seiner Waren in die Sowjetunion.<sup>84</sup>

Die iranischen Unternehmer bevorzugten den Handel mit der Sowjetunion aus zweierlei Gründen:

1) Die geografische Nähe der nordiranischen Provinzen zu den sowjetischen Märkten bescherte den iranischen Unternehmern den Vorteil, ihre Waren in der Sowjetunion anbieten zu können.

2) Die fehlende Infrastruktur des Irans (wirtschaftlich-organisatorischer Unterbau einer Wirtschaftsstruktur wie z. B. Verkehrssystem und Warentransport), die zum fehlenden Binnenmarkt führte, zwang die iranischen Unternehmer, ihre Waren auf den sowjetischen Märkten sowie den über die Sowjetunion erreichbaren europäischen bzw. internationalen Märkten anzubieten.<sup>85</sup>

Daher entwickelten die Provinzen im Nordiran bessere wirtschaftliche Beziehungen mit der Sowjetunion als mit den anderen Teilen des Irans. Mehr als  $\frac{3}{4}$  der Waren, die in den Iran

---

<sup>79</sup> Siehe Zaker-Hosein 1370/1991: Die politische Presse des Iran in der Konstitutionsära.; Rauhani, A. 1375/1996: 151-152, Der Pressezustand in der Ära Reza Schahs, in: *fasl name e tarighi, siyasi, farhangi* 15. khurdad, 5. Jg. Nr. 21.; Tabatabaai, 1366/1987: Die historische Analyse der iranischen Presse.

<sup>80</sup> Seif-Azad und seine journalistische Betätigung aus deutscher Sicht siehe Mahrhad, 1983: 69ff, Die deutsche Pénétration Pacifique des iranischen Pressewesens 1909-1936.

<sup>81</sup> *Name-Iran-e-Bastan*, Nr. 35, 22.7.1312 /14.10.1933.

<sup>82</sup> *Name-Iran-e-Bastan*, Nr. 43, 27.8.1312/19.11.1933.; Siehe auch *Name-Iran-e-Bastan*, Nr. 28, 21.5.1312 /12.8.1933.

<sup>83</sup> Connolley, 1933: 67, Soviet Economic policy in the East.

<sup>84</sup> Connolley, 1933: 71, Soviet Economic policy in the East.

oder aus dem Iran importiert bzw. exportiert wurden, passierten die Sowjetunion.<sup>86</sup> Nicht übertrieben, beschreibt der sowjetische Botschafter in Teheran, Peterofski, im Oktober 1931 die einseitige Handelsbeziehung des Irans mit der Sowjetunion: „Der Iran besteht aus den nördlichen Regionen, die von der Sowjetunion abhängig sind. Die Produkte aus dem Nordiran können nur in den sowjetischen Markt geliefert werden. Wenn wir (die Sowjets) unsere Einkäufe einstellen, wird der Iran innerhalb eines Monats pleite gehen.“<sup>87</sup>

Außerdem war die iranische Regierung noch durch Artikel 6 des sowjetisch-iranischen Freundschaftsvertrags vom 26. Februar 1921<sup>88</sup> gebunden, in dem folgende Prämisse enthalten war:

„In dem Fall, da eine dritte Macht versuchen sollte, durch bewaffnete Intervention in Persien eine Usurpationspolitik zu verfolgen, oder sich des persischen Territoriums als Operationsbasis gegen Russland bedienen wollte, und in dem Fall, da ein Fremder die Grenzen der RSFSR (Sowjetunion) oder die ihrer Verbündeten bedrohen sollte,(...) hätte Russland das Recht, seine Truppen im Hinblick auf zu seiner Verteidigung notwendige militärische Operationen in das Innere des Landes vorrücken zu lassen. Jedoch verpflichtet sich Russland, seine Truppen vom persischen Territorium zurückzuziehen, sobald die Gefahr beschworen ist.“<sup>89</sup>

Dies enthielt für den Iran potenziell eine große Gefahr, denn der von den Sowjets abgeschlossene Bündnisvertrag vom 23. August 1939 mit den Deutschen ermöglichte, dass die Sowjets und die Deutschen gegen die Briten in den Südiran einmarschieren konnten. Nach dem Zustandekommen dieses Vertrages sahen die Iraner ihre Neutralität gefährdet und wendeten sich daher an die Briten. Sie formulierten vorsichtig, „ob die Briten bereit wären, als Absatzgebiet für iranische Waren und als Lieferant für die Industriewaren an Deutschlands Stelle zu treten.“<sup>90</sup> Die Briten lehnten es ab, und der iranische Annäherungsversuch schlug somit fehl. Die britische Weigerung beunruhigte die iranische Regierung, da ihre Sorge vor einer sowjetischen Invasion nicht gebannt war. Der iranische Außenminister sprach darüber mit dem amerikanischen Botschafter in Teheran. Der Botschafter berichtete nach Washington, dass die Sowjetunion nach einem geheimen Abkommen mit dem Deutschen Reich den Nordiran wieder

---

<sup>85</sup> Siehe Connolley, 1933: 13, Soviet Economic policy in the East.

<sup>86</sup> Vgl. Lenczowski, 1949: 93, Russia and the West in Iran 1918-1948.

<sup>87</sup> Lenczowski, 1952: 185, The Middle East in World Affairs. Die Sowjets waren sich der iranischen Abhängigkeit bewusst und nutzten sie als Druck gegen die iranische Regierung aus.

<sup>88</sup> 1959 kündigte der Iran den Vertrag von 1921, da er ihn als ungleich und als unvereinbar mit der UN-Charta empfand. Die Sowjetunion bestand aber nach wie vor auf seiner Gültigkeit. Dieser Vertrag wurde nach der iranischen Revolution von 1979 seitens des Irans annulliert. Die sowjetische Regierung leistete keinen Widerstand.

<sup>89</sup> Text in: Steppat, 1948: 53-55, Iran zwischen den Großmächten.

unter ihre Kontrolle bringen würde.<sup>91</sup> Die Zeitung *Ettela'at*<sup>92</sup> übersetzte am 17. Dezember 1939<sup>93</sup> einen Artikel aus der Kölnischen Zeitung vom 15. November 1939, in dem gefordert wurde, dass die Sowjetunion zum Persischen Golf vordringen und sich an die Stelle der Briten setzen müsste.

Der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges in Europa brachte zunächst keine größere Beeinträchtigung der Entwicklung der iranischen Wirtschaft: Der Iran nutzte sogar die bestehenden Feindseligkeiten zwischen den Kriegsparteien geschickt zum eigenen Vorteil aus. Die Neutralitätserklärung kam dem Iran auch zu Hilfe, denn der Iran konnte seine Güter nach Europa hin und zurück über alle Handelswege<sup>94</sup> transportieren. Daher konnte der Iran sogar in den ersten Kriegsjahren 1939-1941 einen positiven Saldo in der Handelsbilanz verbuchen.

Jedoch führten der Mangel an Transportmitteln, hohe Versicherungskosten und die Umstellung der Produktion der kriegsführenden Mächte zu einer Preissteigerung der iranischen Importwaren. Die Preissteigerung der Importwaren hatte wiederum Auswirkung auf die iranischen Exportwaren. Dieses Verhalten hatte negative Folgen für die iranische Bevölkerung,<sup>95</sup> da viele Importwaren wie Zucker, Getreide, Medikamente, chemische Materialien sowie Textil-Waren teurer wurden und somit direkt den Lebensunterhalt der Iraner betrafen. Diesem Problem begegnete die iranische Regierung mit einer drastischen Importrestriktion bei gleichzeitiger Exportförderung.<sup>96</sup>

Die Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion und die wirtschaftlichen Probleme im Iran brachten den antisowjetisch eingestellten Schah dazu, die wirtschaftliche und militärische Unterstützung Großbritanniens zu fordern und seinen deutschfreundlichen Kurs zu korrigieren. Als erste Reaktion entließ der Schah den Finanzminister M. Badar, der als deutschfreundlicher Minister bekannt war.

Der Premierminister Ali Mansur ging noch einen Schritt weiter und bot den Briten ein Militärbündnis an, um die sowjetische Invasions-Gefahr zu bannen. Der iranische Kriegsminister, General Nakhjevan, forderte die Briten am 31. Januar 1941 auf, dem Iran beim Kauf britischer Militärflugzeuge zu helfen, da der Iran diese Flugzeuge gegen die sowjetische Drohung benötigen würde. Der Minister erklärte, dass „die Zeit gekommen ist, in der zwei

---

<sup>90</sup> H. Seymour an Viscount Halifax, Teheran, 28.9.1939, in: F.O. 371/Persia- 23 256.

<sup>91</sup> FRUS, 1940, Bd. III, S. 625.

<sup>92</sup> - *Ettela'at* ist eine der ältesten und führenden Zeitungen des Irans, die noch heute besteht, und wird in allen wissenschaftlichen Arbeiten über den Iran als Quelle benutzt.

<sup>93</sup> *Ettela'at* 26.9.1318/17.12.1939.

<sup>94</sup> Die Handelswege waren: Der Seeweg über das Schwarze Meer, der Transitweg über Russland bis Mitteleuropa sowie der Weg über den Persischen Golf.

<sup>95</sup> Siehe *Ettela'at* 11.7.1320/ 19.10.1941, 26.7.1320/17.10.1941, 2.3.1322/24.6.1943, 27.12.1322/18.3.1944.

<sup>96</sup> Adli, 1960: 32, Außenhandel und Außenwirtschaft des Iran.

Länder (Iran und Großbritannien) ihre militärischen Entwürfe miteinander koordinieren, weil sie gemeinsame Interessen und gemeinsame Ziele haben.<sup>97</sup>

Die iranische Lage wurde im Kriegskabinet (War-Cabinet) und im Foreign Office analysiert.<sup>98</sup> Das War-Cabinet war gegen jegliches Militärbündnis mit dem Iran, denn ein Bündnis konnte die Konfrontation mit der Sowjetunion zur Folge haben. Diese Garantie wäre für Großbritannien sehr teuer geworden. Das War-Cabinet war der Ansicht, dass solange Großbritannien kein klares Ziel im Iran verfolgte, England den Iran nicht bräuchte.<sup>99</sup> Jedoch wurde zugegeben, dass der Iran und Großbritannien im Falle eines Krieges mit der Sowjetunion gemeinsame Interessen verfolgen könnten. Daher empfahl die britische Regierung die wirtschaftliche Unterstützung Irans.<sup>100</sup>

Nach der Zustimmung der britischen Regierung konnten die Iraner zum einen mit den Briten ein Abkommen über eine Anleihe in Höhe von 5 Millionen Pfund für den Ankauf von Waren in Großbritannien abschließen. Zum anderen gab Großbritannien Kriegsmaterial deutschen und tschechischen Ursprungs im Wert von ungefähr 1,5 Millionen Pfund frei, damit die Waren in den Iran verschifft werden konnten.<sup>101</sup>

Als Gegenleistung wurden die Deutschen im Iran intensiv überwacht. Die Deutschen erhielten den Befehl, die Ölregion Khusistan zu verlassen und nach Norden überzusiedeln.<sup>102</sup>

Bullard berichtet von „einer offen feindseligen Einstellung im Iran gegenüber allem, was deutsch ist.“<sup>103</sup>

Der Krieg verursachte ein weiteres Problem, das den Iran an empfindlicher Stelle getroffen hatte. Die AIOC (Anglo Iranian Oil Company) konnte aufgrund des Schiffmangels sowie der mangelnden Transportsicherheit wenig Erdöl exportieren. Infolgedessen reduzierte sich der iranische Gewinn von 3,300,000 Pfund im Jahre 1938 auf 2,770,000 Pfund im Jahre 1939. Der iranische Finanzminister kritisierte die AIOC in einem Schreiben vom 16. Juli 1940 und verlangte eine Entschädigung. Die AIOC leistete gegen die iranische Forderung keinen Widerstand und traf mit der iranischen Regierung am 21. August 1940 ein Abkommen, mit dem der Iran für die Jahre 1938 und 1939 1,550,000 Pfund und für die Jahre 1940 und 1941

---

<sup>97</sup> Bullard an FO, Telegram No. 29, E 573/573/34, 1. February 1940, FO 371/Persia-24581.

<sup>98</sup> War Cabinet conclusions, CAB 66/5, 35 (40), 7. February 1940.

<sup>99</sup> War Cabinet conclusions, CAB 66/5, W.P. 40 (66) COS (40) 242, 23. February 1940.

<sup>100</sup> Siehe die Notiz des Kriegsministeriums, 17. März 1940, E 1302/25/34, FO 371/Persia-25570.

<sup>101</sup> Hirschfeld, 1980: 233, Deutschland und Iran im Spielfeld der Mächte.

<sup>102</sup> Hirschfeld, 1980: 231-232, Deutschland und Iran im Spielfeld der Mächte.

<sup>103</sup> Bullard an FO, Deutsche Tätigkeit im Iran, 21. Feb. 1940, FO 371/Persia-24571.

eine Garantiezahlung in Höhe von 4,000,000 Pfund bekam. Jedoch bewertete London die iranische Forderung als „Erpressung des Schahs“<sup>104</sup>. London fürchtete aber,

a) dass der Schah die Erdölkonzession im Falle eines Widerstandes der AIOC annullieren würde und

b) dass dies der Sowjetunion und dem Deutschen Reich nutzen würde,<sup>105</sup> denn Spekulationen zufolge drängten die Deutschen und Sowjets die iranische Regierung, die Konzession aufzuheben und das Erdöl selbst mit Hilfe von sowjetischen sowie deutschen Experten zu fördern.<sup>106</sup>

Lord Halifax, der britische Außenminister, bewertete das Abkommen als provisorische Zustimmung der britischen Regierung, welches nach der Verstärkung der britischen Truppen in Nahost revidiert werden würde.<sup>107</sup> Für Großbritannien war das iranische Erdöl sehr wichtig, daher sollte jeder risikoreiche Angriff vermieden werden.

Trotz solcher Ärgernisse versuchte die britische Regierung den Iran gegenüber der Sowjetunion und dem Deutschen Reich zu unterstützen und wartete ab, wie sich der Krieg entwickelte. Sie wollte die Iraner zufrieden halten, um zu verhindern, dass der Iran zum Feind überließ. Die iranische Regierung versuchte bis zum 22. Juni 1941 im Rahmen ihrer Neutralität die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit den Briten auszubauen.

Obwohl die iranische Regierung ihren Kurs in der Außenpolitik zugunsten Großbritanniens änderte, nahm die britische Iranpolitik ab April 1941 eine offensive Gestalt an, was bis zum Sommer 1942 anhielt.

### **III.3. Die erste Phase der britischen Iranpolitik (die offensive Phase der britischen Iranpolitik von April 1941 bis Juni 1942)**

#### **III.3.1. Die britische Vorbereitung für den militärischen Einmarsch in den Iran am 25. August 1941**

Im April 1941 strebte Anthony Eden, der britische Außenminister, eine Annäherung der britischen Politik an die Sowjetunion an.<sup>108</sup> Danach übergab die englische Regierung der Sowjetunion Informationen über die Dislozierung der deutschen Armee und ihr sowjetisches

---

<sup>104</sup> Aschraf Pahlavi, die Tochter Reza Schahs, nennt diese Forderung des Schahs als Grund für seine Absetzung durch die Briten, Siehe Makki, Aschraf Pahlavi, Memoiren in: Makki, 1370/1990: 105-106, Die zwanzigjährige Geschichte des Irans, Bd. 8.

<sup>105</sup> Siehe Halifax an Schatzminister 26. Juli 1940, E 2288/64/34, FO 371/Persia-24573.

<sup>106</sup> Seymour an Ostabteilung, 20. Juli 1940, E 2288/64/34, FO 371/Persia-24573.

<sup>107</sup> Siehe 26. Juli 1940, E 2288/64/34, FO 371/Persia-24573.

<sup>108</sup> Eden, 1965: 264, Memoiren.; Vgl. Rezun, 1981: 356-357, The Soviet union and Iran.

Angriffsprogramm.<sup>109</sup> Drei Wochen vor dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion am 2. Juni 1941 forderte Eden den sowjetischen Botschafter in London, E. Maisky, zu einem Gespräch auf. In der Besprechung informierte Eden ihn über die Stationierung deutschen Truppen entlang der sowjetischen Grenze sowie die britischen Erfolge im Irak.<sup>110</sup> Tatsächlich konnte die britische Regierung einen von Deutschen unterstützten Aufstand im Irak (im Mai 1941) unter Leitung von Raschid-Ali Gilani nur mit Mühe niederschlagen.<sup>111</sup> Eden betonte in seinem Gespräch mit Maisky, dass die Deutschen versuchen würden, zwischen britischen und sowjetischen Interessen in Nahost Konflikte hervorzurufen. Ein gemeinsames Abkommen konnte diese Konflikte verhindern.<sup>112</sup>

Mit dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 bekamen die gemeinsamen Interessen der Sowjetunion und Großbritanniens ein neues Gesicht. Die Neuorientierung des Krieges führte zu einer Änderung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Iran und den Kriegsparteien. Die Neutralitätspolitik versetzte den Iran in eine kritische Lage. Die Iraner sahen, dass das Deutsche Reich ihren traditionellen Gegner ( d.h. die Sowjetunion) angegriffen hatte. Sie verbargen ihre Freude nicht und waren erleichtert, denn der deutsche Angriff würde die Sowjets vom Gedanken einer Invasion im Iran ablenken.<sup>113</sup> Der iranische Botschafter in London, M. Moghadam, teilte in einer Zusammenkunft mit R. Butler, Mitarbeiter des Foreign Offices, die Nachricht aus Teheran mit, dass seine Regierung über die neue Kriegswende außerordentlich erleichtert sei. Er selbst hoffte, dass die Sowjetunion in kleine Provinzen aufgeteilt werden würde. Er und alle Mitglieder der iranischen Gesandtschaft tanzten auf Zehenspitzen, als die Nachricht vom deutschen Angriff auf die Sowjetunion eintraf.<sup>114</sup>

Der iranische Ministerpräsident Ali Mansur brachte bei einer Zusammenkunft mit dem deutschen Botschafter in Teheran, Ettl, den Wunsch und die Hoffnung des iranischen Volkes zum Ausdruck, dass „die Deutschen siegen würden.“<sup>115</sup> Die Reaktion der iranischen Bevölkerung war dem Bericht der britischen Botschaft aus Teheran zufolge die gleiche.<sup>116</sup>

---

<sup>109</sup> Eden, 1965: 263, Memoiren.

<sup>110</sup> Eden, 1965: 266-267, Memoiren

<sup>111</sup> Siehe Azghandi, 1978: 220, Die anglo-sowjetische Okkupation im Iran.; Schneider, 1996: 127-140, Die britische Iranpolitik im Zweiten Weltkrieg, Bd. 1.

<sup>112</sup> Eden, 1965: 266-267, Memoiren

<sup>113</sup> Militärattaché (Teheran) an FO, 23.6. 1941, FO 371/Persia/1941-27150.

<sup>114</sup> R. Butler an FO, Notiz über das Gespräch mit dem iranischen Botschafter, 25. 6.1941, FO 371/Persia/1941-27150. Siehe auch Bericht des FO an Bullard, 30.6.1941, E 3514, FO, 371/Persia-27150.

<sup>115</sup> Hirschfeld, 1980: 266, Deutschland und Iran im Spielfeld der Mächte.

<sup>116</sup> Militärattaché (Teheran) an FO, 23. Juni 1941, FO 371/Persia/1941-27150.

Die iranische Presse drückte ihre Meinung aus Gründen der Neutralität und Zensur indirekt aber deutlich aus.<sup>117</sup> Es war eine nüchterne Reaktion der Iraner sowie der iranischen Regierung, denn die Briten wollten Hitler weiterhin bekämpfen. Nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage des Irans. Alle Handelswege des Irans wurden durch die Alliierten gesperrt.<sup>118</sup>

Die iranische Regierung beharrte aber auf ihrer Nichteinmischung im Krieg und informierte über diese Entscheidung am 26. Juni 1941.<sup>119</sup> Am gleichen Tag wurde der iranischen Regierung ein sowjetisches Schreiben überreicht. Darin wurde die Unzufriedenheit der Sowjetunion über die Zahl der Deutschen im Iran hervorgehoben.<sup>120</sup>

W. Churchill sprach in seiner Rede vom 22. Juni 1941: „Jeder Mann oder Staat, der den Kampf gegen das deutsche Reich weiterführt, kann auf unsere Hilfe rechnen. Jeder Mann oder Staat, der an Hitlers Seite marschiert, ist unser Feind. Das ist unsere Politik und das ist unsere Erklärung. Wir werden daher der Sowjetunion und dem russischen Volk jede Unterstützung geben, die in unserer Macht steht.“<sup>121</sup>

Nach dieser Erklärung bekam die materielle Hilfe an die Sowjetunion die höchste Priorität. Churchill zufolge: „Die enormen Schwierigkeiten, die sich dem Transport des Materials und Nachschubs aller Art für die Sowjetregierung über die arktische Route entgegenstellten, wie auch künftige strategische Möglichkeiten ließen die Schaffung einer wirklich leistungsfähigen Verbindung über Persien nach Russland höchst wünschenswert erscheinen.“<sup>122</sup>

Diese neue Kriegssituation bescherte der iranischen Regierung neue Probleme. Der Iran war nicht nur wegen seiner geo-strategischen Lage und wegen Indiens, sondern auch wegen der Erdölfelder im Südiran für Großbritannien wichtiger denn je.<sup>123</sup> Obwohl die Deutschen bis dato keine Sabotage im Iran vorgenommen und auf die Bewahrung der iranischen Neutralitätspolitik geachtet hatten, wurde die deutsche Gefahr im Iran hoch eingestuft.

---

<sup>117</sup> Die iranische Presse, wie die Zeitung *Ettela'at*, berichtete über jeden deutschen Fortschritt in der Sowjetunion. Siehe vor allem: *Ettela'at*; „Minsk“, 16.4.1320/7.7.1941; „Smolensk“, 17.4.1320/8.7.1941; „Riga und Odessa“, 19.4.1320/10.7.1941; „Wilna“, 20.4.1320/11.7.1941.

<sup>118</sup> Siehe Außenhandelsstatistiken des Irans in: Bulletin der Bank Markazi Iran, Nr. 13, Mehr 1341/1962, S. 96-97

<sup>119</sup> Elwell-Sutton, 1941: 187-188, *Modern Iran*

<sup>120</sup> Churchill, 1950: 393-394, *The Second World War*, III.

<sup>121</sup> Churchill, 1950: 336-338 *The Second World War*, III.

<sup>122</sup> Churchill, 1985: 551, *Der Zweite Weltkrieg*, 3. Aufl.. Churchill übertreibt in seinen Memoiren, denn nach der Besetzung Irans wurde nur 1/3 der Materialien über den Iran in die Sowjetunion transportiert. Siehe Jacobsen, 1961: 568, *Der Zweite Weltkrieg in Chronik und Dokumenten*, 1939-1945.

<sup>123</sup> Churchill, 1985: 551, *Der Zweite Weltkrieg*, 3. Aufl.; Vgl. Woodward, 1971:23, *British Foreign Policy in the Second World War*, II.

Am 30. Juni 1941 machte Anthony Eden dem iranischen Botschafter in London, M. Moqadam, klar, „dass die Zeit gekommen sei, die große Zahl von Deutschen, die im Iran arbeiteten, auszuweisen oder wenigstens ihre Anzahl wesentlich zu verringern.“<sup>124</sup> Nachdem Großbritannien den Druck auf die iranische Regierung verschärfte, veröffentlichte die Zeitung *Ettela'at* einen Artikel, in dem zugegeben wurde,

„dass 2590 Engländer, 390 Sowjetbürger, 690 Deutsche, 310 Italiener, 180 Tschechen, 70 Schweizer, 260 Griechen und 140 Jugoslawen“ im Iran leben.<sup>125</sup>

Die iranische Regierung schätzte die Zahl der Deutschen im Iran auf 690 Personen,<sup>126</sup> was mit den Angaben der deutschen Behörden übereinstimmte.<sup>127</sup> Die englische Zeitung *Times* jedoch vermutete eine Zahl zwischen 1000 und 5000 Personen.<sup>128</sup> Am 18. August 1941 korrigierte *Times* die Zahl der Deutschen im Iran auf 3000 Personen. Bullard schätzte die Zahl der Deutschen mit ihren Kindern und Frauen zwischen 2500 und 3000 ein.<sup>129</sup> Die Sowjets behaupteten, dass zwischen 5000 und 7000 Deutschen im Iran lebten, wohl vor allem aus Propagandazwecken.<sup>130</sup>

Es ist zu erwähnen, dass einige Deutsche und ihre irakischen Anhänger, darunter Raschid Ali, im Iran Zuflucht suchten, nachdem der Raschid-Ali-Aufstand im Irak durch die Briten am 3. Juni 1941 niedergeschlagen worden war. Einige Deutsche kamen in den Iran, nachdem das Deutsche Reich die Sowjetunion angegriffen hatte. Einige Deutsche waren Immigranten jüdischer Abstammung.<sup>131</sup> Trotzdem war die Gesamtzahl von Deutschen im Iran nicht so hoch, wie sowjetische und britische Behörden vermuteten.

Die Zahl der Deutschen entsprach in etwa dem, was die iranischen Behörden und Zeitungen bekannt gaben, denn die Briten konnten nur 468 Deutsche (mit Frauen und Kindern) ausfindig machen, als sie selbst nach der Besetzung Irans die gesamten Deutschen gefangen genommen oder aus dem Iran ausgewiesen hatten.<sup>132</sup>

Die Anzahl der Deutschen war der Anlass dafür, den Iran unter Druck zu setzen. Bullard schreibt in seinen Memoiren, „dass die Briten seit 1940 die iranische Regierung und Reza

---

<sup>124</sup> Hirschfeld, 1980: 269, Deutschland und Iran im Spielfeld der Mächte.

<sup>125</sup> *Ettela'at* 17.4.1320/ 8.7.1940.

<sup>126</sup> *Journal de Tehran* 9.6.1941.; Sajadi 1347/1968: 334-348, Als der Gründer der Palavi-Dynastie vorhatte, sich als König zurückzuziehen.

<sup>127</sup> Hirschfeld, 1980: 271, Deutschland und Iran im Spielfeld der Mächte / Vgl. FRUS, 1941, Bd. III, S. 383.

<sup>128</sup> *Times* 26. und 30. Juli 1941.

<sup>129</sup> Bullard (Teheran) an FO, 8. August 1941, E 4563/1682/34, FO 371/23264.

<sup>130</sup> FRUS, 1941, Bd. III, S. 394.; Stalin behauptete in seinem Treffen mit dem britischen Botschafter in Moskau, Cripps, dass 6000 bis 7000 Deutsche im Iran stationiert sind und glaubte, dass sie die Absicht haben, Sabotage in den Erdölfeldern in Baku und Südiran durchzuführen. Siehe Bericht Cripps an FO, 7.7.1941, E 3707, FO 371/Persia-27230.

<sup>131</sup> SAMI, 1374/1995: Die iranische Regierung und die deutsche Experte als Immigranten 1921-1940.

Schah wegen der Deutschen, die als fünfte Kolonne im Iran aktiv waren, gewarnt haben, (...) aber Reza Schah hat das Problem nicht ernst genommen.<sup>133</sup> Bullard begründete die Gleichgültigkeit der iranischen Regierung gegenüber der britischen Warnung mit der Furcht, die die iranische Regierung gegenüber dem Deutschen Reich hatte, insbesondere da die Sowjetunion als deutscher Komplize eingestuft wurde.<sup>134</sup> Der Schah sah dagegen in der Zahl der Deutschen ein Gleichgewicht zur Alliiertenzahl im Iran.

Die Briten fürchteten, dass die Deutschen mit Sabotagen in der iranischen Ölindustrie oder mit Bildung einer iranischen Regierung, die deutschfreundlich eingestellt war, die Erdölausfuhr stoppen und Großbritannien von der Zufuhr iranischen Öls abschneiden könnten, denn die iranische Öffentlichkeit war für einen Sturz des Schahs.<sup>135</sup>

Am 30. Juni 1941 signalisierte Maisky in einem Gespräch mit Eden die sowjetische Bereitschaft, über gemeinsame Interessen in Nahost zu reden. Stalin deutete in seinem Treffen mit dem britischen Botschafter in Moskau am 8. Juli 1941 sein Einverständnis über ein gemeinsames Vorgehen gegen Teheran an,<sup>136</sup> denn die hohe Zahl der Deutschen im Iran erhöhte die Wahrscheinlichkeit einer Sabotage in der Ölindustrie in Baku. Maisky wiederholte die Besorgnis Stalins in seinem Gespräch mit Eden am 10. Juli 1941 und schlug vor, den Iran durch ein Wirtschaftsembargo zu warnen.<sup>137</sup> Bullard aus Teheran vertrat ebenfalls die Meinung, dass die britische Regierung dem Iran mit einem Wirtschaftsembargo drohen müsste, anstelle jeglicher Militäraktionen.<sup>138</sup> Das Foreign Office favorisierte in dieser Phase eine politische Lösung bzw. die Ausweisung der Deutschen aus dem Iran. Die Sowjets stimmten diesem zu.<sup>139</sup> Nur die britisch-indische Regierung, die den deutschen Einfluss in Afghanistan fürchtete, war für eine militärische Besetzung des Irans.<sup>140</sup> Churchill glaubte, dass die Unfähigkeit des Schahs verhinderte, den deutschen Einfluss im Iran einzudämmen. Deswegen entschied er sich für die Besetzung. Unter seiner Leitung wurde ein entsprechender Entwurf vorbereitet.<sup>141</sup> Nach Ansicht des Foreign Office sollte die Besetzung Irans sowohl vom Norden als auch vom Süden her erfolgen.<sup>142</sup> Daher versuchte Cripps, der britische Botschafter in Moskau, die sowjetische Regierung von einer Militärintervention zu überzeugen. Cripps sprach

---

<sup>132</sup> Stewart, 1988: 217, *Sunrise at Abadan, The British and Soviet Invasion of Iran*.

<sup>133</sup> Bullard, 1961: 45-46, *The Camels must go.*; Die Zeitung *Afkar Khalgh*, die zur linken Strömung gehörte, schrieb im selben Sinn am 25.6.1320/16.9.1941.

<sup>134</sup> Bullard, 1961:222, *The Camels must Go*.

<sup>135</sup> Bullard an FO, 7. May 1941, E 20264234, FO 371/Persia-27149.

<sup>136</sup> Cripps (Moskau) an Eden, 8. Juli 1941, FO 371/N2527/78/38.

<sup>137</sup> Eden an Cripps, 10. Juli 1941, FO 371/N3760/78/38.

<sup>138</sup> Telegramm Bullard an FO, E 3840, 11.7.1941, FO 371/Persia-27151.

<sup>139</sup> Eden an Cripps, 14. Juli 1941, FO 371/Persia /3444/34.

<sup>140</sup> Indische Regierung an Minister der indischen Angelegenheiten, 31. Juli 1941, FO 371/Persia E4308/53/65

<sup>141</sup> Churchill, 1950: 423-424, *The Second World War*, III.

mit Molotow, dem sowjetischen Außenminister, davon, dass die sowjetische Regierung ihre militärische Intervention mit dem iranisch-sowjetischen Übereinkommen von 1921 rechtfertigen sollte.<sup>143</sup>

Am 28. Juli 1941 informierte der sowjetische Botschafter in London Eden, dass seine Regierung für einen gemeinsamen Militäreingriff gegen den Iran bereit wäre,<sup>144</sup> falls die iranische Regierung ihre Forderung ablehnen würde. Gleichzeitig warnte die sowjetische Regierung am 19. Juli und am 16. August 1941 die iranische Regierung vor dem deutschen Einfluss im Iran und der daraus resultierenden Gefahr für die Sowjetunion.<sup>145</sup> Die letzte Warnung der Sowjets wurde gemeinsam mit einem englischen Schreiben am 16. August 1941 der iranischen Regierung überreicht.<sup>146</sup> Darin wurde die Ausweisung der Deutschen aus dem Iran gefordert.<sup>147</sup> Jedoch wurde nicht erwähnt, dass im Falle einer iranischen Ablehnung eine militärische Intervention erfolgen würde.

Die sowjetische sowie die britische Regierung waren sich sicher, dass der Schah diesen Appell nicht befolgen würde, da die Ausweisung der Deutschen den Verzicht auf die Neutralitätspolitik und das iranische Industrieprogramm bedeutete. Außerdem rückten die Deutschen in der Sowjetunion militärisch vor, und Ettl, der deutsche Botschafter in Teheran, drohte, dass die Ausweisung der Deutschen den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit dem deutschen Reich bedeuten würde.<sup>148</sup> Ettl machte dem iranischen Ministerpräsidenten klar, dass das deutsche Reich die Sowjetunion bald besiegen und der iranische Widerstand in der zukünftigen Beziehung eine wichtige Rolle spielen würde.<sup>149</sup>

Es ergibt sich nun die Frage, warum der Schah und die iranische Regierung unter Ali Mansur, einem englischfreundlichen Minister, die Lage nicht ernst genommen hatten?

An dieser Stelle gibt es zwei unterschiedliche Meinungen:

1) Reza Schah selbst war für das Versäumnis verantwortlich. Er war zum einen deutschfreundlich eingestellt, daher wollte er Zeit gewinnen. Zum anderen war er sicher, dass die Weltöffentlichkeit und die USA nicht zulassen würden, dass die Briten den Iran besetzten.

---

<sup>142</sup> Eden an Cripps, , 19. Juli 1941, E3995, FO 371/Persia /3444/34.

<sup>143</sup> Cripps (Moskau) an Eden, 29. Juli 1941, E 4306, FO 371/Persia /3691/34.

<sup>144</sup> Vgl. Fabry, 1980: 38, Iran, die Sowjetunion und das kriegführende Deutschland im Sommer und Herbst 1940.

<sup>145</sup> Iwanow, 1977: 93-94, Moderne Geschichte Irans.

<sup>146</sup> Ali Mansur teilte dem Parlament mit, dass die sowjetische sowie die britische Regierung gemeinsam zwei Mal am 28.4.1320/19.7.1941 und 25.5.1320/16.8.1941 die iranischen Regierung gewarnt haben. Moayed-Amini 1321: 13-14, Vom 25. August bis 16. September 1941.

<sup>147</sup> CAB an Bullard (Teheran), 9.8.1941, E 4597, FO 371/Persia /1684/34.

<sup>148</sup> Bullard an Eden, Gespräch mit Ali Mansur (dem iranischen Ministerpräsidenten) 4. August 1941, FO 371/E 4428/42/34.

<sup>149</sup> United States Government 1945-64: 337, Documents on German Foreign Policy, 1918-1945, Series D, XII.

2) Die Schahanhänger wie A. Gholschahiyan, der Stellvertreter des iranischen Finanzministers im Mansur-Kabinett, machten den Ministerpräsidenten Mansur dafür verantwortlich, dass er den Schah nicht rechtzeitig über die Gefahren informiert hatte, und behauptete zum einen, „dass Reza Schah die Ausweisung der Deutschen befürwortete,“<sup>150</sup> nachdem die Briten und die Sowjets das Ultimatum abgegeben hatten. Zum anderen wollte das iranische Kabinett keine schriftliche Antwort geben, denn die Gefahr bestand, dass die Sowjets und die Briten im Brief einen Vorwand finden würden, um den Iran militärisch zu besetzen. Mansur jedoch war für die Abgabe einer Antwort. Er hatte bereits die vorbereitete Antwort in der Kabinettsitzung vorgelesen. Die Kabinettsmitglieder sprachen sich aber gegen die Antwort Mansurs aus. Mansur hatte „kühl reagiert und eingestanden, dass die Antwort mit der Einwilligung der britischen und sowjetischen Seite vorbereitet wurde.“<sup>151</sup> Auf diese Weise gab Gholschahiyan dem iranischen Ministerpräsidenten die Schuld an der Invasion der britischen und sowjetischen Regierung im Iran.

Dieses Argument stand aber auf wackeligen Füßen, denn wer mit der 16 jährigen autoritären Herrschaft Reza Schahs vertraut ist, weiß Bescheid, dass Reza Schah alle Regierungsangelegenheiten selbst geregelt und den Ministern keine Spielräume überlassen hatte. Es gab auch keine Anzeichen dafür, dass der Ministerpräsident gegen den Willen von Reza Schah handelte. Ferner gab es zwischen der iranischen und der britischen Regierung keine unterschiedlichen Meinungen in Bezug auf die Ausweisung von Deutschen aus dem Iran. Der Unterschied lag nur in der Ausführung der Ausweisung. Während der Iran auf der schrittweisen Reduzierung der Zahl von Deutschen bestanden hatte,<sup>152</sup> beharrte Großbritannien auf der schnellen Ausweisung von Deutschen.<sup>153</sup>

Die Briten stellten der iranischen Regierung kein Ultimatum, sondern sie warnten nur. Man gewann den Eindruck, dass sie hofften, dass die „iranische Regierung die Drohung nicht wahr machen sollte, um den Briten zu ermöglichen, den Iran zu besetzen.“<sup>154</sup> Die Briten brauchten für die Weltöffentlichkeit einen Anlass.

Der Wunsch der britischen Regierung war damals bekannt, wie die *New York Times* am 22. August 1941 berichtete, „dass die iranische Regierung ihre Forderung ablehnt und die

---

<sup>150</sup> Gholschahiyan, A. Scharivar 1320 ... die unveröffentlichten Notizen und Erinnerungen zit. n. Zaughy, 1368/1989: 32, Iran und die Großmächte im Zweiten Weltkrieg, 2. Aufl.

<sup>151</sup> Zaughy, 1368/1989: 32, Iran und die Großmächte im Zweiten Weltkrieg, 2. Aufl.

<sup>152</sup> Siehe E4036, 21.7.1941, FO371/Persia-27231.

<sup>153</sup> Der Brief Churchills an General Wavell, A. Feldmarschall, Oberbefehlshaber im Mittleren Osten und Indien, Vizekönig von Indien in: Churchill 1985:477, Die große Allianz

<sup>154</sup> Gholschahiyan, A. Scharivar 1320 ... die unveröffentlichten Notizen und Erinnerungen zit. n. Zaughy, 1368/1989: 32, Iran und die Großmächte im Zweiten Weltkrieg, 2. Aufl.

Deutschen nicht ausweist, damit sie (Sowjetunion und Großbritannien) mit gutem Gewissen den Iran unter militärische Gewalt bringen bzw. besetzen konnten.“

Auch der amerikanische Botschafter in Teheran, Dryfus, berichtete am 19. August 1941, „dass die Briten die Deutschen als ‚fünfte Kolonne‘ bezeichnen, um den Iran militärisch zu besetzen.“<sup>155</sup>

Das erste Zeichen der britischen Neuorientierung ließ sich aus dem Brief Amerys, dem Minister der Angelegenheiten Indiens, erkennen. Amery schreibt in seinem Brief an Lord Halifax, dass die Briten „mit den Sowjets über den Iran ein Abkommen treffen (müssen), genau wie Grey es im Jahre 1907 getan hatte. Wir müssen zulassen, dass die Sowjets im Nordiran ihre Absichten realisieren, wenn sie unsere Interessen in Südiran anerkennen.“<sup>156</sup> Für Halifax kam dieses Vorgehen nur in Betracht, wenn die Sowjets vor dem Kriegsende mit dem Deutschen Reich den Iran besetzen würden. In diesem Fall könnte Großbritannien ein Abkommen mit der Sowjetunion treffen, in dem die Sowjetunion nicht nach Süden, und Großbritannien nicht nach Norden einmarschieren sollte.<sup>157</sup> Ferner war Halifax unsicher, ob die Sowjets mit den Briten eine Zusammenarbeit eingehen würden. Außerdem forderte das Abkommen mit der Sowjetunion die Stationierung der britischen Armee im Iran. Diese war aus Kostengründen nicht erwünscht.

Die sowjetische Regierung reagierte auf die britischen Forderung erst positiv, nachdem das Deutsche Reich die Sowjetunion angegriffen hatte. Sie informierte am 28. Juli 1941 die britische Regierung über ihre Bereitschaft, gegen den Iran militärische oder andere Maßnahmen zu ergreifen.<sup>158</sup>

### **III.3.2. Von der Invasion im Iran am 25. August 1941 bis zum Dreimächtevertrag am 29. Januar 1942**

Bei Beginn der iranischen Besetzung im Jahre 1941 hatten nur wenige iranische Politiker wie Soheily<sup>159</sup> und Saéd<sup>160</sup> erraten, dass die Sowjets auf Einladung der Briten in den Iran einmarschierten. Allgemein waren weder die Absichten noch die Ziele der Sowjets und Briten bekannt. Offiziell wurde nur die Ausweisung von Deutschen als Grund für die Invasion

---

<sup>155</sup> Department of State 1964: XIII.

<sup>156</sup> Amery (Indien) an FO, E 2692/219/34, 23. Jul. 1940, FO 371/Persia-24580.

<sup>157</sup> Halifax an Amery (Indien), 1. August 1940, E2692/219/34, FO 371/Persia-24580.

<sup>158</sup> CAB 65/ 19, W.M. 75 412. 28.7.1941.

<sup>159</sup> Es ist anzunehmen, dass Soheily von den Briten und Saéd von den Sowjets davon erfuhren.

<sup>160</sup> Avrey, 1370/1991: 168, Modern Iran. Avrey meint, dass die Voraussage Saéds falsch sei. Aber die Veröffentlichung der britischen Akten zeigte, dass die Meinung Saéds korrekt war.

dargestellt. Daher blieb den iranischen Politikern nichts anderes übrig, als die historischen Ereignisse von beiden Ländern in Erinnerung zu rufen.

Das Bild der Russen im Iran war alles andere als positiv. Den Augen der Iraner war die traditionelle Bemühung Russlands, den Iran auszulöschen, nicht verborgen geblieben. Es war die russische Regierung, die sich gegen die konstitutionellen Revolutionäre gestellt und Mohammed Ali Schah (1906-1909) unterstützt hatte. Für die russische Regierung barg die Gefahr aus dem Iran zwei Seiten:

- a) Die Etablierung des konstitutionellen Systems im Iran konnte zu einer Modernisierung des Irans führen und
- b) die mentale Änderung der konstitutionellen Revolution konnte den Widerstand der asiatischen Völker in ihrem Territorium gegen die Zaren-Dynastie schüren. Nach dem Bericht der britischen Botschaft in Teheran am 6. September 1906 fürchtete der sowjetische Botschafter sich davor, dass das iranische Parlament Probleme im Kaukasus verursachen würde.<sup>161</sup>

Daher ging Moskau gegen die konstitutionelle Revolution im Iran hart vor. Am 23. Juni 1908 bombardierte der sowjetische Kommandant der Brigade Qusaq Liyakhov das erste iranische Majlis zu Gunsten des Schahs.<sup>162</sup> Viele Abgeordnete wurden verletzt oder getötet. Nur wenige konnten fliehen, die später verbannt wurden. Die Bombardierung des Majlis löste Proteste im ganzen Land aus. Der Kampf gegen den Schah ging im ganzen Iran weiter. Die russische Regierung, die den Sieg der Anhänger der Revolution gegen den Schah kommen sah, schickte Truppen in den Nordiran, um den iranischen Kampf gegen den Schah durchbrechen zu können. Sie besetzte den gesamten Nordiran, darunter die Städte Ansali, Qazvin, Meshhad und Täbris. Folter, öffentliche Hinrichtung, Mord und Ausbeutung standen auf der Tagesordnung. In Täbris richteten die Russen am 29. April 1909 ein Massaker an. In Meshhad bombardierten die Russen das Grab des 8. Imam der Schiiten, beuteten das wertvolle Eigentum des Imam aus und brachten die Pilger um. Diese Beleidigung führte nicht nur im Iran sondern in der ganzen islamischen Welt zu Protesten. Die russischen Soldaten im Iran wurden als Wilde und Kolonialisten bezeichnet.

Dagegen war das Bild der Briten im Iran positiv. Abgesehen von vielen Büchern, Reisetagebüchern und Memoiren, die Perser über die Vorteile des britischen Parlamentarismus geschrieben hatten, wurde die Anwesenheit der Briten als Schutz der konstitutionellen

---

<sup>161</sup> Daaf an Grey, Telegramm No. 234-235 von 6. und 7.9.1906 in FO Print, Confidential 8802, Persia 1906, IOR-L/P&S/ 20A.

Anhänger gegen den Despotismus gesehen. Es waren die Briten, die die Anhänger der Revolution unterstützten. Sie gaben den Revolutionären Mut. Die Anhänger der Revolution gingen zu Tausenden in die britische Botschaft in Teheran und organisierten dort ihren Kampf gegen Mohammed Ali Schah (1906-1909). Sie kochten in der britischen Botschaft und blieben mehrere Wochen lang. Der britische Botschafter nahm die Revolutionsanhänger in Schutz. In einem Brief protestierte die britische Botschaft gegen das Vorgehen des Schahs, die Demonstranten in der britischen Botschaft anzugreifen. Der Schah wurde aufgefordert, mit seiner Unterschrift die Sicherheit der iranischen Bevölkerung in der britischen Botschaft zu garantieren. In einem Schreiben der britischen Botschaft nach London am 6. September 1906 wurde davon gesprochen, dass das Ansehen und Prestige Großbritanniens aufgrund der Anwesenheit der iranischen Bevölkerung in der Botschaft rapide gestiegen sei.<sup>163</sup>

Die Briten waren Vertreter eines Vorbildlandes mit parlamentarischer Demokratie. Ihr Verhalten im Iran war weder hart noch wild.

Das positive Bild von den Briten im Gegensatz zu dem der Sowjets führte dazu, dass die iranische Regierung, vor allem der Schah, nach der Besetzung im Jahre 1941 den Schutz in der Zusammenarbeit mit den Briten suchte, um sich vor der sowjetischen Aggression zu sichern.

Entgegen den Erwartungen der iranischen Regierung jedoch gaben die Briten die Zwecke ihrer Besetzung auch kurz vor ihrem Einmarsch nicht preis, obwohl die iranische Regierung unter Leitung von Ministerpräsident Mansur die britische Regierung provozierte und andauernd beschuldigte, andere Ziele als die Ausweisung von Deutschen im Iran gehabt zu haben. Mansur, der von seinem Außenminister Aamery begleitet wurde, warf in einer Unterredung mit Bullard der britischen Regierung vor, dass sie weitreichendere Ziele verfolgen würde. Die iranischen Minister beklagten sich, dass die britische Regierung die iranischen Probleme in Bezug auf die deutsche Ausweisung ignorieren wollte.<sup>164</sup> Die Geheimhaltung der britischen Ziele im Iran ging nicht vom britischen Botschafter in Teheran aus, vielmehr ging sie auf den Wunsch der britischen Regierung zurück. Die britische Regierung forderte Bullard auf, die Ziele bis zum Einmarsch der britischen und russischen Truppen in den Iran geheim zu halten.<sup>165</sup> So informierte die britische Regierung erst zwei Tage vor der Invasion ihren Botschafter in Teheran über die Ziele des militärischen Angriffes:

- a) die Ausweisung der Deutschen

---

<sup>162</sup> Siehe memorandum of Information Received during the Month of June 1908, Relating to Affairs of Persia (Simla, 1. St. Juli, 1908), Fo Print: Persia 1908, IOR-L/P&S/20A.

<sup>163</sup> Daaf an Grey, Telegramm No. 234-235 von 6. und 7.9.1906 in FO Print, Confidential 8802, Persia 1906, IOR-L/P&S/ 20A.

<sup>164</sup> Bullard an FO, 16.8.1941, E 4712, FO 371/ Persia 2725.

b) die Kontrolle der iranischen Verkehrswege, insbesondere die Nutzung der iranischen Eisenbahnlinie

c) nicht zuletzt Eroberung und Schutz des iranischen Erdölgebietes in Khusistan und Naftschahr.

Am 25. August 1941 wurde der Iran durch die Invasion der britischen und sowjetischen Truppen überrascht.<sup>166</sup> "Die britischen Truppen besetzten die gesamte Küste des Persischen Golfes nebst Hinterland, die Rote Armee die Küste des Kaspischen Meeres und die Provinzen im äußersten Nordwesten und Nordosten Irans, Aserbaidschan und Nord-Khurasan. Zentraliran blieb frei. (...) Dadurch wurde in gewisser Hinsicht die Situation nach der britisch-russischen Entente vom 31. August 1907 wiederhergestellt."<sup>167</sup> Der iranischen Regierung wurden am Angriffstag sowohl von sowjetischer als auch von britischer Regierung zwei gleichgehaltene Schreiben überreicht. Die Sowjetunion sprach von der deutschen Gefahr gegen das sowjetische Territorium und rechtfertigte die Besetzung des Irans nach Artikel 6 des Freundschaftsvertrages von 1921.<sup>168</sup> Das britische Schreiben drückte die Bedrängnis durch die Deutschen aus, sprach aber gleichzeitig von der Anerkennung der iranischen Souveränität. Dies gab der iranischen Regierung die Sicherheit, dass Großbritannien keine dauerhafte Besetzung des Irans vorhatte, sondern sie als einen provisorischen Zustand betrachtete. Die britischen Truppen würden den Iran nach Beendigung der Krise verlassen.<sup>169</sup>

Am selben Tag empfing Reza Schah den sowjetischen und den britischen Botschafter und fragte: "Was wollt ihr?" Die Botschafter antworteten, die Ausweisung der Deutschen. Der Schah erklärte sich bereit, nicht nur die Deutschen aus dem Iran auszuweisen, sondern die politische Beziehung mit den Deutschen abubrechen, und bot an, mit den Alliierten ein Bündnis abzuschließen."<sup>170</sup> Reza Schah verlangte daraufhin den Rückzug der britischen und sowjetischen Truppen aus dem Iran. Der Versuch Reza Schahs, die Invasion rückgängig zu machen, hatte jedoch keinen Erfolg. Die Sowjets und die Briten blieben im Iran, und damit begann eine neue Phase der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den drei Ländern.

Die iranische Regierung gab aber die Hoffnung nicht auf, die Briten als Schutzschild gegen die Sowjets zu sehen. Der iranische Ministerpräsident beharrte im Gespräch mit Bullard darauf, dass der britische Botschafter mit Druck auf den sowjetischen Botschafter verhindern

---

<sup>165</sup> Siehe FO an Bullard, 23.8.1941, E 4537, FO 371/Persia-27208.

<sup>166</sup> Siehe *Ettela'at* 3.6.1320/25.8.1941.

<sup>167</sup> Steppat, 1948: 9, Iran zwischen den Großmächten.

<sup>168</sup> Siehe SAMI, Notiz der sowjetischen Regierung an die iranische Regierung am 3.6.1320/25.8.1941.

<sup>169</sup> Siehe SAMI, Notiz der britischen Regierung an die iranische Regierung am 3.6.1320/25.8.1941.

sollte, dass die Sowjets im Nordiran gewaltsame und bösartige Eingriffe vornähmen.<sup>171</sup> Bullard berichtete von der Erwartung der iranischen Regierung, die Briten sollten sich im Iran besser als die Sowjets verhalten.<sup>172</sup>

Zwei Tage später - nach der Besetzung des Irans - sprach der iranische Minister abermals mit Bullard und brachte seine Furcht vor der möglichen Besetzung Teherans durch die sowjetischen Truppen zum Ausdruck. Bullard antwortete, dass er über die sowjetischen Absichten nicht informiert sei, versuchte aber klarzustellen, dass es zwischen einer Besetzung Teherans durch die Sowjets im Jahre 1941 und der Besetzung durch die russischen Truppen zu Beginn des 20. Jahrhunderts grundsätzliche Unterschiede gäbe. Der Ministerpräsident und der Stellvertreter des iranischen Außenministers warnten vor der potenziellen Revolution aufgrund der bolschewistischen Propaganda. Daher referierten beide gemeinsam, dass die iranische Regierung bereit wäre, alle britischen Wünsche zu prüfen und ein sofortiges Bündnis abzuschließen, damit die Besetzung Teherans nicht erfolgen würde. Der Ministerpräsident betonte, dass die Bevölkerung in Teheran über die eventuelle Besetzung Teherans durch die sowjetischen Truppen erschrocken sei. Er würde versuchen, dass die antisowjetische Propaganda nicht in Umlauf gebracht würde.<sup>173</sup>

Die iranische Presse widerspiegelte die Angst der Bevölkerung: Die Bevölkerung war der Meinung, dass die Sowjets außer „Mord“ nichts anderes könnten. In Teheran war der Spruch im Umlauf, dass „jede Person, die auf der Hand keine Hautschwiele (als Zeichen der Arbeit) hat, von der Roten Armee umgebracht wird. (...) Die Bevölkerung in Teheran wünschte sich, dass die britische Armee so schnell wie möglich in Teheran ankommt.“<sup>174</sup>

Bullard telegraphierte einen Tag später an das Foreign Office und berichtete, dass die iranische Regierung die britische Unterstützung gegen die Sowjets wünschte. Bullard unterstrich, dass Großbritannien sehr aufmerksam auf diesen Punkt achten werde.<sup>175</sup>

Bullard sprach auch von der Furcht Reza Schahs, dass die Sowjets den Krieg gegen den Iran weiterführen und Teheran erobern würden. Er wisse nicht, was sein Land und ihn in diesem Fall erwartete.<sup>176</sup>

Die iranische Furcht vor dem sowjetischen Verhalten blieb dem Auge Churchills nicht verborgen. Churchill empfahl dem britischen Botschafter in Teheran die Besetzung Teherans

---

<sup>170</sup> Farrokh, 1348/1969: 466-467, politische Memoiren Farrokh.

<sup>171</sup> Bullard an FO, 25.8.1941, E 5005, FO 371/Persia-27205.

<sup>172</sup> Bullard an FO, 25.8.1941, E 5005, FO 371/Persia-27205.

<sup>173</sup> Bericht Bullard an FO, 27.8.1941, FO 371/Persia-27235.

<sup>174</sup> *Iran-e-ma*, Nr. 258, 11.8.1323/2.11.1944, „Keine Ausrede für die Reaktionäre“.

<sup>175</sup> Telegramm Bullard an FO, 28.8.1941, FO 371/Persia-27235.

<sup>176</sup> Bericht Bullard an FO, 28.8.1941, FO 371/Persia-27235.

durch die sowjetischen Truppen als Druckmittel auf die iranische Regierung zu nutzen, um „die Iraner zur Zustimmung britischer Ziele“ zu zwingen.<sup>177</sup>

Nach erfolgreichem Einmarsch sowie der Stabilisierung der Lage im Iran nahm die britische Regierung die Absetzung des Schahs vor, nachdem es sich für die Briten herausgestellt hatte, dass Arbeit nach ihrer Vorstellung mit Reza Schah unmöglich war.

### **III.3.3. Die Absetzung Reza Schahs**

Viele Autoren, die die Geschichte Irans in der Ära Reza Schahs behandeln, behaupten, dass Reza Schah wegen seiner prodeutschen Neigungen gezwungen wurde abzudanken.<sup>178</sup> Wie Hirschfeld zu Recht feststellte: „Aus der Geschichte der zwanzigjährigen Regierung Reza Schahs geht hervor, dass er nicht besonders deutsch-freundlich war, eine Annahme, die sich auch nicht aus britischen Dokumenten beweisen lässt.“<sup>179</sup>

„Im Gegenteil, die britischen Dokumente zeigen an, dass die Briten die große Unbeliebtheit Reza Schahs unter der iranischen Bevölkerung (...) fürchteten und glaubten, sie könne zu einer Belastung für sie werden.“<sup>180</sup>

Am 15. September 1941 berichtete Bullard dem Foreign Office über sein Treffen mit dem iranischen Außenminister. Der Minister sprach davon, dass die Mehrheit der Iraner glaubte, dass der Schah abgesetzt werden müsste. Bullard entgegnete dem Minister, wenn die Iraner so dächten, hätte Großbritannien nichts dagegen einzuwenden.<sup>181</sup>

Wie die englischen Dokumente, so vertritt auch Steppat die Ansicht, dass die Unbeliebtheit Reza Schahs zu seiner Abdankung führte.<sup>182</sup> Die Unpopularität des Schahs war der britischen Regierung schon längst bekannt. Reza Schah regierte seit 16 Jahren autoritär. Die Briten taten nun so, als ob sie dies plötzlich entdeckt hätten. Wenn Reza Schah die Wünsche Großbritanniens erfüllt hätte, hätte die britische Regierung ihn nicht gestürzt. Nun sollte die Kriegssituation den Briten dabei helfen, den Iran unter ihre direkte Kontrolle zu stellen.

---

<sup>177</sup> Churchill, 1985: 484, Die große Allianz.

<sup>178</sup> Iwanow, 1977: 43, Moderne Geschichte Irans.; Millspaugh, 1946: 38-42, Americans in Persia.; Behnoud, 1357/1979: 168, Von Seiyed Zia bis Bachtiyar.; Jami, 1355/1977: 60-70, Vergangenheit ist das Licht der Zukunft.; Dallin, 1945: 409, Soviet Russia's Foreign Policy (1939-1942), 4. Aufl.

<sup>179</sup> Hirschfeld, 1980: 293-294, Deutschland und Iran im Spielfeld der Mächte.

<sup>180</sup> Hirschfeld, 1980: 293-294, Deutschland und Iran im Spielfeld der Mächte.

<sup>181</sup> Bericht des britischen Botschafters an FO, 15.9.1941, FO371/Persia-27235.

<sup>182</sup> Steppat, 1948: 9, Iran zwischen den Großmächten. Auch Hirschfeld vertritt diese Meinung.

B.B.C. griff im September und Oktober 1941 Reza Schah scharf an.<sup>183</sup> Die englische Presse unterstützte diesen Angriff gegen Reza Schah. *Times* schrieb: "Die englische Regierung hat keine Angst, falls wegen des Regimewechsels vorübergehendes Chaos im Iran entsteht."<sup>184</sup> Gleichzeitig verlangten die Abgeordneten im iranischen Parlament, die von Reza Schah selbst ausgesucht worden waren, von Reza Schah am 15. September 1941 (einen Tag vor der offiziellen Abdankung Reza Schahs) politische Reformen. Die Abgeordneten, wie Ali Dashti, als britischfreundlich bekannt, attackierten Reza Schah nach seiner Abdankung am 16. September 1941, genau wie die Zeitung *Times* Reza Schah angriff. Merkwürdigerweise waren alle gemeinsam und gleichzeitig gegen Reza Schah aktiv geworden.

Nicht zuletzt sprach Churchill in der Sitzung des War-Cabinets davon, falls Reza Schah die britischen „Wünsche nicht erfüllt,“ würde sich die britische Regierung gegen ihn stellen.<sup>185</sup> Die Ziele der britischen Regierung waren:<sup>186</sup>

- a) die Besetzung Irans und die entstehenden Probleme durch die Alliierten in eine falsche Richtung zu leiten. So konnte sich die britische Regierung als Befreier in der iranischen Bevölkerung darstellen,<sup>187</sup> um ihre Besetzung zu legitimieren.
- b) Der Regimewechsel ermöglichte den alliierten Truppen, sich im Iran zu etablieren.
- c) Die Alliierten konnten mit ihrem militärischen Einsatz einem möglichen deutschfreundlichen Staatsstreich gegen Reza Schah zuvorkommen.
- d) Der Sturz Reza Schahs hatte höchste Zufriedenheit bei den Sowjets zur Folge.<sup>188</sup>
- e) Nicht zuletzt waren die Iraner froh, dass Reza Schah abgesetzt wurde. Mit der Absetzung von Reza Schah<sup>189</sup> konnte Großbritannien den Vorwurf in der iranischen Öffentlichkeit, die Herrschaft Reza Schahs unterstützt zu haben, relativieren. Das britische Ansehen stieg nach dieser Tat in der iranischen Gesellschaft an.

---

<sup>183</sup> Siehe Huschang-Mahdavi, 1372/1993: 10, Die iranische Revolution nach der Erzählung der B. B. C. (enghlab e iran be ravayat B. B. C. , Teheran; Siehe auch Bullard, 1992: 283, Private Briefe und geheime Berichte von Bullard.

<sup>184</sup> *Times* 14.9.1941.

<sup>185</sup> CAB 65/23 C.P. 89 412.

<sup>186</sup> Eine endgültige Beurteilung der britischen Politik gegenüber Reza Schah im August und September 1941 wird erst möglich sein, wenn die britischen Dokumente über diese Frage, die 100 Jahre verschlossen bleiben, zur Verfügung gestellt werden.

<sup>187</sup> Die linke Strömung wie die Tudeh-Partei glaubte, „dass die Besetzung des Irans den Sieg der iranischen Bevölkerung zur Folge hatte. (...) Die Ankunft der Roten Armee als Befreier änderte die politische Atmosphäre des Irans.“ Siehe Tabari, 1356/1978: 150, Iran in der Zeit Reza Schahs.; B.B.C. erklärte in ihrem persischen Programm; „die Öffentlichkeit im Iran glaubt, dass die Besetzung des Irans durch die Alliierten eine Wende in der iranischen Politik sowie die Realisierung der Konstitutionellen Verfassung zur Folge hatte.“ Siehe Bolton, 1941: 303-304, "The B.B.C. and Persia", in: *The Spectator*, 26.9.1941.

<sup>188</sup> Siehe Eden Notizen von seinem Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter in London, 12.9.1941, E5613/3326/34- F.O. 371/Persia-27214.

### III.3.4. Die Installierung des neuen Schahs (Mohammed Reza Schah 1941-1979)

Am 8. September 1941 (dreizehn Tage nach der Invasion im Iran) beschloss das Verteidigungskomitee des britischen Kriegskabinetts die Absetzung Reza Schahs. In der gleichen Sitzung schlug Amery, Minister der Indienangelegenheiten, vor, Mohammed-Hassan oder seinen Sohn Hamid von der Qajaran-Dynastie (1896-1925) als Nachfolger Reza Schahs an die Macht zu bringen. Nach der Zustimmung des britischen Außenministers Eden wurden Mohammed-Hassan und sein Sohn zum Essen mit Eden nach London eingeladen. Der britische Außenminister war von der Begegnung am 10. September 1941 begeistert und forderte Bullard in einem Telegramm auf, klarzustellen, ob die Wiedereinsetzung der Qajaran-Dynastie in der iranischen Gesellschaft akzeptabel sei.<sup>190</sup> Bullard war gegen die Wiedereinsetzung der alten iranischen Dynastie, da sie keine Sympathie innerhalb der iranischen Bevölkerung besaß. Ferner war Hamid mit iranischer Sitte und Tradition nicht vertraut, da er in England aufgewachsen war.

Britischen Dokumenten zufolge war die britische Regierung bis zum 8. September 1941 für den Erhalt Reza Schahs an der Macht.<sup>191</sup> Von diesem Tag an überlegte die britische Regierung ernsthaft eine mögliche Nachfolge Reza Schahs, denn die sofortige Ablösung des Schahs hätte den Ausbruch der Anarchie in der iranischen Verwaltung bedeutet. Die Briten benötigten in erster Linie die Unterstützung Reza Schahs.<sup>192</sup>

In einem Treffen mit dem sowjetischen Botschafter Esmirnow sprach Bullard von einer differenzierten Meinung der iranischen Bevölkerung. Laut Bullard variierte die iranische Auffassung zwischen den drei Söhnen Reza Schahs und einer Nachfolge aus der Qajaran-Dynastie. Bullard räumte ein, dass das größte Problem der unklare „Wunsch der Mehrheit der iranischen Bevölkerung“ war.<sup>193</sup>

Bullard bekam von Horace Seymour, Stellvertreter des britischen Außenministers in Mittelost-Angelegenheiten und ehemaliger Botschafter in Teheran (1936-1939), Rückendeckung. Seymour, der von Eden beauftragt wurde, sich mit Mohammed-Hassan und seinem Sohn zu treffen, um festzustellen, ob diese für die Nachfolge Reza Schahs geeignet

---

<sup>189</sup> Mit der Absetzung von Reza Schah wurde sein Modernisierungskurs abgebrochen. Siehe Samii, 1987: 46, *Involvement by Invitation: American Strategies of Containment in Iran*

<sup>190</sup> Eden an Bullard, Telegramm No. 682- 11.9.1941/ Lord Avon's Papers, Per. 41/23, FO 954/19A.

<sup>191</sup> Nach dem Bericht des Sohns des iranischen Ministerpräsidenten hat die britische Regierung am 1. September 1941 die Ablösung Reza Schahs als Vorbedingung für die Verhandlung mit der iranischen Regierung gestellt. Siehe die Memoiren von M. Furughis (Sohn des Ministerpräsidenten) : 133-137, in: Khameii, 1378/1999: 133-137, *Die unruhigen Jahre*, Bd. 2.

<sup>192</sup> Indischer Minister an indischen Regent, Telegramm 10874, 5.9.1941, E 5393, 3326/34, FO 371/Persia-27233.

<sup>193</sup> Bericht Bullard an FO, 10.9.1941, FO 371/Persia-27235.

seien, traf beide Kandidaten am 13. September 1941 in Veils. Er war darüber empört, dass Hamid kein Wort persisch konnte.

Einen Tag zuvor, am 12. September 1941, hatte I. Maisky, der sowjetische Botschafter in London, in einem Gespräch mit A. Eden darauf bestanden, dass seine Regierung in Moskau glaube, je früher Reza Schah gehe umso besser.<sup>194</sup> Die sowjetische Regierung war für den Ausruf einer Republik im Iran und schlug als ersten Präsidenten den iranischen Botschafter in Moskau, Saéd, vor.

Am 12. September 1941 informierte das Foreign Office Bullard über die Zusammenkunft zwischen Eden und Maisky. Maisky stimmte zu, dass der britische Botschafter in Teheran über die Bestimmung einer Nachfolge Reza Schahs mit der iranischen Regierung sprechen sollte.<sup>195</sup>

Bullard berichtete über die Meinung des iranischen Ministerpräsidenten Furughi, dass Reza Schah unerträglich geworden sei. Auch die Minister aus seinem Kabinett ließen ihn von der Unerträglichkeit des Schahs wissen. Bullard kam zu dem Schluss, dass die Briten auf die Meinung der iranischen Bevölkerung achten sollten, sonst würde sich die Feindschaft des iranischen Volkes gegen die Briten richten. „Die Feindschaft der iranischen Regierung würde die britische Arbeit im Iran verhindern,“<sup>196</sup> betonte der Botschafter.

Die sowjetische, die indische sowie die britische Regierung waren dafür, dass Reza Schah abgesetzt werden sollte.<sup>197</sup> Nur die Meinung der iranischen Nation war unklar. Ihr Widerstand konnte, wie Bullard aus Teheran berichtete, zu katastrophalen Folgen für die Besatzungsmächte im Iran führen, daher ging das englische Kabinett sorgfältig vor.

Bullard, der bis dato für die Erhaltung Reza Schahs an der Macht appelliert hatte, sprach von dem Glauben der iranischen Mehrheit, dass Reza Schah abgesetzt werden müsste. Für die Glaubhaftmachung seiner Feststellung berichtete Bullard von seinem Treffen mit dem iranischen Außenminister: „Wenn die Iraner denken, dass der Schah gehen müsste, würde sich die britische Regierung nicht einmischen.“ Der Außenminister glaubte, dass der Kronprinz (M. R. Pahlavi) der beste Kandidat gewesen sei.<sup>198</sup> Bullards Ansicht war jedoch, dass die britische Regierung aufgrund der Unpopularität des Kronprinzen diesem nicht zustimmen würde.

---

<sup>194</sup> Edens Notiz im Gespräch mit Maisky in London 12.9.1941 E 3613/3326/34, FO 371/Persia/27214.

<sup>195</sup> Telegram FO an Bullard, 12.9.1941, E 4791, FO 371/Persia-27233.

<sup>196</sup> Bullard an FO, 3.9.1941, FO 371/Persia/ 27235.

<sup>197</sup> Die britisch-indische Regierung setzte London unter Druck, Reza Schah abzusetzen, siehe Telegramm 4639, 30.8.1941, E 5203/3444, FO 371 Persia-27233.; Telegramm 4766, 6.9.1941, E 5393/3326, FO 371 Persia-27211, Telegramm 5004, 16.9.1941, E 5761/3326/34, FO 371 Persia-27217.

<sup>198</sup> Bericht Bullard an FO, 15.9.1941, FO 371/Persia-27235.

Bullard war selbst dafür, dass der Schah so schnell wie möglich ernannt werden müsste, da sonst das Land in die Anarchie übergehen würde.<sup>199</sup>

Das Foreign Office entschied sich für Schrittempo, um die iranische Öffentlichkeit darauf vorzubereiten. Wie aus dem Bericht des britischen Presseattachés in Teheran, Anne K. S. Lambton,<sup>200</sup> und aus der Notiz der orientalischen Abteilung des britischen Außenministeriums, I. Pink,<sup>201</sup> hervorging, wurde B.B.C. vom britischen Außenministerium aufgefordert, in seinen persischen Programmen Reza Schah direkt anzugreifen. B.B.C. sprach in seinen Programmen hauptsächlich von der Korruption des Schahs und nicht von seiner Zusammenarbeit mit den Deutschen. Die Briten wussten Bescheid, dass die Deutschen zum einen viel Sympathie innerhalb des iranischen Volkes genossen hatten.<sup>202</sup> Wie der britische Konsul im Iran berichtete, wartete jeder Iraner ohne Ausnahme mit Freude darauf, dass die Deutschen in näherer Zukunft im Kaukasus und dann in seiner Stadt einträfen.<sup>203</sup> Zum anderen war die Ausweisung der Deutschen für die Briten eine „sehr geringfügige Angelegenheit“<sup>204</sup> bzw. eine abgeschlossene Sache.

Die sowjetische Kritik konzentrierte sich dagegen auf die Person Reza Schahs und überwiegend auf seine Zusammenarbeit mit den Deutschen. Die Sowjets waren mit der Psychologie der iranischen Bevölkerung nicht vertraut.

Die massiven Attacken von B.B.C. trugen Früchte. Bullard war der Auffassung, dass die Ausstrahlung der B.B.C.-Programme in persischer Sprache eine wichtige bzw. entscheidende Rolle für den Rücktritt Reza Schahs gespielt hatte.<sup>205</sup> Am 15. September 1941 verabschiedete das Parlament einen Entwurf mit dem Inhalt, dass politische Reformen im Iran durchgeführt werden sollten.

Reza Schah forderte Bullard auf, dass B.B.C. die Angriffe gegen ihn einstellen sollte.<sup>206</sup> Die britische Regierung ignorierte den Wunsch Reza Schahs und forderte seinen Rücktritt, nachdem die englische Regierung das Land unter ihre Kontrolle gebracht hatte und keinen Widerstand von der iranischen Bevölkerung fürchtete. Aschraf Pahlavi, die Tochter Reza Schahs, schreibt in ihren Memoiren: „Die Briten hatten Angst, dass die iranische Bevölkerung gegen die Absetzung Reza Schahs protestierte und der Aufstand im Irak sich im Iran wiederholen würde. Wenn die iranische Nation Widerstand geleistet hätte, hätte die britische

---

<sup>199</sup> Bericht Bullard an FO, 15.9.1941, FO 371/Persia-27235.

<sup>200</sup> Lambton an Bullard, Bericht No. 17, 4.10.1941, E 2712/42/34, FO 371/Persia/27125.

<sup>201</sup> Notiz von Pink, 16.9.1941, E 5714/3326/34, FO 371/Persia/27216.

<sup>202</sup> Siehe *Ettela'at*, 19.6.1941.; Makki, 1370/1993:113, Die zwanzigjährige Geschichte des Irans, Bd. 8.

<sup>203</sup> Cook an Bullard, 28.9.1941, FO 371/Persia/27156.

<sup>204</sup> H. Seymour, Foreign Office Minutes, 26.7.1941, FO 371/Persia/27230.

<sup>205</sup> Bullard an FO, 15.9.1941, FO 371/Persia- 27235.

Regierung Reza Schah nicht abgesetzt. Aber keiner hat zu Gunsten Reza Schahs etwas gesprochen oder geschrieben.<sup>207</sup> Daher konnten die Briten mit gutem Gewissen Reza Schah zur Abdankung zwingen.

Zur Auswahl der Nachfolge Reza Schahs waren zwei Punkte für die britische Regierung entscheidend:

a) Die Akzeptanz des Nachfolgers durch die Mehrheit der iranischen Bevölkerung. Die Bedingungen erfüllte am besten der von der iranischen Verfassung bestimmte Kronprinz, M. R. Pahlavi.

b) Die Erfüllung der britischen Wünsche im Iran, damit sich die Briten auf den Krieg gegen das Deutsche Reich konzentrieren konnten.

Für die Erfüllung der britischen Vorstellungen wählte der Kronprinz seinen Vertrauten General Fardust für Verhandlungen mit den Briten aus. Fardust<sup>208</sup> schreibt in seinen Memoiren, dass er sich auf Befehl des Kronprinzen (M. R. Pahlavi) mit Trott, dem Geheimdienstchef in der britischen Botschaft in Teheran, getroffen hatte, um zu fragen, „was mit ihm (M. R. Pahlavi) geschieht.“<sup>209</sup> M. R. Pahlavi wollte wissen, unter welchen Bedingungen die britische Regierung ihn als Nachfolger Reza Schahs akzeptieren würde.<sup>210</sup> Fardust traf sich zwischen dem ersten und dem 15. September 1941 oft mit Trott. Bei seinem zweiten Treffen sagte Trott: „Es ist gut, dass „M. R. (Pahlavi) unsere (britischen) Vorschläge akzeptierte. (...) Aber die Sowjets sind gegen die Monarchie und für die Errichtung eines republikanischen Systems im Iran. Den Amerikanern ist das iranische Regierungssystem gleichgültig. (...) Jedoch neigen sie eher dem republikanischen System zu. Aber wir (die Briten) sind an der Monarchie interessiert. (...) Die Amerikaner wissen nicht, dass das republikanische System im Iran neue Probleme aufwirft.“<sup>211</sup>

Mit gleichem Inhalt spricht auch der Sohn von Ministerpräsidenten Furughi in seinen Memoiren: „Sein Vater verhandelte mit Esmirnow und Bullard 14 Tage lang. Die

---

<sup>206</sup> Bullard an Eden, jährlicher Bericht, No. 160/1941, 26.5.1942, E 3655/3655/34, IOR/L/P&S/3472A.

<sup>207</sup> Aschraf Pahlavi, Memoiren in: Makki. 1370/1991: 105-106, Die zwanzigjährige Geschichte des Irans, Bd. 8.

<sup>208</sup> Fardust, H, General, seit 52 Jahre Freund und Vertrauter des M. R. Schah Pahlavi, Geheimdienstchef, Chef der Sonderinformation, siehe seine Memoiren, Bd. 1, S. 646. CIA nannte Fardust als Verbindungsperson zwischen M. R. Schah und iranischen Militär- und Sicherheitsbehörden. M. R. Schah hatte gleichzeitig das Amt des Sonderinformation des Schahs und Assistent des iranischen Geheimdienstes SAVAK. Er überwachte die Tätigkeit der iranischen Regierungen. Siehe Documents from the U.S. Espionage, 1980: 51-52, (Dokumente von der amerikanischen Botschaft in Teheran im Jahre 1980), Bd. 1. Die amerikanische Botschaft in Teheran bewertete Fardust als „fähig, bescheiden, vertrauter des Schahs und ehrgeizig mit ‚organisierter Gedankenstruktur‘“. Siehe ebenda Seite 175-176.

<sup>209</sup> Fardust, 1373/1994: 101, Entstehen und Zerfall der Pahlavi-Dynastie, die Memoiren ..., Bd. 1.

<sup>210</sup> M. R. Pahlavi gab den Briten jede Garantie, Siehe Fardust, 1373/1994: 106, Entstehen und Zerfall der Pahlavi-Dynastie, die Memoiren, Bd. 1.

Besatzungsmächte bestanden am 1. September 1941 darauf, dass sie die Verhandlungen mit der iranischen Regierung nur nach der Abdankung Reza Schahs fortsetzen würden. Sie sprachen über die möglichen Kandidaten. Furughi lehnte alle Vorschläge der britischen und sowjetischen Botschafter mit der Begründung ab, dass diese gegen die iranische Verfassung und politische Konstellation des Irans gerichtet seien. Er warnte den britischen Botschafter verärgert davor, dass im Falle einer Realisierung dieser Vorschläge das Land ‚in die Hände von Kommunisten gehen würde‘. Diese Drohung konnte die Briten davon überzeugen, M. R. Pahlavi als Nachfolger Reza Schahs zu akzeptieren.<sup>212</sup>

Für Großbritannien verging die Zeit. Die britische Regierung musste das Nachfolgeproblem so schnell wie möglich lösen, bevor die Sowjets oder die Amerikaner anderes überlegten. Zum anderen entwickelte sich der Krieg zugunsten der Deutschen, und die britische Regierung konnte es sich nicht leisten, dass der Iran zum britischen Hauptproblem wurde. Sie war dafür, dass die Iraner selbst die innere Sicherheit wiederherstellen sollten. Ferner war Mohammed Reza Pahlavi bereit, das britische Anliegen im Iran zu unterstützen.<sup>213</sup>

Das britische Zögern hatte zwei Gründe:

Die britische Regierung benötigte Zeit, um die Eignung der anderen Kandidaten zu überprüfen, denn das Foreign Office war der Ansicht, dass der Kronprinz ‚innerhalb der iranischen Bevölkerung unpopulär‘ war.<sup>214</sup>

Mit dieser Verzögerung, wie Fardust zu Recht bewertete, wollten ‚die Briten M. R. Pahlavi zu verstehen geben, dass sie ihm deshalb zum Amt des Schahs verholfen hatten, damit er die britischen Erwartungen während seiner Regierungszeit erfüllen würde.‘<sup>215</sup>

Am 15. September 1941 teilte Trott Fardust mit, dass der Kronprinz ‚M. R. Pahlavi ohne Zögern ins Majlis gehen und vereidigt werden müsste.‘<sup>216</sup>

Am gleichen Tag ging Ministerpräsident Furughi ins Majlis und informierte die Abgeordneten inoffiziell, dass Reza Schah zugunsten seines Sohnes abdankte und schlug vor, dass das Parlament dem Nachfolger Mohammed Reza Pahlavi zustimmen sollte. Es brach eine heftige Debatte im Majlis aus. Einige Abgeordnete stellten die Legitimität der iranischen Herrschaft in Frage. Der Außenminister A. Soheily, dem die Furcht der Abgeordneten vor unklaren Absichten der Sowjets im Iran bewusst war, argumentierte, ‚wenn der Schah nicht

---

<sup>211</sup> Fardust, 1373/1994: 102, Entstehen und Zerfall der Pahlavi-Dynastie, die Memoiren ..., Bd. 1. Trott meinte damit den gescheiterten Versuch Reza Schahs zum Ausruf eines republikanischen Systems im Jahre 1924-1925.

<sup>212</sup> Memoiren Mohsen Furughi, S. 133-137.

<sup>213</sup> Fardust, 1373/1994: 106, Entstehen und Zerfall der Pahlavi-Dynastie, die Memoiren ..., Bd. 1.

<sup>214</sup> Bullard an FO, 15.9.1941, FO 371/Persia-27235.

<sup>215</sup> Fardust, 1373/1994: 106, Entstehen und Zerfall der Pahlavi-Dynastie, die Memoiren ..., Bd. 1.

<sup>216</sup> Fardust, 1373/1994: 104, Entstehen und Zerfall der Pahlavi-Dynastie, die Memoiren ..., Bd. 1.

gewählt wird, weiß man nicht, was mit dem Iran geschehen wird, da die sowjetische Armee bis zur Stadt Karaj (10 Kilometer von Teheran entfernt) vorgerückt ist.“<sup>217</sup> Mit dieser Überlegung konnte Soheily den Protest der Abgeordneten abbrechen und Mohammed Reza Pahlavi, der nach der iranischen Verfassung zum rechtmäßigen Nachfolger Reza Schahs bestimmt war, vom Majlis bestätigen lassen. Auf diese Weise konnte Großbritannien mit Hilfe des Kabinetts Furughis den Machtwechsel friedlich beeinflussen.

Einen Tag später, am 16. September, fand die Vereidigungszeremonie im Majlis statt. Mohammed Reza Pahlavi wurde als der neue Schah (1941-1979) vereidigt. Der neue Schah erklärte, den Freundschaftskurs mit den Alliierten fortzusetzen.

Großbritannien verbannte Reza Schah aus dem Iran.<sup>218</sup> Die Unpopularität Reza Schahs war nach seiner Verbannung von der politischen Bühne Irans bald in Vergessenheit geraten.

### **III.3.5. Kooperation mit der iranischen Regierung: Auf dem Weg zur Normalität mit dem Bündnisvertrag vom 29. Januar 1942**

Die Besetzung des Irans, die zur Abdankung Reza Schahs führte, bedeutete den Misserfolg bzw. die Niederlage der Neutralitätspolitik des Irans. Die iranische Regierung versuchte, sich von dieser Politik zu trennen und sich an die Seite der Alliierten zu stellen, da die iranische Regierung die Absichten der sowjetischen Regierung fürchtete, die versuchte, mit den Briten freundliche Kontakte zu pflegen. Obwohl Großbritannien und die Sowjetunion gemeinsam das Land besetzten, ging die iranische Regierung davon aus, dass diese Zusammenarbeit provisorischer Art war. Man dachte, dass bald die unterschiedlichen Interessen zur Auseinandersetzung führen würden, denn die Briten waren diejenigen, die einige Jahrzehnte versucht hatten, die Sowjets aus dem Iran fernzuhalten, daher hoffte die iranische Regierung auf eine gute Kooperation mit den Briten. Das erste Zeichen setzte der neue Schah (M. R. Schah) am 16. September 1941. Er erklärte in seiner Botschaft an die Militärberater der britischen Botschaft in Teheran seine Bereitschaft, mit den Briten zusammenzuarbeiten. Die Briten sollten ihm nur ihre Forderungen bekannt geben. Der neue Schah erwartete von Großbritannien, ihn gegen die Sowjets zu verteidigen. Der Schah stellte die Frage, ob die Iraner das Land selbst verwalten sollten oder die Briten mit Hilfe der Sowjets dies übernehmen würden.<sup>219</sup> Nach Ansicht Bullards sollte Großbritannien vermeiden, die iranische Verwaltung

---

<sup>217</sup> Makki, 1370/1991: 148-150, Die zwanzigjährige Geschichte des Irans, Bd. 8.

<sup>218</sup> Für die Verbanung und Tod Reza Schahs siehe Tuloui, 1373/1994: 451-470, Vater und Sohn.

<sup>219</sup> Bericht Bullard an FO, 16.9.1941, FO 371/Persia-27258.

in Teheran zu übernehmen, denn „die Gefahr besteht, dass die Politik und Verwaltung des ganzen Landes zu einer Last für Großbritannien würde.“<sup>220</sup>

Auch Churchill war der gleichen Meinung. In seinem Telegramm an Stalin sprach Churchill von möglichen Unruhen bei den iranischen Nomaden sowie einer Schwäche der iranischen Zentralregierung. Die Besatzungsmächte sollten die Iraner dazu zwingen, selbst die innere Sicherheit herzustellen. Dies sollte das „Hauptziel der Besatzungsmächte im Iran“ sein, damit die Besatzungsmächte den Krieg fortsetzen konnten.<sup>221</sup> Ferner sollte der Iran ein Hindernis gegen den deutschen Vormarsch in Richtung Orient aufbauen und der Sowjetunion die notwendige Hilfe in der Region am Kaspischen Meer zu Verfügung stellen.<sup>222</sup> In diesem Telegramm wies Churchill auch auf den nächsten Schritt hin: Die Unterzeichnung eines Vertrages zwischen Großbritannien, der Sowjetunion und dem Iran, um zu verhindern, dass die Ausweitung der inneren Unruhen des Irans zum Abbruch der Verbindungswege zur Sowjetunion führen könnte.<sup>223</sup> Mit diesen Hintergedanken wurde am 15. September 1941 Teheran besetzt. Die iranische Regierung verlangte, dass die britischen und die sowjetischen Truppen Teheran sofort verlassen sollten, um die Arbeit der iranischen Regierung zu ermöglichen. Die Briten äußerten den Wunsch, dass der Iran einen Bündnisvertrag mit der sowjetischen sowie der englischen Regierung abschließen sollte, um das Nachschubwesen in die Sowjetunion auf eine vertragliche Grundlage zu stellen.

Am 17. Oktober 1941 verließen die alliierten Truppen Teheran, und gleichzeitig wurde der iranischen Regierung ein Vertragsentwurf von den Briten überreicht. Die iranische Regierung übergab dem Parlament das korrigierte Konzept. Im Majlis waren einige Abgeordnete gegen die Unterzeichnung dieses Bündnisses. Furughi, der iranische Premierminister, verteidigte den Bündnisentwurf und argumentierte in der 17. Sitzung des Majlis: „Der Bündnisvertrag hat zwei Seiten, eine Seite, die zu Verwirrung und Besorgnis führte, wie die iranische Hilfe für das Nachschubwesen der Alliierten im Monat September 1941, ist schon vorbei. Für das, was geschehen ist, gab es keinen anderen Weg. Aber von der anderen Seite des Bündnisvertrages profitieren wir alle, da es sich um die Unabhängigkeit und die territoriale Souveränität des Irans handelt. Außerdem (sollen) die sowjetische und englische Regierung uns bei den wirtschaftlichen Schwierigkeiten als Folge des Krieges helfen.“<sup>224</sup>

---

<sup>220</sup> Bericht Bullard an FO, 16.9.1941, FO 371/Persia-27258.

<sup>221</sup> Telegram Churchill an Stalin, in: USA im Krieg, Churchill Memoiren, Bd. 4, S. 79.

<sup>222</sup> Telegram Churchill an Stalin, in: USA im Krieg, Churchill Memoiren, Bd. 4, S. 80-81.

<sup>223</sup> Telegram Churchill an Stalin, in: USA im Krieg, Churchill Memoiren, Bd. 4, S. 80-81.

<sup>224</sup> *Ettela'at* 16.8.1320 /7.11.1941.

Trotz Furughis Erklärung dauerte die Diskussion über den Vertragsentwurf im Parlament vier Monate an. Motive für die lange Debatte im Parlament waren:

- 1) Das Konzept wurde von einer der Besatzungsmächte (Großbritannien) vorgeschlagen. Die Abgeordneten waren gegenüber den britischen Absichten sehr misstrauisch, daher forderten sie eine genaue Untersuchung.
- 2) Die Sowjetunion war der andere Vertragspartner, der als unzuverlässiger Partner bekannt war. Aus damaliger iranischer Sicht war es die Sowjetunion, die mit falscher Auslegung des Freundschaftsvertrages von 1921 in den Iran einmarschiert war.<sup>225</sup>
- 3) Die Anfangserfolge der Deutschen im Krieg gaben den Abgeordneten im Parlament die Hoffnung auf einen möglichen deutschen Sieg, daher versuchten sie durch die lange Debatte Zeit zu gewinnen.

Am 26. Januar 1942 stimmte das Parlament unter Druck der britischen sowie sowjetischen Regierung dem Bündnisvertrag zu, der drei Tage nach der Zustimmung des Parlaments von den drei Regierungsvertretern (Iran, Großbritannien und Sowjetunion) in Teheran unterzeichnet wurde.<sup>226</sup>

Der Vertrag nahm auf die Atlantik-Charta von 14. August 1941 Bezug (Präambel) und verpflichtete die beiden Großmächte,

- a) den Iran gegen jeden Angriff zu verteidigen. (Art. 3, Abs. 1)
- b) die territoriale Integrität, Souveränität und politische Unabhängigkeit Irans zu achten (Art. 1) und in ihren Beziehungen mit den fremden Ländern keine Haltung einzunehmen, die die politische Unabhängigkeit Irans berührt, und keine Verträge zu schließen, die mit den Bestimmungen dieses Vertrages unvereinbar sind (Art. 6),
- c) die Streitkräfte der alliierten Mächte müssen sechs Monate nach der Beendigung des Krieges von iranischem Gebiet zurückgezogen werden (Art. 5),
- d) die wirtschaftliche Existenz des iranischen Volkes gegen Plünderungen und andere Schwierigkeiten zu schützen, die als Ergebnis des Krieges entstehen (Art. 7).

Dagegen verpflichtete sich der Iran,

- a) mit allen Mitteln und auf jede mögliche Weise mit den alliierten Mächten zusammenzuarbeiten (Art. 3, Abs. 2a),

---

<sup>225</sup> Damals war unbekannt, dass Eden die Sowjets davon überzeugt hatte, den Freundschaftsvertrag von 1921 als den Grund des Einmarsches in den Iran zu nutzen.

<sup>226</sup> Text des Bündnisvertrages in: AIA.

b) in Zusammenarbeit mit den alliierten Mächten die Zensurmaßnahmen (für die iranische Presse) zu treffen und aufrechtzuerhalten (Art. 3, Abs. 2d) und

c) in seinen Beziehungen mit den fremden Ländern keine Haltung einzunehmen oder in keine Verträge zu schließen, die mit den Bestimmungen dieses Vertrages unvereinbar sind (Art. 6).

Die Unterzeichnung des Freundschaftsvertrages mit den Besatzungsmächten am 29. Januar 1942 war ein Signal für die Wiederaufnahme der guten Beziehungen zwischen der englischen und iranischen Regierung. Mit dem Bündnisvertrag normalisierten beide Regierungen nach einem Schock für den Iran, der acht Monate andauerte, ihre Beziehung zueinander. So stellte Furughi die Besetzung des Irans auf eine vertragliche Basis. Die Besatzungsmächte respektierten die Unabhängigkeit des Irans und versprachen, ihre Truppen innerhalb von sechs Monaten nach Kriegsende abzuziehen. Dafür sollte sich die iranische Regierung faktisch für die Realisierung der alliierten Ziele im Krieg einsetzen.

Danach wurde ein Handelsvertrag zwischen beiden Ländern am 26. Mai 1942 unterzeichnet.

Ein weiteres britisches Programm war die Bekämpfung der deutschen Propaganda im Iran und die Beeinflussung der iranischen Öffentlichkeit zu ihren Gunsten. Die britische Regierung verstand es, durch Propagandatätigkeit die Öffentlichkeit in einem besetzten Land zu beeinflussen. Sie verbuchten einen ersten Erfolg, nachdem sie die Popularität Reza Schahs durch die Ausstrahlung des persischen Programms durch B.B.C. in Frage gestellt hatten. B.B.C. sprach außerdem von einer Rückkehr der Demokratie und erweckte bei den Iranern die Hoffnung auf die Etablierung eines parlamentarischen Systems nach der konstitutionellen Verfassung von 1906.

In den ersten Monaten des Jahres 1942 hatten die Briten ein Büro für Öffentlichkeitsarbeit in der britischen Botschaft in Teheran eingerichtet. Ziel dieser Einrichtung war die Erweiterung der britischen Propaganda im Iran durch verschiedene Mittel, wie z.B. die Veröffentlichung von Zeitungen, Zeitschriften und Büchern.

Für die Einflussnahme in der iranischen Öffentlichkeit unterstützten die Briten die Gründung von Parteien, die sich gegen die deutschen Faschisten einsetzten und britischfreundlich eingestellt waren. Die ersten Parteien waren:

- 1) die Tudeh-Partei
- 2) die Partei Hamrahan-e-Sozialist (Begleiter der Sozialisten).

Obwohl die Tudeh-Partei die deutschen Faschisten oft attackierte, distanzierte sie sich kurz nach der Gründung von den Briten. Daher versuchte die britische Regierung, die Partei Hamrahan zu unterstützen.<sup>227</sup> Diese Partei wurde von einem Mitglied der Anglo-Iranian Oil Company (AIOC), M. Fateh, gegründet. Fateh, der von der Tudeh-Partei enttäuscht war, versuchte mit der Bildung dieser neuen Partei, die iranischen Intellektuellen und insbesondere die Sozialisten an sich zu ziehen. Fateh hoffte darauf, dass die Mitglieder der Tudeh-Partei zu seiner Partei überwechseln würden. Das fehlende Programm sowie die fehlende Organisation führten jedoch zum Scheitern der Partei.

Die britische Regierung konnte auch bei der Durchsetzung ihres Hauptziels, der Lieferung von Materialien in die Sowjetunion, Erfolge erzielen. Sie gründete militärisch-kommerzielle Organisationen wie z. B. die Organisation Middle East Supply Centre (M.E.S.C.) für den Transport der Waren in die Sowjetunion. Die Briten bauten oder renovierten mehr als 6.000 km Straßen und mehr als 15 Flughäfen im Iran. Sie kontrollierten die iranische Eisenbahnlinie von der Hafenstadt Bandar-Schahpur am Persischen Golf bis nach Teheran und nutzten die iranischen Telegrafienlinien sowie alle iranischen Flughäfen. Für den Erhalt der iranischen Straßen, Flughäfen sowie den Warentransport in die Sowjetunion stellten die Briten mehr als 70.000 Iraner ein.<sup>228</sup> Um die Sicherheit der Straßen, Eisenbahn- und Telegrafienlinien gewährleisten und jeglicher Sabotage zuvorkommen zu können, verhandelten die Briten direkt mit den iranischen Nomadenchefs in den betroffenen Regionen. Sie zwangen die iranische Regierung, Verdächtige zu verhaften oder direkt den Briten zu überlassen.

Die Besetzung Irans war ein Schnitt, nicht nur die politische, sondern auch die wirtschaftliche Lage Irans betreffend. Der Außenhandel des Irans mit den Deutschen brach zusammen.<sup>229</sup> Sowjets und Briten stellten die alte wirtschaftliche Situation, wie sie vor dem Putsch Reza Khans im Jahre 1921 existiert hatte, wieder her. Die fehlende iranische Infrastruktur half ihnen dabei, denn die Zentralisierungspolitik Reza Schahs änderte die wirtschaftliche Spaltung des Irans aufgrund der geografischen Disharmonie kaum. Die Provinzen im Südiran und in der Mitte des Irans besaßen vorteilhaftere Verbindungsmöglichkeiten nach Großbritannien und Britisch-Indien als zum iranischen Binnenmarkt. Die Provinzen im Nordiran waren geografisch der Sowjetunion näher als den übrigen Provinzen des Irans. Auf diese Weise waren Großbritannien und die Sowjetunion die ökonomischen Gewinner der Invasion auf deutsche Kosten, denn der deutsche Anteil am

---

<sup>227</sup> Siehe Jami, 1355/1977: 139, Vergangenheit ist das Licht der Zukunft.

<sup>228</sup> Bullard an Eden, Bericht No. 121, 26.3.1943, E 2450/239/34, FO 371/Persia-35117.

iranischen Außenhandel sank nach der Invasion auf 1% des gesamten iranischen Außenhandels. Die Deutschen wurden fast ein Jahrzehnt von den iranischen Märkten ferngehalten.

Bis zum diesem Zeitpunkt hatte die offensive britische Iranpolitik hervorragend funktioniert. Man gewann den Eindruck, dass die Briten Herr der Lage waren. Die britische Regierung konnte ihr Programm im Iran reibungslos durchsetzen, welches folgende Inhalte hatte:

- 1) einen gemeinsamen militärischen Eingriff mit Hilfe des Feindes (der Sowjetunion),
- 2) die Vertreibung der Deutschen von der politischen sowie wirtschaftlichen Bühne des Irans,
- 3) den Einfluss auf die iranische Öffentlichkeit und die Absetzung Reza Schahs. Diese Aktion sicherte Großbritannien hohes Ansehen unter der iranischen Bevölkerung.
- 4) die Installierung des neuen Schahs an der Macht,
- 5) den Abschluss eines Bündnisvertrages mit dem Iran durch das Majlis, das die iranische Besetzung auf vertragliche Grundlagen stellte,
- 6) die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Bedingungen, wie sie vor dem Putsch Reza Khans im Jahre 1921 geherrscht hatten und
- 7) die Bestimmung über das iranische Kabinett.

Nicht übertrieben zog Bullard eine positive Bilanz der britischen Regierung im Iran: „Wir konnten eine Regierung im Iran an die Macht bringen, die den Dreimächtevertrag abgeschlossen hatte. Es wurde realisiert, was wir wünschten. (...) Wir müssen uns glücklich schätzen, da wir unter dieser Verwirrung und in diesem chaotischen Land mehr erreichten, als wir vorhatten.“<sup>230</sup>

Aber es war die eine Seite der Medaille. Je mehr die wirtschaftliche, militärische und politische Präsenz Großbritanniens im Iran offenbart wurde, desto mehr wandelte sich die Zufriedenheit der Iraner in Wut und Ärger über die Briten um. Dabei spielten zwei Faktoren eine gravierende Rolle:

- 1) die Hungersnot
- 2) die britische Einmischung in die iranische Verwaltung.

---

<sup>229</sup> Zur Wiederaufnahme der politischen und wirtschaftlichen Beziehung zwischen dem Iran und Deutschland siehe Mahrads, 1985: Die Außenpolitik Irans von 1950 bis 1954 und die Aufnahme der Beziehung Iran und Bundesrepublik Deutschland.

### **III.4. Die zweite Phase der britischen Iranpolitik ( die defensive Phase der britischen Iranpolitik)**

#### **III.4.1. Die Hungersnot**

Die Invasion hatte noch eine andere Seite: die Hungersnot, deren Schatten über die ganzen Besatzungsjahre fiel. Die Ursachen der Hungersnot waren: die Ankunft der Alliiertensoldaten, die ihren Lebensmittelbedarf im Iran gedeckt hatten, die schlechten Ernten in den Jahren 1941-1943, die Inflation sowie fehlende Transportmittel. Das Programm Furughis, des neuen Ministerpräsidenten nach der Besetzung des Irans, konnte dieses Problem nicht beheben. Es beinhaltete nur einige Versprechungen wie die Reduzierung der Steuer, die Rückführung des Landes zur Normalität, die Akzeptanz der Privatrechte und juristische Reformen, um das breite Spektrum verschiedener sozialer Gruppierungen im Iran zufrieden zu stellen.<sup>231</sup> Auch das Programm Soheilys, des Nachfolgers Furughis, unterschied sich nicht wesentlich, ebenfalls das Regierungskonzept Qavams im Jahre 1942. Zentrale Punkte waren: Die Wiederherstellung der inneren Sicherheit und Ordnung sowie die Aufhebung des Lebensmittelmangels.<sup>232</sup> Die Konzentration der Regierungsprogramme von Furughi bis Qavam auf die Hungersnot war auf die Proteste, die aus allen Städten des Landes zu hören waren und die sich in den Berichten der Regierungsbehörden widerspiegeln, zurückzuführen. Die erste Aktion gegen die Hungersnot fand in der Stadt Kermanschah statt. Am 28. Oktober 1941 versammelten sich die Einwohner der Stadt vor dem Polizeirevier. Nachdem die Verhandlung zwischen der Regierung und den Vertretern der Bevölkerung keinen Erfolg gebracht hatte, stürmte die wütende Bevölkerung die Polizeireviere. Nach Polizeiangaben versammelten sich „etwa zwei- bis dreitausend Einwohner der Stadt vor dem Polizeigebäude. Sie versuchten nach etwa zweistündigen erfolglosen Verhandlungen ins Gebäude einzudringen. Deshalb wurde geschossen, dabei eine Person getötet und zwei Personen verletzt.“<sup>233</sup> Der zweite Aufstand wurde einen Monat später in der Stadt Darab registriert. Dieses Mal wollte „die Bevölkerung nicht zulassen, dass die Weizenvorräte aus der Stadt abtransportiert werden. (...) Der Polizeichef antwortete mit Patronen.“<sup>234</sup> Beide Städte lagen in der britischen Besatzungszone.

Der Nordiran war von den Protesten im ersten Jahr verschont geblieben, nicht weil die Sowjets zur Vermeidung der Hungersnot etwas getan hatten, sondern weil der Nordiran das

---

<sup>230</sup> Bullard an Eden, Bericht No. 121, 26.3.1943, E 2450/239/34, FO371/Persia-35117.

<sup>231</sup> Khuhi Kermani, -: 116-117, vom August 1941 bis zur Katastrophe in Aserbaidschan und Janjan, Bd.1

<sup>232</sup> MM, 18.5.1321/21.8.1942. Die Rede Qavams im Majlis.

<sup>233</sup> SAMI, Innenministerium / die Polizeirevier, Kopie der Berichte der Polizeireviere, Nr. 4860, 6.8.1320/28.10.1941.

<sup>234</sup> SAMI, AIA, Ministerpräsidentenbüro an Finanzministerium / Innenministerium, Nr. 12912, 20.9.1320/11.12.1941.

Zentrum des Getreideanbaus für den ganzen Iran war. Im folgenden Jahr schlossen sich die Städte in der sowjetischen Besatzungszone den Protesten an, da die Sowjets das Getreide aus dem Nordiran in die Sowjetunion transportierten. Bald wurden Proteste in den Städten Rascht, Brujerd, Aschtian, Qazvin und Malayer, die in der sowjetischen Besatzungszone lagen, laut. Im Juli 1942 attackierten etwa „2000 Männer und Frauen in drei Gruppen die Karawansereien (die Getreidelager) sowie die Reisfabriken in der Stadt Rascht und plünderten alles, was sie in die Hände bekamen. Nach diesem Zusammenstoß zwischen der Polizei und der unkontrollierbaren Bevölkerung wurde das sowjetische Konsulat in Rascht um Hilfe gebeten. Mit Hilfe der sowjetischen Waffen konnte die Bevölkerung unterdrückt bzw. zerstreut werden.“<sup>235</sup> Einen Monat später, im August 1942, war die Stadt Brujerd Zeuge eines Aufstandes der Bevölkerung gegen den Brotmangel. „Die Einwohner stürmten mit einem exotischen Aufstand das Finanzamt, das Bürgerhaus und die Getreidesilos der Stadt und richteten größere Schäden an. Infolge des Aufstandes wurden einige Sicherheitskräfte sowie Einwohner verletzt und zwei Personen getötet.“<sup>236</sup> Sechs Tage später ging die Bevölkerung in der Stadt Ashtiyan auf die Straße, um gegen den Brotmangel zu protestieren. Die Gendarmerie reagierte schnell und nahm einige fest. „Die Einwohner zerstreuten sich und der Aufstand fand ein Ende.“<sup>237</sup>

Die Stadt Qazvin war die nächste Stadt, die im August 1942 den Aufstand erlebte. Die Einwohner der Stadt gingen ins Telegrafnamt, und ihre Vertreter setzten den Ministerpräsidenten in Teheran davon in Kenntnis. Der Grund für den Aufstand war „der Mehlmangel. Das Finanzamt weigerte sich, Mehl an die Bäckereien auszuliefern. Dies führte dazu, dass die Bäckereien geschlossen wurden und die hungrige Bevölkerung (...) die Läden der Stadt plünderte. Die Plünderung dauerte weiter an. Menschen und Dinge gerieten in Gefahr, und die Situation war unkontrollierbar.“<sup>238</sup> Obwohl die iranische Polizei darauf hinwies, dass der Aufstand mit Hilfe der sowjetischen Truppen unterdrückt worden war, forderte sie aus Teheran sofortige militärische Unterstützung.<sup>239</sup> Dies deutete darauf hin, dass die Regierungsbeamten in der Stadt einen weiteren Aufstand der Bevölkerung fürchteten.

Die nächste Stadt war Maschhad im Nordiran, die sich dem Protest anschloss, nachdem die iranische Zentralregierung beschlossen hatte, den Überschuss an vorhandenem Getreide in der Provinz nach Teheran abtransportieren zu lassen. Einige Händler warnten die iranische Regierung in einem Telegramm davor, „dass dieser Beschluss zu einer Hungersnot in der

---

<sup>235</sup> *Ettela'at*, die Beschreibung des Vorfalls in Rascht, Nr. 2939, 24.4.1321/15.7.1942.

<sup>236</sup> SAMI, Brujerd an Teheran, Telegram Nr. 157, 14.5.1321/5.8.1942.

<sup>237</sup> SAMI, Gendarmerie Ashtiyan an den Chef der Gendarmerie, Nr. 8595,RQ, 20.5.1321/11.8.1942.

<sup>238</sup> SAMI, Einwohner Qazvin an Ministerpräsidenten, Telegramm Nr. 7161-122, 7.6.1321/29.10.1942.

<sup>239</sup> SAMI, Qazvin an Teheran, Telegramm ohne Nr. , 7.6.1321/29.10.1942.

Provinz Khurasan führen und die Probleme der Zentralregierung vergrößern würde.<sup>240</sup> Am selben Tag brachte der Parlamentsabgeordnete der Stadt Bujnurd in einem Telegramm die Besorgnis der Einwohner zum Ausdruck. Er forderte die Regierung in Teheran auf, den Getreidetransport zu stoppen, sonst sei „die Gefahr einer Revolution in der Provinz Khurasan nicht abwendbar.“<sup>241</sup>

Der Aufstand in der Stadt Gholpayegan war umfassender. Die Bauern aus den verschiedenen Dörfern gingen in die Stadt, um auf ihr schwieriges wirtschaftliches Leben sowie den Brotmangel aufmerksam zu machen. Die Demonstration verlief nicht friedlich. „Für die Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung wurden die Sicherheitskräfte eingesetzt. Sie wurden gezwungen, die Waffen zu nutzen (... Kurz darauf) setzten etwa drei- bis viertausend Leute das Wirtschaftsamt in Feuer“.<sup>242</sup> So berichtete der Gouverneur der Stadt dem Innenministerium im September 1942. Von den Toten und Verletzten sprach er nicht. Auch in der Stadt Malayer ging die wütende Bevölkerung ins Telegrafenamt. Sie verließen das Telegrafenamt, nachdem der Ministerpräsident ihnen versprochen hatte, dass er 250 Tonnen Getreide zur Verfügung stellen würde.<sup>243</sup>

In der Stadt Arak dauerte der Aufstand der Bevölkerung fast sechs Monate, nämlich vom August 1942 bis Ende Februar 1943. Bereits im August 1942 beschrieb der Finanzminister in einem Brief an den Ministerpräsidenten die gespannte Lage und den eventuellen Aufstand der Bevölkerung und forderte Verstärkung durch die Militäreinheiten. In seiner Antwort sprach der Ministerpräsident von der Zusendung von Sicherheitskräften.<sup>244</sup> Einen Monat später ging der Aufstand in die nächste Phase. Ministerpräsident Qavam befahl, einige Beteiligte festzunehmen.<sup>245</sup> Wie die Regierungsbeamten auf den Aufstand reagierten, geht aus den Berichten nicht hervor. Die Zeitung *Ettela'at* berichtet in einer Ausgabe, dass aufgrund des Brotmangels die Läden in der Stadt geschlossen waren. Einige Menschen warteten im Telegrafenamt auf die Antwort aus Teheran.<sup>246</sup> Drei Tage danach versprach Schriedan, der amerikanische Berater im Lebensmittelamt, den Aufständischen, die Lage über den Getreideüberschuss zu untersuchen und die Verteilung des Weizens unter Aufsicht der

---

<sup>240</sup> SAMI, einige Einwohner der Provinz Khurasan an den Ministerpräsidenten, Telegramm Nr. 2045, 23.9.1321/14.12.1942.

<sup>241</sup> SAMI, Abgeordnete aus Bujnurd an Amir Taimur und die Parlamentsabgeordneten in Teheran, Kopie des Telegramms Nr. 46256/1905, 23.9.1321/14.12.1942.

<sup>242</sup> SAMI, Gouverneur Scharifi an den Innenminister, Telegramm ohne Datum und Nr. in: Umschlag Nr. 57, Album 119, die Dokumente des Innenministeriums, Serie A.

<sup>243</sup> *Ettela'at*, Nr. 5064, 8.9.1321/29.11.1942.

<sup>244</sup> SAMI, Ministerpräsident an Finanzminister, Nr. 14320, 13.7.1321/5.10.1942.

<sup>245</sup> SAMI, Ministerpräsident an Innenminister, Nr. 2119125, 8.11.1321/29.12.1942.

<sup>246</sup> *Ettela'at*, Nr. 5053, 25.8.1321/16.11.1942.

zuverlässigen Personen zu stellen.<sup>247</sup> Vier Monate später wiederholte sich der Aufstand, der aber nicht das große Ausmaß wie im November erreichte.<sup>248</sup> In der gleichen Zeit gab es auch in Täbris einen großen Aufstand. „Sie beklagten die Hungersnot und stürmten das Gebäude des Provinzleiters.“<sup>249</sup> Infolge dieses Aufstandes floh der zuständige amerikanische Spezialist des Lebensmittelamts nach Teheran. Dem Bericht der Justizkommission des Parlaments über die Lage in Täbris zufolge waren fehlende Transportmittel die Ursache der Hungersnot in Täbris und der daraus resultierenden Aufstände.<sup>250</sup> Es wurde aber nicht darauf hingedeutet, dass die Ursache der fehlenden Transportmittel auf den Alliierten-Bedarf zurückzuführen war.

Die Aufstände bzw. die Proteste gegen die Hungersnot wurden im Jahre 1943 weiter fortgesetzt.<sup>251</sup> Es wurden Berichte aus mindestens fünf Städten - Najafabad, Kermanschah, Janjan, Sanandaj und Täbris - registriert. Aus einem Schreiben des Ministerpräsidenten an das Lebensmittelministerium geht hervor, dass die Einwohner der Stadt Najafabad im Juni 1943 infolge eines Brotmangels demonstrierten und einige Läden plünderten. Der Ministerpräsident verlangte die Untersuchung der Situation sowie der Folgen dieses Aufstandes.<sup>252</sup> Einen Monat später protestierten die Einwohner der Stadt Täbris. „Die hungrige Bevölkerung von drei bis vier Stadteilen versammelte sich im Bürgerhaus. Frauen und Kinder, jung und alt, nackt und hungrig. (...) Sie schrien: Wir sind hungrig und wollen Brot.“<sup>253</sup> Die iranische sowie die sowjetische Armee unterdrückten gemeinsam die Demonstration. Der Protest der Einwohner der Stadt Kermanschah einen Monat später im August 1943 hatte die gleiche Ursache, den Brotmangel. Hier hatte das iranische Militär die Demonstranten zerstreut.<sup>254</sup> In der Stadt Janjan wurden ähnliche Töne laut. Einem Bericht der Polizei Janjans zufolge „stürmten die Einwohner der Stadt aufgrund des Brotmangels auf die Straßen. Die Läden wurden geschlossen. Es wird vermutet, dass dem Protest ein Aufstand folgte.“<sup>255</sup> Fast alle Berichte über die Hungersnot-Aufstände stammen aus Regierungsquellen. Man muss beachten, dass nur Berichte nach Teheran durchgesickert sind, in denen die Aufstände entweder blutig zu Ende gegangen waren oder die iranischen Behörden eine Verstärkung der Militäreinheiten in der Region wünschten,

---

<sup>247</sup> SAMI, Polizei Arak an Zentralpolizei in Teheran, Geheimtelegramm Nr. 1148, 28.8.1321/19.11.1942.

<sup>248</sup> SAMI, Polizei Arak an Teheran, Telegramm Nr. 819, 2.12.1321/21.2.1943.

<sup>249</sup> Jami, 1355/1977: 163, Vergangenheit ist das Licht der Zukunft.

<sup>250</sup> Jami, 1355/1977: 163, Vergangenheit ist das Licht der Zukunft.

<sup>251</sup> Als die Hungersnot im Jahre 1943 im Iran ihre Fühler überall ausstreckte, vertrat Dryfus die Meinung, dass eine Regierung an die Macht kommen sollte, in der Millspaugh die Rahmenbedingungen stellte, ein starker Ministerpräsident dies durchsetzte und ein Kriegsminister wie Amir Ahmady dies mit schnellen Strafen ausführte. Siehe SD 891.00, Teheran, 21.4.1943, z. n. Fawcett, 1992: 118, Iran und Cold war.

<sup>252</sup> SAMI, Ministerpräsident an Lebensmittelminister, Nr. 5647, 11.3.1322/2.6.1943.

<sup>253</sup> *Faryad*, Nr. 21, 22.4.1322 /14.7.1943.

<sup>254</sup> SAMI, Kermanschah an Teheran, Nr. 5693, 11.5.1322 /3.8.1943.

<sup>255</sup> SAMI, Seif, Nachfolger des Polizeichefs an Innenminister, Nr. 6603, 7584/1, 3.6.1322 /26.8.1943.

um gegen die Demonstranten gewaltsam vorgehen zu können. Es gibt keine offiziellen Angaben über friedliche Demonstrationen in Bezug auf die Hungersnot.

Die Programmlosigkeit der iranischen Regierung lieferte auch einen Grund für die vorhandene Hungersnot. Z. B. entdeckte Ministerpräsident Soheily plötzlich, dass „in Teheran nur für einen Tag Getreide vorhanden war.“<sup>256</sup> Auch die Regierungsbeamten waren nicht vorbereitet und verschlechterten sogar die Lage mit ihren Missetaten und dem schlechten Umgang mit den Bauern. Sie vergrößerten das Problem mit ihrer Fehleinschätzung des Lebensmittelbedarfs in den verschiedenen Regionen. Deswegen wurden die Lebensmittelprodukte nicht richtig in den Städten verteilt. Die Bauern verweigerten ihre Zusammenarbeit mit den Regierungsbeamten. Außerdem weigerte sich die Regierung oft, den Preis für das eingekaufte Getreide an die Bauern zu bezahlen. Die Gründe für die Hungersnöte lagen aber nicht nur bei der iranischen Regierung, obwohl sie oft dafür beschuldigt worden war, sondern auch bei den Besatzungsmächten. „Die Alliierten kauften ihre Lebensmittel im Iran am billigsten. (...) Die Sowjets transportierten Getreide und Reis vom Nordiran in die Sowjetunion. Die Briten kauften die Lebensmittel und deponierten sie in der Stadt Ahwaz,<sup>257</sup> obwohl die Alliierten ihre Lebensmittel nach Artikel sieben des Bündnisvertrages vom 29. Januar 1942 in den Iran importieren mussten. Dies führte zu einem Mangel an Lebensmitteln. Außerdem fehlte es an den notwendigen Transportmitteln, um das Getreide zu den bedürftigen Städten zu transportieren. Ein großer Teil dieser Transportmittel stand unter Kontrolle der Alliierten. Ein weiterer Grund war die Preisunterschiede zwischen den Lebensmittelprodukten auf dem Markt und dem offiziellen Preis, was dazu führte, dass die Hamsterer aus dieser Situation Kapital schlagen konnten.

Die britische Regierung setzte die iranische Regierung unter Druck, um Geld zu drucken. Das Geld war zur Deckung der Kosten der Besatzungsmächte im Iran gedacht. Der Wert der iranischen Währung reduzierte sich um 50%.<sup>258</sup> Dies führte zur Inflation<sup>259</sup> und zur Schwächung der iranischen Kaufkraft. Außerdem stellte Großbritannien die Zahlung von 60% aller Einkäufe aus dem Iran bis zum Kriegsende ein. Nach Einschätzung einer Iranerin war die Politik der Alliierten im Iran „ein militärischer Diebstahl“.<sup>260</sup>

Bullard selbst gab die Probleme zu. Er gestand ein, dass die Probleme infolge der britischen und sowjetischen Invasion jedes andere Land mit leistungsfähigen Institutionen hätte

---

<sup>256</sup> Azimi, 1989: 58, Iran the Crisis of Democracy 1941-1953, Diss.

<sup>257</sup> Avrey, 1370/1991: 243, Modern Iran.

<sup>258</sup> Siehe Bulletin der Bank Melli Iran, Nr. 54, Mehr-Aban, 1320/1941:279.

<sup>259</sup> Für eine Arbeit darüber siehe Elahi, 1978: Die strategische Bedeutung Irans während des Zweiten Weltkrieges.

<sup>260</sup> Katouzian, 1981:143, Political economy of Modern Iran 1926-1979

aus der Fassung bringen können. Die Briten sollten sich nicht wundern, wenn diese Probleme Angst und Furcht bei den Iranern auslösten und die britisch-iranischen Beziehungen negativ beeinflussen würden.<sup>261</sup> Die britischen Behörden räumten selbst ein, dass die „britische Botschaft in Teheran für die Versorgung der Sowjetunion jede abscheuliche Tat“ begeht.<sup>262</sup> Sie achteten nicht darauf, dass sie ihre Sympathie innerhalb der iranischen Bevölkerung aufs Spiel setzten.

Die Amerikaner machten die Briten für das fehlende Getreide im Iran verantwortlich und glaubten, dass Großbritannien mit der Versorgung der Sowjetunion übertrieb. Die Briten hatten für „die Erhöhung der sowjetischen Unterstützung“ das Verkehrssystem des Irans bis zur „Explosionsgefahr“ ausgelastet.<sup>263</sup> Die Amerikaner kritisierten die britische Regierung, da sie das Getreide, das für den Iran in Basra deponiert war, nicht in den Iran transportierten.<sup>264</sup> Das Foreign Office antwortete, dass „jede Tonne Getreide, die für den Verbrauch in den Iran transportiert wird, die Kapazität der iranischen Eisenbahn für die Lieferung lebenswichtiger Materialien in die Sowjetunion reduziert.“<sup>265</sup>

Die amerikanische Botschaft in Teheran beschrieb die britische Iranpolitik als „hart“.<sup>266</sup> Nicht nur der amerikanische, sondern auch der sowjetische Botschafter in Teheran kritisierte das Verhalten und die Politik Großbritanniens im Iran, was zum Ärger Bullards führte. Bullard war insbesondere darüber aufgebracht, dass die Amerikaner die Sowjets lobten.<sup>267</sup>

Trotz der Kritik änderte die britische Regierung ihr Verhalten im Iran nicht. C. W. Baxter, ein Beamter des Eastern Department des Foreign Office, notierte: „Ohne Zweifel werden wir (die Briten) unsere Politik, die Versorgung der Sowjetunion, nicht ändern. Daher werden die Warenengpässe im Iran andauern und der Hass und die Unpopularität der Briten (im Iran) weiterhin präsent bleiben.“<sup>268</sup> (...) Deswegen „gibt es Mangel im Iran und er bleibt weiterhin bestehen.“<sup>269</sup>

Die Versorgung der Sowjetunion war jedoch nicht der Grund für das harte Verhalten der Briten im Iran, sondern vielmehr nutzte die britische Regierung die vorhandene Hungersnot als

---

<sup>261</sup> Bullard an Eden, Bericht No. 121, 26.3.1943, E 2450/239/34, FO371/Persia-35117.

<sup>262</sup> Notiz Pink 5.3.1943, E 1279/82/34. FO 371/Persia-35096.

<sup>263</sup> Notiz der britischen Botschaft in Teheran „die Alliierten Politik im Iran“, 12.10.1943, E 5619/82/34, FO 371/Persia-35103.

<sup>264</sup> Notiz der amerikanischen Botschaft in London an das FO, 14.12.1942, E 7330/122/34, FO 371/Persia-31420.

<sup>265</sup> Notiz des FO an die sowjetische Botschaft in London, 4.1.1943, E 7330/122/34, FO 371/Persia-31420.

<sup>266</sup> Notiz der britischen Botschaft in Teheran: die Alliierten-Politik im Iran“, 12.10.1943, E 5619/82/34, FO 371/Persia-35103.

<sup>267</sup> Bullard an Eden, Geheimer Bericht, No. 170, 3.5.1943, E 2939/82/34, FO 371/Persia-35098.

<sup>268</sup> Notiz Baxter 8.3.1943, E 1279/82/34. FO 371/Persia-35096.

<sup>269</sup> Notiz von C.W. Baxter, 8. März 1943, E1279/82/34-FO 371/Persia/35096.

eine Waffe gegen die iranische Regierung für die Durchsetzung ihrer Ziele, z. B. für den weiteren Druck von iranischen Geldscheinen.

Die Briten machten in ihren Briefen an die Amerikaner die „korrupten und unfähigen Iraner für die Getreidemängel und Warenengpässe“ im Iran insbesondere in der britischen Einflusszone, verantwortlich,<sup>270</sup> obwohl sie selbst in ihrer Einflusszone das Getreide verteilten.<sup>271</sup>

### **III. 4.2. Die Einmischung in die iranische Verwaltung**

Die britische Regierung konnte bei der Auswahl des Kabinetts von Furughi im August 1941 bis zum Kabinett Mossadeghs im April 1951 mit Ausnahme der zweiten Amtszeit Qavams im Februar 1946 mitbestimmen. Bullard erklärte, wieso die Briten nicht selbst „den Iran erobert und verwaltet“ hatten.<sup>272</sup> Anscheinend hatte die britische Regierung sogar vorgehabt, den ganzen Iran selbst zu besetzen bzw. zu verwalten. Ein Telegramm Churchills an Stalin verstärkte diesen Eindruck: Churchill schlug vor, dass Großbritannien den ganzen Iran besetzen sollte, damit sich die Sowjetunion auf den Krieg gegen die Deutschen konzentrieren konnte.<sup>273</sup> Wenn Stalin dem zugestimmt hätte, hätte die britische Regierung die Möglichkeit gehabt, den ganzen Iran zu besetzen und den Vertrag von 1919 mit dem Iran zu erfüllen.

Obwohl die britische Regierung in der Lage gewesen war, eine volksfreundliche Regierung an die Macht zu bringen, entschied sie sich für die alten iranischen Regierungskreise, die unfähig waren, die iranischen Probleme zu lösen. Die Ohnmacht der iranischen Regierung lieferte den Briten wiederum die Rechtfertigung des Glaubens, dass die Unfähigkeit der iranischen Machthaber die britische Regierung dazu zwang, sich in die iranischen Angelegenheiten einzumischen. Bullard benannte die fehlende starke iranische Zentralregierung als Grund für den britischen Eingriff in die iranische Verwaltung, um den Schutz der britischen Interessen und Anlagen zu sichern.<sup>274</sup> Daher blieb die iranische Struktur erhalten, und Reformen stagnierten. Eine Schlüsselrolle kam Bullard zu, der zwischen 1941 und 1946 britischer Botschafter in Teheran war. Er, dessen Verhalten mit der britisch-indischen Schule dicht verflochten war, war ein Vertreter der klassisch-traditionellen konservativen

---

<sup>270</sup> Siehe die Briefe S. M. Petersons, des Stellvertreters des britischen Außenministers, an Matthews, H. Freemann, (an amerikanische Botschaft in London), Nr. E1796/888 und E4590/888, 26. März und 14. August 1942, E6154/3655/ 34- FO 371/Persia-1942-31443.

<sup>271</sup> Siehe Kai Ostewan, 1327/1948: 234, Die These des negativen Gleichgewichtes in der Außenpolitik, Bd. 1.

<sup>272</sup> Bullard an Eden, Bericht No. 121, 26.3.1943, E 2450/239/34, FO371/Persia-35117.

<sup>273</sup> Siehe Churchill, W.S. : 80-81, Churchill Memoiren, America in War, Bd. 4.

<sup>274</sup> Siehe Bullard an Eden, Geheimer Bericht No. 248, 10.6.1944, E 3597/155/35, FO371/Persia-40181.; für die Gründe der Einmischung in die iranischen Verwaltung in der britischen Einflusszone siehe auch Bullard an Eden, Bericht No. 127, 20.3.1944, E 2135/189/34, IOR. L/P&S/12/3472 A.

Politik Großbritanniens. Diese konservative Haltung verhinderte die Akzeptanz jeglicher politischen und wirtschaftlichen Reform im Iran und war mitverantwortlich für den Verlust der britischen Interessen im Iran.

Nicht nur bei der Zusammensetzung des Kabinetts mischte sich die britische Regierung ein, sondern auch bei der iranischen Verwaltung in den besetzten Gebieten. Nach dem Bericht des iranischen Gouverneurs ernannten die Briten eigenmächtig mehr als 10 iranische Bezirksverwalter. Diese Bezirksverwalter „arbeiten direkt mit dem britischen Konsulat und mit den britischen Beratern zusammen. (...) Sie zerstören die Herrschaft der iranischen Regierung in der Region. Ein iranischer Bezirksverwalter, der durch die iranische Regierung von seinem Amt entlassen wurde, bekam sein Amt durch das britische Konsulat zurück, obwohl der Bezirksverwalter Bestechungsgelder angenommen hatte.“ Auch der Provinzleiter arbeitete nach dem Willen des britischen Oberst. „Wenn ein iranischer Beamter den britischen Forderungen nicht nachgibt, wird er sofort aus seinem Amt versetzt oder entlassen. (...) In der fünften Provinz (Kermanschah) werden alle staatlichen Angelegenheiten durch den britischen Berater geregelt, und die Provinzleiter und die anderen Amtsinhaber dürfen ohne den Willen der britischen Behörde nichts machen.“<sup>275</sup> Der britische Militärberater in der Stadt Kermanschah gab einem Nomadenchef die Sicherheitsgarantie, wenn „er und seine Nomaden ein ruhiges Verhalten aufweisen, würden die Alliierten und die iranische Regierung ihn nicht quälen.“<sup>276</sup>

An der Getreideverteilung beteiligte sich die britische Behörde direkt. Mossadegh kritisierte dies als Einmischung in die iranische Verwaltung. Er gab eine Anzeige der iranischen Getreideverwaltung in der Stadt Kermanschah bei dem Parlamentschef in der 28. Parlamentssitzung im Dezember 1944 ab,<sup>277</sup> die von der britischen Militärbehörde unterzeichnet wurde. Dr. Mossadegh sprach von einer Einmischung der britischen sowie der indischen Soldaten in die iranische Verwaltung in Teheran sowie in den Provinzen.<sup>278</sup> Nicht nur die iranischen Intellektuellen sondern auch die USA kritisierten die britische Iranpolitik.

Bullard rechtfertigte die britische Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Irans mit der Notwendigkeit der Unterstützung der Sowjetunion. „Die britischen Behörden sahen sich gezwungen, für die Erhöhung der Transportkapazität in die Sowjetunion sich in die inneren Angelegenheiten des Irans einzumischen.“<sup>279</sup>

---

<sup>275</sup> Auszüge aus dem Bericht des iranischen Gouverneurs an das Innenministerium, Nr. 1576, 2.7.1323/24.9.1944, in: *Rabar*, Nr. 568, 7.3.1324/28.5.1945. Der Brief wurde von Eskandari im Majlis vorgelesen.

<sup>276</sup> *Aras be jah e iran e ma*, „An Herrn Taqizadeh“, Nr. 13, 4.10.1324/4.10.1945. Der Brief wurde von dem britischen Militäroberst unterzeichnet.

<sup>277</sup> Kai Ostewan, 1327/1948: 234, Die These des negativen Gleichgewichtes in der Außenpolitik, Bd. 1.

<sup>278</sup> Kai Ostewan, 1327/1948: 233, Die These des negativen Gleichgewichtes in der Außenpolitik, Bd. 1.

<sup>279</sup> Bullard an Eden, Bericht No. 121, 26.3.1943, E 2450/239/34, FO 371/Persia-35117.

Die britische Regierung hatte für den Schutz der britischen Interessen in der Erdölindustrie im Irak und im Iran einen Militärstab eingerichtet. Dieser Militärstab bestimmte einen Militärgouverneur für die Industriestadt Abadan. Ein britischer Militärberater arbeitete mit dem iranischen Militärgouverneur zusammen. Die Ein- sowie Ausreise der Passagiere wurde streng überwacht. Im September 1943 stimmte die iranische Regierung unter dem Druck Großbritanniens zu, einen britischen Oberst als Polizeichef für die Stadt Abadan zu wählen.

Ein weiterer Akt der britischen Einmischung fand während der 14. Parlamentswahl statt.<sup>280</sup> Obwohl Bullard in seinen Memoiren davon schwärmte, „dass die britische Botschaft in Teheran nach Anweisung des Foreign Office alle britischen Konsulate benachrichtigte, sich in die Parlamentswahl nicht einzumischen,“<sup>281</sup> übersah er seinen eigenen Bericht an das Foreign Office, in dem er das Außenministerium aufforderte: Aufgrund der sowjetischen Einmischung in die Parlamentswahl im Nordiran musste „diese (britische) Botschaft auch im Südiran etwas unternehmen, um zu einem Gleichgewicht gegen die sowjetischen Aktivitäten (im Nordiran) zu gelangen.“<sup>282</sup> Bullard vergaß, dass er den britischen Konsulaten eine Instruktion mit der Aufforderung erteilte, die Wahl der Kandidaten zu verhindern, die als „Partner unserer Feinde“ bekannt waren.<sup>283</sup> Großbritannien sollte versuchen, eine gute Regierung im Iran an die Macht zu bringen.<sup>284</sup>

Die Briten mischten sich auch in die iranische Justiz ein. Sie verhafteten die iranischen Bürger, die verdächtigt waren, mit den Deutschen zusammengearbeitet zu haben und nahmen die Iraner in Schutz, die von der iranischen Justiz verfolgt waren, wenn sie zu den Anhängern der britischen Iranpolitik zählten.<sup>285</sup>

### **III.4.3. Die Rückgewinnung der iranischen Öffentlichkeit**

Zwischen 1942 und 1943 waren die Briten in der iranischen Öffentlichkeit alles andere als populär. Die Arbeit der Tudeh-Partei und ihre Kooperation mit den Sowjets versetzte die britische Regierung in Furcht. Ende 1943 erreichten viele Berichte über das sowjetische Verhalten im Nordiran und über ihren möglichen Plan in Aserbaidschan und Kurdistan London. Der sowjetische Sieg in Stalingrad, die Stärke der Tudeh-Partei auf der politischen Bühne des Irans und die erfolgreiche Propagandatätigkeit der Sowjetunion innerhalb der

---

<sup>280</sup> Siehe Sanjabi, 1368/1989: 67-68, Hoffnungen und Hoffnungslosigkeiten, die politischen Memoiren von Dr. Karim Sanjabi.

<sup>281</sup> Bullard, 1961: 111, The Camels must go.

<sup>282</sup> Bullard an Eden, Bericht No. 271, 29.3.1943, E 3868/239/34, FO 371/Persia-35117.

<sup>283</sup> Siehe Bullard an alle britischen Konsulate im Iran, Anweisung No. 1/2/5/454, 29.6.1943, FO 799/13.

<sup>284</sup> Siehe Bullard an alle britischen Konsulate im Iran, Anweisung No. 1/2/5/454, 29.6.1943, FO 799/13.

iranischen Bevölkerung bestärkten diese Furcht. Außerdem wiegelten die Deutschen die Nomaden in Isfahan und in den Provinzen des Südirans gegen die Briten auf.<sup>286</sup> In Teheran kam es unter den iranischen Politikern zu einer Verstärkung der amerikanischen Position im Iran. Die Anhänger der britischen Politik waren zersplittert und gespalten. Die Isolierung Großbritanniens in der iranischen Öffentlichkeit war das Resultat. Weder die iranische Regierung noch die Anhänger Großbritanniens waren in der Lage, diese Lücke zu füllen. „Für die Bekämpfung der Propagandatätigkeit der Kommunisten war die Existenz einer Partei notwendig geworden.“<sup>287</sup>

Die Briten waren sich bewusst, dass ihre Tätigkeit nur dann erfolgreich sein konnte, wenn sie die iranische Öffentlichkeit mit Hilfe der einheimischen Intellektuellen zu ihren Gunsten beeinflussen würden. Daher unterstützten sie verschiedene neugegründete Parteien und ihre Zeitungen finanziell. Die Tudeh-Partei war die erste Partei, die diese Beihilfe bekam. Nachdem sich die Tudeh-Partei von den britischen Wünschen distanziert hatte, unterstützten die Briten die Partei Hamrahan und die Vatan (Nation) Partei.<sup>288</sup> Nach und nach vernachlässigten die Briten die iranische Öffentlichkeit. Dieses Versäumnis wurde ihnen jedoch erst angesichts der Gefahr der totalen Isolierung während der 14. Parlamentswahl im Jahre 1944 bewusst.

Die britische Regierung, die in ihrer Iranpolitik von der Offensive in die Defensive geraten war, musste zugeben, dass sie nur durch eine starke politische Bewegung einen Platz im 14. Parlament besetzen würde. Sie benötigte eine starke Persönlichkeit, die diese Aufgabe übernehmen konnte. Dafür schien Saiyed-Zia ed-din Tabataba'i (nachfolgend nur Zia genannt) eine geeignete Person zu sein. Zia war ein Journalist, unterstützte den Vertrag von 1919 und organisierte 1921 mit Hilfe Reza Khans einen Putsch gegen Ahmad Schah (1914-1925). Seine Amtszeit als Premierminister des Irans dauerte jedoch nur drei Monate, dann wurde er ins Ausland verbannt. Zia lebte fast 23 Jahre im Exil, davon „17 Jahre in der Schweiz und 6 Jahre in Palästina“.<sup>289</sup>

Um die iranische Öffentlichkeit auf Zia aufmerksam zu machen, wurde eine gemeinsame Maßnahme von den britischen Anhängern im Iran und der britischen Botschaft in Teheran gestartet. Der Mitarbeiter der britischen Botschaft in Teheran, Trott, traf Zia in Gaza und berichtete davon, dass Zia nicht nur „ein iranischer Patriot“ war, sondern auch stark daran

---

<sup>285</sup> *Aras be jah e iran e ma*, „An Herrn Taqizadeh“, Nr. 13, 4.10.1324/25.12.1945. Siehe das Kapitel der Iran und die Sowjetunion.

<sup>286</sup> Khameii, 1378: 43-189, Die schwierigen Jahre, 5. Kolonne von Deutschen im Iran, Kapitel 3 und 4, Bd. 1

<sup>287</sup> Lenczowski, 1949: 242, Russia an the West in Iran 1918-1948.

<sup>288</sup> Jami, 1355/1977: 185, Vergangenheit ist das Licht der Zukunft.

<sup>289</sup> Siehe Motazed, 1376/1997:601, Zia, Politiker mit zwei Gesichtern, Bd. 2.

glaubte, dass sein Land mit den Briten zusammenarbeiten musste.<sup>290</sup> Zia wurde als der mögliche Kandidat für den iranischen Ministerpräsidentenposten in den Iran gelockt.

Von der iranischen Seite fuhr M. Firuz nach Gaza und machte ein Interview mit Zia über die iranische Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, das in der Zeitung *Eghdam* veröffentlicht wurde.<sup>291</sup> Die Werbung für die Rückkehr Zias wurde mit der Beseitigung der sozialen Probleme des Irans wie Armut, Ungleichheit und der Unterschiede zwischen den sozialen Schichten in Verbindung gebracht. Angesichts der Labilität der iranischen Regierung und der Gefahr des drohenden Kommunismus erschien Zia als Retter in der Not.

Zia wurde am 14. Juni 1943 von der Vatan-Partei sowie den Vertretern anderer Parteien eingeladen, in den Iran zurückzukehren. Die iranische Presse begrüßte diese Absicht. Die Zeitung *Setara* ehrte ihn in ihrem Artikel als „Hoffnung und Licht in der Dunkelheit“.<sup>292</sup> In der iranischen Öffentlichkeit wurde über Zia gesprochen und in der Presse über seine Rückkehr berichtet.<sup>293</sup> Jedoch war seine Lage in der iranischen Öffentlichkeit umstritten. Die linken Parteien und die iranischen Nationalisten kritisierten heftig seine Rückkehr. Mehr als 49 Parteien und 21 Zeitungen veröffentlichten Artikel gegen Zia.<sup>294</sup> Diese sahen in der Rückkehr Zias den britischen Einfluss. So schrieb *Emad-Assar*: „Zia ist ein tapferer Mensch, aber Sklave der Engländer.“<sup>295</sup> Bullard wies diesen Vorwurf zurück.<sup>296</sup> Mossadegh erklärte im Majlis, dass „die Ankunft Zias nach 22 Jahren im Iran und die sofortige Wahl für das Parlament aus der Stadt Yazd bewies, dass Herr (Zia) nochmals für die Erfüllung einer Aufgabe ausgesucht wurde.“<sup>297</sup>

Trotz der heftigen Debatte in der iranischen Presse kam Zia nach offizieller Einladung der Vatan-Partei im Oktober 1943 in den Iran zurück.<sup>298</sup> In der Stadt Kermanschah wurde ihm ein Telegramm mit dem Inhalt überreicht, dass er in der Stadt Yazd zum Abgeordneten gewählt worden war.<sup>299</sup> Es war erstaunlich, dass ein Mann, der 20 Jahre außer Land war und seit dieser

---

<sup>290</sup> Bericht Trotts: „Über Zaiyed Zia“, FO. 921/4.

<sup>291</sup> Siehe Motazed, 1376/1997: 220, Zia, Politiker mit zwei Gesichtern Bd. 2.; Gleichzeitig traf sich Trott mit Zia in Gaza.

<sup>292</sup> Motazed, 1376/1997: 304, Zia, Politiker mit zwei Gesichtern, Bd.2.

<sup>293</sup> Siehe Motazed, 1376/1997: 75-89/126-128, Zia, Politiker mit zwei Gesichtern Bd. 2.

<sup>294</sup> Motazed, 1376/1997: 317, Zia, Politiker mit zwei Gesichtern, Bd.2.; Siehe Tawalloli, F, 1348/1969: 6-10, „Ketab-el-Tafasiel-arade“ Gedicht, Teheran.

<sup>295</sup> - *Yu-Yu* 1323/1943: 1

<sup>296</sup> - Bullard, 1961: 108-110, The Camels must go.

<sup>297</sup> Siehe Kai Ostewan, 1327/1948: 22-35, Die These des negativen Gleichgewichtes in der Außenpolitik, Bd.1. Mossadegh versuchte den Eintritt Zias ins 14. Parlament zu verhindern. Es war aber erfolglos.

<sup>298</sup> Für die Inszenierung Großbritanniens für die Rückkehr Zias siehe Zaugh, 1368/1989: 92-96, Iran und die Großmächte im Zweiten Weltkrieg, 2. Aufl.; für die Inszenierung der iranischen Politiker für die Rückkehr Zias siehe Motazed, 1376/1997: 75-89 und 126-128, Zia, Politiker mit zwei Gesichtern, Bd.2.

<sup>299</sup> Motazed, 1376/1997: 104, Zia, Politiker mit zwei Gesichtern, Bd.2.

Zeit noch keinen Fuß in die Stadt Yazd gesetzt hatte, als Abgeordneter gewählt wurde.<sup>300</sup>

Grund für seinen Sieg war die Einmischung der britischen Behörden in der 14. Parlamentswahl zu seinen Gunsten. Die Briten hatten u. a. den Gegenkandidaten vor der Wahl ins Gefängnis gesteckt.<sup>301</sup>

Um seine Ideen publik zu machen, veröffentlichte Zia nach seiner Ankunft in Teheran ein kleines Buch unter dem Namen *Schaéer-e-melli* (Nationale Sprüche). In diesem Buch machte er sein Konzept für einen freien unabhängigen Iran bekannt:

- a) die Wichtigkeit des Islams in der iranischen Gesellschaft als Gegner des Kommunismus
- b) die Akzeptanz des Eigentumsrechtes
- c) Förderung des iranischen Nationalbewusstseins und die Bewahrung der iranischen Einheit
- d) die Einführung eines föderativen Systems<sup>302</sup>
- e) die Reformen der politischen Parteien, des Gesundheits- und Bildungssystems, der Finanzen, der Verwaltung, der Wirtschaft und der Landwirtschaft
- f) die Verbesserung des allgemeinen Wohlstandes nach Zustimmung des Parlamentes
- g) die Pressefreiheit, die Freiheit der Privatsphäre, der Religion und der Kleiderordnung.<sup>303</sup>

Das Buch hatte außer einigen allgemeinen provokativen Parolen, die von der Tudeh-Partei übernommen worden waren, nichts zu bieten. Jedoch wurde bei Veröffentlichung des Buches in der Gesellschaft für Pro- und Kontra-Diskussionen gesorgt.<sup>304</sup> Diese Debatte konnte aber den Eintritt Zias ins 14. Majlis nicht verhindern. Zia behauptete sich sogar als Chef der Mehrheitsfraktion im 14. Majlis.

Um die iranische Öffentlichkeit für sich zu gewinnen, startete Zia eine Doppelstrategie: Auf einer Seite kämpfte er gegen die Tudeh-Partei, auf der anderen Seite attackierte er den königlichen Hof. In einem Gespräch mit Millspaugh stellte Zia seine Ziele als Abgeordneter wie folgt fest:

---

<sup>300</sup> Siehe Kai Ostewan, 1327/1948: 26, Die These des negativen Gleichgewichtes in der Außenpolitik, Bd.1.; Motazed, 1376/1997: 104, Zia, Politiker mit zwei Gesichtern, Bd. 2.

<sup>301</sup> *Kaihan*, Nr. 555, 9.10.1323 / 31.12.1944.

<sup>302</sup> Zia in Interview mit M. Firuz in: Motazed, 1376/1997: 83-100, Zia, Politiker mit zwei Gesichtern, Bd.2.

<sup>303</sup> Text des Buches in: Motazed, 1376/1997: 233-275, Zia, Politiker mit zwei Gesichtern. Das Buch Zias wurde am 21.7.1322/14.10.1943 veröffentlicht.

<sup>304</sup> Für den Widerstand siehe Motazed, 1376/1997: 276-287, Zia, Politiker mit zwei Gesichtern, Bd. 2.

- 1) Schutz der iranischen Verfassung
- 2) Einschränkung der Macht des Schahs sowie die Verhinderung der Einmischung des königlichen Hofes im Majlis und im Kabinett.<sup>305</sup>

#### **III.4.4. Die Unterstützung der Partei Erade-e-melli (Partei des Nationalen Willens)**

Im Januar 1945 nannte Zia die Partei Vatan in Partei Erade-e-Melli (Partei des Nationalen-Willens) um. Diese Partei (auch Partei Zias genannt) konnte sich bald als zweitgrößte Partei behaupten. Die Partei, die gute organisatorische Strukturen besaß, eröffnete ihre Zweige in den Städten und in den Dörfern. Ihre Parteistruktur war der Tudeh-Partei ähnlich. Nach Ansicht Millspaugh wurde die Parteistruktur nach dem Vorbild der faschistischen Partei Italiens organisiert.<sup>306</sup>

Im Parteiprogramm wurde die Annullierung aller Gesetze verlangt, die gegen die iranische Verfassung von 1906 unter Reza Schah verabschiedet worden waren. Es wurde vor allem gefordert:

- a) die Bildung der Gemeinde- und Städteräte
- b) die Unterstützung der Manufaktur
- c) die Landreform
- d) die Gründung einer Berufarmee und die Abschaffung des Wehrdienstes, die Abschaffung der Armee und die Verstärkung der Gendarmerie<sup>307</sup>
- e) die Stärkung der Religion
- f) das Verbot der antireligiösen Presse<sup>308</sup>
- g) die Anerkennung des Eigentumsrecht als unverzichtbares verankertes Recht im Islam und in der Verfassung.<sup>309</sup>

Die Parteizeitung *Rad-Emrus* attackierte Reza Schah, weil er das Land ausbeutete, die Religion schwächte und die Verfassung missachtete.<sup>310</sup> Gleichzeitig attackierte sie die

---

<sup>305</sup> Millspaugh, 1946: 158-189, Americans in Iran.

<sup>306</sup> Millspaugh, 1946: 78, Americans in Iran.

<sup>307</sup> Motazed, 1376/1997: 293, Zia, Politiker mit zwei Gesichtern, Bd.2.

<sup>308</sup> Hezeb-e- Erade-e-melli, „das Parteiprogramm“ 1324/1945: 1-24, Teheran.; siehe auch „die Armee musste reformiert werden“ 21.10.1323/11.1.1945.; „Reza Khan und Armee“ 1.4.1324/22.6.1945 und „Reza Khan: Gegner der Religion“ 16.1.1324/5.4.1945 in: *Rad Emrus*.

<sup>309</sup> „Das Eigentumsrecht“ in: *Rad Emrus* 7.4.1323/28.6.1944.

<sup>310</sup> Hezeb-e- Erade-e-melli, „das Parteiprogramm“ 1324/1945: 1-24, Teheran

iranischen Intellektuellen, die ihr Studium im Ausland abgeschlossen hatten und nach der Rückkehr in den Iran die westliche Kultur blind nachahmten.<sup>311</sup>

Im März 1945 fand der erste Parteikongress der Partei Erade-e-melli in Teheran statt. 81 Delegierte wählten Zia zum Generalsekretär. Das Parteiprogramm wurde bestätigt. Viele Vorschläge waren eine Kopie aus dem Parteiplan der Tudeh-Partei. Aber es gab auch Unterschiede:

- 1) die Verteidigung der Religion (des Islams)
- 2) die Forderung nach Einführung von Religionsunterricht an den Schulen
- 3) die Kooperation mit den Nomaden sowie ihre Bewaffnung
- 4) die Neutralitätspolitik in der Außenpolitik zu Gunsten Großbritanniens

Das Programm Zias fand Zustimmung bei den Basar-Händlern sowie bei den konservativen Geistlichen. Die Partei Zias bekam finanzielle Unterstützung von Basarhändlern, Großgrund- und Kleingrundbesitzern. Sie konnte als einzige Partei gegen die Tudeh-Partei und ihre Demonstration auftreten. Nach dem Bericht des britischen Militärattachés aus Teheran waren viele Basarhändler, die Führer der Zünfte und Geistliche „aus Angst vor der Tudeh-Partei zur Partei Zias“ gewechselt.<sup>312</sup> Der britische Konsul in Isfahan berichtete vom „latenten religiösen Gefühl der Iraner, das leicht zu provozieren ist“ als einem „wichtigen Vorteil des Tudeh-Gegners“.<sup>313</sup>

Die Voraussetzung für die Mitgliedschaft in der Partei Zias war einfach und unkompliziert. Jeder durfte Mitglied werden. Das neue Mitglied konnte schnell eine gute Position in der Partei erlangen, wenn es zusätzlich 8 Personen für die Partei anmeldete.<sup>314</sup> Außerdem bot die Partei den Mitgliedern eine Arbeitslosenversicherung sowie die Vergabe eines zinslosen Kredites an.<sup>315</sup> Diese Vorteile machten die Partei für viele Iraner attraktiv.

Im Gegensatz zur Tudeh-Partei besaß die Partei Zias keine Ideologie. Die Mitglieder besaßen keine Gemeinsamkeiten. Sie kamen aus allen Schichten der Gesellschaft und verfügten über keine gemeinsamen Interessen außer dem Kampf gegen die Tudeh-Partei und gegen die sowjetische Propagandatätigkeit.

Um eine ideologische Front gegen den sowjetischen Kommunismus einzurichten, wäre der Einfluss des Klerus in der iranischen Gesellschaft ausreichend gewesen, wenn das laizistische Programm Reza Schahs im Iran nicht durchgeführt worden wäre. Aber nach der

---

<sup>311</sup> „Die Intellektuellen: Das Unglück des Irans“ in: *Rad Emrus* 21.2.1323/11.5.1944.

<sup>312</sup> British Military Attaché to the FO, 12. April 1945, FO 371/Persia 1945/34/45446.

<sup>313</sup> British Consul in Isfahan, 3. März 1945, FO 371/Persia 1945/34/45476.

<sup>314</sup> Siehe Zehab, -: 95-113, Memoiren in den Gefahren.

Herrschaft Reza Schahs glaubten viele iranische Intellektuelle nicht mehr an die Tauglichkeit der Religion. Zum anderen gab es das gute sowjetische Verhalten im Nordiran, das die Propagandatätigkeit der Geistlichen gegen die Sowjetunion schwieriger machte. Jedoch blieb die Masse der Bevölkerung der Religion treu. Daher war die Mobilisierung der Masse gegen die Sowjetunion und die sozialistische Tudeh-Partei einfach.

Zia war sich der Wichtigkeit der Religion bei der iranischen Bevölkerung bewusst. Er veröffentlichte zuerst die Zeitung *Karavan* dann die Zeitungen *Keschwar*, *Hour*, *Sarguzascht* und später die Zeitung *Rad-Emrus* (der heutige Donner). In diesen Zeitungen ergriff Zia Stellung gegen die Tudeh-Partei. Er warf der Tudeh-Partei Verrat, Sabotagetätigkeit, Rebellion und laizistische Propaganda vor. Jedoch setzte er sich für eine Kooperation mit der Sowjetunion ein. Diese dauerte bis zur sowjetischen Erdölförderung im Jahre 1944. Danach attackierte die Parteipresse Zias die Sowjetunion und berichtete von der schrecklichen Lebenssituation der Iraner im Nordiran und beschuldigte die sowjetische Botschaft in Teheran der Einmischung in die iranischen Angelegenheiten. In einer Deklaration vom Dezember 1944 unterstellte die Partei Zias der Sowjetunion die Bedrohung der iranischen Unabhängigkeit. Die Attacke der Zia-Presse gegen die Sowjetunion verursachte den Protest der sowjetischen Regierung.<sup>316</sup>

Der Widerstand der Partei gegen den sowjetischen Druck in der Erdölkrise erhöhte ihre Anhängerzahl auf Kosten der Tudeh-Anhängerschaft, bescherte der Partei ein starkes Gewicht in der Gesellschaft und gab dem Glauben Nahrung, dass der Iran gegen die aggressive Sowjetunion die Unterstützung der westlichen Länder unbedingt benötigte.

Zia bemühte sich sogar, die verschiedenen Gruppen und Parteien, die die Massenbewegung der Tudeh-Partei fürchteten, sich aber darüber hinaus keineswegs einig waren, unter dem Namen Jebhe-Melli (Nationale Front) zu einigen. Zia fürchtete gleichzeitig die imperialistische Gefahr der Sowjets. Er schrieb in einem Artikel „Was bedeutet die Freiheit“.<sup>317</sup>

„Wir haben es mit zwei Imperialisten zu tun: Großbritannien und Sowjetunion. Großbritannien verfolgt kein Ziel mehr im Iran und ist mit den existierenden Konzessionen im Iran zufrieden. Die Sowjetunion strebt aber nach der Erweiterung ihres Territoriums.“<sup>318</sup> Zias Ansicht war: „Wenn die iranische Bevölkerung gezwungen würde, gegen den unberechtigten Einfluss der Sowjetunion zu kämpfen, würde Großbritannien die iranische Unabhängigkeit

---

<sup>315</sup> Siehe Motazed, 1376/1997: 358, Zia, Politiker mit zwei Gesichtern, Bd.2.

<sup>316</sup> Der sowjetische Protest an die iranische Regierung in *Rahbar*, Nr. 612, 31.3.1324/21.6.1945.

<sup>317</sup> Motazed, 1376/1997: 306-307, Zia, Politiker mit zwei Gesichtern, Bd.2.

<sup>318</sup> Motazed, 1376/1997: 306, Zia, Politiker mit zwei Gesichtern, Bd.2.

verteidigen. Aber wenn wir gegen die Sowjetunion keinen Widerstand leisten (...) geht der Nordiran an den Mond des Kommunismus über, und der Südiran wird von Großbritannien erobert, und auf diese Weise wird der Iran geteilt werden.“<sup>319</sup>

Die Partei Zias veranstaltete am 11. und 12. Januar 1945 in der Stadt Schahi (in der sowjetischen Besatzungszone) eine Demonstration gegen die Tudeh-Partei. Tausende von Menschen nahmen an der Demonstration teil. Der sowjetische Kommandant schickte die Armee zur Einschüchterung der Demonstranten. Auch in anderen Städten im Nordiran veranstaltete die Partei Zias Demonstrationen wie in der Stadt Behschar und Babol. Die Sowjets verhafteten einige Führer,<sup>320</sup> um weitere Demonstrationen, die gegen die Sowjets und die Tudeh-Partei gerichtet waren, zu verhindern. Die Straßenschlachten zwischen den Anhängern der Tudeh-Partei und den Anhängern der Partei Zias dauerten das ganze Jahr 1945 an.<sup>321</sup>

Ortsgruppen wuchsen in den Dörfern wie Pilze aus dem Boden. Im Frühling des Jahres 1945 ging der Kampf zwischen der Partei Zias und der Tudeh-Partei von der Presse auf die Straßen und von den Städten auf die Dörfer über. Bald mobilisierte die Partei Zias Anhänger in der Armee. Die Partei richtete eine Militärabteilung ein, die unter Aufsicht von General Saiyah stand.<sup>322</sup>

Die Partei Zias unterstützte die Aufforderung eines Teiles des Klerus, den Tudeh-Partei-Club anzugreifen. Ein Beispiel dafür war Mir-Khan in der Stadt Ardabil,<sup>323</sup> ein anderer Fall geschah in der Stadt Isfahan. Die Mitglieder der Partei Zias plünderten die Büros der Tudeh-Partei. Im Mai 1945 mobilisierte die Partei Zias in Isfahan 1000 Dorfbewohner, um die Tudeh-Büros in Isfahan zu plündern. Der britische Konsul berichtete, dass die Fabrikbesitzer in Isfahan glaubten, dass die Tudeh-Partei mit solchen Aktionen bestraft worden sei.<sup>324</sup>

Die Partei Zias war die einzige rechte Partei, die in der Lage war, der Tudeh-Partei und der Sowjetunion die Stirn zu bieten.

Die Partei Zias hatte trotz der massiven finanziellen Unterstützung aus der Gesellschaft sowie der Regierung Probleme mit ihrer Finanzierung. Um die ökonomischen Probleme umgehen zu können, verkaufte Zia auf dem Schwarzmarkt die staatlichen Warenlizenzen.

---

<sup>319</sup> Motazed, 1376/1997: 306-307, Zia, Politiker mit zwei Gesichtern, Bd.2.

<sup>320</sup> Siehe Motazed, 1376/1997: 369, Zia, Politiker mit zwei Gesichtern, Bd.2.

<sup>321</sup> Vgl. Motazed, 1376/1997: 369-386, Zia, Politiker mit zwei Gesichtern, Bd.2.; Zia bewaffnete die Demonstranten gegen die Tudeh-Partei. Dafür siehe Motazed, 1376: 499, Zia, Politiker mit zwei Gesichtern, Bd.2.

<sup>322</sup> Motazed, 1376/1997: 334, Zia, Politiker mit zwei Gesichtern, Bd.2.

<sup>323</sup> Motazed, 1376/1997: 296, Zia, Politiker mit zwei Gesichtern, Bd.2.

<sup>324</sup> British Consul in Isfahan, 3. März 1945, FO 371/Persia 1945/34/45476.

Diese Lizenzen stellten Millspaugh und Saéd zur Verfügung.<sup>325</sup> Die Zeitung *Mard-e-emruz* berichtete von Geldern in Millionenhöhe, die Zia aus dem Verkauf der staatlichen Waren erwirtschaftet hatte.<sup>326</sup> Die Zeitung war zunächst von Zia begeistert und hoffte, dass Zia mit den revolutionären Methoden zur Erhöhung des allgemeinen Wohlstandes beitragen würde. Sie war aber von Zia und seiner Korruption enttäuscht.<sup>327</sup> Zias Bewegung scheiterte schließlich am Mangel an sozialen und wirtschaftlichen Vorschlägen für die Mittel- und Unterschicht. Ferner verlor die Partei Zias mit dem Verbot der Tudeh-Partei und mit dem Abzug der sowjetischen Truppen aus dem Iran an Bedeutung.

Mit der Verhaftung Zias durch Qavam im März 1946 mit der Begründung, dass seine Tätigkeit die allgemeine Sicherheit des Landes gefährdete, verlor die Partei ihr Gewicht in der Gesellschaft. Zia blieb fast ein Jahr im Gefängnis. Die lange Abwesenheit Zias führte zur Parteischließung. Die Partei Zias war eine Gelegenheitspartei, die nach ihrer Zweckerfüllung ebenso rasch wie sie stark geworden war, wieder verschwand.

Nach der Freilassung aus dem Gefängnis verließ Zia die politische Bühne. Im Sommer 1948 kehrte er aber wieder zurück und wollte mit den anderen Parteien eine gemeinsame Front gegen den königlichen Hof bilden. Für seine Rückkehr verglich er die Politik mit einer schönen Ehefrau, „von der man sich scheiden lässt, die man aber nach einiger Zeit wieder streicheln möchte.“<sup>328</sup> Kurz nach dem Attentat auf Mohammed Reza Schah am 5. Januar 1949 wurden alle Parteien verboten. Zia verließ zum dritten Mal die politische Bühne und ging in die Wirtschaft. Nach Meinung Hairis wirkte er bis zu seinem Tod im Jahre 1969 an der Zusammenstellung der iranischen Kabinette mit.<sup>329</sup> Am 2.9.1969 starb Zia nach einem Herzinfarkt.<sup>330</sup>

Zia bekannte sich offiziell als Anhänger der britischen Iranpolitik. In einem Interview machte er klar, wieso er die britische Iranpolitik befürwortete: „Grund ist die Angst. 300 Jahre Geschichte (des Irans) lehren uns, dass man bei der Freundschaft mit Großbritannien Verluste macht. Aber die Feindschaft Großbritanniens ist tödlich. Da der Mensch Gefangener seiner Erfahrung ist und die Probleme des Landes sieht, versucht man, den Verlust dieser Freundschaft zu ertragen.“<sup>331</sup>

---

<sup>325</sup> Siehe Motazed, 1376/1997: 362, Zia, Politiker mit zwei Gesichtern, Bd.2.

<sup>326</sup> *Mard-e-emruz*, Nr. 44, 20.5.1324/11.8.1945.

<sup>327</sup> Siehe *Mard-e-emruz*, Nr. 45, 27.5.1324/18.8.1945.

<sup>328</sup> Zia im Interview in: *Teheran-e-mosavar*, Nr. 112, 1343/1954

<sup>329</sup> Interview mit Abdul-Hadi Hairi, 1365/1986 in *Maschhad.*; Vgl. Motazed, 1376/1997: 580 u. 608, Zia, Politiker mit zwei Gesichtern, Bd.2.

<sup>330</sup> Siehe Motazed, 1376/1997: 609, Zia, Politiker mit zwei Gesichtern, Bd.2.

<sup>331</sup> Motazed, 1376/1997: 592, Zia, Politiker mit zwei Gesichtern, Bd.2.

Nicht nur die Unterstützung der Parteien gehörte zum britischen Programm, sondern vielmehr die Rückgewinnung der iranischen Öffentlichkeit, denn die Briten erkannten ihr Versäumnis. Sie starteten eine Aktion als Gegenreaktion auf die sowjetische Propagandatätigkeit, um diese Lücke zu füllen. Sie versuchten, mit der Veröffentlichung von Zeitungen und Zeitschriften direkt in die iranische Öffentlichkeit einzugreifen.

Die Veröffentlichung von Zeitungen, wie *Teheran Daily News* zu Beginn des Jahres 1943, Wochenzeitschriften, wie *Tafsier* (Kommentar), *Nau-Nehalan* (für die Jugendlichen) und *Alam-Banevan* (die Frauenwelt) diente diesem Zweck. Die Auflage der Zeitschrift *Tafsier* betrug 11.000, *Nau-Nehalan* 20.000 und *Alam-Banevan* 4.000.

In diesen Publikationen wurden die Nachrichten über den Krieg, den baldigen Sieg der Alliierten, Übersetzungen aus der britischen Presse sowie die Kommentare referiert.<sup>332</sup>

Ferner zensierte die britische Botschaft in Teheran die unangenehmen Informationen. Sie verbot schnell eine Zeitung, die Artikel über die Verbindungen Zias mit der britischen Botschaft veröffentlichen wollte oder ließ die Zeitung *Darya* (von Arsenjani) beschlagnahmen, da der Zeitungsredakteur das Buch von Marx „die britische Regierung in Indien“ veröffentlichte.<sup>333</sup>

Das Büro der allgemeinen Publikationen der britischen Botschaft in Teheran richtete eine Filmabteilung ein. Da das Büro mit dem erfolgreichen Einfluss in der iranischen Öffentlichkeit rechnete, eröffnete es seine Zweigstellen in den britischen Konsulaten in den anderen Städten. Für die Filialen war der jeweilige Konsul verantwortlich. Die britischen Konsulate veröffentlichten zuvor selbst ein Bulletin. Die Filmabteilung zeigte Filme in den iranischen Kinos, in Bussen sowie an den öffentlichen Versammlungsplätzen in Teheran und in den Großstädten. Die britische Presse und die Filme veröffentlichten die Nachrichten und Kommentare über den Krieg, die positive Rolle der britischen Regierung und ihre Kooperation mit den Sowjets. Die Filme sollten die Iraner vom baldigen Sieg Großbritanniens überzeugen.

Außerdem strahlte das Büro der allgemeinen Publikationen ein halbstündiges Radio-Programm in persischer Sprache von der einzigen iranischen Radiostation in Teheran aus. Die britische Botschaft in Teheran ließ den Iranern die englische Sprache beibringen.<sup>334</sup> Ein entsprechendes Programm wurde von B.B.C. ausgestrahlt.

---

<sup>332</sup> Zu weiteren Informationen siehe British Publicity in Persia in: The british information Centre, Files Nos. P.M.E. 422/422/934, FO 935/56,; P.M.E. 556/422/934, FO 953/56,; P.M.E. 177/177/934, FO 953/63, P.M.E. 1676/177/934, FO 953/63,; P.M.E. 418/207/934, FO 953/64,; P.M.E. 850/207/934, FO 953/64.

<sup>333</sup> Siehe British Chargé d'Affaires an FO, 28. July 1944, FO 371/Persia/34-40187.

<sup>334</sup> Siehe Sonderbericht des FO, Policy Report 10.7.1944, FO 921/172.

Die persischen Programme von B.B.C., die zu Beginn der Besetzung mit den Wörtern Freiheit, Unabhängigkeit und Demokratie Begeisterung und Hoffnung unter der iranischen Bevölkerung ausgelöst hatte, verloren ihre Bedeutung, da den Parolen keine Taten folgten.

Die britischen Publikationen in den Kriegsjahren betonten die gute Beziehung mit der Sowjetunion. Zunächst waren sie eine Reaktion auf die deutsche Propaganda und dann eine Reaktion auf das Verhalten der Sowjetunion, ohne dabei den Partner (die Sowjetunion) provozieren zu wollen.<sup>335</sup> Im Jahre 1945, in dem der Krieg zu Gunsten der Alliierten verlief, versuchte die britische Regierung die Iraner über den Lebensstil und die positive Lebenseinstellung der Briten zu informieren. Trotzdem konnten die britischen Publikationen in den folgenden Jahren wenig Platz in der iranischen Gesellschaft einnehmen. Jedoch konnte sich B.B.C.<sup>336</sup> als Informationsquelle in der iranischen Gesellschaft weitgehend behaupten.

Das britische Verhalten in der Besatzungszeit war entgegen den Erwartungen der Iraner wild und hart. Die britische Propaganda konnte kaum die iranische Öffentlichkeit beeinflussen. Aus iranischer Sicht war die britische Werbung eher verdächtig. Sie hatte den Glauben reifen lassen, dass die Briten gegenüber der Sowjetunion zu schwach aufgetreten waren.

Die Iraner waren von den britischen Versprechungen enttäuscht, als sie beobachteten, dass die britische Ankunft mit Hungersnot, Warenengpässen, Arbeitslosigkeit, Anarchie, fehlender Sicherheit, Unterstützung der alten iranischen Regierungskreise und der Beihilfe der sowjetischen Regierung verbunden war. Die iranische Bevölkerung bereitete sich eher darauf vor, mit Mossadegh als Ministerpräsidenten auf Konfrontationskurs mit Großbritannien zu gehen. Die direkte Begegnung mit den Briten hatte den Glauben verstärkt, dass die USA ein starker, zuverlässiger Partner gewesen wären.

### **III.5. Die Krisenjahre 1945-1947**

Kurz vor Kriegsende unterbreitete der britische Außenminister Eden zwei Vorschläge für die britische Iranpolitik:

- a) Entweder müssten die „sowjetischen sowie die britischen Truppen das Land verlassen
- b) oder eine Teilung des Irans in zwei Einflusszonen nach dem Muster des Jahres 1907“ vornehmen.<sup>337</sup>

---

<sup>335</sup> Vgl. Samii, 1987:50, Involvement by Invitation: American Strategies of Containment in Iran

<sup>336</sup> B.B.C. blieb in der iranischen Öffentlichkeit und steigerte seine Rolle in der iranischen Politik in den Jahren des Aufkommens der Islamischen Revolution von 1979. Auch heutzutage hört fast jeder Iraner B.B.C.

<sup>337</sup> „Die Notizen für den Ministerpräsidenten“ von Eden, dem Außenminister, Nr. P.M. 43/3, 1. Januar 1945, E103/103/34- FO. 371/Persia/45462.

Eden bevorzugte die erste Möglichkeit, da sie mit den britischen und sowjetischen Verpflichtungen über die iranische Unabhängigkeit besser vereinbar war. Der alternative Weg bedurfte des militärischen Einsatzes und der dauerhaften Anwesenheit der Briten im Iran. Dies hätte einen dauerhaften Konflikt mit den Iranern und den Sowjets unvermeidlich gemacht. Darüber hätte diese Art der britischen Politik amerikanische Kritik hervorgerufen. Eine iranische Teilung konnte aber die Befürchtung Edens, dass die Amerikaner die britischen Rechte im Südiran nicht anerkennen würden, von vornherein gegenstandslos machen. Es existiere kein dritter Weg, betonte Eden.<sup>338</sup>

Churchill überdachte den Vorschlag Edens. Er war sich im klaren, dass Großbritannien nach dem Krieg weder militärisch noch politisch in der Lage wäre, eine dauerhafte militärische Präsenz im Iran durchzuhalten. Er entschied sich für den ersten Weg unter dem Vorbehalt, dass die sowjetischen und die britischen Truppen gleichzeitig das Land verlassen sollten.<sup>339</sup> Die britische Regierung blieb bei dieser Strategie bis zum Ausruf einer Autonomieregierung in Aserbaidschan durch Pischewari im September 1945. Die britische Regierung beschwerte Pischewari und seine demokratische Partei als ernsthafte Gefahr für den Iran und die britischen Interessen.<sup>340</sup> In der Provinz Aserbaidschan wurde das Büro Großbritanniens angegriffen, die aserbaidsschanische Autonomieregierung erhob auf alle Produkte der AIOC Steuer und ließ den lokalen Direktor der AIOC verhaften.<sup>341</sup>

Die aserbaidsschanische Autonomieregierung, die ihre Macht den Sowjets zu verdanken hatte, brachte die Briten zu einer neuen Einschätzung der sowjetischen Absichten im Iran: „Die sowjetischen Aktivitäten im Iran sind offensiv und vertragen sich nicht mit der Annahme einer defensiven Politik. Wenn die Sowjets die Uneinigkeit zwischen den USA und Großbritannien ausnutzen, um einen Teil des Irans ohne Krieg zu annektieren, wird ihre Position sowohl in der Verteidigung als auch in der weiteren Aggression verstärkt. (... So können) sie eine große Region zwischen Baku und Indien erreichen,... wichtige Erdölquellen in Besitz nehmen und die britische Stellung in ganz Nahost zerstören.“<sup>342</sup>

Unmittelbar nach dem Wahlsieg der Labour Party im Juli 1945 bereite sich die britische Regierung, als Reaktion auf den sowjetischen Plan, der die Trennung der iranischen Provinzen

---

<sup>338</sup> „Die Notizen für den Ministerpräsidenten“ von Eden, dem Außenminister, Nr. P.M. 43/3, 1. Januar 1945, E103/103/34- FO. 371/Persia/45462.

<sup>339</sup> Siehe Churchill an Eden, Brief Nr. M.13/5, 2. Januar 1945, E103/103/34- FO 371/Persia-45462. Die britische Regierung plädierte dafür, dass die britischen sowie die sowjetischen Truppen gleichzeitig den Iran verlassen, siehe Eden an Bullard, Telegramm Nr. 8, 8. Januar 1945, I.O.R.- L/P&S/12/3547A.

<sup>340</sup> Täbris Notizen, März, April, Juni 1944, FO371/Persia-40177.

<sup>341</sup> Siehe Täbris an Teheran, 14. März 1946, FO371/Persia-52777.; Teheran an FO, 20. März 1946, FO371/Persia-52678.; Täbris an Teheran, 24. März 1946, FO371/Persia-52672.

<sup>342</sup> Notizen des FO, 10. Juni 1945, FO371/Persia-45434.

aus dem Iran vorgesehen hatte, darauf vor, eine Verwaltungsreform im Iran durchzuführen. Bullard mahnte den Ministerpräsidenten Sadr sowie seinen Außenminister, es gebe nun keine Ausflüchte zur Verschiebung von Reformen mehr. So bald wie möglich müsse ein Einkommensteuergesetz verabschiedet werden, wenn die herrschende Klasse nicht gestürzt werden wolle.<sup>343</sup>

Bullard schlug auch die Bildung von Gemeinderäten vor und hoffte darauf:

- 1) den Einfluss der DPA (Demokratische Partei Aserbaidschan), den Einfluss der Tudeh-Partei und damit den sowjetischen Einfluss zu schwächen,
- 2) dass die Position der britischen Anhänger im Südiran gegen die iranische Zentralregierung gestärkt würde. Die iranische Regierung war aber gegen die Einführung eines föderativen Systems, da sie es mit iranischer Schwäche und Spaltung gleichsetzte. Ein breites Spektrum von iranischen Politikern war gegen diese Einführung. Sogar Nationalisten wie Mossadegh waren gegen diesen Entwurf. Mossadegh argumentierte, dass dieses System nur dann eingeführt werden müsste, wenn das iranische Volk mit einer Volksabstimmung zustimmte. Die Propaganda gegen die Bildung der Gemeinderäte führte dazu, dass Bullard die Realisierung dieses Planes nicht mehr verfolgte.<sup>344</sup>

Nicht nur die britische Regierung war wegen der Ereignisse in Aserbaidschan und später in Kurdistan besorgt, sondern auch das iranische Parlament war geschockt. Die Minderheits- und Mehrheitsfraktion im Majlis einigten sich auf die Wahl Qavams zum Ministerpräsidenten.

### **III.5.1. Die Auswahl Qavams**

Bis zu diesem Zeitpunkt konnte Großbritannien die Zusammensetzung des iranischen Kabinetts (von Furughi bis Sadr) mitbestimmen. Nun waren die Majlis-Abgeordneten bereit, den sowjetischen Wunschkandidaten Qavam als Ministerpräsidenten zu nominieren. Großbritannien versuchte vergebens, die Wahl Qavams rückgängig zu machen, denn Qavam kündigte an:

- a) die Annäherung an die Sowjetunion und die Tudeh-Partei
- b) Verhandlungen mit der aserbaidshanischen und kurdischen Autonomieregierung.

Die Wahl Qavams zum iranischen Ministerpräsidenten war ein Zeichen dafür, dass die iranischen Führungskreise von der britischen Iranpolitik enttäuscht waren. Der Iran musste die

---

<sup>343</sup> Bullard an FO, 30.09.1945, E 7312/31/34.

<sup>344</sup> Azimi, 1989:140-141, Iran, Crisis of Democracy.

Hoffnung aufgeben, dass Großbritannien ihn gegen die Sowjets schützen und mit dem Iran gegen die Sowjetunion auf Konfrontationskurs gehen würde. Obwohl die iranische Regierung die Unterstützung der britischen Regierung forderte, denn sie stand unter dem Druck der Sowjetunion, ignorierten die Briten diese Aufforderung. Die Iraner fühlten sich von den Briten allein gelassen.

Auch die Briten waren von den Iranern enttäuscht. Obwohl die britische Regierung für den Iran kein klares Konzept besaß, beschuldigte sie die Iraner, dass sie keinen Regierungsplan hätten und für die vorhandenen Probleme verantwortlich waren. Bullard beschimpfte die Iraner als „Lügner, Verleumder, undiszipliniert, ohne Programm und unfähig für eine gute Kooperation“<sup>345</sup> (mit Großbritannien).

Mit der Wahl Qavams, der geheim und eigenständig handelte, wurde das Misstrauen Großbritanniens vergrößert. Qavam flog nach Moskau, sprach mit Stalin und verhaftete nach seiner Rückkehr in Teheran diejenigen Iraner, die als Anhänger Großbritanniens bekannt waren. Bullard bewertete die Verhaftung der Iraner als das Resultat der „Freundschaft zwischen dem Iran und der Sowjetunion.“<sup>346</sup>

Qavam ging aber noch einen Schritt weiter und unterzeichnete am 4. April 1946 mit dem sowjetischen Botschafter in Teheran, Sadchikow, - ohne Beteiligung der westlichen Länder – einen Vertrag (Qavam-Sadchikow-Vertrag). Darin wurden die Streitpunkte zwischen beiden Ländern beigelegt.

Der Vertrag Qavam-Sadchikow bereitete Großbritannien Sorgen, denn darin wurde die Bildung einer iranischen und sowjetischen Ölfirma akzeptiert. Wenn die Sowjets die Ölkonzession im Iran bekommen würden, würden sie mit dem Bau von Schulen, Häusern und der Bezahlung guter Löhne die Arbeiter sowie Techniker der AIOC an sich binden.<sup>347</sup> Außerdem bestand die Gefahr, dass die Regierung Qavams unter sowjetischem Befehl die britische Erdölkonzession im Südiran annullieren könnte oder wenigstens die Nutzung der Konzession durch die Organisation von Demonstrationen unmöglich machen würde.

Um diese Gefahr zu verhindern, ging das Foreign Office von einer wichtigen Entscheidung aus: entweder „über die Vereinten Nationen die iranische Unabhängigkeit zu unterstützen oder anzunehmen, dass die iranische Unabhängigkeit nicht mehr vorhanden ist. In diesem Fall müssen wir (die Briten) selbst die Maßnahmen ergreifen, um unsere Interessen im

---

<sup>345</sup> British Ambassador to the FO, 29 March 1946, FO 371/Persia-1946/34-52670.

<sup>346</sup> Teheran an FO, 10. April 1946, FO371/Persia-52672.

<sup>347</sup> Comment of FO. In London, 4. April 1946, FO. 371/Persia-1946/34-52672.

Südiran zu schützen.<sup>348</sup> Daher wurde vorgeschlagen, dass die Unterstützung der USA gefördert und ihre Interessen an iranischen Erdölquellen geweckt werden müssten.<sup>349</sup> Es war zu einem Kennzeichen britischer Politik geworden, immer wenn die eigenen Interessen in Gefahr geraten waren, ein westliches Land (hier USA) in die Überlegungen mit einzubeziehen.

Diese Überlegungen zeigten, dass sich Großbritannien auf der politischen Bühne des Irans bzw. in der iranischen Öffentlichkeit einsam fühlte. Es gab keine Partei, die die Interessen Großbritanniens im Iran verteidigen konnte. Zia saß im Gefängnis. Im Gegensatz dazu war die Tudeh-Partei überall präsent, und der Einfluss der Sowjetunion in der politischen Szene des Irans war gegenwärtig. Die Tudeh-Partei attackierte die britische Politik weltweit. Z. B. verlangte sie, dass der britische Militäreinsatz in Griechenland und Indonesien vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen angeklagt werden müsste, was Großbritannien damals unakzeptabel erschien.<sup>350</sup> Die britische Regierung rechtfertigte ihren Truppeneinsatz in Griechenland und Indonesien mit ihrer Bereitschaft zum Dialog.<sup>351</sup> Die Tudeh-Partei konnte mit ihren Parolen gegen die Ausbeutung durch Großbritannien innerhalb kurzer Zeit über 75% von 40.000 Mitarbeitern der AIOC als Mitglieder für sich gewinnen und organisierte große Demonstrationen in den Erdölstädten. Der organisierte Arbeiterstreik gegen die AIOC begann am 14. Juli 1946, dauerte 3 Tage an und hinterließ einige Tote und Verletzte. Der Provinzleiter Khusistans konnte die Sicherheit und Ordnung nicht wiederherstellen. Bevin, der britische Außenminister, richtete eine Untersuchungskommission ein. Sie kam zu dem Ergebnis, dass die Arbeitsbedingungen in der AIOC besser als in den anderen iranischen Industrien waren<sup>352</sup> und erteilte damit jeglicher Reform eine Absage. Bevin empfahl seinem Botschafter in Teheran die sofortige Entlassung aller Mitglieder der Tudeh-Partei, die eine Schlüsselrolle in der AIOC besaß.<sup>353</sup> Der britische Botschafter in Teheran, Le Rougetel, glaubte, dass „die Unruhen im Südiran (im Erdölgebiet) von einer Tendenz zeugen, wo die Rechte gegen die Linke“ verlor.<sup>354</sup>

Das Foreign Office glaubte, dass der Streik eher „politisch als ökonomisch“ war.<sup>355</sup> Großbritannien fürchtete die Ausweitung des Streiks: „Wenn gegen die Tudeh-Partei kein Widerstand geleistet wird, kann sie mit ihrer politischen Stärke die Interessen Großbritanniens in Frage stellen.“<sup>356</sup>

---

<sup>348</sup> Notizen des FO, 15. April 1946, FO371/Persia-52673.

<sup>349</sup> Notizen des FO, 18. April 1946, FO371/Persia-52673.

<sup>350</sup> Siehe Täbris an Teheran, 1. Jan. 1946, FO371/Persia-52666.

<sup>351</sup> Siehe die Sowjetunion und der Nordiran, 15. März 1946, FO 371/Persia/52669.

<sup>352</sup> Bericht der iranischen Kommission an Bevin, Teheran, 12. Juli 1946, FO371/Persia-52716.

<sup>353</sup> Siehe Bevin an Le Rougetel, Telegramm Nr. 621, 14. Juni 1946, IOR, L/P&S/12-3491 A.

<sup>354</sup> Teheran an FO, 9. Juni 1946, FO371/Persia-52677.

<sup>355</sup> Siehe Teheran an FO, 8. Juni 1946, , FO371/Persia-52714.

<sup>356</sup> Teheran an FO, 4. Mai 1946, FO371/Persia-52647.

Nicht nur im Südiran war die politische Stimmung gegen die Briten, auch im Nordiran stabilisierten die Autonomieregierungen Aserbaidshans und Kurdistans ihre Herrschaft. Als Reaktion darauf bereitete das Foreign Office Pläne gegen das Kabinett Qavams vor. Es gab folgende Überlegungen:

- a) die Einstellung der fälligen Zahlungen der AIOC,
- b) die Gründung einer Autonomieregierung im Südiran als Gegengewicht zum sowjetischen Plan im Nordiran,
- c) die militärische Besetzung Khusistans, um Druck auf die iranische Regierung auszuüben.

Im Juli 1946 konnte der britische Premierminister Attlee aufgrund dieses Streiks das Parlament dazu bewegen, zwei Kriegsschiffe nach Abadan zu schicken sowie zwei Brigaden indischer Truppen in der Stadt Basra zu stationieren.<sup>357</sup>

Die Briten überlegten, ob es nicht besser wäre, wenn sie den Sowjets diese Provinzen überlassen sollten. Der britische Botschafter in Teheran Le Rougetel forderte: die iranische Regierung sollte lieber die Trennung Aserbaidshans in Kauf nehmen, als dass sie zuließ, dass die aserbaidshanischen Kommunisten im neuen Majlis Fuß fassen könnten.<sup>358</sup> Die britische Regierung war nicht dafür, den ganzen Iran den Sowjets zu überlassen, denn „weder wir (britische Regierung) noch die amerikanische Regierung können den Iran als Marionette (der Sowjetunion) mit Gleichgültigkeit anschauen. (...Wir beide) haben kein Interesse daran, dass unsere Erdölfelder im Nahen Osten in die Hände der Sowjets geraten.“ Der sowjetische Kampf gegen die Koalition der Briten und Amerikaner hatte mit den Aktivitäten der Tudeh-Partei gegen die AIOC schon begonnen. Dieses kann sehr leicht auf den Irak, Kuwait, Bahrein und Saudi Arabien ausgeweitet werden.<sup>359</sup>

Um gegen die sowjetische Politik gleichermaßen auftreten zu können, war Bevin der Meinung, dass die Briten die freundliche Gesinnung lokaler Persönlichkeiten im Iran (aus)nutzen und den britischen Plan - genau wie die sowjetische Taktik (im Nordiran) - durch Anspornen der Nomaden und der unzufriedenen Menschen in den Provinzen (im Südiran) realisieren sollten.<sup>360</sup>

Diese Ansicht vertrat auch O. Sargent, der Mitarbeiter im Foreign Office. Sargent erwog ein Anstacheln der Bevölkerung für Autonomiebestrebungen im Südwestiran, falls der Tudeh-

---

<sup>357</sup> Der Drei-Monate-Bericht, Teheran 20. Okt. 1946, FO 371/Persia-52706.

<sup>358</sup> Siehe Teheran an FO, 29. Okt. 1946, FO371/Persia-52685.

<sup>359</sup> Teheran an FO, 15. Juni 1946, FO371/Persia-52677.

<sup>360</sup> Siehe Bevin an Le Rougetel, Telegramm Nr. 621, 14. Juni 1946, IOR, L/P&S/12-3491 A.

Partei eine Machtübernahme gelingen würde. Auch L. Pyman, der andere Mitarbeiter des Foreign Offices, sprach von der Gründung eines anderen Aserbaidshans im Südwestiran als Reaktion Großbritanniens gegen die sowjetische Herrschaft.<sup>361</sup> Der britische Botschafter Le Rougetel räumte in einem Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter in Teheran ein, dass die traditionellen britischen Behörden im Iran mit dem Anspornen der Nomaden einverstanden waren, auch wenn London dagegen wäre. Daher erwähnte G. Allen, der amerikanische Botschafter in Teheran, die unterschiedlichen Positionen des Vertreters des Foreign Offices und des Vertreters der indischen Regierung unter Leitung von Skrine.<sup>362</sup>

Im Gegensatz zu den Mitarbeitern des Foreign Offices riet le Rougetel in seiner Antwort an Bevin von einem derartigen Anspornen ab, da die Beteiligung der Nomaden oder der Araber in der Politik mehr Nachteile als Vorteile hätte.<sup>363</sup> Aber drei Monate später, als Qavam drei Tudeh-Mitglieder in seinem Kabinett aufnahm und die Demonstrationen in den Erdölindustrien ihren Höhepunkt erreichten, war auch Le Rougetel für die Unterstützung eines Aufstands der Nomaden gegen die iranische Zentralregierung, denn zwei Ziele sollten erreicht werden:

- 1) der Sturz der Tudeh-Partei
- 2) das Hinausschieben der Parlamentswahl, solange die Tudeh-Partei im Kabinett Qavams vertreten war.<sup>364</sup>

Am 15. Juni 1946 hatte eine Gruppe mit dem Namen Khusistan-Gemeinde in einem Telegramm an Qavam von der Bildung einer Autonomieregierung in Khusistan gesprochen. Sie verlangte von der Regierung Qavams die gleichen Rechte wie die Autonomieregierung Aserbaidshans.<sup>365</sup>

Der amerikanische Botschafter in Teheran berichtete, dass die Briten beabsichtigten, mit der Installierung einer Autonomieregierung in Khusistan – gegen die Autonomieregierung in Aserbaidshans – zu einem politischen Gleichgewicht mit den Sowjets zu gelangen.<sup>366</sup>

Die Briten, die gegen die Stärke der Tudeh-Partei faktisch nichts unternehmen konnten, beschuldigten Ministerpräsident Qavam. Qavam reagierte schnell und schickte sofort eine Delegation unter Leitung von Firuz in die Krisenregion, die den Streik erfolgreich beilegte. Mit der Rückkehr von Ordnung und Sicherheit machte Großbritannien alle Zugeständnisse gegenüber den Arbeitern rückgängig.

---

<sup>361</sup> Notizen des FO, 18. und 20. Juni 1946. FO371/Persia-52715.

<sup>362</sup> Oberling, 1974:186, The Qashqai Nomads of Fars.

<sup>363</sup> Siehe Le Rougetel an Bevin, Bericht Nr. 228, 1.7.1946, IOR, L/P&S/12-3491 A.

<sup>364</sup> Siehe Le Rougetel an Bevin, Telegramme Nr. 1398, 30.8.1946 und Nr. 1496, 31.8.1946, E 8664 /5/34, FO371/Persia-52680.

<sup>365</sup> Siehe *Kayhan*, Nr. 984, 28.3.1946/18.6.1946.; Khameii, 1362/1983: 307, Memoiren, der verlorene Moment

<sup>366</sup> FRUS, 1946, Bd. VII, S. 301.

Die Beilegung des Streiks erhöhte das Ansehen der Tudeh-Partei. Die Stärke der Tudeh-Partei blieb im ganzen Land unangefochten.

Im August 1946 warf der iranische Minister M. Firuz dem britischen Konsul in Isfahan, Trott, die Provokation der Nomaden Bakhtiyaris vor. Der britische Botschafter in Teheran kam zu dem Schluss, dass „Qavam sein Land an die Sowjets verkauft hatte.“<sup>367</sup>

Am 20. September 1946 gaben Naser-Qaschqaii und die anderen Nomadenchefs in einem Telegramm an Qavam ihre Südbewegung bekannt. Sie forderten:

- 1) Bildung von Gemeinde- und Provinzräten in der Provinz Fars
- 2) Erhöhung der Abgeordnetenzahl der Provinz Fars im Majlis
- 3) Verbindung der iranischen Eisenbahnlinie mit der Provinz
- 4) Erneuerung des Kabinetts mit den korrekten Ministern.<sup>368</sup>

Die Südbewegung wurde organisiert, um im Iran Sicherheit und Ordnung in Frage zu stellen. Dem Bericht einer iranischen Zeitung zufolge hatten die Nomaden Qaschqais und Bakhtiyaris in der „Provinz Fars mehr als 300 Dörfer geplündert und dem Erdboden gleichgemacht.“<sup>369</sup>

Gleichzeitig mit der Südbewegung meldete sich aus der Stadt Kermanschah im Westiran die Qubadiyan-Bewegung. Diese Bewegung stand wie die Südbewegung in den von Großbritannien bis 1945 besetzten Gebieten. Qubadiyan, der Führer dieser Bewegung, der als Anhänger Großbritanniens bekannt war, verlangte die gleichen Rechte wie die aserbaidchanische Regierung. Er begründete seinen Aufstand mit der Beteiligung der Tudeh-Minister im Kabinett Qavams und forderte Qavam auf, diese zu entlassen.<sup>370</sup> Radio London sprach bereits von der Gründung dieser Bewegung, bevor Qubadiyan die iranische Regierung über seine Forderung in Kenntnis gesetzt hatte.<sup>371</sup>

Eine Atmosphäre der Unsicherheit und Anarchie sowie Angst vor der Zerstückelung des Landes beherrschte den Iran. Der Schah nutzte diesen Zustand und forderte Qavam auf, die Tudeh-Minister zu entlassen. Nach dem Bericht einer iranischen Zeitung, die den Standpunkt der Südbewegung verteidigte, hatte der Schah persönlich die Realisierung des Südbewegungsaufstandes befohlen,<sup>372</sup> um Qavam unter Druck zu setzen.

---

<sup>367</sup> British Military Attaché to the FO, 16. Oktober 1946, FO 371/Persia-1946/34-52711.

<sup>368</sup> Nourzade-Boscheri, 1327/1948: 25-27, Geheimnisse der Südbewegung; obwohl im Telegramm von der Entlassung der Tudeh-Minister direkt nicht gesprochen wurde, haben die Führer des Aufstandes im Gespräch mit der Regierung Qavams dies zum Ausdruck gebracht.

<sup>369</sup> Framerzi, in: *Kayan*, 23.5.1327/14.8.1948.

<sup>370</sup> Siehe Safari, M.A. „Das Westereignis“ in: *Donya* 1348/1959: 141-162, Nr. 25.

<sup>371</sup> Siehe Jami, 1355/1977: 396, Die Vergangenheit ist das Licht der Zukunft.

<sup>372</sup> *Stachar*, zit. n. *Mardom*, Nr. 252, 27.10.1326/18.1.1948.

Qavam geriet nun von allen Seiten unter Druck. Seine Regierung beschuldigte den Assistenten der militärischen Abteilung der britischen Botschaft in Teheran und den politischen Berater der AIOC, A. Woud, und die britischen Konsuln in Ahwaz und Isfahan, A. Trott und C. Gault, eine Rolle beim Anspornen der Nomaden gespielt zu haben. Daher forderte die iranische Regierung Großbritannien auf, diese drei Mitarbeiter aus dem Iran zurückzuordern.<sup>373</sup>

Obwohl die britische Botschaft in Teheran jegliche Einmischung in die Koalition zwischen den Nomaden Qaschqai und Bakhtiaris leugnete, behauptete Qavam, dass er Dokumente von geheimen Treffen zwischen Nomadenchefs und den Mitgliedern der britischen Konsulate in den Städten Isfahan, Ahwaz und Teheran in der Hand hatte.<sup>374</sup> Das Foreign Office gab zu, dass Trott mit den Nomadenchefs Kontakt gehabt hatte. Dies aber geschah im Rahmen seiner normalen Tätigkeit. Der amerikanische Konsul in Basra berichtete, dass Woud die arabischen Nomaden in Khusistan für den Kampf gegen die Tudeh-Partei vorbereitete.<sup>375</sup>

Le Rougetel räumte ein, dass die britischen Konsuln über die Verschwörung informiert und um Hilfe gebeten worden waren, sie jedoch diese nicht unterstützt hatten.<sup>376</sup> Die britische Äußerung war indes nicht überzeugend. Bevin war selbst unsicher, ob seine Anweisung bezüglich der Ablehnung des Anspornens der Nomaden in die Tat umgesetzt worden war oder nicht.<sup>377</sup> Jedoch veröffentlichte die britische Regierung unter dem Druck der USA und Qavams eine Erklärung, in der sie jegliche Beteiligung an der Südiran-Bewegung bestritt.<sup>378</sup> Diese Erklärung konnte die iranische Öffentlichkeit jedoch nicht überzeugen.

Nicht zuletzt setzte die amerikanische Regierung Qavam unter Druck und verlangte:

- a) Er sollte seine Kontakte zur Tudeh-Partei abbrechen
- b) und die Kontrolle der Zentralregierung über das ganze Land wiederherstellen.<sup>379</sup>

Damit Qavam seinen Standpunkt auf Druck des Schahs sowie der britischen und amerikanischen Regierung nicht aufgab, kam Sitschkow, der Leiter der Mittelostabteilung im sowjetischen Außenministerium, im Oktober 1946 in den Iran. Sitschkow forderte Qavam auf:

- 1) den Qavam-Sadchikow-Vertrag so schnell wie möglich im Majlis passieren zu lassen,
- 2) ein Militärbündnis mit der Sowjetunion zu unterzeichnen

---

<sup>373</sup> *Times* 30.9.1946.

<sup>374</sup> Moskau an FO, 27. Sep. 1946, FO371/Persia-52683.

<sup>375</sup> SD891.00 Teheran 2. und 9. Juli 1946, zit. n. Fawcett, 1992: 171, Iran and Cold War

<sup>376</sup> Teheran an FO, 26. Sep. 1946, FO371/Persia-52682.

<sup>377</sup> Teheran an FO, 13. Sep. 1946, FO371/Persia-52681.

<sup>378</sup> Teheran an FO, 1. Okt. 1946, FO371/Persia-52683.

<sup>379</sup> Siehe FRUS, 1946, VII, S. 496, 522-29.

3) aus dem Saadabad-Vertrag, den Sitschkow als antisowjetisches Bündnis bezeichnete, auszusteigen.<sup>380</sup>

Qavam entschied sich jedoch für die Zusammenarbeit mit dem Westen und mit dem Schah. Er trat am 17. Oktober 1946 zurück und wurde vom Schah wieder mit der Kabinettsbildung beauftragt. Bei der Erneuerung des Kabinetts waren die Tudeh-Minister nicht mehr dabei. Mit der Entlassung der Tudeh-Minister verschwanden alle Aufstände im West-, Zentral- und Südiran.

Die genaue Rolle der Briten in der Südbewegung blieb unklar. Jedoch wurde diese Bewegung als Warnung gegen die Politik Qavams verstanden. Vom Ergebnis des Aufstandes im Südiran profitierten jedoch die Briten und der Schah.

Nach dem Ende der Südbewegung resümierte Naser-Qaschqaii, Führer der Südbewegung, über seinen Aufstand im Südiran: „Die Autonomiebewegung in Aserbaidschan verletzte die iranische Unabhängigkeit. Teheran wurde von der radikalen linken Partei verwaltet, daher haben wir diese Bewegung organisiert. Aber alle wussten, dass die Südbewegung ein politisches Manöver ohne jegliche wissenschaftliche und kulturelle Grundlage war.“<sup>381</sup>

Die Wendung Qavams nach rechts machte die Realisierung der britischen Pläne im Iran überflüssig. Die Unterdrückung der Autonomieregierungen in Aserbaidschan und Kurdistan stabilisierte die Herrschaft des Schahs. Die Pressefreiheit wurde untersagt und die Anfangsphase einer Diktatur eingeleitet.

### **III.6. Die dritte Phase der britischen Iranpolitik**

#### **III.6.1. Die Rückkehr zur alten Strategie: Die iranische Teilung in zwei Einflusszonen 1947-1948**

Für Großbritannien stellte die Regierung Qavams trotz all seiner Zugeständnisse einen Risikofaktor dar. Zum anderen war nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges für Großbritannien „eine Entscheidungssituation gekommen, als die britische Regierung am 21. Februar 1947 erklärte, sie könne angesichts ihrer eigenen Finanzprobleme die bisher Griechenland und der Türkei gewährte Unterstützung nicht mehr zusagen.“<sup>382</sup> Daher versuchte die britische Regierung in direkten Verhandlungen mit der sowjetischen Regierung ihre Interessen im Südiran sicherzustellen. Im März 1947 traf Bevin Stalin und versprach ihm, dass

---

<sup>380</sup> Siehe *Daily Telegraph*, 14.10.1946

<sup>381</sup> *Aras be ja e iran-e-ma*, Nr.42, 1.12.1325/20.2.1947.

<sup>382</sup> Niedhart, 1989 :175-176, Internationale Beziehungen 1917-1947.

er den Iranern empfehlen würde, dem Erdölvertrag Qavam-Sadchikow treu zu bleiben. Stalin versicherte Bevin, dass er die Erdölinteressen Großbritanniens im Südiran anerkennen würde.<sup>383</sup> Auf diese Weise verhandelten die britische und sowjetische Regierung über den Iran nach dem Mustervertrag von 1907, jedoch warnte das Foreign Office den britischen Botschafter in Teheran am 2. September 1947 davor, dass die Briten die „Politik der Einflusszone“ nach dem Muster von 1907 im Iran betreiben wollten.<sup>384</sup>

Zum ersten Mal hatte M. Firuz, der iranische Botschafter in Moskau, zwischen dem 23. Juli 1946 und dem 23. Juli 1947 in seinem Bericht an Qavam den britischen Vorschlag erwähnt. Er berichtete, dass „zwei Monate zuvor die britische Regierung der sowjetischen Regierung vorgeschlagen habe, den Vertrag von 1907 wieder zu praktizieren, um den Konflikt zwischen beiden Ländern (im Iran) zu vermeiden.“<sup>385</sup> Die sowjetische Regierung habe diesen Vorschlag abgelehnt. Deswegen kam Firuz zu der Schlussfolgerung, dass „nach diesem Misserfolg die britischen Agenten im (Süd)iran aktiv geworden sind, sodass die Aufstände der Qaschqais, das Flüstern der Mullahs sowie die Entdeckung der Verschwörung im Süden (Südiran) das Resultat dieses Misserfolges sind.“<sup>386</sup>

Im Gegensatz zur Behauptung von Firuz akzeptierte aber die sowjetische Regierung den Vorschlag Großbritanniens (der Politik der Einflusszone). Es ist anzunehmen, dass die Sowjets die Ablehnung des britischen Vorschlages bekannt gaben, damit zum einen das iranische Parlament den Qavam-Sadchikow-Vertrag ratifizierte und sie sich zum anderen in der iranischen Öffentlichkeit als Verteidiger der iranischen Unabhängigkeit darstellten. Firuz kam zu dem Resultat, dass „sich die Sichtweise der britischen Politiker in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht geändert hatte.“<sup>387</sup> Aus heutiger Sicht ist festzustellen, dass sich weder die Mentalität der britischen noch die Denkweise der sowjetischen Politiker damals in dieser Hinsicht geändert hatten.

Der Bericht von Firuz blieb damals in den iranischen Archiven. Die iranische Öffentlichkeit erfuhr davon nichts. Aber als Anfang September 1947 die Sowjetunion Ministerpräsident Qavam drängte, den Vertrag vom April 1946 über das Erdöl dem neugewählten Parlament zur Ratifizierung vorzulegen, startete die iranische Presse eine heftige

---

<sup>383</sup> Bullock, 1983:381, Foreign Secretary 1945-1951.

<sup>384</sup> FO an Teheran, 2. Sep. 1947, FO 371/61972.

<sup>385</sup> Mosafar Firuz behauptete, dass eine vertraute Stelle ihn von diesem Angebot in Kenntnis gesetzt habe. Siehe AIA, Mosafar Firuz, (Moskau) an Qavam (Teheran), der Bericht des iranischen Botschafters in Moskau über die politische Situation der Sowjetunion insbesondere in bezug auf die politische Lage des Irans

<sup>386</sup> AIA, Mosafar Firuz (Moskau) an Qavam (Teheran) der Bericht des iranischen Botschafters in Moskau über die politische Situation der Sowjetunion

<sup>387</sup> AIA, Mosafar Firuz (Moskau) an Qavam (Teheran) der Bericht des iranischen Botschafters in Moskau über die politische Situation der Sowjetunion.

Auseinandersetzung über die britische Iranpolitik mit der Fragestellung, ob Großbritannien am damaligen sowjetischen Druck auf den Iran schuld gewesen wäre. Die Zeitung *Ettela'at* berichtete am 9. September 1947 über eine gemeinsame Verschwörung Großbritanniens und der Sowjetunion im Iran. Ihnen wurde vorgeworfen, in ihren geheimen Gesprächen einen ähnlichen Vertrag wie den Mustervertrag von 1907 abschließen zu wollen.<sup>388</sup> Einen Tag später wiederholte die Zeitung ihre Behauptung und beschwerte sich mit den folgenden Worten: „Wenn die Charta der Vereinten Nationen nur ein Wort ist, wenn die Akzeptanz der Unabhängigkeit und der Verfassung der Nationen nur ein Missverständnis und eine Utopie ist, wenn keine Rahmenbedingungen und Pflichten existieren und jeder macht, was er möchte... dann sind geheime Gespräche für den Abschluss von geheimen Verträgen ohne Bedeutung.“<sup>389</sup>

Die Zeitung *Mardom* von der Tudeh-Partei behauptete, dass „die freundliche Beziehung der sowjetischen Regierung (zum Iran) verhindert habe, dass diese Regierung mit den westlichen Ländern ein solches Abkommen abschließt, wie die Zeitung *Ettela'at* behauptet hatte.“<sup>390</sup>

Es ist unklar, woher die Information der Zeitung *Ettela'at* stammte. Anscheinend war die Behauptung von B.B.C. nicht mehr zutreffend, die besagte: „Die britische Iranpolitik ist wie das Wasser in einem durchsichtigen Glas. Die Durchsichtigkeit des Wassers lässt nicht zu, dass jeder das Wasser im Glas sehen kann.“<sup>391</sup> Es ist anzunehmen, dass die Sowjets den Iranern diese Information lieferten. Jedoch konnten damals weder die iranischen Politiker noch die iranische Presse auf die britischen Dokumente zugreifen. Heutzutage weiß man, dass die Einschätzung der iranischen Presse über die britische Iranpolitik korrekt war. In einem geheimen britischen Dokument wird berichtet, dass „sich Bevin in einem privaten Gespräch mit Stalin verpflichtete, den Zugriff der sowjetischen Regierung für den Erhalt der iranischen Erdölkonzession nicht zu verhindern. Großbritannien wird sogar der iranischen Regierung empfehlen, den Konzessionsvertrag für die Ratifizierung dem iranischen Parlament vorzulegen.“<sup>392</sup> Die Art und Weise dieser Gespräche durfte den Amerikanern nicht mitgeteilt werden, denn die Gefahr bestand, dass die Amerikaner vermuteten, dass die „Absicht und das Ziel unserer (britischen) Politik die neue Teilung des Irans in Einflusszonen ist,“<sup>393</sup> stand im Dokument.

---

<sup>388</sup> *Ettela'at*, 18.6.1326/ 9.9.1947.

<sup>389</sup> *Ettela'at*, 19.6.1326/ 10.9.1947.

<sup>390</sup> *Mardom*, 19.6.1326/ 10.9.1947.

<sup>391</sup> Radio B.B.C. am 14.8.1320/5.11.1941, zit. n. Jami 1355: 52, Vergangenheit ist das Licht der Zukunft.

<sup>392</sup> Notiz von A. Pymen, 29.9.1947, E 9466/1/34 – FO. 371/Persia- 61974.

<sup>393</sup> Notiz von A. Pymen, 29.9.1947, E 9466/1/34 – FO. 371/Persia- 61974.

Die Einstellung der iranischen Presse gegenüber der britischen Iranpolitik war korrekt und lieferte einen Grund dafür, dass das iranische Parlament trotz der britischen Empfehlung den Qavam-Sadchikow-Vertrag am 22. Oktober 1947 ablehnte. Mit dieser Entscheidung stellte das Majlis die britische Stellung im Südiran aufs Neue in Frage. Die britische Regierung musste damit rechnen, dass sie bald nach der sowjetischen Regierung an der Reihe war. Der Iran bereitete sich darauf vor, gegen die britischen Interessen im Südiran auf Konfrontationskurs zu gehen. Es war das Versäumnis der britischen Regierung unter Leitung von Attlee, die nicht bereit war, Reformen im Iran, insbesondere in der Erdölindustrie, durchzuführen.<sup>394</sup>

Im Jahre 1948 besuchte der Schah offiziell London. Er schreibt in seinem letzten Buch, dass er ein langes Gespräch mit Außenminister Bevin geführt hatte. In Bezug auf die Provinz Kermans antwortete Bevin: „Kerman liegt in unserer (britischer) Einflusszone.“ Der Schah entgegnete: „Ich dachte, dass der ganze Iran ein Teil der freien Welt ist.“<sup>395</sup> Diese Unterredung zeigt, dass die britische Regierung mit ihrer Mentalität noch im 19. Jahrhundert geblieben war.

Die britische Iranpolitik im Zeitabschnitt 1945-1948 war obsolet und veraltet. Sie passte nicht zur iranischen Situation nach dem Zweiten Weltkrieg. Die britische Regierung riskierte wegen der Sowjetunion ihre Vorteile im Iran, vergaß das iranische Volk und war der Verlierer der iranischen Invasion. Großbritannien legte nicht viel Wert auf die territoriale Einheit des Irans. Die iranischen Politiker dagegen waren trotz ihrer Regierungsunfähigkeit für die Wahrung ihrer territorialen Integrität.

### **III.7. Zusammenfassung**

Großbritannien hat den Iran in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts dreimal besetzt, mit der Begründung, dass sonst der Iran gegen die sowjetische Aggression keinen Widerstand hätte leisten können. Die Besetzung im Jahr 1941 geschah jedoch – im Unterschied zu den Besetzungen vorher- nach Absprache mit der sowjetischen Regierung. Deshalb wurde Großbritannien nicht mehr als Verteidiger der iranischen Souveränität betrachtet, sondern als ehemaliger Freund, der mit dem Feind ein Bündnis abgeschlossen hatte.

Mit der Besetzung änderte sich die wirtschaftliche Lage des Irans. Iranisches Getreide, das Verkehrssystem, die Erdöl- und die Industrieprodukte wurden den Alliierten zur Verfügung gestellt. Die daraus resultierende wirtschaftliche Krise hatte katastrophale Folgen für den Iran.

---

<sup>394</sup> Obwohl Attlee nachdem Wahlsieg seiner Partei im Juli 1945 ein umfangreiches Verstaatlichungsprogramm in Großbritannien durchführte und die Entkolonialisierung im britischen Weltreich mit der Aufgabe Britisch-Indiens (1947) und dem Rückzug aus Palästina (1948) einleitete, änderte er die britische Politik gegenüber dem Iran kaum.

Die Beziehung zwischen Großbritannien und dem Iran in der Zeit zwischen 1939 und 1948 ist durch drei Phasen gekennzeichnet:

- 1) Zwischen dem 1. September 1939 und dem 22. Juni 1941 war die Beziehung beider Länder normal.
- 2) Zwischen dem 22. Juni 1941 und dem 29. Januar 1942 hielten die Briten den Iran besetzt. Die Beziehung beider Staaten war deshalb hoch belastet. Die Briten setzten ihre Ziele in einer offensiven Iranpolitik durch.
- 3) Zwischen dem 29. Januar 1942 und dem 9. Mai 1945 wurde die Beziehung beider Länder fortgesetzt, allerdings war sie immer noch durch den Invasionsschock vom 22. Juni 1941 belastet.
- 4) Zwischen dem 9. Mai 1945 und März 1947 reagierte Großbritannien auf die sowjetischen Aktivitäten im Nordiran und geriet in die Defensive. Auch Wechsel zur Labour Party änderte diesen Zustand nichts.
- 5) Zwischen März 1947 und 1948 kehrte die britische Regierung zu ihrer alten Strategie (die Teilung des Irans in zwei Einflusszonen) zurück.

Der britische Einfluss in der iranischen Öffentlichkeit zwischen 1941 und 1948 ist durch drei Phasen gekennzeichnet:

- 1) Im Jahre 1941 kümmerte sich die britische Regierung um die iranische Öffentlichkeit. Sie setzte die Besetzung des Irans erfolgreich durch, stürzte Reza Schah, unterstützte die Propagandatätigkeit gegen das Deutsche Reich und gab sich als Befreier des Irans von der Diktatur aus.
- 2) Zwischen 1942 und 1943 kümmerte sich die britische Regierung nicht um die iranische Öffentlichkeit, da sie auf der einen Seite mit dem Warentransport in die Sowjetunion und auf der anderen Seite mit der Herstellung der iranischen Ordnung beschäftigt war.
- 3) Zwischen 1943 und 1946 setzte sich die britische Regierung für den Rückgewinn der iranischen Öffentlichkeit ein und versuchte mit verschiedenen Mitteln (Veröffentlichung von Zeitungen oder Verlesung von Nachrichten an Sammelplätzen), die Iraner für die alliierten Zwecke zu gewinnen. Diese Werbung hatte insoweit Erfolg, als die Iraner im Krieg neutral blieben.
- 4) Von 1946-1948 versuchte die britische Regierung, die Iraner mit englischer Gesellschaft und Lebensart bekannt zu machen. Aber die Iraner hatten das Interesse daran verloren. Sie hatten sich für einen stärkeren Partner, die USA, entschieden.

---

<sup>395</sup> Pahlavi, 1980: 213-214, Answer to History.

Die britische Regierung konnte in der Zeit zwischen 1941 und 1948 nicht mehr behaupten, dass sie die Unabhängigkeit des Irans verteidigte, wie sie es zwischen 1906 und 1939 getan hatte. Die britische Regierung zeigte in dieser Zeit, dass sie auf die Unabhängigkeit des Irans und seine territoriale Integrität nicht viel Wert legte. „Die iranischen Politiker verteidigten jedoch die Bewahrung der nationalen Einheit und sicherten die iranische Unabhängigkeit mit Unterstützung der USA.“<sup>396</sup>

---

<sup>396</sup> Fawcett, 1992: 175, Iran and Cold War.

**Die Empfehlung Mahmud-Mahmuds an Qavam: „Du sollst dich an die britische Politik im Iran anlehnen, dein Gesicht den Sowjets zuwenden, um zu handeln, und deine Hände zu den Amerikanern ausstrecken, um an den Kredit zu gelangen.“<sup>1</sup>**

#### **IV. Der Iran und die Sowjetunion**

##### **IV.1. Die sowjetisch-iranischen Beziehungen bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges im Jahre 1939**

Die Nachbarschaft Irans zu Russland war bestimmende Gegebenheit für die iranische Außenpolitik. Schon Schah Abbas der Große (1587-1628) gestaltete einen Versuch, die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen beider Nachbarländer zu intensivieren. Der Versuch scheiterte am Desinteresse der Russen. Im 19. Jahrhundert fand eine Umwandlung der Machtverhältnisse in der Region statt. Das Land Iran<sup>2</sup>, „welches bis dahin als Zentrum der Welt und einer der sieben Erdteile erachtet wurde, schränkte sich in den Revisionen des 19. Jahrhunderts auf die heutigen Grenzen Irans ein.“<sup>3</sup> Dagegen behauptete sich Russland als eine Großmacht in der Region. Die russische Regierung konnte sich durch zwei entscheidende Kriege (1801-1813 und 1826-1828)<sup>4</sup> und mit den verschiedenen Verträgen zwischen 1864 und 1885 160.000 km<sup>2</sup> von iranischen Gebieten einverleiben.<sup>5</sup> Die russische Regierung konnte das Kaspische Meer unter ihre Kontrolle bringen und den Handel mit den Provinzen im Nordiran selbst regeln. Die einzige nennenswerte Militäreinheit (Qosaq) des Irans unterlag der Kontrolle der russischen Kommandeure, die zur politischen Einflussnahme auf den iranischen Herrscher in Teheran genutzt wurde. So konnte Russland – wie es beabsichtigt hatte – die Provinzen im Nordiran besetzen, zum Persischen Golf vorrücken und von dort aus die Sicherheit Indiens in Frage stellen.<sup>6</sup> Die Einschränkung des iranischen Machthabers war so stark, dass Nasser ed-din Schah (1849-1896) in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zum Ausdruck brachte: „Wann immer ich in den Süden (des Irans) reisen möchte, protestiert der Botschafter des Zaren. Wann immer ich in den Norden (des Irans) möchte, protestiert der englische Botschafter. Zur Hölle mit einem Königreich, in dem ein König noch nicht einmal

---

<sup>1</sup> Eskandari, 1372/1993: 216, Memoiren.

<sup>2</sup> Iranzamin (das Land Iran).

<sup>3</sup> Towfigh, 2000:101, Modernisierung und postkoloniale Herrschaft in Iran. Siehe Ehlers, 1980:172, Grundzüge einer geographischen Landeskunde.

<sup>4</sup> Siehe Nafici, 1368/1989, Die soziale und politische Geschichte des Irans.

<sup>5</sup> Badi'ie, 1367/1988: 19, Geographie des Irans.; Kazemzadeh, 1968: 1-99, Russia and Britain in Persia, 1864-1914;.

<sup>6</sup> Curzon, 1889: 273ff, Russia in Central Asia, and the Anglo-Russian Question.

sein eigenes Land durchqueren (darf).“<sup>7</sup> Russland war in der Lage, „durch Moskaus Weg nach Europa“<sup>8</sup> zu schauen und „britische Ansprüche in Asien als mögliche Antwort auf Entwicklungen in Europa anzufechten.“<sup>9</sup> Der Iran versuchte dagegen, seine politische Existenz durch geschicktes Ausbalancieren der gegensätzlichen Kräfte (Russland und England) zu bewahren. Wie erfolgreich dieses politische Balancespiel des Irans war, hing von der russischen Empfindsamkeit, den Interessen und teilweise von globalem Machtgleichgewicht ab, das den intensiven und anhaltenden Druck der Russen auf den Iran relativierte.<sup>10</sup>

Bereits mit dem Aufkommen der konstitutionellen Bewegung im Iran (1906) stellte sich die russische Regierung gegen diese Bewegung und unterstützte die Eingriffe der turkmenischen Nomadenstämme aus russischem Gebiet kurz vor der konstitutionellen Revolution im Jahre 1906. Das starke Russland hemmte jede iranische Entwicklung, die militärischen sowie wirtschaftlichen Nutzen hätte haben können, wie z. B. den Bau von Eisenbahnen.

Erst nach dem Sieg Japans war das schwache Russland im Jahre 1907 bereit, mit Großbritannien einen Vertrag abzuschließen und sich mit der Teilung des Irans in zwei Einflusszonen zufrieden zu geben. Ein Jahr später (1908) waren es wiederum die Russen, die es Mohammed Ali Schah (1906-1909) ermöglichten, die alte Ordnung gegen das konstitutionelle Regime in Teheran für kurze Zeit wiederherzustellen. Die Schwäche der Anhänger der konstitutionellen Verfassung, eine staatliche Ordnung zu errichten, die über die Grenzen Teherans hinausreichte, nicht zuletzt bedingt durch die starke Position der Provinzverwaltungen, die unter den Bedingungen der halbkolonialen Herrschaft jeweils von russischer und britischer Seite gegen die Zentralgewalt ausgespielt wurden, sowie der Ausbruch von unübersichtlichen Machtkämpfen zwischen Stammesaristokratien in unterschiedlichsten Koalitionen führten zu einer bürgerkriegsähnlichen Situation und besiegelten 1911 das Schicksal der neuen parlamentarischen Ordnung, bevor im Zuge des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges und aus Angst vor deutscher Einflussnahme das Land von russischen und britischen Truppen besetzt wurde.

---

<sup>7</sup> Parvizi Amineh, 1999: 109, Die globale kapitalistische Expansion und Iran.

<sup>8</sup> Niedhart, 1979: 13, Handel und Krieg in der britischen Weltpolitik 1738-1763.

<sup>9</sup> Chubin, 1981: 33, Die Sowjetunion und die Staaten am Persischen Golf.

<sup>10</sup> Vgl. Zürrer, 1978: 400, Persien zwischen England und Russland; siehe auch Kazemzadeh, 1968: Russia and Britain in Persia, 1864-1914. A Study of Imperialism.

Russland zementierte die Teilung Irans durch den zweiten Vertrag im Jahre 1915, mit dessen Unterzeichnung Russland sein Problem mit England im Iran löste. Nach diesem Abkommen schien faktisch kein Iran mehr zu existieren. Dieser Zustand änderte sich, als die Oktoberrevolution das alte System in Russland zu beseitigen versuchte. Nach dem Sieg der Oktoberrevolution im Jahre 1917 annullierte die neue Regierung unter Lenin alle russischen Kolonialverträge<sup>11</sup>, die mit der iranischen Regierung abgeschlossen worden waren, unter anderem auch den Vertrag von 1907 zwischen Russland und England.<sup>12</sup> So erklärten Lenin und Stalin, "dass der Vertrag über die Aufteilung Irans zerrissen und vernichtet ist. Sobald die Kriegshandlungen eingestellt sind, werden die Truppen aus dem Iran zurückgezogen, wird den Iranern das Recht der freien Bestimmung über ihr Schicksal gesichert werden."<sup>13</sup> Diese Aussage besagte gleichzeitig, dass sich die neue Regierung von der traditionsgemäß empfindlichen Position der Zaren an ihrer Peripherie distanzieren und den Nachbarstaat Iran mit einem Anteil von ca. 2000 km gemeinsamer Grenze freie Entwicklung sichern wollte.

Die sowjetische Regierung zog ihre Truppen aus dem Iran zurück und beschäftigte sich mit der sowjetischen Innenpolitik. Nach dem Rückzug der sowjetischen Truppen aus dem Iran marschierten die britischen Truppen in den Nordiran ein. Sie nahmen damit auch die nördlichen Teile des Landes unter ihre Kontrolle und schlossen mit der iranischen Regierung das „Vusuq-ad-daule-Abkommen“ am 9. August 1919, durch das der Iran faktisch in ein „britisches Protektorat verwandelt wurde.“<sup>14</sup> Dieser Vertrag führte zu Protesten im ganzen Land und zum Aufkommen dreier Aufstände im Nordiran (Chiyabani, Jangal und Pesyan) gegen die iranische Zentralregierung. Die sowjetische Regierung, die gegen diesen Vertrag war, unterstützte diese drei Aufstände.

Sowohl die Anwesenheit der britischen Truppen im Iran, die eine Gefahr für die sowjetische Sicherheit darstellte, als auch die innenpolitischen Probleme der Sowjetunion zwangen die sowjetische Regierung dazu, die diplomatischen Kontakte mit der iranischen Zentralregierung wiederherzustellen. So wies Lenin am 22. Dezember 1920 in seiner Rede vor dem 8. Sowjetkongress auf positive Resultate der sowjetisch-persischen Gespräche hin.<sup>15</sup>

---

<sup>11</sup> Die Annullierung der Kolonialverträge seitens der Sowjetunion sollte dazu dienen, den englischen Einfluss im Iran zu schwächen bzw. England indirekt aufzufordern, ebenfalls die Verträge zu annullieren und das Land zu verlassen.

<sup>12</sup> Für die Annullierung des Vertrages siehe Eudin /North, 1957: 93, *Soviet Russia and the East, 1920-1927, A documentary Survey*, III.

<sup>13</sup> Lenin an Stalin 1939: 671ff, *Das Jahr 1917.*; vgl. Fatemi, 1952: 325-326, *Diplomatic history of Persia*.

<sup>14</sup> Mahrad, 1977:22, *Iran unter der Herrschaft Reza Schahs*.

<sup>15</sup> Geyer, 1955: *Die Sowjetunion und der Iran*.

Was hier die sowjetische Führung gegenüber dem Iran versprach, wurde im Freundschaftsvertrag<sup>16</sup> am 26. Februar 1921 (Artikel 2) zwischen beiden Ländern festgelegt.<sup>17</sup> Mit der Unterzeichnung dieses Vertrags, die eine Wandlung der politischen Position der Sowjetunion gegenüber dem Iran bedeutete, hörte die sowjetische Regierung auf, die drei Aufstände im Nordiran (Chiyabani, Jangal und Pesyan), die mit sozialistischen Ideologien in der Sowjetunion sympathisierten und gegen die Zentralregierung in Teheran kämpften, weiter zu unterstützen. Die Sowjets wollten eher mit der iranischen Regierung in Teheran zusammenarbeiten, denn der Iran sollte bei der Befreiung der unterdrückten Nationen im Orient mithelfen. In diesem Zusammenhang kam der Befreiung des ganzen Irans aus geopolitischen Gründen eine existenzielle Bedeutung zu. Um „den Schlüssel der Orientrevolution“ in die Hände zu bekommen, mussten die Sowjets „den Iran politisch erobern.“<sup>18</sup> Der Wunsch der sowjetischen Regierung blieb jedoch unerfüllt, zumal Reza Schah nach der Stabilisierung seiner Macht im Jahre 1925 versuchte, sich von den Sowjets und ihren Plänen zu distanzieren und das Land mit Waffen hochzurüsten. Reza Schah verbot jegliche kommunistische Aktivität im Iran<sup>19</sup> und ließ die iranische Regierung den Saadabad-Vertrag<sup>20</sup> im Jahre 1937 unterzeichnen, der als feindlicher Akt gegenüber der Sowjetunion zu verstehen war.<sup>21</sup> Er verhinderte sogar im Jahre 1938, dass der Handelsvertrag zwischen beiden Ländern verlängert wurde. Deswegen sank der iranische Außenhandel mit der Sowjetunion, der im Jahre 1937 34% des gesamten iranischen Außenhandels betragen hatte und an der zweiten Stelle des iranischen Außenhandels stand, im Jahre 1938 auf 11,5% und im Jahre 1939 auf 5%.<sup>22</sup> (Tab.1 – Tab. 6).

Der Abbau der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen war das Ziel der iranischen Regierung unter Herrschaft Reza Schahs. Die Fortsetzung dieser Politik hatte sich bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges im September 1939 nicht geändert.

---

<sup>16</sup> Die sowjetische Regierung hatte gleiche Verträge mit Afghanistan und der Türkei abgeschlossen. Die Verträge dienten als Mittel zur „Einschränkung des britischen Einflusses“ im Orient. Eudin/North, 1957: 91, Soviet Russia and the East, 1920-1927.

<sup>17</sup> Bayat, 1356/1977 :206, Über zwei Verträge, 1919 und 1921.

<sup>18</sup> Eudin/North, 1957: 92, Soviet Russia and the East, 1920-1927, III.

<sup>19</sup> Siehe SAMI, 1370/1991: Die Dokumente der politischen Partei Irans, Die kommunistische Tätigkeit in der Reza Schah-Zeit 1921-1931, Bayat (Hg).

<sup>20</sup> Für die britische Meinung über den Saadabad-Vertrag siehe Woodward /Butler, 1952-1963:463, 796, Documents on British Foreign Policy, 1919-1939, First Series, Vol. V.

<sup>21</sup> Iwanow, 1356/1977: 90, Die neue Geschichte Irans.; Ebert/ Fürtig/Müller 1987: 28, Die Islamische Republik.

<sup>22</sup> Veröffentlichung des iranischen Finanzministeriums (Wezarat Darai) 1325/1946: 5ff.

## **IV.2. Die sowjetisch-iranischen Beziehungen vom Ausbruch des Zweiten Weltkrieges im Jahre 1939 bis zum sowjetischen Einmarsch in den Iran im Jahre 1941**

Als am 1. September 1939 der deutsche Angriff auf Polen begann, erklärte sich der Iran für neutral und versuchte, sich aus dem Krieg herauszuhalten und seine Beziehungen zu allen Kriegsgegnern fortzusetzen. Am 23. August 1939 schlossen die Deutschen und die Sowjets einen Nichtangriffspakt ab. Der Vertrag galt als Alarmsignal für die iranische Regierung, die sich von der Sowjetunion bedroht fühlte, da der Einmarsch sowjetischer und deutscher Truppen gegen die Briten im Südiran befürchtet wurde. Die Zeitung *Ettela'at*<sup>23</sup> übersetzte einen Artikel aus der Kölnischen Zeitung (vom 15. November 1939) am 19. Dezember 1939, in dem gefordert wurde, dass die Sowjetunion zum Persischen Golf vordringen und die Stelle der Briten einnehmen sollte.

Die Zusammenarbeit von Sowjets und Deutschen zwang die iranische Regierung, eine militärische Kooperation mit den Briten anzustreben. Die Verhandlungen mit der britischen Regierung Anfang Januar 1940 führten jedoch zu keinem Militärbündnis gegen die Sowjetunion. Deshalb versuchte der Iran zwangsweise, gegenüber der sowjetischen Regierung eine Beschwichtigungspolitik zu betreiben. In diesem Sinne wurde am 25. März 1940 ein Handelsvertrag (zu Gunsten der Sowjets) mit der Sowjetunion in Moskau unterschrieben.<sup>24</sup> Dieser Vertrag räumte der sowjetischen Handelsdelegation weitreichende Rechte innerhalb des Irans ein (Art. 5-7). Die Sowjets erhielten die Erlaubnis, mit den iranischen Kaufleuten direkt zu verhandeln und die Staatsmonopole zu umgehen (Art. 9).<sup>25</sup>

In der zweiten Junihälfte 1940 besetzte die sowjetische Armee Litauen, Lettland, Estland, Bessarabien und die Nordbukowina. Ende Juni war die große sowjetische Truppenansammlung an der nördlichen Grenze des Irans ein weiterer Grund zur Beunruhigung der Iraner.<sup>26</sup> Der iranischen Regierung blieb nur der Weg, die bestehende Freundschaft zwischen Deutschland und der Sowjetunion für ihre eigenen Interessen zu nutzen. Auch die sowjetische Regierung zeigte in ihren Verhandlungen mit Deutschland besonderes Interesse an den südlichen Nachbarländern. Der sowjetische Außenminister Molotow beharrte auf den Ansprüchen seines Landes auf den südlichen Raum von „Baku, Batum in Richtung Persischer Golf“,<sup>27</sup> die Deutschen waren ebenfalls dafür, den Sowjets eine

---

<sup>23</sup> *Ettela'at* 26.9.1318/19.12.1939

<sup>24</sup> Für den Handelsvertrag zwischen dem Iran und der Sowjetunion am 25. März 1940 siehe Degras (ed.), 1953: 424-435, Soviet Documents on Foreign policy 1933-1941, III.; Hirschfeld, 1980: 233, Deutschland und Iran im Spielfeld der Mächte.

<sup>25</sup> Abschluss des iranisch-sowjetischen Handelsabkommens in: *Ettelaát*, 22.12.1318/ 13.3.1940.

<sup>26</sup> Hirschfeld, 1980: 240, Deutschland und Iran im Spielfeld der Mächte.

<sup>27</sup> Sonntag/ Beddie, 1948: 258-9, Nazi-Soviet Relations 1939-1941.

aktive Rolle im Iran und in Afghanistan zuzuschreiben, um den Einfluss Großbritanniens in der Region zu schwächen.<sup>28</sup>

Dieser Versuch brachte wenig Früchte, da am 22. Juni 1941 Deutschland die Sowjetunion angriff. Die neue Orientierung im Krieg hatte eine Änderung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Iran und der Sowjetunion zur Folge. Wieder waren die Freunde zum Feind geworden.<sup>29</sup> Die iranische Regierung fühlte sich einsam, insbesondere da jeden Tag neue Nachrichten über den Iran, seine politische und militärische Stärke und seine Position gegenüber der Sowjetunion veröffentlicht wurden. Die Zeitung *Ettela'at* wehrte sich dagegen. Sie schrieb in ihrem Leitartikel:

„Vor einigen Tagen hatten die sowjetische und die deutsche Regierung gute Beziehungen zueinander. Trotzdem versuchten die Abenteurer, unseren Nachbarstaat im Norden einzuschüchtern, um die guten Beziehungen zwischen uns (Iran) und der Sowjetunion in Frage zu stellen. Sie behaupteten, dass die Sowjets und die Deutschen gegen den Iran koalitiert haben. (...) Aber in diesem Moment, in dem Deutschland der Sowjetunion den Krieg erklärt hat, wollen (die Abenteurer) mit dieser Ausrede, dass im Iran viele Deutsche leben, die iranisch-sowjetischen Beziehungen wieder in Frage stellen, und empfehlen direkt, dass die sowjetische und britische Regierung gemeinsam den Iran unter Druck setzen. Der Iran bleibt neutral und versucht, seine Freundschaftsbeziehungen mit allen Ländern, besonders mit den Nachbarländern, zu pflegen.“<sup>30</sup>

Die Sowjets und die Briten übten weiterhin Druck auf die iranische Regierung aus. Daher schrieb *Ettela'at* neun Tage später in seiner Ausgabe, dass „nur 690 Deutsche (nicht einmal ein Viertel der Briten) im Iran leben.“<sup>31</sup>

Trotz aller Maßnahmen, die die iranische Regierung gegenüber den Deutschen im Iran ergriffen hatte, marschierten die Sowjets und die Briten gemeinsam im August 1941 in den Iran ein. Mit dieser Handlung begannen die Sowjets eine neue Phase ihrer Beziehungen mit dem Iran seit der Oktoberrevolution. Nicht nur die politischen Beziehungen, die seit der Machtergreifung Reza Schahs im Jahre 1941 bis zum Einmarsch der sowjetischen Truppen in den Iran im Jahre 1941 als „Kalter Krieg“ zu bezeichnen waren,<sup>32</sup> sondern auch das wirtschaftliche Interesse der Sowjetunion führte zur Wandlung der sowjetischen Politik gegenüber dem Iran. Der Abbau der wirtschaftlichen sowie politischen Beziehungen des Iran

---

<sup>28</sup> FRUS, 1940, Bd. III, S. 621-622.

<sup>29</sup> In der iranischen Geschichte geschah es oft, dass eine europäische Macht ihre Seite wechselte und der Iran Opfer dieser Parteiänderung wurde.

<sup>30</sup> *Ettela'at* 8.4.1320/ 29.6.1941.

<sup>31</sup> *Ettela'at* 17.4.1320/ 8.7.1941.

<sup>32</sup> Vgl. Javanschir, 1356/1977: 178, 50 Jahre friedliche Koexistenz zwischen dem Iran und der Sowjetunion.

zur Sowjetunion diene als einer von mehreren Gründen für letzteres Land, um dem Vorschlag des britischen Außenministers Eden, in den Iran einzumarschieren, mit voller Begeisterung entgegenzukommen.<sup>33</sup>

Die iranische Regierung, die wegen der sowjetischen Invasion in großer Sorge war, hatte sich militärisch hochgerüstet. Obwohl bis auf wenige „Ausnahmen die UdSSR als eine Macht galt, deren außenpolitische Zielsetzung keine offene Aggression befürchten ließ,<sup>34</sup> wie Niedhart zu Recht feststellte, konnte die iranische Regierung die Interessen der Sowjets traditionsgemäß nicht außer acht lassen. Die militärische Hochrüstung des Landes konnte aber nicht den Einmarsch sowjetischer Truppen in den Iran verhindern.

Am 25. August 1941<sup>35</sup> gegen vier Uhr marschierten die sowjetischen Truppen über drei Wege in den Iran ein. Die erste Gruppe über Jolfa nach Täbris, die zweite Gruppe über Astaran nach Bandar-Pahlavi (Ansali) und die dritte Gruppe über die Nordostgrenze in der Provinz Khurasan nach Maschhad. Die Sowjets bombardierten mit ihren Kampfflugzeugen die Städte wie Täbris, Ardabil, Rezaiya, Chui und Mako im Nordiran.<sup>36</sup>

Die iranische Regierung stellte ihren Kampf gegenüber der sowjetischen Regierung ein und verlangte in einem Brief am 28. August 1941, mit dem Bombardement aufzuhören.<sup>37</sup>

Der sowjetische sowie der britische Botschafter bekräftigten in einer Zusammenkunft mit dem iranischen Ministerpräsidenten sowie dem iranischen Außenminister, dass „ihre Regierungen keine Pläne gegen die iranische Unabhängigkeit haben. Ihre Truppen sind in den Iran vorgerückt, da die iranische Regierung die Deutschen nicht ausweisen wollte. Sie finden keinen Grund für weitere militärische Interventionen, wenn die iranische Regierung mit ihnen (der sowjetischen sowie der britischen Regierung) zusammenarbeiten würde.“<sup>38</sup>

Obwohl die sowjetische Regierung ihre militärischen Maßnahmen offiziell eingestellt hatte, rückten die sowjetischen Truppen weiter in den Iran vor. Sie hoben beim Einmarsch in den Iran die Grenzkontrolle zwischen beiden Ländern auf. In jedem Dorf richteten sie eine Militärkontrolle ein und überwachten den Verkehr streng. Faktisch gab es nur die Grenzkontrolle zwischen der englischen und der sowjetischen Zone im Zentraliran. Die

---

<sup>33</sup> Protokoll des britischen Kriegskabinetts, 28.7.1941, in; CAB 65/19, W. M. 75 (41)2.

<sup>34</sup> Niedhart, 1972:44, Großbritannien und Sowjetunion 1934-1939.

<sup>35</sup> Brune/Whitnah, 1985:785, Chronological History of United States Foreign Relations 1776 to January 20, 1981, II.

<sup>36</sup> Die Erklärung Nr. 1 des iranischen Generalstabs, in: *Ettela'at* 3.6.1320 /25.8.1941.

<sup>37</sup> Bericht Ali Soheily, der iranische Außenminister an das Parlament am 9.9.1941, zit. n. *Ettela'at* 18.6.1320/9.9.1941.

<sup>38</sup> *Ettela'at* 18.6.1320/ 9.9.1941.

sowjetischen Soldaten beuteten das Eigentum der iranischen Bevölkerung sowie das Eigentum der staatlichen Organisationen teilweise aus und beschlagnahmten es.<sup>39</sup>

### **IV.3. Die erste Phase der sowjetischen Iranpolitik von 1941 bis 1945**

#### **(Doppelstrategie der Sowjets : Kooperation mit der iranischen Bevölkerung versus Konfrontation mit der iranischen Regierung)**

##### **IV.3.1. Kooperation mit der iranischen Bevölkerung 1941-1943**

Als die Sowjets den Iran besetzten, betrieben sie eine Doppelstrategie: Zum einen kooperierten sie mit der iranischen Bevölkerung, und zum anderen gingen sie auf Konfrontation mit der iranischen Regierung. Daher wird diese Doppelstrategie eigens in diesem Kapitel behandelt. Die Behauptung, dass die sowjetische Regierung in dieser Zeit ein umfassendes Programm in Bezug auf den Nordiran besaß, wie manche amerikanischen Theoretiker des Kalten Kriegs glauben,<sup>40</sup> ist von der Realität sehr weit entfernt. Es steht jedenfalls fest, dass die sowjetische Regierung vorrangig mit dem Krieg und den daraus resultierenden Problemen beschäftigt war. Die Anfangserfolge der deutschen Armee hinderten die Sowjets daran, einen umfassenden Plan für den Iran zu entwickeln. Daher war die sowjetische Iranpolitik von 1941 bis zum Sieg in Stalingrad Anfang 1943 eine sporadische und temporäre Reaktion auf lokale Probleme. Ihre dauerhafte Anwesenheit zwang die Sowjets schließlich dazu, einen Plan für den Iran auszuarbeiten.

Die Frage, ob der sowjetische Plan eine Fortsetzung des Schutzes der sowjetischen Interessen in den 30er Jahren war oder einen neuen Entwurf beinhaltete, wird Fokus dieser Arbeit sein. Ein Vergleich zwischen 1919 und 1941 lässt erkennen, dass die sowjetische Armee im Jahre 1919 als Konsequenz einer ideologischen Revolution in der Sowjetunion aus dem Iran abgezogen war. Der Abzug der Truppen war als ein Zeichen des guten Willens der sowjetischen Regierung betrachtet worden und des Bestrebens, die ehemals durch den Zaren verursachten Schäden wieder gutzumachen. Der neue Standpunkt der sowjetischen Regierung gegenüber dem Iran wurde in der iranischen Literatur sehr geehrt und gelobt.<sup>41</sup> Die Iraner erfuhren von der Oktoberrevolution in Russland nichts, denn in der Ära Reza Schahs war jede kommunistische Aktivität untersagt. Die Anhänger der kommunistischen Ideologie sowie die

---

<sup>39</sup> AIA, Bericht des Außenministeriums an Ministerpräsident, Nr. 2591, 14.11.1320/3.2.1942, politische Abteilung Nr. 2.

<sup>40</sup> Mastny, 1979: xvii, *Russia's Road to the Cold War: Diplomacy, Warfare and the Politics of Communism, 1941-1945*.

<sup>41</sup> Siehe Bahar, 1371/1992: 23-30, *Die Geschichte der politischen Parteien Irans*, Bd. 1.

Mitglieder des sowjetischen Konsulats im Iran wurden durch die iranische Regierung streng überwacht.<sup>42</sup> Die sowjetischen Zeitungen, Zeitschriften sowie sowjetische Filme durften nicht im Iran vorgeführt bzw. verkauft werden. Deshalb blieb jegliche politische und kulturelle Austauschmöglichkeit beiden Ländern fast 20 Jahre verwehrt. Die iranische Regierung hielt an ihrem traditionellen Kurs fest und distanzierte sich von den sowjetischen Interessen im Iran.

Die Besetzung Irans und der darauf folgende Sturz Reza Schahs im Jahre 1941 gab den Sowjets eine großartige Gelegenheit, ihre Aktivitäten im Iran nach 20 Jahren wiederaufzunehmen und den Iranern von ihrer mentalen Revolution und den daraus resultierenden Veränderungen zu berichten. Die Sowjets legten großen Wert auf ihre Präsentation. Sie waren gegenüber dem iranischen Volk freundlich und verständnisvoll. Ihr Vorgehen im Iran war weder aggressiv noch feindselig. Die sowjetische Werbung konzentrierte sich auf die internationale kommunistische Ideologie. Um die kommunistischen Ideen unter der iranischen Bevölkerung verbreiten zu können, wurde in der sowjetischen Botschaft, direkt nach der Besetzung, eine Presseabteilung eingerichtet. Die Aufgaben der Presseabteilung wurden in den Städten und in den Dörfern den sowjetischen Konsulaten sowie der sowjetischen Armee überlassen. Nach dem Bericht des britischen Konsuls in Maschhad nahm die sowjetische Armee aktiv an der „politischen Propaganda“ teil.<sup>43</sup> Auch der iranische Konsul in Baku berichtete, dass die sowjetische Regierung zusätzlich „einige ihrer besten Beamten von der politischen Abteilung (...der kommunistischen Partei) mit militärischen Uniformen in den Iran schickte, um Büros in den besetzten Städten zu gründen. Diese Büros hatten zwei Aufgaben: die Kontrolle der Bevölkerung und das Propagieren (der sowjetischen Ideen) unter dem Volk.“<sup>44</sup> Ferner waren die ernannten Beamten<sup>45</sup> zuständig für Gründung und Druck der Zeitung und Flugblätter in den Provinzen 3 und 4 (Aserbaidschan und Kurdistan). Ebrahimhof veröffentlichte die Zeitung *Vatan Pulunda*<sup>46</sup>. Diese Zeitung wurde in türkischer Sprache in Baku gedruckt, beinhaltete die sowjetischen Nachrichten über den Krieg und akzentuierte die freundschaftliche Beziehung zwischen sowjetischen und iranischen Aserbaidschanern.<sup>47</sup> Die Zeitungen und Zeitschriften, die die „Iraner mit sowjetischer Unterstützung druckten, waren u. a. die Zeitung *Aserbaidschan* unter Aufsicht

---

<sup>42</sup> Siehe SAMI, 1370/1991: Die Dokumente der politischen Partei Irans, Die kommunistische Tätigkeit in der Reza Schah-Zeit 1921-1931, Bayat, (Hg.)

<sup>43</sup> Skrein an FO, D.B.D.8, 29.4.1944, E3243/92/34 – FO371/Persia/35137.

<sup>44</sup> AIA, Majdi (iranischer Konsul in Baku) an Außenministerium (Teheran), Nr. 282, 30.11.1324 /20.1.1946.

<sup>45</sup> im Text wurden die Namen der Beamten, wie folgt, gelistet: Uhgli Ebrahimhof, Soliman Rostam-Atakisch

<sup>46</sup> Die Zeitung sollte *Vatan Yulunda* (für die Nation) heißen.

<sup>47</sup> AIA, Majdi (iranischer Konsul in Baku) an Außenministerium (Teheran), Nr. 282, 30.11.1324 /20.1.1946. Vgl. FO 371/Persia-40178, Täbris 22. Aug. 1944.

von Ali Schabestari,<sup>48</sup> und die Zeitung *Javanlar* unter Leitung von Biria in persischer und türkischer Sprache. Eine weitere Zeitung hieß *Khaver-e-no* (Neuer Osten), die mit sowjetischer Hilfe in Täbris publiziert wurde.<sup>49</sup> Auch die sowjetischen Kasernen druckten Zeitungen und Zeitschriften (wie z.B. in Rezaiya). Die „Gemeinde der kulturellen Beziehungen zwischen dem Iran und der Sowjetunion“ veröffentlichte die Zeitschrift *Schafaq* in zwei Sprachen.<sup>50</sup> In türkischer Sprache wurden die Zeitschrift *Adabiya- sahifa* (Literaturseite) sowie die Zeitung *Azad melat* (Freie Nation) gedruckt. In persischer Sprache wurden die Zeitungen *Akhtar-Schumal* (Stern des Nordens) und *Farda* (Morgen) in Aserbaidshjan gedruckt. In Mahabad durften die Kurden eine eigene Zeitung in kurdischer Sprache veröffentlichen.

Die verschiedenen Zeitungen und Zeitschriften, die die Sowjets in persischer, russischer sowie türkischer Sprache (in Teheran sowie im Nordiran) veröffentlichten, unterrichteten die iranische Bevölkerung über den Krieg, sie beinhalteten die TASS-Berichte aus London und Washington, berichteten über russische Literatur und thematisierten nicht zuletzt die iranische Unterstützung der Roten Armee.<sup>51</sup>

Die Zeitungen, die die Iraner herausgaben, hatten aufgrund finanzieller Schwierigkeiten eine kurze Lebenszeit. Sie konnten ihre Arbeit nur so lange fortsetzen wie sie von den Sowjets finanziell unterstützt wurden. Ein Chefredakteur einer Zeitung in Teheran gab zu, dass er Papier und Werkzeuge für den Druck der Zeitung von der sowjetischen Botschaft in Teheran bekommen habe.<sup>52</sup> Die finanzielle Unterstützung war ein Weg, den die Sowjets für ihren Einfluss auf die iranische Öffentlichkeit nutzten. Ein anderer Weg war die Zensur. Die Sowjets beschlagnahmten Zeitungen, die ihre Politik im Nordiran kritisierten. Soheily, der iranische Außenminister, protestierte in seinem Schreiben an Esmirnow, den sowjetischen Botschafter in Teheran, dass „die Zeitung *Saday-e-Aserbaidshjan* beschlagnahmt“ wurde.<sup>53</sup> In einem Brief verlangte er eine Erklärung, doch eine Antwort blieb aus.

Zudem sollte ein Gremium, das sich aus Vertretern dreier Länder (dem Iran, der Sowjetunion und Großbritannien nach dem Abkommen von 1942) zusammensetzte, der Zensur der iranischen Presse dienen. Das Gremium hatte die Aufgabe, die Nachrichten zu zensurieren, die gegen die Ziele der Alliierten im Iran gesendet oder geschrieben wurden. Für

---

<sup>48</sup> AIA, Majdi (iranischer Konsul in Baku) an Außenministerium (Teheran), Nr. 282, 30.11.1324 /20.1.1946.

<sup>49</sup> AIA, Majdi (iranischer Konsul in Baku) an Außenministerium (Teheran), Nr. 282, 30.11.1324 /20.1.1946. Vgl. FO 371/Persia-40178, Täbris 22. Aug. 1944.

<sup>50</sup> Von 1944 bis zum Februar 1947.

<sup>51</sup> Aus Bullard an Eden, geheimer Bericht, G. 159/29/43, 3. Mai 1943, FO, 248/1421.

<sup>52</sup> Bullard an Eden, geheimer Bericht, G. 159/29/43, 3. Mai 1943, FO, 248/1421.

<sup>53</sup> AIA, Soheily (Außenminister) an Esmirnow, Nr. 4632 / (16.)9.1320 /7.12.1941.; vgl. Fawcett 1992: 106-107, Iran and the Cold War.

den Einsatz der Zensur reichte es aus, wenn ein Mitglied dafür sein Veto einlegte. Diese Regeln kamen den Sowjets zugute. Auf diese Weise wurde es ihnen erlaubt, alle unangenehmen Berichte, die von privaten Berichterstattern (wie z. B. dem britischen Privatsender Reuter) gesendet wurden, zu ihren Gunsten zu zensieren. Die sowjetischen Berichte konnten nicht zensiert werden, da der sowjetische Berichterstatter wie z. B. TASS ein staatlicher Nachrichtensender war. Bullard berichtete davon, dass die Sowjets sogar das Buch von L. Fischer, die Geschichte Europas, zensierten.<sup>54</sup> Auch Berichte, die die sowjetische Iranpolitik kritisierten und aus dem Iran ins Ausland gesendet wurden, konnten die sowjetische Zensur nicht umgehen.

Außerdem schickten die Sowjets „einige Iraner für die Arbeit in der Radiostation nach Baku,<sup>55</sup> um bei den persisch- sowie türkischsprachigen Radioprogrammen mitzuwirken. Die Sowjets mieteten iranische Kinosäle in den großen Städten und zeigten russische Filme, welche das Interesse der Iraner weckten.

Eine weitere Maßnahme, um sich bei der iranischen Bevölkerung beliebt zu machen, war der Bau von Krankenhäusern in Teheran und in den Großstädten im Nordiran wie in Täbris. Das Krankenhaus in Teheran erhielt nach kurzer Zeit einen guten Ruf. Die Sowjets setzten sich für die Bekämpfung der Epidemien im Iran ein. Diese Betätigung erhöhte das sowjetische Ansehen im Iran.

Im Jahre 1942 schickten die Sowjets Theatergruppen und Musikorchester nach Aserbaidschan, um die lebendige sowjetische Gesellschaft in den iranischen Großstädten vorzustellen. Der Einfluss der sowjetischen Werbung unter der iranischen Unterschicht war so „erfolgreich“,<sup>56</sup> dass die Arbeiter und Bauern daran glaubten, dass die sowjetische Regierung in der Lage war, ihnen gute Lebensbedingungen sowie eine gute Arbeitsstelle anbieten zu können. Die zahlreiche Anwesenheit der Arbeiter und Bauern bei der Demonstration vom 1. Mai 1943 zeigte die Solidarität der Unterschicht mit den Sowjets. Auch die linksgerichteten Intellektuellen sahen in der Sowjetunion ein Vorbildland, welches ihre Unterstützung für die Realisierung der sozialen Reformen im Iran benötigte.

Die sowjetischen Bemühungen, die iranische Öffentlichkeit zu beeinflussen, erzielte bereits in den ersten Jahren nach der Besetzung Erfolge. Die iranischen Bürger im Nordiran begrüßten die weitere Anwesenheit der sowjetischen Armee. Allmählich bildeten sich gemeinsame Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Sowjetunion und der iranischen

---

<sup>54</sup> Bullard an Eden, Bericht Nr. 13, 9. März 1945, E2050/31/34- I.O.R. - L/P&S/12/3472A.

<sup>55</sup> AIA, Majdi (iranischer Konsul in Baku) an Außenministerium (Teheran), Nr. 282, 30.11.1324/20.1.1946.

<sup>56</sup> Siehe Samii, 1987: 50, Involvement by Invitation: American Strategies of Containment in Iran

Bevölkerung in dieser Region. Der direkte Kontakt der Sowjets mit der iranischen Bevölkerung zeigte, dass viele Vorurteile gegenüber den Sowjets auf staatlich manipulierter Meinungsbildung basierten. Die Sowjets waren in den Augen der Iraner nicht mehr „wilde Tiere“ sondern zeigten verständnisvoll ihr „Mitleid mit der iranischen Unterschicht“<sup>57</sup>, sodass die Iraner ihre volle Zufriedenheit mit dem sowjetischen Regierungssystem bekundeten. Die Angst der iranischen Bevölkerung vor den Sowjets reduzierte sich beträchtlich. Im Volk wurde die Sowjetunion vielmehr als „Verteidiger der Armen und der Unterdrückten“ und bei den Oppositionsführern als „Unterstützer der Revolution gegen die iranischen Machthaber“ angesehen.<sup>58</sup> Die amerikanische Botschaft in Teheran berichtete, dass der Iran ohnehin für die „sozialistischen Ideen“ geeignet wäre. Am Anfang wurden die Sowjets als „Wilde und Kolonialisten“ bezeichnet. Wenn die Sowjets auftauchten, „flüchteten die Iraner“ aus Angst und Furcht. Aber nach der Invasion erreichten die Sowjets mit „Liebe, Gleichheit und Brüderlichkeit“ viel mehr. Sie „verbreiteten ihre kommunistischen Ideen“ mit Hilfe ihres guten Benehmens.<sup>59</sup> Eskandari spricht davon, dass die Rote Armee gute Beziehungen zu den Iranern pflegte.<sup>60</sup> Mossadegh, der Abgeordnete im 14. Parlament, führt aus: Im Iran hatte damals „Großbritannien die Flagge der Freiheit in der Hand, und die britische Botschaft (in Teheran) galt als ein heiliger Platz genau wie eine Moschee. Heute (1944) haben die Sowjets die Flagge der Freiheit in der Hand (in diesem Land).“<sup>61</sup> Wenn die sowjetische Armee und Beamten das freundliche Verhalten weiterhin beibehielten, könnten sie „das Herz der iranischen Bevölkerung erobern,“ denn die Sowjets hatten sich für die „Gerechtigkeit“ eingesetzt.<sup>62</sup> Die Ideen, die im Islam schon längst existierten, wurden zwar nie realisiert, aber die Sowjets waren auf dem Weg, diese zu praktizieren. Es wurde darüber referiert, dass die gottlosen „Sowjets besseres Verhalten im Vergleich zu den Briten“<sup>63</sup> zeigten. Häufig lobten die iranischen Abgeordneten im Parlament das gute Verhalten der Sowjets im Iran.<sup>64</sup> Am 28. Juni 1944 machte G. F. Kennan einen Halt in Teheran. Seiner Meinung nach „wirkte Teheran atmosphärisch wie eine Stadt in Russland.“<sup>65</sup>

---

<sup>57</sup> British Military Attaché to the FO. 22. April 1943, FO 371/Persia 1943/34-35109.

<sup>58</sup> British Military Attaché to the FO. 22. April 1943, FO 371/Persia 1943/34-35109.

<sup>59</sup> SD891.00, Teheran, 8. März 1943, zit. n. Fawcett, 1992: 92, Iran and the Cold War.; Siehe auch Samii, 1987: 50-51, Involvement by Invitation: American Strategies of Containment in Iran

<sup>60</sup> Eskandari, 1372/1993: 126, Memoiren.; British Military Attaché to the FO. 22. April 1943, FO 371/Persia 1943/34-35109.

<sup>61</sup> MM, Die Rede Mossadeghs im Majlis, 7.7.1323 / 29.9.1944

<sup>62</sup> Mossadegh an Maximow, im Kai Ostewan, 1327/1948: 245-248, die These des negativen Gleichgewichtes in der Außenpolitik, Bd. I

<sup>63</sup> SD891.00, Teheran, 8. März 1943, zit. n. Fawcett, 1992: 92, Iran and the Cold War.

<sup>64</sup> MM, Die Rede Mossadeghs in Majlis, 7.7.1323 / 29.9.1944

<sup>65</sup> Kennan, 1968:191, Memoiren eines Diplomaten

### IV.3.2. Unterstützung der Tudeh-Partei

Parallel zur Beeinflussung der iranischen Öffentlichkeit unterstützten die Sowjets die politischen Parteien im Iran. Eine der wichtigsten Parteien, die von der sowjetischen Politik profitierte, war die Tudeh-Partei.<sup>66</sup>

Die Tudeh-Partei (Volkspartei)<sup>67</sup> nahm die Arbeiterklasse, „die im Zuge der Industrialisierung auf über zehn Prozent der Gesamtbevölkerung angewachsen sein dürfte, zum Ansatzpunkt.“<sup>68</sup> Nach der Besetzung Irans durch die Truppen der Alliierten wurden aufgrund einer Generalamnestie für politische Häftlinge unter anderem auch die Führer<sup>69</sup> der kommunistischen Partei aus der Haft entlassen. Iraj Eskandari und Mustafa Fateh<sup>70</sup> gründeten am 13. Oktober 1941 die Tudeh-Partei. Fateh trat bald zurück. Die Partei übernahm die übliche Organisationsstruktur der kommunistischen Parteien; die Parteispitze setzte sich aus einem Zentralexekutivkomitee und einer Kontrollkommission zusammen. Generalsekretär wurde Dr. R. Radmanesch.

E. Tabari behauptete, dass die Tudeh-Partei auf Befehl der Komintern durch die vertrauten Iraner gegründet wurde.<sup>71</sup> Der Parteivorstand der Tudeh-Partei, Kiyanuri, bestätigte diese Behauptung und fügte hinzu, dass der sowjetische Botschafter in Teheran in diesem Zusammenhang als Vermittler agierte.<sup>72</sup> Lenczowski vertrat ebenfalls die Meinung, dass die Tudeh-Partei mit Hilfe materieller und mentaler Unterstützung der Sowjetunion zustande kam.<sup>73</sup> Auch die offizielle Meinung der iranischen Regierung richtete sich darauf, dass die sowjetische Regierung nach der Besetzung des Irans eine Organisation brauchte, die die kommunistische Revolution im Iran praktizierte. Daher hatte sie die Tudeh-Partei gebildet.<sup>74</sup> Der erste Vorstand der Tudeh-Partei (Eskandari) machte dagegen aber klar, dass die Partei aufgrund seiner eigenen Initiative gegründet wurde.<sup>75</sup> Die Behauptung Eskandaris musste korrekt sein, da er zum ersten Mal im Gefängnis die Idee ausgearbeitet hatte,<sup>76</sup> als ihm von den sowjetischen Behörden noch nichts bekannt gewesen sein konnte.<sup>77</sup> Zweitens war der

---

<sup>66</sup> Siehe Firus, 1373/1994: 71, Maryam Firus Memoiren.

<sup>67</sup> siehe Kambakhsch, 1353/1974: Die Ansicht der Arbeiter und Kommunistische Bewegung im Iran.

<sup>68</sup> Steppat, 1948: 15, Iran zwischen den Großmächten.

<sup>69</sup> Die kritische Bemerkung über die Führer der Tudeh-Partei siehe Dehbaschi,, 1378/1999: 57ff, Politische Memoiren von Ardeschir Avansiyan.

<sup>70</sup> Fateh war ein hochrangiger Mitarbeiter der AIOC und später Chef dieser Organisation.

<sup>71</sup> Tabari, 1366/1987: 42, Der falsche Weg

<sup>72</sup> Kiyanuri, 1371/1992: 77, Memoiren.

<sup>73</sup> Lenczowski, G. 1949: 224, Russia and the West in Iran 1918-1948.

<sup>74</sup> Militär-Gouvernement von Teheran, 1336/1957: 11, die kommunistische Entwicklung im Iran von 1941 bis 1959.

<sup>75</sup> Eskandari, 1372/1993: 121-122, Memoiren.

<sup>76</sup> Eskandari, 1372/1993: 106, Memoiren. Für die Gründe Eskandaris siehe ebenda.

<sup>77</sup> Eskandari, 1372/1993: 452, Memoiren.

Mitbegründer M. Fateh der Chef der AIOC. Fateh war ein Anhänger der britischen Politik im Iran, so dass Fatemi die Gründung der Tudeh-Partei, die mit Hilfe Großbritanniens zustande kam, eine „Ironie der Geschichte“ nannte.<sup>78</sup>

Die Führer der Partei waren mit Ausnahme Tabaris aus wohlhabenden Familien stammende Intellektuelle. Dr. Radmanesch, Sohn eines Grundbesitzers aus Mazandaran, Studium der Physik in Frankreich. Iraj Eskandari, adlig, Rechtsanwalt aus Teheran, Studium in Frankreich, Dr. Bahrami aus Teheran, Studium in Frankreich, Dr. Dschodat, Physiker aus Täbris, Studium in Frankreich, Dr. Kiyanuri, Bauingenieur aus Mazandaran, Familie von Politikern und Geistlichen, Studium in Aachen.<sup>79</sup> Dr. Keschwarz, Arzt aus Rascht, Studium in Belgien, Dr. Yazdi, Arzt aus Yazd, Studium in Deutschland, Ehsan Tabari, Schriftsteller aus Mazandaran, Jurastudium in Moskau (Chefideologe der Tudeh-Partei). Mit Ausnahme Tabaris hatten alle Vorstandsmitglieder der Tudeh-Partei in westlichen Ländern studiert.

Die Tudeh-Partei hatte unmittelbar nach ihrer Gründung ihre Ablehnung gegen den Faschismus und Hitler deutlich gemacht. Die britische sowie die sowjetische Regierung begrüßten gemeinsam die Arbeit der Tudeh-Partei, da sie die Propagandatätigkeit einer Partei gegen den Faschismus im Iran vermissten. Die englische Regierung sowie die AIOC unterstützten die Partei finanziell.<sup>80</sup> Die AIOC stellte sogar einige Führer der Tudeh-Partei in ihrem Unternehmen ein.

Das erste Parteiprogramm beschränkte sich auf Ziele wie Bodenreform und Verteidigung der Interessen der Werktätigen.<sup>81</sup> Die Partei sollte außerdem eine anti-imperialistische Organisation darstellen und sich gegen jegliche Einmischung fremder Staaten in innere Angelegenheiten des Irans wehren.<sup>82</sup> Dank des progressiven Programminhalts der Tudeh-Partei, der Hungersnot und der elenden sozialen Verhältnisse, die durch die Anwesenheit der alliierten Truppen und deren Politik hervorgerufen worden waren, stieg die Mitgliederzahl der Partei rapide an. Bei der ersten Parteiversammlung, die ein Jahr nach der Parteigründung stattfand, soll nach Angaben Dr. Radmanesch die Mitgliederzahl 6.000

---

<sup>78</sup> Fatemi, 1954: 200, Oil Diplomacy.

<sup>79</sup> Kiyanuri wurde in seiner Jugendzeit zusammen mit der Gruppe 53 (die linke Gruppe) verhaftet und im Jahre 1941-1942 zum Vorstandsmitglied der Tudeh-Partei gewählt. Im Jahre 1954 floh er in die Sowjetunion. Im Jahre 1979 wurde er der Generalsekretär der Tudeh-Partei. Kiyanuris Ansicht ist im Rahmen der traditionell sowjetischfreundlichen linken Partei im Iran einzuordnen. Er ist die bekannteste, älteste und sehr aktive Persönlichkeit in der linken Szene des Irans. Siehe Kiyanuri, 1376/1997: 31, Gespräch mit Geschichte.

<sup>80</sup> Siehe Eskandari, 1372/1993: 137, Memoiren.

<sup>81</sup> *Donya*, 1340/1961, Nr. 2, S. 5.

<sup>82</sup> Alavi, 1955, Kämpfendes Iran.

betragen haben.<sup>83</sup> Die Mitglieder kamen überwiegend aus dem Nordiran, wo die sowjetische Macht präsent war.

Die Tudeh-Partei konnte rasch nach der Gründung viel Sympathie sowohl in der Mittelschicht als auch in der Unter-Schicht gewinnen,<sup>84</sup> da sich die Partei für die Aufhebung des Frondienstes und der Naturalabgaben an die Grundbesitzer sowie für den Achtstundentag und eine Lohnerhöhung einsetzte. Die Partei versuchte mit Hilfe von antibürokratischen und nationalistischen Parolen, das Nationalgefühl der Iraner gegen den angelsächsischen Imperialismus zu wecken. Dafür bekannte sich die Tudeh-Partei zur Zusammenarbeit mit der antiimperialistischen Sowjetunion. Daraufhin setzte die sowjetische Regierung die finanzielle<sup>85</sup> und moralische Unterstützung der Partei fort. Dagegen stellte Großbritannien seine materielle Unterstützung ein.

Im Juni 1942 organisierte die Tudeh-Partei ihre erste Versammlung in Teheran. Die Tudeh-Partei war in dieser Zeit bereit, sich von einer Organisation gegen den Faschismus zu trennen und eine kommunistische Strategie anzunehmen. Die Partei forderte wichtige politische und soziale Veränderungen in der iranischen Gesellschaft. Zum Beispiel individuelle Freiheiten, die Ratifizierung des neuen Arbeitsgesetzes, kostenlose Bildung, kostenfreie Gesundheitsversorgung, die Neugestaltung der Justiz und der Verwaltung, die Nationalisierung der Industrien sowie die Gleichberechtigung der religiösen Minderheiten. Die Partei war gegen das kapitalistische System sowie gegen den Kolonialismus im Allgemeinen und speziell gegen die britische Kolonialherrschaft eingestellt. Auf diese Weise trennte sich die Partei von den Interessen Großbritanniens.

Obwohl die britische Botschaft in Teheran das Programm der Tudeh-Partei weder als radikal noch als revolutionär einschätzte, sogar als sehr liberal und ausgeglichen ermaß,<sup>86</sup> kann man den Parteiplan für die damaligen iranischen Verhältnisse als sehr progressiv und fortschrittlich bezeichnen. Mit der Tudeh-Partei sind einige sozialistische Fachwörter, wie z. B. der Klassenkampf, die Arbeiterschicht, die Reaktionäre, die Unterschicht u.a. in die iranische Sprache eingesickert. Die Tudeh-Partei fand schnell eine breite Zustimmung in der Gesellschaft. Die Partei eröffnete rasch ihre Büros in den 30 großen Städten im Nordiran, was von den Sowjets begrüßt wurde. Im Südiran dagegen ging die Eröffnung der Büros langsam voran, da die Briten davon nicht begeistert waren. Es wurden lediglich Büros in den Städten

---

<sup>83</sup> Radmanesch, „hezb-e- Tudeh-e- Iran“, in: *Donya*, 1340/1961, Nr. 2, S. 7.

<sup>84</sup> Alavi, 1955: 70, Kämpfendes Iran.

<sup>85</sup> Millspaugh, 1946: 78, American in Persia.

<sup>86</sup> Siehe die Notiz des Sekretärs der Ostabteilung der britischen Botschaft in Teheran, No. 236/15/44, 7. März 1944, FO. 799/22.

Isfahan, Arak, Qum, Hamadan, Ahwaz und Kermanschah eröffnet. Die Partei weigerte sich, in der Erdölraffinerie-Stadt Abadan ihre Zweige aufzumachen, da die Ölprodukte von lebenswichtiger Bedeutung für den Krieg waren. Gleichzeitig druckte die Partei sechs Zeitungen: *Rabar*, *Razm* und *Mardom* in Teheran, *Rasti* in Maschhad, *Aserbajdschan* in Täbris, *Joudat* in Ardabil. Die iranischen Politiker, insbesondere die Personen, die in der Außenpolitik des Irans eine Rolle spielten, lasen jeden Tag die Zeitungen der Partei, da die Zeitungen die sowjetische sowie die britische Iranpolitik widerspiegelten.<sup>87</sup> Ferner beinhalteten sie soziale, wirtschaftliche sowie ideologische Analysen.

Der Zuwachs der Partei ging weiterhin aufwärts. Zum zweiten Jahrestag der Partei in Teheran waren mehr als 30.000 Personen anwesend, und die anschließende Demonstration war die größte Zusammenkunft in der iranischen Geschichte.<sup>88</sup>

#### **IV.3.3. Konfrontation mit der iranischen Regierung im Nordiran 1941-1943**

Die gute sowjetische Beziehung zur iranischen Bevölkerung darf jedoch nicht den Eindruck vermitteln, dass die Sowjets genauso mit der iranischen Regierung umgingen. Die sowjetische Haltung gegenüber der iranischen Regierung war alles andere als freundlich. Sie war eher feinselig, weil die Kreise der iranischen Regierung westlich eingestellt waren und die Zusammenarbeit mit England bevorzugten. Die Konfrontation der Sowjets mit der iranischen Regierung fand zudem Gefallen bei der iranischen Bevölkerung, denn die iranische Regierung und deren Verwaltung waren in den Augen des iranischen Volkes abscheulich und unpopulär.

Nach der Besetzung des Irans versuchte die sowjetische Regierung zunächst, ihre militärischen Basen in allen Städten, Dörfern sowie auf den Straßen im Nordiran herzustellen. Die Militärposten kontrollierten die Passagiere, die in diesen Gebieten ein- bzw. ausreisten. Die ausländischen Besucher brauchten eine Genehmigung der Roten Armee, um die Posten passieren zu dürfen. Auch die britischen sowie später die amerikanischen Soldaten bildeten keine Ausnahme.<sup>89</sup> Die Sowjets hoben die offizielle Grenze zwischen der Sowjetunion und dem Iran auf, was zu illegaler Einwanderung vieler sowjetischer Staatsbürger in den Iran führte,<sup>90</sup> und errichteten eine neue Grenze zwischen ihren und den britischen Truppen in der Mitte des Irans. Die Sowjets entwaffneten alle iranischen Militärlasernen und reduzierten die

---

<sup>87</sup> Eskandari, 1372/1993: 140, Memoiren.

<sup>88</sup> *Mardom*, 30.7.1322/ 23.10.1943.

<sup>89</sup> Siehe Millspaugh, 1966:184, *Americans in Persia*.

<sup>90</sup> Siehe Taqizadeh an Eden, „Some Facts Deserving the Attention of the British Government“, 21. Jan. 1942, FO 954/19A/per/43/3.

Zahl der Soldaten. Dies bedeutete die Ausschaltung des militärischen Potentials der iranischen Regierung in Teheran, die die sowjetischen Aktivitäten im Nordiran misstrauisch beobachtete. Ihr gefielen die politischen, militärischen sowie wirtschaftlichen Eingriffe der Sowjets in die iranischen Angelegenheiten nicht. Dazu kamen Berichte aus dem sowjetisch besetzten Teil in Teheran an, die die britischgesinnten Regierungskreise in Teheran gerne hören wollten.<sup>91</sup> Darin wurde den Sowjets vorgeworfen, dass sie alle Waren der iranischen Regierung sowie der reichen Händler, aus Zollämtern oder aus dem Hafen, beschlagnahmt und in die Sowjetunion abtransportiert hätten, ohne eine Entschädigung dafür geleistet zu haben.<sup>92</sup> Die Sowjets ergriffen außerdem Maßnahmen in den Städten ihrer Einflusszone, wie z. B. „in Ardabil, um die iranische Bevölkerung für sich zu gewinnen. Sie sammelten Unterschriften der Iraner, die die Einverleibung „Aserbajdschans“ durch die Sowjets befürworteten,<sup>93</sup> und verbannten die iranischen Beamten, die nicht mit den Sowjets zusammenarbeiteten, von ihrem Standort. Genau drei Monate nach der Besetzung beschwerte sich der iranische Außenminister, Ali Soheily, dass sich „die sowjetischen Truppen in die inneren Angelegenheiten Irans einmischen.“ Er informierte Esmirnow, den sowjetischen Botschafter in Teheran, dass den „Berichten aus Täbris zufolge (...) Aliow und einige sowjetische Offiziere den Provinzleiter aufforderten, den Befehl zu erteilen, dass

- „General Seif, der Polizeikommandant, der vor kurzem auf Wunsch der Einwohner in Täbris zum Polizeichef beordert wurde, sofort Täbris verlassen muss.

- Personen, die wegen eines Diebstahls oder der Verweigerung der Abgabe des Ernteanteiles in Gefangenschaft geraten waren, aufgrund ihrer Sympathie zu den sowjetischen Behörden freigelassen werden sollten.“<sup>94</sup>

Einem anderen Bericht zufolge sei ein sowjetischer Offizier, der sich selbst als Major Romanian und Kommandant der sowjetischen Truppen vorstellte, in die Polizeistation gegangen und habe verlangt, dass „die Zahl der Polizeibeamten in den verschiedenen Städten nach seiner Liste bestimmt werden müsse“.<sup>95</sup>

---

<sup>91</sup> Es kamen auch Beschwerden aus den von den Briten besetzten Gebieten, aber die iranischen Regierungskreise ignorierten sie. Siehe Jami, 1355/1976: 216, Vergangenheit ist das Licht der Zukunft

<sup>92</sup> Siehe AIA, Bericht des iranischen Außenministeriums an Ministerpräsidenten, Nr. 2591, politische Abteilung 2, 14.11.1320 / 3.2.1942.

<sup>93</sup> AIA, aus dem anonymen Brief an Ministerpräsidenten Furughi, ohne Datum, Nr. 18140. Diese Aktion entsprach nicht der allgemeinen Politik der Sowjets im Iran. Es kann sein, dass sie von einzelnen sowjetischen Kommandanten durchgeführt worden ist, ohne die sowjetische Regierung in Kenntnis zu setzen. FO meinte, dass die iranische Regierung diese Nachricht verbreitete.

<sup>94</sup> AIA, Soheily (Außenminister) an Esmirnow, Nr. 4632 / (16).9.1320 / 7.12.1941.; vgl. Fawcett 1992: 106-107, Iran and the Cold War.

<sup>95</sup> Der iranische Außenminister ging detailliert auf die Zahl der Polizisten ein. In: AIA, Soheily (Außenminister) an Esmirnow, Nr. 4632 / (16).9.1320 / 7.12.1941.

Zwei Tage später ging Esmirnow auf den Beschwerdebrief Soheilys ein und versicherte ihm, dass „alle genannten Punkte genau geprüft werden, und wenn diese der Wahrheit entsprechen, wird er die notwendigen Maßnahmen unternehmen, um die Probleme zu beseitigen.“<sup>96</sup> Trotzdem lehnte er die folgenden Punkte ohne jegliche Nachforschung ab:

- „Die gewünschte Information über die iranischen Militärkräfte hatte nichts mit Einschränkung oder Reduzierung der iranischen Militärkräfte zu tun.

- Die Verteilung der iranischen Militärkräfte stimmt mit der Wahrheit nicht überein.“<sup>97</sup>

In diesem Zusammenhang meldete sich der iranische Innenminister zu Wort und wies die Aussage des sowjetischen Botschafters zurück. „Die Berichte aus Täbris, Rezaiya und anderen Polizeistationen bestätigen, dass die sowjetischen Kommandanten offiziell eine Liste einreichen und forderten, die übrigen Personen nach Teheran zurückzuschicken. Die ausgehändigte Liste weist große Differenzen mit der jetzigen Zahl der iranischen Streitkräfte auf.“<sup>98</sup> Der iranische Innenminister beurteilte diese Forderung als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der iranischen Verwaltung.<sup>99</sup>

Auch die politische Abteilung des iranischen Innenministeriums betonte in einem Schreiben an den Außenminister: „Von Anfang an (von der Besatzungszeit) kommen die Berichte und Beschwerden aus dem Nordiran, in dem die sowjetischen Truppen anwesend sind, (in Teheran) an. Die Beschwerden kommen von Einwohnern verschiedener Städte und Dörfer, die unter der Gewalt der sowjetischen Truppen leiden.“<sup>100</sup>

Auch fünf Monate nach der Besetzung des Irans entwaffneten die Sowjets die iranischen Militärlasernen und reduzierten das Personal der iranischen Sicherheitskräfte.<sup>101</sup> Die Ausschaltung der Arbeit der iranischen Streitkräfte zwang die Sowjets, einen Ersatz dafür zu finden, der dieses Vakuum füllen konnte. Mit dieser Überlegung halfen die Sowjets den Armeniern, den aserbaidshanischen Einwanderern aus der Sowjetunion sowie den Kurden, ihre Sicherheit selbst in die Hand nehmen. Die sowjetischen Behörden begründeten die Reduzierung der Zahl der iranischen Polizei und Gendarmerie damit, dass die iranischen Polizisten sowie Gendarmen sehr „brutal und grausam“ seien und nicht für Ordnung und

---

<sup>96</sup> AIA, Esmirnow an Soheily, Nr. 250, 9.12.1941.

<sup>97</sup> AIA, Esmirnow an Soheily, Nr. 250, 9.12.1941.

<sup>98</sup> AIA, Innenminister an Außenminister, Nr. 1288N/11942, 23.10.1320/ 13.1.1942.

<sup>99</sup> AIA, Innenminister an Außenminister, Nr. 1288N/11942, 23.10.1320/ 13.1.1942.

<sup>100</sup> AIA, die politische Abteilung des iranischen Innenministers an das Außenministerium, Nr. 2591, 14.11.1320/4.1.1942.

<sup>101</sup> AIA, Innenminister an Außenministerium, Nr. 11942/ N. 1288, 23.11.1320 /13.1.1942.

Disziplin sorgten.<sup>102</sup> Bullard war über das sowjetische Verhalten im Iran erstaunt. Er kommentierte:

„Es ist schwierig, die sowjetische Iranpolitik zu verteidigen, denn sie entwaffnet zum einen die (iranische) Polizei und Gendarmerie und verweigert zum anderen die Hilfe für die Herstellung der Sicherheit und Ordnung mit der Ausrede, dass sie sich nicht in die inneren Angelegenheiten des Irans einmischen möchte.“<sup>103</sup>

Die iranischen Proteste über die Einmischung der sowjetischen Behörden in die iranischen Angelegenheiten wurden von den sowjetischen Dienststellen stets abgelehnt. Durch die Entlassung oder Verbannung des iranischen Militärs war die Sicherheit der Iraner gefährdet.

Die iranischen Beamten in den Provinzen im Nordiran erlebten das gleiche Schicksal. Unter sowjetischem Druck wurden die Chefs der lokalen Ämter durch prosowjetische Iraner ersetzt. In einer Gegenreaktion informierte Soheily, der iranische Außenminister, die iranischen Botschafter im Ausland über die Lage im Nordiran: „Die eingereichten Berichte aus Aserbaidschan bereiteten uns (der iranischen Regierung) Probleme. Die Kurden sowie Christen in Rezaiya gründeten ein Komitee unter dem Namen Freiheitskomitee (Komitee-Nejat), drohten den iranischen Behörden und forderten sie auf, die Region zu verlassen. Die Mitglieder dieses Komitees wollten selbst die Arbeit der Regierungsbeamten übernehmen. Sie ermordeten sogar den Polizeichef und einige andere und drohten, auch den Gouverneur zu töten. In Baku forderten die sowjetischen Militärs die Regierungsbeamten auf, ihre Arbeitsplätze zu verlassen, um sie mit türkischen Beamten zu ersetzen:

„In manchen Orten in Mazandaran wendeten die Sowjets Gewalt an. In Khalkahl kämpften die Rebellen gegen die iranischen Militärkräfte. Gründe dafür sind, dass die Sowjets dem iranischen Militär nicht erlauben, in die von ihnen besetzten Gebiete zu gehen. Sie versuchen außerdem, dass wir weniger Militärkräfte dort stationieren. Wenn ich mit den Sowjets in Teheran spreche, antworten sie: Mischen sie sich nicht in die inneren Angelegenheiten ein. Andererseits sehen wir, dass die Sowjets weiterhin diese Aktivitäten fortsetzen. (Wenn sie es weiter tun), verlieren wir einen Teil unseres Landes.“<sup>104</sup> In diesem Brief forderte Soheily Taqizadeh auf, „mit dem britischen Außenminister zu sprechen. Da die Briten die Sowjets in den Iran einluden, müssen sie uns jetzt helfen“.<sup>105</sup> Taqizadeh berichtete

---

<sup>102</sup> Siehe FO 371/Persia-31426, Täbris, 14. Dez. 1941 und 20. Feb. 1942.

<sup>103</sup> Bullard to Eden, 17. Juni 1942 (Annual political Report for 1941 in: IOR, L/P&S 12 / 3472A.

<sup>104</sup> AIA, Soheily an Taqizadeh, Nr. 1998.

<sup>105</sup> AIA, Soheily an Taqizadeh, Nr. 1998.

Soheily in einem Telegramm<sup>106</sup> von seiner Zusammenkunft mit dem britischen Außenminister. Daraufhin sprach Eden mit dem sowjetischen Botschafter in London und beauftragte gleichzeitig den britischen Konsul in Täbris, den Fall zu untersuchen und ihm einen Bericht zukommen zu lassen.<sup>107</sup>

Pink vom britischen Außenministerium führte aus, dass „die Sowjets alle Maßnahmen ergreifen, um die iranische Verwaltung zum Erliegen zu bringen.“<sup>108</sup> Die Konsequenz der lahmgelegten Verwaltung war die Anarchie in den von den Sowjets besetzten Provinzen, was der Behauptung der Sowjets Nahrung schenkte, dass die iranische Regierung die Sicherheit in den besetzten Gebieten nicht garantieren könnte. Ein guter Vorwand, um die iranische Regierung in Teheran unter Druck zu setzen und das harte sowjetische Vorgehen gegenüber den iranischen Behörden in den Provinzen rechtfertigen zu können.

Es schien, als ob die Sowjets das Loslösen der Provinzen von der Zentralregierung beabsichtigten. Es war klar, dass die Sowjets ihre günstige Position in Aserbaidschan in der Zukunft nutzen würden, aber die Untauglichkeit der iranischen Politiker in Teheran und das zentralistische System, das zu Gunsten der Hauptstadt und zur Benachteiligung der Provinzen eingerichtet war, vereinfachte die Arbeit der Sowjets.

Die Schwäche der iranischen Politiker verstärkte die sowjetische Behauptung, dass die iranische Zentralregierung unfähig war, in den Provinzen zu regieren. So rechtfertigten die Sowjets ihre Einmischung in die iranischen Angelegenheiten. Ein Beispiel dafür war die Verteilung der Lebensmittel. Der Nordiran galt als Vorratskammer für Getreide im ganzen Iran. Die sowjetische Regierung konnte mit der Verweigerung oder Reduzierung des Getreides die Bemühung Teherans für die Getreideversorgung in anderen Teilen des Landes negativ beeinflussen. Die Aufsicht über das Getreide in den Provinzen im Nordiran war eine wichtige Waffe der sowjetischen Iranpolitik geworden.<sup>109</sup> Im ersten Besatzungsjahr konnte die Sowjetunion vom Getreidedepot in ihrer Besatzungszone profitieren. Sie verbreitete die Ansicht, dass es dank der sowjetischen Anwesenheit Getreide im Überfluss gab. Im zweiten Besatzungsjahr, nachdem Getreidemangel in der Sowjetunion Getreideimporte aus dem Iran erforderlich machte, verlor diese Werbung ihre Wirkung unter der Bevölkerung. Trotzdem war der Nordiran aufgrund der guten Ernte im Jahre 1942 im Vergleich zu anderen Teilen des Landes, in der die Bevölkerung von Hungersnot bedroht war, in einer besseren Situation.

---

<sup>106</sup> AIA, Taqizadeh an Soheily.

<sup>107</sup> AIA, Taqizadeh an Soheily. Es ist merkwürdig, dass Eden den iranischen Botschafter aufforderte, Teheran von der britischen Maßnahme nicht zu informieren.

<sup>108</sup> Täbris, 25.9.1941, FO 371/Persia/27221, Notiz des FO, 6.10.1941, FO 371/Persia/27154.

<sup>109</sup> Avery, 1967 :353, Modern Iran.

Diese Situation führte zu Spekulationen darüber, dass die Lebensbedingungen in der sowjetischen Besatzungszone viel angenehmer waren als im übrigen Land.

Während des Krieges war das Getreide ein wichtiger Streitpunkt zwischen dem Iran und der Sowjetunion sowie zwischen den Alliierten. Der Bedarf der Alliierten, die Ansammlung von Getreide durch Hamsterer sowie das Streben von Bauern, ihre Produkte angemessen zu verkaufen, führten zu einem Mangel an Getreide und einer Verteuerung des Brots. Dies führte wiederum zunächst zum Aufstand in der britisch besetzten Einflusszone, der auch bald die sowjetische Einflusszone folgte. Die Aufstände waren ein Ausdruck der Unzufriedenheit der iranischen Bevölkerung mit den Machthabern in Teheran. Aus wirtschaftlicher Not kam es dann zur politischen Partizipation. In den Aufständen kamen allmählich die politischen Forderungen wie z.B. Bildung der Gemeinde- und Städteräte, Anwendung der Minderheitensprache usw. zum Ausdruck.

Die sowjetische Regierung wurde in diesen Aufständen andauernd gelobt.<sup>110</sup> Diese Ausschreitungen nutzten die Sowjets aus, um die Untauglichkeit der iranischen Zentralregierung zur Schau zu stellen. Die Sowjets waren in der Lage, diese Aufreure niederzuschlagen, wenn sie es für zweckdienlich hielten.

Die Sowjets hatten sogar vor, die staatlichen Industrieanlagen der Militärfabriken zu demontieren und in die Sowjetunion zu transportieren. Um dieses Vorgehen zu verhindern, musste die iranische Regierung einen aufdiktierten Vertrag<sup>111</sup> in Kauf nehmen. Nach diesem Vertrag verpflichtete sich die iranische Regierung, die iranischen Militärfabriken unter Aufsicht der sowjetischen Experten zu stellen, auf Bestellung der Roten Armee zu produzieren sowie 80% der Produktion den Sowjets zu überlassen.

Die Sowjets zwangen die iranische Regierung zudem in einem weiteren Vertrag vom 18. März 1942, 2.216.000 Dollar für die sowjetischen Truppen im Iran zu bezahlen. Die Sowjets versicherten der iranischen Regierung im Gegenzug, alle sowjetischen Waren in den Iran zu liefern. Der dritte Vertrag, der die iranische Regierung am höchsten belastete, wurde im Herbst 1942 zwischen beiden Regierungen geschlossen. Diesem Vertrag zufolge musste der Iran jährlich 7.000 Tonnen Weizen, 15.000 Tonnen Gerste und 30.000 Tonnen Reis in die Sowjetunion abführen. Zu erwähnen ist, dass das Getreide und der Reis meist im sowjetisch kontrollierten Bereich angebaut wurden. Daher konnten die Sowjets diese Produkte ohne die Zustimmung der iranischen Regierung in die Sowjetunion transportieren. Zweck des Vertrags war vor allem, dass die Sowjets im Falle eines umfangreichen illegalen Getreide-Exports aus

---

<sup>110</sup> SD 891.00 Täbris, 31. Aug. 1943, zit. n. Fawcett, 1992: 90, Iran and the Cold War.

<sup>111</sup> Der Vertrag wurde am 23. Januar 1943 unterzeichnet.

dem Iran etwas in der Hand hielten. Ferner erhielten sie auf diese Weise einen Anteil des Lebensmittelkontingents, das die iranische Regierung von den USA und England bekam.

Diese Verträge bedienten nur die sowjetische Regierung. Es ist zwar richtig, dass die Verträge kurzfristig den Iran wirtschaftlich ruinierten. Langfristig jedoch unterstützten sie im Gegensatz zu Zaughis Behauptung das politische Vorhaben der sowjetischen Regierung im Iran.<sup>112</sup> Die aufdiktierten Verträge setzten ein Zeichen, dass die Sowjets zu ihrer alten Politik zurückkehren wollten. Eine Politik, die die Schwächung des Irans zur Folge hatte und die von den Sowjets nach der Oktoberrevolution auf Eis gelegt worden war.

#### **IV.3.4. Kooperation mit der iranischen Bevölkerung 1943-1945**

Unmittelbar nach dem sowjetischen Sieg in Stalingrad im Jahre 1943 kam es zu einer Wende der sowjetischen Politik gegenüber dem Nordiran. Nach dem Bericht des iranischen Konsuls in Baku wurden in den Zeitungen (in Baku) „schlechte und radikale Artikel über den Iran und die Situation in Aserbaidschan veröffentlicht. Darin wurde das iranische Aserbaidschan unter dem Namen Süd-Aserbaidschan propagiert.“<sup>113</sup>

Die Sowjets veröffentlichten im Jahre 1943 ein Buch unter dem Namen „die Geschichte Aserbaidschans“.<sup>114</sup> In diesem Buch wurde behauptet, dass Aserbaidschan von Anfang an ein „unabhängiger Staat“ gewesen sei und „später okkupiert“ wurde. Die Iraner wurden als Okkupanten bezeichnet.<sup>115</sup> Ebenso wurden als „Ursache von Armut, Unglück und Hungersnot die iranischen Könige und ihre Vertreter in der Region hingestellt.“<sup>116</sup> Am Ende kam der Autor des Buches zu der Schlussfolgerung, dass „es viel besser gewesen wäre, wenn Aserbaidschan unter die Herrschaft der russischen Zaren geraten wäre, statt unter der Besetzung eines unterentwickelten Landes wie dem Iran zu leiden.“<sup>117</sup>

General Hurley, Gesandter Roosevelts, der den Iran im Jahre 1943 besucht hatte, berichtet: Wenn die Iraner gezwungen würden, zwischen England und der Sowjetunion zu entscheiden, würden sie die Sowjets bevorzugen.<sup>118</sup> Wie schon erwähnt, berichtete G. F.

---

<sup>112</sup> Vgl. Zaugh 1368/1989: 134, Iran und die Großmächte im Zweiten Weltkrieg, Bd. 2.

<sup>113</sup> AIA, Majdi (iranischer Konsul in Baku) an das Außenministerium (Teheran), Nr. 282, 30.11.1324/19.2.1946.

<sup>114</sup> AIA, Majdi (iranischer Konsul in Baku) an das Außenministerium (Teheran), Nr. 2206, 23.8.1322/15.11.1943.

<sup>115</sup> AIA, Majdi (iranischer Konsul in Baku) an das Außenministerium (Teheran), Nr. 282, 30.11.1324/19.2.1946.

<sup>116</sup> AIA, Majdi (iranischer Konsul in Baku) an das Außenministerium (Teheran), Nr. 282, 30.11.1324/19.2.1946.

<sup>117</sup> AIA, Majdi (iranischer Konsul in Baku) an das Außenministerium (Teheran), Nr. 282, 30.11.1324/19.2.1946.

<sup>118</sup> General Hurley to President Roosevelt, 13. May 1943, FRUS, Bd. IV, S. 363-70.

Kennan, der am 28. Juni 1944 einen kurzen Besuch in Teheran machte, dass „Teheran atmosphärisch wie eine Stadt in Russland“ wirkte.<sup>119</sup>

Das Foreign Office warnte davor, dass die Sowjets die „Junge Generation“ an sich reißen würden und die Briten mit einer „alten reaktionären Gruppe“ zurückblieben.<sup>120</sup> Im November 1943 wurde der kulturelle Verein des Irans und der Sowjetunion in Täbris eröffnet. Viele besuchten diesen Verein in der Hauptstraße von Täbris.

Im September 1944 eröffneten die Sowjets in Aserbaidschan ein Krankenhaus und eine Schule. In der Schule wurde die russische sowie die Azeri-Sprache unterrichtet. In Täbris wurde eine neue Zeitung mit dem Namen *Dost-e-Iran* (Freund des Irans) in persischer Sprache gedruckt. Die Gesellschaft für kulturelle Zusammenarbeit zwischen dem Iran und der Sowjetunion in Täbris erweckte großes Interesse bei den Aserbaidschanern und war viel besucht.

Die allgemeine Unzufriedenheit im Land gegenüber der iranischen Regierung half der sowjetischen Armee, die iranische Bevölkerung für sich zu gewinnen. Nach der allgemeinen Bewertung der Iraner haben die sowjetischen Truppen „besser als erwartet“ agiert.<sup>121</sup> Die sowjetischen Soldaten „brachen niemals den Freundschaftsvertrag und die Brüderlichkeit - in diesen drei Jahren - ab. Sie waren mit ihrer guten Disziplin, Moral und Liebe beispiellos. (Die Sowjets) können auf ihre Soldaten (im Iran) stolz sein.“<sup>122</sup> Vor diesem Hintergrund bereitete sich die iranische Bevölkerung auf die Teilnahme an der 14. Parlamentswahl vor. Diese Parlamentswahl war die längste Wahl dieser Zeit. Sie begann am 23. Mai 1943 und endete am 21. Mai 1944. Mehr als 800 Kandidaten kämpften um 136 Parlamentssitze. Die Tudeh-Partei stellte nur 20 Kandidaten für das Majlis auf, was zum Ärger des sowjetischen Botschafters in Teheran Esmirnow führte. Esmirnow sagte, „dass die Hälfte des Majlis Ihnen (der Tudeh-Partei) gehören müsste.“<sup>123</sup> Die Tudeh-Partei besaß gute Aussichten, erfolgreich bei der Parlamentswahl abzuschneiden und über den parlamentarischen Weg die Macht an sich zu reißen.

Mit der Ernennung Maximovs zum neuen sowjetischen Botschafter in Teheran bekam die Tudeh-Partei jedoch die sowjetische Politikänderung zu spüren. Bei einem Treffen mit dem Parteivorstand der Tudeh-Partei bestimmte der neue sowjetische Botschafter, dass die Tudeh-Partei nicht alle Parlamentskandidaten im Nordiran nominieren durfte. Die Partei

---

<sup>119</sup> Kennan 1968:191, Memoiren eines Diplomaten

<sup>120</sup> Comment of the FO. In London 19. April 1943, FO. 371/Persia 1943/34-35070.

<sup>121</sup> SD 891.00, Tabriz, 4.1.1944, zit. n. Fawcett, 1992:87, Iran and the Cold War.

<sup>122</sup> *Bakhtar-e-Emrus*, Nr. 395, 6.8.1323 / 28.10.1944.

<sup>123</sup> Eskandari, 1372/1993: 144, Memoiren.

musste mit den progressiven Personen im Nordiran, die nicht zur Partei gehörten, koalieren. Sie musste sogar die Zahl ihrer Kandidaten einschränken.<sup>124</sup> Kurz danach nahmen die Sowjets selbst den Kontakt zu den lokalen Politikern in den Provinzen auf und forderten sie einzeln auf zu kandidieren. So kandidierten mehrere Großgrundbesitzer, A. Amini in Gilan oder Khalaatbari in Mazandaran,<sup>125</sup> ohne dieses mit dem Parteivorstand der Tudeh-Partei in Teheran zu klären.<sup>126</sup> Die in Verruf geratenen Grundbesitzer wurden nominiert, da sie besser als die Tudeh-Partei dem Interesse der Sowjets dienten.<sup>127</sup> Dies bedeutete jedoch nicht, dass die Sowjets die Tudeh-Partei in der Parlamentswahl nicht unterstützten, sondern sie versuchten vielmehr auf Distanz zu gehen. Der Vorstand der Tudeh-Partei schilderte die eingeschränkte Arbeit der Partei im Nordiran: „Der Nordiran war die sowjetische Einflusszone. Wir (der Vorstand der Tudeh-Partei) mussten mit ihnen (den sowjetischen Behörden) sprechen. Wir hatten keine andere Wahl. Es war unmöglich, in der damaligen Situation (...in die Einflusszone ) zu gehen und einen Wahlspot ohne sowjetische Erlaubnis zu machen. Wir waren gezwungen, ihnen die Zahl der Kandidaten sowie ihre Wahlbezirke mitzuteilen.“<sup>128</sup> Sonst machten die Sowjets von ihrem Einfluss im Nordiran Gebrauch und vertrieben die Gegenkandidaten aus ihrem Wahllokal. Eskandari zufolge: Die Sowjets vertrieben z. B. den Gegenkandidaten in Mazandaran und teilten ihm mit: „Du hast kein Recht nach Mazandaran zurückzukehren.“<sup>129</sup>

Für die Parlamentswahl schlugen die Sowjets zwei Wege ein: Zum einen wurde den parteilosen lokalen Politikern geholfen, zum anderen wurden die Kandidaten der Tudeh-Partei unterstützt. Zur Realisierung dieses Vorhabens schickten die Sowjets die Kandidaten, die weder zur Tudeh-Partei gehörten noch auf ihren Listen standen, entweder ins Gefängnis oder verbannten sie aus ihren Wahlorten.<sup>130</sup>

Obwohl sich die Sowjets in die 14. Parlamentswahl massiv einmischten, führte ihre Doppelstrategie, die Unterstützung der parteilosen Politiker in der Region und gleichzeitige Distanzierung von den Tudeh-Kandidaten zum Irrtum des Foreign Offices. Das Foreign Office gelangte zu dem Resultat, „dass die Sowjets in ihrer Einflusszone sehr wenig von ihrem Einfluss Gebrauch machten.“<sup>131</sup>

---

<sup>124</sup> Eskandari, 1372/1993: 145, Memoiren.

<sup>125</sup> Eskandari, 1372/1993: 145, Memoiren.

<sup>126</sup> Eskandari, 1372/1993: 145, Memoiren.

<sup>127</sup> Eskandari, 1372/1993: 145, Memoiren.

<sup>128</sup> Eskandari, 1372/1993: 143 u. 145, Memoiren,

<sup>129</sup> Eskandari, 1372/1993: 147, Memoiren.

<sup>130</sup> Siehe Eskandari, 1372/1993: 147, Memoiren.

<sup>131</sup> FO in London, 3 December 1943, FO 371/Persia 1943/34-35117.

Trotz der sowjetischen Initiative war das Ergebnis der Parlamentswahl sehr bescheiden. Die von den Sowjets unterstützten Kandidaten schafften es nicht ins Majlis, und die Tudeh-Partei konnte nur acht Abgeordnete ins Parlament schicken.

Warum die Sowjets in der 14. Parlamentsperiode des Majlis keinen Parlamentsitz erobern konnten, obwohl sie mit der iranischen Bevölkerung gut umgingen, lag an folgenden Gründen, nämlich

- 1) an der neuen sowjetischen Politik im Nordiran, die genau wie die iranische Regierung die Großgrundbesitzer und andere unpopuläre Persönlichkeiten für das Majlis nominierte. Sogar die Tudeh-Partei war gegen die Normierung dieser Kandidaten.
- 2) an der Verbreitung der Hungersnot im Nordiran
- 3) an der Wahlmanipulation der iranischen Regierung
- 4) am Erdölerwerb der sowjetischen Regierung. Mossadegh stellte fest, dass der sowjetische Erdölentwurf eine Kopie des verhassten britischen Erdölvertrages im Südiran war.<sup>132</sup> Dies bescherte den Sowjets einen negativen Eindruck in der iranischen Öffentlichkeit.
- 5) an den Spekulationen darüber, dass die Kommunisten gegen die islamische Religion seien.

Wenn sich die Sowjets in die Wahl nicht eingemischt hätten und wenn die Tudeh-Partei die volle sowjetische Unterstützung genossen hätte, hätte die Tudeh-Partei bei der Wahl besser abschneiden können. Die Tudeh-Partei war für die 14. Parlamentswahl die einzige Partei, „die ein klares Programm und verzweigte Organisation“ besaß.<sup>133</sup> Jedoch erwarben die 23 Kandidaten der Tudeh-Partei ungefähr 200,000 Stimmen, d.h. sie bekamen mehr als 70% der abgegebenen Stimmen in ihrer Wahllokale und mehr als 13% der abgegebenen Stimmen im ganzen Iran, wie Dr. Radmanesch, das Vorstandsmitglied der Partei, berichtete.<sup>134</sup>

Nach der Zusammenkunft des zweiten Parteikongresses im Sommer 1944 wurde beschlossen: Die Partei musste in den Städten im Südiran, insbesondere in den Erdölindustrie-Städten aktiv werden, damit der Krieg gegen den Faschismus in absehbarer Zeit ein Ende finden würde. Der Parteivorstand sollte die Probleme in den Provinzen beachten. Trotzdem wurden separatistische Tendenzen, die eine Bedrohung für die iranische Souveränität

---

<sup>132</sup> MM, Die Rede Mossadeghs in Majlis, 7.7.1323/ 29.9.1944

<sup>133</sup> British Minister an FO, „Memorandum on Parties Active in the General Elections“, FO 371/Persia 1943/34-35074.

<sup>134</sup> Radmanesch, „Bericht vom Wahlergebnis“, in: *Rabar*, 13.5.1323/4.8.1944.

darstellten und eine Spaltung zwischen Türken und Persern verursachen würden, energisch abgelehnt.<sup>135</sup> Ferner wurden die Rechte für die religiösen und kulturellen Minderheiten betont,

- die soziale Gleichheit für alle iranischen Bürger ohne Ansehen der Herkunft und Religion akzentuiert

- sowie „die Mobilisierung der ausgebeuteten Schicht“ gegen die Feudalen und Kapitalisten“<sup>136</sup> unterstützt.

Die Tudeh-Partei drehte das Gesicht nach Süden, eröffnete in mehr als 70 Städten des Südens ihre Büros und druckte sechs lokale Zeitungen, wie *Surat* (Gesicht), *Safa*, *Gorgan*, *Bisetun*, *Rahnema* (Guide), *Ahangar* und *Surusch*. Die Partei organisierte Demonstrationen, die immer größer und länger wurden. Mit dieser Methode setzte die Partei das iranische Kabinett unter Druck, bekam viel Sympathie in der Unterschicht und ärgerte zugleich die iranischen Führungskreise. Nach Ablehnung der sowjetischen Erdölkonzession veranstaltete die Partei in 22 Städten Demonstrationen.

Der Zuwachs der Tudeh-Partei lässt sich anhand der Reaktion der britischen Konsuln in den verschiedenen Städten bewerten. Der britische Konsul in Maschhad berichtete, dass die lokalen Syndikate, die unter der Schirmherrschaft der Tudeh-Partei aktiv waren, mehr als 2000 Mitglieder, darunter 500 Teppichweberinnen, an sich ziehen konnten. Diese Syndikate unterrichteten die Mitglieder darüber, wie sie für gute Arbeitsverhältnisse kämpfen sollten. Die reichen Kaufleute bekamen Angst vor einem Volksaufstand.<sup>137</sup> Der britische Konsul in Täbris warnte davor, dass die Tudeh-Partei die lokale Verwaltung außer Kraft setzen und die Stadt unter Kontrolle bringen würde.<sup>138</sup> Der Konsul in Isfahan beschrieb, wie die Tudeh-Partei einen erfolgreichen Streik in den Textilindustrien organisiert und die Syndikate von Industriebesitzern und Arbeitgebern besiegt hatte.<sup>139</sup> Der britische Botschafter in Teheran berichtete, dass die Tudeh-Partei, die von den Sowjets auf unterschiedliche Art und Weise unterstützt wurde, die stärkste Partei sei.<sup>140</sup>

Der britische Botschafter in Teheran glaubte, dass die Tudeh-Partei in der Lage war, gegen alle politischen Gegner anzutreten. Die Partei hielt die Presse und die Arbeiterklasse

---

<sup>135</sup> British Chargé d'Affaires an FO, Memorandum on the Tudeh Congress“, FO 371/Persia 1944/34-40187.

<sup>136</sup> Siehe Tudeh-Partei: Parteiprogramm, in *Rabar*, 14-16.6.1323/ 5.-7.9.1944.; Qasemi, 1323/1944: 2-5, Was die Tudeh-Partei Irans sagt und was sie will.

<sup>137</sup> British Consul in Mashhad, 7. May-23. June 1943, FO 371/Persia 1943/34-35061.

<sup>138</sup> British Consul in Tabriz, 5. June-13. July 1944, FO 371/Persia 1944/34-40178.

<sup>139</sup> British Consul in Isfahan, 7. April-13. July 1944, FO 371/Persia 1944/34-40163.

<sup>140</sup> British Ambassador an FO, 18. July 1944, FO 371/Persia 1944/34-40187.

des ganzen Landes in der Hand.<sup>141</sup> Auch Radio Moskau behauptete, dass die Tudeh-Partei die einzige Hoffnung für die Durchsetzung der Reformen im Iran sei.<sup>142</sup>

Der amerikanische Botschafter in Teheran war der Meinung, dass die Stärke der Tudeh-Partei ein Grund dafür war, dass Qavam mit dieser Partei koalieren wollte.<sup>143</sup> Die Partei hatte mit ihrer organisatorischen Erweiterung gleichzeitig politische Koalitionen und personelle Erneuerungen angestrebt. Im Sommer 1946 koalierte die Partei mit der Iran-Partei und forderte die anderen Parteien auf, sich mit ihr zu einigen, um den gemeinsamen Kampf für die nationale Unabhängigkeit und für den sozialen Fortschritt fortzusetzen.<sup>144</sup> Die Parteien Jangal, DPA und DPK folgten ihrem Aufruf.

Am fünften Jahrestag der Partei beteiligten sich mehr als 120.000 Demonstranten. Rabar bewertete diese Veranstaltung als die größte Demonstration in Nahost, die eine private Organisation jemals eingefädelt hatte.<sup>145</sup> Die Partei war im Südiran genau so erfolgreich wie im Nordiran, wie z. B. in den Städten Yazd, Kerman<sup>146</sup> und Schiraz<sup>147</sup>. Einen wichtigen Erfolg konnte die Partei in der Erdölraffineriestadt Abadan verbuchen. Am Jahrestag der Arbeiter im Jahre 1946 (1. Mai 1946) kamen mehr als 80.000 Arbeiter zusammen. Nach der erfolgreichen Kundgebung und darauf folgenden Streiks für bessere Lebensbedingungen und höhere Löhne lieferten sich die Demonstranten drei Tage lang Straßenschlachten mit der Polizei, 19 Tote und mehr als 300 Verletzte waren die Bilanz des Streiks. Qavam schickte eine Delegation nach Abadan mit einigen Führern aus der Tudeh-Partei. Die Delegation unter Leitung von M. Firuz akzeptierte die Forderungen der Arbeiter und legte erfolgreich den Streik bei. Die ununterbrochenen Erfolge der Partei zwangen Qavam, der Partei drei Ministerien zu überlassen. Dies war der größte Erfolg der Partei in ihrer kurzen Lebenszeit. In dieser Zeit besaß die Partei mehr als 100.000 aktive Mitglieder und bildete dadurch die größte politische Organisation des Landes.<sup>148</sup>

---

<sup>141</sup> British Ambassador an FO, 13. June 1946, FO 371/Persia 1946/34-52664.; Im Jahre 1946 wechselten mehr als 50 Journalisten, die gegen die Briten gesinnt waren, zu der Partei über.

<sup>142</sup> Die Tudeh-Partei veröffentlichte die Artikel aus den sowjetischen Medien. Während Radio Moskau von der Tudeh-Partei als einzige Hoffnung der iranischen Zukunft sprach, hat die sowjetische Armee in Aserbaidschan, die von Baku delegiert wurde, den Weg für die Auflösung der Tudeh-Partei-Filiale in Aserbaidschan eingeleitet. Nach der Vorstellung Bakus war die Tudeh-Partei für die bevorstehende Aufgabe ungeeignet.

<sup>143</sup> American Ambassador to the State Department, 31. Mai 1946, FRUS, Bd. VII, S. 490.

<sup>144</sup> Die Tudeh- sowie Iran-Partei, Koalitionspapier, in: *Gebhe*, 9.5.1325/ 31.7.1946.

<sup>145</sup> *Rabar*, 14.7.1325/6.10.1946.

<sup>146</sup> Siehe für die Organisation der Demonstration in Yazd und Kerman, British Consul in Kerman, 15. August und 15. Feb. 1945, FO 371/Persia 1945/34-45455.

<sup>147</sup> Siehe für die Organisation der Demonstration in Schiraz, British Consul in Schiraz, Two weekly Reports for 1945, FO 371/Persia 1945/34-45457.

<sup>148</sup> U.S. Congress, Committee on foreign Affairs, the strategy and tactics of world Communism, Washington, D.C. 1949, S. 7-9; British Labour Attaché to the FO, The Tudeh party and Iranian Trade Unions", FO 371/Persia 1947/34-61993.

Der Erfolg der Tudeh-Partei lag in der Mobilisierung des intellektuellen Mittelstandes. Sie zeigte, dass der Urheber der schlechten Lage des Iran die traditionelle iranische Oberschicht war, die die Modernisierung und Erneuerung des Landes blockierte. Die ständige Wiederholung der Ministernamen im Kabinett verstärkte die Vermutung, dass die iranische Politik zu einem Spiel in den Händen von 1.000 Familien geworden war. In den Zeitungsberichten der Partei war die Korruption der iranischen Oberschicht zu einem wichtigen Thema geworden. Die Botschaft der Tudeh-Partei kam unter der Bevölkerung gut an. Nach dem Bericht des britischen Konsuls in Meshhad im Jahre 1945 waren die Parteimitglieder gegen die Familie Alam,<sup>149</sup> eine Großgrundbesitzerfamilie. In der Stadt Hamadan war die Partei aus gleichem Grund attraktiv, da sie gegen die Familie Qareauslou agierte.<sup>150</sup> Die Partei fand in Kermanschah Sympathie in der Mittelschicht und unter Regierungsbeamten, da die Partei gegen die Großgrundbesitzer Qubadian warb.<sup>151</sup>

Die Stärke der Tudeh-Partei führte zur Besorgnis Großbritanniens. Die britische Regierung arbeitete einen Plan aus, um Problemen im Falle einer Machtübernahme der Partei im Iran zuvorzukommen. Sie verstärkte ihre Militärkräfte im Irak, entsendete Kriegsschiffe nach Abadan, ermutigte die Nomadenaufstände im Südiran zur Bildung einer Autonomieregierung und versuchte die Tudeh-Partei von innen zu spalten. Da sich herausstellte, dass die Spaltung der Parteiorganisation nicht einfach war, schlug der britische Botschafter in Teheran vor, „die Personen von der Partei zu trennen“.<sup>152</sup> Der britische Plan für die Parteispaltung erwies sich als überflüssig, da die Aufstände der Nomaden im Südiran, der Abzug der sowjetischen Truppen, die Wendung Qavams hin zu rechten Kräften und die Niederschlagung der aserbaidshanischen sowie der kurdischen Autonomieregierung die Unterdrückung der Tudeh-Partei zur Folge hatte. Die Arbeit der Tudeh-Partei wurde eingeschränkt und nach dem Attentat auf M.R. Schah verboten.<sup>153</sup>

Die Wendung Qavams nach rechts hinterließ einen negativen Eindruck bei der Tudeh-Partei, denn die Führer der Tudeh-Partei verglichen den Ministerpräsident Mossadegh im Jahre 1953 mit Qavam im Jahre 1946. Die Tudeh-Partei ging davon aus, dass die Unterstützung Mossadeghs gegen den Schah, der mit Hilfe des CIA gegen Ministerpräsident Mossadegh im Jahre 1953 putschte, zur Wiederholung der Geschichte führen würde. Denn Mossadegh würde wie Qavam durch die Wendung nach rechts und Versöhnung mit dem

---

<sup>149</sup> Siehe British Consul in Mashhad, 18. July and 3. November 1945, FO 371/Persia 1945/34-34184.

<sup>150</sup> Siehe British Consul in Hamadan, Monthly Repots, FO. 371/Persia 1946/34-52759.

<sup>151</sup> Siehe British Consul in Kermanshah, Monthly Repots, FO. 371/Persia 1946/34-52698.

<sup>152</sup> British Ambassador to the FO, „memorandum on the present Situation in Persia“, I.O.R. /L/P&S/12-3491A.

<sup>153</sup> Zur Aktivität der Tudeh-Partei im Ausland siehe, Frotan, ---, Die Tudeh-Partei im Exil.

Schah für die Unterdrückung der Tudeh-Partei sorgen.<sup>154</sup> Daher unterstützte die Tudeh-Partei Mossadegh nicht gegen den Putsch des Schahs, obwohl sie die notwendige Organisation für die Vereitelung des Putsches im Jahre 1953 zur Verfügung hatte.

#### **IV.3.5. Distanzierung der sowjetischen Regierung von der Kooperation mit der iranischen Bevölkerung**

Das freundliche Verhältnis zu der iranischen Bevölkerung wurde mit dem sowjetischen Erdölerwerb im Winter 1944 beendet. Die sowjetische Regierung schickte eine Delegation unter Leitung Kaftarezdehs in den Iran, um eine Erdölkonzession im Nordiran zu verlangen.

Die Mission Kaftarezdehs<sup>155</sup> blieb jedoch erfolglos, obwohl er die iranische Bevölkerung in einem bis dahin nie dagewesenen Appell aufforderte, ihn bei der Beendigung des Konfliktes gegen die iranische Regierung zu unterstützen.<sup>156</sup> Der Appell offenbarte, wie die sowjetische Regierung auf die Unterstützung des iranischen Volkes zählte. Obwohl die Tudeh-Partei<sup>157</sup> dafür in mehr als 22 Städten Demonstrationen veranstaltet hatte, konnte sie das vom Parlament verabschiedeten Erdölgesetz nicht rückgängig machen. Der Erdölerwerb der Sowjets trug zur nationalen Besorgnis und zur emotionalen Aufregung im Iran bei.

Die Ablehnung der Vergabe der Erdölkonzession durch das iranische Volk überzeugte die sowjetische Regierung davon, den Entwurf Bagirows<sup>158</sup> gegen den Einfluss der westlichen Länder (England und USA) im Iran entschlossen zu unterstützen: die Unterstützung der Autonomieregierungen in Aserbaidschan sowie in Kurdistan. Diese Politik kam zustande, nachdem Stalin einem von Mir Jafar Bagirow<sup>159</sup> ausgearbeiteten Formblatt zustimmte.<sup>160</sup> Bagirow kam 1933 im sowjetischen Aserbaidschan an die Macht und agierte während der gesamten Stalin-Zeit als KP-Chef sowie Regierungschef in Aserbaidschan. Bagirow träumte

---

<sup>154</sup> „Die antinationale Politik von Dr. Mossadegh“, in: *be suye Ajande*, 31.5.1331/22.8.1952, „Ob eine Beziehung zwischen dem Schah und Mossadegh existiert?“ In: *be suye Ajande*, 12.9.1330/4.12.1951.

<sup>155</sup> Für die Mission Kaftarezdehs siehe das Erdölkapitel.

<sup>156</sup> *New York Times*, 30. Oct. 1944, Kuniholm, 1980: 197, *The Origins of the Cold War in the Near East*.

<sup>157</sup> Im Geheimen waren viele Parteiführer der Tudeh-Partei gegen die Erteilung der Erdölkonzession an die Sowjetunion. Siehe British Ambassador an FO, 25. Oct. 1944, FO 371/Persia 1944/34-40241.

<sup>158</sup> Eine endgültige Beurteilung der sowjetischen Politik und der Rolle Bagirows wird erst möglich sein, wenn die sowjetischen Dokumente darüber, die nun verschlossen sind, zur Verfügung gestellt werden. Man hat zur Zeit keinen Zugang zu den Sitzungen des Politbüros, zu den Archiven des Staatpräsidenten und zu den Dokumenten des KGB. Siehe Yegorova, N. I., 1996: Fn. 6, *The Iran Crisis of 1945-1946: A View from Russian Archives*, 1996, in: *Goftogu*, 1376/1997: 103-135, Nr. 17.

<sup>159</sup> Nach dem Tod Stalins wurde Bagirow infolge einer Änderung an der Parteispitze im Jahre 1953 der Prozess gemacht. Siehe Grobe-Hagel, 1992: 59, *Russlands Dritte Welt. Ihm und Beriya, Innenminister sowie Chef des Geheimdienstes, wurde unter anderem vorgeworfen, nationalistische Politik betrieben zu haben.* (Beriya georgischer und Bagirow aserbaidtschanischer Nationalismus). Auch wurde die Aserbaidschankrise im Jahre 1946 erwähnt. Eskandari, 1372/1993: 619, *Memoiren*. Bagirow wurde vorgeworfen, „in der Aserbaidschankrise eigenmächtig gehandelt zu haben.“ Eskandari, 1372/1993: 183, *Memoiren*.

<sup>160</sup> Eskandari, 1372/1993: 183, *Memoiren*.

von der Einheit des Kaukasus (sowjetisches Aserbaidschan) mit dem iranischen Aserbaidschan. Nach seinem Konzept sollte die Sowjetunion eine aktive Politik im Nordiran ansteuern:

a) Aserbaidschan und Kurdistan sollten zunächst Autonomieregierungen bilden und die Vereinigung mit dem Sowjetischen Aserbaidschan anstreben.

b) Die Propagandabasis der Sowjets sollte vom kommunistischen Internationalismus auf russischen sowie aserbaidschanischen Nationalismus umgestellt werden.

Um der neuen Aufgabe gerecht zu werden, wurde der sowjetische Botschafter in Teheran Esmirnow durch Maximow ersetzt. Maximow war zuvor sowjetischer Konsul in Meshhad gewesen und gehörte zur Bagirow-Gruppe. Damals ahnte Saéd, der iranische Ministerpräsident, nichts vom Entwurf Bagirows. In einer Unterhaltung mit Bullard rechtfertigte der iranische Ministerpräsident seine Haltung zu der Frage, warum er die Verhandlung über das Erdöl bis zum Kriegsende verschoben hatte. Saéd begründete seine unklare Stellungnahme gegenüber den Sowjets damit, dass wenn den Sowjets mit „ja“ geantwortet würde, sie sich mehr in die iranischen Angelegenheiten einmischen würden, und wenn sie „nein“ als Antwort bekämen, sie die separatistische Bewegung in Kurdistan und Aserbaidschan anspornen würden.<sup>161</sup>

Anscheinend war es nicht Saéd allein, der diese Meinung vertrat, sondern auch I. Pink, ein Beamter im Eastern Department des Foreign Office, hatte zwei Jahre zuvor in seiner Notiz an Eden, den britischen Außenminister, von der sowjetischen Erwartung geschrieben, dass das iranische Aserbaidschan nach Kriegsende freiwillig ein Teil der sowjetischen Republiken werden würde. Pink schlug vor, wenn die sowjetische Regierung wirklich die Trennung Aserbaidschans wollte, müsste England seinen Protest nicht offenbaren, da England im Falle eines Sieges den Sowjets etwas schuldig sei. (...) Wenn der Wille der Sowjets in der Tat auf die Abspaltung Aserbaidschans und seine Einverleibung gerichtet sei, um den Schutz ihrer Südgrenzen zu garantieren, sei es vernünftig, dass England realistisch mit dem Problem umgehe.<sup>162</sup> England sollte die Trennung Aserbaidschans als Honorar für die sowjetische Unterstützung im Krieg mit Schweigen hinnehmen.

Das plötzliche Auftauchen Pischewaris in Täbris war ein Zeichen der neuen Politik in Aserbaidschan und Siegesignal für die Politik Bagirows.

---

<sup>161</sup> British Ambassador to the FO, Memorandum on the present political Situation in Persia, FO 371/Persia 1944/34-40187.

<sup>162</sup> Pink an Eden, Notiz vom 17.1.1942, E 332/21/34, FO 371/Persia-31388. In dieser Notiz machte Pink klar, dass egal was passiert England den Iranern nicht verbunden sei.

Auf diese Weise blieb die iranische Regierung die einzige Regierung, die der sowjetischen Politik im Nordiran während des Krieges entgegentrat. Die Briten fürchteten, dass ihr Protest gegen das sowjetische Handeln im Nordiran zum sowjetischen Protest gegen die britische Arbeit in der britischen Einflusszone führen würde, genau wie dies in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts der Fall gewesen war. Anscheinend war die Zeit für die britischen Machthaber im Iran stehen geblieben. Churchill warnte sogar davor, dass die guten Beziehungen zur Sowjetunion aus irgendwelchen Gründen vernachlässigt würden.<sup>163</sup> Die Briten wollten in dieser Zeit keinen wichtigen Verbündeten wie die Sowjetunion belästigen. Bis zum Jahresende 1944 war es lediglich die iranische Regierung, die ihre Besorgnis wegen der sowjetischen Ziele im Iran zum Ausdruck brachte. Sie brachte die iranische Bevölkerung auf den Weg, sich über die sowjetischen Absichten im Iran Gedanken zu machen.

#### **IV.3.6. Konfrontation mit der iranischen Regierung im Nordiran 1944-1945**

Nach dem Bericht Walls an Bullard blieb „die Beziehung zwischen den Sowjets und den Iranern (im Jahre 1945) unverändert. Die Sowjets kontrollieren die iranische Verwaltung, und die iranischen Behörden können gegen sowjetischen Willen nichts unternehmen.“<sup>164</sup>

Im April 1945 teilte Ministerpräsident Sadr dem Majlis den Bericht des Innenministers<sup>165</sup> über die Unruhen im Nordiran mit und erklärte, dass die sowjetischen Behörden den iranischen Ordnungskräften nicht erlaubten, die Sicherheit dort herzustellen.<sup>166</sup> Die iranische Regierung machte die Sowjets für die Unruhen im Nordiran verantwortlich.

Sadr wies die Forderungen der aserbajdschanischen Autonomieregierung ab. Er war insbesondere gegen die Bildung der Provinz- sowie Städteräte, mit der Begründung, dass die Gesetze ab 1938 gegen die iranische Verfassung von 1906 seien.<sup>167</sup> Es war klar, dass die Aussage des Ministerpräsidenten nur eine Ausrede war. Die iranische Zentralregierung kannte nur einen Weg, mit den Autonomievertretern zu sprechen: die militärische Intervention. Viele Abgeordnete im Parlament vertraten die gleiche Meinung und empfahlen den militärischen Einsatz. Ein Abgeordneter erwähnte im Parlament:

„Die Aserbajdschaner denken nicht im Traum an die Trennung (ihrer Provinz vom Iran). Vom schrecklichen Leben sowie der Reduzierung des Handels“ in Aserbajdschan ganz

---

<sup>163</sup> Churchill, 1951: 459-460, The Second World War, IV,

<sup>164</sup> Wall an Bullard, 16 April 1945, E 2445/239/34, FO 371/Persia, 45478-01881.

<sup>165</sup> Für die Einmischung der sowjetischen Behörden in die iranischen Angelegenheiten siehe AIA / Nr. 23, 23.1.1324/12.4.1945, sowie Nr. 231/18.6.1324/9.9.1945.

<sup>166</sup> Murray an State Department, Telegramm Nr. 1445-9-891, 5.9.1945, FRUS VIII.

<sup>167</sup> *Aserbajdschan*, Nr. 27, 22.7.1324/14.10.1945.

zu schweigen.<sup>168</sup> „Die Bevölkerung in Aserbaidschan hat nur die Hoffnung, dass die iranische Regierung sie von diesem schrecklichen Leben befreit. (...) Die Bevölkerung wartet auf die Tat der iranischen Regierung, damit diese künstliche Lage beseitigt wird.“<sup>169</sup>

Sadr ernannte Faroch zum neuen aserbaidischen Provinzleiter, um die aserbaidische Entwicklung in den Griff zu bekommen. Die Sowjets warnten den iranischen Ministerpräsidenten davor, diesen nach Aserbaidschan zu schicken.

Da keine von beiden Parteien nachgab, ging der Schriftwechsel zwischen beiden Regierungen weiter. Aus einem Schreiben des iranischen Außenministeriums vom 11. April 1945 geht hervor, dass der sowjetische Botschafter in Teheran das iranische Außenministerium darüber in Kenntnis setzte, dass die sowjetische Militärbehörde im Iran die Verstärkung durch zusätzliche iranische Ordnungskräfte im Nordiran nicht erlaubte. „Dieses Hindernis ist eine Art Einmischung der Sowjets in die iranischen Angelegenheiten (...) Es scheint, dass sich die Sowjets die Reduzierung der iranischen Sicherheitskräfte im Nordiran zum Ziel setzten, um die iranische Regierung im Nordiran in eine Lage zu versetzen, in der sie die Ordnung und Sicherheit (in Gorgan, Mahabad und Aserbaidschan) nicht herstellen kann,“<sup>170</sup> hieß es in dem Kommuniqué.

Fünf Monate später informierte der iranische Außenminister den iranischen Botschafter in Moskau, dass die Sowjets die iranischen Streitkräfte (in Maraghe) aufforderten, in den Kasernen zu bleiben. In den Gassen und Straßen halte die sowjetische Armee mit Hilfe der Mitglieder der Tudeh-Partei die Wache. Der iranische Außenminister forderte seinen Botschafter in Moskau auf, der sowjetischen Staatsmacht zu verstehen zu geben, dass diese Tat eine offene Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Irans sei.<sup>171</sup> Oft hatte die iranische Regierung bereits gegen die sowjetische Einmischung in der iranischen Verwaltung erfolglos protestiert.<sup>172</sup>

Am 17. Oktober 1945 machte Sehpahbody, der iranische Außenminister, in einem Treffen mit dem sowjetischen Botschafter in Teheran deutlich, dass „der Iran das Recht auf

---

<sup>168</sup> Ettela át, 28.000 Geschichte Irans und der Welt, Nr. 715.

<sup>169</sup> Ettela át, 28.000 Geschichte Irans und der Welt, Nr. 715.

<sup>170</sup> AIA, iranischer Außenminister an den iranischen Botschafter (Moskau), Nr. 23, 22.1.1324/ 11.4.1945.

<sup>171</sup> AIA, iranischer Außenminister an den iranischen Botschafter (Moskau), Nr. 231, 18.6.1324/ 9.9.1945. Er wiederholte seine Forderung am 12.9.1945., Siehe AIA, Nr. 235, 21.6.1324/12.9.1945.

<sup>172</sup> Für die Einmischung der sowjetischen Behörden in die iranischen Angelegenheiten siehe AIA, Außenministerium (Notiz), Nr. 2/513/2779, 3.8.1321/25.10.1942.

AIA, Außenministerium an den Botschafter in Moskau, Nr. 23, 23.11.1324/13.1.1946,

AIA, Außenministerium an den Botschafter in Moskau, Nr. 231, 18.6.1324/ 9.9.1945.

AIA, Außenministerium an den Sowjetischen Botschafter in Teheran, Nr. 235, 21.6.1324 /12.9.1945.

AIA, Außenministerium an den Botschafter in Moskau, Nr. 248, 27.6.1324/ 18.9.1945.

AIA, Außenministerium an den Sowjetischen Botschafter in Teheran, Nr. 537, 26.8.1324 /17.11.1945.

die Entsendung der Militärkräfte innerhalb des iranischen Territoriums besitzt. Wir können unsere Truppen innerhalb der iranischen Grenze überall hinschicken, wo wir wollen, und es geht die sowjetische Regierung überhaupt nichts an.“<sup>173</sup>

Einen Monat später, am 17. November 1945, informierte das iranische Außenministerium den sowjetischen Botschafter in Teheran über den neuen Zustand im Nordiran. In diesem Brief, in dem aus dem iranischen Innen-, Kriegs-, und Justizministerium informiert wurde, sprach die iranische Regierung von mehreren Punkten, die durch die sowjetischen Dienststellen verletzt worden waren, darunter:

- 1- Die Kurdenchefs sind ohne Ausweise (ohne Erlaubnis der iranischen Regierung) nach Baku gereist und zurückgekommen.
- 2- Um die Meinung der friedlichen Kurden zu ändern, agitierten die Kurdenchefs gegen die iranische Zentralregierung. Sie wurden dabei seitens der Sowjets mit einer Druckerei-Maschine sowie Papier unterstützt.
- 3- Eigene Chiefs der Kurden in Mahabad sind durch Anspornen der separatistischen Gruppen aktiv geworden. Um ihre Ziele zu erreichen, sammelten sie Waffen und verursachten die Unruhen.
- 4- Mullah Mustafa Barezani ist mit seinem Gefolge aus dem Irak geflohen und in den Iran geflüchtet. Da sie bewaffnet sind, kann dies zur Ausweitung der Unruhen (in der Region) führen.
- 5- Das sowjetische Militär kontrolliert alle Personen, die von Teheran in den Nordiran reisen wollen und verhindert dann die Weiterreise.
- 6- Das sowjetische Militär verhindert den Lebensmitteltransport vom Nordiran in den Zentral- sowie Südiran. Dies hat zur Folge, dass die Lebensmittel teurer werden und die Unzufriedenheit bei der Bevölkerung wächst. Andererseits beschwerten sich die iranischen Einwohner, dass sie ihre Ware nicht in den übrigen Iran transportieren dürfen.<sup>174</sup>
- 7- Die Sicherheit der Einwohner in den nördlichen Provinzen ist aufgrund des Fehlens der Sicherheitskräfte nicht möglich. Ferner lehnt die sowjetischen Armee jegliche Verstärkung des iranischen Militärs kategorisch ab.
- 8- Die Arbeit der iranischen Ämter ist wegen fehlender Provinzleiter, Gouverneure und anderer Chiefs (in der Region) nicht möglich.

---

<sup>173</sup> AIA, Sehpahbody, Außenministerium, Nr. 320, 25.7.1324/17.10.1945.

<sup>174</sup> AIA, Außenminister an Sowjetischen Botschafter, Nr. 537, 26.8.1324/ 17.11.1945.

9- Das Gerichtsverfahren gegen die Personen im Nordiran stimmt nicht mit den iranischen Gesetzen überein, da die sowjetischen Dienststellen gegen die Unabhängigkeit der iranischen Exekutive agieren.

10- Die Einschränkung der Arbeit der Sicherheitskräfte im Nordiran zieht weitere Unruhen nach sich.

Ferner wurde die sowjetische Regierung auf ihre Verpflichtung im Dreimächtevertrag von 1942 hingewiesen, in dem sie die iranische Souveränität beachten und sich in die Verwaltung sowie das wirtschaftliche Leben Irans nicht einmischen sollten. In diesem Schreiben wurden einige Fälle im Nordiran, die zur Entwaffnung der iranischen Militärcasernen führten, aufgelistet. Der iranische Außenminister bat die Sowjets zu erlauben, dass die iranischen Ordnungskräfte im Nordiran durch die Entsendung von zwei iranischen Militärtruppen - zwei Bataillone und eine Militärkompanie - unterstützt werden.<sup>175</sup> Diese Bitte wurde dem sowjetischen Botschafter in Teheran überreicht, nachdem die sowjetischen Behörden in Qazvin am 20. Oktober 1945 den Weitermarsch des iranischen Militärs gestoppt hatten. Dies ermöglichte der Autonomieregierung in Täbris, die Besetzung und Entwaffnung der Militärcasernen im Nordiran friedlich und ohne große Zwischenfälle durchzuführen sowie die Wahl des stattgefundenen nationalen Kongresses am 20. und 21. November 1945 abzuhalten. So setzte die DPA die Machtausübung der iranischen Zentralregierung außer Kraft.

Am 26. November 1945 antwortete der sowjetische Botschafter dem iranischen Außenminister und stritt ab, dass sich die sowjetischen Behörden an den inneren Angelegenheiten Irans, sei es politisch, wirtschaftlich oder militärisch beteiligten. Ebenfalls wies er die Zusammenarbeit mit den Kurden zurück.<sup>176</sup> Die iranische Regierung, die von der Zurückweisung aller Beschwerden erfuhr, forderte Ala, den iranischen Botschafter in Washington, auf, zu den unterschiedlichen Aussagen und Handlungen der Sowjets Stellung zu nehmen.

In Washington machte Ala in einem Interview deutlich, dass die iranische Regierung nicht der gleichen Ansicht mit der sowjetischen Regierung über die Unruhen im Nordiran war. Die iranische Regierung „informierte die USA und Großbritannien rechtzeitig darüber. Die Sowjets verhinderten den Weitermarsch der iranischen Streitkräfte in den Nordiran.“ Ala betonte weiter, dass sich die iranische Regierung der Handlungen ihrer Verbündeten sicher

---

<sup>175</sup> AIA, Außenminister an den sowjetischen Botschafter (Teheran), Nr. 537, 26.8.1324/17.11.1945. Eine Kopie wurde den iranischen Botschaftern in London, Ankara, Washington, Bagdad, Bern zugeschickt.

<sup>176</sup> AIA, Sowjetischer Botschafter (Teheran) an das iranische Außenministerium, Nr. 526, 26.11.1945 /5.9.1324.

sei. Er fügte hinzu: „Wir hoffen, dass Moskau diese Situation beendet. Wir erwarten, dass die USA von ihrem Einfluss auf die Sowjetunion Gebrauch machen und Druck ausüben werden, denn der Iran ist ein Testfall für alle Werte, für die die Welt in den Krieg gezogen ist.“<sup>177</sup> Ala machte die Presse auf das Schreiben der iranischen Regierung vom 17. November 1945 aufmerksam, in dem seine Regierung die sowjetische Regierung für die Unruhen und ihre Folgen im Nordiran verantwortlich machte.<sup>178</sup>

Ala,<sup>179</sup> der über das amerikanische Interesse in den iranischen Angelegenheiten Bescheid wusste, informierte den amerikanischen Außenminister persönlich von den Ereignissen im Nordiran:

„Am 19. und 21. November 1945 ist eine schwierige Situation im Iran entstanden, die durch eine bewaffnete Gruppe sogenannter Demokraten verursacht wurde. Die separatistischen Extremisten unterstützten diese Gruppe. (...) Vor kurzem haben wir erfahren, dass Janjan (die iranische Stadt) besetzt wurde und die Rebellen im Aufmarsch auf Teheran sind. (...) Die Anwesenheit des sowjetischen Militärs, der schnelle Einmarsch der bewaffneten Demokraten und die Schwäche der (iranischen) Regierungstruppen gegenüber den Rebellen aufgrund des Widerstandes der Roten Armee haben eine schreckliche Situation in Teheran verursacht,“<sup>180</sup> schrieb Ala an den amerikanischen Außenminister.

#### **IV.4. Die zweite Phase der sowjetischen Iranpolitik von 1945 bis 1947**

##### **IV.4.1. Die iranische und die sowjetische Regierung auf dem Weg zur Verständigung und Versöhnung 1945-1946**

Nachdem die iranischen Abgeordneten von der harten Haltung der Sowjets erfuhren, wurde der Ruf nach Versöhnung mit der Sowjetunion im Majlis laut. Abdoh, ein Abgeordneter im Parlament, sprach sich gegen die Autonomiebewegung in Täbris aus, forderte aber gleichzeitig die Regierung auf, eine Mission nach Moskau zu schicken, um die Missverständnisse aus dem Weg zu räumen. (...) Er befürwortete die Lösung des Konflikts

---

<sup>177</sup> AIA, das Außenministerium (das Amt der Information, Presse und Übersetzung) / Die Äußerung Alas über Aserbaidshan. / Der Text wurde aus *Daily News*, von 21.11.1945 übersetzt.

<sup>178</sup> AIA, das Außenministerium (das Amt der Information, Presse und Übersetzung) / Die Äußerung Alas über Aserbaidshan. / Der Text wurde aus *Daily News*, von 21.11.1945 übersetzt.

<sup>179</sup> Ala genoss im amerikanischen Regierungskreis ein hohes Ansehen.

<sup>180</sup> FRUS, 1945, Bd. VIII, S. 459-461. In diesem Schreiben betonte Ala, dass die Rote Armee im Gegensatz zur offiziellen Ankündigung der sowjetischen Regierung immer noch in Teheran aktiv sei. Ala forderte die sowjetische Regierung auf, die Rote Armee aus Teheran abzuziehen. Siehe FRUS 1945, Bd. VIII, S. 459-461.

durch das Gespräch mit der sowjetischen Regierung.<sup>181</sup> Daher wählte das Majlis Hakimi zum neuen Ministerpräsidenten.

Hakimi bestimmte Bayat, dessen Sympathie für die linke Partei in seiner Regierungszeit als Ministerpräsident bekannt war, am 28. November 1945 zum aserbaidsschanischen Provinzleiter. Mit dieser Wahl versuchte die Zentralregierung, die DPA sowie die sowjetische Regierung für ihren Versöhnungskurs zu gewinnen. Nach seiner Ankunft in Täbris informierte Bayat die aserbaidsschanische Bevölkerung über sein Vorhaben. Seiner Meinung nach brauchte Aserbaidsschan dringend Reformen, deren Einführung sowie Durchführung nur im Gespräch mit den verschiedenen Schichten und Parteien möglich war.<sup>182</sup> Bayat konnte bei seiner Zusammenkunft mit Pischewari und anderen Vertretern der DPA keinen gemeinsamen Nenner finden. Für Bayat stand fest, dass die Autonomiebewegung sowie die aserbaidsschanische Sprache gegen die iranische Verfassung und die Unabhängigkeit Irans gerichtet waren. Daher verlangte er, dass die Militärkräfte der DPA die Stadt verlassen sollten, um den Weg für Verhandlungen mit der Zentralregierung freizumachen. Pischewari machte den Gegenvorschlag, dass Teheran zunächst seinen Forderungen (Autonomie sowie aserbaidsschanische Sprache) zustimmen sollte, dann würde die DPA die Sicherheit der Stadt regeln. Nachdem keine Einigung zwischen beiden Verhandlungspartnern erzielt wurde, ging die DPA einen Schritt weiter und riss die Macht in Aserbaidsschan an sich.

Am 29. November 1945 gab Molotow die offizielle Stellungnahme der sowjetischen Regierung in Bezug auf die Ereignisse in Aserbaidsschan bekannt, in der er betonte: Nach Veröffentlichung der Erklärung des nationalen Kongresses im Nordiran wurde festgestellt, dass die aserbaidsschanische Bevölkerung nur eine Autonomie innerhalb der iranischen Grenzen anstrebe. Die Aserbaidsschaner besäßen eine eigene Sprache, die mit der persischen Sprache nichts zu tun habe. Die Erklärung vom 20. November und 21. November 1945 in Täbris - über die der Schah, das Majlis und die iranische Regierung in Kenntnis gesetzt wurden - zeige, dass die (aserbaidsschanische) Regierung ihre Grundlage nach der iranischen Verfassung aufbaue. „Die unangenehmen Ereignisse im Nordiran sind das Resultat der Tätigkeit der Reaktionäre, die gegen die Einwohnerrechte im Nordiran sind. Der Kommandant der sowjetischen Truppen im Iran verhindert nicht die Aktivität des iranischen Militärs sowie der Polizei im Nordiran.“<sup>183</sup> Die sowjetische Regierung habe gegen die Entsendung neuer iranischer Truppen protestiert und daraufhin die iranische Regierung

---

<sup>181</sup> MM, Majlis 14, 25.11.1324/4.12.1945.

<sup>182</sup> Siehe Dehgan, -, Das Land Zarathustra.; *Etela át*, Nr. 710-711.; Pesyan, 1328/1949: Es gab Tod, es gab Rückkehr.

<sup>183</sup> Die offizielle Stellungnahme der sowjetischen Regierung wurde am 1.12.1945 in der iranischen Presse veröffentlicht.

aufgeklärt, dass die Verstärkung der Militärkräfte im Nordiran keine Sicherheit bringe, sondern ein Blutbad anrichten würde. Das daraus resultierte Problem zwingt die sowjetische Regierung, neue Militärkräfte in den Iran zu schicken, um die Sicherheit und Ordnung wiederherzustellen. Da die sowjetische Regierung keine Entsendung zusätzlicher Militärkräfte beabsichtige, sei die Entsendung der iranischen Militärkräfte in den Nordiran nicht angebracht.<sup>184</sup>

Der iranische Außenminister reagierte auf das Schreiben des sowjetischen Botschafters sehr zurückhaltend. Er ging nicht auf die Einmischung der sowjetischen Behörden in die inneren Angelegenheiten des Irans ein, sondern merkte an: „Die Zugeständnisse des Botschafters, dass diese Taten in der Zukunft nicht wiederholt werden, bereitete uns (der iranischen Regierung) große Freude.“<sup>185</sup> Ferner ersuchte der iranische Außenminister den sowjetischen Botschafter, „die freie Bewegung des iranischen Militärs im Nordiran zu garantieren.“<sup>186</sup>

Die iranische Regierung, die den sowjetischen Widerstand nicht verhindern konnte, versuchte, den Unruhen im Nordiran einen internationalen Aspekt zu geben. In einem separaten Schreiben an die Botschafter der drei Mächte in Teheran sprach sich das iranische Außenministerium für die Arbeit der Autonomieregierung aus und bezeichnete das Manifest der aserbaidzhanischen Regierung als einen Akt gegen die iranische Verfassung sowie gegen Sicherheit, Ordnung und allgemeinen Wohlstand (des Landes). „Eine begrenzte Zahl von Personen (ohne die DPA zu nennen) hat in mehreren Orten die Ordnungskräfte angegriffen und viele Orte unter ihre Kontrolle gebracht. Auf den Straßen wurde die Sicherheit beeinträchtigt. Die (iranische) Zentralregierung kann aufgrund der fehlenden telegraphischen sowie telefonischen Verbindung von der Lage ihrer Beamten nichts erfahren, um die notwendigen Befehle zu vermitteln.“<sup>187</sup> Da die Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung im ganzen Land Aufgabe der Zentralregierung in Teheran war, bat der Iran die

---

<sup>184</sup> Die offizielle Stellungnahme der sowjetischen Regierung wurde am 1.12.1945 in der iranischen Presse veröffentlicht. Siehe *Ettela'at*, 7.9.1324 /28.11.1945.; *Kayhan*, 7.9.1324 /28.11. 1945.

<sup>185</sup> AIA, Sowjetischer Botschafter (Teheran) an das iranische Außenministerium, Nr. 526, 26.11.1945 /5.9.1324. Die Notiz der iranischen sowie sowjetischen Behörden wurde in der Presse veröffentlicht und kommentiert. S. *Ettela'at*, 12.9.1324/3.12.1945.

<sup>186</sup> AIA, Sowjetischer Botschafter (Teheran) an das iranische Außenministerium, Nr. 526, 26.11.1945 /5.9.1324. Die Notiz der iranischen sowie sowjetischen Behörden wurde in der Presse veröffentlicht und kommentiert. S. *Ettela'at*, 12.9.1324/3.12.1945.

<sup>187</sup> AIA, iranisches Außenministerium an die Botschafter der Sowjetunion, Englands und der USA, Nr. 5624, 5.9.1324 /26.11.1945.

sowjetische Regierung darum, Teheran durch die freie Bewegung der iranischen Sicherheitskräfte in Kurdistan sowie in Aserbaidschan zu unterstützen.<sup>188</sup>

Obwohl zur Verstärkung der Autonomieregierung nicht nur zusätzliche Truppen aus Baku in Richtung Täbris in Bewegung gesetzt, sondern auch unter den DPA-Anhängern in Aserbaidschan Waffen verteilt wurden,<sup>189</sup> bestritt die offizielle Stellungnahme der sowjetischen Regierung, eine Rolle in Bezug auf die Unruhen in Aserbaidschan gespielt zu haben. In der sowjetischen Presse wurde die DPA als eine „gemäßigte Bewegung“ beschrieben, die sich im „Rahmen der iranischen Unabhängigkeit“ bewegte.<sup>190</sup>

Am 12. Dezember 1945 wurde Täbris von den Militäreinheiten der DPA besetzt und das nationale Majlis mit 80 Abgeordneten aus Aserbaidschan eröffnet. Das Majlis in Täbris beauftragte Pischewari mit der Kabinettsbildung. Am Nachmittag stellte Pischewari dem nationalen Majlis sein Kabinett vor. Das Kabinett besaß kein Außenministerium.<sup>191</sup> Nach der Bildung des Kabinetts wurde Bayat aufgefordert, die Stadt zu verlassen. Bayat, der keine telefonische Verbindung mit Teheran hatte, verließ Täbris am 13. Dezember 1945. Der Weggang Bayats bedeutete das Ende der iranischen Zentralherrschaft in Aserbaidschan.

Der Machtverlust der iranischen Regierung war vollkommen, als die Militärkräfte der DPA die Kasernen des iranischen Militärs in Aserbaidschan entwaffnet bzw. besetzt hatten. Dies erfolgte ohne große Zwischenfälle, da viele iranische Militärkräfte mit der Autonomieregierung sympathisierten. Teheran bestand darauf, dass das iranische Militär in Täbris Widerstand leisten sollte. Jedoch fand General Derachschanî, der iranische Militärkommandant in Täbris, Widerstand absurd. An diesem Beispiel lässt sich die unterschiedliche Haltung der örtlichen Entscheidungsträger und der Zentralregierung erkennen. General Derachschanî setzte sich durch und beschloss, ein Abkommen mit der DPA zu unterzeichnen.

Nur die Militärkaserne in Rezaiya hatte Widerstand geleistet. Die iranischen Einheiten gaben aber auf, nachdem die sowjetischen Truppen in den Kampf verwickelt wurden.

Nach dem Misserfolg der Bayat-Mission in Aserbaidschan berichtete Ministerpräsident Hakimi dem Majlis am 18. Dezember 1945 von den Ereignissen in Aserbaidschan: „Vor einer Weile stiftete eine kleine Gruppe Unruhen unter dem Vorwand der Durchführung von

---

<sup>188</sup> AIA, iranisches Außenministerium an die Botschafter der Sowjetunion, Englands und der USA, Nr. 5624, 5.9.1324/26.11.1945. Dieses Schreiben wurde in der iranischen Kabinettsitzung vorgelesen und von allen Kabinettsmitgliedern bestätigt.

<sup>189</sup> Pesyan, 1328/1949: 27, Es gab Tod, es gab Rückkehr.

<sup>190</sup> *Prawda*, 25. November 1945.; *Izvestia*, 27. November 1945.; Siehe FO 371/45459.

<sup>191</sup> Die DPA verzichtete auf das Außenministerium, da sie eine autonome Regierung innerhalb der iranischen Regierung anstrebte.

Reformen und unterbreitete Äußerungen, die sich gegen die iranische Verfassung richteten. Die Zentralregierung versuchte, mit diesen Personen zu sprechen, um den Konflikt beizulegen. In diesem Sinne wurde ein neuer Provinzleiter hingeschickt. Diese Gruppe beharrte jedoch auf ihrer Forderung. Sie rief sogar ein nationales Majlis – gegen die iranische Verfassung – aus, wählte einige Minister und brachte die Militärkasernen unter ihre Gewalt. Die Zentralregierung versuchte, das Problem durch verschiedene Maßnahmen zu beseitigen. Sie ordnete die Verstärkung des Militärs nach Aserbaidshon an, was aber von unserem Nachbarn im Norden verhindert wurde.<sup>192</sup> Hakimi sprach über seine Entscheidung, gegen die kleine Gruppe Widerstand zu leisten. Er forderte die drei Regierungen (USA, Sowjetunion und England) auf, ihre Truppen so schnell wie möglich aus dem Iran abzuziehen und die Befreiung Irans zuzulassen.<sup>193</sup>

Am 18. Februar 1946 beauftragte der iranische Ministerpräsident Hakimi den iranischen Botschafter in London, Taqizadeh, die iranische Klage bei den Vereinten Nationen einzureichen. Taqizadeh zufolge hatte die Einmischung der sowjetischen Regierung mit ihren Truppen in die inneren Angelegenheiten des Irans zu einem Zustand geführt, der die Gefahr eines internationalen Konflikts barg. Der Versuch der iranischen Regierung, direkt mit der sowjetischen Regierung zu verhandeln, sei gescheitert. Nun fordert die iranische Regierung nach Art. 25 Abs. 1 (der Atlantikcharta der Vereinten Nationen), die iranische Klage über die sowjetische Einmischung in der iranischen Verwaltung zu untersuchen und eine Lösung vorzuschlagen.<sup>194</sup>

Das Majlis konnte aber die Schwäche Hakimis zur Beilegung des Konfliktes in Aserbaidshon sowie seinen misslungenen Versöhnungskurs gegenüber der Sowjetunion nicht länger tolerieren. Am 26. Februar 1946 forderte das Majlis Qavam auf, sein Kabinett zu bilden. Einen Tag später sprach ein Abgeordneter von der politischen Zwickmühle, die zur Wahl Qavams als Ministerpräsidenten geführt hatte, und verlangte:

1. die Beseitigung der Missverständnisse zwischen dem Iran und der Sowjetunion
2. die Lösung des Problems im Nordiran, insbesondere in Aserbaidshon.

Qavam wusste vor der Kabinettbildung über die unterschiedliche Auffassung zwischen Moskau und Baku Bescheid. Für ihn stand fest, dass das aserbaidshonische sowie das kurdische Schicksal in den Händen Bagirows lag. In einem Gespräch mit dem Generalsekretär der Tudeh-Partei bezog sich Qavam auf diesen Punkt, indem er ausdrückte: „Herr Stalin ist

---

<sup>192</sup> (SMM) Surat Mosakerat Majlis Schura e Melli, 27.9.1324/18.12.1945. Die Rede Hakimis im Parlament.

<sup>193</sup> SMM, 27.9.1324/18.12.1945. Die Rede Hakimis im Parlament.

<sup>194</sup> AIA, Taqizadeh an das iranische Außenministerium, Nr. 21, 26.11.1324/16.1.1946.

eine große Persönlichkeit. (...) Aber wer ist Herr Bagirow?“ Eskandari antwortete, dass er ihn nicht kannte. Dann sagte Qavam: „Geh und frag. Die Politik unseres Landes haben (die Sowjets) in seine Hände gelegt. (...) Wir (Iraner) haben mit dieser Person zu tun.“<sup>195</sup> Das Zentralkomitee der Tudeh-Partei wusste von der Existenz Bagirows nichts. Eskandari räumte ein, dass „Qavam (damals mehr als die Tudeh-Partei über die sowjetische Politik und deren Zielsetzung im Iran) wusste.“<sup>196</sup>

Daher war es das Bemühen Qavams, Bagirow die Zügel aus der Hand zu nehmen. Bagirow setzte sich für die Vereinigung des sowjetischen und iranischen Aserbajdschans ein. Das sowjetische Außenministerium in Moskau bevorzugte jedoch die Sicherheit des sowjetischen Territoriums und die Sicherung der Erdölinteressen. Bagirow sah die Einverleibung des iranischen Aserbajdschans in das sowjetische als einen unvermeidlichen Prozess<sup>197</sup> und sagte dem geflohenen Chef der Autonomieregierung auf einer Feier in Baku: Die DPA hatte nur unzureichend Betonung auf die Vereinigung beider Aserbajdschans gelegt. Dieses Versäumnis räumte auch Bagirow als großen Fehler der DPA ein.<sup>198</sup>

Moskau favorisierte den „Iran als Ganzes“, und Baku fand „Aserbajdschan wichtiger.“<sup>199</sup> Daher flog Qavam nach Moskau und sprach mit Stalin und Molotow. Vor der Abreise des iranischen Ministerpräsidenten aus Moskau warnte Stalin Qavam davor, die Fehler der Briten in den USA zu wiederholen. Die Briten hatten damals die USA verloren, weil sie nicht rechtzeitig Reformen durchgeführt hatten. Die Briten würden aus dem gleichen Grund Indien bald verlieren.<sup>200</sup> Stalin empfahl Qavam deshalb, dass er soziale Reformen im Iran in Gang bringen sollte, sonst würde er seinen Platz verlieren. Qavam entgegnete Stalin, dass der Krieg, der schnelle Wechsel des Regimes und Unruhen verhindert hätten, Neuerungen durchzuführen. Seine Regierung habe aber die Absicht, Reformen zu verwirklichen. Die sowjetische Regierung könnte ihm dabei helfen. Stalin bestätigte die Ansicht des iranischen Ministerpräsidenten.<sup>201</sup> Einige Forscher sind der Auffassung, dass Qavam mit leeren Händen in den Iran zurückgekehrt sei.<sup>202</sup> M. E. waren jedoch Information und Überzeugungskraft Qavams sowie der Druck der Weltöffentlichkeit so stark, dass Stalin bzw. Molotow die Ernennung eines neuen sowjetischen Botschafters in Teheran als

---

<sup>195</sup> Eskandari, 1372/1993: 199, Memoiren.

<sup>196</sup> Eskandari, 1372/1993: 200, Memoiren.

<sup>197</sup> Siehe Täbris 18. Dezember 1941, FO 371/Persia/ 31426.

<sup>198</sup> Keschawarz, 1357/1979: 65, Ich klage an.

<sup>199</sup> Siehe Eskandari, 1372/1993: 181-2, Memoiren.

<sup>200</sup> FRUS, 1945, Bd. VII, S. 335.

<sup>201</sup> Tuloui, 1373/1994: 311-338, Spieler der Pahlavi Ära ab Furughi bis Fardust, Bd. 1.; Dawudi, 1326/1947: 76-109, Qavam al Saltaneh, Bd. 1.

<sup>202</sup> Benud, 1369/1990: von Seiyed Zia bis Bachtiyar.; Tuloui, 1373/1993, Spieler der Pahlavi Ära ab Furughi bis Fardust, Bd. 1.; Bayani, 1375/1996: Rebellion in Aserbajdschan.

unabwendbar ansahen. Die Ernennung Sadchikows zum neuen sowjetischen Botschafter in Teheran, welche eine Politikänderung der sowjetischen Regierung im Iran einleitete, wie sich später zeigte, bedeutete einen Sieg für Qavam und zugleich eine Niederlage für Bagirow. Fast am Ende seiner Reise in Moskau wurde Sadchikow dem iranischen Ministerpräsidenten vorgestellt.

Kurz nach seiner Ankunft in Teheran begann Sadchikow seine Verhandlungen. Er unterzeichnete am 4. April 1946 einen Vertrag mit Qavam. Die iranische Regierung akzeptierte die Gründung einer gemeinsamen Erdölgesellschaft, mit dem Vorbehalt, dass diese vom iranischen Parlament ratifiziert werden sollte. Der Iran versprach, mit den Autonomieregierungen in Aserbaidshan und Kurdistan freundlich umzugehen. Dieses Ehrenwort war aber eine rein moralische Zusage und beinhaltete keine klare Definition. Im Gegensatz dazu musste die sowjetische Regierung ihre Truppen so schnell wie möglich aus dem Iran abziehen. Der Vertrag, der unter Druck der Weltöffentlichkeit auf die Sowjetunion und durch die politischen Manöver Qavams zustande gekommen war, beinhaltete für die Sowjetunion außer der Wahrung ihres Prestiges keine anderen Vorteile.

Nach der Unterzeichnung des Qavam-Sadchikow-Abkommens überschwemmte eine Euphorie die sowjetischen Medien. Am 5. April 1946 wurde in der sowjetischen Presse, wie z. B. in der *Prawda*, von der Eröffnung einer neuen Phase in den iranisch-sowjetischen Beziehungen berichtet.<sup>203</sup> Aus sowjetischer Sicht schien alles in bester Ordnung zu sein. Die Sowjets glaubten einige Monate später, dass ihr Vorhaben im Iran Früchte getragen hätte. Dieses Vertrauen wurde durch die Mitgliedschaft der Tudeh-Partei im Kabinett Qavams noch verstärkt: Das Kabinett Qavams mit drei Tudeh-Mitgliedern hatte „viele Eigenschaften wie in anderen nicht-kommunistischen Staaten, die auf dem Weg zu kommunistischen Staaten waren. In solchen Ländern wurden zunächst das Industrie-, Arbeits- und Informationsministerium besetzt und dann mit dem Innenministerium, dem Verteidigungs- und dem Außenministerium abgeschlossen. Von 1946 bis 1948 wurde diese Methode in den osteuropäischen Ländern genutzt.“<sup>204</sup> Es war möglich, dass diese Politik im Iran mit dem gleichen Prozess ablaufen würde. Mit der Unterzeichnung des Pischewari-Firuz Vertrags<sup>205</sup> wurde der sowjetische Optimismus übertroffen.

Der iranische Botschafter in Washington Ala verglich den Vertrag mit der Anerkennung der aserbaidshanischen Unabhängigkeit. Er warnte Qavam vor dieser Tatsache, „dass die Verhandlungskommission zwischen Teheran und Pischewari ihre Arbeit fortsetzte und die

---

<sup>203</sup> *Prawda*, 5. April 1946.

<sup>204</sup> Lenczowski, 1968: 332, West und Sowjetunion.

<sup>205</sup> Über diesen Vertrag siehe das Kapitel Aserbaidshan und Kurdistan.

(iranische) Regierung gewillt war, den Forderungen zuzustimmen, obwohl diese Zustimmung unakzeptabel war. Ich teile mit, dass die Zustimmung zu den Forderungen Pischewaris mit der Anerkennung der Unabhängigkeit Aserbaidshans gleichzusetzen ist.<sup>206</sup>

Fünf Tag später teilte Ala Qavam mit, dass „die Mitglieder des Sicherheitsrates aus direkter Quelle bis ins Detail von Aserbaidshan wissen. (...) Wir können nicht die Wahrheit leugnen, dass die Sowjets Vorbereitungen getroffen haben, eine Marionette in Aserbaidshan zu installieren. Sie (die Sowjets) wollen mit der Zerstückelung des Irans auf Dauer den ganzen Iran unter ihren Einfluss bringen. Nun nennt Pischewari sich selbst Ministerpräsident und spricht von der Entsendung der Delegation nach Teheran und dem Empfang der Vertreter aus Teheran (...) sowie von der Verteidigung Aserbaidshans, dass er bis zu den letzten Blutropfen gegen die Regierungstruppen aus Teheran Widerstand leisten würde. (...) Er hat die moralische Unterstützung der Sowjets eingestanden.“<sup>207</sup>

„In den USA wissen alle, dass alle Chefs sowie Techniker der Regierungsämter in Aserbaidshan aus Baku und dem Kaukasus gekommen sind. (...) Der Druck der Weltöffentlichkeit würde den Ministerpräsidenten (Qavam) unterstützen, die Rebellion in Aserbaidshan zu beenden.“<sup>208</sup>

Ala schrieb Qavam: „Das Iranproblem hat eine gefährliche Stufe erreicht. Meiner Meinung nach gibt es zwei Wege: Entweder muss man die Politik der Nachlässigkeit weiter verfolgen und die Einmischung der Sowjets und ihre Provokation akzeptieren und zulassen, dass die Sowjets ihre Ziele erreichen. (...) In diesem Fall wird der Iran seine Unabhängigkeit verlieren. Oder man sollte den zweiten Weg einschlagen, indem wir uns auf die Hilfe der Weltöffentlichkeit und des Sicherheitsrates und der amerikanischen Freundschaft stützen. (...) in diesem Fall) werden wir auch unser Recht bekommen wie die Länder Griechenland, Belgien, Niederlande. (...) Wenn wir gegenüber der Gewalt nachgeben, (...) werden unsere Freunde im Sicherheitsrat enttäuscht und können uns nicht weiter unterstützen.“<sup>209</sup>

Nur Qavam selbst wusste, was er in Moskau erreicht hatte, daher reagierte er nicht auf die Warnung Alas.

Mit dem Abzug ihrer Truppen aus dem Iran nahmen die Sowjets „alle an die aserbaidshanische Autonomieregierung gelieferten schweren Waffen wie Kanonen und Artillerie mit.“<sup>210</sup> Damit war die Auflösung der Autonomieregierungen besiegelt.

---

<sup>206</sup> AIA, Washington an Teheran, Nr. 293, 30.2.1325/20.5.1946.

<sup>207</sup> AIA, Washington an Teheran, Nr. 293, 30.2.1325/20.5.1946.

<sup>208</sup> AIA, Washington an Teheran, Nr. 293, 30.2.1325/20.5.1946.

<sup>209</sup> AIA, Washington an Teheran, Nr. 293, 30.2.1325/20.5.1946.

<sup>210</sup> Tafroshian, 1985: 77, Aufstand der Offiziere in Khorasan im Jahre 1945.

Die sowjetische Regierung war ihres Erfolges im Vertrag vom 4. April 1946 zu sicher, so dass Molotow in einer Unterhaltung mit M. Firuz, dem neuen iranischen Botschafter in Moskau, die Realisierung des Vertrags als eine abgeschlossene Sache erklärte.<sup>211</sup>

Im November 1946 erreichte die Drehung Qavams von links nach rechts ihren Höhepunkt. Qavam erklärte seine Absicht, Sicherheitskräfte nach Aserbaidshan und Kurdistan zu schicken, um freie Parlamentswahlen zu garantieren. Die sowjetische Regierung protestierte.<sup>212</sup> Was aber konnte die Sowjetunion außer mündlicher Ablehnung sowie der Einleitung von gemäßigter Propaganda, die allerdings bereits ihre Wirkung verloren hatte, dagegen unternehmen? Sie besaß keine Truppen mehr im Land, und die Entsendung neuer Truppen war sehr riskant. Bei ihrem Abzug aus dem Iran hatten die Sowjets alle schweren Waffen mitgenommen, was dazu führte, dass die Autonomieregierungen gegenüber dem Militärapparat der Zentralregierung unterlegen waren. Die sowjetische Regierung setzte lediglich auf die Macht Qavams und sein Versprechen, welches sehr optimistisch klang.<sup>213</sup>

Stalin ging in seinem Schreiben an Pischewari am 8. Mai 1946 darauf ein. Er sprach vom Konflikt zwischen Qavam und den Anhängern Großbritanniens im Iran. Stalin empfahl Pischewari die Zusammenarbeit mit Qavam, um die „Anhänger Großbritanniens im Iran zu isolieren“ und auf diese Weise die „Grundlage für die Demokratisierung des Irans zu schaffen.“<sup>214</sup> Stalin stufte die Verweigerung der Zusammenarbeit mit Qavam als „Verrat“ ein.<sup>215</sup>

Die Geschichte wiederholte sich genau wie im Jahre 1921. Eigentlich hatte die sowjetische Regierung Aserbaidshan und Kurdistan bereits vergessen gehabt, als Sadchikow im Iran eingetroffen war und die Ruder in die Hand genommen hatte. Sadchikow setzte Pischewari und seine Regierung unter Druck, mit Qavam einen Freundschaftsvertrag abzuschließen. Damit hatte Qavam alle wichtigen Punkte, für die die Autonomieregierung gekämpft hatte, geschickt umgangen. Der Vertrag hatte der Autonomieregierung nicht nur geholfen sondern eher geschadet. Die Sowjets zogen es vor, mit der iranischen Zentralregierung und nicht mehr mit der Autonomieregierung zusammenzuarbeiten. Sie unterstützten Qavam mit allen Kräften und glaubten, dass der Erwerb der Erdölkonzession eine sowjetische Rückkehr in den Iran ermöglichen würde.

---

<sup>211</sup> AIA, Mosafar Firuz, (Moskau) an Qavam (Teheran), der Bericht des iranischen Botschafters in Moskau über die politische Situation der Sowjetunion insbesondere in Bezug auf die politische Lage des Irans, Herbst 1946.

<sup>212</sup> Siehe Kurze Information, 25. Nov. und Dez. 1946, FO 371/Persia-52771.

<sup>213</sup> Sykes, C. 1946: 45-52, Russia and Azerbaijan.

<sup>214</sup> Stalin Brief an Pischewari, 8. Mai 1946, zit. n. Yegorova, N. I., 1996:129, The Iran Crisis of 1945-1946: A View from Russian Archives, 1996, in: Goftogu 1376/1997: 103-135, Nr. 17.

<sup>215</sup> Stalin Brief an Pischewari, 8. Mai 1946, zit. n. Yegorova, N. I., 1996:129, The Iran Crisis of 1945-1946: A View from Russian Archives, 1996, in: Goftogu 1376/1997: 103-135, Nr. 17.

Nach der Auflösung der aserbajdschanischen sowie der kurdischen Autonomieregierung und dem Zusammenbruch der DPA und der DPK blieb der sowjetischen Regierung keine andere Wahl, als die Tudeh-Partei wieder zu unterstützen. Die Rückkehr der sowjetischen Politik zur Tudeh-Partei war der Anlass dafür, dass sich Eskandari beim Geschäftsträger der sowjetischen Botschaft in Teheran, Aliow, beschwerte und fragte, wieso „wir (die linken Parteien im Iran) separate Revolutionen führen.“<sup>216</sup> (...Aliow antwortete:) „Ihr solltet Euch beruhigen. Für uns war Aserbajdschan nicht wichtig,“<sup>217</sup> „sondern der ganze Iran. Wir wollten mit Aserbajdschan ein Zeichen für die iranische Revolution setzen.“<sup>218</sup> „Aserbajdschan kann eine Grundlage für andere revolutionäre Tätigkeiten im Iran schaffen.“<sup>219</sup> Nach diesem Gespräch stellte Eskandari fest, dass zwischen der sowjetischen Botschaft in Teheran und Behörden des sowjetischen Aserbajdschan unterschiedliche Meinungen existierten.<sup>220</sup> „Später erfuhr Eskandari, dass Bagirov bzw. die Behörden der kommunistischen Partei Aserbajdschans in diese Krise direkt involviert waren. Bagirov setzte Stalin über Beriya in Kenntnis.“<sup>221</sup> Die sowjetische Botschaft in Teheran unter Leitung Sadchikows, die unter Befehl des sowjetischen Außenministeriums agierte, verfolgte diese Politik nicht. Die aserbajdschanische sowie die kurdische Autonomieregierung wurden Opfer dieser Politikänderung.

#### **IV.5. Die dritte Phase der sowjetischen Iranpolitik von 1947 bis 1948 (Rückkehr zur alten Strategie von vor dem Zweiten Weltkrieg)**

##### **IV.5.1. Der Iran und die Sowjetunion nach der Ablehnung des Qavam-Sadchikow-Abkommens**

Zum Erwachen der Sowjets führte dann die Ablehnung der sowjetischen Erdölkonzession durch das Majlis am 22. Oktober 1947. Mit der Ablehnung des Abkommens verlor die Sowjetunion die Chance, den Zustand vom August 1941 wiederherzustellen. Die sowjetische Regierung beschuldigte das Majlis, dass seine Sympathie für die Amerikaner und Briten zu dieser Weigerung geführt hätte.<sup>222</sup> Aber der Zug war abgefahren, und die Sowjets hatten keine Möglichkeit, dies wieder rückgängig zu machen. Daher machten sie einen weiteren politischen Fehler: Sie attackierten Qavam, was zum schnellen Abgang Qavams von

---

<sup>216</sup> Eskandari, 1372/1993: 181, Memoiren.

<sup>217</sup> Eskandari, 1372/1993: 183, Memoiren.

<sup>218</sup> Eskandari, 1372/1993: 183, Memoiren.

<sup>219</sup> Eskandari, 1372/1993: 181, Memoiren.

<sup>220</sup> Eskandari, 1372/1993: 181, Memoiren.

<sup>221</sup> Eskandari, 1372/1993: 181, Memoiren.

<sup>222</sup> Ulam, 1968: 427, *Expansion and Coexistence: Soviet Foreign Policy, 1917-1967*.

der politischen Bühne Irans führte. Für das Majlis und den Schah war der sowjetische Eingriff ein Gottesgeschenk. Das Majlis wählte Qavam am 25. Dezember 1947 ab. Damit war der sowjetische Versuch, das politische sowie wirtschaftliche Machtverhältnis der Zaren (von vor 1917) im Iran wiederherzustellen, gescheitert. Auch der angestrebte Verständigungs- und Versöhnungskurs, der zwei Jahre zuvor zwischen beiden Ländern begangen worden war, war damit fehlgeschlagen.

Ob nun die sowjetische Regierung im Jahre 1946 „schlecht gespielt“<sup>223</sup> oder „verloren“<sup>224</sup> hatte, sie griff jedenfalls den Iran wegen seiner westlichen Orientierung an. Die politische Beziehung zwischen dem Iran und der Sowjetunion nach der Ablehnung des Qavam-Sadchikow-Abkommens geriet an einen Tiefpunkt. Die Ablehnung des Abkommens beendete die Einmischung der sowjetischen Regierung in die iranische Politik, die im Jahre 1941 nach der Invasion begonnen hatte. Man fürchtete eine harte Reaktion der Sowjets in Teheran, aber es kam nur zu mündlichen Angriffen.

Im November 1947 warnte die sowjetische Regierung aus der Not heraus die iranische Regierung vor den Konsequenzen dieser Ablehnung. Hakimi, der im September 1947 sein Kabinett bildete, wurde von den sowjetischen Medien scharf angegriffen.

Die Reaktion der Sowjets führte dazu, dass der Schah auf einer angemessenen Abschreckung gegenüber der UdSSR bestand. 1947 sagte er Allen, dem amerikanischen Botschafter in Teheran, je größer Irans Widerstandskraft sei, desto mehr würde die Sowjetunion zögern, Truppen in den Iran zu schicken. Wenn der Iran durch eine Division besetzt werden könnte, würden es die Sowjets vielleicht tun. Aber wenn mehrere Divisionen erforderlich wären, würde der Kreml zögern.<sup>225</sup> Der Schah hatte die Absicht, den Iran wieder militärisch hochzurüsten. Mit diesem Wunsch hatte er den Kalten Krieg zwischen beiden Ländern, der von 1921 bis 1941 gedauert hatte und zwischen 1942 und 1947 eine Pause erfahren hatte, wieder in Gang gesetzt.

Am 31. Januar 1948 kritisierte die sowjetische Regierung in einem Protestschreiben die Arbeit der amerikanischen Berater. Sie bezeichnete die Anwesenheit der amerikanischen Militärberater als einen Verstoß gegen die iranische Verpflichtung nach dem Freundschaftsabkommen von 1921. Ferner wurde den USA unterstellt, dass sie den Iran als einen militärischen Stützpunkt gegen die Sowjetunion nutzen wollten. Dieses Ansinnen wurde genau in der Zeit der iranischen Regierung überreicht, in der das iranische Parlament über das

---

<sup>223</sup> Fawcett, 1992: 104, Iran and the Cold War.

<sup>224</sup> Kiyanuri, 1376/1997: 284, Gespräch mit der Geschichte

<sup>225</sup> Allen an SoS, 16. Juni 1947, FRUS, 1947, Bd. V, S. 915, The East and Africa.

Militärabkommen zwischen dem Iran und den USA diskutierte. Die sowjetische Regierung beabsichtigte damit, dem Majlis von einer Zustimmung abzuraten.

Obwohl die sowjetische Regierung offiziell die Tätigkeit der amerikanischen Militärberater im Iran als eine Bedrohung für das sowjetische Territorium sowie als gegen das Abkommen von 1921 gerichtet charakterisierte und die iranische Regierung aufforderte, sofort etwas dagegen zu unternehmen, hatte sie nicht auf Artikel 5 des Abkommens hingewiesen, der ihr im Falle einer Bedrohung erlaubte, in den Iran einzumarschieren. Aber der Inhalt der Äußerungen spielte auf diesen Artikel an.<sup>226</sup>

Am 4. Februar 1948 wies die iranische Regierung alle sowjetischen Vorwürfe zurück und bezeichnete die Überreichung des sowjetischen Protestes als einen Akt der Einmischung in die iranischen Angelegenheiten. Sie betonte, dass die Einstellung der amerikanischen Militärberater mit dem Abkommen von 1921 nichts zu tun habe. Die iranische Regierung ging in die Offensive und beschuldigte die sowjetische Regierung - gegen Artikel 5 des Vertrags von 1921-, den aserbajdschanischen Rebellen sowie den Baresani-Kurden einen Zufluchtsort gewährt zu haben. Ferner mahnte die iranische Regierung, dass die Sowjetunion die Handlungen gegen den Iran auf dessen Territorium einstellen sollte.<sup>227</sup>

Am 24. März 1948 beantwortete der sowjetische Botschafter in Teheran das iranische Schriftstück. In der Antwort wurde die Behauptung der iranischen Regierung, dass wichtige Schlüsselpositionen in der iranischen Armee nicht den Amerikanern überlassen würden, zurückgewiesen. Die sowjetische Regierung erklärte,

- a) dass das sowjetische Gesetz ihnen gestattet habe, Ausländern im sowjetischen Territorium Zuflucht zu garantieren und der iranische Protest in diesem Zusammenhang unakzeptabel sei.
- b) dass die sowjetische Regierung die Leugnung der Aktivität der amerikanischen Militärberater im Iran durch die iranische Regierung mit der Verleugnung der Tätigkeit der deutschen Agenten im Jahre 1941 gleichsetze.
- c) dass das iranisch-amerikanische Militärabkommen, das am 17. Februar 1948 vom Majlis ratifiziert wurde und in dem gebilligt wurde, dass der Iran 10 Millionen \$ Kredit aus den USA für die iranische Armee erhalten sollte, ein Verstoß gegen das Abkommen von 1921 sei.

---

<sup>226</sup> *Journal de Tehran* 4. Februar 1948.

<sup>227</sup> *Journal de Tehran* 4. Februar 1948.

- d) dass auch die Überreichung des iranischen Antwortschreibens vom 4. Februar 1948 als ein Akt gegen das Abkommen von 1921 aufgefasst werde.<sup>228</sup>

Die gegenseitigen Vorwürfe der iranischen und sowjetischen Regierung führten dazu, dass die iranische Presse die iranische Regierung aufforderte, eine gemäßigte Politik gegenüber der Sowjetunion und dem Westen zu betreiben und Provokationen zu vermeiden. Anlass für den Rat der iranischen Presse waren die Ereignisse in der Tschechoslowakei und in Finnland, die den Iranern Sorge bereiteten. Trotz dieser Mahnung dauerten die gegenseitigen Vorwürfe an.

Der Iran wies die Argumente der Sowjetunion über die Arbeit der amerikanischen Militärberater im Iran ab.

- a) Die Gleichsetzung der Leugnung der iranischen Regierung im Jahre 1948 mit der von 1941 kommentierte er als sinnlos und fügte hinzu, dass der Iran im Jahre 1941 neutral war.
- b) Der Iran beschuldigte die sowjetische Regierung, das Abkommen von 1921 für ihre Invasion im Jahre 1941 ausgenutzt und sich ständig in die inneren Angelegenheiten des Iran eingemischt zu haben. Die Einmischung in der Provinz Aserbaidshan im Jahre 1946 sowie die Gewährung von Zuflucht für die iranischen Verbrecher seien Beispiele dieser sowjetischen Einmischung.<sup>229</sup>

Am 6. April 1948 überreichte der sowjetische Botschafter in Teheran der iranischen Regierung einen Brief. Darin wurde hervorgehoben, dass die iranische Regierung die Aussage von Radio Moskau und anderen sowjetischen Medien über die iranische Politik nicht ernst nehmen sollte.<sup>230</sup> Das war eine milde Stellungnahme der Sowjetunion seit der Ablehnung der Erdölkonzession und kündete von einer neuen sowjetischen Politik gegenüber dem Iran.

Vom Herbst 1948 an sah man eine Änderung der politischen Einstellung der Sowjetunion gegenüber dem Iran. Die Sowjets akzeptierten, dass der Iran im Rahmen der amerikanischen und teilweise der britischen Politik weiter agieren würde und eine Abweichung von diesem Kurs unmöglich gewesen war.

Am 1. Juni 1948 erklärte Sadchikow in einem Gespräch mit Hajir, dem neuen iranischen Ministerpräsidenten, seine Bereitschaft, über die Verbesserung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen seines Landes mit dem Iran zu verhandeln. Hajir hatte nach

---

<sup>228</sup> Der Text in Bericht von Le Rougetel an Bevin in Telegramm Nr. 256, 26. März 1948, E3958/233/34, FO 371/Persia/68715.

<sup>229</sup> Der Text der iranischen Notiz an die sowjetische Regierung befindet sich in FO 371/Persia-68716.

<sup>230</sup> Die sowjetische Notiz von 6. April 1948 mit Nr. 62 befindet sich in FO 371/Persia/68716.

Anweisung des britischen sowie des amerikanischen Botschafters in Teheran die Verhandlungen mit der Sowjetunion auf Eis gelegt.<sup>231</sup> So wurde die Normalisierung der Beziehung zwischen beiden Ländern durch neue Akzente aus Moskau vorangetrieben.

Ende Juni 1948 wurden die sowjetische Schule sowie die kulturelle Gesellschaft der Sowjetunion und des Irans in Teheran geschlossen. Das war das Ende der Propagandaaktionen der Sowjets im Iran.

Trotz milder Akzente aus Moskau beschleunigte sich die iranische Suche nach Sicherheitsgarantien. Der Bagdad-Pakt<sup>232</sup> im Jahre 1955, der später im Jahre 1959 in direkten Anschluss an die USA mündete und in einen bilateralen gegenseitigen Sicherheitspakt umgewandelt wurde, der die Form eines Exekutivvertrags annahm, war die iranische Maßnahme gegen die kritische Haltung der Sowjetunion.

Während des Kalten Krieges empfand die Sowjetunion die Anwesenheit fremder Militärberater auf iranischem Territorium als besonders provozierend. Sie kritisierte daher den Bau von amerikanischen Basen auf iranischem Boden. So konnten die Sowjets bis zur Islamischen Revolution im Jahre 1979 außer einigen wirtschaftlichen Verträgen keine Annäherung an den Iran erzielen. Auch nach der Islamischen Revolution suchte die iranische Regierung keine intensive Nähe zu den Sowjets.

#### **IV.6. Die sowjetische Regierung und der Nordiran (die Ziele der Sowjetunion im Iran)**

Eine zentrale Frage, die Teheran und die Westmächte zu ergründen suchten, war, welche Ziele die Sowjetunion im Iran verfolgte. Als sich der britische Außenminister Bevin Mitte Dezember 1945 gegenüber seinem amerikanischen Kollegen unschlüssig darüber äußerte, ob die Politik der Sowjetunion im Grunde auf den Zugang zu Öl im Nordiran oder auf die Einverleibung Aserbaidshans in ihren Machtbereich gerichtet sei, erklärte Byrnes: nach seinen Informationen hoffe Moskau die Provinz auch nach dem Abzug seiner Truppen mit Untergrundmethoden zu kontrollieren.<sup>233</sup> Dies blieb die maßgebliche amerikanische Einschätzung der sowjetischen Motive,<sup>234</sup> auch nachdem der Kreml im Dezember 1946 die

---

<sup>231</sup> Siehe Le Rougetel an Bevin Nr. 261(G. 250/11/48), 3. August 1948, E10567/233/34, FO 371/Persia/68741.

<sup>232</sup> Dieser Vertrag schloss den Iran, die Türkei, den Irak, Pakistan und Großbritannien ein, die USA waren außerordentliches Mitglied. Nach der Revolution im Irak im Jahr 1958 wurde er in Central Treaty Organization (CENTO) umbenannt. Der Irak trat aus.

<sup>233</sup> FRUS, 1945, Bd. II, S. 630.

<sup>234</sup> Seit Januar 1946 war Byrnes über Molotows Berliner Gespräche vom November 1940 und damit über die sowjetischen Aspirationen im Schwarzmeer-Raum und in Richtung auf den Persischen Golf informiert. Vgl. Kuniholm, 1980: 293f, The Origins of the Cold War.

autonomen aserbaidischen und kurdischen Regime fallen ließ und seine Anstrengung darauf konzentrierte, die Ratifizierung des mit Qavam vereinbarten Abkommens über Ölkonzessionen durchzusetzen.

George Kennan erklärte am 7. Januar 1947: Wenn die Sowjets „die Konzession bekommen, werden sie auch die Provinz (Aserbaidisch) zurückbekommen, denn das Abkommen gibt ihnen die Kontrolle über die Gebiete, in denen sich die Ölquellen befinden.“<sup>235</sup> Auch Bullard sprach von einem problematischen Aspekt, da die Erteilung einer Ölkonzession an die Sowjetunion zu einer Ausweitung des sowjetischen Einflusses auf die politischen Ereignisse im Iran führen werde.<sup>236</sup>

In der Literatur wurde hervorgehoben, dass es den Sowjets im Iran in erster Linie darauf ankam, eine Ölkonzession zu erhalten, um „die durch die deutschen Zerstörungen stark in Mitleidenschaft gezogene sowjetische Wirtschaft wieder aufzubauen.“<sup>237</sup> Diese Annahme wurde damit bestätigt, dass die sowjetische Regierung die Unterstützung zweier Autonomieregierungen im Nordiran verweigerte. Jedoch war die Sowjetunion für den Aufbau ihres Landes vom iranischen Erdöl unabhängig, da zum einen die Sowjetunion selbst ein großer Erdölexporteur<sup>238</sup> war, zum anderen das Erdöl im Nordiran noch nicht vorhanden war (es brauchte noch gewisse Zeit, um Gewinn erzielen zu können, da die Forschung bis dato nicht abgeschlossen war.) Daher ist der Versuch der Sowjetunion nur im Rahmen der politischen Ausbalancierung mit Großbritannien sowie gegen das Hindernis der USA zu interpretieren. Andererseits ist es verständlich, dass die Erdölkonzession den Wiederaufbau der Sowjetunion hätte erleichtern können.

M. Firuz, der iranische Botschafter in Moskau, machte auf die komplizierte Problematik aufmerksam. Er beantwortete die Frage, wieso die Sowjetunion dem Nordiran besondere Achtung schenkte, und äußerte dabei folgende Gesichtspunkte:

- a) die geostrategische Lage des Kaukasus.

Die Bedeutung des Kaukasus, insbesondere die Bakus<sup>239</sup>, sei doppelseitig. Die Stadt erlebe zum einen im industriellen sowie im militärischen Sektor eine grundlegende Veränderung. „Nach dem Ende des (Zweiten) Weltkrieges und der Zerstörung von sowjetischen Industriestädten wie Kiew, Charkow und anderen, stellte die sowjetische

---

<sup>235</sup> Kuniholm, 1980: 397, *The Origins of the Cold War.*; Siehe dazu auch den Bericht des amerikanischen Botschafters in Moskau vom 27.12.1946, FRUS 1946, Bd. VII, S. 567.

<sup>236</sup> Bullard an FO, 4.2.1946, E 1050/527/34.

<sup>237</sup> Schneider, 1996: 16, *Die britische Iranpolitik im Zweiten Weltkrieg*, Bd. 1.

<sup>238</sup> Während des Zweiten Weltkrieges hat die sowjetische Regierung oft die iranische Regierung aufgefordert, das sowjetische Erdöl zu kaufen.

<sup>239</sup> „Baku (Windstoß, nach dem persischen Bad-kube)“ Siehe Grobe-Hagel, 1992, *Russlands Dritte Welt*, S. 67. In den persischen Dokumenten kommt das Wort „Bad-kube“ vor. Gemeint ist Baku.

Regierung einen neuen Plan für ihre Schwerindustrie auf, danach gründete man diese Industrien im Ural und im Kaukasus. Daher wurde das größte Stahlwalzwerk Deutschlands als Kriegsbeute in die Sowjetunion transportiert und mit Hilfe von 800.000 deutschen Gefangenen, darunter deutschen Technikern, unter Aufsicht von sowjetischen Ingenieuren 40 km von Tiflis entfernt aufgebaut. Da die Waffenindustrie immer in der Nähe der Stahlindustrie installiert wird, kann man davon ausgehen, dass das Kaukasus-Gebiet in Zukunft nach dem Ural ein wichtiges militärisches Zentrum für die Sowjetunion wird. So findet man einen neuen wichtigen Aspekt für das Interesse der Sowjetunion und für ihre Politik in Bezug auf die bilaterale Beziehung beider Länder (dem Iran und der Sowjetunion).<sup>240</sup>

Molotow sprach mit dem britischen Außenminister Bevin im Januar 1946, der die Aussage von Firuz bestätigte. Molotow berichtete über die anhaltende Sorge Stalins um die Sicherheit Bakus, wo „mit einer Schachtel Streichhölzer ernsthafte Gefahr“ ausgelöst werden könnte.<sup>241</sup> Diese Gefahr stammte aus dem Iran und diente als Grund dafür, dass die Sowjetunion ihre Truppen im Nordiran weiterhin unterhalten wollte.

- b) Der zweite Aspekt, den M. Firuz besprach, interpretierte das sowjetische Interesse im Iran nicht nur aufgrund der geo-strategischen Lage sondern wegen des Erdöls. Das Erdöl habe zweierlei Bedeutung für die sowjetische Politik: Zum einen müsse man die Sicherheit der Ölfelder in Baku vor jeglicher Bedrohung seitens Irans gewährleisten können, zum anderen sollte man durch den Erwerb der Erdölkonzession im Nordiran (den Iran für sich gewinnen können.) Man sollte beachten, dass die Entfernung zwischen Teheran und Baku mit dem Flugzeug zwei Stunden und vom Nordiran nur eine Dreiviertelstunde sei. (...) Die gute Verkehrsverbindung zwischen dem Nordiran und der Sowjetunion hat die direkte Aufsicht der Sowjets stark vereinfacht. Täbris war mit Baku über eine gute Straße und eine Eisenbahn verbunden. Zur gleichen Zeit war der Straßenweg zwischen Teheran und Täbris sehr dürftig. Das sind die Gründe für das Interesse der sowjetischen Regierung an der iranischen Politik.
- c) Ferner machte die Konkurrenz zwischen den Großmächten den Erwerb der neuen Ölfelder im Nordiran für die Sowjetunion noch attraktiver.<sup>242</sup>

---

<sup>240</sup> AIA, Mosafar Firuz, (Moskau) an Qavam (Teheran), der Bericht des iranischen Botschafters in Moskau über die politische Situation der Sowjetunion insbesondere in Bezug auf die politische Lage des Irans, Herbst 1946.

<sup>241</sup> Siehe Moskau an FO 14. Dezember 1945, FO 371/Persia/52662.

<sup>242</sup> AIA, Mosafar Firuz (Moskau) an Qavam (Teheran), der Bericht des iranischen Botschafters in Moskau über die politische Situation der Sowjetunion insbesondere in Bezug auf die politische Lage des Irans, Herbst 1946.

- d) Der damalige iranische Botschafter in Moskau wies darauf hin, dass man in der Sowjetunion mit der iranischen Außenpolitik noch nicht vertraut sei.<sup>243</sup> Die sowjetische Regierung werde versuchen, die iranische Außenpolitik mit den sowjetischen Interessen abzustimmen. Wenn man aber denke, dass die sowjetische Regierung wegen des Druckes der westlichen Länder ihre Politik fallen ließe, begehe man einen großen Fehler. Der Druck der westlichen Länder auf die Sowjetunion führe sogar zu mehr sowjetischem Druck auf den Iran.<sup>244</sup>

M. Firuz kritisierte die britischen Bemühungen, die sich „auf den Erhalt ihres Interesses im Südiran bzw. auf Erdöl und die Sicherstellung der Seeverkehrs innerhalb ihres Königreiches richteten. Der Vertrag von 1907 und die Teilung Irans in zwei Einflusszonen zeigte die Gleichgültigkeit der Briten gegenüber dem Schicksal des Nordirans. Die britische Außenpolitik von 1907 bis jetzt (1946) hat sich inhaltlich nicht geändert. (...) Zwei Monate davor schlug die britische Regierung der sowjetischen Regierung vor, den Iran nach dem Mustervertrag von 1907 zu teilen.<sup>245</sup> Die sowjetische Regierung hatte diesen Vorschlag abgelehnt.<sup>246</sup>

Die sowjetische Regierung lehnte zuvor die Beteiligung an der Drei-Mächte-Kommission ab, was zum Scheitern der Kommission führte. Die Frage ist nun, welche Hoffnungen sich damals die sowjetische Regierung machte, dass sie auf zwei lukrative britische Vorschläge den Iran betreffend verzichtete. Deutlich ist aus heutiger Sicht, dass die sowjetische Regierung vom Kabinett Qavam bessere Vorschläge erwartete. Zum einen war die sowjetische Armee im Iran anwesend, und zum anderen setzten zwei große Regionen (Aserbaidschan und Kurdistan) mit ihrer Autonomieregierung Teheran unter Druck. Die sowjetische Regierung rechnete damit, dass ein sowjetfreundlicher iranischer Ministerpräsident wie Qavam nicht nur den Erdölvertrag unter Dach und Fach bringen könnte, sondern auch den sowjetischen Einfluss über den ganzen Iran sichern würde. Damit würde der Schlüssel zur Revolution im Orient in sowjetische Hände fallen. Was die Zaren nicht geschafft hatten, hätten die Kinder der Oktoberrevolution erreicht.

---

<sup>243</sup> AIA, Mosafar Firuz (Moskau) an Qavam (Teheran), der Bericht des iranischen Botschafters in Moskau über die politische Situation der Sowjetunion insbesondere in Bezug auf die politische Lage des Irans, Herbst 1946.

<sup>244</sup> AIA, Mosafar Firuz (Moskau) an Qavam (Teheran), der Bericht des iranischen Botschafters in Moskau über die politische Situation der Sowjetunion insbesondere in Bezug auf die politische Lage des Irans, Herbst 1946.

<sup>245</sup> Mosafar Firuz behauptete, dass eine vertraute Stelle ihn von diesem Angebot in Kenntnis gesetzt habe. Siehe AIA, Mosafar Firuz (Moskau) an Qavam (Teheran), der Bericht des iranischen Botschafters in Moskau über die politische Situation der Sowjetunion insbesondere in Bezug auf die politische Lage des Irans, Herbst 1946.

<sup>246</sup> AIA, Mosafar Firuz (Moskau) an Qavam (Teheran) der Bericht des iranischen Botschafters in Moskau über die politische Situation der Sowjetunion, Herbst 1946.

Den britischen Vorschlag zur Teilung des Irans bewertete M. Firuz als „die Sicherstellung ihrer Interessen im Iran.“<sup>247</sup> Firuz kam zum Schluss, dass „Mitleid dieser Länder (westlicher Länder) für die iranische Unabhängigkeit nur Propaganda bzw. leere Worte sind. Die iranische Unabhängigkeit ist nur mit Einführung einer nationalen Politik möglich. Zugleich warnte der damalige Botschafter in Moskau, dass es Personen im Iran gebe, die versuchen würden, die gleiche Politik zu verfolgen, wie es in den letzten 20 Jahren des diktatorischen Regimes der Fall gewesen war. Die Durchführung dieser Politik sei ein Fehler und sollte von Qavam vermieden werden.“<sup>248</sup>

Auch Kennan gab zu, dass die Sowjetunion eine traditionelle Tendenz zur Ausweitung ihrer Grenzen hatte. Das war zwar in letzter Zeit nicht zu merken, könnte aber wieder zum Vorschein kommen. Dies sei auf jeden Fall ein regionaler Impuls von nicht universalem Charakter.<sup>249</sup>

Das sowjetische Interesse an ihren Nachbarn beruhte auf dem Wunsch „nach stabilen Grenzen als Teil einer übertriebenen eigenen Sicherheit.“<sup>250</sup> Das sowjetische Ziel, soweit es Nachbarstaaten betraf, war die Erreichung eines überwiegenden (und folglich auch ausschließenden) Einflusses.<sup>251</sup> Diese historische Angst vor einem möglichen Angriff aus dem Süden wurde auf das neue sowjetische Regime übertragen und 1919 durch den Angriff der Verbündeten von Persien aus auf die südliche Sowjetunion genährt.<sup>252</sup> Der Druck der Sowjetunion auf Persien wurde daher als gerechtfertigt angesehen, um der Ausbreitung eines dominierenden ausländischen Einflusses in einer ihren Grenzen benachbarten Region zuvorzukommen.

„Die sowjetische Außenpolitik richtete sich darauf, die sowjetische Sicherheit durch direkte bzw. indirekte Intervention in den Nachbarländern wiederherzustellen. Diese Politik führte die Sowjetunion mit Erfolg an der Ost- bzw. Westgrenze, in Nordchina, der Mongolei sowie in Polen, Deutschland, der Tschechoslowakei, Rumänien und in den Balkanländern

---

<sup>247</sup> AIA, Mosafar Firuz (Moskau) an Qavam (Teheran) der Bericht des iranischen Botschafters in Moskau über die politische Situation der Sowjetunion, Herbst 1946.

<sup>248</sup> AIA, Mosafar Firuz (Moskau) an Qavam (Teheran) der Bericht des iranischen Botschafters in Moskau über die politische Situation der Sowjetunion, Herbst 1946.

<sup>249</sup> Interview mit George Kennan in *The New York Review of Books*, XXIII, No. 20-21 (20. Jan. 1977) S. 12-13.; Kennan, 1977: 88 u. 178, *The Cloud of Danger: Current Realities of American Foreign Policy*.

<sup>250</sup> Chubin, 1981: 34, *Die Sowjetunion und die Staaten am Persischen Golf*.

<sup>251</sup> Chubin, 1981: 34, *Die Sowjetunion und die Staaten am Persischen Golf*.

<sup>252</sup> Siehe für eine historische Darstellung: Ullmann, 1972: 317-394, *Anglo-Soviet Relations 1917-1921*, Vol. III. *The Anglo-Soviet Accord*

durch. Die Sowjetunion ist sicher, dass in den genannten Ländern keine Politik gegen die Sowjetunion verfolgt wird.<sup>253</sup>

Die Frage bleibt offen, ob das Ziel des sowjetischen Drucks auf die iranische Regierung die Errichtung einer Einflusszone unter dem südlichen Kaukasus war. Auf jeden Falls kann man feststellen, dass die sowjetische Regierung in ihren Protesten die Sicherheit und die strategische Lage hervorgehoben hat. Die sowjetische Erdölförderung im Jahre 1946 betrug ca. 22,8 Millionen Tonnen,<sup>254</sup> dieses war  $\frac{1}{4}$  der jährlichen Ölproduktion der Sowjetunion zwischen 1918 und 1940. Der Grund für die Reduzierung der Erdölproduktion war der Krieg und seine Folgen. Die sowjetischen Erdölvorräte wurden auf über 22,5 Milliarden Barrel geschätzt. Daher konnte der Bedarf an Erdöl den Druck auf den Iran nicht rechtfertigen. Ferner war die Sowjetunion in der Lage, das Erdöl vom Iran käuflich zu erwerben. Wie Kennan damals zu Recht feststellte: „Das Öl Nordirans ist wichtig nicht als etwas, was die Sowjetunion braucht, sondern als etwas, was eine Gefahr darstellen würde, wenn man seine Förderung einem anderen überließe. Das Gebiet liegt nahe den lebenswichtigen kaukasischen Ölzentren, die im gegenwärtigen Krieg nur knapp der Eroberung entgingen. Der Kreml betrachtet es als wesentlich für die Sicherheit der Sowjetunion, dass keine andere Großmacht auch nur die Chance hat, sich dort festzusetzen.“<sup>255</sup>

Die Sowjetunion wollte über den Iran ihren Interessen im Nahen Osten nachgehen, wie traditionell die Zaren damals auf andere Art und Weise beabsichtigten. Erdöl war als Deckmantel für die Erreichung der politischen Ziele im Iran zu betrachten.

#### **IV.7. Zusammenfassung**

Wie die meisten Mächte beobachtete die Sowjetunion zuerst ihre unmittelbaren Nachbarn, um ihre Sicherheit zu festigen. Wie bei den meisten Großmächten sind die Beziehungen zu ihren Nachbarn durch das von ihr geforderte Sicherheitsmaß angespannt. Diese traditionsgemäße Unsicherheit der Zaren wurde auf die neue kommunistische Regierung (1917) in Moskau übertragen. Seit der Gründung der Sowjetunion lag die Priorität in Bezug auf den Iran in der Erlangung des Interventionsrechts, um ungünstige Entwicklungen für die Sowjetunion zu verhindern. Da sie mit der formellen Sicherung nicht zufrieden waren, versuchten sie zweimal, den Nordiran unter ihre Kontrolle zu bringen. In

---

<sup>253</sup> AIA, Mosafar Firuz (Moskau) an Qavam (Teheran), der Bericht des iranischen Botschafters in Moskau über die politische Situation der Sowjetunion insbesondere in Bezug auf die politische Lage des Irans, Herbst 1946.

<sup>254</sup> Siehe, Perjda, Andrew, D. 1946:1-20, The Position of Russia in the oil Age, The American Review of the Soviet Union, VII. in: Prawda, 4. August 1946.

<sup>255</sup> Kennan an US-Außenminister, 7. November 1944, FRUS 1944, Bd. V, S. 470.

beiden Fällen, dem von Gilan, Aserbaidshan, Khurasan (1919) und dem von Aserbaidshan und Kurdistan (1945) wurde der Einsatz sowjetischer Streitkräfte unter den Vorwand der Unterstützung einer einheimischen Autonomiebewegung gestellt.

Diese Sicherheitssorge war die Grundlage für die Sowjetunion, in den 20er Jahren eine Reihe von Verträgen mit ihren südlichen Nachbarn wie der Türkei, Afghanistan und nicht zuletzt Persien im Jahre 1921 abzuschließen. Die Sowjetunion interpretierte stets den Wortlaut des Vertrages von 1921 in diesem Sinne.

Obwohl einige Historiker des Kalten Krieges anderer Auffassung sind, diente aber die Strategie Moskaus keiner Einigung Aserbaidshans, sondern sie setzte sich zum Ziel, Druck auf die Teheraner Regierung auszuüben.<sup>256</sup> Außerdem reduzierte die Einverleibung Aserbaidshans weder die sowjetischen Sicherheitssorgen noch ermöglichte sie einen großen Einfluss über den ganzen Iran. Ferner bewertete die sowjetische Regierung die Bildung einer vereinten moslemischen Republik Aserbaidshan an der sowjetischen Grenze als sehr gefährlich und riskant.<sup>257</sup> Moskau verfolgte lediglich eine ideologische Änderung im iranischem Aserbaidshan. So gab die Sowjetunion im Sommer 1945 der DPA in Aserbaidshan den moralischen und ideologischen Beistand. Dagegen setzte sich Baku unter Leitung Bagirows für die Einigung des iranischen und sowjetischen Aserbaidshans ein.

Im Zeitabschnitt zwischen 1941 und 1944 verfolgte die sowjetische Regierung zunächst eine Doppelstrategie: Die Pflege einer Kooperation mit der iranischen Bevölkerung versus die Konfrontation mit der iranischen Regierung. In den bisherigen Forschungen, die die iranisch-sowjetischen Beziehungen dieser Zeit behandeln, werden zwei unterschiedliche Auffassungen vertreten. Zum einen wird die sowjetische Tätigkeit im Iran gelobt, und zum anderen wird sie als aggressiv und feindselig kritisiert. Aber sie gehen nicht detailliert auf die unterschiedlichen Verhandlungsweisen der Sowjets im Iran ein.

Nach Ablehnung der Erdölkonzession an die Sowjets im Jahre 1944 distanzierte sich die sowjetische Regierung allmählich von der Kooperation mit dem iranischen Volk. Über neue Akzente aus Baku unterstützte die Sowjetunion die Autonomieregierungen in Aserbaidshan und Kurdistan. Der Druck der Weltöffentlichkeit und die Interessen an der Sicherheit des Staates sowie am Erdöl führten dazu, dass Moskau den Plan Bagirows verwarf. Moskau ging lieber auf den Versöhnungskurs der iranischen Regierung ein, um

---

<sup>256</sup> Avrey, 1967: 383-384, *Modern Iran.*; Sicker, 1988: 66-68, *The Bear and Lion. Soviet Imperialism and Iran.*; Yergin, 1977: 179-181, *The Shattered Peace: The Origins of the Cold War and the National Security State.*

<sup>257</sup> Bennisgen / Broxup, 1983: 108-117, *The Islamic Threat to the Soviet State.*

den ganzen Iran zu erwerben. So schloss Sadchikow mit Qavam am 4. April 1946 ein Abkommen ab. Nach diesem Vertrag ließ Moskau die Autonomieregierungen fallen und strebte einen Versöhnungskurs mit der iranischen Regierung an. Nach Ablehnung des Sadchikow-Qavam-Vertrages durch das Majlis 1947 brach der Kalte Krieg zwischen beiden Ländern erneut aus, der bereits von 1921 bis 1941 gedauert und nur zwischen 1941 und 1947 eine Pause eingelegt hatte.

## V. Erdölkrise

Um die iranische Erdölkrise zwischen 1941 und 1948 besser zu verstehen, ist es notwendig, zunächst den Weltenergiemarkt, die amerikanische sowie iranische Erdölpolitik und die Entwicklung der iranischen Erdölindustrie kurz zu beleuchten.

### V.1. Der Weltenergiemarkt und das Erdöl

Ein weltweiter Energiemarkt bildete sich aus dem Zusammenschluss nationaler und regionaler Märkte erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts. Am Anfang dominierte die Kohlenenergie, aber bald setzte sich das Erdöl als Hauptenergieträger durch (USA in der Zeit zwischen beiden Weltkriegen, Europa und Japan nach dem Zweiten Weltkrieg). Durch die Industrialisierung, das Technologie- und Infrastrukturwachstum (USA), die Mechanisierung und Rationalisierung (Europa) und die militärischen Konkurrenzkämpfe zwischen den Metropolen (Weltkriege) fand eine rasante Entwicklung des Weltenergiemarktes statt. Diese wurde aber gleichzeitig durch die beteiligten Staaten forciert und erleichterte den großen Wirtschaftsunternehmen eine Expansion nach Übersee. Dies war nicht verwunderlich, denn Energiepolitik war in der industrialisierten Welt zu einer Variante<sup>1</sup> globaler Sicherheitspolitik geworden. Die Ursachen dieser Entwicklung lagen in der strategischen Bedeutung der Energieproduktion:

- als Voraussetzung für die Produktivitätsentfaltung in allen industriellen Produktionssektoren<sup>2</sup> und

- als Determinante des Preisgefüges aller Industriewaren (ähnlich wie Nahrungsmittel in der vorindustriellen Welt).<sup>3</sup>

Die Einbindung des Vorderen Orients in das Weltwirtschaftssystem im 19. Jahrhundert war das Resultat einer wirtschaftlichen Dynamik, die alle Teile der Welt erfasste – allerdings in verschiedenen Zeitperioden. Die Zementierung dieser Integration durch das Weltenergiesystem im 20. Jahrhundert löste dagegen im Vorderen Orient und nicht zuletzt im Iran eine Sonderentwicklung aus. Die strategische Bedeutung seiner Erdöllager privilegierte den Iran in der internationalen Politik und initiierte ungewöhnliche regionale Wachstumsprozesse, ließ ihn aber gleichzeitig zum Opfer seiner Vorteile werden.<sup>4</sup>

---

<sup>1</sup> Pawelka, 1993: 37, Der Vordere Orient.

<sup>2</sup> Siehe Massarat, 1980, Weltenergieproduktion und Neuordnung.

<sup>3</sup> Siehe Beblawi, 1984, The Arab Gulf Economy in a Turbulent Age.

<sup>4</sup> Siehe Fateh, 1356/1977, Fünfzig Jahre iranisches Erdöl. M. Fateh, einer der besten Erdölexperten des Irans, der mit der iranischen Erdölgeschichte aus eigener Erfahrung sehr gut vertraut ist. Sein Buch stellt eine der besten Untersuchungen auf diesem Gebiet. Fateh studierte in den USA und war nach dem Krieg der für Personalfragen

Als Großbritannien im Ersten Weltkrieg die energiepolitische Verwundbarkeit seines Militärapparates erkannte (Abhängigkeit von Erdölimporten aus Amerika), richtete sich sein Streben auf eigene Erdölquellen innerhalb des Empire. Damit erhielten die britischen Einflussgebiete am Golf für das Foreign Office höchste Priorität. In Persien nutzte Großbritannien das Ausscheiden Russlands aus dem Konkurrenzkampf, um seinen Einflussbereich über das ganze Land auszuweiten und die Erdölkonzession britischer Staatsangehöriger an den britischen Staat zu binden (Mehrheitsaktionär der Anglo-Persian Oil Company,<sup>5</sup> später British Petroleum).

In der Ära zwischen den Weltkriegen verlagerten sich die Interessen der Erdölindustrie aufgrund neuer Funde immer stärker aus der westlichen Hemisphäre (USA, Mexiko, Venezuela) in den Vorderen Orient. Dies war auf die hohe Qualität des orientalischen Erdöls, die kostengünstige Produktion, die großen Reserven und die Nähe zu den europäischen Märkten zurückzuführen. Im Zuge dieser Schwerpunktverlagerung stieg auch das politische Interesse der USA an dieser Region. So versuchten die amerikanischen Ölkonzerne mit Unterstützung Washingtons, Großbritannien das Monopol streitig zu machen. Erst nach langen erbitterten Auseinandersetzungen, in denen es erstmals unter amerikanischen Vorzeichen um das Prinzip der „offenen Tür“<sup>6</sup> für alle Wirtschaftsinteressen ging, einigten sich Großbritannien und die USA auf eine gemeinsame Ausbeutung der Erdölquellen im Vorderen Orient. Großbritannien blieb zunächst tonangebend.<sup>7</sup> Die Metropolen des Vorderen Orients konzentrierten sich gleichzeitig auf die Golfregion, während sie sich aus den historischen (Agrar-)Zentren ihres Engagements zurückzogen. Nun lag der neue wirtschaftliche Mittelpunkt der Golfstaaten im Erdöl.

Vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges war aber der amerikanische Staat zu keiner politischen Stützung amerikanischer Wirtschaftsinteressen im Vorderen Orient bereit. Maßgeblich für die staatliche Hilfestellung waren energiepolitische, militärstrategische und

---

zuständige Stellvertretende Direktor der AIOC. Pawelka, 1993: 37, Die moderne Geschichte dieses Landes ist ohne den Weltenergiemarkt nicht zu verstehen.

<sup>5</sup> Siehe Niedhart, 1987: 125, Geschichte Englands im 19. und 20. Jahrhundert.

<sup>6</sup> Die Anwendung des Open-Door-Prinzips in konzessionsfreien Gebieten bedeutete im Grunde nichts anderes als den Ausbau der vorhandenen Vormachtstellung der USA auf dem Welterdölmarkt. Hinsichtlich des Mittleren Ostens beinhaltete dies die Sicherung bzw. den Ausbau der amerikanischen Interessen in Saudi-Arabien und Bahrain (hier galt das Prinzip der Offenen Tür offensichtlich nicht), Kuwait und Irak sowie die britische Zustimmung zum Eindringen amerikanischer Gesellschaften in den Iran. In diesem Zusammenhang sagte das State Department den amerikanischen Ölkonzernen tatkräftige Unterstützung zu. Vgl. Stettinus an amerikanische Botschaften, in: FRUS, 1944, Bd. III, S. 97.

<sup>7</sup> Vgl. Mejcher, 1980: 90, Die Politik und das Öl im Nahen Osten, Bd. 1.

ordnungspolitische Interessen.<sup>8</sup> Gegen Ende des Zweiten Weltkrieges kristallisierten sich die globalen Interessen und hegemonialen Bestrebungen der USA heraus.

## **V.2. Die Entwicklung der amerikanischen Erdölpolitik**

Der amerikanische Präsident Roosevelt erkannte als einer der ersten die lebenswichtige Bedeutung des Erdöls für die wirtschaftliche sowie politische Zukunft der USA und ernannte im Mai 1941 seinen Innenminister Herold L. Ickes zum Ölkoordinator für die Nationale Verteidigung. Ickes sah im Zweiten Weltkrieg einen willkommenen Umstand zur Durchsetzung seiner oft umstrittenen Ziele und setzte sich für eine Erhöhung der Ölproduktion innerhalb und außerhalb der Vereinigten Staaten ein.<sup>9</sup> Die gute Arbeit von Ickes in der Organisation und Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen der Regierung und den großen sowie kleinen amerikanischen Ölgesellschaften führte dazu, dass er im Dezember 1942 zum „Petroleum Administrator for War“ ernannt wurde. Ickes hatte diese Gelegenheit genutzt, um auf den riesigen Ölbedarf der USA und die Sicherstellung entsprechender Ölreserven hinzuweisen.<sup>10</sup>

Nur wenige Monate nach Kriegseintritt der USA<sup>11</sup> - im Februar 1942 - hatte der amerikanische Kongress bereits einen Untersuchungsausschuss eingesetzt: Unter dem Vorsitz des späteren Präsidenten Harry S. Truman sollten alle Phasen der Kriegsproduktion bis hin zum Nachschub und der Ausbeutung eroberter Produktionsstätten auf ihre Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit überprüft werden. Von vornherein war dabei dem Erdöl- und Treibstoffproblem eine besondere Bedeutung zugemessen worden. Hierfür wurde sogar ein gesonderter Unterausschuss gebildet, der sich aus den Senatoren Mead und Brewster zusammensetzte. Drei Aspekte des Erdölproblems wurden hervorgehoben: „1. Die Auswirkungen des Kriegs auf die Ölversorgung der Vereinigten Staaten und der Welt. 2. Die Zukunft der Vereinigten Staaten in der Welterdölwirtschaft. 3. Die Formulierung einer nationalen Politik für Erdöl und Erdölverwaltung.“<sup>12</sup>

Auch im State Department wurden verschiedene Änderungen vorgenommen, um die Erdölsituation in den Griff zu bekommen. So wurde im Juli 1941 Max W. Thornburg, der

---

<sup>8</sup> Siehe Pawelka, 1993: 39, Der Vordere Orient.

<sup>9</sup> Vgl. Yergin, 1991: 371, The Prize: The Epic Quest for oil, Money, and Power

<sup>10</sup> Siehe Yergin, 1991: 395, The Prize: The Epic Quest for oil, Money, and Power.

<sup>11</sup> „Als die Vereinigten Staaten von Amerika nach dem japanischen Überfall auf Pearl Harbour im Dezember 1941 in den Krieg eintraten, war in Washington jedermann binnen kurzem klar, dass in diesem Weltkrieg nur derjenige siegen würde, der einen unbegrenzten und ungehinderten Zugang zum Erdöl behielt. Zit. n. Mejcher, 1990: 65, Die Politik und das Öl im Nahen Osten, Bd. 2.

<sup>12</sup> Truman Report, S. 7. zit. n. Mejcher, 1990: 70, Die Politik und das Öl im Nahen Osten, Bd. 2.

Vizepräsident der Bahrain Petroleum Company, zum Petroleum Adviser ernannt.<sup>13</sup> Im Januar 1943 hatte Hull vom State Department einen „Ausschuß für Internationale Erdölpolitik“ ins Leben gerufen, dessen Vorsitzender der economic adviser Herbert Feis wurde. Zwei Monate später legte dieser Ausschuß Hull einen Bericht vor, mit dem Vorschlag, Maßnahmen zu ergreifen, um die amerikanischen Ölreserven sicherzustellen.<sup>14</sup> Zur Wahrnehmung dieses Zieles wurde am 30. Juni 1943 die „Petroleum Reserve Corporation“ (PRC) ins Leben gerufen, deren Vorsitzender Ickes wurde.<sup>15</sup>

Ickes bemühte sich mit Unterstützung des State Department, im Mittleren Osten Erdölkonzessionen für die PRC zu erwerben. Von besonderem Interesse war dabei Saudi-Arabien, da zum einen dort noch keinerlei Konzessionsrechte erteilt worden waren.<sup>16</sup> Zum anderen schätzte man in Washington die Bedeutung der Saudiarabischen Ölreserven angesichts der rapide abnehmenden amerikanischen Ölvorräte außerordentlich hoch ein.<sup>17</sup> Saudi-Arabien bot den USA strategische Vorteile, ihre Einflussmöglichkeiten auszuweiten.

Um eine reibungslose Ausbeutung des Erdöls nicht nur in Saudi-Arabien, sondern auch im Mittleren Osten für die USA zu gewährleisten, wurde ein Abkommen mit England notwendig, da Großbritannien in dieser Region traditionell seine Vorherrschaft ausübte. Am 2. Dezember 1943 trat Hull an die britische Regierung heran, um eine anglo-amerikanische Ölpolitik im Mittleren Osten auszuarbeiten. Die britische Meinung war geteilt. Zum einen waren die Briten an einer Übereinkunft mit den USA in allen Ölangelegenheiten interessiert, da sie auf amerikanische Öllieferungen sowie auf die amerikanischen Produktions- und Raffinerieausrüstungen angewiesen waren.<sup>18</sup> Zum anderen gab es zu Recht Bedenken, dass die Amerikaner die englische Position in der Golfregion zu unterminieren versuchten. Daher wollte das Foreign Office die Erdölgespräche nicht nur auf den Mittleren Osten beschränken, sondern auch den ganzen Erdball einbeziehen, wo bekanntlich die USA dominierten.<sup>19</sup>

In diesem Sinne teilte Churchill dem amerikanischen Präsidenten Roosevelt am 24. Februar 1944 mit, das britische Kabinett sei bereit, einer technischen Untersuchung der Ölverhältnisse auf der ganzen Welt<sup>20</sup> zuzustimmen, damit die Ölsituation beider Staaten offengelegt werde. Bedingung sei aber, dass die offiziellen Veranstaltungen zur Durchführung

---

<sup>13</sup> Vgl. Mejcher, 1990: 90f, Die Politik und das Öl im Nahen Osten Bd. 2.; Hull, 1948: 1517, The Memoirs of Cordell Hull.

<sup>14</sup> Vgl. Hull, 1948: 1517, The Memoirs of Cordell Hull.

<sup>15</sup> Vgl. Mejcher, 1990: 108f, Die Politik und das Öl im Nahen Osten Bd. 2.

<sup>16</sup> vgl. Memorandum von Hull für Roosevelt, 14.1.1943, FRUS, 1943, IV, S. 922.

<sup>17</sup> Recommendations as to Petroleum Reserves für Roosevelt, 25.6.1943, FRUS, 1943, IV, S. 925.

<sup>18</sup> Vgl. Payton/Smith, 1977: 363f, Oil.

<sup>19</sup> Vgl. Winant an SoS, 3.1.1944, FRUS, 1943, Bd. IV, S. 952.; Halifax an SoS, 7.2.1944, FRUS, 1944, Bd. VII, S. 94.

<sup>20</sup> Churchill an Roosevelt, 24.2.1944, FRUS, 1944, Bd. III, S. 102f.

dieser Untersuchung in London stattfinden sollten, und dass die britische Regierung ermächtigt werde, das Ergebnis dem Parlament mitzuteilen. Daraufhin versicherte Roosevelt Churchill am 3. März 1944, dass die Amerikaner kein Interesse an den englischen Ölfeldern im Irak und Iran hatten.<sup>21</sup> Nach dieser Sicherheitserklärung seitens Roosevelt stimmte das britische Kabinett am 5. März 1944 zu, eine Verhandlungsdelegation auf Expertenebene nach Washington zu entsenden.<sup>22</sup> Am 18. April 1944 kam die britische Delegation unter dem Vorsitz von Sir William Brown in Washington mit der amerikanischen zusammen,<sup>23</sup> um die Amerikaner zu einer Übereinstimmung hinsichtlich der Welterdölsituation nach ihrer Vorstellung zu bewegen. Am 29. April 1944 war es soweit. Es wurde ein Entwurf über ein Ölabkommen zwischen beiden Ländern vorbereitet. Die Meinungsdivergenzen zwischen beiden Parteien wurden auf die nächste Gesprächsrunde, die am 25. Juli 1944 stattfinden sollte, hinausgeschoben. In der ersten Plenarsitzung<sup>24</sup> einigte man sich, die von beiden Regierungen gewünschten Änderungen und Zusätze zu diesem Entwurf zuerst in einem Ausschuss zu diskutieren, der sich aus den Ölsachverständigen beider Delegationen zusammensetzen sollte.<sup>25</sup> In den Ausschusssitzungen kamen die unterschiedlichen ökonomischen Interessen Englands und der USA insbesondere im Erdölsektor sehr deutlich zur Sprache.<sup>26</sup> Auch in diesen Gesprächsrunden konnte man nicht die Meinungsdivergenzen zwischen beiden Ländern aus dem Weg räumen, so dass man sich schließlich einigte, den Vertragsentwurf vom 29. April 1944 an einigen Stellen leicht zu verändern bzw. zu ergänzen und als Ölabkommen am 8. August 1944 zu unterzeichnen.<sup>27</sup> So formulierte die Roosevelt-Administration erstmals das Ziel einer weltweiten Regelung der Energiepolitik. Angestrebt wurde eine internationale bzw. staatliche Organisation, doch die amerikanischen Konzerne widersetzten sich dem und blockierten das Vorhaben im Kongress durch eine breite konservative Interessenallianz. Roosevelt musste das am 24. August 1944 eingebrachte Ölabkommen aufgrund der starken Opposition im Senat am 10. Januar 1945 zurückziehen.<sup>28</sup> Erst Präsident Truman setzte unter dem Einfluss der Konzerne eine kooperative Lösung in der Energiepolitik durch. Als Folge erzwang Washington gegen Großbritannien die Auflösung

---

<sup>21</sup> FRUS, 1944, Bd. III, S. 103.

<sup>22</sup> Churchill an Roosevelt bzw. Winant an Roosevelt, , 6.3.1944, FRUS, 1944, Bd. III, S. 104f.

<sup>23</sup> Zur Zusammensetzung der beiden Delegationen siehe Winant an SoS, 30.3.1944, FRUS 1944, Bd. III, S. 108.; Stettinius an Winant, 7.3.1944, ebd., S. 105.

<sup>24</sup> Die Gesprächsrunde fand am 25.7.1944 statt.

<sup>25</sup> Vgl. FRUS, 1944, Bd. III, S. 120f.

<sup>26</sup> Vgl. Mejcher, 1990: 167f, Die Politik und das Öl im Nahen Osten Bd. 2.

<sup>27</sup> Das Abkommen ist abgedruckt in: Documents, FRUS, 1946, Bd. VII, S. 678-682.; Siehe Hull an Roosevelt, 24.8.1944, FRUS, 1944, Bd. III, S. 124f.

<sup>28</sup> Zwischen London und Washington wurden erneut Verhandlungen aufgenommen, diese führten am 24.9.1945 zur Unterzeichnung eines neuen Abkommens, das dem Senat vorgelegt wurde.

der irakischen Aktionsgemeinschaft (red-line-Abkommen). Diese Ausschaltung Großbritanniens bedeutete die Wende in der regionalen Vormachtstellung. 1947 wurde von Socal, Texaco, Exxon und Mobil das Aramco-Konsortium gegründet. Zwischen 1947 und 1953 setzten die USA als neue Hegemonialmacht ihre ordnungspolitischen Vorstellungen im Vorderen Orient unter anderem auch mit Hilfe des Iran-Konsortiums durch. Im Rahmen ihrer globalen Sicherheitspolitik wurden die westlichen kapitalistischen Interessen in der Region energiepolitischen Prioritäten unterworfen. Die USA versuchten durch Beteiligung an vier Konsortien (Iraq Petroleum Company, Aramco, Kuwait Oil Company, Iran-Konsortium) ihre eigenen Interessen durchzusetzen. Der Anpassung der Erdölpolitik im Vorderen Orient an die weltweit geltenden amerikanischen Normen (Vertragrecht und Geschäftsphilosophie, Konzessionen, Steuern und Vergütung, finanzielle Stützung konservativer Staaten u.a.)<sup>29</sup> konnte Großbritannien finanziell nichts entgegensetzen und büßte endgültig damit seine Vormachtstellung in der Region ein. Die finanzielle Abhängigkeit Großbritanniens von der USA führte dazu, dass Großbritannien selbst die USA aufforderte, sich in den bislang kontrollierten Staaten des Mittleren Ostens, der Türkei und Griechenlands (1947) stärker zu engagieren, um den sowjetischen Einflussbereich einzudämmen.

Mit dem allmählichen Rückzug Großbritanniens aus seinem sogenannten Einflussbereich verwendeten die USA den Weltenergiemarkt als erste zur Steuerung weltweiter Wirtschaftsprozesse und zur Wahrnehmung politischer Kontrollfunktionen. Sie demonstrierten damit den Zusammenhang von Energie-, Sicherheits- und Hegemonialpolitik. Dieses Interessengeflecht bestimmte die Geschichte des Vorderen Orients im 20. Jahrhundert.

Mit dem Aufstieg der USA in die Hegemonialposition des internationalen kapitalistischen Systems entstand eine neue Weltordnung, in der die Werte, Normen, Interessen und Strukturen der neuen Führungsmacht zum Ausdruck kamen. Die wichtigsten zwischengesellschaftlichen Beziehungen (Handel, Transport, Zölle, Währungsrelationen) wurden durch Mechanismen geregelt, die den amerikanischen Interessen entgegenkamen, z.B. die Bevorzugung von Verteilungsprozessen auf der Basis des Marktes ( nicht staatlicher Absprachen) oder des Privateigentums (Gegensatz öffentliches Eigentum).<sup>30</sup>

Der Rückzug Großbritanniens aus dem Vorderen Orient hinterließ zudem ein Machtvakuum, das die USA wegen ihrer globalen Prioritäten (Eindämmung der Sowjetunion, Stabilisierung Westeuropas) nur unvollkommen ausfüllen konnten. Bis zur Entwicklung der Truman-Doktrinen waren die Amerikaner diesen Rolle in der Weltordnung nicht bewusst

---

<sup>29</sup> Siehe Memmor, 1983, Die Ölfrage,

<sup>30</sup> Siehe Krasner, 1985, Structural Conflict, The Third World.

bzw. nicht gewachsen. Es fehlte ihnen an Erfahrung, wie sie dieser Rolle auf der Welt gerecht werden sollten. Der Fall des Irans liefert ein Beispiel für diesen Zweifel an der aufkommenden Macht (USA) nach dem Zweiten Weltkrieg.

Wie die Integration des Iran in den Weltenergiemarkt zwischen 1941 und 1948 stattfand, wird in folgendem Abschnitt dargestellt.

### **V.3. Die Entwicklung der iranischen Erdölpolitik**

Im Jahre 1871 bemühte sich der aus England stammende Paul Julius von Reuter<sup>31</sup> bei der persischen Regierung um eine Konzession über das Gebiet Khusistan, „die ihm auch erst erteilt, später jedoch wegen russischer Einwände und nach mehreren misslungenen Bohrungen von iranischer Seite annulliert wurde.“<sup>32</sup> Am 28. Mai 1901 erhielt W. Knox d'Arcy von Mozaffar-din Schah (1895-1906) eine Konzession. Diese Konzession kam durch Bestechung zahlreicher Personen am Hofe des Königs zustande. Der Vertrag bezog sich u.a. auf die Ausbeutung des Erdöls im Iran<sup>33</sup> und umfasste ein Gebiet von 1,24 Mill. km<sup>2</sup>.<sup>34</sup> Nur die fünf nördlichen Provinzen des Irans, deren Nähe zur russischen Grenze bereits traditionell vorhandene Konflikte zwischen Großbritannien und Russland zu schüren drohte, wurden von seinem Konzessionsgebiet ausgenommen. Bereits sprach das erste iranische Parlament gegen die Erteilung der Erdölkonzession an d'Arcy und forderte den zuständigen Minister auf, das Majlis darüber zu informieren. Der zuständige Minister sprach über die Erdölverhandlung in einer Parlamentssitzung im Januar 1908.<sup>35</sup> Das Parlament konnte nicht die Gespräche darüber durchführen, denn das Majlis wurde am 23. Juni 1908 durch Mohammed Ali Schah geschlossen. Erst nach dem Erfolg der Oktoberrevolution im Jahre 1917 und nach der Erklärung der sowjetischen Regierung, den Nordiran nicht mehr als Sicherheitsgebiet der Sowjets zu betrachten, versuchte Großbritannien diesen Teil Irans auch an seine vorhandene Ölkonzession zu binden. Vor diesem Hintergrund schickte die British-Iranian Oil Company im November 1920 einen Vertreter in den Iran, um eine Ölkonzession im Nordiran (in fünf Provinzen) zu erhalten. Es war das erste Mal, dass die Briten eine Konzession im Nordiran verlangten, um die Konzession von W. Knox d'Arcy auf das ganze iranische Gebiet auszuweiten.

---

<sup>31</sup> Er ist in Kassel geboren und wurde 1857 englischer Staatsbürger.

<sup>32</sup> „Mohandes-Dastgerdi, 1992: 121, Die Bedeutung der Rohstoffindustrie.

<sup>33</sup> Fateh, 1356/1977: 250-254, Fünfzig Jahre iranisches Erdöl.

<sup>34</sup> Huber, 1956: 357, Iran. Der Autor fasst die erste statistische Untersuchung über das Volkseinkommen im Iran nach dem Zweiten Weltkrieg zusammen, Das Buch spiegelt die Verhältnisse der Kriegsperiode wider.

<sup>35</sup> Schajii, 1372/1993: 192, 194, Politische Elite Irans, Bd. 4.

Der amerikanische Botschafter in Teheran, der von dem Gespräch zwischen Iran und England erfahren hatte, drang darauf, die Verhandlungen über die Ölkonzession im Nordiran zu verschieben, um den amerikanischen Unternehmern eine Chance zu geben, an den Verhandlungen teilzunehmen.

Die Forderung der amerikanischen Regierung entsprach dem Wunsch des iranischen Staates.<sup>3637</sup> In diesem Sinne brachte der iranische Botschafter in Washington direkt und offen zum Ausdruck, "die iranische Regierung wolle die Ölkonzession im Nordiran nur den amerikanischen Unternehmern überlassen und keinen anderen".<sup>38</sup> Tatsächlich erreichte ein amerikanischer Unternehmer sein Ziel. Das iranische Parlament verabschiedete am 21. November 1921 ein Gesetz, in dem der amerikanische Unternehmer „Standard Oil New Jersey Company“ die Rechte erhielt, 50 Jahren die Ölfelder in fünf Provinzen im Nordiran zu untersuchen, zu bohren und den Gewinn zu verkaufen. Für beide Vertragspartner sowohl die USA als auch Iran war das Abkommen ein großer Erfolg, da dieses den ersten Schritt zu einer engen politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern bedeuten konnte. Wie erwartet,<sup>39</sup> protestierten England und die Sowjetunion<sup>40</sup> gegen die Erteilung der Ölkonzession an ein amerikanisches Unternehmen.<sup>41</sup> Um den sowjetischen Protesten stattzugeben und einem weiteren Ausbau englischer Vorherrschaft im Iran entgegenzuwirken, annullierte die iranische Regierung am 4. März 1922 den Vertrag. Als Begründung diente der Absatz 5 des Vertrages, worin dem amerikanischen Vertragspartner untersagt wurde, die Ölkonzession mit anderen Staaten oder Unternehmern zu teilen.<sup>42</sup>

Am 20. Dezember 1923 garantierte die iranische Regierung dem amerikanischen Unternehmer Sinclair Oil Company eine Konzession mit gleichen Rechten. Im Gegensatz zur New Jersey Company wollte Sinclair das Erdöl über das sowjetische Territorium aus dem Iran exportieren. Die sowjetische Regierung akzeptierte den Plan mit dem Vorbehalt, dass die amerikanische Regierung zunächst das kommunistische Regime in Moskau anerkennen

---

<sup>36</sup> Die Iraner waren in Prinzip gegen die Erteilung der Ölkonzession an die Briten, denn zum einen fürchteten sie die Briten als Kolonialmacht und zum anderen besaßen die Briten zum diesen Zeitpunkt eine Ölkonzession in Südiran und mischten sich aus diesem Grund in iranische Angelegenheiten ein.

<sup>38</sup> FRUS, 1920, Bd. III, S. 352-354.

<sup>39</sup> Es gab eine Regel zwischen beiden Großmächten. Erhielt eine von beiden eine Konzession im Iran, protestierte die andere. Wenn ein Drittland eine Konzession erhielt, protestierten beide Großmächte und verhinderten die Durchführung der Konzession.

<sup>40</sup> Iwanow, 1978: 58, Moderne Geschichte Irans. Iwanow zufolge wurde die Konzession nicht praktiziert, da die sowjetische Regierung dagegen protestierte.

<sup>41</sup> Protestbrief der Sowjets befindet sich in: FRUS, 1921, Bd. II, S. 649 und Protestbrief der Briten befindet sich auch in: FRUS, 1921, Bd. II, S. 649-650.

<sup>42</sup> Der amerikanische Unternehmer (Standard Oil New Jersey Company) koalierte mit einem britischen Unternehmer.

musste. Die amerikanische Regierung lehnte es ab. Diese und andere Probleme zwangen den Unternehmer, sich im Jahre 1925 aus dem Vertrag zurückzuziehen.<sup>43</sup>

Die erste Konkurrenzphase zwischen den USA und England ist mit einem Sieg Großbritanniens zu Ende gegangen, und dadurch ist der Versuch des Irans, das amerikanische Interesse zu wecken, fehlgeschlagen. Der Misserfolg der Konzession hatte verschiedene Gründe. Zum einen besaß die amerikanische Regierung zu dieser Zeit keine klare Position gegenüber dem Iran, und zum anderen waren die Engländer und Sowjets entschlossen, kein drittes Land im Iran Fuß fassen zu lassen. Die Annullierung des amerikanischen Vertrages ermöglichte den Engländern und ihrer Ölgesellschaft, ihr Ölmonopol im Iran weiter zu erhalten.<sup>44</sup>

Im Gegensatz zu den Amerikanern verfolgte die iranische Regierung ein klares Programm. Die Einflüsse Englands und der Sowjetunion auf der politischen Bühne des Irans sollten durch andere Mächte verringert werden, um sich aus der britisch-sowjetischen Umklammerung zu lösen.

Bis zu den Ereignissen Anfang der 40er Jahre, die den Weg zur Verstaatlichung der iranischen Erdölwirtschaft geebnet haben, kann man eigentlich von einer iranischen Erdölpolitik nicht sprechen, da die Erdölindustrie des Landes bis dahin völlig unter Kontrolle der AIOC<sup>45</sup> (Anglo-Iranian Oil Company) stand. Zwar hat die iranische Regierung hin und wieder ihre Forderung nach mehr Einnahmen aus dem Erdölgeschäft bei der AIOC vorgetragen, sie hatte jedoch wegen ihrer zu schwachen Machtposition keinen entscheidenden Einfluß auf die Preis- und Mengenpolitik des Konzerns.<sup>46</sup>

Mit dem iranischen Staatsstreich von 1953 endete gleichzeitig die kurze Phase der selbständigen Erdölpolitik der iranischen Regierung, die von 1944 bis 1953 andauerte, auch wenn dem Land bei den im Jahre 1954 neu abgeschlossenen sogenannten Partizipationsverträgen mit dem Konsortium ein geringfügiger Handlungsspielraum eingeräumt wurde.

---

<sup>43</sup> Brune / Whitnah. 1985:648, Chronological History of United States Foreign Relations 1776 to January 20, 1981, II.

<sup>44</sup> Vgl. Iwanow, 1356/1977: 58-59, Moderne Geschichte Irans.

<sup>45</sup> Im Jahre 1933 besichtigte w. Blücher das ganze Konzessionsgebiet der AIOC in Südiran und sein Eindruck beschrieb er wie folgt: „Es war wie ein Staat im Staate, was hier heranwuchs und durch seine sprunghafte fortschrittliche Entwicklung mit der zurückbleibenden ärmlichen persischen Umgebung rings herum seltsam kontrastierte. . Sie (Engländer) hatten ihre eigenen Telegraphen- und Telephonleitungen gezogen, ihre eigenen Radiostationen und Flugplätze angelegt und unterhielten ihre eigenen Flugzeuge. Sie hatten komfortable Häuser für ihre Personal gebaut, Golfplätze und Poloplätze geschaffen. Dazu kamen Rasthäuser, Hospitäler, Schulen und alle sonstigen Anlagen, die Europäer von hoher Lebenshaltung brauchen. Siehe Blücher, 1949: 275, Zeitenwende in Iran Erlebnisse und Beobachtungen.

<sup>46</sup> Mohandes-Dastgerdi, 1992: 137, Die Bedeutung der Rohstoffindustrie für den Aufbau.

#### V.4. Die Entwicklung der iranischen Erdölindustrie

Eine iranische Erdölkonzession wurde an William Knox d'Arcy erteilt. Der Vertrag zwischen ihm und Schah Muzaffar ad- din (1895-1906) kam am 28. Mai 1901 zustande. D'Arcy erhielt eine freizügige Konzession über eine Laufzeit von 60 Jahren, die ihm freie Hand gab, über mehr als drei Viertel des persischen Bodens für seine Ölforschungen zu nutzen.

Nach dem Abschluss des Vertrages zeichneten sich in dessen Erfüllung für d'Arcy große Probleme ab. Die Organisation des Produktionsablaufs und der schwierige Aufbau des institutionellen Apparats, die klimatischen Bedingungen im Lande, die kulturellen Differenzen zwischen Persern und Briten und vor allem die mangelhafte Infrastruktur führten immer wieder zu Verzögerungen. Auch die Bohrungen waren anfangs erfolglos, so dass d'Arcy zu Beginn des Jahres 1905 unmittelbar vor dem finanziellen Ruin stand. Erst mit der Übernahme der Konzession durch Burmah Oil Company war d'Arcy gerettet. Am 05. Mai 1905 wurde das d'Arcy Concession Syndicate Limited als Subsidiär der Burmah Oil Company gegründet. Die wirtschaftlichen Interessen der Burmah Oil Company sowie die politisch-strategisch-militärischen Zielsetzungen des Foreign Office und der Admiralität deckten sich. Das Unternehmen war von nun an politisiert.<sup>47</sup>

Aufgrund der politischen Veränderungen in Teheran nach der Konstitutionellen Revolution von 1906 hatte das britische Außenministerium dem Concession Syndicate demonstrativ eine berittene Schutztruppe zur Verfügung gestellt. Des Weiteren war man in London bemüht, die Spannungen mit Rußland über Persien aus dem Weg zu räumen. Außerdem drohte eine neue Gefahr durch die deutsche Penetration im Mittleren Osten. Als Teil der geheimen britisch –russischen Konvention von 1907 wurde Persien auf politisch-militärischer Ebene in eine nördliche russische, eine mittlere neutrale und eine südliche britische Einflußzone unterteilt. Das Vertragsgebiet des Concession Syndicate erstreckte sich über die südliche britische und weite Teile der mittleren neutralen Zone.<sup>48</sup>

Mit Hilfe der Gesellschaft des Concession Syndicate rief London am 14. April 1909 die „Anglo-Persian Oil Company“ (APOC) ins Leben. Elwell-Sutton bezeichnete die Gründung

---

<sup>47</sup> Yergin, 1991: 138ff, The Prize,.; Ferrier, 1982: 60-72, The History of the British Petroleum company.; Polk, 1976: 103, The United States and the Arab World

<sup>48</sup> Ferrier, 1982: 73ff, The History of the British Petroleum company.

der Anglo-Persian Oil Company und die Beteiligung der britischen Regierung an dieser als „a most profitable piece of empire-building.“<sup>49</sup>

Die Anglo-Persian Oil Company konnte von 1912 bis 1918 ihre Produktion von knapp 80,000 Tonnen pro Jahr (t/a) auf fast 900,000 t/a mehr als verzehnfachen, und bereits Ende des Jahres 1916 lieferte sie ein Fünftel des während des Ersten Weltkriegs in besonders großen Mengen gebrauchten Öls an die Royal Navy. Die Nachfrage nach Erdöl stieg nach dem Krieg weiter an, was nicht ohne Auswirkungen auf den Preis des wertvollen Rohstoffes blieb. Allein von 1918 bis 1929 war eine Preissteigerung um 50% von \$ 2 auf \$3 pro Barrel<sup>50</sup> zu verzeichnen.

Die Rettung des Ölunternehmens in Persien durch die Beteiligung der britischen Regierung hatte sich also schnell als vorausschauend und profitabel erwiesen. Im Jahre 1923 konnte der britische Staatshaushalt aufgrund eines Vertrages mit der Navy, welcher Vorzugspreise garantierte, circa £7,5 Millionen einsparen.<sup>51</sup> Diese ging auf Kosten der Profitbeteiligung der persischen Regierung vonstatten. Diese Summe wurde durch Versteigerung der Firmenanteile, die Einnahmen an Dividenden, Zinsen, Einkommensteuern, Profitausschüttungen, Zöllen etc. auf £40 Millionen Gesamtgewinn innerhalb von weniger als zehn Jahren erhöht. Die Einnahmen, die die persische Regierung aus dem Verkauf ihres wertvollsten Gutes während des gleichen Zeitraums erzielte, beliefen sich auf ca. 5% der Gewinne der britischen Regierung, nämlich lediglich auf etwas mehr als £2 Millionen.<sup>52</sup> So wurde Persien 20 Jahre nach der Investition d’Arcys als fester Bestandteil ins informelle britische Weltreich integriert.

Zwischen 1914 und 1932 war der Ausstoß an Rohöl in Persien von ca. 390.000 Tonnen pro Jahr auf 6.640.000 t/a gestiegen, was einem Wachstum von ca. 1.700% entsprach. Die weltweite Förderung von Rohöl nahm im gleichen Zeitraum um ca. 320% zu. Persien hatte sich nach den USA, der Sowjetunion, Venezuela und Rumänien an die fünfte Stelle der rohölproduzierenden Länder katapultiert. Auch auf dem Gebiet der Produktverarbeitung wurden mit der Raffinerie in Abadan große Erfolge erzielt. Die Produktion von Kerosin, Benzin und Gasöl war von 1920 bis 1930 von 1.437.000 t/a auf 4.489.000 t/a angestiegen.

Wachstum und wirtschaftliche Erfolge der APOC ließen in Persien den Wunsch nach einem neuen Abkommen mit besseren Konditionen wach werden. Zudem war das Verhältnis zwischen der britischen Firma und der persischen Regierung dadurch getrübt, dass die APOC

---

<sup>49</sup> Elwell-Sutton, 1955: 24, Persian Oil.; vgl. Northedge, 1984: 174ff, Britain and the Middle East.

<sup>50</sup> Eine Tonne entspricht 7,45 Barrel, ein Barrel ist das Maß für 159 Liter.

<sup>51</sup> Churchill, 1923:134f, The World Crisis.

<sup>52</sup> Elwell-Sutton, 1955: 24, Persian Oil.

durch überhöhte Abschreibungen, große Investitionen und buchhalterische Tricks bewußt ihre Nettoprofiten verringerte. Da sich die Höhe der an Persien zu zahlenden Tantiemen aus den Nettoprofiten ergab, wirkten sich diese Maßnahmen negativ auf das Einkommen der persischen Regierung aus. Dazu kamen Anfang der dreißiger Jahre die Weltwirtschaftskrise und die sowjetische Konkurrenz, so dass sich die Tantiemen der persischen Regierung in den Jahren 1931/1932 von £1.288.312 um 76% auf £306.872 reduzierten. Die Einnahmen der APOC lagen 1932 immer noch über £3.500.000. Die britische Regierung nahm am persischen Ölgeschäft allein durch die Einkommensteuer mit ca. £1.000.000 teil. Die unzufriedene persische Regierung schloss am 29. April 1933 nach langen Verhandlungen ein neues Abkommen mit der APOC ab. Dadurch konnte Iran in politischer und psychologischer Hinsicht zwar an Prestige und Selbstbewusstsein gegenüber der britischen Firma gewinnen, ökonomisch trat im Grunde keine Verbesserung ein. Es gab weiterhin keine Möglichkeit, die Aktivitäten der Anglo-Persian Oil Company zu kontrollieren und zu beeinflussen.<sup>53</sup>

Wie die politischen Entwicklungen bis zur erneuten Forderung der Perser nach einer Revision des Ölabkommens mit der Anglo-Iranian Oil Company im Jahre 1947 von den Ereignissen des Zweiten Weltkrieges geprägt waren, wird im folgenden Abschnitt beleuchtet.

## **V.5. Die Alliierten und die Ölkonzessionen im Iran zwischen 1941 und 1947**

### **V.5.1. Die Auseinandersetzungen um die Ölkonzessionen während des Zweiten Weltkrieges**

#### **V.5.2. Die erste Phase der iranischen Erdölkrise**

Bereits zwei Tage nach der Kapitulation Irans (1941) richtete die sowjetische Regierung an das iranische Kabinett eine Note mit dem Inhalt, der Sowjetunion die Ausbeutung der Ölvorkommen von Kavir-Khurian durch die Sowjetunion zu erleichtern. In ihrer Antwortnote erklärte die iranische Regierung die „Kavir-Khurian-Konzession“ jedoch für ungültig, da die sowjetische Regierung im Vorfeld keine Anstrengungen zu deren Ausbeutung unternommen habe. Sie zeigte sich aber bereit, erneut mit Moskau über die genannte Konzession zu verhandeln. Hiermit erklärte sich die sowjetische Regierung einverstanden. Trotz der iranischen Absage nahm die sowjetische Regierung die ersten Probebohrungen in der Provinz Gorgan vor.

Auch ein Vertreter der Standard Oil New Jersey Company bat im Dezember 1941 die iranische Regierung um die Erlaubnis, Probebohrungen durchzuführen zu dürfen. Teheran

---

<sup>53</sup> Vgl. Elwell-Sutton, 1955: 80ff, Persian Oil.

verweigerte sie ihm, um einen Konflikt mit den anderen Großmächten zu vermeiden.<sup>54</sup> Doch einige Monate später, in der Zeit als Deutschland seinen Vormarsch in Europa fortsetzte (1939-1941), verringerte sich der Erdölexport der AIOC (Anglo-Iranian Oil Company) aus dem Iran.<sup>55</sup> Dies bedeutete eine rapide Senkung der iranischen Einnahmen<sup>56</sup> und damit eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage des Irans. Gleichzeitig herrschte im Iran Brotmangel, so dass Teheran Washington um die Lieferung von Getreide ersuchte. In diesem Zuge teilte Ministerpräsident Soheily dem amerikanischen Botschafter in Teheran, Dreyfus, mit, es liege im Interesse seiner Regierung, den Amerikanern eine Erdölkonzession zu erteilen.<sup>57</sup> Auf den ersten Blick scheinen wirtschaftliche Gründe dieses Anliegen zu beherrschen, meines Erachtens waren durchaus auch politische Gründe ausschlaggebend. Die Besetzung Irans und die Ungewissheit, wie lange sich die Alliierten im Iran aufhalten würden, führte dazu, dass sich die iranische Regierung an die USA, die keine Kolonialinteressen im Iran besaßen, wandte. Die Ölkonzession sollte als ein Mittel dienen, um die amerikanischen Interessen im Iran zu wecken. Das iranische Interesse stieß auf die Ablehnung der amerikanischen Ölgesellschaften, die aufgrund der unklaren politischen Verhältnisse im Iran zurückhaltend reagierten.

Erst im Februar 1943, einen Monat nachdem der amerikanische Außenminister Hull einen „Ausschuss für internationale Erdölpolitik“ ins Leben rief und Herbert Feis zu dessen Vorsitzenden ernannte,<sup>58</sup> erkundigte sich der iranische Handelsattaché in Washington bei der Standard-Vacuum, einem Tochterunternehmen der N.J. und der Socoty-Vacuum, ob diese an einer iranischen Erdölkonzession interessiert seien.<sup>59</sup> Die Ölgesellschaft antwortete zustimmend und zeigte sich vor allem an dem Erwerb einer Konzession im Südostiran interessiert.<sup>60</sup> Einen Monat später lud Teheran die Standard-Vacuum zu den Verhandlungen in den Iran ein. Die Einladung war in Übereinstimmung mit dem State Department zustande gekommen.<sup>61</sup>

---

<sup>54</sup> Vgl. Bullard an FO, 23.12.1941, E 368/368/34.

<sup>55</sup> Hirschfeld schreibt; "Der Mangel an Transportmöglichkeiten zwang die Briten, für ihre Erdöleinfuhr andere Wege zu suchen; statt ihren Bedarf im Iran zu decken, wurde Erdöl in den Vereinigten Staaten und vor allem in Südamerika gekauft, was die Produktion der AIOC-Erdölfelder und Irans Einkommen aus den Royalties um mehr als 40% verringerte." Hirschfeld, 1980: 237, Deutschland und Iran im Spielfeld der Mächte.; vgl. Cheibani, 1956: 41, Iran und seine Außenhandelsbeziehungen.; Fateh, 1335/1956: 307, Fünfzig Jahre iranisches Erdöl.

<sup>56</sup> Die Rede des iranischen Finanzministers im Parlament am 16.4.1319/ 7.7.1940.; vgl. Fateh, 1335: 307, Fünfzig Jahre iranisches Erdöl.; Fatemi, 1954: 185, Oil Diplomacy.

<sup>57</sup> Dreyfus an SoS, 9.6.1942, FRUS, 1942, Bd. IV, S. 239.

<sup>58</sup> Vgl. Mejcher, 1990: 90f, Die Politik und das Öl im Nahen Osten Bd. 2. ; Hull, 1948: 1517, The Memoirs of Cordell Hull ; E 6387/545/34.

<sup>59</sup> Vgl. Dreyfus an SoS, 24.12.1943, FRUS 1943, Bd. IV, S. 628.

<sup>60</sup> Vgl. Dreyfus an SoS, 24.12.1943, FRUS 1943, Bd. IV, S. 628.

<sup>61</sup> Hull, 1948: 1508f, The Memoirs of Cordell Hull ; FRUS, 1943, Bd. IV, S. 626.

In diesem Zusammenhang hat die amerikanische Regierung zum ersten Mal den amerikanischen Botschafter in Teheran beauftragt, der amerikanischen Ölgesellschaft bei der Verhandlung gegenüber der iranischen Regierung zu helfen. Der amerikanische Botschafter in Teheran mußte sogar die amerikanische Regierung benachrichtigen, wieweit der britische Unternehmer in der Besprechung mit der iranischen Regierung Erfolg hatte. Im Vergleich zu der Verhandlung im Jahre 1922 zwischen der iranischen Regierung und dem amerikanischen Unternehmer, an der sich die USA nicht beteiligten, bezogen sie nun gegenüber dem Iran Stellung, was meines Erachtens von einer Wende in der amerikanischen Außenpolitik in Bezug auf den Iran spricht. Die USA wollten nicht mehr eine Isolationspolitik gegenüber dem Iran betreiben, sondern aktiv daran teilnehmen. Gründe dafür waren:

- a) die Wahrnehmung der neuen Machtposition der USA als Großmacht,
- b) die Ölfelder in Saudi-Arabien, Iraq und Kuwait.

Denn wenn der Iran von einer Großmacht oder beiden Großmächten weiter abhängig bliebe, könnte diese Abhängigkeit dazu führen, dass die USA ihre Ölfelder in Saudi-Arabien, Iraq und Kuwait nicht reibungslos nutzen könnten.<sup>62</sup> Daher kam den USA die Anwendung des Open-Door-Prinzips in konzessionsfreien Gebieten zu Hilfe, und dies bedeutete im Grunde nichts anderes als den Ausbau der vorhandenen Vormachtstellung der USA auf dem Welterdölmarkt. Hinsichtlich des Mittleren Ostens beinhaltete dies die Sicherung bzw. den Ausbau der amerikanischen Interessen in Saudi-Arabien und Bahrain (hier galt das Prinzip der Offenen Tür offensichtlich nicht), Kuwait und Iraq sowie die britische Zustimmung zum Eindringen amerikanischer Ölgesellschaften in den Iran. In diesem Zusammenhang sagte das State Department den amerikanischen Ölkonzernen tatkräftige Unterstützung zu.<sup>63</sup>

Im Foreign Office wurde die Aktivität der amerikanischen Ölgesellschaft im Iran mit Besorgnis aufgenommen. Insbesondere sah man eine große Gefahr in der Gründung der Petroleum Reserve Corporation (PRC) in den USA. Durch diese Weise könnten sich die USA auf Kosten Großbritanniens im Mittleren Osten und nicht zuletzt im Iran ausbreiten und dadurch die britische Ausgangsposition bei den zukünftigen Ölverhandlungen verschlechtern.<sup>64</sup> Daher kam das Foreign Office dem Wunsch der Royal Dutch-Shell am 23.

---

<sup>62</sup> Siehe Hull 1948: 1499 The Memoirs of Cordell Hull.

<sup>63</sup> Vgl. Stettinus an amerikanische Botschaften, 17.12.1944, FRUS 1944, Bd. III, S. 97.

<sup>64</sup> Vgl. Minute von Hankey, 16.10.1943, E 6164/545/34. Siehe die amerikanische Erdölpolitik.

September 1943, die Erdölkonzession in Südostiran zu erwerben, bzw. gegen die amerikanische Ölgesellschaft in Teheran aufzutreten, wohlwollend entgegen.<sup>65</sup>

Im Februar 1944 begannen die offiziellen Verhandlungen zwischen dem iranischen Kabinett, der Standard-Vacuum, der Shell sowie der Sinclair (zweite amerikanische Ölgesellschaft).<sup>66</sup> Die amerikanische Regierung empfahl beiden Ölgesellschaften dringend, dass beide denselben Vorschlag in der Verhandlung einbringen oder dass eine von beiden freiwillig zurücktreten solle. Trotzdem folgte keine von den Ölgesellschaften dem Rat der US-Regierung.<sup>67</sup> Dies bedeutete, dass sie nicht nur mit der britischen Ölgesellschaft sondern auch untereinander konkurrierten. Die amerikanischen Ölfirmen hatten gegenüber der britischen den Vorteil, dass das iranische Kabinett und nicht zuletzt der Premierminister, Ali Soheily, an der Erteilung der Ölkonzession nur an die Amerikaner interessiert war. Soheily teilte schon am 15. November 1943 Dreyfus mit, „er wünsche, dass ein amerikanischer Ölunternehmer die Konzession im Südostiran erhalte.“<sup>68</sup> Die Absicht des Ministerpräsidenten war dem Foreign Office bewusst.<sup>69</sup> Daher gründeten Foreign Office und Shell eine Tochtergesellschaft, die im Bedarfsfall eine holländische Mehrheit im Vorstand oder hinsichtlich der Anteile erhalten konnte.

Moskau sah zunächst den Verhandlungen mit gemischten Gefühlen zu; man fürchtete, Teheran erteile anderen Ländern Konzessionen im Nordiran, da die Verhandlungen hinter geschlossenen Türen stattfanden und keine Informationen an die Öffentlichkeit drangen. Ende Februar 1944 teilte der sowjetische Botschafter in Teheran dem iranischen Volk über die Presse mit, „die Sowjetunion besäße bei der Erteilung der Erdölkonzession im Nordiran ältere Rechte als sonst jemand.“<sup>70</sup>

Ali Soheily legte sein Amt aufgrund des sowjetischen Druckes sowie der Unzufriedenheit der Abgeordneten im Parlament nieder. Das Parlament ernannte seinen bisherigen Außenminister Mohammad Saéd, zu seinem Nachfolger. Saéd mit seiner langen Erfahrung in der Sowjetunion konnte fließend sowjetisch sprechen. Mit seiner Ernennung änderte sich aber an dem außenpolitischen Konzept der iranischen Regierung nichts. Er war sogar bereit, der amerikanischen Gesellschaft eine Konzession über die nordiranischen

---

<sup>65</sup> Siehe Minute von Peterson, 23.9.1943, E 5703/545/34.; FO-Minute, october 1943, ohne Tagesangabe, E 6164/545/34.

<sup>66</sup> Millspaugh, 1946: 188, American in Persia.; Ford an SoS, 4.4.1944, FRUS, 1944, Bd. V, S. 447.; Elwell-Sutton, 1955: 108, Persian Oil.

<sup>67</sup> FRUS, 1944, Bd. IV, S. 448.

<sup>68</sup> FRUS, 1944, Bd. V, S. 626.

<sup>69</sup> Der Kommentar vom 28.12.1943, E 8055/545/34.

<sup>70</sup> Vgl. Hull, 1948: 1509 The Memoirs of Cordell Hull.

Provinzen zu gewähren.<sup>71</sup> Er beauftragte ferner im April 1944 die amerikanischen Ölexperten mit der Ausarbeitung eines allgemeinen Ölkonzessionsvertrages und bildete im Juli eine Kommission aus amerikanischen Beratern wie Herbert Hoover jr. und A. Curtice als Berater in Ölfragen<sup>72</sup> und Rex Vivian, dem Leiter des Amtes für industrielle Überwachung in der Millspaugh-Mission. Diese Kommission sollte die Konzessionsvorschläge der verschiedenen Ölgesellschaften überprüfen und die iranischen Interessen in einem eigenen Konzessionsentwurf festlegen.<sup>73</sup> So bekamen die amerikanischen Staatsangehörigen zusätzlich eine Schlüsselstellung in einem der wichtigsten wirtschaftlichen Sektoren Irans. Da, wie bereits angesprochen, die Öffentlichkeit keinen Zugang zu den Erdölverhandlungen erhielt, fragte A. Tussi, ein Abgeordneter im Parlament, den Ministerpräsidenten nach den Verhandlungen.<sup>74</sup> In seiner Antwortrede am 10. August 1944 räumte Saéd ein, dass die Verhandlungen zwischen der Regierung und einer britischen und zwei amerikanischen Ölgesellschaften über den Erwerb der Ölkonzession im Gange seien und das Kabinett zu dieser Zeit die Vorschläge prüfe.<sup>75</sup> Auf dieser Sitzung hat Dr. Radmanesch (Mitglied der Tudeh-Partei im Parlament) gegen den Regierungsplan gesprochen und erklärt:

„Ich und mein Genossen lehnen die Erteilung jeder Art von Konzession an die Fremden grundsätzlich ab“. Er begründete seinen Standpunkt folgendermaßen: „Das iranische Volk konnte selbst Eisenbahnen bauen. Ich bin sicher, dass die Nutzbarmachung aller Schätze dieses Landes mit Hilfe des Volkes und des iranischen Kapitals möglich ist, so dass wir vielleicht das Elend des Volkes beseitigen können. Ich wundere mich, warum es zu diesem Zeitpunkt, in dem die Welt im Kriege brennt, solche Eile gibt. Ich glaube, es ist nicht richtig, heute übereilt die Ölkonzession zu erteilen.“<sup>76</sup> Seine Argumente, dass mit der Hilfe des iranischen Kapitals die Eisenbahnen im Iran gebaut wurden oder dass die Ölkonzession nicht einem ausländischen Unternehmer überlassen werden durfte, entsprachen den Beschlüssen der Tudeh-Partei.<sup>77</sup> Es stand außer Frage, dass die iranische Regierung für die Verwirklichung ihrer wirtschaftlichen Pläne einen Kredit benötigte. Er konnte nur aus den USA kommen. Der Kriegszustand verhinderte sowohl Großbritannien als auch die Sowjetunion, dem Iran in dieser Hinsicht beizustehen. Wenn man die weitere Entwicklung der Ölkonzession im Auge behält, wird es klar, dass die eigentliche Zielsetzung der Tudeh-Partei darauf ausgerichtet war,

---

<sup>71</sup> Ford an SoS, 3.4.1944, FRUS, 1944, Bd. V, S. 447.

<sup>72</sup> Vgl. SoS an Ford, 20.5.1944, FRUS, 1944, Bd. V, S. 450.

<sup>73</sup> Vgl. Elwell-Sutton, 1955: 108, Persian Oil.; Brooks, 1949: 63, Oil and Foreign Policy.

<sup>74</sup> *Daad*, 20.5.1323 / 11.8.1944.

<sup>75</sup> Majalle Mozakerat majles schora é melli (MMS), Nr. 1308, 19.5.1323/ 10.8.1944, S. 809.

<sup>76</sup> MMS, Nr. 1308, 19.5.1323/ 10.8.1944, S. 809 / Fatemi, 1954: 353-354, Oil Diplomacy

<sup>77</sup> Jami, 1355/1976: 192-193, Vergangenheit ist das Licht der Zukunft.

eine Konzession für die amerikanischen oder britischen Ölgesellschaften bzw. die Kapitalisten zu verhindern.<sup>78</sup>

Die unklare angespannte Lage des Landes sowie die Einstellung weiterer amerikanischer Ölexperten durch das iranische Kabinett beunruhigte die sowjetische Führung, so dass die sowjetische Regierung über Majid Ahy, den iranischen Botschafter in Moskau, der iranischen Regierung am 4. September 1944 mitteilte, dass bald eine „sowjetische Delegation“ im Iran eintreffe, um über den Erwerb der Ölkonzession zu verhandeln.<sup>79</sup>

### **V.5.3. Der Konzessionserwerb der sowjetischen Regierung**

Die sowjetische Mitteilung weckte im Iran neue Hoffnungen, denn der sozialistische Staat mit seiner antiimperialistischen Einstellung konnte mit den neuen Vorschlägen gegenüber England und den USA antreten und dadurch die iranische Position gegenüber den Westmächten stärken. Aus diesem Grund begrüßte Saéd am 12. September 1944 das Vorhaben der sowjetischen Regierung.<sup>80</sup>

Die sowjetische Delegation unter Leitung von S. Kavtarazde, Stellvertreter des sowjetischen Außenministers, traf am 15. September 1944 in Teheran ein und wurde einen Tag später<sup>81</sup> von Saéd empfangen. In dieser Sitzung forderte Kavtarazde Saéd auf, eine Ölkonzession Kavier-Khuriyan (in der Provinz Semnan) dem sowjetischen Unternehmer zu erteilen. Als er aber am 1. Oktober 1944 vom Schah empfangen wurde, wünschte er sich, dass der Schah die sowjetische Regierung noch vor seiner Abreise bei dem Erwerb einer Fünf-Jahres-Erdölkonzession über die fünf Nordprovinzen Irans – die eine Fläche von ca. 200.000 qkm umfassten und von deren Kavier-Khuriyan nur ein kleiner Teil war - unterstütze.<sup>82</sup> Die Konzession sollte in Form eines Staatsvertrages zwischen dem Iran und der Sowjetunion vorgenommen werden. Der Schah war sich der Problematik dieser Konzession bewusst, zeigte sich zurückhaltend, erklärte dem sowjetischen Gesandten, in dieser Angelegenheit nicht zuständig zu sein, und verwies ihn an den Ministerpräsidenten.<sup>83</sup> Trotz der Bemühung Kavtaradzdes am Hof und im Kabinett erzielte dieser kein Ergebnis in seiner Verhandlung mit Teheran. Deswegen änderte er sein Vorgehen gegenüber der Teheraner Regierung und

---

<sup>78</sup> Es wird am Ende des Kapitels darauf eingegangen werden.

<sup>79</sup> Fateh, 1954: 355, Fünfzig Jahre iranisches Erdöl.; Jami, 1355/1976: 193, Vergangenheit ist das Licht der Zukunft.

<sup>80</sup> MM, Nr. 1330, 27.7.1323/19.10.1944.; *Sada-y Iran* Nr. 597: 8.8.1323/ 30.10.1944, Interview des Ministerpräsidenten mit der Presse.

<sup>81</sup> Vgl. Kirk, 1954: 476, *The Middle East in the War*.

<sup>82</sup> Vgl. Morris an SoS, 2.10.1944, FRUS, 1944, Bd. V, S. 453.

<sup>83</sup> Morris an SoS, 2.10.1944, FRUS, 1944, Bd. V, S. 453.; Kirk, 1954: 475, *The Middle East in the War*.

wendete sich direkt an das iranische Volk. Kavtaradze teilte den Iranern am 6. Oktober 1944 in einem Interview mit der iranischen Zeitung *Ettela'at* mit:

„Grund für den Aufenthalt der sowjetischen Delegation im Iran sei der Erwerb der Ölkonzession im Nordiran (...) die Ölkonzession spiele für weitere iranisch-sowjetische Beziehungen eine wichtige Rolle.“<sup>84</sup>

Mit dieser Pressekonferenz beabsichtigte Kavtaradze einerseits die Unterstützung der iranischen Bevölkerung und des Parlamentes zu erhalten und andererseits die iranische Regierung unter Druck zu setzen. Außerdem war der Versuch der iranischen Regierung, die Forderung der sowjetischen Regierung vor der Öffentlichkeit geheim zu halten, gescheitert. Das Interview von Kavtaradze ließ die Befürchtung des iranischen Kabinetts wahr werden, denn dadurch war das Interesse der iranischen Öffentlichkeit geweckt. Die Saéd-Regierung ist unter Verdacht geraten, dass sie mit den ausländischen Unternehmern hinter geschlossenen Türen zu kooperieren versuchte.<sup>85</sup>

Saéd erschien am 19. Oktober 1944 im Parlament und erklärte gegenüber den Abgeordneten, "dass sein Kabinett am 2. September 1944 in seiner Sitzung beschloss, bis Ende des Krieges und bis zur Rückkehr des Friedens keine Ölkonzession den ausländischen Regierungen zu erteilen."<sup>86</sup>

Die Ablehnung des Saéd-Kabinetts wurde von der amerikanischen sowie britischen Seite mit „Verständnis“<sup>87</sup>, von der sowjetischen Delegation aber mit großem Bedauern aufgenommen. Kavtaradze teilte Saéd mit, der Beschluss seines Kabinetts werde „unangenehme Konsequenzen“ zur Folge haben, und gleichzeitig wendete er sich wieder an das iranische Volk und forderte die Presse und Öffentlichkeit auf, die Saéd-Regierung unter Druck zu setzen, so dass die Regierung zwangsweise der Ölkonzession zustimme. Kavtaradze wünschte in seinem Interview wörtlich, „dass die iranische Presse, die für die Freiheit kämpfe, dagegen etwas unternehmen solle.“<sup>88</sup> Ein Appell, der nicht ohne Antwort blieb.

---

<sup>84</sup> *Journal de Tehran*, 14.7.1323/ 6.10.1944.

<sup>85</sup> *Daad*, 11.7.1323/ 3.10.1944.

<sup>86</sup> MM, Nr. 1330, 27.7.1323/ 19.10.1944, S. 1291.

<sup>87</sup> Hull an Morris, 16.10.1944, FRUS 1944, Bd. IV, S. 456f.; Cadogan an Churchill, 27.10.1944, E 6515/6056/34.

<sup>88</sup> *Ettela'at* 3.7.1323/25.9.1944.; *New York Times* 30.10.1944.; *Times* [London] 30. Oktober 1944

#### V.5.4. Die Reaktion der Tudeh-Partei

Zwei Tage nach der Veröffentlichung des Interviews am 27. Oktober 1944 folgte die Tudeh-Partei dem Aufruf Kavtaradzes<sup>89</sup> und veranstaltete mehrere Demonstrationen mit der Unterstützung sowjetischer Truppen im Iran mit Panzern und Soldaten gegen die Entscheidung der Regierung Saéd's.<sup>90</sup> Gleichzeitig trat die sowjetfreundliche Presse, darunter die Tudeh-Presse, welche bis dahin die generelle Konzessionsverweigerung an einen ausländischen Unternehmer gefordert hatte, für die Erteilung einer Konzession an die Sowjetunion ein<sup>91</sup> und argumentierte: „Zu dieser Zeit, in der unsere wirtschaftliche Lage ihren Tiefpunkt erreicht, Armut und Elend sich ausdehnt, die Gefahr der Arbeitslosigkeit ihr Maximum erreicht, sollte man nicht gegen die generelle Ölkonzessionsvergabe sprechen sondern darüber, unter welchen Bedingungen diese erteilt werden.“<sup>92</sup>

Die schlechte wirtschaftliche Lage Irans war ein realistischer Grund für die Rechtfertigung der Ölkonzessionsvergabe, und aus diesem Grund hatte die iranischen Regierung unter Ministerpräsident Soheily die Amerikaner ins Land gerufen. Nun bekannte sich die linke Tudeh-Partei genau zu der gleichen Position wie die rechten Parteien.

Der Theoretiker der Tudeh-Partei, Ehsan Tabari, wagte sogar noch einen Schritt weiter und wählte zwischen dem nationalen Interesse und der international ausgerichteten Ideologie die letztere und betonte:

„Es ist wahr, dass der Nordiran ein Sicherheitsgebiet für die Sowjetunion ist, und deswegen ist für die sowjetische Regierung nicht akzeptabel, dass unter dem Vorwand einer Ölkonzession im Nordiran gegen sie sabotiert wird. (...) Obwohl wir wissen, dass die Briten im Iran verschiedene Interessen haben, sprechen wir darüber nicht.(...) Genau so müssen wir eingestehen, dass die sowjetische Regierung die wichtigen Interessen (im Iran) wegen ihrer Sicherheit hat.“<sup>93</sup> Tabari rechtfertigte damit auch die iranischen Verhandlungen mit Amerikanern sowie Briten und räumte die gleichen Rechte für die sozialistischen Genossen sowie für die kapitalistischen Feinde ein.<sup>94</sup> Er opferte mit dieser Überlegung das nationale Interesse der iranischen Bevölkerung.

---

<sup>89</sup> Frotan,--- : 15, Tudeh-Partei auf der politischen Bühne Irans.

<sup>90</sup> Kai Ostewan, 1327/1948: 166-167, These des negativen Gleichgewichtes

<sup>91</sup> Siehe Lenczowski, 1949: 219, Russia and the West in Iran 1918-1948; Elwell-Sutton 1955: 109, Persian Oil.

<sup>92</sup> *Rahbar* 2.8.1323/ 24.10.1944.

<sup>93</sup> Tabari, 1323, Ölproblem in: *Mardom bara-e Rauschanfekran*, 19.7.1323/ 11.10.1944.

<sup>94</sup> Interessanterweise teilte Kavtaradze der Presse mit, dass die Sowjetunion nichts gegen den Konzessionserwerb der Amerikaner einzuwenden habe. Siehe *Ettela'at* 3.7.1323/ 25.9.1944.; *New York Times* 30.10.1944.; *Times* [London] 30. Oktober 1944. Die synonymen Inhalte sowjetischer Aussagen und die Theoretiker der Tudeh-Partei waren nicht zufällig.

Tabari ging noch weiter und behauptete, dass die Konzessionsverweigerung falsch sei und mit „Unwissenheit“ zu tun habe.<sup>95</sup> Diese Unterstellung stand im Gegensatz zu dem, was sein Parteigenosse Dr. Radmanesch sechs Wochen zuvor im Parlament angesprochen hatte.

So brachten die sowjetfreundlichen persischen Zeitungen fast einheitlich ihre Überzeugung zum Ausdruck, dass die Konzessionsverweigerung des iranischen Kabinetts ein totaler Fehler sei und sich nur gegen die Sowjetunion richte. Eine Politik des Gleichgewichtes mache eine Konzession für die Sowjets im Norden als Gegengewicht zur britischen Konzession im Süden erforderlich.<sup>96</sup>

Die sowjetischen Zeitungen, wie Pravda und Trud, griffen in gleicher Weise die Saéd-Regierung an. Trud zufolge „sei Saéd ein sowjetfeindlicher, faschistischer Reaktionär und seine Politik verursache nur Nachteile für die iranische Bevölkerung.“<sup>97</sup>

Tass berichtete von zahlreichen Massendemonstrationen in den Städten<sup>98</sup> der sowjetischen Zone und nicht zuletzt in Teheran.<sup>99</sup> Aber nicht davon, dass der sowjetische Kommandant eine Anzahl von Sowjetfreunden in Militärfahrzeugen durch die Stadt (Teheran) fahren und vor dem Parlamentsgebäude paradiere ließ, um die Abgeordneten abzuschrecken bzw. unter Druck zu setzen. Und nicht davon, dass die Sowjets die Getreidelieferungen nach Teheran stoppten,<sup>100</sup> um die Teheraner gegen das Kabinett umzustimmen.

Als Reaktion auf die Offensive der sowjetischen Delegation und die Pressekonferenz Kavtaradzes am 19. Oktober 1944, in der die Haltung Saéds gegenüber den Sowjets als unfreundlich bezeichnet wurde,<sup>101</sup> ging Saéd auch in die Offensive, indem er ebenfalls eine Pressekonferenz am 24. Oktober 1944 einberief. Darin wendete er sich an die Öffentlichkeit bzw. an das Volk, verteidigte den Kabinettsbeschluss und erklärte:

„Die Gründe für die Ablehnung der Ölkonzession bis Ende des Krieges sind verschieden. Erstens ist Iran von drei ausländischen Truppen besetzt. Wenn wir jetzt die Konzession erteilen würden, dächte die Bevölkerung, dass die Ölkonzession unter Druck erteilt wurde und die iranische Regierung keine Freiheit habe, die richtige Entscheidung zu treffen. Zweitens ist die wirtschaftliche Lage der Welt nicht vorauszusehen. Außerdem

---

<sup>95</sup> Tabari, 1323, Ölproblem in: *Mardom bara-e Rauschanfekran*, 19.7.1323/ 11.10.1944.

<sup>96</sup> E 6367/6058/34.

<sup>97</sup> *New York Times* 23.10.1944. / Vgl. Morris an SoS, 24.10.1944, FRUS 1944, Bd. V, S. 458.

<sup>98</sup> Wall berichtete Bullard aus Täbris von Massendemonstrationen der Tudeh-Partei gegen die Saéd Regierung. Siehe Wall an Bullard, 16.4.1945, E 2445/239/34, FO 371/Persia, 45478-01881.

<sup>99</sup> Siehe Lenczowski, 1949: 220-221, Sowjetunion und Iran.; Kirk 1954: 478, *The Middle East in the War*.

<sup>100</sup> Morris an SoS, 24.10.1944, FRUS, 1944, Bd. V, S. 458-460.

<sup>101</sup> *Ettela'at* 3.7.1323/ 25.9.1944.; *New York Times* 30.10.1944.; *Times* [London] 30. Oktober 1944.

können wir nach dem Krieg besser entscheiden, wie und unter welchen Bedingungen die Konzessionen erteilt werden sollen. Drittens ist die Verhandlung, die zwischen den USA und England in Washington über die Erdölkonzessionen stattfand (bzw. weiter stattfindet), uns nicht bekannt. Viertens rieten alle unsere Botschafter im Ausland uns davon ab, eine Konzession bis Ende des Krieges zu erteilen. Der Kabinettsbeschluss wurde der amerikanischen sowie der britischen Regierung mitgeteilt. Beide Regierungen<sup>102</sup> akzeptierten unsere Entscheidung. Daher ist die Aussetzung der Ölverhandlungen nicht als ein gegen Moskau gerichteter Akt zu sehen, sondern betrifft auch die USA und Großbritannien.<sup>103</sup>

Nach Saéds Interview ließ die Sowjetunion nicht locker. Um ans Ziel zu gelangen, war ihr jedes Mittel recht. Eine erfolgreiche Methode bestand in den Demoveranstaltungen in Teheran und anderen Teilen des Landes. Demonstrationen waren nach der iranischen Verfassung von 1906 erlaubt. So organisierte die Tudeh-Partei vor dem Parlamentsgebäude eine Demonstration, an der 20.000 Personen teilnahmen.<sup>104</sup> Die Demonstranten forderten den Rücktritt Saéds und die Gewährung einer Konzession für die Sowjetunion. Während diese Demonstrationen in Teheran insgesamt als friedlich bezeichnet werden konnten,<sup>105</sup> gab es in den Städten der Sowjetzone wie Täbris größere Ausschreitungen.<sup>106</sup>

Die andere Methode, die von den Sowjets eingesetzt wurde, war die Zensur, die aufgrund des Dreimächtevertrages vom 29. Januar 1942 eingerichtet wurde. Danach konnte jeder von den drei Mitgliedern (Britten, Sowjets sowie Iraner) sein Veto einlegen und die Veröffentlichung der Informationen blockieren. Die Sowjets machten von diesem Recht Gebrauch und richteten eine Informationssperre ein, so dass die in den westlichen Zeitungen veröffentlichten Artikel über die Ereignisse im Iran zum größten Teil auf den Publikationen von TASS beruhten.<sup>107</sup> Selbst die Telegramme der iranischen Regierung an ihre Botschaften im Ausland wurden von der sowjetischen Zensur zurückgehalten.<sup>108</sup>

---

<sup>102</sup> Der Autor des Buches (*Vergangenheit ist das Licht der Zukunft*) behauptet, daß die Entscheidung der Saéd Regierung von der britischen und amerikanischen Regierung vorgeschlagen wurde, in: *Jami* 1355/1976: 196. Die Idee, die Erteilung der Erdölkonzession auf die Zeit nach dem Krieg, zu verschieben, taucht zum ersten Mal in dem Bericht Bullards an das Foreign Office am 22. Oktober 1943 auf und richtete sich gegen den Erwerb der amerikanischen Ölfirmen im Iran. S. Bullard an FO, 22.10.1943, E 6387/545/34.

<sup>103</sup> *Etel'a't* 8.8.1323/ 30.10.1944.; *Journal de Tehran* 8.8.1323 / 30.10.1944.; *Times* 2.11.1944.

<sup>104</sup> *Soviet Monitor* Nr. 5307 vom 30.10.1944, in: E 6667/6058/34. Morris spricht von 35.000 Teilnehmern. Es ist nicht auszuschließen, dass die iranische Regierung durch übertriebene Teilnehmerzahlen die Unterstützung der Amerikaner erhoffte. Siehe Morris an SoS, 27.10.1944, FRUS, 1944, Bd. V, S. 461.

<sup>105</sup> Vgl. Morris an SoS, 27.10.1944, FRUS, 1944, Bd. V, S. 461.

<sup>106</sup> Vgl. Morris an SoS, 01.11.1944, FRUS, 1944, Bd. V, S. 464

<sup>107</sup> Kuniholm, 1980: 197, *The Origins of the Cold War in the Near East*.; vgl. Dominion Office, Zirkulartelegamm vom 1.11.1944, E 6575/6058/34.; Bullard an FO, 31.10.1944 und 3.11.1944, E 6692/6058/34.

<sup>108</sup> Vgl. Morris an SoS, 27.10.1944, FRUS, 1944, Bd. V, S. 472.

Um die unverzeihlichen Methoden der Sowjets<sup>109</sup> gegen die iranische Regierung zu verhindern bzw. zu stoppen, forderte Bullard, der britische Botschafter in Teheran, London auf, der iranischen Regierung bei der Auseinandersetzung mit den Sowjets den Rücken zu stärken.<sup>110</sup> Daraufhin überreichte das Foreign Office in Absprache mit dem State Department<sup>111</sup> eine Protestnote am 2. November 1944 der sowjetischen Regierung in Moskau, was zu einer Entspannung in der politischen Atmosphäre Irans für kurze Zeit sorgte. Daraufhin betonte der sowjetische Militärkommandant seinen britischen sowie iranischen Kollegen seine Kooperationsbereitschaft.<sup>112</sup> Ferner stellte er die erforderlichen Waggons für den Transport von 7.000 Tonnen Getreide nach Teheran zur Verfügung und hob die sowjetische Zensur auf Presseberichten bezüglich der Ölkrise auf.<sup>113</sup>

Murray sah für den politischen Wechsel der Sowjets das gemeinsame Vorgehen der beiden Regierungen gegenüber Moskau als verantwortlich an,<sup>114</sup> Bullard führte zwei andere Gründe an:

- a) die Persönlichkeit Saéds und sein Widerstand gegen die sowjetische Rücktrittsforderung,
- b) die Öffentlichkeit in den westlichen Ländern, in denen die Konzessionsgewährung mit Interesse verfolgt wurde.<sup>115</sup>

Das Foreign Office sah im letzteren die Ursache des Erfolges.<sup>116</sup> In Bezug auf das zuletzt genannte Argument darf man nicht aus dem Auge verlieren, dass durch die eingerichtete sowjetische Zensur nur Berichte aus dem Iran abgesendet wurden, denen zuvor die Sowjets zustimmten. Daher gelangten die Informationen über TASS in die westlichen Länder.<sup>117</sup> Obwohl die Vertreter der amerikanischen sowie britischen Regierung ihr eigenes Vorgehen hoch einschätzten, blieb dieser sogenannte Wechselkurs der Sowjets nur für kurze Zeit. Auf Dauer zeichnete sich die politische Situation im Iran nach einer kurzen Pause wieder angespannt.

---

<sup>109</sup> Vgl. Bullard an FO, 25.10.1944, E 6576/6058/34.

<sup>110</sup> Vgl. Bullard an FO, 25.10.1944, E 6576/6058/34.

<sup>111</sup> Die Protestnote der Amerikaner wurde am 1.11.1944 den Sowjets überreicht.

<sup>112</sup> Vgl. Morris an SoS, 03.11.1944, FRUS, 1944, Bd. V, S. 466.

<sup>113</sup> Vgl. Morris an SoS, 4.11.1944, FRUS, 1944, Bd. V, S. 469.

<sup>114</sup> Vgl. E 6862/6054/34.

<sup>115</sup> Siehe Woodward, 1971: 452, British Foreign Policy in the Second World War, IV.; Vgl. FO-Minute 9.11.1944, E 6978/6058/34.

<sup>116</sup> Vgl. FO-Minute 9.11.1944, E 6978/6058/34.

<sup>117</sup> Kuniholm, 1980: 197, The Origins of the Cold War in the Near East.; vgl. Dominion Office, Zirkulartelegamm vom 1.11.1944, E 6575/6058/34.; Bullard an FO, 31.10.1944 und 3.11.1944, E 6692/6058/34.

In der iranischen Gesellschaft beobachtete man zwei Strömungen. Während die Partei Esteghlal gegen die Konzessionserteilung an die Sowjets agierte und von 29 Zeitungen unterstützt wurde, appellierte die Partei Azadi für diese und forderte den sofortigen Rücktritt Saéds. Die letztere Partei genoss die Unterstützung von 27 Zeitungen und Zeitschriften. Die Tudeh-Partei veranstaltete die Demos und wiederholte die Parolen von Azadi.

Wie die Gesellschaft war das iranische Parlament von diesen zwei Strömungen beeinflusst. Während die sowjetfreundlichen Abgeordneten in den Fraktion Tudeh und Azadi Saéd als „Werkzeug Englands“ kritisierten, lobten die hofgesinnten Abgeordneten in der Fraktion Etehad-Melli den Widerstand Saéds. Die unabhängigen Abgeordneten in der Fraktion Monfaredin kritisierten zum einen die ungeschickte Haltung Saéds. Gleichzeitig betonten sie ihre Konzessionsverweigerung an die Sowjets und bewahrten ihre Neutralität. Sie glaubten zu Recht, dass die Konzessionserteilung an eine Großmacht eine Anfrage einer anderen Großmacht nach sich ziehen würde.<sup>118</sup>

Kavtaradze blieb weiterhin im Iran und beobachtete die Ereignisse.

Die Situation blieb weiter angespannt, und das Ende des Chaos war nicht vorauszusehen. Inzwischen machten die Sowjets den Vorschlag, wenn Saéd das Amt als Ministerpräsident niederlege, würde die sowjetische Regierung die Konzessionsforderung fallen lassen. Die Abgeordneten, darunter die Fraktion Etehad-Melli, die einerseits die Ausweitung der Demonstrationen fürchteten und andererseits den sowjetischen Vorschlag als guten Ausweg empfanden, änderten ihre Position und forderten gemeinsam mit anderen Abgeordneten von der Fraktion der Tudeh und Jebhe-Azadi den Rücktritt von Saéd. Bullard zufolge gaben die Abgeordneten nach, da sie fürchteten, dass die Sowjets die Separatisten im Nordiran gegen Teheran unterstützen würden.<sup>119</sup> Der britische Militär-Attaché bezeichnete das Verhalten des Parlamentes als kindisch, irrational, undiszipliniert und wechselhaft.<sup>120</sup> Nach zwei Wochen heftiger Diskussionen wählte das Parlament M. Bayat zum neuen Ministerpräsidenten. Bayat war ein farbloser Politiker, dessen Berufung weder den Sowjets noch den Briten Anlass zu Angriffen geben sollte.<sup>121</sup> Bullard bezeichnete ihn als „eine Null“<sup>122</sup>. Trotz der neuen Kabinettbildung durch Bayat am 26. November 1944 blieb der sowjetische Druck auf die iranische Regierung weiterhin bestehen. Die Sowjets veranlassten

---

<sup>118</sup> Mossadegh, MM, 19.7.1923.

<sup>119</sup> British Ambassador to the Foreign Office, 9 November 1944, F.O. 371/Persia 1944/34-40188.

<sup>120</sup> British military Attaché to the Foreign Office, 20 November 1944, F.O. 371/Persia 1944/34-40206.

<sup>121</sup> Vgl. Elwell-Sutton 1955: 110, Persian Oil.

<sup>122</sup> Siehe Bullard an FO, 20.11.1944, E 7153/6058/34.

die Ausweisung missliebiger Personen aus der sowjetischen Zone. Die Tudeh-Partei organisierte weiterhin Demonstrationen.

#### **V.5.5. Die Reaktion des iranischen Parlaments und ihre Folgen**

Auf Dauer wurde der Druck auch auf Bayat und sein Kabinett durch die sowjetische Regierung und deren freundlichgesinnte Parteien immer stärker. Das Majlis sah sich gezwungen, der chaotischen Lage ein Ende zu setzen.<sup>123</sup> Ferner fürchtete man, dass Bayat unter dem sowjetischen Druck im Geheimen die Verhandlung über die Ölkonzession fortsetze. Deswegen bereiteten die Fraktionen im Majlis wie z.B. Zia-din Tabatabaie, Führer der Partei Vatan, oder Farroch Fraktionsführer der Demokrat-Partei im Parlament,<sup>124</sup> verschiedene Pläne vor, um die Konzessionsvergabe zu begrenzen oder sogar zu verhindern. Allerdings stellte der Plan der Fraktion Monfareden durch Dr. Mohammad Mossadegh am 2. Dezember 1944 alle anderen Vorschläge in den Schatten.

Mohammed Mossadegh war der Sohn von Hedayat Aschtiani<sup>125</sup>. Er begann seine politische Aktivität unter Mohammed-Ali-Schah Qajar und wurde unter ihm nach Europa verbannt. In der Schweiz absolvierte er das Jurastudium und kehrte in den Iran zurück. Im Kabinett Moschier-ad-Douleh war er Justizminister und dann Finanzminister. Sein Finanzentwurf, der von der 4. Legislaturperiode des iranischen Parlaments bestätigt wurde und eine der besten Arbeiten dieses Parlaments war,<sup>126</sup> blieb durch die ausländischen Interventionen ohne Erfolg.<sup>127</sup> Mossadegh wurde für die 5. Legislaturperiode des Majlis in Teheran gewählt. In diesem Parlament sprach er gegen den Dynastie-Wechsel und gegen Reza Khan als neuen König. Daraufhin wurde er verhaftet und nach Birjand und Ahmadabad verbannt. Erst nach dem Rücktritt Reza Schahs im Jahre 1941 kehrte er nach Teheran zurück, kandidierte erneut für die 14. Legislaturperiode des Majlis in Teheran und wurde gewählt. Mossadegh galt als „Verteidiger der Verfassung“<sup>128</sup> und forderte: – wie in der Verfassung

---

<sup>123</sup> Es blieb in Hintergrund der iranischen Politiker präsent, dass die Russen sowie Briten den Iran gemeinsam wie im Jahre 1907 teilen würden. Die Teilung Irans nach der Ölkonzessionserteilung könnte für beide Partner sehr lukrativ sein.

<sup>124</sup> z.B. Zia-din Tabatabaie -Führer der Partei "Vatan" in: Kei Ostewan, 1327/1948: 189, These des negativen Gleichgewichtes oder Farroch Fraktionsführer der Demokrat-Partei im Parlament haben verschiedene Pläne vorbereitet. in: Farrokh, 1348/1969: 681, Politische Memoiren Farrokhs

<sup>125</sup> Die Großfamilie Aschtiani gehörte zur iranischen Elite und bekleidete unter der Qajaran- sowie der Pahlavi-Dynastie verschiedene hochrangige Ämter. Die Familie Qavams, Vosughs, Mostaufis und Daftaris gehörten zu dieser Großfamilie.

<sup>126</sup> Bahar, 1371/1992: 259, Geschichte der politischen Parteien Irans.

<sup>127</sup> *Kayhan*, Nr. 2909, 4.11.1331/1953, Payam Mossadegh be melat Iran (Mitteilung Mossadegh an die iranische Nation).

<sup>128</sup> *Kayhan*, Nr. 2909, 4.11.1331/1953, Payam Mossadegh be melat Iran (Mitteilung Mossadegh an die iranische Nation).

stand – dass der Schah eine repräsentative Stelle einnehmen und nicht regieren solle. Mit anderen Worten soll „der Schah sich nicht in die Regierungsangelegenheiten einmischen und außerdem soll er die Armeekontrolle dem Majlis überlassen.“<sup>129</sup> In Bezug auf das iranische System meinte er, man könne über die Wahlreformen die labile Demokratie im Iran retten. Nach seiner vorgeschlagenen Wahlreform sollten die Analphabeten von der Wahl ausgeschlossen werden, um deren Manipulation zu vermeiden. Die Durchführung der sozialen Reformen sei unmöglich, solange das Majlis von Angehörigen der Grundbesitzer ausgefüllt wird.<sup>130</sup> Die Abgeordnetenzahl aus Teheran sollte verdoppelt werden. In der Außenpolitik plädierte er für die „These des negativen Gleichgewichtes“. Danach müsse der Iran neutral bleiben. Er kritisierte das bisherige Verhalten der alten iranischen Politiker, die versuchten, an beide Großmächte (Russland und England) Konzessionen zu erteilen, um ein iranisches Gleichgewicht zu halten oder durch den Erwerb einer Dritten Macht einen Ausgleich zwischen beiden Großmächten zu finden. Diese Politiker mit ihrer „Open Door Politik“ verstärkten den Appetit der Großmächte, und damit wurde der Iran das Schlachtfeld der Mächte.<sup>131</sup>

Mossadegh, der erste Abgeordnete aus Teheran, der für das Regierungsprogramm Bayats im Parlament redete, erklärte mit folgendem Beispiel seine These:

„Es ist ein Irrtum, wenn ein Mensch, dem die linke Hand amputiert wurde, versuchen würde, die rechte Hand zu verlieren, damit er ins Gleichgewicht kommt.“<sup>132</sup>

Mit diesem Beispiel forderte Dr. Mossadegh die Abgeordneten auf, die traditionelle Strategie des „positiven Gleichgewichtes“ in der iranischen Außenpolitik aufzugeben und sich für seine „These des negativen Gleichgewichtes“ einzusetzen. In Wirklichkeit war seine These eine Antwort auf die Thesen der rechten sowie linken Szene, die besagten, wenn der Iran die Ölkonzession im Südiran den Briten überlassen hat, müsse eine Ölkonzession im Nordiran den Sowjets überreicht werden, um in ein positives Gleichgewicht zu kommen.<sup>133</sup>

Die These des positiven Gleichgewichtes verlor ihre Farbe. Dr. M. Mossadegh überreichte nach seiner Rede dem Parlament einen Gesetzentwurf. Nach diesem Entwurf sollte;

„keinem Ministerpräsidenten, Minister, oder deren Stellvertreter des iranischen Staates gestattet sein, einen Konzessionsvertrag über die noch nicht konzessionierten iranischen

<sup>129</sup> *Ettela át*, 7233, ; MM, 4.3.1329/ 25.5.1950.

<sup>130</sup> Mossadegh, *Layehe eslah entekhabat* (Entwurf der Wahlreform), in: *Ayanda*, 1323/1944: 61-63.

<sup>131</sup> Kai Ostewan, 1329/1950: *These des negatives Gleichgewichtes*, Bd. 2.

<sup>132</sup> Surat Mozakerat majlis schora-e melli, (MM), Nr. 1336, 11.9.1323/2.12.1944, S. 1432-1456.; vgl. Amusegar, 1326/1947: 5, *Das Erdöl und die Ereignisse in Aserbaidschan*.

<sup>133</sup> E. Tabari, *Ölproblem* in: *Mardom bara é Rauschanfekran*, 19.8.1323/10.11.1944.

Erdölgebiete mit offiziellen oder inoffiziellen Vertretern der Nachbarländer ( Sowjetunion und England) und Nichtnachbarländer (die USA) oder Vertretern der Erdölgesellschaften der ausländischen Staaten zu unterzeichnen“<sup>134</sup>

Das Verbotsgesetz bestand aus vier Paragraphen und wurde am 2. Dezember 1944 im Parlament mit einer Mehrheit von etwa 80 zu 7 Stimmen (letztere kamen von der Tudeh-Fraktion) verabschiedet.<sup>135</sup>

Das Parlament zeigte damit Stärke. Der Fall der Ölkrise bestätigte, dass die Existenz eines Parlamentes, trotz aller Schwächen und Fehler, besser ist als sein Fehlen. Das Parlament hatte meines Erachtens in dieser wichtigen und auch gefährlichen Situation die richtige Entscheidung getroffen, obwohl die westlichen Regierungen keine klare Meinung vertraten.<sup>136</sup> Die Meinung der amerikanischen sowie britischen Regierung war von der aktuellen Beziehung ihrer jeweiligen Länder mit der Sowjetunion abhängig.

Die Verabschiedung des Gesetzes im Parlament hatte eine politische Niederlage für die sowjetische Regierung zur Folge. Der sowjetische Botschafter Maximow sah „die USA und die Sowjets als Verlierer in diesem Spiel“ und forderte Murray auf, dass beide Länder versuchen sollten, gemeinsam das Gesetz zu ändern. Er betonte, in fünf Monaten fänden neue Parlamentswahlen statt und das neue gewählte Majlis habe eine andere Auffassung in der Konzessionsvergabe. Daher sollten beide Länder die Parlamentswahlen zu ihren Gunsten beeinflussen.<sup>137</sup> Interessanterweise schätzten sowohl die sowjetische als auch die amerikanische Regierung (Vertreter) die Entscheidung des Majlis falsch ein. Beide gingen von der Annahme aus, dass sich das Konzessionsverbot nur bis zum Ende des Krieges erstreckte, und übersahen dabei den generellen Charakter des Gesetzes.<sup>138</sup>

Die Bestätigung des von Mossadegh eingebrachten Gesetzes wurde von Moskau erwartungsgemäß kritisiert. Die Sowjets gaben in einer offiziellen Erklärung Großbritannien und den USA die Schuld für ihren Misserfolg<sup>139</sup> und sahen britische Finger im Spiel.<sup>140</sup> Daraufhin verließ Kavatradze erfolglos am 8. November 1944 den Iran.

Die Sowjetunion setzte alle Hoffnungen auf die Tudeh-Partei, die etwas der politischen Niederlage der Sowjets im Parlament entgegensetzen musste. Die Tudeh-Partei sollte erstens versuchen, die Einheit des Parlaments zu spalten, und zweitens darauf hinweisen, dass die

<sup>134</sup> Kai Ostewan, 1327/1948: 200-201, These des negativen Gleichgewichtes, Bd. 1.

<sup>135</sup> MM, Nr. 1336, 11.9.1323/ 2.12.1944, S. 1432-1456.

<sup>136</sup> Siehe FO an Clark Kerr, 1.11.1944, E 6670/ 6058/34. Darin hieß es, London habe nichts gegen das sowjetische Recht auf eine Ölkonzession im Nordiran einzuwenden.

<sup>137</sup> Vgl. Bullard an FO, 5.12.1944, E 7439/6058/34.; Morris an SoS, 6.12.1944, FRUS, 1944, Bd. V, S. 481.

<sup>138</sup> Zur Reaktion der USA, Memorandum 6.1.1944, FRUS, Jalta: 320.; Zur sowjetischen Reaktion ebd., S. 690.

<sup>139</sup> Vgl. Fatemi, 1954: 251f, Oil Diplomacy.

<sup>140</sup> Vgl. Gromyko an Stettinius, 28.12.1944, FRUS, Jalta : 314.

Abgeordneten nur zur Wahrnehmung der britischen sowie der amerikanischen Interessen tätig seien, weil der AIOC weiterhin das Erdölmonopol im Iran erhalten blieb. Um den Erfolg des Parlaments in der Außenpolitik zu minimieren, stellte Rahimian einen vermutlich von sowjetischer Seite initiierten Gegenvorschlag im Parlament vor. Rahimian bat die Abgeordneten, darunter Dr. Mossadegh, darum, den Gesetzentwurf, der die Annullierung der Ölkonzession d'Arcy<sup>141</sup> forderte, zu unterzeichnen. Da der Iran wirtschaftlich auf die Einnahmen durch die AIOC angewiesen war, lehnte die Mehrheit der Abgeordneten, darunter Dr. Mossadegh, den eingebrachten Gesetzentwurf ab. Sie sah, dass die Zeit für die Annullierung des Vertrages nicht reif sei.<sup>142</sup>

Nachdem die Abgeordneten dem Verbotsgesetz der Erdölkonzession zustimmten und gleichzeitig die Annullierung der d'Arcy-Konzession – mit 20 Jastimmen – ablehnten, attackierten die sowjetfreundlichen Abgeordneten, z. B. K. Melki, Mossadegh. Sie argumentierten, dass sich Mossadegh gegen seine eigene These „des negativen Gleichgewichtes“ entschieden habe und deshalb der Methode der iranischen Regierung sowie der des kaiserlichen Hofes gefolgt sei.<sup>143</sup> Damit fanden die linken Zeitungen, die auch zu der Tudeh-Partei gehörten, neuen Nährboden, um gegen das Verbotsgesetz zu schreiben. So schrieb die Zeitung *Daad*: „Mit dem Verbotsgesetz (der Erdölkonzession) wurde nur verhindert, dass ein mächtiger Ölunternehmer (der sowjetische Unternehmer) gegenüber d'Arcy (dem britischen Unternehmer) auftaucht.“<sup>144</sup>

Die Zeitung *Nejat Iran* kommentierte: „Die Verabschiedung des Verbotsgesetzes zeigte, dass das iranische Parlament nur in einer Richtung (zu Gunsten der Briten) tätig ist.“<sup>145</sup>

Mit dem Konzessionsverbot scheiterte der sowjetische sowie der amerikanische Versuch, in das iranische Ölgeschäft einzusteigen.

Die unterschiedliche Reaktion der Tudeh-Partei<sup>146</sup> vor und nach der Konzessionsforderung der Sowjets zeigte nur, wie schwierig die Lage der Tudeh-Partei war. Die Partei geriet in eine Zwickmühle. Auf der einer Seite plädierte die Tudeh-Partei für die iranischen Interessen, auf der anderen Seite stand sie vor dem ideologischen Zusammenbruch,

---

<sup>141</sup> Die D' Arcy: bzw. AIOC-Konzession war auf 60 Jahre (1901-1971) begrenzt. Im Jahre 1933 wurde der Vertrag bis zum Jahre 1993 verlängert. Fateh, 1335/1956: 235, Fünzig Jahre iranisches Erdöl.

<sup>142</sup> Mossadegh verwirklichte selbst Rahimiyan's Vorschlag im Jahre 1952 (acht Jahre später).

<sup>143</sup> Khalil Melki, Sar v Tah jk Karbas” (Sie sind alle gleich), in: *Rabar*, 16.- 17.9.1323/ 7. u. 8.12.1944 und 19.9.1323/10.12.1944.

<sup>144</sup> *Daad* 19.9.1323/10.12.1944.

<sup>145</sup> *Nejat Iran* 19.9.1323/10.12.1944.; *Iran ma* 19.9.1323/10.12.1944.

<sup>146</sup> Die unterschiedliche Reaktion der Tudeh-Partei vor und nach dem sowjetischen Antrag hatte zur Folge, wie die Zeitung *Baltimore Sun* zurecht schrieb, dass die amerikanische Ölgesellschaft die Ölkonzession nicht erhielt, obwohl die Öffentlichkeit im Iran dafür war. *Baltimore-Sun* 7.12.1944.

denn jeder ehrliche Sozialist musste bereit sein, „sein nationales Interesse dem strategischen Interesse der sowjetischen Regierung zu opfern“<sup>147</sup> - die Tudeh-Partei bekannte sich zu dem sozialistischen Internationalismus. Letztendlich entschied sich die Partei gegen das nationale Interesse Irans. Später distanzieren sich Teile der Tudeh-Führung von dem Fehler.<sup>148</sup> Daher ist das Resultat in diesem Zusammenhang, dass die Tudeh-Partei im Interesse der sowjetischen Regierung im Iran tätig war.<sup>149</sup>

Die unterschiedliche Stellungnahme der Tudeh-Partei nach dem sowjetischen Antrag hatte das Ansehen der Partei als eine unabhängige Partei beschädigt. Die Partei versuchte mit ihren Demonstrationen, gegen rechte Parteien vorzugehen. Genauso reagierten die rechten Parteien. Die Auseinandersetzungen zwischen der rechten und linken Szene drückten sich in Demonstrationen aus und spiegelten sich in der Presse wider. Dies kam dem Ansehen und Prestige der unabhängigen Abgeordneten, darunter Dr. Mossadegh, zugute, die nun als echte Verteidiger der Nation angesehen wurden. In diesem Zusammenhang spielte die Pressefreiheit eine bedeutende Rolle. Die Pressefreiheit weckte das nationale Bewusstsein der iranischen Bevölkerung, welche bei jeder neuen Konzessionsvergabe heftigen Widerstand gezeigt hätte. Sie ließ die iranische Bevölkerung von den Auseinandersetzungen zwischen Kabinett, Majlis und sowjetischer Regierung erfahren, und sie führte zum ersten Mal nach der Konstitutionellen Bewegung (1904-1911) zum weiteren Aufwachen des nationalen Bewusstseins in der iranischen Bevölkerung, so dass man mit jedem Wunsch nach Erdölkonzession mit dem heftigen Widerstand der Bevölkerung rechnen musste.

In der Literatur wird damit argumentiert, „dass es Moskau im Iran in erster Linie darauf ankam, eine Ölkonzession zu erhalten, um die durch die deutschen Zerstörungen stark in Mitleidenschaft gezogene sowjetische Wirtschaft wieder aufzubauen,“<sup>150</sup> keine neue Idee, da selbst die Tudeh-Partei zur Zeit der Konzessionsverweigerung oft davon sprach, um ihre internationalistische Verbundenheit kundzugeben.<sup>151</sup>

Eskandari, Parteigründer im Jahre 1941 sowie Vorstandsmitglied der Tudeh-Partei zwischen 1941-1944, erzählt in seinen Memoiren, dass Mossadegh dem sowjetischen Botschafter in Teheran, Maximov, ein Angebot machte, „falls die sowjetische Regierung nur

---

<sup>147</sup> Kalil Melki, Internationalismus, Memoiren, S. 381, zit. n. Frotan, ---: 21, Die Tudeh-Partei auf der politischen Bühne Irans.

<sup>148</sup> Für die Rechtfertigung der Stellungnahme siehe Frotan, ---: 21ff. Die Tudeh-Partei auf der politischen Bühne Irans.

<sup>149</sup> Vgl. Iwanow, 1356/1977: 97-98, Moderne Geschichte Irans

<sup>150</sup> Schneider, 1996: 17, Die britische Iranpolitik im Zweiten Weltkrieg.; Siehe auch Frotan, ---: 46, Die Tudeh-Partei auf der politischen Bühne Irans

<sup>151</sup> Dr. Frotan, Vorstandsmitglied der Tudeh-Partei, nannte in seinem Buch dieses Argument, um die Stellungnahme der Tudeh-Partei rechtfertigen zu können.

aus wirtschaftlichen Gründen Erdöl wolle, können wir (die iranischen Abgeordneten) einen Handelsvertrag mit ihr abschließen und damit das Erdöl an sie verkaufen.“ Obwohl der sowjetische Botschafter diesem Vorschlag zustimmte, wurde das Angebot aber von der sowjetischen Führung in Moskau abgelehnt.<sup>152</sup> Daher erwies sich die Meinung Acheson als bestätigt, dass „das Hauptziel Moskaus im Iran eher politischer denn wirtschaftlicher Art war,“<sup>153</sup> um nach dem Krieg in erster Linie eine Gewinnkarte gegen England oder die USA im Iran zu besitzen, die weiterhin die Sowjets in die Lage versetzen sollte, mit Überschussmengen die Ölpreisgestaltung auf dem Weltmarkt negativ zu beeinflussen. Die Sowjetunion konnte dieses Ziel nicht erreichen.

Tatsächlich konnte aber die sowjetische Regierung den Erfolg verbuchen, a) dass weder England noch die USA im Nordiran Fuß fassen könnten - der Nordiran, wie Kennan berichtete<sup>154</sup> und die linken Zeitungen im Iran bestätigten,<sup>155</sup> war traditionell Sicherheitsgebiet der Sowjetunion und sollte deren Einflüssen bewahrt werden – b) dass in den iranischen Angelegenheiten nicht nur Saéd sondern auch Bayat und Hakimi unter Druck der Sowjets ihr Amt niederlegen mussten, bis die Sowjets ihren Kandidaten Qavam als Ministerpräsidenten durchsetzen konnten.

## **V.6. Die zweite Phase der iranischen Erdölkrise**

### **V.6.1. Der Abzug der Alliiertentruppen aus dem Iran oder das erste Signal des Kalten Krieges**

Die iranische Regierung forderte am 19. Mai 1945 - wenige Tage nach der Kapitulation Deutschlands - die drei alliierten Mächte auf, ihre Truppen aus dem Lande abzuziehen. Sie begründete die Forderung mit dem Argument, dass die im Iran stationierten Truppen der Alliierten keinen Beitrag zum Krieg gegen Japan leisten könnten. Der britische sowie der sowjetische Botschafter wiesen diese Forderung mit den entsprechenden Bestimmungen des Bündnisvertrags von 1942 zurück. Am 19. Juni 1945 und erneut einen Monat später, appellierte die iranische Regierung, unter Hinweis auf die Gefahren einer politischen Destabilisierung des Landes, an die Vereinigten Staaten, ihren Einfluß geltend zu machen, um Großbritannien, vor allem aber die Sowjetunion, zu veranlassen, sofort mit dem Abzug ihrer Streitkräfte zu beginnen. Die iranische Regierung war eigentlich vom sowjetischen Vorgehen

---

<sup>152</sup> Eskandari, 1372/1993: 197-198, Memoiren.

<sup>153</sup> Acheson an SoS, 4.4.1947, FRUS 1947, Bd. V, S. 904.

<sup>154</sup> G.F. Kennan berichtete am 7. November 1944, dass das Ziel der Sowjets nicht (vordringlich) das Erhalten des Erdöls sondern die Eindämmung des ausländischen Einflusses im Nordiran sei. In: FRUS, 1944, Bd. V. S. 470.

<sup>155</sup> *Mardom bara é Rauschanfekran*, 19.8.1323/10.11.1944.

in Polen, Rumänien und Bulgarien beunruhigt, denn in diesen Ländern hatte die Sowjetunion mittlerweile deutlich werden lassen, wie sie ihre militärische Präsenz zur Durchsetzung politischer Ziele einsetzte.<sup>156</sup> Das Foreign Office vertrat den Standpunkt, dass eine ähnliche Entwicklung im Iran allein durch den Abzug der ausländischen Truppen verhindert werden könnte und damit trat es der Entscheidung des War-Kabinetts entgegen, die die Stationierung britischer Truppen aufgrund der schwachen iranischen Militärkräfte im Erdölgebiet weiterhin bevorzugte.<sup>157</sup>

Außenminister Eden schlug Moskau am 30. Mai vor, die Evakuierung vor dem vertraglich vereinbarten Termin zu beginnen und schrittweise durchzuführen. Als Churchill am 23. Juli auf der Konferenz von Potsdam den Vorschlag wiederholte, gestand Stalin lediglich zu, dass Teheran sofort geräumt und über weitere Etappen des Abzugs auf der Außenministerkonferenz in London im September beraten werden sollte.

Eine Woche nach der Kapitulation Japans erinnerte Teheran wieder die drei Alliierten formell daran, dass mit dem 2. September 1945 die vertraglich festgelegte sechsmonatige Periode für den Abzug ihrer Streitkräfte begonnen habe und demgemäß die vollständige Evakuierung bis zum 2. März 1946 beendet sein müsse.<sup>158</sup> Außenminister Bevin schlug Molotow am 22. September in London vor, die Truppen im wesentlichen schon bis Mitte Dezember 1945 aus dem Iran abzuziehen;<sup>159</sup> der Räumungstermin in März 1946 sollte nur für die in Aserbaidschan und im Südlichen Ölgebiet stationierten sowjetischen bzw. britischen Einheiten gelten. Molotow verwies in seiner Antwort auf die für den Abzug vertraglich festgesetzte Periode ; wenn nötig, könne man den Plan für den endgültigen Abzug „ gegen Ende besagter Periode“ diskutieren. Die sowjetische Regierung sähe keine Notwendigkeit, diese Frage auf der Außenministerkonferenz zu behandeln.<sup>160</sup>

Wenige Tage zuvor, am 14. September 1945, hatte George Kennan, der amerikanische Geschäftsträger in Moskau, Washington informiert, dass die sowjetische Presse Autonomieforderungen der neugegründeten iranischen „Demokratischen Partei Aserbaidschans“ veröffentlicht habe. Schon im August hatten bewaffnete Anhänger der Demokratischen Partei Aserbaidschans in der Hauptstadt der Provinz Täbris vorübergehend Regierungsgebäude besetzt und versucht, das umliegende Gebiet unter ihre Kontrolle zu

---

<sup>156</sup> Siehe DBPO 1945, series I, II, S. 180.

<sup>157</sup> Siehe Boxter an Generalstab, Brief Nr. E/103/103/G, 9.1.1945, IOR, L/WS/I/1408.; Für das Abzugsprogramm der britischen Truppen aus dem Iran siehe Memorandum der britischen Delegation in Berlin 21. Juli 1945, zit. n. DBPO, The Conference at Potsdam, Juli-August 1945, S. 513.

<sup>158</sup> Vgl. FRUS, 1945, Bd. VIII, S. 408f.

<sup>159</sup> Siehe Gespräch zwischen Bevin und Molotow in London am 22. September 1945, zit. n. DBPO 1945, series I, II, S. 302.

<sup>160</sup> FRUS, 1945, Bd. VIII, S. 413f (414).

bringen.<sup>161</sup> Am 18. November löste die Demokratische Partei in Aserbaidschan erneut einen Aufstand aus. Die Rebellen<sup>162</sup> brachten binnen kurzer Zeit mehrere Städte in ihre Gewalt. Iranische Sicherheitskräfte in der Stärke von etwa 1500 Mann, die der Schah<sup>163</sup> nach Aserbaidschan beordert hatte, wurden bei Qazvin, nordwestlich Teherans, von der sowjetischen Armee am Weitermarsch gehindert.<sup>164</sup>

Die iranische Regierung protestierte am 22. und 23. November 1945 gegen das sowjetische Vorgehen und wurde durch die Aussage des britischen Außenministers Eden im britischen Parlament unterstützt. Eden zufolge sei „die sowjetische Aktion gegen den Bündnisvertrag von 1942 sowie gegen die Teheraner Deklaration von 1943, und geschehe nicht zum ersten Mal. Der Grund des alliierten Aufenthalts im Iran seien die Waffen- sowie Lebensmitteltransporte in die Sowjetunion und nicht die Rückkehr in die Zeit der Einflusszone gewesen.“<sup>165</sup>

Moskau erklärte am 26. November in seiner Antwortnote an Teheran, die Entsendung zusätzlicher iranischer Sicherheitskräfte in die Nordprovinzen würde zu Unruhen und Blutvergießen führen und die sowjetische Regierung zwingen, zum Schutz der dort stationierten eigenen Truppen neue Verstärkungen in dieses Gebiet zu entsenden. Da die sowjetische Regierung das vermeiden wolle, halte sie die Entsendung iranischer Verstärkungen in die Nordprovinzen nicht für zweckdienlich.<sup>166</sup>

Die amerikanische Regierung erinnerte Moskau in einer Note vom 23. November an die dem Iran 1943 von den drei Mächten bestätigten Souveränitätsrechte und schlug vor, Großbritannien und die Sowjetunion sollten, dem amerikanischen Beispiel folgend, den vollständigen Abzug ihrer Streitkräfte bis zum 1. Januar 1946 anordnen, um „Zwischenfälle und Missverständnisse“ zu vermeiden.<sup>167</sup> Die USA, so die Note, hätten ihre Truppen im Iran im Verlauf des Jahres von etwa 28.000 auf weniger als 6.000 Mann reduziert. Am 24. November 1945 wurde die Evakuierung der restlichen amerikanischen Truppen mit Ausnahme der amerikanischen Militärmissionen bei der iranischen Armee und Gendarmerie angeordnet.<sup>168</sup>

---

<sup>161</sup> Vgl. Lenczowski, 1949: 286, Russia and the West in Iran.

<sup>162</sup> Die offizielle Stellungnahme der iranischen Regierung gegenüber den Autonomiebewegungen im Nordiran.

<sup>163</sup> Der Schah suchte eine Möglichkeit, sich als Person der iranischen Einheit zu präsentieren. Die Sowjets haben ihm diese Möglichkeit mit der Unterstützung der Autonomiebewegungen in den Provinzen zu Füßen gelegt.

<sup>164</sup> MM, 27.9.1324/ 18.12.1945, Die Rede Hakimis im Parlament. ; FRUS, 1945, Bd. VIII, S. 430- 432, 448.

<sup>165</sup> 28.000 Geschichte des Irans und der Welt, *Ettela'at*, Nr. 720.

<sup>166</sup> FRUS, 1945, Bd. VIII, S. 470f. Vgl. Zangene, 1355/1977: 65, Memoiren in Aserbaidschan 1941-1946.

<sup>167</sup> FRUS, 1945, Bd. VIII, S. 448f (449), 453.

<sup>168</sup> MM, 25.10.1324 /15.1.1946, Die Rede Hakimis im Majlis.; FRUS, 1945, Bd. VIII, S. 449, 453.

Die sowjetische Regierung reagierte am 29. November 1945 in ihrer Antwortnote auf die amerikanische Note vom 23. November und erklärte, es handle sich, entgegen der amerikanischen Darstellung, im Nordiran nicht um einen bewaffneten Aufstand, sondern um eine demokratische Autonomiebewegung innerhalb Irans; Zwischenfälle seien von reaktionären Elementen verursacht worden. Die Sowjetunion bestritt, iranische Truppenbewegungen behindert zu haben oder zu behindern. Was die Stationierungsfrist für die sowjetischen Truppen angehe, sei diese durch den Drei-Mächte-Vertrag von 1942 festgelegt; das Präsenzrecht der Truppen auf dem Territorium Irans sei im sowjetisch-iranischen Vertrag von 1921 begründet. Die Regierung der Sowjetunion sehe keinen Grund, die Frage des Abzugstermins erneut zu behandeln.<sup>169</sup>

Die iranische Regierung richtete am 13. Dezember 1945 an die Alliierten die Forderung, auf der drei Tage später in Moskau beginnenden Außenministerkonferenz den sofortigen Abzug ihrer Truppen zu beschließen. Deren Präsenz sei „die Ursache der Verwirrung im Land“ und habe die iranische Regierung daran gehindert, die öffentliche Ruhe wiederherzustellen. Die Ereignisse in Aserbeidschan lieferten das schwerwiegendste Beispiel der „unheilvollen Wirkung“ dieser Präsenz. Es gebe keinerlei Rechtfertigung für die Truppen der drei Alliierten und befreundeten Regierungen, auch nur einen Tag länger in Persien zu bleiben.<sup>170</sup> Ferner hatte die iranische Regierung in dieser Note von den drei Regierungen, den USA, der Sowjetunion sowie Großbritannien, verlangt, unter Bezugnahme auf Artikel 6 des Dreimächtevertrages von 1942 an allen den Iran betreffenden Diskussionen auf der Moskauer Außenministerkonferenz teilzunehmen.<sup>171</sup> Diese Forderung sowie Hakimis Bitte, nach Moskau zu fliegen, wurde von der sowjetischen Regierung jedoch mit Schweigen übergangen.<sup>172</sup> Später behauptete Wyschinski in seinem Treffen mit Soheily in London, dass Hakimis Bitte, nach Moskau zu reisen, um an der Verhandlung über den Iran teilzunehmen, zwecklos war, denn die Briten sprachen erst einen Tag vor dem Konferenzende die Iranfrage an.<sup>173</sup> Die Aussage Wyschinskis stimmte nicht mit der Aussage des amerikanischen sowie des britischen Außenministers überein,<sup>174</sup> denn auf der ersten Konferenzsitzung in Moskau schlug Byrnes, der amerikanische Außenminister, vor, den Abzug der Alliiertentruppen aus dem Iran auf die Tagesordnung der Konferenz zu setzen. Molotow entgegnete dem amerikanischen

---

<sup>169</sup> FRUS, 1945, Bd. VIII, S. 468f.; Wyschinski wiederholte diese Argumente vor dem Sicherheitsrat am 24.1.1946.

<sup>170</sup> FRUS, 1945, Bd. VIII, S. 492-3.

<sup>171</sup> Bullard an FO. 13.12.1945, E 9735/20/34.

<sup>172</sup> MM, 25.10.1324 /15.1.1946, die Rede Hakimis im Majlis.

<sup>173</sup> AIA, Soheily-Taqizadeh an Teheran (Daftar Makhsus Schahanschahi), 6.11.1324/ 26.1.1946.

<sup>174</sup> Ein Zeichen dafür, dass die Iranfrage auf der Moskauer Konferenz bearbeitet würde, war die Einladung Bullards und Jernegans zur diesen Konferenz.

Vorschlag mit einem Gegenvorschlag, den Abzug amerikanischer Truppen aus China sowie britischen Truppen aus Griechenland und Indonesien in die Agenda aufzunehmen. Er erreichte schließlich, dass die westlichen Außenminister zustimmten, die Frage der Truppenabzüge von der Tagesordnung abzusetzen und nur formell zu diskutieren.<sup>175</sup> Hier konnte man davon ausgehen, dass die USA sowie Großbritannien der Iranfrage keinen hohen Rang beimäßen. Diese Feststellung wurde beim Treffen der Außenminister beider Länder mit Stalin bestätigt. Byrnes teilte am 19. Dezember 1945 Stalin mit, er habe öffentlich erklärt, dass die USA nicht an der Bildung irgendeines gegen die Sowjetunion gerichteten Staatenblocks interessiert seien und dass keine Regierung, die gegenüber der Sowjetunion eine feindselige Haltung hege, mit irgendeiner Unterstützung durch die Vereinigten Staaten rechnen könne.<sup>176</sup>

Stalin äußerte sich, dass das Ölgebiet von Baku gegen eventuelle feindliche Aktionen vonseiten Irans, dessen Regierung eine feindselige Haltung gegen die Sowjetunion einnehme, geschützt werden müsse. Saboteure könnten die Ölfelder von Baku leicht in Brand setzen. Daher wolle und könne die sowjetische Regierung ihre Truppen nicht vor dem vertraglich festgelegten Termin abziehen. Die Sowjetunion habe gemäß dem bilateralen Vertrag von 1921 das Recht, im Falle von Unruhen oder bei möglicher Gefahr Truppen im Nordiran zu stationieren. Nach dem Vertragsablauf von 1942 werde man die Möglichkeit eines Truppenabzuges aus dem Iran überprüfen. Die Entscheidung werde zum großen Teil vom Verhalten der iranischen Regierung abhängen.<sup>177</sup>

Am 19. Dezember 1945 sprach Byrnes mit Stalin diesen Punkt an und erwähnte, die sowjetische Weigerung, den iranischen Truppen in Stärke von 1.500 Mann den Zugang in den Norden des Landes zu gewähren, habe in den USA Kritik hervorgerufen. Man fürchte, dass die iranische Regierung die Frage auf der bevorstehenden (ersten) Sitzung der Vereinten Nationen aufwerfe. Es ließe sich in diesem Fall schwer erklären, warum 30.000 Mann im Iran stationierter sowjetischer Truppen durch 1.500 Mann iranischer Truppen gefährdet wären.<sup>178</sup>

---

<sup>175</sup> FRUS, 1945, Bd. II, S. 599f, 611-617.

<sup>176</sup> FRUS, 1945, Bd. II, S. 686f.; Siehe auch Gespräch zwischen Bevin, Stalin und Molotow am 19. Dezember 1945, in: DBPO, Series I, Voll II, S. 779-784 und 864-868.

<sup>177</sup> FRUS, 1945, Bd. II, S. 685f.

<sup>178</sup> FRUS, 1945 Bd. II, S. 684f. Nach Berichten des amerikanischen Botschafters in Teheran vom 6. und 8. Dezember 1945 betrug die Stärke der im gesamten Nordiran stationierten sowjetischen Kampftruppen 75.000 Mann und übertraf damit die der iranischen Armee um das Dreifache. Etwa 5.000 britische und 6.000 amerikanische Soldaten befanden sich zu dieser Zeit im Südwesten Irans. Vgl. FRUS, 1945 Bd. VIII, S. 481f, 486.

Bevin, der britische Außenminister, der Stalins Umgang mit dem Truppenabzug aus dem Iran zur Kenntnis genommen hatte,<sup>179</sup> sprach sich mit Stalin für die Bildung einer Drei-Mächte-Kommission der Alliierten im Iran aus, welche die iranische Regierung bei der Errichtung von Provinzräten unterstützen sollte. Stalin erklärte sich bereit, den Vorschlag in Erwägung zu ziehen,<sup>180</sup> denn die Bildung einer Drei-Mächte-Kommission könne als Grundlage für „irgendeine Art von Vereinbarung“ dienen.<sup>181</sup> Dieser Vorschlag zeigt wiederum, wie die Stellung der britischen Regierung gegenüber dem Iran zu dieser Zeit war. Man konnte nicht behaupten, dass sich die kolonialistische Idee Großbritanniens gegenüber dem Iran, im Grunde genommen, zum Positiven geändert hatte. Die britische Regierung wollte lieber den Iran unter ihrer direkten Kontrolle haben. Wie Mosafar Firuz, der iranische Botschafter in Moskau, zu Recht feststellte: „Die britische Iranpolitik ist in der Zusammenarbeit mit den Sowjets zu sehen, und im praktischen Sinne will man den Iran in zwei Einflusszonen teilen. Daher schlug Großbritannien die Bildung der Drei-Mächte-Kommission vor. Diese Kommission ist gegen die iranische Unabhängigkeit. Die britische Iranpolitik hat sich von 1907 bis dato (1945) nicht geändert.“<sup>182</sup>

### **V.6.2. Die Drei-Mächte-Kommission**

Der Iran durfte sich nach der Moskau-Außenministerkonferenz mit dem Vorschlag Bevins zur Bildung einer Drei-Mächte-Kommission, die die iranische Regierung unter anderem bei der Errichtung von Provinzräten unterstützen sollte, zufrieden geben. In dem Kommissionsentwurf schlug Bevin am 24. Dezember 1945 vor, zum einen die direkte Verhandlung zwischen dem Iran und der Sowjetunion zu verhindern, zum anderen die Iranfrage unter eine gemeinsame Linie bzw. unter die Alliiertenkontrolle zu stellen. Der britische Außenminister verteidigte seinen Kommissionsentwurf im britischen Parlament und sprach den Grund der Drei-Mächte-Kommission aus, indem er betonte:

„Das lebenswichtige Interesse der USA, der Sowjetunion und uns (Britten) ist das Erdöl, und unsere Verteidigung ist davon abhängig. Da der Iran diesen Rohstoff besitzt, müssten die Alliierten ihre Politik so gestalten, dass ein kleines Land nicht Opfer des Großmächtekonfliktes wird.“<sup>183</sup>

---

<sup>179</sup> FRUS, 1945 Bd. II, S. 774f.; Siehe Bullock/Bevin 1983: 209, Foreign Secretary 1945-1951.

<sup>180</sup> FRUS, 1945 Bd. II, S. 688-690, 708f.

<sup>181</sup> FRUS, 1945 Bd. II, S. 774f.; Siehe Bullock/Bevin 1983: 209, Foreign Secretary 1945-1951.

<sup>182</sup> AIA, Gespräch Firuz' mit Dekanazow, dem Stellvertreter des sowjetischen Außenministers.

<sup>183</sup> FO an Teheran, 21.2.1946, EP 52665/ 371, Bevins Rede vor dem Parlament.; vgl. die Rede Mossadeghs im Majlis: „An dem Tag, an dem sich drei Mächte (gegen uns) einigen werden, geht unser Leben zu Ende.“ Siehe MM, 19.10.1324/ 9.1.1946.; Kai ostewan, 1329/1950: 223-227, These des negativen Gleichgewichtes, Bd. 2.

Die vorgeschlagene Drei-Mächte-Kommission ( USA, Sowjetunion, Großbritannien) sah vor,

- a) der iranischen Verwaltung dabei zu helfen, zur normalen Position vor dem Krieg zurückzukehren,
- b) den schnellen ausländischen Truppenabzug zu ermöglichen,
- c) der Zentralregierung dabei zu helfen, im Rahmen der iranischen Verfassung die Provinzräte zu bilden. Die Wahl der ersten Provinzräte werde unter Aufsicht der Kommission im Iran stattfinden.
- d) die Sprache der Minderheiten, wie z.B. arabisch, türkisch, kurdisch im Iran zu unterrichten.

Um diese Ziele zu erreichen, solle die Kommission mit den verschiedenen Schichten der iranischen Bevölkerung Kontakt aufnehmen.<sup>184</sup>

Nach dem Erhalt des Kommissionsentwurfes forderte die iranische Regierung ihre Vertreter in Washington und London auf, Teheran zu informieren, wie sie den Kommissionsentwurf bewerteten. Dem iranischen Botschafter in London, Taqizadeh, zufolge

a) war die Bildung der Provinzräte im Rahmen der iranischen Verfassung akzeptabel. Aber die Beratung der Kommission mit den verschiedenen Schichten der iranischen Bevölkerung könne in den Provinzen, in denen die Meinung ein Echo aus Moskau sei, gefährliche Auswirkungen zur Folge haben;<sup>185</sup>

b) solle die iranische Regierung jeder Teilung des Landes in die Einflusszonen der Mächte widerstehen. Egal unter welchem Name dies geschehen werde.<sup>186</sup>

Alas, dem iranischen Botschafter in Washington, zufolge richteten sich die Billigung dieser Kommission gegen die Unabhängigkeit Persiens, da man nicht wisse, wie lange diese Kommission im Iran arbeiten solle und wie lange sie ihre Untersuchung durchführen wolle. Zweitens sei im Entwurf vorgesehen, dass die abgeschlossene Untersuchung in die Hauptstädte der drei Regierungen geschickt und dann nach der Bestätigung durch diese an die iranische Regierung vermittelt werde. So könne jede Regierung, besonders die Sowjetunion, die Untersuchung ändern. Sein Vorschlag wäre, dass diese Kommission seitens der Vereinten Nationen gebildet wird, um die Einmischung der drei Mächte im Iran zu verhindern.<sup>187</sup>

---

<sup>184</sup> AIA, Kommission Seh janebe (Drei Mächte Kommission)

<sup>185</sup> Taqizadeh verschwie, dass die Meinung der Bevölkerung in den südlichen Provinzen ein Echo aus London war.

<sup>186</sup> AIA, Taqizadeh an Teheran, Nr. 2077, 16.10.1324/ 6.1.1946.

<sup>187</sup> AIA, Ala an Teheran, Nr. 2610, 17.10.1324/ 7.1.1946.

Hakimi teilte in einem weiteren Brief an Taqizadeh in London nach seinem Treffen mit dem britischen Botschafter in Teheran mit, dass der britische Botschafter dem Ministerpräsidenten empfahl, die iranische Beschwerde nicht vor dem Sicherheitsrat vorzutragen, mit der Begründung, dass die Versammlung dem keine Achtung schenken werde.<sup>188</sup> Dagegen forderte er den Ministerpräsidenten auf, die Drei-Mächte-Kommission<sup>189</sup> zu akzeptieren, da zum einen der Iran von den Kommissionsaufgaben profitieren könne, zum anderen die bestehende Gefahr, dass die Sowjets ihre Meinung in diesem Zusammenhang ändern, gebannt werde. Hakimi zufolge hatte der Entwurf der Drei-Mächte-Kommission viele inakzeptable Abschnitte, die korrigiert werden mussten.<sup>190</sup> Er forderte Taqizadeh auf, ihm vor der Weltöffentlichkeit seiner eigenen Meinung nach zu berichten. Taqizadeh antwortete: „Nach und nach wird die tatsächliche Absicht der westlichen Länder über den Iran in der Presse bekannt. Falls die Drei-Mächte-Kommission, wie uns bekannt ist, eingeführt wird, darf man von der iranischen Unabhängigkeit gar nicht mehr sprechen.“<sup>191</sup> Viele Fragen seien immer noch offen,

- a) wie lange die Arbeit der Kommission andauern würde?
- b) wie weit sie ihre Macht ausüben dürfe?
- c) inwiefern ihre Empfehlungen begrenzt seien?<sup>192</sup>

„Trotz der aussagekräftigen Dokumente, wie die Teheraner Deklaration (1943), die Mitgliedschaft (Irans) in den Vereinten Nationen und die Atlantikcharta, wird (so Taqizadeh) der Iran den Tod ohne Schreien nicht hinnehmen. Wir müssen vor der Weltöffentlichkeit laut schreien. Die iranische Regierung muss tapfer bleiben.“<sup>193</sup>

Kurz darauf korrigierte die iranische Regierung den Vorschlag Bevins und teilte den drei Mächten die Kommissionsaufgaben wie folgt mit:

- a) die Unterstützung der iranischen Behörden bei der Rückkehr zur Normalität,
- b) der Truppenabzug vor dem 2. März 1946,
- c) die Unterstützung der iranischen Regierung bei der Wahl der Provinzräte.

Hakimis Regierung schlug dazu vor,

---

<sup>188</sup> AIA, Ala an Teheran, Nr. 2610, 17.10.1324/ 7.1.1946.

<sup>189</sup> Der britische Botschafter forderte Hakimi in diesem Treffen auf, die Öffentlichkeit nicht über die Drei-Mächte-Kommission zu informieren. Aber Radio London sendete die Nachricht am 15.10.1324/ 5.1.1946. Hakimi beschwerte sich im Schreiben an Taqizadeh. Siehe AIA, Hakimi an Taqizadeh, kommission seh janebe.

<sup>190</sup> AIA, Ala an Teheran, Nr. 2610, 17.10.1324/ 7.1.1946.

<sup>191</sup> AIA, London an Teheran, Nr. 2093, 19.10.1324/ 9.1.1946.

<sup>192</sup> AIA, London an Teheran, Nr. 2093, 19.10.1324/ 9.1.1946.

<sup>193</sup> AIA, London an Teheran, Nr. 2093, 19.10.1324/ 9.1.1946.

- a) dass sich die iranische Regierung mit zwei Vertretern an den Kommissionsentscheidungen beteiligen muss. Über diese Vertreter kann die Kommission die erforderlichen Informationen über den Iran verlangen,
- b) dass die verschiedenen iranischen Sprachen vom Entwurf gestrichen werden,
- c) dass die Vorschläge der Kommission nach der Billigung durch die iranische Regierung dem Majlis vorgelegt werden. Im Falle einer Zustimmung des Parlaments werden die Vorschläge im Iran praktiziert.
- d) dass die Wahl der ersten Provinzräte sowie Landräte unter Aufsicht der Kommission stattfinden wird.
- e) die Arbeit der Kommission nur auf sechs Monate befristet sein soll, d.h. spätestens bis zum 15. Juli 1945 beendet ist.<sup>194</sup>

Man erinnerte sich an die von den Briten sowie Russen vorgeschlagene Kommission während des Ersten Weltkrieges, an der sich die Russen und Briten mit jeweils einem Vertreter und die iranische Regierung mit drei Vertretern beteiligen sollten. Die Kommission, die damals als Fünf-Personen-Kommission bekannt wurde, begrenzte ihre Aufgabe in der Aufsicht der iranischen Finanzen. Die Mehrheit der Vertreter gehörte dem Iran an. Im Vergleich zur damaligen Fünf-Personen-Kommission hatte die Drei-Mächte-Kommission zwei Nachteile. Zum einen waren die Befugnisse der Drei-Mächte-Kommission unbegrenzt, zum anderen besaß der Iran im britischen Entwurf keinen Vertreter, und im korrigierten Entwurf, der von Hakimis Regierung vorgeschlagen wurde, war der Iran mit zwei Vertretern in der Minderheit, d.h. Teheran konnte sich gegen die Stimmen der Großmächte nicht durchsetzen. Ganz zu schweigen davon, dass dieser Vorschlag von den Briten nicht akzeptiert wurde.

Hakimi legte den korrigierten Vorschlag der Drei-Mächte-Kommission dem Majlis vor. Im Majlis führte die Bildung dieser Kommission zu einer heftigen Debatte. Ein Abgeordneter, der gegen die Kommission war, sprach davon, „dass das Problem in Aserbeidschan weder mit einer Kommission noch mit tausend Kommissionen gelöst werden kann. Wegen der Sprache muss ich erwähnen, dass „die persische Sprache die nationale Sprache ist und alle Perser diese Sprache sprechen. In der Außenpolitik bevorzugen wir eine freundliche Zusammenarbeit mit allen Ländern der Welt. Und wenn andere Länder gegen dieses Zusammenleben sind, hat es nicht mit unserer Politik zu tun. Wir fordern die Regierung auf, aufmerksam den Inhalt der

---

<sup>194</sup> AIA, Hakimi an Taqizadeh, kommission seh janebe (Drei Mächte Kommission).

Drei-Mächte-Kommission zu studieren und die Teile, die gegen die Unabhängigkeit Persiens gerichtet sind, zu streichen. Sonst werden wir den Vorschlag nicht akzeptieren.“<sup>195</sup>

Die iranische Presse<sup>196</sup> sowie Politiker, egal welchen Gruppierungen sie angehörten, lehnten den Kommissionsentwurf grundsätzlich ab. Man erinnerte sich wieder an den Vertrag von 1907 zwischen England und Russland und dessen Nachteile. Der Widerstand gegen die Kommission führte zur nationalen Einheit, und der iranischen Regierung blieb nichts anderes übrig, als gegen den Kommissionsentwurf zu plädieren.

Mit Mossadeghs Rede im Majlis gegen die Kommission wurde Hakimi vor eine vollendete Tatsache gestellt. Mossadegh nannte sie „schlimmer als den Vertrag von 1919,“ indem „der Iran in ein britisches Protektorat verwandelt wurde“<sup>197</sup>. Er lobte die Sowjets, die die Kommission abgelehnt hatten.<sup>198</sup> Er führte weiter aus, „dass an dem Tag, an dem sich drei Mächte (gegen uns) einigen werden, unser Leben zu Ende geht,“<sup>199</sup> und forderte Hakimi auf, zurückzutreten und den Weg für eine neutrale Regierung an der Macht zu ebnen.<sup>200</sup> Das Majlis sah in der Aufgabe der Kommission und ihren Empfehlungen nur die Einmischung der Großmächte in die inneren Angelegenheiten Irans. Unter dem Beifall der Abgeordneten lehnte das Majlis mit großer Mehrheit den Kommissionsentwurf ab. Wieder hatte das Majlis trotz seiner schwankenden Existenz gegen Vorhaben der Großmächte demonstriert und ein Programm der Alliierten, das gegen die Einheit und Unabhängigkeit Persiens gerichtet war, abgelehnt.<sup>201</sup>

Das Ergebnis der Drei-Mächte-Kommission für die Briten war die starken Einbußen des britischen Prestiges in der iranischen Öffentlichkeit. Ihre Behauptung, dass sie für die iranische Unabhängigkeit eintreten würden, bekam in der iranischen Öffentlichkeit „wackelnde Füße“.

---

<sup>195</sup> MM, 20.10.1324/ 10.1.1946. Offizielle iranische Zeitung, 1. Jahr, Nr. 267. Die Rede Seghte- al-Eslami im Majlis.

<sup>196</sup> Siehe *Darya*, 17.10.1324/ 7.1.1946.; *Mardom*, 18.10.1324/ 8.1.1946.; *Kayhan*, 26.10.1324/ 16.1.1946.

<sup>197</sup> Mahrad, 1977: 22, Iran unter der Herrschaft Reza Schahs.

<sup>198</sup> Wyschinski behauptete bei seinem Treffen mit Soheily in London, dass „die Briten die Bildung einer Drei-Mächte-Kommission vorschlugen. Aber wir (die Sowjets) lehnten die Bildung einer solchen Kommission ab, da wir vorher mit der iranischen Regierung nicht darüber gesprochen hatten. Wir (die Sowjets) waren davon überzeugt, dass der Iran diese Kommission nicht akzeptieren würde.“ Siehe AIA, Soheily-Taqizadeh an Teheran (Daftar Makhsus Schahanschahi), 6.11.1324/ 26.1.1946.

<sup>199</sup> MM, 19.10.1324/ 9.1.1946.; Kai ostewan, 1329/1950: 223-227, These des negativen Gleichgewichtes, Bd. 2.

<sup>200</sup> MM, 19.10.1324, / 9.1.1946.; Kai ostewan, 1329/1950: 223-227, These des negativen Gleichgewichtes, Bd. 2.

<sup>201</sup> Bevin bedauerte „es auf tiefste“, dass sein Vorschlag nicht angenommen wurde. Siehe Attlee/Bevin, 1947: 11, Britische Außenpolitik.

### V.6.3. Die Beziehungen der iranischen Regierungen (Bayat, Sadr und Hakimi) zur Sowjetunion

Weder Bayat noch Sadr noch Hakimi konnten dem Druck der Sowjets standhalten. Bayat versuchte während seiner Amtszeit als Ministerpräsident, durch den besseren Umgang mit der Tudeh-Partei die Sowjets zufrieden zu stellen. In diesem Sinne ermöglichte er der Tudeh-Partei mehr Freiheit in der Gesellschaft, erlaubte mehrere Demonstrationen der Tudeh-Partei in Teheran und unterstützte die Ausweitung ihrer Organisation auf das ganze Land. Gleichzeitig beschränkte er die Aktivitäten der rechten Parteien wie Erade-Melli. Mit Hilfe des Ausnahmezustandes verbot er die Aktivitäten der 10 Zeitungen der rechten Parteien wie z.B. Partei Esteghlal.<sup>202</sup> Darüber hinaus kam er der wichtigen Forderung der Tudeh-Partei entgegen und annullierte die Arbeit der Millspaugh-Mission im Iran nach der Bestätigung des Majlis. Es ist nicht verwunderlich, dass das Kabinett Bayats von der Tudeh-Partei als die beste Regierung zwischen 1941 und 1948 bewertet wurde.<sup>203</sup> Ein anderer Grund für den besseren Umgang Bayats mit der Tudeh-Partei war, dass er zu Recht einschätzte, die Gesamtanzahl der sowjetfreundlichen sowie der unabhängigen Abgeordneten sei gleich groß wie die Anzahl der britisch-gesinnten Abgeordneten im Parlament, weswegen Bayat auf die Unterstützung der Abgeordneten der Tudeh-Partei und der Unabhängigen im Parlament angewiesen war. In Bezug auf die Erdölkonzession versprach er den Russen, dass er eine iranische Ölgesellschaft gründen werde, in der die Iraner 51% und die Russen 49% der Aktien halten würden.<sup>204</sup> Die Sowjets bezeichneten Bayat als einen schwachen Ministerpräsidenten, der nicht in der Lage war, sein Versprechen in der chaotischen Lage im Iran durchzusetzen.

Bayat verlor am 19. April 1945 das Vertrauen des Majlis. Ihm wurde von den Abgeordneten der Mehrheit vorgeworfen, die Seiten gewechselt zu haben und zu einer sowjetfreundlichen Politik übergegangen zu sein.<sup>205</sup> Die Zeitung *Rabar*, die zu Beginn der Amtszeit Bayats ihn als „typischen Feudalisten“ beschimpfte, forderte am Ende seiner Amtszeit alle auf, Bayat zu unterstützen, da Zia-Reaktionäre ihn attackierte.<sup>206</sup>

Im Gegensatz zu Bayat, der einen Versöhnungskurs gegenüber der Tudeh-Partei fuhr, versuchte sein Nachfolger Mohsen Sadr hart gegenüber dem Linken Flügel im Majlis sowie in der Gesellschaft vorzugehen. Er wählte General Afra zum Armeechef aus und befahl ihm, die gegen die Tudeh-Partei eingestellten Nomaden und Stämme zu bewaffnen, sowie die

---

<sup>202</sup> MM, 14. Periode des Majlis, 19.11.1324/ 8.2.1946.

<sup>203</sup> Siehe *Rahbar*, „Wieso haben wir Bayat gewählt“, 31.1.1324/20.4.1945.

<sup>204</sup> Bullard an Eden, 25.04.1945 FO EP 45448/371.

<sup>205</sup> Fatemi, 1954: 254 Oil Diplomacy.

<sup>206</sup> *Rabar*, Chara be Bayat Rai dadiem (Warum haben wir Bayat ausgewählt), 31.1.1324/ 20.4.1945.

Offiziere, die mit der Tudeh-Partei sympathisierten, aus der Armee zu entlassen. Er beschlagnahmte 48 Zeitungen und Zeitschriften, die der „Azadi-Partei“ angehörten, besetzte das Zentralbüro der Tudeh-Partei, ließ 100 Organisatoren der Tudeh-Partei verhaften, verbot Demonstrationen mit Hilfe der Ausnahmezustands in Teheran, um deren Einflussbereich einzuschränken. Er bedauerte später, dass er die Tudeh-Abgeordneten aufgrund ihrer parlamentarischen Immunität nicht verhaften durfte.<sup>207</sup> Laut amerikanischer Beobachter war es sein Bestreben, die Tudeh-Partei zu vernichten.<sup>208</sup> Dagegen garantierte er den rechten Parteien wie der Esteghlal-Partei mehr Freiheit. Zum Ärger der sowjetischen Regierung schloss er mit der Bank Schahanschahi Iran, die in britischem Besitz war, ein Abkommen, in welchem sich der Iran verpflichtete, nur britische Kredite zu akzeptieren, und seinen Bedarf nur aus England zu decken.<sup>209</sup> Dagegen garantierte England, seine Truppen früher als versprochen aus dem Iran abzuziehen. Das Ziel dieser Abmachung war, die Sowjetunion unter Druck zu setzen, damit sie auch das Gleiche täte.

Den Oppositionsabgeordneten blieb keine andere Wahl als die Parlamentssitzungen zu boykottieren. Durch den Boykott konnten sie verhindern, dass die Anzahl von Abgeordneten, die für die Vertrauenswahl notwendig war, zusammenkam. Weder Mehrheitsfraktion noch Oppositionsfraktion versuchten, durch direkte Gespräche die Konflikte beizulegen. Stattdessen versuchten sie, sich durch gegenseitige Vorwürfe der Verantwortung zu entziehen. Diese Lage dauerte an, bis in der Gesellschaft - genauer gesagt in den Provinzen Aserbeidschan und Kurdistan - zwei Autonomiebestrebungen ihren Lauf nahmen. Die Angst der politischen Führungskreise stieg an. Die Mehrheit sah in den Autonomiebewegungen eine Rebellion, und die Minderheit hatte Bedenken, dass diese zu einer Zerstücklung des Landes führten, insbesondere, da der Iran von fremden Mächten besetzt war und der Abzugstermin nicht feststand. Die Ereignisse in den Provinzen zwangen die Führungskräfte im Parlament, ihren Streit vorerst beizulegen und nach einer Lösung zu suchen. Die Auseinandersetzung zwischen der Mehrheit und der Minderheit im Parlament endete in einem Kompromiss, in welchem die Oppositionsfraktion zuließ, dass zwei Gesetze das Parlament passierten:

- a) Die Parlamentswahl sollte bis zum Abzug aller fremden Truppen aus dem Iran hinausgeschoben werden,
- b) die Stärke der Armee sollte von 90.000 auf 102.000 Mann erhöht werden; die Offiziere in der Armee würden Begünstigungen von der Regierung erhalten.

---

<sup>207</sup> Sadr, M. dastan doulat man (die Geschichte meiner Regierung), in: *Donya*, Nr. 15, 1338, S. 40-44.

<sup>208</sup> FRUS, 1945 Bd. VII, S. 417.

<sup>209</sup> Siehe FRUS, 1947 Bd. V, S. 993-4.

Die Mehrheitsfraktion kam der Minderheit entgegen, indem Ministerpräsident Sadr durch Hakimi ersetzt wurde. Hakimi kam mit dem Versöhnungsprogramm gegenüber der Sowjetunion sowie gegenüber der linken Partei an die Macht. Er strebte mit den Sowjets<sup>210</sup> die direkte Verhandlung an, die auf den Vorschlag Mossadeghs zurückging,<sup>211</sup> und lehnte, genau wie die Sowjets, den Entwurf der Drei-Mächte-Kommission ab, der von Bevin vorgeschlagen wurde. Trotzdem waren die Sowjets nicht bereit, sich mit ihm (Hakimi) an einen Verhandlungstisch zu setzen.<sup>212</sup> Hakimi bekam das sowjetische Vertrauen nicht, dafür verlor er aber die britische Unterstützung.<sup>213</sup> Auch im Majlis übten die Abgeordneten gegen ihn Kritik aus. Teheranchi, ein Abgeordneter, sprach sich gegen seine programmlose Regierung aus, mit der Begründung, Hakimi könne weder eine Verwaltungsreform durchführen noch die Aserbeidschankrise beilegen noch in der Außenpolitik erfolgreich sein. Er forderte seinen Rücktritt. Auch Mossadegh, der gegen die Bildung der Drei-Mächte-Kommission im Majlis redete, wiederholte die Forderung nach dem Rücktritt Hakimis.<sup>214</sup> Er forderte die Abgeordneten auf, eine neutrale Person als Ministerpräsidenten zu wählen, so dass die Sowjets mit seiner Wahl einverstanden wären.<sup>215</sup> Diese Forderung konnte nur Qavam zugute kommen. Unter dem Druck der Sowjets stimmte das Majlis am 26. Januar 1946 dem Rücktritt Hakimis zu, und am gleichen Tag sprach das Majlis Qavam sein Vertrauen aus und forderte ihn auf, sein Kabinett dem Majlis vorzustellen. Qavam kam mit der Hilfe der linken Parteien sowie der sowjetischen Unterstützung an die Macht,<sup>216</sup> um mit folgenden Problemen: der Aserbeidschankrise, der Kurdistankrise, der Ölkrise sowie dem fremden Truppenabzug aus dem Iran konfrontiert zu werden.

Die sowjetische Regierung hoffte, dass Qavam die Erteilung der Erdölkonzession im Nordiran an die Sowjets ermöglichen, die Aserbeidschankrise im Rahmen der sowjetischen Vorstellung beilegen sowie die starke Neigung der iranischen Politik in Richtung England und USA verhindern könne. Ahmad Qavam, ein exemplarischer Vertreter der „200 Familien“,

---

<sup>210</sup> Bullard war gegenüber den iranischen Politikern misstrauisch eingestellt. Solange der Ministerpräsident im Rahmen der britischen Politik arbeitete, war dieser gut, sobald er eine Annäherung an die Sowjetunion anstrebte, war er inakzeptabel.

<sup>211</sup> MM, Mossadegh-Rede, 14, 19.10.1324/ 9.1.1946. Mossadegh glaubte, „wenn die iranische Regierung mit den Sowjets nicht direkt verhandelt, erhöht sich die Chance auf eine Aufteilung des Landes“. Seiner Ansicht nach solle das Parlament jemanden als Ministerpräsidenten wählen, der für Moskau akzeptabel sei. MM, Mossadegh-Rede, 14, 19.10.1324/ 9.1.1946.

<sup>212</sup> Kai ostewan, 1329/1950: 214, These des negativen Gleichgewichtes, Bd.2.

<sup>213</sup> Hakimi selbst sah die Briten als den entscheidenden Faktor, der zu seinem Rücktritt führte, da er dem Kommissionsentwurf nicht zustimmte.

<sup>214</sup> MM, 19.10.1324/ 9.1.1946.

<sup>215</sup> Kai ostewan, 1329/1950: 214, These des negativen Gleichgewichtes, Bd.2.

<sup>216</sup> Eskandari, 1372/1993: Memoiren.; Kai ostewan, 1327/1950: 214, These des negativen Gleichgewichtes, Bd.2.

wurde als Sohn des Ebrahim Astiyani im Jahre 1877 in Teheran geboren.<sup>217</sup> Seine Familie, die weite Reis- und Teeplantagen in Gilan (Lahijan) besaß, hatte eine lange Tradition in der Bekleidung hoher Staatsämter. Qavam selbst hatte verschiedene Ämter nach der Konstitutionellen Revolution inne. Er schloss als Ministerpräsident Irans einen Freundschaftsvertrag mit den Sowjets am 26. Februar 1921 ab, in dem die Sowjetunion alle bisherigen Konzessionen zugunsten Irans annullierte und die Lieferung von Ausrüstungen an die Revolutionäre im Nordiran einstellte. Dagegen garantierte die iranische Regierung, dass, im Falle einer Bedrohung der Sowjetunion durch ein drittes Land, die sowjetischen Truppen den iranischen Boden betreten dürfen, bis die Gefahr vorbei ist. Qavam war mehrere Male Minister in den Innen-, Justiz- und Finanzressorts. Aufgrund einer Verschwörung gegen Reza Khan im Jahre 1923 musste er das Land verlassen. Nach seiner Rückkehr im Jahre 1930 bis zu Reza Schahs Sturz blieb er der politischen Bühne des Irans fern.<sup>218</sup> Seine Opposition zu Reza Schah, sein Selbstbewusstsein sowie seine Haltung zum königlichen Hof in der Endphase von Reza Schahs Herrschaft führte zum gravierenden Unterschied zwischen Qavam und anderen iranischen Politikern. Er wurde vom Foreign Office als „schlauer Fuchs“ eingeschätzt.<sup>219</sup> Nach der Einschätzung von Pischewari, dem Führer der aserbajdschanischen Autonomiebewegung, in einer Mitteilung an Stalin - vor der Abreise Qavams nach Moskau -, „wäre Qavam nicht nur ein alter Fuchs sondern in der Lage, den Genossen Stalin übers Ohr zu hauen.“<sup>220</sup> Qavam war in den Jahren zwischen 1943 und 1945 ein eventueller Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten gewesen. Dieser war am Widerstand des Schahs, Bullards und einiger Abgeordneter im Parlament gescheitert. Als sich die Konflikte mit der Sowjetunion zuspitzten, gelang es Qavam, außerhalb und innerhalb des Parlaments immer mehr Freunde für sich zu gewinnen. Ihm gelang es sogar, die Tudeh-Partei auf seine Seite zu ziehen.<sup>221</sup> Sein Programm, eine direkte Verhandlung mit den Sowjets zu führen, fand die Unterstützung der amerikanischen Regierung und ihres Vertreters, Murray, in Teheran.<sup>222</sup> Am Ende musste der Schah auf den Druck des Majlis seinen Widerstand gegen Qavam aufgeben und Qavam als vorgeschlagenen Kandidaten für den Ministerpräsidenten akzeptieren. Trotz des Widerstandes Bullards<sup>223</sup> und der Aufstellung eines Gegenkandidaten (Pirniya) im Majlis konnte sich Qavam am 26. Januar 1946 mit knapper Mehrheit (51 Prostimmen gegen 50

---

<sup>217</sup> Safaii, 1344/1965: 653, Die Führer der Konstitution.

<sup>218</sup> Safaii, 1344/1965: 671, Die Führer der Konstitution.

<sup>219</sup> FO an Teheran, 5.2.1947, E 742/1/34.

<sup>220</sup> Eskandari, 1372/1993: 199, Memoiren.

<sup>221</sup> Arsenjani, H. Politische Notizen, Teheran, 21-28.7.1325/ 13.-20.10.1946.; *Rabar*, 23.3.1326/14.6.1947.

<sup>222</sup> FO 371/52661/637, 20.1.1946.

<sup>223</sup> FO 371/52661/637, 20.1.1946.

Kontraststimmen)<sup>224</sup> durchsetzen. Qavam begann seine Arbeit sofort<sup>225</sup> nach seiner Ernennung zum Ministerpräsidenten. Da er zu Recht glaubte, dass die entstandenen iranischen Probleme mit den Sowjets ihre Ursache in der Ölkrise von 1944 hatten,<sup>226</sup> ließ er der Presse nach seiner Wahl mitteilen, dass er Ali Soheily beauftragte, Wyschinski (den sowjetischen Delegationsleiter in London) im Hinblick auf direkte Verhandlungen mit den Sowjets anzusprechen, und forderte gleichzeitig Taqizadeh (den Delegationsleiter Irans in London) auf, den Appell bei den Vereinten Nationen, deren Sitz damals in London war, beizubehalten.<sup>227</sup>

## **V.7. Die Iranfrage vor den Vereinten Nationen**

### **V.7.1. Von der Regierung Hakimi bis Qavam**

Nach der Ablehnung der Drei-Mächte-Kommission blieb, wie Hakimi im Parlament betonte und Mossadegh dies auch forderte,<sup>228</sup> nur die Anrufung der Vereinten Nationen, denn dem Iran wurde jede direkte Verhandlung mit den Großmächten verweigert.<sup>229</sup> Die iranischen Vertreter im Ausland unterstützten auch Hakimis Entscheidung, zumal Ala ihm mitteilte, dass „die USA sowie die britische Regierung aufgrund des Ansehens der Vereinten Nationen mit uns (Iran) zusammenarbeiten müssen und alle Regierungen der Welt mit Ausnahme der wenigen Länder, die unter politischer Kontrolle der Sowjets stehen, uns unterstützen werden.“<sup>230</sup>

Am 15. Januar 1946 erwähnte Hakimi im Majlis seine Gründe, warum er sich an die Vereinten Nationen gewendet habe. Er teilte dem Majlis mit, dass seine Bemühungen, die direkte Verhandlung mit den Sowjets über einen Abzugstermin der Truppen zu erreichen, ohne Erfolg bleibe. Sein Vorschlag, selbst nach Moskau zu reisen, werde von den Sowjets ignoriert. Ferner habe die Verhandlung in der Moskauer Außenministerkonferenz zu keiner Einigung in der Iranfrage geführt. Deswegen habe er - nach längerer Beratung - die Klage vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eingereicht.<sup>231</sup>

---

<sup>224</sup> Eskandari, 1372/1993: Memoiren.; Sepher, S. 18-27.; Vgl. Bullard an Bevin, Telegramm 142, zit. n. DBPO, United Nation: Iran, Series I., Voll, VII, S. 23.; Vgl. Kauz 1995: 124, Politische Parteien und Bevölkerung.

<sup>225</sup> Qavam begann seine Arbeit sogar vor seiner Ernennung.

<sup>226</sup> FRUS, 1946 Bd. VII, S. 316, 28.1.1946. ; Eskandari, 1372/1993: 219, Memoiren. Diese Einschätzung wurde später von einigen iranischen Zeitungen bestätigt. Siehe *sapid v siyah*, Nr. 726, 3.6.1346/1957, S. 10-11. „Wir können die Aserbaidshankrise nicht von der Erdölkrise trennen.“

<sup>227</sup> AIA, Qavam an Ala, Nr. 1887, 12.11.1324./ 2.1.1946; FO 371/52663/830, 26.1.1946.

<sup>228</sup> MM, 19.10.1324/ 9.1.1946.; Kai ostewan 1329/1950: 223-227, These des negativen Gleichgewichtes, Bd. 2.

<sup>229</sup> MM, 25.10.1324 /15.1.1946, die Rede Hakimis im Majlis.

<sup>230</sup> AIA, Ala an Teheran, Nr. 2610, 17.10.1324/ 7.1.1946.

<sup>231</sup> MM, 25.10.1324 /15.1.1946, die Rede Hakimis im Majlis.

Der britische Botschafter in Teheran empfahl Hakimi, die iranische Beschwerde nicht vor dem Sicherheitsrat vorzutragen, da die Versammlung dem keine Beachtung schenken werde.<sup>232</sup> Er bat Hakimi darum, den Gesprächsinhalt geheim zu halten. Hakimi war überrascht und enttäuscht, als dies am nächsten Tag von der britischen Regierung in London veröffentlicht wurde. London forderte die iranische Regierung sogar auf, den Klageinhalt zu veröffentlichen. Hakimi konnte nicht ahnen, dass es zwischen dem regionalen britischen Entscheidungsträger in Teheran, der mehr auf die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion achtete, und dem zentralen britischen Entscheidungsträger in London, der auf das internationale Interesse und Ansehen Großbritanniens achtete, Meinungsdivergenzen geben konnte. Tatsächlich hatte Bevin den britischen Botschafter in Teheran am 12. Januar 1946 beauftragt, dem Iran mitzuteilen, dass die britische Regierung für die Anrufung des Sicherheitsrates sei.<sup>233</sup> Diese Meinungsänderung Großbritanniens konnte einerseits auf die sowjetische Ablehnung in Bezug auf die Dreimächtekommission, andererseits aber auf die amerikanische Unterstützung Irans zurückzuführen sein.

Auch die USA änderten ihre Meinung zwischen Dezember 1945 und März 1946 in Bezug auf die Anrufung der Sicherheitsrates. Ala<sup>234</sup>, der iranische Botschafter in Washington, erklärte Acheson am 17. Dezember 1945: „Die Ereignisse im Iran werden mit Sicherheit die Wirksamkeit und das Prestige der Vereinten Nationen berühren. Falls es einem ständigen Mitglied des Sicherheitsrates erlaubt werden würde, sich in die inneren Angelegenheiten eines anderen Mitglieds einzumischen und eine Politik zu verfolgen, die dieses (Mitglied) der Souveränität über sein Territorium oder irgend einen Teil seines Territoriums beraubt, trüfe dies die Vereinten Nationen in ihrer Gesamtheit.“<sup>235</sup> Daraufhin verlangte Ala die amerikanische Unterstützung. Die amerikanische Regierung war aber nicht bereit, dem Iran im voraus ihre Unterstützung anzubieten, denn – wie das State Department später am 2. Januar 1946 argumentierte – „die Vereinigten Staaten unterhielten freundliche Beziehungen sowohl mit der Sowjetunion als auch mit dem Iran und könnten vorab keine Zusicherungen abgeben, welche Haltung sie vor den Vereinten Nationen einnehmen würden. Sie beabsichtigten jedoch, ihre Verpflichtungen als Unterzeichner der Charta zu erfüllen.“<sup>236</sup> Ergänzend teilte ein Vertreter des State Department Botschafter H. Ala zwei Tage später, am

---

<sup>232</sup> AIA, Hakimi an Taqizadeh, Kommission seh Janebeh.

<sup>233</sup> Bevin an Teheran, 12.1.1946, FO, E 296/5/34.

<sup>234</sup> Ala in Washington sollte als Gegenspieler der Politik Qavams funktionieren. Daher schickten „der Schah und sein Berater Ala, den bisherigen Hofminister, als iranischen Botschafter nach Washington. Ala hatte viele Freunde innerhalb der amerikanischen Regierung, so wie Taqizadeh zwischen den Briten.“ In: Behnud, 1369/1990: 252, Von Saiyed Zia bis Bakhtiyar.

<sup>235</sup> FRUS, 1945 Bd. VIII, S. 500.

<sup>236</sup> FRUS, 1946 Bd. VII, S. 292f, 2.1.1946.

4. Januar 1946, mit, die amerikanische Regierung wäre „selbstverständlich erfreut, wenn die Angelegenheit außerhalb der Organisation der Vereinten Nationen beigelegt werden könnte“, sie sei jedoch der Meinung, „der Iran solle selbst entscheiden, was er tun solle“.<sup>237</sup>

Man registriert die Positionsänderung der amerikanischen Regierung gegenüber dem Iran, nachdem Dean Acheson, der geschäftsführende amerikanische Außenminister, den Außenminister Byrnes unterrichtete, dass das State Department sowohl aus grundsätzlichen Erwägungen als auch mit Rücksicht auf die amerikanische Öffentlichkeit<sup>238</sup> keine andere Möglichkeit für die USA sah, als der Untersuchung einer eventuellen iranischen Beschwerde durch die Vereinten Nationen zuzustimmen.<sup>239</sup> In diesem Sinne lehnten die USA den Vorschlag Bevins Anfang Januar 1946 ab,<sup>240</sup> an einer gemeinsamen Empfehlung an Teheran teilzunehmen, in der Teheran auf die Einschaltung der Vereinten Nationen verzichten sollte.<sup>241</sup>

Die amerikanische sowie die britische Haltung führten dazu, dass die iranische Regierung nicht entschlossen reagierte bzw. zögerte. Ministerpräsident Hakimi nahm am 3. Januar 1946 die bereits erteilten Anweisungen zur Anrufung des Sicherheitsrates zurück. Er setzte sie fünf Tage später, nach Protest des Majlis sowie seines Kabinetts, wieder in Kraft.<sup>242</sup> Mit der Anrufung der Vereinten Nationen wurde der Iran in den Mittelpunkt der internationalen Politik gerückt. Die iranische Note, die am 19. Januar 1946 dem Sicherheitsrat vorgelegt wurde, verwies auf „die Einmischung der Sowjetunion durch ihre offiziellen Vertreter und Streitkräfte in die internen Angelegenheiten Irans“<sup>243</sup> und stellte fest, dass die Versuche der iranischen Regierung, mit der Sowjetunion direkt zu verhandeln, erfolglos geblieben seien, und forderte den Sicherheitsrat auf, die dadurch entstandene „Situation“ zu untersuchen und eine Lösung zu empfehlen,<sup>244</sup> „denn es bestehe ein Zustand, der das Problem zu einer internationalen Krise führen könne.“<sup>245</sup>

A. Wyschinski wies in einem Schreiben vom 24. Januar 1946 an den Sicherheitsrat die iranischen Vorwürfe komplett zurück, sowjetische Truppen stünden auf iranischem Territorium aufgrund der Verträge von 1921 und 1942. Die Einmischung der sowjetischen

---

<sup>237</sup> FRUS, 1946, Bd. VII, S. 295ff.

<sup>238</sup> Am 24. Dezember 1945. Nach meiner Auffassung war es die scharfe Reaktion der amerikanischen Öffentlichkeit, die die amerikanische Regierung zugunsten der iranischen Interessen bewegte.

<sup>239</sup> FRUS, 1945, Bd. VIII, S. 512f.; Washington an FO, 3.1.1946, 371 EP 52661.

<sup>240</sup> FRUS, 1946, Bd. VII, S. 293f.; FO an Washington, 2.1.1946, 371 EP 52661.

<sup>241</sup> England fürchtete, dass die anderen Länder dem Iran als Vorbild folgen und ebenso in den Konflikten mit den Großmächten den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen anrufen würden.

<sup>242</sup> Vgl. FRUS, 1946, Bd. VII, S. 294f, 299-301.

<sup>243</sup> United Nations, Yearbook of the United Nations 1946-1947, Lake Success, N.Y. 1947, S. 327.

<sup>244</sup> AIA, Ala an Teheran, Nr. 2057, 15.10.1324/ 5.1.1946.; FRUS, 1946, Bd. VII, S. 304.

<sup>245</sup> AIA, Ala an Teheran, Nr. 2057, 15.10.1324/ 5.1.1946.

Truppen in die inneren Angelegenheiten Irans habe nicht stattgefunden. Auch die iranische Aussage, dass die direkte Verhandlung mit den Sowjets seitens Irans angestrebt werde, sei nicht wahr. Zwischen ihrer Präsenz (der sowjetischen Streitkräfte) und den Ereignissen im iranischen Aserbaidshān gebe es keinen Zusammenhang, wie die objektiven Tatsachen bezeugten. Gleichzeitig aber entstehe durch die Tätigkeit reaktionärer Kräfte im Iran „für die Aserbaidshānische Sozialistische Sowjetrepublik und für Baku die Gefahr organisierter feindlicher Aktionen“<sup>246</sup>, so die sowjetische Note.

Die sowjetische Delegation forderte den Sicherheitsrat auf, die Klage abzulehnen und aus dem Programm des Sicherheitsrates zu streichen, da die Beschwerde Irans unbegründet sei.<sup>247</sup>

Am 30. Januar 1946 verabschiedete der Sicherheitsrat in Church Haus eine Resolution, da beide Parteien zu direkter Verhandlung bereit seien, behielt sich der Sicherheitsrat vor, über die Ereignisse im Iran unterrichtet zu werden und selbst jederzeit Informationen anfordern zu können. Teheran konnte sich aber nicht mit dem Antrag durchsetzen, die Iranfrage auf der Tagesordnung des Sicherheitsrates zu belassen, stattdessen wurde auf Vorschlag der USA und Großbritanniens vereinbart, dass die Frage für den Sicherheitsrat „weiterhin von Belang“ bleibe,<sup>248</sup> bis eine Lösung gefunden sei, die mit den Prinzipien der Charta übereinstimme.<sup>249</sup> Taqizadeh berichtete Qavam fünf Tage später, wie der Sicherheitsrat zu dieser Resolution gekommen war. Er schrieb, dass Wyschinski, der sowjetische Delegationsleiter, versuchte, den Sicherheitsrat davon zu überzeugen, dass die iranische Beschwerde nur vorgelesen und dann abgestimmt werde. Bevin sprach sich gegen Wyschinskis Vorschlag aus und erklärte: „Der Iran hat das Recht, die Gründe seiner Beschwerde zu unserer Information darzulegen, und wir müssen eine Stellungnahme dazu abgeben.“<sup>250</sup> Nach längerer Diskussionen wurden weitere Gespräche auf den 28. Januar 1946 verlegt. Die Sowjets verteilten am 25. Januar 1946 ein Flugblatt in Church Haus gegen die Aussage der iranischen Delegation. Darin behauptete die sowjetische Delegation:

a) Die Aserbaidshānkrise hat mit den sowjetischen Streitkräften im Nordiran nichts zu tun.

b) Die sowjetischen Truppen im Nordiran sind aufgrund des Vertrages von 1942 sowie 1921 stationiert.

---

<sup>246</sup> AIA, Taqizadeh an Teheran, Nr. 44, 15.11.1324 / 4.2.1946.; FRUS, 1946, Bd. VII, S. 309ff (311).

<sup>247</sup> AIA, Taqizadeh an Teheran, Nr. 44, 15.11.1324/ 4.2.1946.

<sup>248</sup> AIA, Taqizadeh an Teheran, Nr. 44, 15.11.1324./ 4.2.1946.

<sup>249</sup> FRUS, 1946, Bd. VII, S. 326.

<sup>250</sup> AIA, Taqizadeh an Teheran, Nr. 44, 15.11.1324./ 4.2.1946.

c) Die sowjetische Regierung sieht die iranischen Streitkräfte in Aserbeidschan als eine Bedrohung für ihre Sicherheit und die der Ölfelder in Baku an.

Daher sah die sowjetische Delegation aufgrund der obengenannten Gründe sowie in Bezug auf Artikel 34 und 35 der Vereinten Nationen keinen Grund, die iranische Klage vor dem Sicherheitsrat zu diskutieren. Taqizadeh wies in seiner Rede am 30. Januar 1946 die sowjetischen Gründe zurück.<sup>251</sup>

Taqizadeh war mit der Resolution des Sicherheitsrates am 30. Januar 1946 zufrieden und kommentierte in seinem Schreiben an Qavam, nun „kann die sowjetische Regierung nicht mit ihren Bedingungen uns erpressen. Die Weltöffentlichkeit schaut nach dem sowjetischen Verhalten und der Iran kann mit der direkten Verhandlung beginnen. Falls die Verhandlung nicht zugunsten Irans abläuft, kann der Iran wieder die Weltöffentlichkeit bzw. die Vereinten Nationen einschalten.“<sup>252</sup> Taqizadeh schlug vor, dass der Iran sofort mit der Verhandlung beginnen solle, damit er den Sicherheitsrat weiter informieren könne.<sup>253</sup> Auch Ala forderte Qavam auf, „den Sicherheitsrat regelmäßig von dem Verhandlungsprozess zwischen der Sowjetunion und dem Iran zu unterrichten.“ Er erwähnte außerdem, dass „die Weltöffentlichkeit bis dato keinem Land eine so große Achtung schenkte und so ihre Unterstützung aussprach. Falls wir diese Chance versäumen, können wir von der Weltöffentlichkeit keine moralische Unterstützung erwarten.“<sup>254</sup> Qavam versicherte Ala in seiner Antwort, dass „er sich der Lage des Irans bewusst ist und die einzige Chance nicht versäumen wird.“ Ferner hat er nach der Einladung der Sowjets beschlossen, selbst als Leiter der iranischen Delegation nach Moskau zu reisen.<sup>255</sup>

### **V.7.2. Die Doppelstrategie Qavams**

Da Qavam davon überzeugt war, dass der Iran nur durch direkte Verhandlungen mit der Sowjetunion seine Probleme lösen konnte, forderte er am 29. Januar 1946 Taqizadeh erneut auf, die direkten Verhandlungen mit Wyschinski weiterzuführen. Gleichzeitig trat Qavam für die Beibehaltung der Klage vor dem Sicherheitsrat ein, denn im Falle eines Misserfolges des Prozessablaufes in den Vereinten Nationen würde der Iran seine Beschwerde zurückziehen.<sup>256</sup> Für Qavam war von großer Bedeutung, dass der Iran seine Ziele erreichte, egal, ob mit oder ohne Hilfe des Sicherheitsrates. Er wies die Aussage von Radio London (BBC) zurück, in der

---

<sup>251</sup> AIA, Taqizadeh an Teheran, Nr. 44, 15.11.1324./ 4.2.1946.

<sup>252</sup> AIA, Taqizadeh an Teheran, Nr. 44, 15.11.1324./ 4.2.1946.

<sup>253</sup> AIA, Taqizadeh an Teheran, Nr. 44, 15.11.1324./ 4.2.1946.

<sup>254</sup> AIA, Ala an Qavam, Nr. 2255, 16.11.1324./ 5.2.1946.

<sup>255</sup> AIA, Qavam an Ala, Nr. 1887, 17.11.1324./ 6.2.1946.

<sup>256</sup> AIA, Qavam an Taqizadeh, Nr. 1878, 9.11.1324./ 29.1.1946.

behauptet wurde, „mit Qavam als neuem Ministerpräsidenten könne die iranische Klage vor dem Sicherheitsrat nicht verfolgt werden.“<sup>257</sup>

In seiner Antwort teilte Taqizadeh Qavam zunächst vom direkten Gespräch mit Wyschinski in London mit, „in dem sich beide Verhandlungspartner darauf einigten, dass ein Sicherheitsratsmitglied nach der Rede des sowjetischen sowie iranischen Vertreters direkte Verhandlungen vorschlägt.“ Ferner sprach Taqizadeh in seinem Schreiben von zwei Möglichkeiten, von denen die iranische Delegation eine einschlagen sollte: Entweder müsse der Iran, wie es dem sowjetischen Wunsch entspreche, die direkten Verhandlungen ohne Schirmherrschaft des Sicherheitsrates verfolgen. In diesem Fall sähe es so aus, als ob der Iran den Sicherheitsrat überhaupt nicht angerufen hätte. Oder der Iran solle die direkte Verhandlung nach der Empfehlung des Sicherheitsrates bevorzugen. „In letzterem Fall müssen die Sowjets im Rahmen des Sicherheitsrates arbeiten und können nicht uns (Iranern) in der Verhandlung unter Druck setzen. Diese Alternative ist die beste Möglichkeit für den Iran.“<sup>258</sup> Taqizadeh warnte aber zugleich davor, dass die sowjetische Regierung diesen Vorschlag nicht leicht hinnehmen werde.<sup>259</sup>

Entgegen diesem Schreiben brachte Qavam seine Sorge zum Ausdruck, indem er betonte: „Im Falle einer Anrufung des Sicherheitsrates können wir unsere Ziele, die dem iranischen Interesse entsprechen, nicht erreichen. Wir müssen aber mit der Sowjetunion, mit der wir jeden Tag zu tun haben, freundlich umgehen. Wenn wir direkte Verhandlungen nach Empfehlung des Sicherheitsrates aufnehmen, wird uns vorgeworfen, dass wir das direkte Gespräch nach der Empfehlung begonnen haben. Und dies kann mit dem Vorschlag des sowjetischen Vertreters nicht vereinbar sein.“<sup>260</sup> Qavam wollte vermeiden, dass der Iran in einer schwachen Verhandlungsposition der Sowjetunion gegenüber sitzt. Qavam forderte daher Taqizadeh auf, „sowohl das direkte Gespräch mit den Sowjets als auch die Anrufung des Sicherheitsrates anzustreben.“<sup>261</sup> Qavam flog am 18. Februar 1946 nach Moskau und leitete eine Delegation aus der Politik und Wirtschaft.<sup>262</sup> Seine Reise dauerte neunzehn Tage 18.2.1946-8.3.1946.<sup>263</sup> Das Ziel seiner Reise war „die bessere Verständigung über die politischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und dem Iran sowie eine Vereinbarung über den sowjetischen Truppenabzug“,<sup>264</sup> erklärte Qavam gegenüber Murray. Er freute sich

---

<sup>257</sup> AIA, Qavam an Taqizadeh, Nr. 1878, 9.11.1324./ 29.1.1946.

<sup>258</sup> AIA, Taqizadeh an Teheran, Nr. 2225, 10.11.1324 / 30.1.1946.

<sup>259</sup> AIA, Taqizadeh an Teheran, Nr. 2225, 10.11.1324./ 30.1.1946.

<sup>260</sup> AIA, Qavam an Taqizadeh, Nr. 1886, 10.11.1324./ 30.1.1946.

<sup>261</sup> AIA, Qavam an Taqizadeh, Nr. 1886, 10.11.1324./ 30.1.1946.

<sup>262</sup> Rezazade Schafagh, *Donja*, Nr. 12, Jg. 1335/1956, S. 42-47.

<sup>263</sup> 29.11.1324-17.12.1324/ 18.2.1946-8.3.1946.

<sup>264</sup> Murray an SoS, FRUS, 1946, Bd. VII, S. 331, 8.2.1946.

darüber,<sup>265</sup> dass der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in seiner dritten Sitzung beide Länder (den Iran und die Sowjetunion) aufforderte, durch direkte Verhandlungen den Streit beizulegen. Ferner sollte der Sicherheitsrat vollständig über den Fortschritt informiert werden, und der Appell blieb weiterhin auf der Agenda der Vereinten Nationen.<sup>266</sup> In Moskau traf Qavam zweimal mit Stalin und viermal mit Molotow zusammen.<sup>267</sup> Das erste von Molotow angesprochene Thema war, wie Qavam erwartete, die Erteilung der Erdölkonzession an die Sowjetunion. Qavam antwortete, dass das Majlis seinen Gesetzesbeschluss nicht ändern werde, und die einzige Hoffnung für die sowjetische Regierung, zu einer Konzession zu gelangen, bestehe in der Wahl eines neuen Majlis, die aber erst nach Abzug der sowjetischen Truppen aus dem Iran erfolgen könne. Molotow zeigte sich bereit, die von Bayat vorgeschlagene Bildung einer sowjetisch-iranischen Ölgesellschaft zu akzeptieren, an der sich die Sowjets mit 51% und die Iraner mit 49% der Aktien beteiligen sollten.<sup>268</sup> Beim weiteren Gespräch mit Molotow in Bezug auf die Ölkonzession betonte Qavam, dass die Gesetzeslage (das Majlis) eindeutig sei und jeder Minister des Irans, der die Konzessionsverhandlung führe, wegen Amtsmissbrauch angeklagt werde.<sup>269</sup>

Das zweite Gesprächsthema war die Forderung Stalins, dass der Iran der weiteren Stationierung sowjetischer Truppen im Nordiran für unbestimmte Zeit zustimmen solle. Die sowjetische Führung berief sich auf den bilateralen Vertrag von 1921. Als Qavam darauf hinwies, dass dessen Bestimmungen eine Stationierung sowjetischer Streitkräfte im Iran nur für den Fall vorsähen, dass die Sowjetunion durch eine dritte Macht bedroht sei, nannten seine sowjetischen Verhandlungspartner als Begründung die „feindselige Haltung“ der iranischen Delegation auf der Pariser Friedenskonferenz im Jahre 1919 und zogen sich schließlich auf die nicht weiter erläuterte Feststellung zurück, dass die sowjetischen Interessen den weiteren Verbleib sowjetischer Truppen im Iran erforderten.<sup>270</sup> Einen vollständigen Abzug ihrer Streitkräfte stellte die sowjetische Führung nur in Aussicht, falls ihre Forderung nach

---

<sup>265</sup> Qavam stellte in einer Unterredung mit Bullard fest, er könne durch die Resolution des Sicherheitsrats mit einem langen Löffel mit Stalin Suppe essen. Siehe E 1040/5/34.

<sup>266</sup> FRUS, 1946, Bd. VII, S. 324, 30.1.1946.

<sup>267</sup> Siehe Roberts an Bevin, 28.2.1946, in: DBPO, United Nation: Iran, Series I., Voll, VII, S. 43-45. Während des Aufenthaltes von Qavam in Moskau wurden die Protestnoten Irans und der USA der Sowjetunion überreicht, weil diese sich nicht am 2. März aus dem Iran zurückgezogen hatte. Siehe FO 371/52667/2568, 8.3.1946, S. 3.

<sup>268</sup> Murray an SoS, 11.3.1946, FRUS, 1946, Bd. VII, S. 351.; MM, 26.7.1326/ 20.10.1947.; Siehe auch Bullard an Bevin, Telegramm 11.3.1946, zit. n. DBPO, United Nation: Iran, Series I., Voll, VII, S. 55.

<sup>269</sup> Roberts an FO, 1.3.1946, E 1927/5/34, ders., 4.3.1946, E 1979/5/34.; Dawudi 1326/1947: 76-109, Qavam al Saltaneh, Bd. 2.

<sup>270</sup> FRUS, 1946, Bd. VII, S. 338-351.; Siehe Kuniholm, 1980: 313, The Origins of the Cold War.; Tuluii, 1373/1994: 311-338, Spieler der Pahlavi Ära. Bd.1. In diesem Buch wurde die Reise Qavams nach Moskau ausführlich beschrieben.

Ölkonzessionen erfüllt werde und sichergestellt sei, dass die Sowjetunion „keinen feindlichen Nachbarn im Süden habe.“<sup>271</sup>

Das dritte Thema, mit dem Qavam konfrontiert wurde, war die Anerkennung der Autonomie im Nordiran. Qavam entgegnete, dass Aserbaidschan ein untrennbarer Teil des Irans sei. Ferner betonte Qavam, dass die alliierten Truppen nach den Bestimmungen des Drei-Mächte-Vertrags von 1942 das gesamte Territorium des Irans bis zum 2. März 1946 räumen müssten.<sup>272</sup>

Interessanterweise hat Qavam in seinen Gesprächen mit Stalin und Molotow keinen Forderungen zugestimmt und immer das iranische Parlament als ein Hindernis gegen sowjetisch-iranische Verständigung dargestellt.

Als Qavam von der Hartnäckigkeit der sowjetischen Führung in den direkten Gesprächen erfuhr, drückte er seine mündlichen Forderungen in einer schriftlichen Note aus, um zum einen diesen Forderungen eine offizielle Gestalt zu geben und einem späteren sowjetischen Dementieren vorzubeugen, zum anderen um die sowjetische Führung damit unter Druck zu setzen. In seiner ersten Note am 24. Februar 1946 wies Qavam die sowjetische Regierung auf folgendes hin:

1) Wenn die sowjetische Regierung wirklich mit der iranischen Regierung zusammenarbeiten wolle, müsse sie der iranischen Regierung bei der Beseitigung der Probleme behilflich sein, indem sie durch den Abzug ihrer Truppen die Parlamentswahl der 15. Legislaturperiode ermögliche. Dadurch sei er (Qavam) sicher, dass eine neue Phase in den bilateralen Beziehungen beider Länder geschaffen werde, und beide Länder würden davon profitieren.“

2) Aserbaidschan sei ein untrennbarer Teil Irans, und seine Mentalität (...) entspreche der iranischen Sitte und Tradition. (...) Die Autonomieregierung sei gegen die iranische Verfassung. Die Entwaffnung sowie die Entlassung der iranischen Militärkräfte (in dieser Provinz), die Besetzung der Ämter z.B. der Gebäude der Bank-Melli seien ein Verstoß gegen die iranische Verfassung. Falls die Autonomieregierung weiterhin diesen Weg verfolge, würde dies in der Spaltung des Landes enden.

3) Für die Lösung der Aserbaidschankrise schlage er (Qavam) vor:

a) Generalamnestie für alle Beteiligten in der Autonomiebewegung,

---

<sup>271</sup> FRUS, 1946, Bd. VII, S. 337.; Kuniholm, 1980: 313f, The Origins of the Cold War.

<sup>272</sup> Vgl. Ramazani, 1975: 136, Iran's Foreign Policy 1941-1973.; Fatemi, 1980: 103, The USSR in Iran.; FRUS, 1946, Bd. VII, S. 38f. Der Abzug britischer Truppen war zu diesem Zeitpunkt abgeschlossen. Die letzten amerikanischen Truppen waren Ende Dezember 1945 aus dem Iran evakuiert worden. ; FRUS, 1945, Bd. VIII, S. 522.

b) Einsetzung des Landrates mit folgenden Befugnissen:

- Aufsicht über das Provinz-Budget,
- lokale Verwendung eines Teiles des Steueraufkommens von Aserbaidschan,
- Aufsicht über den Verkauf und die Änderung des Regierungseigentums,
- Beratungsstelle bei der Besetzung der Chefämter, wie Bürgermeister, ...

Die iranische Regierung, so Qavam weiter, werde versuchen, auf die regionalen Bedürfnisse sowie die Vorschläge des Landrates zu achten.<sup>273</sup>

In seiner Antwort begegnete Molotow Qavam mit den folgenden Gegenvorschlägen:

1) In Aserbaidschan wird eine Autonomieregierung vom Landrat gewählt. In der Regierung sind folgende Ressorts vertreten: Agrar, Finanz, Innen, Arbeit, Erziehung, Gesundheit, Justiz und Polizei.

2) In den Städten werden Stadträte gewählt. Die Regeln für die Wahl werden durch das Wahlgesetz (der aserbaidischen Regierung) bestimmt.

3) Die Sprache in den Schulen, Ämtern und in den Gerichtsverfahren ist Azari. Der Briefwechsel zwischen Täbris und Teheran findet in persischer Sprache statt.

4) Der aserbaidische Ministerpräsident hat das Amt als Provinzleiter inne.

5) Der Militärführer wird von der iranischen Regierung mit der Zustimmung der aserbaidischen Regierung gewählt.

6) 75% der aserbaidischen Steuereinnahmen werden in Aserbaidschan verwendet.

7) Die iranische Regierung wird die politischen Organisationen wie Demokratische Partei Aserbaidschans, ... akzeptieren und ihre Freiheit nicht einschränken.

8) Die Anzahl der aserbaidischen Abgeordneten im iranischen Parlament wird erhöht.

9) Die sowjetische Regierung verzichtet auf Erdölkonzessionen im Nordiran und schlägt nun die Gründung einer gemeinsamen Firma für die Förderung des Erdöls im Nordiran vor, an der sich der Iran mit 49% und die Sowjetunion mit 51% der Aktien beteiligen werden.

---

<sup>273</sup> Der Text wurde auszugsweise von AIA gewählt. / Siehe Tuloui, 1373/1994: 311-338, Spieler der Pahlavi Ära, Bd. 2.; Dawudi, 1326/1947: 76-109 Qavam al Saltaneh, Bd. 1.

10) Die sowjetische Regierung hat vor, ab 2. März 1946 ihre Truppen aus einem Teil Irans abzuziehen. In anderen Teilen des Landes werden die sowjetischen Truppen aufgrund des iranisch-sowjetischen Vertrages von 26. Februar 1921 weiterhin verbleiben. Die sowjetischen Truppen ziehen aus dem ganzen Iran nur dann ab, wenn die iranische Regierung zum einen alle Diskriminierungen gegen die Sowjetunion beseitigt und zum anderen die Ordnung im Nordiran hergestellt und freundliche Beziehungen gegenüber der Sowjetunion hergestellt hat.

Einen Tag danach am 3. März 1946 bekräftigte Qavam in seiner zweiten Antwortnote, dass die Grundlage der freundlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern vorhanden sei. Doch stellte die weitere Truppenstationierung der Sowjets sowie die Unterstützung der Autonomieregierung im Iran ein Hindernis für die Intensivierung dieser Beziehung dar. Die Mehrheit der iranischen Bevölkerung sei sicher, dass die sowjetische Regierung die Unabhängigkeit Irans nicht bedrohe. Die Autonomieregierung sei gegen die iranische Verfassung, und wenn in einem Teil des Landes solche Forderungen laut werden, besteht die Gefahr, dass man auch in anderen Teilen des Irans diesen Wunsch äußert. Auch die Wahl der Minister durch die Autonomieregierung sei gegen die Verfassung. Es gebe einen anderen Weg, um den Forderungen der Autonomieregierung nachzukommen. Man müsse den Verfassungsartikel in diesem Zusammenhang ändern und dies sei durch die Wahl des „Moaasesan-Parlamentes“ sowie durch Referendum möglich.

Qavam machte auch Kompromisse, indem er zustimmte, dass einige Ämter oder sogar der Provinzleiter vom Landrat gewählt werden. Er versprach sogar, dass seine Regierung mit dem aserbaidchanischen Landrat über die Steuer und Erziehung zusammenarbeiten werde.

In Bezug auf den sowjetischen Hinweis, dass der Artikel 6 des Vertrages vom 1921 der Sowjetunion das Recht erteile, ihre Truppen in den Iran einmarschieren bzw. dort stationieren zu lassen, erklärte Qavam, „dieses Recht besteht nur, wenn ein drittes Land versuchen würde, über den Iran die Sowjetunion anzugreifen bzw. zu bedrohen und die iranische Regierung nicht in der Lage wäre, dies zu verhindern, ganz zu schweigen davon, dass diese Bedrohung überhaupt nicht besteht. Die Sowjetunion kann sich nicht auf diesen Artikel für weitere Stationierungen berufen.“<sup>274</sup>

Qavam hoffte, dass eine gute Lösung für das Erdöl nach der Beilegung der Aserbeidschankrise sowie dem totalen Abzug der sowjetischen Truppen gefunden werde.<sup>275</sup>

---

<sup>274</sup> MM, 29.7.1326/ 22.10.1947.

<sup>275</sup> MM, 29.7.1326/ 22.10.1947.; Dawudy, 1326/1947: 76-109, Qavam-el-saltaneh.

Die wiederholte Ablehnung Qavams bewirkte eine scharfe Reaktion Molotows. Der sowjetische Außenminister behauptete in seiner Antwortnote: „ Die sowjetische Regierung machte dem Iran gegen ihre Vorteile am 25. Februar 1946 zwei gute Vorschläge. In Bezug auf das Erdöl schlug sie vor, eine gemeinsame Firma zu gründen. Diesen Kompromiss lehnte die iranische Seite in ihrem Schreiben vom 26. Februar 1946 ab. Dieses zeigt nur, dass die iranische Regierung die Diskriminierungspolitik gegenüber der Sowjetunion weiter verfolgt. Daher wird die sowjetische Seite den Kompromissvorschlag zurücknehmen und die sowjetische Forderung von 1944 wiederholen, in der die Erteilung der Erdölkonzession im Nordiran verlangt wurde. Die Sowjets haben genau wie die Briten - im Südiran- das Recht, eine Erdölkonzession zu bekommen. Das sowjetische Recht steht außer Diskussion.“<sup>276</sup>

In Bezug auf Aserbaidschan – „eine innere Angelegenheit des Irans“<sup>277</sup> – „wird die sowjetische Regierung eine Vermittlerrolle übernehmen.“<sup>278</sup> Die iranische Note vom 26. Februar 1946 lehnte diesen Vorschlag ebenfalls ab.

Molotow blickte nochmals auf die iranische Forderung im Jahre 1919 zurück, in der die iranische Delegation die Rückgabe des sowjetischen Aserbaidschans, von Baku und Turkmenistan verlangte.<sup>279</sup> Auch das Verhalten der iranischen Regierung im Jahre 1921 wurde kritisiert. Der Iran habe einige Monate nach der Unterzeichnung des Freundschaftsvertrages mit der Sowjetunion „Standard Oil“ eine Erdölkonzession im Nordiran erteilt und das sowjetische Interesse stark beschädigt. Im Jahre 1937 habe der Iran mit der Erteilung der Erdölkonzession an eine amerikanische Firma versucht, die politische Beziehung zwischen den USA und der Sowjetunion zu beeinträchtigen.<sup>280</sup> Im Jahre 1939 habe der Iran eine Ölkonzession einer britisch-neuseeländischen Firma überlassen, um den Konflikt zwischen den Sowjets und den Briten zu entflammen.

„Die iranische Regierung überließ diese Konzession an andere Länder aber nicht an die Sowjetunion. Alle diese Fakten zeigen, dass sich die iranische Regierung gegen die Sowjetunion unfreundlich verhält und eine Möglichkeit sucht, die sowjetischen Interessen zu beschädigen. Diese Tatsache kann man nicht dem Zufall überlassen. Vor kurzem hatte die iranische Führungselite Hakimi, dessen unfreundliches Verhalten gegenüber der Sowjetunion bekannt ist, zum Ministerpräsidenten gewählt. (...) Die Regierung Hakimis blieb bis Februar

---

<sup>276</sup> Die Antwortnote der Sowjets wurde am 28.2.1946 eingereicht. Siehe Dawudi, 1326/1947: 76-109, Qavam-el-saltaneh.

<sup>277</sup> AIA, Qavam an Bayat (Teheran), Nr. 22, 19.12.1324/10.3.1946.

<sup>278</sup> Vor dem iranischen Parlament erklärte Qavam, dass er keine sowjetische Vermittlerrolle forderte, sondern die Sowjets aufforderte, ihre Unterstützung der Autonomieregierung einzustellen. MM, 29.7.1326/22.10.1947.

<sup>279</sup> Vgl. Bullard an Bevin, 11.3.1946, zit. n. DBPO, United Nation: Iran, Series I., Voll, VII, S. 56.

<sup>280</sup> In dieser Note erklärte Molotow, dass beide Konzessionen durch die sowjetischen Proteste annulliert worden sind.

1946 an der Macht und hat mit ihren Taten die Beziehung zwischen dem Iran und der Sowjetunion vergiftet. Es gibt unter iranischen Regierungskreisen immer noch Personen, die die Meinungsdivergenzen zwischen der Sowjetunion und anderen Ländern dazu nutzen wollen, um Baku, das sowjetische Aserbaidschan sowie Turkmenistan zu annektieren. Daher ist die sowjetische Regierung gezwungen, den totalen Truppenabzug aus dem Nordiran abzulehnen.<sup>281</sup>

Qavam blieb nicht anders übrig, als nochmals in der dritten Antwortnote seine Forderungen zu wiederholen und die Sowjets darauf aufmerksam zu machen, dass nach Artikel 106 der iranischen Verfassung der Aufenthalt oder die Bewegung der ausländischen Truppen im Iran nur mit der Erlaubnis des iranischen Parlaments möglich sei. Der jetzige Aufenthalt der sowjetischen Truppen sei nach dem Drei-Mächte-Vertrag bis zum Ende des Krieges genehmigt, und diese müssten bis zum 2. März 1946 den Iran verlassen haben.

Nach der sowjetischen Meldung am 2. März 1946, dass die Sowjets mit dem Teilabzug aus dem Iran begonnen haben, protestierte Qavam in seiner ersten Protestnote, dass dieser Teilabzug gegen den Drei-Mächte-Vertrag von 1942 verstoße und die Sowjetunion genau wie England seine Truppen ganz aus dem Iran abziehen müsse. Die sowjetische Entscheidung sei gegen die iranische Verfassung sowie die iranisch-sowjetischen Verträge.

Am 26. Februar 1946 stellte Molotow Qavam den neuen sowjetischen Botschafter in Teheran vor. In den Gesprächen wurde<sup>282</sup> nur über den Erwerb der Ölkonzession gesprochen.

In seiner zweiten Protestnote am 27. Februar 1946 bedauerte Qavam, dass die bewaffneten Einheiten in der Umgebung von Gilan die Beamten der Zentralregierung angegriffen und die Sicherheit des Landes bedroht hätten. Diese bewaffneten Einheiten seien nur mit der Unterstützung der sowjetischen Truppen in der Lage, solche Aktionen zu unternehmen. Ferner verhinderten die sowjetischen Behörden die Verstärkung der iranischen Militäreinheiten. Diese Taten seien gegen die Erwartung der iranischen Bevölkerung und führten zu Chaos und Anarchie im Iran und beeinträchtigten die Freundschaftsbeziehung zwischen dem Iran und der Sowjetunion.

In seiner dritten Protestnote sprach Qavam von weiteren Aktivitäten der Rebelleneinheiten, die in Tawales, Tarum, Masule und Asalem die iranische Ordnung zu verletzen drohten. Außerdem wurde gemeldet, dass sich eine sowjetische Militäreinheit von Baku in Richtung Bander-Shah in Bewegung gesetzt habe. Alle diese Meldungen würden die beabsichtigten Reformen der iranischen Regierung verhindern.

---

<sup>281</sup> Tuloui, 1373/1994:312ff, Spieler der Pahlavi Ära.

<sup>282</sup> AIA, Qavam (Moskau) an Bayat (Teheran), 9.12.1324/ 28.2.1946.

Parallel zu den Noten traf sich Qavam mit Stalin. In diesem Treffen, das die letzte Begegnung Qavams mit Stalin war, forderte Stalin Qavam auf, durch die Reformen die vorhandenen Probleme zu beseitigen. Qavam antwortete: „Ich beabsichtige diese Reformen und rechne mit der Unterstützung der sowjetischen Regierung. Der erste Schritt auf diesem Weg ist der Abzug der sowjetischen Truppen aus dem Iran.“<sup>283</sup> Stalin schwieg und war nicht bereit, ihm eine Antwort zu geben.

Da Qavam zwischen dem 28. Februar und 5. März 1946 keinen Bericht nach Teheran sendete, erwähnte sein Stellvertreter, Bayat, „dass die iranische Öffentlichkeit und das Parlament auf seine Erklärung wartet, denn Radio Moskau, London und Dehli sendeten eine Nachricht über den Abzug der sowjetischen Truppen nur aus Semnan, Shahrud und Meshhad. (Das iranische Volk) wollte dagegen demonstrieren, aber ich (Bayat) habe es verhindert. Die Abgeordneten kamen im Majlis zusammen und protestierten gegen die sowjetischen Absichten und fragten nach, wieso der Ministerpräsident schweigt.“<sup>284</sup>

In seiner Antwort teilte Qavam Bayat mit, dass er einen Tag davor gegen den sowjetischen Teilabzug protestierte. Er wiederholte in seinem persönlichen Treffen mit Stalin den Protest. Er empfahl Bayat, solange das Gespräch in Moskau freundlich ablaufe, sollten die Demonstrationen, die diese Freundschaft in Frage stellten, vermieden werden.<sup>285</sup> Diese Bedenken wurden auch in einem Treffen zwischen dem iranischen Stellvertreter des Außenministeriums und dem Stellvertreter des sowjetischen Botschafters in Teheran zum Ausdruck gebracht.<sup>286</sup> Ferner wurde Qavam von Alas Bericht in Kenntnis gesetzt, in dem der iranische Botschafter in Washington betonte: „In den politischen Kreisen der USA wurde das sowjetische Verhalten scharf kritisiert, und die Töne werden jeden Tag lauter. Drei Tage davor sprach sich der amerikanische Senator Wanderberg in seiner Rede über das sowjetische Verhalten aus und schlug der amerikanischen Regierung vor, an der Außenpolitik aktiv teilzunehmen.“ Am Vortag habe der amerikanische Außenminister in seiner Pressekonferenz erklärt: „Wie können wir zuschauen, dass ein Land (die Sowjetunion) mit Gewalt seine Truppen in einem kleinen Land stationieren lässt, ohne die Zustimmung des kleinen Landes zu besitzen.“ (...) Die Meldung von Radio Moskau über die Verzögerung des Truppenabzuges aus dem Iran verursachte eine negative Reaktion in den offiziellen sowie inoffiziellen Kreisen der USA. In amerikanischen Kreisen wurde die Kritik gegen die Sowjetunion lauter. Insbesondere nach der erwähnten Rede des amerikanischen Außenministers verlangte die

---

<sup>283</sup> MM, 29.7.1326/ 22.10.1946.

<sup>284</sup> AIA, Bayat (Teheran) an Qavam (Moskau, Nr. 2022, 12.12.1324/ 3.3.1946.

<sup>285</sup> AIA, Qavam (Moskau) an Bayat (Teheran), Nr. 2419, 14.12.1324/ 5.3.1946.

<sup>286</sup> AIA, Außenministerium (Teheran) an Qavam (Moskau) 14.12.1324/ 5.3.1946.

Presse, dass die amerikanische Regierung nun einen Protest einlegen müsse. Die Vertreter der amerikanischen Regierung haben Bedenken, dass der sowjetische Beschluss mit der Zustimmung der iranischen Regierung zustande gekommen ist. „Die Weltöffentlichkeit, die amerikanische Regierung sowie die Presse unterstützen gemeinsam den Iran. Wir müssen keine Angst haben. Die kleinen Zugeständnisse Irans an die Sowjetunion sind falsch. Die politische Situation in der Welt ändert sich, und die großen Regierungen in der Welt können die sowjetische Politik nicht mehr dulden.“ Ala schlug vor: „Wir müssen uns für die erste Sicherheitsratssitzung vorbereiten. Es ist das erste Mal, dass die amerikanische sowie die britische Regierung eine gemeinsame Front gegen die Sowjetunion bilden.“<sup>287</sup>

Auch der iranische Botschafter in London, Taqizadeh, empfahl der Zentralregierung in Teheran, „den Protest gegen die Sowjetunion so schnell wie möglich abzugeben, sonst kann man vom Ausland keine Unterstützung erwarten. Hier (in London) hat die Presse Zweifel an der iranischen Politik und befürchtet, dass der Iran selbst der weiteren Stationierung der sowjetischen Truppen zugestimmt habe. Hier (in London) ist die Öffentlichkeit sehr aufgebracht. Die Iraner müssen selbst für die Stabilität sowie für den Schutz des Landes sorgen. Man muss die Politik der Freundlichkeit sowie der Bescheidenheit gegenüber der Sowjetunion aufgeben. Wir müssen unsere Rechte verteidigen.“<sup>288</sup>

In einem weiteren Bericht informierte Taqizadeh Teheran, dass alle anwesenden „Mitglieder des britischen Parlaments - ohne Ausnahme - gegen die Sowjetunion protestierten und dies ist ein Erfolg (für den Iran).“<sup>289</sup>

Während Qavams Aufenthalt in Moskau veröffentlichte die sowjetische Presse die Nachricht, dass „am 2. März 1946 der Abzug eines Teils der sowjetischen Truppen aus Bezirken des Irans beginnen wird, in denen die Lage relativ ruhig ist, das heißt aus den Bezirken Meshhad, Shahrud und Semnan im östlichen Teil des Irans. Was die sowjetischen Truppen in anderen Gebieten des Irans betrifft, werden sie im Iran bleiben, bis die Lage geklärt ist.“<sup>290</sup>

In Washington drängte am Abend des 2. März 1946 Teherans Botschafter H. Ala das State Department zu einem Protest.<sup>291</sup> Qavam legte in einer am folgenden Tage überreichten Note Protest ein und forderte die sowjetische Regierung auf, den sofortigen und vollständigen Abzug ihrer Truppen zu veranlassen. Vor dem iranischen Parlament wiederholte der

---

<sup>287</sup> AIA, Außenministerium (Teheran) an Qavam (Moskau) 14.12.1324. / 5.3.1946.

<sup>288</sup> AIA, Taqizadeh (London) an Außenministerium (Teheran), Nr. 2424, 14.12.1324/ 5.3.1946.

<sup>289</sup> AIA, Taqizadeh (London) an Außenministerium (Teheran), Nr. 2423, 15.12.1324/ 6.3.1946.

<sup>290</sup> FRUS, 1946, Bd. VII, S. 335.

<sup>291</sup> Das offizielle Ersuchen Irans an die USA erfolgte am 5. März. Vgl. FRUS, 1946, Bd. VII, S. 339.

Abgeordnete Mossadegh diese Forderung unter großem Beifall. Die britische Regierung protestierte am 3. März 1946, und die amerikanische Regierung folgte dieser am 5. März 1946.

In Moskau sagte Ministerpräsident Qavam am 4. März 1946 dem amerikanischen Geschäftsträger George Kennan, Stalin habe ihm erklärt: „Es ist uns gleichgültig, was die USA und Großbritannien denken. Wir fürchten uns nicht vor ihnen.“<sup>292</sup> Nach Alas Auffassung fürchtete sich die sowjetische Führung „vor der Blamierung vor der Weltöffentlichkeit“<sup>293</sup>, deren Druck zum sowjetischen Truppenabzug aus dem Iran führen werde.<sup>294</sup>

Am Abend des 5. März 1946 wurde Kennan angewiesen, Molotow eine Note zu überreichen, in der festgestellt wurde, die amerikanische Regierung könne durch weitere Präsenz sowjetischer Truppen im Iran nicht gleichgültig bleiben und fordere die sowjetische Regierung auf, ihre Streitkräfte unverzüglich (aus dem Iran) abzuziehen.<sup>295</sup> Die amerikanische Formulierung in dieser Note signalisierte einen Wendepunkt in den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen und ein Zeichen des beginnenden Ost-West-Konflikts.

Inzwischen verschärfen sich die amerikanischen Töne gegenüber der Sowjetunion weiter. Insbesondere, als der Bericht des amerikanischen Vizekonsuls Rossow in Täbris über sowjetische Truppenbewegungen in Richtung Teheran, türkische und irakische Grenze am 6. März 1946 in Washington ankam. Nach Informationen Rossows trafen etwa 500 Panzer mit entsprechendem Begleitpersonal aus der Sowjetunion im Nordiran ein und bezogen Stellung in den oben genannten Stoßrichtungen. Ein Teil der südlichen Truppen befand sich weniger als 35 km vor Teheran<sup>296</sup>: „Die Sowjets bereiteten größere militärische Operationen vor“.<sup>297</sup> Der Bericht Rossows beunruhigte die amerikanische Regierung. Daraufhin stellte Byrnes, der amerikanische Außenminister, am 7. März 1946 fest, dass die Sowjetunion im Iran nun offensichtlich der politischen Subversion die militärische Invasion folgen lasse und meinte: „Jetzt geben wir es ihnen aus beiden Rohren.“<sup>298</sup> Am 8. März 1946 wurde eine weitere amerikanische Note an die Sowjetunion überreicht, in der dem Wunsch der amerikanischen Regierung Ausdruck verliehen wurde, zu erfahren, „ob die sowjetische Regierung (...)

---

<sup>292</sup> FRUS, 1946, Bd. VII, S. 352.

<sup>293</sup> AIA, Washington an Qavam, 27.12.1324 / 18.3.1946, Nr. 2481.

<sup>294</sup> AIA, Ala an Teheran, Nr. 676, 29.3.1325/ 19.6.1946.

<sup>295</sup> Die Note wurde am 6. März überreicht; FRUS, 1946, Bd. VII, S. 340ff.

<sup>296</sup> Vgl. FRUS, 1946, Bd. VII, S. 340ff.; Robert Rossow, The Battle of Aserbajdschan, 1946, in: The Middle East Journal, 10 (Winter 1956) 1, S. 20f. Siehe Kuniholm, 1980: 319, The Origins of the Cold War.

<sup>297</sup> FRUS, 1946, Bd. VII, S. 343.; Die sowjetische Führung versuchte mit diesem militärischen Manöver die iranische Regierung in Teheran einzuschüchtern.

<sup>298</sup> „Now we'll give it to them with both barrels“ FRUS, 1946, Bd. VII, S. 343.

zusätzliche Streitkräfte in den Iran verlegt habe. Falls die sowjetischen Truppen im Iran verstärkt werden, würde die (amerikanische) Regierung eine sofortige Informierung darüber begrüßen, zu welchem Zweck dies geschieht.“<sup>299</sup>

Außenminister Byrnes informierte gleichzeitig seinen britischen Kollegen, dass die amerikanische Regierung beabsichtige, die Iranfrage dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen vorzulegen, falls die Reaktion Moskaus auf die Note vom 6. März 1946 nicht befriedigend ausfalle. In Teheran versicherte der amerikanische Botschafter Murray am 10. März 1946 dem Ministerpräsidenten Qavam, dass die USA den Iran gegebenenfalls in einer „parallelen Aktion“ unterstützen würden, falls Teheran den Sicherheitsrat anriefe.<sup>300</sup>

Am 7. März 1946 unterrichtete Qavam seinen Stellvertreter Bayat in Teheran von seinem Treffen mit der sowjetischen Führung. „Die sowjetische Regierung lehnt meine Forderungen mit verschiedenen Ausreden ab. Ich setzte den amerikanischen sowie britischen Stellvertreter in Moskau von meinem Treffen mit der sowjetischen Führung in Kenntnis. Außerdem habe ich am 2. März 1946 mündlich und schriftlich gegen das Vorhaben der Sowjets in Bezug auf den Teilabzug protestiert.“<sup>301</sup>

Die Verhandlung zwischen Qavam und der sowjetischen Führung in Moskau geriet in eine Sackgasse.<sup>302</sup> Nach meiner Auffassung legte Qavam die Grundlage seiner weiteren Verhandlung in Teheran fest. Qavam flog am 5. März 1946 nach Teheran zurück und wurde von der iranischen Bevölkerung in Teheran herzlich empfangen.<sup>303</sup>

Am 12. März 1946 informierte Qavam das Majlis von seiner Reise nach Moskau und bekräftigte darin seine These in der Außenpolitik, die „ auf dem Prinzip des Gleichgewichts, der Freundschaft und der gegenseitigen Achtung mit den drei großen, mit dem Iran verbündeten Regierungen aufbaue.“<sup>304</sup> Mit seiner Rede ist die 14. Legislaturperiode des iranischen Parlaments zu Ende gegangen. Eine Verlängerung der Parlamentsperiode wurde aufgrund der Bestimmungen der Verfassung abgelehnt.

Am 13. März 1946 versprach Qavam Murray definitiv, innerhalb der nächsten zwei bis drei Tage die iranische Beschwerde dem Sicherheitsrat vorzulegen: Dem sowjetischen Botschafter werde als Begründung für diesen Schritt mitgeteilt, die iranische Verfassung

---

<sup>299</sup> FRUS, 1946, Bd. VII, S. 348.

<sup>300</sup> Vgl. FRUS, 1946, Bd. VII, S. 345.

<sup>301</sup> AIA, Qavam (Moskau) an Außenministerium (Teheran), 16.12.1324/ 7.3.1946.

<sup>302</sup> Siehe Fawcett, 1992: 102, Iran and the Cold War.

<sup>303</sup> Siehe Telegram Nr. 1146, FRUS 1946, VII, 11.3.1946.

<sup>304</sup> MM, 14, Majlis 186, Sitzung, 28.11.1324 / 17.2.1946.

verbiete die Präsenz ausländischer Truppen ohne Zustimmung des Parlaments.<sup>305</sup> Murray betonte erneut, wie wichtig es für den Iran sei, sich Gehör zu verschaffen, solange es noch frei stehe zu sprechen.<sup>306</sup>

Außenminister Byrnes ließ Botschafter Murray am 15. März Qavam mitteilen, dass es für den Iran in dieser Situation keine andere Alternative gebe, als sofort den Sicherheitsrat anzurufen. Die britische Regierung habe denselben Rat erteilt. Murray möge Qavam daran erinnern, dass die USA ihm bereits ihre volle Unterstützung für diesen Schritt zugesichert hätten.<sup>307</sup> Eine Botschaft der amerikanischen Regierung folgte am nächsten Tag, als Byrnes in einer Rede, in der er unter anderem die Erweiterung der Wehrpflicht ankündigte, erwähnte:

„Die Verpflichtung der amerikanischen Regierung ist es, für die Charta der Vereinten Nationen einzutreten und deren Ziele und Prinzipien sogar mit militärischer Macht (falls nötig) zu verteidigen.“<sup>308</sup>

Präsident Truman beschrieb die Lage intern in einer Unterredung mit Averell Harriman: Falls die Sowjetunion sich weigere, ihre Truppen abzuziehen, entstehe eine sehr gefährliche Situation im Iran, die zum Krieg führen könne.<sup>309</sup>

Ala aus Washington berichtete Qavam, dass „der Einzug neuer sowjetischen Truppen in den Iran und die Bewegung dieser Truppen in Richtung Teheran, Irak und Trabzon (Türkei) in der Presse auf der Welt diskutiert wurde und das amerikanische Außenministerium ärgerte.“ Die USA überreichten den Sowjets eine Notiz und forderten eine Erklärung dafür. Ala führte weiter aus: „Die Räumung Irans ist nun eine internationale Angelegenheit und weckte das Interesse der Großmächte: Der Iran muss diese Lage nutzen, die Arbeit (die Klage) vor dem Sicherheitsrat weiter zu verfolgen und sich nicht dem sowjetischen Druck zu beugen.“<sup>310</sup> Wenig später berichtete Ala: „Seit einigen Tagen glaubt man hier, dass die iranische Regierung entscheiden will, den Bruch des Drei-Mächte-Vertrags vor dem Sicherheitsrat anzuklagen. Zunächst sollte die Sicherheitsratssitzung am 21. März stattfinden. Daher habe ich (Ala) aufgrund der außergewöhnlichen Aufmerksamkeit in der Weltöffentlichkeit Vorbereitungen zugunsten Irans getroffen. Nun wurde die Sitzung auf den 25. März 1946 verschoben. Falls die Klageabgabe verzögert wird, wird der Iran die günstige

---

<sup>305</sup> FRUS, 1946, Bd. VII, S. 354. Eine Zustimmung war nicht zu erwarten. Das Parlament war am 12. März zum letzten Mal vor den Neuwahlen zusammengetreten. Die Neuwahlen waren aber nach dem Gesetz erst nach Abzug aller fremden Truppen möglich. Kirk, 1954 : 67f, The Middle East 1945-1950, Survey of International Affairs.

<sup>306</sup> FRUS, 1946, Bd. VII, S. 353ff.

<sup>307</sup> FRUS, 1946, Bd. VII, S. 360.

<sup>308</sup> Zit. n. Harbutt, 1986:228, The Iron Curtain.; Siehe AIA, Außenministerium (Teheran) an Qavam (Moskau) 14.12.1324. / 5.3.1946.

<sup>309</sup> Harriman an Abel, Special Envoy, S. 550.

<sup>310</sup> AIA, Washington an Qavam, 24.12.1324/ 15.3.1946, Nr. 2458.

Situation verpassen.<sup>311</sup> Ala zufolge zögerte Qavam, ihm den notwendigen Befehl zu erteilen, um die Klage einzureichen.<sup>312</sup> Den Grund für die Verzögerungstaktik Qavams erwähnte Ala selbst in weiteren Schreiben. Er bemerkte: „In der Presse steht, dass die sowjetische Regierung drohte, eine Anrufung des Sicherheitsrates als einen unfreundlichen Akt zu bezeichnen.“<sup>313</sup> Tatsächlich erklärte der sowjetische Geschäftsträger dem Ministerpräsidenten Qavam einige Tage zuvor in Teheran, seine Regierung würde die geplante Anrufung des Sicherheitsrats als unfreundlichen und feindseligen Akt betrachten und dies würde verhängnisvolle Folgen für den Iran haben. Er legte Qavam nahe, diesen Schritt zu unterlassen und statt dessen abzuwarten, bis der Sicherheitsrat einen Bericht anfordere.<sup>314</sup> Die sowjetische Drohung führte dazu, dass Qavam durch einen Abgesandten den amerikanischen und britischen Botschafter fragte, welche Unterstützung er von den USA und Großbritannien erwarten könne, wenn er das Risiko einginge, den Sicherheitsrat anzurufen. Die beiden westlichen Botschafter äußerten daraufhin ihre „persönliche“ Meinung, die iranische Führung solle bald handeln, da sonst der sowjetische Druck noch stärker werden dürfte.<sup>315</sup> Qavam konnte mit dieser Antwort nichts anfangen.

In diesem Telegramm schrieb Ala weiter, dass das amerikanische Außenministerium wegen der Veröffentlichung dieses Berichtes gekränkt sei. Diese „Drohung zeigt, dass die sowjetische Regierung versucht, die Anrufung des Sicherheitsrates zu verhindern, weil sie sich davor fürchtet, im Sicherheitsrat negativ beurteilt und vor der Weltöffentlichkeit bloßgestellt zu werden. Ich (Ala) bin sicher, dass die USA und Großbritannien uns unterstützen. Der Erfolg gehört dem Iran. (...) Die Weltöffentlichkeit sympathisiert mit dem Iran und wartet darauf, dass der Iran den Sicherheitsrat anruft, da nur die direkte Einschaltung des Sicherheitsrates den Iran retten kann. Ich hoffe, dass Sie (Qavam) nicht mehr zögern und uns den Auftrag erteilen.“<sup>316</sup>

Die Telegramme Alas zeigen, dass er davon überzeugt war, dass der Iran nur mit der Einschaltung des Sicherheitsrates erfolgreich gegenüber der Sowjetunion auftreten kann.<sup>317</sup> Qavam war aber nicht dieser Ansicht und versuchte, so weit wie möglich die Einschaltung des Sicherheitsrates hinauszuschieben. Die Anrufung sollte nur als Druckmittel gegen die Sowjets dienen, um Moskau zum Einlenken in direkte Verhandlungen zu zwingen. So gab es Berichte über Differenzen zwischen den öffentlichen Erklärungen Qavams und Alas. Aufgrund der

<sup>311</sup> AIA, Washington an Qavam, 26.12.1324/ 17.3.1946, Nr. 2474.

<sup>312</sup> AIA, Washington an Qavam, 26.12.1324 / 17.3.1946, Nr. 2474.

<sup>313</sup> AIA, Washington an Qavam, 27.12.1324/ 18.3.1946, Nr. 2481.

<sup>314</sup> FRUS, 1946, Bd. VII, S. 357.

<sup>315</sup> FRUS, 1946, Bd. VII, S. 356.

<sup>316</sup> AIA, Washington an Qavam, 27.12.1324 / 18.3.1946, Nr. 2481.

<sup>317</sup> Siehe AIA, Ala an Qavam, Nr. 162, 29.1.1325 / 18.4.1946.

vorhandenen Berichte Alas an Qavam in iranischen Archiven stellt man fest, dass es sich dabei weder um vorherige Absprache noch „patriotischen Ungehorsam“ Ala handelte,<sup>318</sup> sondern es gab grundlegende Meinungsunterschiede zwischen Qavam und Ala gegenüber der sowjetischen Regierung. Qavam legte viel Wert auf direkte Verhandlung mit den Sowjets. Ala dagegen glaubte nicht, dass die direkte Verhandlung mit den Sowjets zum sowjetischen Truppenabzug führen würde. In einem Treffen mit Halifax betonte Ala, die einzige Waffe, die dem Iran in der Auseinandersetzung mit den Sowjets zur Verfügung stehe, sei die Mobilisierung der Weltöffentlichkeit.<sup>319</sup> Die sowjetische Regierung wolle nur mit der direkten Verhandlung die iranische Regierung unter Druck setzen und erpressen, so Ala weiter.

In einem Bericht vom 17. März 1946 warnte der amerikanische Geschäftsträger in Moskau, George Kennan, davor, dass die Sowjetunion „ein Regime im Iran an die Macht bringt, das bereit sein wird, den sowjetischen Forderungen - die Stationierung sowjetischer Streitkräfte sowie die Gewährung der Ölkonzession - zuzustimmen.“<sup>320</sup>

Qavam beauftragte am 18. März 1946 den iranischen Botschafter in den USA H. Ala - da nun der Sitz der Vereinten Nationen in New York war -, offiziell den Streitfall zwischen dem Iran und der Sowjetunion auf die Agenda des Sicherheitsrates zu setzen. Die Gründe der Klage waren,

- a) die Sowjets belassen ihre Truppen über den 2. März 1946 hinaus im Iran, entgegen den Bestimmungen des Vertrages vom 29. Januar 1942,
- b) und mischen sich in die inneren Angelegenheiten Irans ein.

Die erste Sitzung des Sicherheitsrates in New York sollte sich am 25. März 1946 mit dem Fall Iran-Sowjetunion befassen. Gromyko beantragte, die Sitzung bis zum 10. April 1946 hinauszuschieben, mit dem Argument, die Beschwerde sei unerwartet, die sowjetische Regierung sei nicht vorbereitet, und es seien Verhandlungen zwischen dem Iran und der Sowjetunion im Gange.<sup>321</sup> Der Sicherheitsrat reagierte auf den Wunsch Gromykos negativ. Daraufhin verließ Gromyko den Saal. So stand die Frage der Mitgliedschaft der Sowjetunion in den Vereinten Nationen aufgrund der Irankrise auf dem Prüfstand und damit die Bedeutung der gesamten Institution auf der Kippe.<sup>322</sup> Mit der Aussage Gromykos richtete sich nun der Blick überraschend auf Teheran, wo die Verhandlungen zwischen besagten Ländern stattfinden sollten.

---

<sup>318</sup> Vgl. Van Wagenen, 1952: 50, 59, The Iranian Case 1946

<sup>319</sup> Halifax an FO, 22.11.1945, E 9053/20/34.

<sup>320</sup> FRUS, 1946, Bd. VII, S. 362.

<sup>321</sup> FRUS, 1946, Bd. VII, S. 365-367; Vgl. Fontaine, 1369/1990 : 362, Die Geschichte des Kalten Krieges.

<sup>322</sup> FRUS, 1946, Bd. VII, S. 383.

### V.7.3. Iranisch-sowjetische Verhandlungen in Teheran unter Qavam-Sadchikow

Mit dem Rückflug Qavams aus Moskau am 8. März 1946 begann eine neue Situation in Teheran. Die 14. Legislaturperiode des Parlaments ging zu Ende. Die Verlängerung des Majlis wurde aufgrund der Bestimmungen der Verfassung abgelehnt. Die iranischen Führungskräfte befürchteten, dass das fehlende Parlament zu erhöhtem sowjetischem Druck auf die iranische Regierung führen könne. Ausgelöst wurde dies durch die Meldung, dass die sowjetische Regierung neue Truppen in den Iran einmarschieren lasse und Spekulationen zufolge vor habe, einen Putsch mit Hilfe der Tudeh-Partei in Teheran zu organisieren. Um diesen Spekulationen ein Ende zu setzen, zeigte Qavam sich bemüht, eine freundliche Beziehung gegenüber der Sowjetunion auf dem iranischen Gebiet zu pflegen. Er ließ Zia, den Fraktionschef der rechten Partei und bekannten Anti-Sowjet-Propagandisten, sowie Jamal Emami und Karim Rashti als „gefährliche und schädliche Insekten“ verhaften. Gleichzeitig nahm er mit den Autonomieregierungen in Aserbaidshan sowie in Kurdistan direkte Gespräche auf.<sup>323</sup> Er erlaubte großzügig die Arbeit der Tudeh-Partei und bot ihr die Möglichkeit an, in seinem Kabinett drei Ressorts zu besetzen. Gegenüber der sowjetischen Regierung zeigte er seine Kompromissbereitschaft. So berichtete er drei Tage nach seiner Ankunft in Teheran am 07. März 1946 in einer Pressekonferenz von seinem Aufenthalt in Moskau und betonte unter anderem, er werde ein Ölabkommen mit den Sowjets in Betracht ziehen, sobald die sowjetischen Truppen den Iran verlassen.<sup>324</sup> Er hoffte, nach der Ankunft des neuen sowjetischen Botschafters in Teheran neue Verhandlungen führen zu können. Im Laufe der nächsten Tage führte Qavam separate Gespräche mit Murray<sup>325</sup> sowie Bullard<sup>326</sup> und teilte ihnen mit, er wolle den Sicherheitsrat aufgrund seiner misslungenen Reise in die Sowjetunion anrufen. Die Vertreter der USA sowie Englands in Teheran bekräftigten ihre Unterstützung.

Am 20. März 1946 kam Sadchikow, der neue sowjetische Botschafter, in Teheran an. Ab diesem Ankunftstag bis zum Abschluss des Qavam-Sadchikow-Abkommens am 4. April 1946 wurden geheime Verhandlungen zwischen beiden Ländern in Teheran geführt.<sup>327</sup> Qavam ließ den Antrag vor dem Sicherheitsrat parallel zu seinen geheimen Verhandlungen

---

<sup>323</sup> Vgl. Avery, 1991: 67, *The Cambridge History of Iran*, Vol. 7.

<sup>324</sup> Kirk, 1954: 68, *The Middle East 1945-1950, Survey of International Affairs*

<sup>325</sup> Murray an SoS, 14.3.1946, FRUS, 1946, Bd. VII, S. 354-354f.

<sup>326</sup> Bullard an FO, 14.3.1946, E 2302/5/34.

<sup>327</sup> Vgl. Chubin/Zabih, 1975: 40, *The Foreign Relation of Iran*.

laufen,<sup>328</sup> da er mittlerweile an kein positives Resultat glaubte. Auch die amerikanische Regierung forderte gleichzeitig am 20. März 1946 den Sicherheitsrat auf, die iranische Beschwerde unverzüglich auf die Tagesordnung zu setzen. Husain Ala behauptete sogar, die Verhandlung mit der Sowjetunion sei gescheitert, ferner sei die Verpflichtung der sowjetischen Regierung, ihre Truppen aus dem Iran abzuziehen, kein Gegenstand der Verhandlung.<sup>329</sup>

Iwan Sadchikow machte in seiner ersten Gesprächsrunde mit Qavam klar, dass der Rückzug der sowjetischen Truppen nur dann erfolgen würde, wenn der Schah und Qavam ihm schriftlich die gemeinsame Ausbeutung des Erdöls im Nordiran zusagten.<sup>330</sup> Diese Forderung war eine Antwort auf Qavams Pressekonferenz von vor 10 Tagen.

Qavam machte jedoch in einem Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter am 22. März 1946 deutlich, dass er im Falle einer Verurteilung der Sowjetunion durch den Sicherheitsrat spätere Vergeltung vonseiten Moskaus fürchte und dass er die Gewährung von Ölkonzessionen sowohl an die Sowjetunion als auch an die USA befürworte. Botschafter Murray äußerte, dass eine Ölkonzessionsvergabe an die Sowjetunion als vernünftige Grundlage für verbesserte iranisch-sowjetische Beziehungen dienen könne, denn die USA könnten Iran nicht gegen alle potentiellen Gefahren absichern.<sup>331</sup>

Gleichzeitig warnte Murray Qavam vor einer informellen bilateralen Abmachung mit der Sowjetunion, nachdem Moskau gerade einen Vertrag gebrochen habe. Der Botschafter erinnerte Qavam daran, dass die Vereinigten Staaten für einen Truppenabzug ohne Bedingungen einträten; im übrigen sprach er sich weder für noch gegen das eventuelle Angebot einer Ölkonzession durch Teheran an die Sowjetunion aus. Auf Anweisung von Außenminister Byrnes erklärte Murray gegenüber Qavam, es müsse klarstellt werden, dass zwischen einer möglichen iranischen Ölkonzession an die USA und den amerikanischen Bemühungen um den Abzug der sowjetischen Truppen keinerlei Zusammenhang bestehe.<sup>332</sup>

Die Lage Qavams war nicht einfach. Qavam musste inzwischen klar gewesen sein, dass die Sowjets ohne Druck der westlichen Länder kaum zum Kurswechsel bereit waren. Außerdem glaubte er kaum an einen Erfolg Irans vor dem Sicherheitsrat, denn der Iran hatte diese Möglichkeit zur Zeit des Ministerpräsidenten Hakimi (seines Vorgängers) probiert. Damals wurden beide Verhandlungsparteien aufgefordert, ihr Problem über direkte

---

<sup>328</sup> Die amerikanische Regierung forderte am 20. März 1946 den Sicherheitsrat auf, die iranische Beschwerde auf die Tagesordnung zu setzen.

<sup>329</sup> Vgl. Kuniholm, 1980: 326, *The Origins of the Cold War.; Yearbook of the United Nations 1946-1947*, S. 330.

<sup>330</sup> Murray an SoS, FRUS, 1946, Bd. VII, S. 396.

<sup>331</sup> FRUS, 1946, Bd. VII, S. 369-375.

<sup>332</sup> FRUS, 1946, Bd. VII, S. 373-5, 378, 380f.

Verhandlungen zu lösen.<sup>333</sup> Andererseits könnte ein negatives Urteil gegen die Sowjetunion durch den Sicherheitsrat für Persien nachteilige Folgen haben<sup>334</sup>, denn dies würde zum Verlust des sowjetischen Ansehens und damit zur Expansion des Konfliktes führen. Dies teilte Qavam in einem Gespräch mit Murray mit.<sup>335</sup> Qavam war mehr an einer Lösung des Konfliktes interessiert, um diese in der iranischen Innenpolitik zu nutzen. Daher entschied er sich für eine Doppelstrategie: Die direkte Verhandlung mit den Sowjets versus die Anrufung des Sicherheitsrates. Im Allgemeinen konnte er auf die Unterstützung der iranischen Bevölkerung<sup>336</sup> sowie des Schahs rechnen.

Nachdem es der Sowjetunion nicht gelungen war, die Diskussion der Iranfrage durch den Sicherheitsrat auf ein späteres Datum zu vertagen, verbreitete Radio Moskau am Abend des 24. März 1946 die Nachricht, dass der am 2. März eingeleitete Abzug der sowjetischen Truppen aus den nordostiranischen Bezirken Meshhad, Shahrud und Semnan abgeschlossen sei<sup>337</sup> und dass „nach der Vereinbarung mit der iranischen Regierung die Evakuierung der übrigen sowjetischen Truppen am 24. März 1946 begonnen hat. Das sowjetische Oberkommando im Iran rechnet damit, dass der vollständige Abzug der sowjetischen Truppen aus dem Iran in 5 bis 6 Wochen abgeschlossen werden kann, falls nichts Unvorhergesehenes eintritt.“<sup>338</sup>

Am selben Tag überreichte Sadchikow Qavam drei Memoranden. Im ersten wurde der sofortige Beginn des sowjetischen Truppenabzuges angekündigt, welcher fünf bis sechs Wochen dauern werde.<sup>339</sup> Die zwei anderen Notizen bezogen sich auf eine gemeinsame Ölgesellschaft, bei der die Sowjets 51% und Iran 49% der Anteile erhalten sollten.<sup>340</sup>

Vor dem Sicherheitsrat erklärte der Vertreter der Sowjetunion, A. Gromyko, am 26. März 1946, es sei eine Vereinbarung über den Abzug der sowjetischen Truppen mit der iranischen Regierung geschlossen worden, und forderte die Absetzung der Iranfrage von der Tagesordnung.<sup>341</sup> Der amerikanische Außenminister Byrnes widersprach: eine gemeinsame iranisch-sowjetische Erklärung über eine Vereinbarung liege nicht vor, Iran habe seine Beschwerde nicht zurückgezogen. Dagegen versicherte Gromyko am folgendem Tag, Husain

---

<sup>333</sup> Van Wagenen, 1952: 30-41, The United Nation Action, The Iranian Case 1946.

<sup>334</sup> Murray an SoS, FRUS, 1946, Bd. VII, S. 373, 23.3.1946.

<sup>335</sup> Murray an SoS, FRUS, 1946, Bd. VII, S. 373, 23.3.1946.

<sup>336</sup> Siehe Telegram Nr. 1146, FRUS, 1946, Bd. VII, S. 11.3.1946.

<sup>337</sup> Kennan an SoS, FRUS, 1946, Bd. VII, S. 378f, 25.3.1946.

<sup>338</sup> FRUS, 1946, Bd. VII, S. 378.

<sup>339</sup> Murray an SoS, FRUS, 1946, Bd. VII, S. 379f, 25.3.1946.

<sup>340</sup> Murray an SoS, FRUS, 1946, Bd. VII, S. 380, 25.3.1946.

<sup>341</sup> Siehe Gromyko, 1369/1990:381-382, Memories Andrei Gromyko

Ala habe die Beschwerde ohne Instruktion seiner Regierung eingebracht.<sup>342</sup> Doch Gromykos erneuter Antrag am 27. März 1946,<sup>343</sup> die Behandlung der Iranfrage auf den 10. April 1946 zu verschieben, wurde mit neun gegen zwei Stimmen abgelehnt. Daraufhin verließ die sowjetische Delegation den Raum. Husain Ala erklärte, ihm sei nichts über eine Vereinbarung oder Verständigung zwischen seiner und der sowjetischen Regierung bekannt. Er beschrieb dann –erstmalig vor der Öffentlichkeit – die Details der Verhandlung Qavams in Moskau und deren Scheitern.<sup>344</sup>

Am 29. März 1946 nahm der Sicherheitsrat in Abwesenheit des sowjetischen Vertreters einstimmig den amerikanischen Vorschlag an, der Generalsekretär solle bis zum 3. April 1946 von den Regierungen der Sowjetunion und Irans über den Stand ihrer Verhandlungen Auskunft einholen. Ferner sollte klar gestellt werden, ob die Vereinbarung zwischen den beiden Regierungen über den sowjetischen Truppenabzug von anderen Bedingungen abhängig gemacht worden sei.<sup>345</sup> Die Sowjetunion antwortete schriftlich am 3. April 1946, die Verhandlung habe zu einer Verständigung über den Abzug sowjetischer Truppen aus dem Iran geführt; andere Fragen seien mit dem Abzug nicht verknüpft. Der von Gromyko noch wenige Tage zuvor zitierte Hinweis auf eventuelle unvorhergesehene Umstände, die die Evakuierung verhindern könnten, fehlte in der sowjetischen Antwort.<sup>346</sup>

Botschafter H. Ala erklärte in seiner schriftlichen Antwort vom 2. April 1946, er sei nach seinen letzten Informationen nicht unterrichtet worden, dass es eine Verständigung zwischen seiner und der sowjetischen Regierung gegeben habe. Zur Frage, ob der Truppenabzug von Bedingungen abhängig gemacht worden sei, verwies der iranische Botschafter auf die drei Memoranda, die der sowjetische Botschafter Sadchikow in Teheran am 24. März 1946 überreichte; drei Tage später habe Sadchikow dem iranischen Ministerpräsidenten erläutert, „unvorhergesehene Umstände“, die einen Abzug verhindern könnten, würden sich nicht ereignen, falls eine Vereinbarung über die Erdölkonzession und die Autonomie von Aserbaidschan getroffen werden könne. Auf Anfrage Byrnes erklärte Ala, Iran werde die Angelegenheit nicht weiter vor dem Sicherheitsrat verfolgen, falls der

---

<sup>342</sup> Vgl. Van Wagenen, 1952: 50, 59, The Iranian Case 1946.

<sup>343</sup> S. Brune / Whitnah, 1985: 852, Chronological History of United States Foreign Relations 1776 to January 20, 1981, II.

<sup>344</sup> Vgl. Security Council, official Records, First Year: First Series, No. 2, S. 10-70, zit. n. Van Wagenen, 1952: 47-50, 54-58, The Iranian Case 1946.

<sup>345</sup> Vgl. Yearbook of the United Nations 1946-1947, S. 331.

<sup>346</sup> Vgl. FRUS, 1946, Bd. VII, S. 402f.; Yearbook of the United Nations 1946-47, S. 330f.

sowjetische Abzug bedingungslos bis zum 6. Mai erfolge und die Frage weiterhin auf der Tagesordnung des Sicherheitsrates bleibe.<sup>347</sup>

Aufgrund eines amerikanischen Vorschlags, der Alas Forderungen und die sowjetischen Zusicherungen verknüpfte, beschloß der Sicherheitsrat am 4. April 1946, die Debatte über den Iran bis zum 6. Mai 1946 zu vertagen. An diesem Tag sollten die Sowjetunion und der Iran berichten, ob der sowjetische Truppenabzug aus dem Iran abgeschlossen sei.<sup>348</sup>

In einem gemeinsamen Kommuniqué am 4. April 1946 wurden folgende Vereinbarungen zwischen Sadchikow und Qavam getroffen:

- a) Alle sowjetischen Militäreinheiten werden innerhalb von fünf oder sechs Wochen vom 24. März 1946 an das iranische Territorium verlassen.
- b) Die Gründung einer gemeinsamen iranisch-sowjetischen Ölgesellschaft wird innerhalb von sieben Monaten nach dem 24. März 1946 dem neuen Majlis zur Ratifizierung vorgelegt.
- c) Die Aserbeidschanfrage wird als innere iranische Angelegenheit betrachtet und soll zwischen der iranischen Zentralregierung und der Bevölkerung Aserbeidschans geregelt werden.

Am 6. April 1946 forderte Gromyko unter anderem mit Hinweis auf die genannten Vereinbarungen formell die Absetzung der Iranklage von der Tagesordnung. Der iranische Vertreter widersetzte sich dieser Forderung in seiner Antwortnote am 9. April 1946 und forderte den Sicherheitsrat auf, den Streitfall weiterhin auf der Tagesordnung zu lassen. Am 11. April 1946 drohte der sowjetische Botschafter dem Ministerpräsidenten Qavam, diese Beleidigung der Sowjetunion werde man nicht dulden.<sup>349</sup> Unter sowjetischem Druck, und trotz amerikanischer Gegenvorstellungen, beauftragte Qavam seinen Botschafter Ala in seinem Schreiben am 14. und 15. April 1946, die iranische Beschwerde zurückzuziehen, da er (Qavam) einen Vertrag mit der sowjetischen Regierung unterzeichnet habe und sicher sei, dass die sowjetische Regierung ihr Versprechen halten werde. Trotzdem wollte Qavam keinen Kommentar in Bezug auf die Absetzung oder Beibehaltung der Klage vor dem Sicherheitsrat abgeben. Er wollte dem Sicherheitsrat keine Vorschriften machen.<sup>350</sup> Ala schrieb, wie schwer ihm diese Entscheidung getroffen habe. „Ich habe Tag und Nacht gearbeitet und die

---

<sup>347</sup> Vgl. FRUS, 1946, Bd. VII, S. 402f.; Security Council, Official Records, First Year, First Series, No. 2. S. 83-87, zit. n. Van Wagenen, 1952: 60, The Iranian Case 1946.

<sup>348</sup> Vgl. Yearbook of the United Nations 1946-1947, S. 331f.

<sup>349</sup> FRUS, 1946, Bd. VII, S. 410, 417. War es Zufall, dass am selben Tag der Premierminister des autonomen Aserbaidschans, Pischewari, über Radio Täbris der Roten Armee für den Sturz des iranischen Regimes (in dieser Provinz) dankte? Vgl. *New York Times*, 12.4.1946, S. 4.

<sup>350</sup> AIA, Ala an Teheran, Nr. 170, 9.2.1325/ 29.4.1946

Weltöffentlichkeit für die iranischen Rechte mobilisiert und muss nun alles aufgeben. Ich habe dem Sicherheitsrat den Auftrag (Qavams) am 15. April 1946 mitgeteilt. Wie erwartet, haben die Sicherheitsratsmitglieder außer den polnischen, französischen und sowjetischen Vertretern die Absetzung der Klage abgelehnt.<sup>351</sup>

Am 16. April 1946 bereitete der Generalsekretär der Vereinten Nationen einen Entwurf vor, indem argumentiert wurde, da der Iran seine Klage zurückgenommen habe und die Sowjetunion die Absetzung der Klage wünsche, solle der Sicherheitsrat für die Absetzung der Klage entscheiden.<sup>352</sup> Seinen Entwurf lehnten die Mitglieder des Sicherheitsrates ab. Die Sitzung wurde daraufhin bis zum 23. April 1946 vertagt.

Am 23. April 1946 folgte die Mehrheit der Mitglieder des Sicherheitsrates mit 8 Stimmen gegen 3 Stimmen<sup>353</sup> dem amerikanischen Argument, die Angelegenheit könne erst von der Tagesordnung abgesetzt werden, wenn am 6. Mai feststehe, dass der Abzug der sowjetischen Truppen aus dem Iran abgeschlossen sei.<sup>354</sup> Bis zum 6. Mai 1946 mussten beide Parteien dem Sicherheitsrat berichten, ob der Truppenabzug aus dem Iran erfolgte. Die Sowjetunion konnte sich schließlich mit ihrer Forderung – die Absetzung der Iranklage- nicht durchsetzen. Gromyko erklärte daraufhin, die Sowjetunion könne an künftigen Diskussionen über die iranische Frage nicht teilnehmen.<sup>355</sup>

H. Ala forderte Qavam auf, ihm die notwendigen Berichte über den Abzug der sowjetischen Truppen aus dem Iran vorzulegen. Sonst würden alle kleinen sowie großen Nationen von uns (Iran) enttäuscht sein und ihre Unterstützung verweigern, so Ala weiter.<sup>356</sup> Einen Tag darauf machte Ala abermals den Ministerpräsidenten auf die Unterstützung der Öffentlichkeit aufmerksam: „In der Presse verteidigt man die iranischen Rechte so freundlich, als ob ein iranischer Patriot diese Zeilen geschrieben hätte. Leider hat der Iran diese Lage nicht genutzt. Obgleich ich in den Sicherheitssitzungen die direkte Verhandlung zwischen dem Iran und der Sowjetunion in Moskau sowie in Teheran dementiert habe, wussten hier die zuständigen Behörden, dass die Sache nicht so läuft, wie ich hier behauptet habe.“<sup>357</sup> In diesem Brief teilte Ala Qavam mit, was man in New York vom Iran erwartete: „Die iranische Regierung soll aufgrund der Resolution vom 4. April 1946 Widerstand leisten und die Verhandlung auf den 6. Mai 1946 verlegen“. Niemand erwarte hier, dass „der Iran einen

---

<sup>351</sup> AIA, Ala an Teheran, Nr. 170, 9.2.1325/ 29.4.1946.; Vgl. FRUS, 1946, Bd. VII, S. 422-424.

<sup>352</sup> AIA, Ala an Teheran, Nr. 170, 9.2.1325/ 29.4.1946.

<sup>353</sup> Ägypten, Australien, Brasilien, China, Großbritannien, Mexiko, Niederlande, USA gegen Frankreich, Polen, Sowjetunion.

<sup>354</sup> Vgl. FRUS, 1946, Bd. VII, S. 420-422, 435-7.; Vgl. Van Wagnen, 1952: 70-73, The Iranian Case 1946.

<sup>355</sup> Vgl. FRUS, 1946, Bd. VII, S. 420-422, 435-7.; Vgl. Van Wagnen, 1952: 70-73, The Iranian Case 1946.

<sup>356</sup> AIA, Ala an Teheran, Nr. 170, 9.2.1325/ 29.4.1946.

<sup>357</sup> AIA, Ala an Teheran, Nr. 174, 10.2.1325/ 30.4.1946.

Vertrag mit der Sowjetunion in dieser Zeit unterzeichnen würde. Die Nachricht über die Unterzeichnung des Vertrages enttäuschte die Weltöffentlichkeit von uns (Iran). Hier wird davon gesprochen, dass der Iran den Sicherheitsrat als (Druck-)Mittel für seine Verhandlung mit der Sowjetunion ausgenutzt bzw. ihn irreführt hat.<sup>358</sup> Um die günstige Lage Irans in der Weltöffentlichkeit wieder zu gewinnen, schlug Ala dem iranischen Ministerpräsidenten vor, einen Bericht über die iranische Lage vorzubereiten und dem Sicherheitsrat am 6. Mai 1946 vorzulegen.<sup>359</sup> Ala teilte am 6. Mai 1946 dem Sicherheitsrat mit, dass die Berichte über den Abzug der sowjetischen Truppen aus Aserbaidschan nicht zu bestätigen seien, zumal die iranische Regierung seit dem 7. November 1945 nicht mehr in der Lage sei, in der Provinz wirksam ihre Autorität auszuüben. Eine sowjetische Antwort liege nicht vor.<sup>360</sup> Die Abwesenheit der sowjetischen Vertreter in der Sitzung sorgte für weitere Missverständnisse und hatte negative Folgen für die Sowjetunion. In der 8. Sicherheitsratssitzung am 8. Mai 1946 wurde von allen Mitgliedern des Rates der amerikanische Vorschlag akzeptiert bzw. verabschiedet. Der Sicherheitsrat beschloß, einen Bericht der iranischen Regierung bis zum 20. Mai 1946 abzuwarten.<sup>361</sup>

Qavam sendete am 6. Mai 1946 Ala ein Telegramm, in dem er betonte, dass nach seinen Informationen die sowjetischen Truppen aus den verschiedenen Teilen des Landes abgezogen sind. Er ist davon überzeugt, dass sich die Sowjets, wie sie versprochen hatten, aus Aserbaidschan zurückziehen werden. Andere Informationen besitzt er nicht.<sup>362</sup>

Am selben Tag informierte Qavam seinen Botschafter in Moskau, Majid Ahi, dass er die Iranklage vom Sicherheitsrat zurückgenommen habe. Der Sicherheitsrat habe es aber abgelehnt, die Klage von der Tagesordnung abzusetzen. Er hoffe, dass die sowjetischen Behörden, wie sie ihm versprochen hätten, am 6. Mai 1946 aus dem Iran abgezogen sein würden.<sup>363</sup> Das Telegramm zeigt, dass Qavam selbst nicht sicher war, ob die sowjetischen Truppen den Iran tatsächlich verlassen hatten oder nicht. Ala empfahl Qavam, dass er Vertrauenspersonen nach Aserbaidschan schicken solle, um sicherzustellen, ob die sowjetische Armee den Iran verlassen habe oder nicht, denn hier (in den USA) sei man nicht sicher, ob die Sowjets ihre Einmischung in die inneren Angelegenheiten Irans vermieden

---

<sup>358</sup> AIA, Ala an Teheran, Nr. 174, 10.2.1325/ 30.4.1946.

<sup>359</sup> AIA, Ala an Teheran, Nr. 174, 10.2.1325/ 30.4.1946.

<sup>360</sup> Handzik, 1993: 169, Politische Bedingungen sowjetischer Truppenabzüge 1925-1958.; AIA, Ala an Teheran, Nr. 174, 10.2.1325/ 30.4.1946.; Ala schreibt, dass er vor dem Sicherheitsrat erklärte: "Teheran hat ihn vom sowjetischen Abzug nicht informiert."

Ala an Teheran, Nr. 174, 10.2.1325/ 30.4.1946.

<sup>361</sup> AIA, Ala an Teheran, Nr. 676, 29.3.1325/ 19.6.1946.

<sup>362</sup> AIA, Qavam an Ala, Nr. 175, 16.2.1325/6.5.1946.

<sup>363</sup> AIA, Qavam an Ahi, Nr. 52, 18.2.1325/8.5.1946. Das Telegramm wurde am 16.2.1325/6.5.1946 geschrieben, aber am 18.2.1325/8.5.1946 gesendet.

hätten. Ein Grund für dieses Misstrauen war die Einreiseverweigerung für einen ausländischen Journalisten nach Aserbeidschan durch die sowjetischen Behörden in Teheran.<sup>364</sup> Ala sprach weiter deutlich, dass „die Rettung Irans durch die Unterstützung der USA sowie des Sicherheitsrates möglich ist.“<sup>365</sup> Ala machte Qavam klar, dass die große Sympathie der Sicherheitsmitglieder für den Iran aufgrund der Zusammenarbeit sowie mit Unterstützung der amerikanischen Presse zustande gekommen sei und dies auf den Einfluss der amerikanischen Regierung zurückzuführen sei.<sup>366</sup> Ein Zeichen für das amerikanische Interesse am Iran sei der neue amerikanische Botschafter in Teheran, der eine Vertrauensperson des amerikanischen Außenministers sei.<sup>367</sup>

In weiteren Telegrammen warnte Ala den Ministerpräsidenten Qavam vor dem sowjetischen Vorgehen. Die sowjetische Regierung wolle die Weltöffentlichkeit in die Irre führen, indem durch bloße Deklaration behauptet werde, dass sie den Iran verlassen habe, obwohl dies in der Tat der Wahrheit nicht entspreche.<sup>368</sup> Die sowjetische Regierung habe oft versprochen, das Land zu verlassen, wie z.B. am 2. März 1946. Aber es war nicht der Fall. Sie wolle nur das Land (Iran) in den Bürgerkrieg rennen sehen bzw. führen.<sup>369</sup>

Ala zufolge wussten alle Mitglieder des Sicherheitsrates, dass der Iran nur unter dem sowjetischen Druck seine Klage zurückgezogen hatte. Deswegen wollte der Sicherheitsrat mit seiner Entscheidung - gegen die Absetzung der Iranklage - nur zeigen, dass die Iranklage nicht nur den Iran sondern alle Nationen treffe. Er (der Sicherheitsrat) wolle nicht zulassen, dass ein kleines Land wie der Iran Opfer von brutaler Gewalt eines großen Landes wie der Sowjetunion werde.<sup>370</sup>

Da Qavam Ala die notwendigen Informationen bis zum 20. Mai 1946 nicht zusendete, teilte Ala dem Sicherheitsrat mit, dass sich die iranische Lage nicht geändert habe. Ein weiteres Schreiben Alas vom 21. Mai 1946 enthielt den Hinweis auf telegrafische Berichte, wonach „vertrauenswürdige Personen“ in mehreren Orten Aserbaidschans ausgesagt hätten, dass die sowjetischen Truppen die Provinz am 6. Mai geräumt hätten.<sup>371</sup> Ala zufolge weigerte sich Qavam, einen Kommentar dazu abzugeben, daher bezeichnete er (Ala) den vom iranischen Ministerpräsidenten unterzeichneten Bericht als „nicht voll beweiskräftig“<sup>372</sup>. Die

---

<sup>364</sup> AIA, Ala (Washington) an Teheran, Nr. 232, 20.2.1325/10.5.1946.

<sup>365</sup> AIA, Ala (Washington) an Teheran, Nr. 232, 20.2.1325/10.5.1946.

<sup>366</sup> AIA, Ala an Teheran, Nr. 676, 29.3.1325/19.6.1946.

<sup>367</sup> AIA, Ala (Washington) an Teheran, Nr. 232, 20.2.1325/10.5.1946.

<sup>368</sup> AIA, Ala (Washington) an Teheran, Nr. 232, 20.2.1325/10.5.1946.

<sup>369</sup> AIA, Ala (Washington) an Teheran (Qavam), Nr. 257, 23.2.1325/13.5.1946.

<sup>370</sup> AIA, Ala an Teheran (Qavam), Nr. 429, 27.2.1325/17.5.1946.

<sup>371</sup> Van Wagenen, 1952: 74ff (77), The Iranian Case 1946.

<sup>372</sup> AIA, Ala an Teheran, Nr. 676, 29.3.1325/19.6.1946.; FRUS, 1946, Bd. VII, S. 480-482, und siehe 487, 489.

iranische Antwort überzeugte nicht die amerikanische Delegation. Der Iran wurde aufgefordert, dem Rat offiziell mitzuteilen, ob die sowjetischen Truppen ganz aus dem Iran abgezogen seien. Der Sicherheitsrat entschied am 22. Mai 1946 erneut, die Behandlung der iranischen Frage bis auf weiteres zu vertagen.<sup>373</sup>

Was Ala in diesem Zusammenhang störte, war die Missachtung der Weltöffentlichkeit durch Qavam. „Der Druck der Weltöffentlichkeit führt zum sowjetischen Truppenabzug aus dem Iran.“<sup>374</sup> Er betonte, „auch wenn wir (Iran) Hunderttausende von Dollar in die Werbung und Propaganda gesteckt hätten, könnten wir nicht so eine starke Position in der Weltöffentlichkeit erreichen, wie wir sie nun besitzen.“<sup>375</sup>

Am 23. Mai 1946 überreichte Sadchikow dem Ministerpräsidenten Qavam einen Brief, in dem er betonte: „Zur Ergänzung meiner mündlichen Aussage am 22. April 1946: Hiermit bestätige ich, dass der totale Truppenabzug aus dem Iran am 9. Mai 1946 abgeschlossen ist.“<sup>376</sup> Am selben Tag bestätigte dies Radio Moskau. Die sowjetische Presse berichtete am folgenden Tag, das Abzugsdatum stimme mit dem Räumungsplan überein, den der transkaukasische Militärbezirk Ende März angekündigt habe.<sup>377</sup>

Mit dieser Meldung ging eine erste Konfrontation zwischen West und Ost zu Ende. Ausschlaggebend für den Erfolg war das Streben Qavams und Alas trotz divergenter Meinungen über die Vorgehensweise. Qavam war mehr an einer Lösung des Konfliktes interessiert, um diese in der iranischen Innenpolitik zu nutzen. Daher entschied er sich für eine Doppelstrategie: Die direkte Verhandlung mit den Sowjets versus die Anrufung des Sicherheitsrates. Er legte viel Wert auf die direkte Verhandlung, denn ohne Bereitschaft der Sowjets käme der Truppenabzug nicht zustande. Ala dagegen befürwortete die Einschaltung des Sicherheitsrates und die Nutzung der Weltöffentlichkeit zur Beilegung des Konfliktes. Die sowjetische Regierung wäre ohne diesen Druck nicht bereit, den Iran zu verlassen. Ala legte keinen Wert auf die direkte Verhandlung mit der Sowjetunion. Seiner Meinung nach hatten die Sowjets oft etwas versprochen, ohne es zu halten.

An zweiter Stelle unter den Faktoren zur Beilegung des Konflikts lagen die amerikanischen Bemühungen.<sup>378</sup> Die amerikanische Regierung reagierte auf die Ereignisse sehr skeptisch und wollte ihre Beziehung zur Sowjetunion wegen eines Landes nicht

---

<sup>373</sup> AIA, Ala an Teheran, Nr. 676, 29.3.1325/19.6.1946.; Vgl. Van Wagenen 1952: 78ff, The Iranian Case 1946.

<sup>374</sup> AIA, Ala an Teheran, Nr. 336, 05.3.1325/26.5.1946.

<sup>375</sup> AIA, Ala an Teheran, Nr. 676, 29.3.1325/19.6.1946.

<sup>376</sup> AIA, Sadchikow an Qavam, Nr. 1689, 4.3.1325 / 23.5.1946.

<sup>377</sup> Vgl. FRUS, 1946, Bd. VII, S. 479. Nach dem Bericht des amerikanischen Vizekonsuls in Täbris, R. Rossow, wurde der Abzug am 10. Mai abgeschlossen, Vgl. Rossow, 1956: 24, The Battle of Aserbaidchan, 1946.

<sup>378</sup> Vgl. Louis, 1984: 69, The British Empire in the Middle East 1945-1951

gefährden. Sie brauchte einfach Zeit, bis sie die Grenzen der neuen Weltordnung geschaffen hatte und die sowjetische Eindämmung ins Programm stellte. In diesem Zusammenhang sollte man auf eine Erklärung Trumans eingehen. Er erklärte am 24. April 1952 auf einer Pressekonferenz, wie auch später in zwei Interviews und einem Zeitungsartikel, er habe Stalin ein Ultimatum gesandt, um den sowjetischen Abzug aus dem Iran herbeizuführen.<sup>379</sup> In den amerikanischen Archiven findet sich dafür kein Beleg.<sup>380</sup> Sogar der damalige amerikanische Botschafter in Moskau war nicht informiert gewesen.<sup>381</sup> In den iranischen Archiven gibt es keine Anmerkung zu dieser Aussage. Während Qavam oft die amerikanische Regierung darum gebeten hatte, mit solchen Drohungen die Sowjets zum Einlenken zu bewegen, blieb die amerikanische Unterstützung im Rahmen der Vereinten Nationen und deren Aktivitäten beschränkt.<sup>382</sup>

Meiner Ansicht nach hätten die USA Qavam in irgendeiner Form diese Informationen zukommen lassen, wenn die Behauptung Trumans stimmte. Denn Qavam fühlte sich gegenüber den Sowjets allein gelassen und zeigte aus diesem Grund seine Sympathie gegenüber den Sowjets sowie seine Großzügigkeit gegenüber der linken Szene im Iran. Wenn Qavam der amerikanischen Unterstützung sicher gewesen wäre, hätte er weder einen sowjetfreundlichen Kurs eingeschlagen noch die Aktivität der Tudeh-Partei erlaubt.

Der Zeitpunkt der Veröffentlichung der angeblichen Behauptung (Jahre 24. April 1952) Trumans ist aus unserer Sicht wichtiger als der Inhalt. Was geschah in dieser Zeit im Iran, dass der Präsident der Vereinigten Staaten - fast sechs Jahre nach dem Abzug der sowjetischen Truppen aus dem Iran – diese Äußerung machte?

Im Jahre 1952 war Dr. Mohammed Mossadegh<sup>383</sup> der iranische Ministerpräsident. Er schlug den gleichen Kurs wie Qavam im Jahre 1946 ein. Mossadegh<sup>384</sup> sympathisierte mit der Sowjetunion und ließ den Aktivitäten der linken Parteien im Iran freien Lauf, um die Amerikaner auf seine Seite zu ziehen. Der Wechselkurs von Mossadegh schlug fehl, denn die Zeit der Spannung und die Anfänge des Kalten Krieges zwischen den USA und der Sowjetunion waren längst vorbei. Die sowjetische sowie amerikanische Regierung kämpften nicht mehr um ihren Einflussbereich. Die Welt war in zwei Blöcke geteilt. Die USA ließen

---

<sup>379</sup> Siehe Samii, 1987:69ff, Involvement by Invitation: American Strategies of Containment in Iran.

<sup>380</sup> Vgl. FRU,S 1946, Bd. VII, S. 348f.; Kuniholm, 1980: 320f, Fn. 45, The Origins of the Cold War.

<sup>381</sup> Alam,- :87, Oil, Power, System.

<sup>382</sup> Vgl. Samii, 1987: 75, Involvement by Invitation: American Strategies of Containment in Iran

<sup>383</sup> Mossadegh wurde achtzehn Monate später durch die amerikanischen sowie britischen Agenten gestürzt.

<sup>384</sup> Der Verfasser geht nicht detailliert auf die Politik Mossadeghs im Jahre 1952 ein, da diese nicht im Rahmen dieser Arbeit liegt.

nicht mehr zu, dass ein iranischer Ministerpräsident, wie schon zuvor im Jahre 1946, versuchte, beide Fronten auszubalancieren, um nationales Interesse zu bewahren.

Aufgrund der politischen Weltordnung wehrte sich die damalige sowjetische Regierung nicht gegen die Aussage Trumans sondern übergang sie mit der Beschwichtigungspolitik. Die Veröffentlichung der Behauptung Trumans war lediglich als eine Warnung an den amtierenden iranischen Ministerpräsidenten<sup>385</sup> im Jahre 1952 zu sehen, denn Mossadegh versuchte, „stur gegen die unterschiedlichen britischen Vorschläge, die allmählich die Zustimmung der Amerikaner zur Folge hatten, Widerstand zu leisten.“<sup>386</sup>

Dieser Vergleich zwischen Qavam und Mossadegh macht deutlich, wie ersterer die Gunst der Stunde im Jahre 1946 erkannte und durch sein Handeln die Souveränität Irans bewahrte.

Die sowjetische Regierung gab nach aufgrund von Qavams Versprechen, welche beinhalteten:

- a) Die Autonomiebewegungen in Aserbeidschan sowie in Kurdistan zugunsten der Sowjets zu kanalisieren,
- b) den unterzeichneten Erdölvertrag dem neu gewählten Parlament zur Ratifizierung vorzulegen.

Nach dem vollständigen Abzug der sowjetischen Truppen aus dem Iran am 23. Mai 1946 konzentrierte sich Qavam nun auf die iranische Innenpolitik. Zunächst versuchte er, durch die Gründung einer eigenen Partei – „die Demokratische Partei Irans“ – die Position der Demokratischen Partei Aserbeidschans zu schwächen. Der synonyme Name der Partei mit der Demokratischen Partei Aserbeidschans war nicht zufällig, sondern er hatte bewusst diesen Namen ausgesucht. Die Partei sollte ihm dabei helfen, die Plätze im neuen Parlament zu besetzen und die Zukunft seines Amtes zu sichern. Durch die Koalition mit der linken Tudeh-Partei versuchte er, das Vertrauen der sowjetischen Regierung nicht zu gefährden. Wie er das Problem in Aserbeidschan und in Kurdistan zu lösen versuchte, soll im nächsten Abschnitt beleuchtet werden.

---

<sup>385</sup> Siehe Eden 1960, Memoiren. Eden erklärt im Kapitel Nationalisierung der iranischen Erdölindustrie, wie er den Amerikanern das iranische Erdöl anbot, damit sie Mossadegh fallen lassen.

<sup>386</sup> Kiya-nuri, 1376/1997: 282., Memoiren. Eden, 1960, The Memoirs of Sir Antony Eden, Kapitel: Nationalisierung der iranischen Erdölindustrie.

## V.8. Zusammenfassung

Die iranische Erdölpolitik in der Phase nach der Konstitutionellen Revolution wurde, wie ein Rückblick zeigt, durch folgende Punkte geprägt;

- a) Es wurde keine neue Konzession an die Sowjets oder Briten vergeben,
- b) um die Umklammerung durch Sowjets und Briten zu lösen, kam ein drittes Land (die USA) ins Spiel.

Die Erteilung der Ölkonzession an die USA könnte zum einen die wirtschaftliche Lage Irans und das daraus entstandene Chaos mildern, und zum anderen wäre der Wunsch der iranischen Regierung, die USA sich an inneren Angelegenheiten beteiligen zu lassen, in Erfüllung gegangen.

Abgesehen davon war die sowjetische Methode zwischen 1941 und 1944 an eine iranische Erdölkonzession zu gelangen, ungeschickt, unverständlich und überstürzt aufgebaut. Das plötzliche Auftauchen in den Konzessionserwerb sowie der unvermittelte Rücktritt der Sowjets aus der Verhandlung sah im nachhinein wie ein Täuschungsmanöver aus. Trotzdem konnten die Sowjets erreichen:

- a) dass die Tudeh-Partei ihre Politik im Iran unterstützte (abgesehen davon, dass nur ein Abgeordneter im Parlament wagte, für die Konzessionsvergabe an die Sowjetunion zu sprechen)
- b) dass das Majlis unter den Druck der Sowjets nachgab und Saéds Rücktritt billigte,
- c) und dass bis zur Islamischen Revolution im Jahre 1979 Probebohrungen im Nordiran verhindert werden konnten.

Die britische Haltung war widersprüchlich. Während Bullard gegen eine Konzessionsvergabe an die Sowjets plädierte, hatte das Foreign Office nichts gegen die Konzessionserteilung an die Sowjets einzuwenden, unter dem Vorbehalt, dass die Rechte der AIOC im Süden unberührt blieben.

Aus den die Auseinandersetzungen über das Erdöl, einhergehend mit heftigen, kettenabhängigen Aktionen und Reaktionen innerhalb der iranischen Politik, ging das iranische Nationalbewusstsein gestärkt hervor. Als das Majlis am 2. Dezember 1944 ein Gesetz verabschiedete, das die Ölkonzessionsvergaben an ausländische Regierungen, Ölgesellschaften generell und für immer verbot, waren sich die ausländischen Regierungen der Allgemeinheit des Gesetzes nicht bewusst.

Der Iran bereitete sich auf neue Auseinandersetzungen mit der Sowjetunion in der dritten Phase der Erdölkrise vor. Vor dem Einstieg in die dritte Phase muss noch die Aserbeidschan- sowie Kurdistan-Krise behandelt werden.

Im Gegensatz zur Sowjetunion, deren Anstrengungen zur Erlangung einer Ölkonzession bisher noch nicht von Erfolg gekrönt waren und nach der Ausschaltung des kommunistischen Einflusses in Aserbaidshan wie in ganz Iran wohl kaum erfolgreich zu werden versprochen, gelang es den Vereinigten Staaten, einen Anteil an der iranischen Ölproduktion (auf Kosten Großbritanniens) sicherzustellen: Am 26. Dezember 1946 schloss die AIOC mit der N.J. und der Socony Vacuum einen Vertrag, wonach die AIOC an die beiden amerikanischen Ölgesellschaften 20 Jahre lang 20 Prozent ihrer Ölproduktion liefern sollte.<sup>387</sup>

---

<sup>387</sup> Vgl. Alavi, 1955: 93 Kämpfendes Iran.; Kirk, 1954 : 84, The Middle East 1945-1950, Survey of International Affairs.

## **VI. Die Autonomiebewegungen in Aserbaidshan und in Kurdistan**

### **VI.1. Aserbaidshan**

#### **VI.1.1. Aserbaidshan bis zum Einmarsch sowjetischer Truppen in den Iran im Jahre 1941**

Seit dem 6. Jahrhundert v. Chr. gehörte die Region Aserbaidshan zum persischen Achämenidenreich (559-330 v. Chr.) und wurde 238 v. Chr. von Alexander dem Großen erobert. Vom 3. Jahrhundert bis zum arabischen Vorstoß um 650 nach Christus beherrschten die Sassaniden ( 224-652 ) diese Region. Das Gebiet war damals fast ausschließlich von iranischen Völkern besiedelt. Erst die Einwanderung türkischer Stämme im 7. und der Seldschuken im 11. Jahrhundert bewirkte die Umwandlung in eine vorwiegend türkischsprachige Region. Im ausgehenden 15. und 16. Jahrhundert stritten sich die Osmanen und die persischen Safawiden um dieses Territorium und teilten es schließlich 1620 auf. Im Zuge der russischen Südorientierung zu Beginn des 18. Jahrhunderts versuchte Peter der Große, die Perser aus dem kaspischen und transkaspischen Raum zu verdrängen. Russland gab dieses Gebiet aber 1735 an Nadir Schah (1735-1747) ab, der auch die Restgebiete Aserbaidshans eroberte. Nach seinem Tod zerfiel die Region in lokale Khanate. Bis zum Ende des Jahrhunderts blieben die acht Khanate (Erevan, Nachjevan, Gandža, Karabach, Šeki, Baku, Širvan und Talyš ) unter persischer Oberhoheit. Im ersten persisch-russischen Krieg 1801-1813, der mit einer persischen Niederlage endete, wurden im Vertrag von Golestan (1813) diese Gebiete – außer den Khanaten Erevan und Nachjevan – an Russland abgetreten. Diese gerieten allerdings nach dem zweiten persisch-russischen Krieg (1826-1828) bzw. nach der zweiten persischen Niederlage gegen die Russen 1828 ebenfalls unter russische Herrschaft. Durch den Turkmantschai-Vertrag im Jahre 1828 wurde die Grenze am Arax festgelegt. Von da an entwickelte sich die geteilte Region sehr unterschiedlich. Die Russen bemühten sich um den Aufbau der Infrastruktur und die Umstrukturierung der Wirtschaft, basierend auf der Erschließung des Erdölvorkommens um das Kaspische Meer. Mit dem Aufkommen der Erdölindustrie entstand in dieser Region ein ethnisch gemischtes Proletariat, an dem Russen und Armenier stärkeren Anteil hatten als die Aserbaidshaner. Trotzdem bildete sich „eine republikanisch gesonnene, von Gasprinski und pan-türkischen Ideen beeinflusste kleine Schicht einer aserbaidshanischen Intelligenz“<sup>1</sup> heraus. Die nationalrevolutionäre Partei Mussavat (Gleichheit) wurde von dieser Schicht 1911 gegründet. Ihr wichtigster Inspirator war der 1894 als Sohn eines Mullahs in Baku geborene M. Emin Rasulzadeh. Er hatte sich zunächst an sozialdemokratischen islamischen Bewegungen

---

<sup>1</sup> Grobe-Hagel, 1992: 56, Russlands Dritte Welt.

beteiligt und 1909 an der persischen Revolution teilgenommen. Er war vor dem Ersten Weltkrieg in das (sowjetische) Aserbaidŝan zurückerkehrt und hatte zusammen mit Ali Beg Husainzade und Achmet Agaogly die Partei aufgebaut. Die Partei Mussavat übernahm nach der russischen Oktoberrevolution im Jahre 1917 die Regierung in Elizavetpol/Gandŝa und schloss sich mit Georgiern und Armeniern zu einer kurzlebigen „Transkaukasischen demokratischen föderativen Republik“ zusammen (9. April bis 26. Mai 1918). „Diese zerbrach zwar schnell wieder, doch hatte eine von der Mussavat geführte Regierung Aserbaidŝans (mit dem Zentrum Elizavetpol/Gandŝa) bis Ende April 1920 Bestand, als nach der Besetzung Bakus durch die Rote Armee die „aserbaidŝanische Republik“<sup>2</sup> ausgerufen wurde. Diese wurde in den Jahren 1922 bis 1936 mit Georgien und Armenien zur Transkaukasischen<sup>3</sup> SFSR<sup>4</sup> zusammengeschlossen. 1936 wurde daraus die Sowjetrepublik Aserbaidŝan herausgelöst.<sup>5</sup> M.D. Bagirov leitete zwischen 1933 und 1953 die Sowjetrepublik Aserbaidŝan. In seine Zeit fiel „die politische Gleichschaltung, die Säuberung der Partei von oppositionellen Elementen und eine forcierte Russifizierung in Bildung und Verwaltung.“<sup>6</sup>

Der iranische Konsul berichtet, dass manche Einwohner Bakus und anderer moslemischer Städte im Kaukasus (...) die Regierung unter dem Namen Aserbaidŝans ausriefen und eine Partei mit dem Namen Mosavat bildeten. (...) Das Ziel dieser Regierung sowie deren Partei war, „eine Regierung im gesamten aserbaidŝanischen Gebiet, d.h. im Iran sowie im Kaukasus, zu bilden.“<sup>7</sup> Infolge der Sowjetisierung des Kaukasus wurden alle zuständigen gläubigen Moslems durch Sowjets, Armenier oder Juden ersetzt. Der einzige Aserbaidŝaner, der seit der Gründung des sowjetischen Aserbaidŝans bzw. Kaukasus geblieben war und jetzt Chef von Aserbaidŝan ist, ist Mir Jafar Abbaszadeh Bagirov, der von der Stadt Ghobe kommt und im dritten Jahr der Gründung der sowjetischen Regierung als Chef der Tscheka, danach GPU, fungierte. Er wurde Innenminister und ist nun (1946) als Sekretär der Kommunistischen Partei des Kaukasus-Aserbaidŝan tätig. Mit anderen Worten ist er der eigentliche Machthaber bzw. Herrscher in dieser Region.“<sup>8</sup>

---

<sup>2</sup> Grobe-Hagel, 1992: 56, Russlands Dritte Welt.

<sup>3</sup> Transkaukasien besteht aus den Republiken Armenien, Aserbaidŝan und Georgien. In: Grobe-Hagel, 1992: 138, Russlands Dritte Welt.

<sup>4</sup> SFSR (Sozialistische Föderative Sowjet-Republik).

<sup>5</sup> Petra Kappert, Azerbaidŝan zwischen Nationalismus und religiöser Reaktion, in: Nitsche, P. (Hg), 1994: Die Nachfolgestaaten der Sowjetunion, S. 119-130.

<sup>6</sup> Grobe-Hagel, 1992: 59, Russlands Dritte Welt.

<sup>7</sup> AIA, Majdi (iranischer Konsul in Baku) an iranischen Außenminister (Teheran), Nr. 282, 30.11.1324/19.2.1946.

<sup>8</sup> AIA, Majdi (iranischer Konsul in Baku) an iranischen Außenminister (Teheran), Nr. 282, 30.11.1324/19.2.1946.

Im iranischen Teil Aserbaidshans,<sup>9</sup> insbesondere in Täbris, spielte das Bürgertum eine wichtige Rolle in der demokratischen persischen Revolution von 1906, die die erste konstitutionelle Verfassung im Iran durchsetzte und den Sturz der Qajaran-Dynastie einleitete. Dieses geschah aufgrund seiner Nähe zu Europa und der intensiven Kontakte seiner Intellektuellen zur Türkei und zu Russland. Die geopolitische Lage schenkte dem Gebiet eine Sonderstellung bei der Verbreitung moderner europäischer Ideen im gesamten Iran. So war Aserbaidshan während der Konstitutionellen Bewegung (1905-1919) im Iran ein Zentrum des Widerstands gegen den Despotismus der Qajaran-Dynastie.<sup>10</sup> Im Zusammenhang mit den Wirren in Persien sicherten sich Großbritannien und Russland am 31. August 1907 im Entente-Vertrag, der ohne Teheraner Mitwirkung geschlossen wurde, ihre Einflusszonen. Nach diesem Vertrag wurden fünf Provinzen im Nordiran, darunter der persische Teil Aserbaidshans, zum russischen Einflussgebiet erklärt.

Am 23. Juli 1920 wurde unter der Führung Khiabanis die nationale Regierung von Aserbaidshan proklamiert.<sup>11</sup> Nach Khiabanis Auffassung war „die konstitutionelle Monarchie kein geeignetes politisches System für den Iran. Denn die machtbesessenen iranischen Kaiser würden sich den demokratischen Spielregeln einer konstitutionellen Monarchie nicht unterordnen.“<sup>12</sup> Khiabani verlangte die Befreiung des Landes vom englischen Kolonialismus und die Selbstverwaltung für Aserbaidshan nach der Ausrufung einer Republik. Seine Regierung wurde nach sechs Monaten durch einen Komplott der Teheraner Regierung gestürzt, und er selbst fiel diesem Komplott zum Opfer.

Die Autonomiebewegung in Aserbaidshan zwischen 1919 und 1921 wurde durch die sowjetische Regierung unterstützt. Infolge der Umorientierung der sowjetischen Politik unterzeichnete die sowjetische Regierung mit der Zentralregierung in Teheran im Jahre 1921 einen Freundschaftsvertrag. Danach weigerte sich die sowjetische Regierung, die Aufstände der Nordiraner, die gegen die Zentralregierung in Teheran kämpften, zu unterstützen. Mit anderen Worten befürwortete die sowjetische Regierung, mit der Regierung in Teheran zusammenzuarbeiten, obwohl die iranische Position gegenüber der Sowjetunion alles andere als freundlich war. Insbesondere nachdem Reza Schah seine Macht gefestigt hatte, versuchte er sich von den Sowjets und ihren Plänen zu distanzieren. Dadurch wurde die Verbindung zwischen dem geteilten Aserbaidshan abgebrochen. Infolge des Industrialisierungsprozesses unter Reza Schah bekam Aserbaidshan ein neues Gesicht. So kam es, dass es in

---

<sup>9</sup> Siehe Kasravi, 1356/1978, Die achtzehnjährige Geschichte Aserbaidshans sowie Kasravi, 1356/1978, Die Mashrothe-Geschichte

<sup>10</sup> Siehe Bedarida/Chesneaux/ Debouzy, 1976: 119-120, Der Sozialismus in Amerika, Asien, Afrika.

<sup>11</sup> Siehe Atabaki, 1993: 46-51, Azerbaijan.

<sup>12</sup> Yazdani, 1993: 17, Geteiltes Aserbaidshan.

Aserbaidsschan weniger Nomaden als Beamte, Spezialisten und Arbeiter gab. Aserbaidsschan hatte zwölf Städte mit über 10.000 Einwohnern. In der Provinz Fars gab es zum Vergleich nur vier solche Städte, in Isfahan nur drei. Bis zum Jahre 1917 gingen die Arbeitssuchenden nach Baku, Tiflis und Astarachan. Infolge der Industrialisierungsbestrebung in der Ära Reza Schah blieben viele in der Region oder gingen in die Industriestädte Teheran, Rascht, Meshhad oder Abadan. Kurzum waren in den 40er Jahren viele aserbaidsschanische Arbeiter, Handwerker und Techniker im ganzen Iran zerstreut. Diese Lage änderte sich als die Sowjetische Regierung den Iran im Jahre 1941 besetzte und Reza Schah absetzte.

### **VI.1.2. Aserbaidsschan von der sowjetischen Besetzung im Jahre 1941 bis zur Gründung der DPA im Jahre 1945**

Die Flucht der iranischen Behörden nach der sowjetischen Invasion hinterließ Chaos und Wirren in Täbris. Einige lokale Eliten versuchten dieses Vakuum zu füllen. Sie haben etwa 5.000 iranische Einwanderer, die in den 30er Jahren die Sowjetunion verlassen hatten und in den Iran zurückgekommen waren, als freiwillige Miliz organisiert.<sup>13</sup> Viele Aserbaidsschaner nutzten die Zeit und veröffentlichten Zeitungen und Zeitschriften. Erwähnenswert sind die Namen Schabestari und E. Shams, die die Zeitung „Aserbaidsschan“ herausgaben. Die erste Nummer erschien am 19. April 1941 und wurde in persischer sowie aserbaidsschanischer Sprache gedruckt. Die Zeitung diente einer Gruppe mit dem Namen Aserbaidsschanischer Verein (Jamiyat-Aserbaidsschan) als Sprachrohr. In ihren Leitartikeln wurde häufig vom Unglück der aserbaidsschanischen Nation gesprochen. Es wurde von den Unterschieden zwischen Sunniten und Schiiten, Moslems und Christen, Dorfbewohnern und kurdischen Nomaden sowie deren Zerrissenheit erzählt, die zur Ausnutzung durch die Zentralregierung in Teheran führte. Die Zeitung appellierte an alle Aserbaidsschaner, sich gegen die Zentralregierung in Teheran zu einigen.<sup>14</sup> Die Zentralregierung in Teheran war über das Propagieren der Freiheitsgedanken in Aserbaidsschan beunruhigt, konnte aber die Zeitung aufgrund der Anwesenheit der sowjetischen Truppen im Nordiran nicht verbieten. Jedoch konnte sie den Verkauf der Zeitung in anderen Städten, insbesondere in Teheran, verhindern.<sup>15</sup> An dieser Stelle muss man hinzufügen, dass die Pressefreiheit in der sowjetischen Besetzungszone von der Beziehung zwischen der iranischen Zentralregierung und den sowjetischen Truppen im Iran abhängig war. Solange die Beziehung beider Parteien

---

<sup>13</sup> British Consul in Tabriz „Report on the Recent Occupation of Tabriz“, FO 371/Persia 1941/34- 27153.

<sup>14</sup> „Was sind die Gründe unseres Unglückes“, in: *Aserbaidsschan*, 17.9.1320/8.12.1941.; „Was ist das Ziel“, in: *Aserbaidsschan*, 13.11.1320/4.12.1941.

<sup>15</sup> Siehe, *Siasat*, Nr. 44, 28.1.1321/17.4.1942.

gut war, konnten die iranischen Behörden ihre Machtbefugnisse in der Region ausüben. War diese Beziehung schlecht, verhinderten die Sowjets die Taten der iranischen Behörden. So wurde der Aserbaidtschan-Verein sowie dessen Zeitung sechs Monate später von dem Provinzleiter (Fahimi) verboten, nachdem sich die Beziehung zwischen der Teheraner Regierung und der Sowjetunion normalisierte.

Ein weiteres Ergebnis nach „der Ankunft der sowjetischen Truppen in Aserbaidtschan war die Abschaffung des Verbotes der aserbaidtschanischen Sprache in der Öffentlichkeit . Es erschienen Zeitungen und Bücher in aserbaidtschanischer Sprache, und der Kontakt zwischen den beiden Teilen Aserbaidtschans wurde wieder hergestellt.“<sup>16</sup>

Eine weitere Konsequenz der sowjetischen Ankunft waren verschiedene Aufstände. Besonders erwähnenswert war die Bauernbewegung, die die feudale Unterdrückung durch den Großgrundbesitzer in vielen Orten Aserbaidtschans abschütteln konnte. Die assyrischen sowie die anderen Bauern<sup>17</sup> in Aserbaidtschan gründeten unabhängige Gemeinden und weigerten sich, die Steuerabgaben zu bezahlen, organisierten Partisanengruppen und vertrieben die Vertreter der iranischen Zentralregierung sowie die Gendarmen aus ihren Dörfern.<sup>18</sup> Sie versuchten ihr Leben selbst ohne Hilfe der Grundbesitzer oder Gendarmen zu verwalten.

Das wichtige Resultat der sowjetischen Ankunft im Iran war das schnelle Wachsen der Tudeh-Partei in der sowjetischen Besetzungszone. Dabei kam der günstige Umstand der sozialen und wirtschaftlichen Struktur in Aserbaidtschan, wie z.B. die vorhandene Arbeiterklasse, die vorgeschrittene Verstädterung im Vergleich zum anderen Teil des Irans, die Nähe zum sowjetischen Aserbaidtschan und die gemeinsame Sprache der Partei zugute. Die Partei begann ihre Arbeit mit dem Zusammenschluss dreier Clubs in Täbris. Der erste Club bestand aus lokalen Intellektuellen, der zweite aus Armeniern und der dritte aus Aseri-Auswanderern<sup>19</sup>, die mit der Besetzung Irans (1941) aus der Sowjetunion in die Heimat zurückgekommen waren. Zu erwähnen ist, dass drei von fünf Führern der Partei nach der Besetzung aus der Sowjetunion in den Iran zurückkamen.<sup>20</sup> Kurz danach eröffnete die Partei ihre Filialen in den Städten Astara, Ardabil, Maraghe, Miyane und Sarab. In Täbris veröffentlichte die Partei die Zeitung Aserbaidtschan. Der Parteivorstand in Teheran lobte im

---

<sup>16</sup> Yazdani, 1993: 22, Geteiltes Aserbaidtschan.

<sup>17</sup> Nach der Niederschlagung der aserbaidtschanischen Autonomiebewegung sind viele armenische Dorfbewohner in die Sowjetunion ausgewandert. Die assyrischen Dorfbewohner sind dagegen in die USA ausgewandert. Abrahamian, 1377/1999: 477, Iran Between two Revolutions.

<sup>18</sup> British Consul in Tabriz, 3 and 28 January 1942, FO 371/Persia 1942/34-31426.

<sup>19</sup> „Informationen über Aserbaidtschan“, in: *Iran ma*, 17.9.1324/8.12.1945.

<sup>20</sup> Die Parteivorstand der Partei, Daneschiyan, Schabesteri und Biriya kamen nach der Besetzung aus der Sowjetunion zurück. Dagegen verbrachten Padegan und Valaii ihr Leben bis dato in Aserbaidtschan.

Jahre 1943 die Partei in Aserbajdschan als größte Parteiorganisation im ganzen Iran.<sup>21</sup> Das Parteiprogramm der Tudeh-Partei und ihrer Gewerkschaften in Aserbajdschan stimmte erwartungsgemäß mit dem Parteiprogramm in Teheran überein. Beide verlangten die Einstellung der Anordnungen der Reza Schah-Diktatur, die Einschränkung der Arbeitszeit auf acht Stunden, die Zahlung des Lohns am Freitag (Freitage sind Feiertage im Iran), die kostenlose Bildung, die Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern und die Zusammenarbeit mit allen Arbeiterorganisationen im Iran. Es gab aber auch Differenzen: Die Partei in Täbris forderte die Bildung der Land- und Gemeinderäte, die in der iranischen Verfassung von 1906 vorgesehen wurden, die Einführung der Aseri-Sprache in den ersten vier Schulklassen sowie bei den lokalen Gerichten.<sup>22</sup> Das Programm der Tudeh-Partei und ihrer Gewerkschaften in Täbris fand im Jahre 1942 bei den hungrigen Arbeitern viel Gehör. Die Gewerkschaften organisierten einige erfolgreiche Demonstrationen (im Jahre 1942) und zwangen die Fabrikbesitzer, die Löhne zu erhöhen. Der britische Konsul zitierte einen sowjetischen Offizier, dass die Parolen und Vorträge während der Oktoberrevolution 1917 im Vergleich zu den Parolen, die man in den Fabriken in Täbris zu hören bekam, milder ausgefallen waren.<sup>23</sup>

Im Jahre 1943 zwangen die Gewerkschaften die Zentralregierung in Teheran, ein Vermittlerkomitee nach Täbris zu schicken. Dieses Komitee forderte die Fabrikbesitzer auf, die folgenden Bedingungen zu akzeptieren: den Achtstunden-Arbeitstag, das Verbot der Kinderarbeit, drei kostenlose Arbeitskleider pro Jahr, die Festsetzung eines Mindestlohns, die kostenlose klinische Behandlung, einen Monat Urlaub im Jahr mit Lohnfortzahlung sowie die kostenlose Verteilung von einem Kilo Mehl pro Tag.<sup>24</sup>

Im Jahre 1944 besetzte die Gewerkschaft die größte Streichholzfabrik im Anschluss an eine Demonstration, bei der sechs Arbeiter durch die Polizei erschossen und fünfzehn Personen verletzt wurden. Die Teilnehmer drohten an, wenn die Löhne nicht erhöht werden würden, die Fabrikleiter ohne Gerichtsverfahren umzubringen. Der britische Konsul berichtet: „Da der Fabrikbesitzer an die Unterstützung der Polizei nicht glaubte, akzeptierte er die Forderungen.“<sup>25</sup> Die anderen Fabrikbesitzer hatten das gleiche Problem.<sup>26</sup>

---

<sup>21</sup> A. Amir-Khisi, Bericht der Tudeh-Partei in Aserbajdschan, in: *Rabar*, 2.9.1322/24.11.1943.

<sup>22</sup> British Consul in Tabriz, "Soviet Policy towards Tribes and the Azerbaijan Workers' Committee, FO 371/Persia 1942/34-31390.

<sup>23</sup> British Consul in Tabriz, 5. January, 1. April, 10. October, and 16. October 1943, FO 371/Persia 1943/34-35092.

<sup>24</sup> British Consul in Tabriz, 5. January, 1. April, 10. October, and 16. October 1943, FO 371/Persia 1943/34-35092.

<sup>25</sup> British Consul in Tabriz, 13. July, and 10. August 1944, FO 371/Persia 1944/34-40178.

<sup>26</sup> British Consul in Tabriz, 13. July, and 10. August 1944, FO 371/Persia 1944/34-40178.

Die Macht der Tudeh-Partei und ihrer Gewerkschaften in Aserbaidschan war so groß, dass der britische Konsul diese als eine Regierung innerhalb der iranischen Regierung bezeichnete. Sie konnte „ohne die Einmischung der iranischen Regierung alles tun, was sie“<sup>27</sup> wollte.

Die schnelle Expansion der Tudeh-Partei in Aserbaidschan führte dazu, dass die Vertreter dieser Region ihre Unterschiede im Vergleich zu Teheran stärker hervorhoben. Die Vertreter aus Aserbaidschan warfen der Partei auf dem ersten Kongress der Tudeh-Partei 1944 in Teheran vor, dass sie die tiefe Unzufriedenheit der Provinzen nicht sehe. Ein anderer Vertreter sprach davon, dass die Veröffentlichungen der Tudeh-Partei in seinem Geburtsort nicht gelesen werden würden, da sie in persischer Sprache geschrieben wurden. Der dritte Vertreter beschwerte sich, dass die Partei nur an Teheran denke und die Probleme der Provinzen, insbesondere Aserbaidschans, vergesse.<sup>28</sup> Der Vertreter aus Sarab, Daneschiyan, verlangte, dass die Partei weniger reden und mehr tun sollte.

Die Bemühungen der Parteivertreter aus Aserbaidschan waren erfolgreich. Die Parteizentrale in Teheran schenkte den Problemen der Provinzen mehr Achtung und erlaubte den Vertretungen in den Provinzen, für die Bildung der Land- sowie Gemeinderäte zu demonstrieren. Außerdem durften die Parteifilialen in Aserbaidschan und Gorgan die Veröffentlichungen der Tudeh-Partei in ihre Sprache übersetzen und verteilen.

Im Winter 1944 zählte die Tudeh-Partei in Aserbaidschan mehr als 50.000 Mitglieder.<sup>29</sup>

In den Jahren 1944-45 versuchte die Tudeh-Partei, die Bauern in den Dörfern gegen die Gendarmen und die Grundbesitzer zu mobilisieren.<sup>30</sup> Ihre Aktivität führte dazu, dass Grundbesitzer in einem Telegramm an die Zentralregierung drohten, „wenn die Gendarmerie nicht Gewalt (gegen die Bauern) anwendet, sind sie (die Grundbesitzer) nicht in der Lage, Getreide an die Regierung zu verkaufen.“<sup>31</sup> Der britische Konsul in Täbris berichtet, dass die Macht der Tudeh-Partei größer sei als die des Provinzleiters. Die Militanten der Tudeh-Partei konkurrieren mit der Polizei in den Städten und in den Dörfern. Gewerkschaften leiteten die Fabriken.<sup>32</sup> Entgegen der Aktivität der Tudeh-Partei unterstützte die Regierung in Teheran mit verschiedenen Mitteln die Personen, die gegen die Tudeh-Partei in Aserbaidschan aktiv

---

<sup>27</sup> British Consul in Tabriz, 14. December 1944, FO 371/Persia 1944/34-45478.

<sup>28</sup> Tudeh-Partei, die Aufgabe des ersten Partei-Kongresses, in: *Rabar*, 11.5.-16.6.1323/ 2.8.1944-7.9.1944.

<sup>29</sup> A. Amir-Khisi, die erste Provinz-Konferenz der Tudeh-Partei in Täbris, in: *Rabar*, 8.11.1323/28.1.1945.

<sup>30</sup> Für die harte Arbeit der Tudeh-Partei in den Dörfern siehe Bullard an Eden, Telegramm Nr. 601, zit. n. DBPO, The Conference at Potsdam Juli-August 1945, S. 166

<sup>31</sup> British Consul in Tabriz, 16. May, 13. Juli, 28 Juli, 6 September 1945, FO 371/Persia 1945/34-45478.

<sup>32</sup> British Consul in Tabriz, 6. September 1945, FO 371/Persia 1945/34-45478.

waren.<sup>33</sup> In diesem Rahmen organisierte der Provinzleiter (Fahimi) die Syndikate der Arbeiter. Er bewaffnete die verschiedenen Gruppen, wie Jamschid Esfandiariy, Amir Jafar Aslani, H. Beidaghi, nicht nur um die Bauern einzuschüchtern, sondern auch, um sie nötigenfalls zu schlagen oder zu töten, um den Kampf der Bauern gegen die Grundbesitzer zu verhindern.<sup>34</sup> Aus dem Kampf beider Parteien ging die Tudeh-Partei stärker hervor. An den veranstalteten Demonstrationen der Tudeh-Partei beteiligten sich die Bauern zahlreich.<sup>35</sup> Sie nutzte die Unzufriedenheit der Bauern gegenüber der Zentralregierung in Teheran aus und erklärte nach einer Großdemonstration in Täbris am 25. Juli 1945, dass sie eine Zusammenarbeit mit der Regierung in Teheran in Erwägung ziehe, wenn diese die Demokratie unterstützen würde.<sup>36</sup> Die Tudeh-Partei telegraphierte am 1. August 1945 eine verabschiedete Resolution nach Teheran.<sup>37</sup> Der iranische Ministerpräsident Sadr beantwortete dieses Telegramm im Majlis, indem er bekannt gab, dass er Hunderten solcher Telegramme keine Achtung schenken würde.<sup>38</sup> Mit der zunehmenden Spannung zwischen Teheran und Moskau im Sommer 1945 konnte die Tudeh-Partei mehr Freiraum im Nordiran genießen als bisher. Die Arbeit der Tudeh-Partei bekam ein neues Gesicht, und so fanden im November 1945 in zehn Städten Aserbaidschans die großen Demonstrationen gegen die Sadr-Regierung statt. Die Parolen lauteten: „Es muss eine demokratische Regierung im Iran die Macht übernehmen. Die iranische Bevölkerung (Nation) sollte ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen. Wir wollen die Durchführung der iranischen Verfassung.“<sup>39</sup>

Die Diskriminierung der iranischen Zentralregierung in Aserbaidschan führte nun zu einem Punkt - wie der Reporter der Zeitung *Iran-ma* feststellte-, wo Aserbaidschan „einerseits sehr unruhig und chaotisch aussah, andererseits sich für die Durchführung einer Revolution vorbereitete.“<sup>40</sup> Die Demokratische Partei Aserbaidschan (DPA) konnte von dieser Gegebenheit profitieren. Laut Eskandaris Aussage<sup>41</sup> (der Chef der Tudeh-Partei) brachte diese Tatsache die Sowjets dazu, ein neues Programm im Iran ohne Mitwirkung der Tudeh-Partei aufzustellen und zwar die Durchführung der Dezentralisierungspolitik der Provinzen im Nordiran.

---

<sup>33</sup> AMP (Archiv des Amtes des iranischen Ministerpräsidenten), Wezarat Darai, S. 11624/ 24.6.1324/15.9.1945.

<sup>34</sup> *Jami*, 1355: 242, Vergangenheit ist das Licht der Zukunft.

<sup>35</sup> *Rabar*, Nr. 438, 20.9.1323/11.12.1944.

<sup>36</sup> *Rabar*, Nr. 528, 20.1.1324/9.4.1945.

<sup>37</sup> *Iran ma*, Nr. 440, 23.5.1324/14.8.1945.

<sup>38</sup> *Rabar*, Nr. 630, 23.5.1324/14.8.1945. Die Rede des Ministerpräsidenten im Majlis.

<sup>39</sup> *Rabar*, Nr. 438, 20.9.1323/11.12.1944.

<sup>40</sup> *Rabar*, Nr. 623, 28.5.1324/19.8.1945.

<sup>41</sup> Eskandari, 1372/1993: 491, Memoiren.

### VI.1.3. Die aserbaidische Autonomieregierung unter DPA (1945-1946)

In der Zeit, in der die Tudeh-Partei Vorbereitungen für eine ernsthafte Bewegung gegen die Zentralregierung in Aserbaidschan traf, gab die Demokratische Partei Aserbaidschan (DPA) ihre Gründung bekannt. Die Gründung der DPA soll nach der Verständigung Pischewaris mit Mir Jafar Bagirov, dem Präsidenten des sowjetischen Aserbaidschans in Baku, zustande gekommen sein.<sup>42</sup> Jafar Pischewari, geboren im Jahre 1893 in Aserbaidschan, wanderte mit 12 Jahren mit seiner Familie in den Kaukasus (Baku) aus. Er arbeitete dort als Lehrer und kehrte ein Jahr nach der Oktoberrevolution (1918) mit einer Einheit der Roten Armee in den Iran zurück. In der Autonomieregierung Gilan bekleidete er im Jahre 1920 das Amt des Innenministers. Nach dem Sturz der Autonomiebewegung floh er in die Sowjetunion und arbeitete in der Komintern sowie in der Nahost-Abteilung des Moskauer Außenkommissariats unter dem Decknamen Sultanzadeh. Nach seiner Rückkehr in den Iran wurde er verhaftet und nach Kashan verbannt. Mit der Generalamnestie im Jahr 1941 ging er nach Teheran und veröffentlichte eine eigene Zeitung mit dem Namen Ajir (Sirene).<sup>43</sup> Bei der Gründung der Tudeh-Partei in Teheran wirkte er mit. Er „fertigte das Manifest der Tudeh-Partei an“.<sup>44</sup> In Täbris kandidierte er für die 14. Legislaturperiode des iranischen Parlaments. Als progressiver lokaler Politiker erhielt er die Unterstützung des sowjetischen Botschafters Maximov und der sowjetischen Regierungsangestellten in Täbris,<sup>45</sup> die zum Freundeskreis Bagirovs zählten. Trotz Pischewaris Erfolges im Wahlkampf wurde durch das Parlament sein Mandat angefochten und mit 50:50 Stimmen aberkannt. Seine Zeitung wurde durch die iranische Regierung verboten. Daraufhin kehrte er nach Täbris zurück und gründete am 3. September 1945 die DPA.<sup>46</sup> Seiner Ansicht nach besaß die Tudeh-Partei in Aserbaidschan keinen guten Ruf und die Partei Jebhe-azadi keine kämpferische Haltung. „Nach langer Unterhaltung zwischen mir (Pischewari), Schabestari und Padegan<sup>47</sup> kamen wir zu dem Ergebnis, die Demokratische Partei Aserbaidschan zu gründen.“<sup>48</sup> Pischewari bemühte sich,

---

<sup>42</sup> Jami, 1357/1979: 247, die Vergangenheit ist das Licht der Zukunft.

<sup>43</sup> Pischewari, Meine Geschichte (sarguzast man), in Ajir, Nr. 91, 15.9.1322/7.12.1943.

<sup>44</sup> Eskandari, 1372/1993: 118, Memoiren,

<sup>45</sup> Pischewari pflegte mit M. D. Bagirov vor der Mossavat-Regierung im sowjetischen Aserbaidschan freundliche Beziehung. Daher wurde er während seines Aufenthaltes in Täbris und während seiner Kandidatur für die 14. Parlamentsperiode von drei Regierungsangestellten (Atakischow, Ibrahimow und Hasanow, die zur Gruppe Bagirov zählten) unterstützt. Über diese drei Personen hatte Pischewari seine Kontakte mit Bagirov aufrechterhalten. Siehe Eskandari, 1372/1993: 566, Memoiren.

<sup>46</sup> Vgl. Zabihi, 1342/1963: 197, Kommunisten im Iran.

<sup>47</sup> Ali Amir-Khisi war der Chef der Tudeh-Partei in Aserbaidschan und war gegen die Einigung der Tudeh-Partei mit der DPA. Dagegen befürwortete Sadegh Padegan diese Einigung und übernahm die Aufgabe Amir-Khisis in der Partei. Siehe Jami, 1357/1979: 248, Vergangenheit ist das Licht der Zukunft.

<sup>48</sup> Pesyan, 1328/1949:21, Es gab Tod, es gab Rückkehr.; 12. Scharivar (Schar yuron on iykisi). Das Buch wurde aufgrund des einjährigen Bestehens der DPA von der Propaganda-Abteilung der DPA veröffentlicht. Dagegen behauptete Reza Roosta, dass Bagirov sagte, er habe den Entwurf der DPA sowie deren Manifest angefertigt,

mit dem Vorstand der Tudeh-Partei sowie mit den „Syndikaten der Aserbaidschanischen Arbeiter“ Kontakt aufzunehmen, um beide Organisationen an die DPA<sup>49</sup> anzuschließen. Viele Aktivisten in Aserbaidschan waren Mitglieder der Tudeh-Partei, und ohne ihre Bindung konnte die DPA wenig Erfolg in der Bevölkerung erzielen. Im Vergleich zur Tudeh-Partei, die sich bei ihrer Arbeit auf den parlamentarischen Weg konzentrierte und sich für Freiheit und Demokratie auf dem ganzen Land einsetzte und dabei vornehmlich der Arbeiterklasse behilflich sein sollte, versuchte die DPA, alle Bevölkerungsschichten in Aserbaidschan unter ihrer Schirmherrschaft zu vereinigen. Wir „laden die Masse unter unserer Fahne ein (...) und denken nicht an den Klassenkampf. (Unsere) Partei ist in jeder Hinsicht eine nationale Partei.“<sup>50</sup>

Die Tudeh-Partei in Teheran reagierte schroff auf diese Entscheidung, da sie zum einen vermutete, „dass Pischewari allein nach eigener Initiative die DPA gebildet hatte.“<sup>51</sup> Zum anderen bestand die Ansicht, dass Aserbaidschan keine eigene Partei brauchte, weil nur die Tudeh-Partei die Funktion erfüllen konnte.<sup>52</sup> Diese Meinung hatte das Zentralkomitee der Tudeh-Partei in einem Brief der Kommunistischen Partei der Sowjetunion Mitte September 1945 mitgeteilt.<sup>53</sup> Im Antwortbrief Mitte Oktober 1945 wurde nicht nur die Notwendigkeit der DPA betont<sup>54</sup>, sondern wurde die Tudeh-Partei dringend aufgefordert, mit der DPA zusammenzuarbeiten, da sich der Genosse Stalin für diese Bewegung entschieden habe.<sup>55</sup> Die Tudeh-Partei war von der Unterstützung der DPA durch die Sowjets überrascht. Die Partei war nicht in der Lage zu erkennen, dass im Rahmen der Umorientierung der sowjetischen Politik die DPA als lokale progressive Partei im Iran massiv vom neuen in Teheran angekommenen sowjetischen Botschafter Maximov unterstützt wurde. Maximov war „ursprünglich aus Armenien, wurde von Beriya und seiner Gruppe - im sowjetischen Aserbaidschan - ausgewählt. Er war vor seiner Ernennung in Teheran als sowjetischer Konsul in Khurasan (Meshhad) tätig.“<sup>56</sup>

---

Stalin gegeben und ihm angeboten, den Plan ins Präsidium zu bringen. „Stalin nahm den Plan und holte sofort von seinem Schubladentisch den korrigierten Plan raus und gab ihn weiter. Stalin sagte: Nehmen Sie ihn und handeln Sie.“ Eskandari, 1372/1999: 182, Memoiren.

<sup>49</sup> Ein Komitee aus fünf Personen (Pischewari, Shabestari, Biriya, Padegan und Dr. Javid) traf die Entscheidungen der DPA. Drei Regierungsangestellte von Bagirov standen als Berater diesem Komitee zur Seite. Siehe Eskandari, 1372/1993: 569, Memoiren.

<sup>50</sup> Jami, 1362: 283, Vergangenheit ist das Licht der Zukunft.

<sup>51</sup> Eskandari, 1372/1993: 171, Memoiren.

<sup>52</sup> Eskandari, 1372/1993: 172-3, Memoiren.

<sup>53</sup> Eskandari, 1372/1993: 174, Memoiren.

<sup>54</sup> Eskandari, 1372/1993: 567, Memoiren.

<sup>55</sup> Eskandari, 1372/1993: 174, Memoiren.

<sup>56</sup> Eskandari, 1372/1993: 142, 143, Memoiren.

Daher überraschte es nicht, als die sowjetischen Behörden in Aserbaidschan dem Vertreter der Tudeh-Partei Dr. Jaudat befahlen, sofort Aserbaidschan zu verlassen und nach Teheran zu fahren.<sup>57</sup> Der sowjetische Vizekonsul in Täbris zwang den zweiten Vertreter der Tudeh-Partei (Qiyami), die Tudeh-Partei-Filialen in Aserbaidschan aufzulösen und die Einigkeit mit der DPA zu verkünden. Das Zentralkomitee der Tudeh-Partei wurde von dieser Auflösung nicht informiert.<sup>58</sup>

Trotz der Unterstützung der sowjetischen Behörden war die Anfangsphase der DPA nicht einfach. Sie musste das Vertrauen des aserbaidschanischen Volkes gewinnen. Die Bevölkerung in Aserbaidschan hatte von den Parteien außer Demos bzw. Worten nichts gesehen. Außerdem war sie gegenüber den nationalistischen Parolen der Partei misstrauisch, da sie nicht in der Lage war, gegenüber den Persern von ihren Gefühlen zu sprechen. Die DPA versuchte eine Verbindung zu schaffen. Am 3. September 1945 veröffentlichte Pischewari eine Erklärung (Rückreise-Brief / Morajeat-name) in zwei Sprachen, persisch sowie aserbaidschanisch,<sup>59</sup> mit den 48 Unterschriften der bekanntesten aserbaidschanischen Freiheitskämpfern.<sup>60</sup> In dieser Erklärung wurden die wichtigsten Forderungen der Parteigründung zusammengefasst, in der u.a. betont wurde, dass „der Iran Wohnstätte vieler Nationen und Nomaden ist. Je freier diese Völker leben, desto mehr können sie sich einigen. Unsere (iranische) Verfassung versuchte mit dem Gesetz der Städteräte sowie Provinzräte zu ermöglichen, dass sich die gesamte iranische Bevölkerung am Schicksal ihres Landes beteiligt. Die Befriedigung der speziellen Bedürfnisse der Provinzen war die Aufgabe dieser Räte. Man muss für die Ergänzung sowie die Durchführung dieser Gesetze aktiv werden und eine nationale Regierung von unten, d.h. von der einfachen Bevölkerungsschicht aus nach ihren Bedürfnissen bilden. Wir sagen, dass vier Millionen Menschen mit eigener Sprache, Sitte und Tradition in Aserbaidschan leben, welche ihre inneren Angelegenheiten frei und autonom gestalten und trotzdem die Unabhängigkeit Irans bewahren wollen.“<sup>61</sup> Der Zentralregierung wurde vorgeworfen, die Bedürfnisse in Aserbaidschan nicht zu kennen und die aserbaidschanische Tradition nicht zu pflegen. Zur Beseitigung der Differenzen schlug die Partei die folgenden Punkte vor, die später in das Programm der aserbaidschanischen Autonomieregierung aufgenommen wurden:

1. die Autonomieregierung für Aserbaidschan unter Berücksichtigung der iranischen Verfassung zu garantieren.

---

<sup>57</sup> Eskandari, 1372/1993: 568, Memoiren.

<sup>58</sup> Eskandari, 1372/1993: 568, Memoiren.

<sup>59</sup> DPA in Baku, 1357/1979: 2, Dreißig Jahre.

<sup>60</sup> Pesyan, 1328/1949: 21, Es gab Tod, es gab Rückkehr.

<sup>61</sup> Dehgan, -: 705-707, Das Land Zarathustra.

2. die Wahl von Städteräten und Provinzräten zu fördern. „Iran wird dann glücklich und vereint, wenn die Städte- sowie Provinzräte in allen Orten, insbesondere in Aserbaidschan gebildet werden. (...) Die Kurden, Nomaden und alle Schichten in Aserbaidschan sind gemeinsam für ihre Freiheit aufgestanden. Dieser Aufstand wird sich nur dann beruhigen, wenn (...) die Bevölkerung ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen würde.“<sup>62</sup> Diese Räte sollen im kulturellen, gesundheitlichen sowie wirtschaftlichen Bereich tätig werden und die Arbeit der Beamten kontrollieren.

3. die aserbaidschanische Sprache als Unterrichtssprache einzuführen.

Bis zur dritten Klasse sollte in aserbaidschanischer, danach sowohl in aserbaidschanischer als auch persischer Sprache unterrichtet werden. Eine nationale Universität sollte in Aserbaidschan gegründet werden.

4. die Erweiterung der vorhandenen Firmen, Manufakturen und die Gründung von neuen Fabriken als Mittel gegen die Arbeitslosigkeit zu unterstützen.

5. die Erweiterung des Handels und die Steigerung des Exports zu fördern.

6. den Ausbau der aserbaidschanischen Städte sowie die Versorgung der Stadt Täbris mit Trinkwasser zu realisieren.

7. die Durchführung der Bodenreform voranzutreiben.

In Bezug auf den Aufstand der Bauern forderte sie, die erhobenen Steuern, die von den Grundbesitzern eingesetzt wurden, aufzuheben, die Probleme zwischen den Bauern und Grundbesitzern zu beheben, (...) so dass beide (die Grundbesitzer und Bauern) gemeinsam ihre Länder aufbauen konnten. Das Parteiprogramm versprach, das Eigentum der königlichen Familie zu beschlagnahmen und an die Bauern zu verteilen. Das Gleiche würde mit dem Eigentum von den Grundbesitzern geschehen, die Aserbaidschan verlassen.

8. die Hälfte der in Aserbaidschan erhobenen Steuern soll direkt an die Provinz abgeführt werden.

9. die Senkung der indirekten Steuer soll durchgeführt werden.

10. Aufgrund des hohen aserbaidschanischen Bevölkerungsanteils sollte die Zahl der aserbaidschanischen Abgeordneten im iranischen Parlament auf ein Drittel (und nicht wie bisher nur ein Sechstel) erhöht werden. Die Parlamentswahlen sollen frei, ohne die

---

<sup>62</sup> *Aserbaidschan*, Nr. 20, 12.7.1324/3.11.1945. Die Provinz- sowie die Städteräte wurden einmal nach der Konstitutionellen Revolution 1907 durchgeführt. Nach der zweiten Legislaturperiode des Majlis ist die Bildung der Räte in Vergessenheit geraten.

Einmischung der Regierungsbeamten, Fremden und der Reichen überall gleichzeitig im ganzen Iran durchgeführt und schnell beendet werden.

11. die Bekämpfung der Korruption:

Das Leben der Regierungsbeamten muss so gestaltet werden, dass es keinen Grund für Diebstahl oder Verrat gibt.

12. Die Partei strebt eine freundliche Beziehung mit den demokratischen Regierungen, insbesondere mit den Alliierten, an.

Nach der Bildung der DPA erklärte Pischewari, dass „alle unsere Werte und Forderungen nicht außerhalb dieser (iranischen) Karte liegen. (...) Ich mag die Unabhängigkeit Irans und denke nicht daran, einem anderen Land eine Handbreit von unserem Boden zu überlassen. Wir fordern nur die Autonomierechte, die die iranische Verfassung uns zugeteilt hat. Die Sprache passt auch in diesen Rahmen.“<sup>63</sup> Zwei Tage nach der Bekanntgabe dieser Erklärung veröffentlichte die Zeitung Aserbaidshchan unter Leitung von Ali Schabestari ihre erste Ausgabe. Pischewari stellte darin seinen Weg klar und deutlich dar: „die Demokratie und Freiheit mit allen Mitteln zu schützen. (...) Wenn die Betrüger in Teheran, nach der Empfehlung aus London, die Freiheit unterdrücken wollen, werden wir zwangsweise einen Schritt weitergehen und unsere Beziehung zu der (Zentralregierung) abbrechen. Die Regierung in Teheran muss wissen, dass sie zwei Wege vor sich hat, entweder schlägt sie den aserbaidshchanischen Weg ein, d.h. geht zur Freiheit und Demokratie, oder Teheran wählt den Weg der Reaktionäre.“<sup>64</sup> In diesem Fall trennt sich ihr Weg von dem aserbaidshchanischen Weg.

Am 13. September 1945 wurde das provisorische Komitee der Partei gebildet. Darin wurden Pischewari als Parteichef und Schabestari als sein Assistent gewählt. In einer Sitzung gaben Biriya, der Vorstand der Syndikate der aserbaidshchanischen Arbeiter, sowie Sadegh Padeghan und Ghiyami (die Vorstandsmitglieder der Tudeh-Partei in Aserbaidshchan) die Einigung ihrer Organisationen mit der DPA bekannt. Nach dem Anschluss aller Organisationen der Tudeh-Partei gingen auf einmal 65.700 der Tudeh-Mitglieder an die DPA über.<sup>65</sup> Von nun an war die DPA die einzige politische Organisation in der Provinz.

Am 20. September 1945 folgten 1.500 Personen - aus den verschiedensten Schichten der Gesellschaft - dem Aufruf der DPA und verabschiedeten eine Resolution, die an die Londoner Außenministerkonferenz telegraphiert wurde. In dieser Resolution hieß es: „Im

---

<sup>63</sup> *Aserbaidshchan*, Nr. 12, 30.7.1324/22.10.1945.

<sup>64</sup> *Aserbaidshchan*, Nr. 1, 14.6.1324/5.9.1945.

<sup>65</sup> Eskandari, 1372/1993: 568, Memoiren.

Gegensatz zu anderen Ländern, die das demokratische System gewählt haben, wird der Despotismus in unserem Land jeden Tag größer. Die Liberalen werden verfolgt. Die Freiheitsorganisationen sowie deren Zeitungen werden geschlossen. Die Lage in Aserbaidschan ist schlimmer als in anderen Teilen des Iran. Die aserbaidschanische Bevölkerung besitzt kein nationales Recht. Wir (Aserbaidschaner) wollen aufgrund der Atlantikcharta (...) die Herstellung der Demokratie im ganzen Land sowie nationale Autonomie für das aserbaidschanische Volk, um unser Schicksal selbst in die Hand zu nehmen.“<sup>66</sup> Pischewari sprach an diesem Tag: „Aserbaidschan befürwortet, lieber ein freies Irland zu sein als ein Teil des Irans zu bleiben, der wie ein indischer Gefangener behandelt wird.“<sup>67</sup>

Am 2. Oktober 1945 wurde der erste Kongress einberufen, in dem Vertreter aller Bevölkerungsschichten präsent waren, um das Programm der Partei vom 3. September 1945 zu bestätigen.<sup>68</sup> Dem Parteiprogramm wurden einige Punkte hinzugefügt, wie z.B. die Garantie der individuellen Freiheit, der Pressefreiheit und die Einführung des neuen Wahlrechtes. Danach durften alle Personen über 20 Jahre (Männer sowie Frauen) wählen, und jeder im Alter zwischen 27 und 80 Jahren konnte auch gewählt werden.<sup>69</sup> Das war das erste Mal in der iranischen Geschichte, dass die Frauen wählen bzw. gewählt werden durften.

Die Arbeiter sollten nur acht Stunden pro Tag arbeiten. Außerdem sollten sie die Begünstigungen der Arbeitsversicherung zugesprochen bekommen.<sup>70</sup>

Während das Privateigentum im Parteiprogramm akzeptiert wurde, schloss es die Aufteilung des Landes der „reaktionären Grundbesitzer“ an die Bauern nicht aus.

In der Resolution des Nationalen Kongresses wurde betont, dass Aserbaidschan ein Teil Irans bleibe. Das aserbaidschanische Volk wolle im Rahmen der iranischen Verfassung seine inneren Angelegenheiten autonom verwalten und die Wahl der nationalen Majlis (Provinzräte sowie des iranischen Majlis) selbst durchführen. Jeder älter als 20 Jahre sollte daran teilnehmen. Bis zur Abhaltung der Wahl werde der Kongress aus seinen Abgeordneten eine Komitee mit 39 Personen auswählen, um die Arbeit und Aufgabe des Komitees zu regulieren.<sup>71</sup> Ali Schabestari wurde als dessen Vorsitzender gewählt. Das Komitee war zuständig für die inneren Angelegenheiten Aserbaidschans, darunter auch die Einführung der

---

<sup>66</sup> *Aserbaidschan*, Nr. 10, 1.7.1324/23.9.1945.

<sup>67</sup> *Aserbaidschan*, Nr. 8, 29.6.1324/20.9.1945.

<sup>68</sup> *Aserbaidschan*, Nr. 24, 18.7.1324/10.10.1945. Die Mitglieder der Tudeh-Partei, die 60.000 Personen betrogen, wurden in die Demokratische Partei Aserbaidschans aufgenommen. Siehe *Aserbaidschan*, Nr. 5, 26.6.1324/17.9.1945.

<sup>69</sup> Im übrigen Iran durften Frauen erst ab 1963 wählen bzw. gewählt werden.

<sup>70</sup> *Aserbaidschan*, Nr. 24, 18.7.1324/10.10.1945.

<sup>71</sup> Schahr yuron un iki, 1324-1325/1945-1946, S. 346-347.

aserbaidtschanischen Sprache im Unterricht und in der Verwaltung. Außerdem sollte es mit der Regierung sowie dem Parlament in Teheran über das zukünftige Verhältnis der Provinz zum übrigen Iran verhandeln. Für den Fall, dass die Regierung in Teheran es ablehne, die legitimen Forderungen des aserbaidtschanischen Volkes zu erfüllen und Waffengewalt anwende, würden die Aserbaidtschaner für ihre nationale Autonomieregierung „bis zum letzten Blutstropfen“ kämpfen.<sup>72</sup>

Die DPA versuchte so schnell wie möglich ihre Organisation in den Städten auszuweiten, um ihr Programm durchführen zu können. Am 14. November 1945 erklärte das Zentralkomitee der DPA, „dass die erste Etappe der Parteiorganisation in Täbris und anderen Städten Aserbaidtschans abgeschlossen seien und sie demnächst die Dörfer erschließen werden.“<sup>73</sup> Nach dem Bericht der britischen Konsul in Täbris Wall wird die DPA versuchen, ihre innere Lage zu stabilisieren, bevor die russischen Truppen den Iran verlassen.<sup>74</sup>

Inzwischen hatte die Demokratische Partei Aserbaidtschans eine Volksversammlung einberufen, an der 744 Delegierte teilnahmen.<sup>75</sup> Diese Versammlung verabschiedete am 23. November 1945 eine Deklaration, in der es u.a. hieß:

„Das aserbaidtschanische Volk besitzt eine Jahrhunderte lange Geschichte, seine eigene Sprache, eigene nationale Eigenschaften und Überlieferungen und möchte sein eigenes Schicksal gemäß der Atlantik-Charta selbst in die Hand nehmen. Die konstituierende Versammlung ist der Meinung, dass die gerechten Forderungen bezüglich Gewährung einer nationalen Autonomieregierung in keiner Weise die territoriale Einheit des iranischen Staates bedrohen. Aserbaidtschan wird wie alle anderen iranischen Provinzen seine Abgeordneten in das iranische Parlament entsenden und sogar bereit sein, die entsprechenden steuerlichen Lasten zu tragen. Das aserbaidtschanische Volk wird seine eigene Regierung wählen, um seine inneren Angelegenheiten selbständig zu verwalten. Diese Regierung wird die Unabhängigkeit und Unversehrtheit des ganzen Irans unterstützen und ein wahrhaft nationaldemokratisches Regime in Aserbaidtschan errichten.“<sup>76</sup>

Mittlerweile war in Aserbaidtschan die Wahl zur Nationalversammlung durchgeführt worden. Wie vorauszusehen war, siegte die Demokratische Partei Aserbaidtschans. Am 12. Dezember 1945 konstituierte sich die „Nationale Versammlung Aserbaidtschans“, die sich aus 101 Abgeordneten zusammensetzte, die die „Autonome Republik Aserbaidtschans“ ausriefen.

---

<sup>72</sup> *Aserbaidtschan*, Nr. 364, 12.9.1325/ 3.12.1946.

<sup>73</sup> Wall an FO, 19.11.1945, Nr. 15, 371/251/1/45.

<sup>74</sup> Wall an FO, 19.11.1945, Nr. 15, 371/251/1/45.

<sup>75</sup> Vgl. Alavi, 1955: 84 Kämpfendes Iran.

<sup>76</sup> Vgl. *Soviet Monitor*, 27.11.1945, E 9389/20/34.

An der Spitze der Regierung stand Pischewari als Ministerpräsident und Dr. S. Javid wurde Innenminister. Die Nationalversammlung billigte das Parteiprogramm und forderte die Autonomieregierung auf, a) die aserbaidsschanische Regierung auf demokratischen Grundlagen zu errichten, ohne die Unabhängigkeit Irans zu verletzen, b) die Weltöffentlichkeit über die Existenz der aserbaidsschanischen Autonomieregierung in Kenntnis zu setzen.

„Nach der Herstellung der Autonomieregierung in Aserbaidsschan wurde die Sicherheit in der Region hergestellt. Die Kosten der Lebensmittel wurden gesenkt. (...) Die städtischen Reformen wie die Einrichtung der Buslinien und die Asphaltierung der Straßen wurden begonnen.“<sup>77</sup>

Zum ersten Mal in der iranischen Geschichte wurden Frauenorganisationen gegründet und die Frauen erhielten die gleichen Rechte wie Männer. Die Ankündigung sowie die Durchführung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Maßnahmen stieß bei der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung Aserbaidsschans auf positive Resonanz,<sup>78</sup> so dass die Sowjets nach Ansicht der britischen Botschaft durchaus daran denken konnten, das „Spiel in Gilan und Mazandaran“ zu wiederholen, welches in Aserbaidsschan nicht nur zur Proklamation der Autonomen Republik Aserbaidsschans, sondern auch zur Ausrufung der Kurdischen Volksrepublik geführt hatte.<sup>79</sup>

In den folgenden Wochen wurden die Arbeitsbedingungen in den Industriebetrieben zugunsten der Arbeiter verändert; in Täbris wurde der Aufbau einer Universität in die Wege geleitet.<sup>80</sup> Die aserbaidsschanische Sprache wurde als Schul- und Verwaltungssprache eingeführt. Die Banken, die mehr als drei Millionen Tomans<sup>81</sup> hielten, wurden verstaatlicht.<sup>82</sup> Der Innenminister Dr. Javid errichtete eine Geheimpolizei nach sowjetischem Muster und änderte die Uniformen des aserbaidsschanischen Militärs nach dem sowjetischen Vorbild. Zum Aufbau der Wirtschaft entsandte die Aserbaidsschanische Sowjetrepublik über 1.200 Techniker nach Aserbaidsschan als „brüderlichen Beistand“.<sup>83</sup>

Das Bildungsministerium der Autonomiebewegung übersetzte sofort die Texte der Schulbücher in die aserbaidsschanische Sprache. In den Büchern wurden die aserbaidsschanischen Traditionen hervorgehoben. Das Bildungsministerium schickte einige

---

<sup>77</sup> Jami, 1357: 292, Vergangenheit ist das Licht der Zukunft.

<sup>78</sup> Vgl. Cottam, 1988: 126f, Iran and the United State.; Carse (Täbris) an Bevin, 8.1.1947, E 1063/1/34.

<sup>79</sup> Vgl. Farquhar (Teheran) an FO, 19.12.1945, E 9983/20/34.

<sup>80</sup> vgl. Lenczowski, 1968: 289, Russia und the West in Iran 1948-1948.

<sup>81</sup> Die iranische Währung.

<sup>82</sup> vgl. Lenczowski, 1968: 289, Russia und the West in Iran 1948-1948.

<sup>83</sup> Henle, 1966: 319, Der neue Nahe Osten.

Schüler nach Baku und in den Kaukasus zur Ausbildung, darunter waren 600 Männer, die militärische Ausbildung erhielten. Weiterhin wurden viele Bücher, Zeitschriften und Zeitungen in türkischer Sprache, die im Kaukasus gedruckt worden waren, in Aserbaidshans verteilt. Die politische Fortbildung für Regierungsbeamte wurde eingeführt.

Die Demokraten haben in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht Fortschritte erzielt. Auch die Senkung der Steuer sowie die Landteilung wurden vorangetrieben.<sup>84</sup> Es wurden 250.000 Hektar zwischen 210.000 Bauernfamilien verteilt.<sup>85</sup>

Die Autonomieregierung gab neue Briefmarken mit dem Text „Nationale Regierung Aserbaidshans, 21.9.1324“ (12. Dezember 1945) heraus, hängte das Bild des Schahs in den Schulen ab, beseitigte das iranische Staatszeichen „Löwe und Sonne“ vom Hut der Polizisten, ließ eine neue Flagge über dem Regierungsgebäude flattern, stellte die Uhr in Täbris nach der Moskauer Zeit ein<sup>86</sup> und eröffnete einen großen Laden in Täbris, damit die Bevölkerung die alltäglichen Waren günstig kaufen konnte.

Die DPA war bei der Durchsetzung ihrer Reformen sehr erfolgreich. Sie organisierte die verschiedenen Arbeiter- und Handelssyndikate, erhöhte die Löhne, regulierte die Arbeitsbedingungen, programmierte den Aufbau sowie die Sanierung der Betriebe und modernisierte die Verwaltung.<sup>87</sup>

So berichtete die sowjetfreundliche Presse u.a. in Aserbaidshans werde das Land, das bisher dem Staat oder den geflohenen reaktionären Grundbesitzern gehört habe, an die Bauern vergeben, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen; auch werde die allgemeine und kostenlose Schulpflicht eingeführt<sup>88</sup> und die Industrie der Provinz gefördert. Zudem werde eine Bürgermiliz aufgebaut, um die junge Autonomieregierung zu verteidigen.<sup>89</sup> Die Einberufung der jungen Aserbaidshaner zur Wehrpflicht wurde im Dezember 1945 angeordnet. Im Januar 1946 forderte Biriya alle Offiziere auf, die Generalamnestie zu nutzen und in die Nationalarmee zu gehen.<sup>90</sup> Kurz darauf veranstaltete die Nationalarmee eine Militärparade, daran nahmen 2.000 Soldaten sowie 50 Offiziere teil.<sup>91</sup>

Das Programm der DPA war radikal, progressiv und fortschrittlich. Viele Perser sahen in der Parteideklaration ihre Ideale.<sup>92</sup> Die Erinnerung an die Konstitutionelle Bewegung

---

<sup>84</sup> British Consul, Tabriz notiz, Jan-Feb. 1946 FO371/52740.; Aserbaidshans 18.11.1324 / 8.1.1946

<sup>85</sup> Iwanow, 1377/1998: 109, Moderne Geschichte Irans.

<sup>86</sup> British Consul, Tabriz notiz, Jan-Feb. 1946 FO371/52740.

<sup>87</sup> Wall an Bullard, 16 April 1945, E 2445/239/34, FO 371/Persia, 45478-01881.

<sup>88</sup> Diese Programme werden später im Manifest der Demokrat-Partei Irans von Qavam auftauchen.

<sup>89</sup> Fatemi, N.S., 1954: 277f, Oil Diplomacy.

<sup>90</sup> Aserbaidshans, 18.11.1324 /8.1.1946. ; Daad, 28.11.1324/8.1.1946.

<sup>91</sup> Teheran an FO, 8.1.1946, FO 371/52661.

<sup>92</sup> Kaihan, Leitartikel, Nr. 832, 18.9.1324/9.12.1945.

wurde lebendig. Wieder bezeichnete sich Aserbaidtschan als Freiheitskämpfer für die ganze Nation. Eine Welle von Enthusiasmus und Begeisterung schwappte über das Land hoch, was sich in den Zeitungen und Zeitschriften widerspiegelte.

Der Leiter der Zeitung Kaihan, Framarzi, schrieb: „An jedem Ort auf der Welt wird es viele Vorwürfe geben, wenn eine Bewegung gegen die Regierung und die vorhandene Situation stattfindet. Ich bin sicher, an demjenigen Tag, an dem die Aserbaidtschaner für die Konstitutionelle Revolution aufgestanden waren, wurden sie von der Regierung und deren Anhängern genau mit solchen Vorwürfen attackiert. Ich erinnere mich an den Aufstand Khiabanis und Kudschek-Khans, die zu ihrer Zeit Rebellen bzw. Verbrecher genannt wurden. Sie werden heute (1945) als Freiheitskämpfer und Vorbilder gelobt.“<sup>93</sup>

„Ohne Zweifel wird die Bewegung der Demokraten im Nordiran eine der wichtigsten Ereignisse Irans. Wenn diese Bewegung alle Städte des Irans erreichen würde, wird sie von Erfolg begleitet sein. Den Erfolg muss man als ein neues Kapitel im Orient zählen.“<sup>94</sup>

Nach dem Bericht einer Zeitung in Teheran „geht es Aserbaidtschan nun besser. Die Preise sind gesunken, die Züge fahren regelmäßig und die Bevölkerung ist zufrieden.“<sup>95</sup>

Auch die Anlehnung Pischewaris und seiner Freunde an die sowjetische Politik galt als heilig. „Diese (Anlehnung) ist keine Schande, da die heutige sowjetische Politik mit den Interessen der Bauern, Arbeiter, der Unterschicht und dem Mittelstand in unserem Land übereinstimmt.“<sup>96</sup>

Es wurde sogar in der Presse versucht, die Autonomiebestrebung im Rahmen der iranischen Tradition und Geschichte zu rechtfertigen: „Die Forderung der aserbaidtschanischen Bevölkerung (die von der DPA propagiert wird) ist der Wunsch des größten Teils der iranischen Bevölkerung. Man hört aus jedem Teil Irans diese Forderung. Die (iranischen) Politiker sind nun gezwungen, (...) die Rechte der Bevölkerung, die in der Verfassung vorgesehen sind, nicht nur für das aserbaidtschanische Volk, sondern für die ganze Nation einzuräumen.“<sup>97</sup> (Wenn die aserbaidtschanische Bevölkerung) „heute mit Grobheit und Gewalt ihre Rechte verlangt, geschieht dies nur aus dem Grund, dass die iranischen Regierungen in der Vergangenheit ihre Beschwerden nicht gehört haben.“<sup>98</sup>

---

<sup>93</sup> Framarzi, „Die Zeitungen und die Demokratische Partei Aserbaidtschan“, in: *Kaihan*, zit. nach Aserbaidtschan, Nr. 72, 15.9.1324/6.12.1945.

<sup>94</sup> *Kaihan*, Nr. 832, 18.9.1324/9.12.1945.

<sup>95</sup> *Daad*, 27.9.1324 /18.12.1946.

<sup>96</sup> *Qiyam -e- Iran*, Nr. 468, 29.9.1327/20.12.1948.

<sup>97</sup> „Ferqeh demokrat wa iran e ma“ (die demokratische Partei Aserbaidtschan und unser Iran) in: *Iran e ma*, Nr. 459, 18.9.1324/9.12.1945.

<sup>98</sup> *Farman*, Nr. 827.

„Die Föderation, die Freiheit der Provinzen in inneren Angelegenheiten mit gemeinsamer Außenpolitik hat viele Anhänger. Die iranischen Provinzen wurden schon von Kyros dem Großen (559-529 vor Christus) bis Mosafar-din-Schah (1895-1906) in verschiedenen Formen föderativ bzw. autonom verwaltet. (...) Die Bildung von Provinz- sowie Städteräten wurde aus diesem Grund in der Verfassung verankert. Mit diesem Instrument siegte (damals) die iranische Bevölkerung gegen die diktatorische Zentralregierung in Teheran. (...) Jetzt müssen wir den Provinzen wieder die Möglichkeit für innere Reformen anbieten.“<sup>99</sup> Sogar Zia, der Vorsitzende der Mehrheitsfraktion im Parlament, propagierte in seinem Buch Schaier-Melli, dass die Iraner einen Weg einschlagen müssten, so dass keine Gruppe denke, dass sie unter der Sitte oder der nationalistischen Unterdrückung anderer Gruppierungen stehe (...). Die Iraner müssten die Vereinigten Staaten des Iran bilden.<sup>100</sup>

In der Presse wurde betont, dass die soziale Unzufriedenheit nicht nur von Aserbaidschan zu hören sei, sondern „die Unzufriedenheit herrscht auf dem ganzen Land. Nur die Gewalt (der Zentralregierung) verhindert den Aufstand der Iraner. In jeder Region, in der es einen Helfer gibt, (...) erfolgt ein Aufstand. In Aserbaidschan gibt es heute einen Unterstützer, daher leistet Aserbaidschan einen Aufstand. Wenn es diesen Unterstützer in der Region Kerman gäbe, würde Kerman (...) rebellieren.“<sup>101</sup> Der einzige Weg für den Wohlstand der Nation sowie für die Gründung einer nationalen Regierung sei der Aufstand gegen die Regierenden.<sup>102</sup>

Die Tudeh-Partei erklärte, dass die DPA „aufgrund der Unterdrückung und Armut – genau wie in allen anderen Städten und Provinzen - zustande gekommen ist. Aserbaidschan ist der Ort der Freiheitsbewegung Irans. Daher ist die Reaktion dort stärker. Die aserbaidchanische Sprache ist nicht die Sprache, die diese Generation erfunden hat, sondern eine Sprache, mit der sich Millionen Menschen seit Hunderten von Jahren verständigen.“<sup>103</sup>

Nouschad (Mitglied der Tudeh-Partei) bemerkte in der Zeitung Kaihan, dass „das Herz aller iranischen Liberalen für Pischewari und seinen Aufstand schlägt“,<sup>104</sup> Tafazoli ging weiter und schrieb, welche Erwartung die iranische Bevölkerung von dem Aufstand habe: „Wir (die iranische Bevölkerung) erwarten, dass der Arm der aserbaidchanischen Brüder die

---

<sup>99</sup> Bahar, „hejb demokrat Aserbaidschan“ (die demokratische Partei Aserbaidschan), in: *Nebard be jahe Iran ma*, Nr. 123, 25.6.1324/16.9.1945.

<sup>100</sup> Zia, Schaier Melli, S. 12.

<sup>101</sup> *Jebhe*, Leitartikel, Nr. 40, 29.9.1324/20.12.1945.

<sup>102</sup> *Jebhe*, Leitartikel, Nr. 41, 30.9.1324/21.12.1945.

<sup>103</sup> *Aserbaidschan*, Nr. 28, 23.7.1324/19.10.1945.

<sup>104</sup> *Kaihan*, Nr. 175, 6.11.1324/27.12.1945.

letzten Bunker für die iranischen Freiheitskämpfer wird. Die DPA sollte nicht ein anderes Interesse verfolgen und eine andere Muttersprache finden und sich dadurch vom übrigen Iran, der gegen den Despotismus kämpft, trennen. Ob es ein Problem wäre, wenn Aserbaidshan die Flagge der Freiheit und Demokratie im ganzen Iran gegen den Despotismus übernehmen würde. Wie es bei der konstitutionellen Bewegung, deren Ursprung aus Aserbaidshan stammte, der Fall gewesen war. So können die persischen Freiheitskämpfer unter dieser Flagge ihren Kampf fortsetzen.“<sup>105</sup>

Die Perser forderten Pischewari mit Telegrammen und Briefen auf, diese Forderungen (mit der Streichung der Aserbaidshanischen Sprache) nicht nur für Aserbaidshan sondern für den ganzen Iran zu stellen.<sup>106</sup> Pischewari lehnte diese Vorschläge mit der Begründung ab, dass zunächst Aserbaidshan frei sein müsse und dann das ganze Land. Die Abgeordneten des ersten aserbaidshanischen Kongresses bekräftigten, dass die Freiheit im ganzen Iran nur dadurch erreichbar sei, wenn man zunächst im eigenen Haus anfangen.<sup>107</sup>

Für Pischewari war es wichtig, die „Parole Aserbaidshan für Aserbaidshaner zu realisieren.“<sup>108</sup> Er erklärte die „Sicherung der nationalen Freiheit des aserbaidshanischen Volkes“<sup>109</sup> als wichtige Aufgabe der DPA. Zur Durchführung dieser Aufgabe werde das aserbaidshanische Volk nicht mehr „unter die Vormundschaft anderer (Iraner) gehen.“<sup>110</sup>

Gleichzeitig mit der Errichtung der politischen Institutionen wurden die Militärstationen der iranischen Regierung unter Kontrolle gebracht. Bei Täbris haben sich die stationierten Regierungstruppen der Drohung der neugebildeten aserbaidshanischen Regierung unter Pischewari, mit sowjetischer Hilfe ihre Quartiere zu stürmen, gebeugt und sich am 20. November 1945 ergeben.<sup>111</sup> Auch in Sarab gelang es 600 Demokraten, persische Militär- und Polizeieinheiten gefangen zu nehmen; sogleich belagerten rund 3.000 Demokraten die für die telegraphische Verbindung mit Teheran wichtige Stadt Mianeh. Nach dem militärischen Sieg war die Machtherrschaft der Autonomieregierung perfekt.

Die Entwicklung in Aserbaidshan beunruhigte die Zentralregierung nicht nur aufgrund der militärischen Erfolge sowie der wirtschaftlichen Bedeutung der Provinz für die Ökonomie des gesamten Landes, sondern auch, weil die iranische Regierung fürchtete, dass die Attraktivität Aserbaidshans, wo die feudalen Zustände aufgehoben worden waren und die

---

<sup>105</sup> *Aras be jahe Iran ma*, Nr. 129, 18.7.1324/10.10.1945.

<sup>106</sup> Vgl. Pesyan, 1328/1949: 21, Es gab Tod, es gab Rückkehr.

<sup>107</sup> *Aserbaidshan*, Nr. 18, 10.7.1324/2.10.1945.

<sup>108</sup> *Aserbaidshan*, Nr. 112, 9.11.1324/29.1.1946.

<sup>109</sup> *Aserbaidshan*, Nr. 123, 23.11.1324/12.1.1946.

<sup>110</sup> *Aserbaidshan*, Nr. 112, 9.11.1324/29.1.1946.

<sup>111</sup> Vgl. Arfa, 1964: 347f, under five Shahs.

arbeitende Bevölkerung weitaus mehr Rechte besaß als im übrigen Land, die Masse der iranischen Bevölkerung ebenfalls zu revolutionären Aktivitäten ermutigen könnte. Die Maßnahmen der Regierung Pischewari waren jedenfalls geeignet, diese Befürchtungen zu verstärken.

Das Majlis und der Schah sahen sich gezwungen, eine starke Persönlichkeit als Regierungschef zu beauftragen. In Qavam fand man eine geeignete Person. Nach der Ernennung Qavams zum Ministerpräsidenten teilte er am 25. März 1946 in einer Pressekonferenz mit, dass die iranische Regierung mit der Bevölkerung Aserbajdschans freundlich umgehen werde. Die Forderungen der Aserbajdschaner würden im Rahmen der iranischen Verfassung akzeptiert. Er fügte hinzu, dass die iranische Regierung eine Delegation von Abgeordneten aus Aserbajdschan zum Gespräch nach Teheran einladen werde.<sup>112</sup> Der iranische Ministerpräsident veröffentlichte am 22. April 1946 nach seiner Übereinkunft mit Sadchikow am 4. April 1946 ein Regierungskommuniqué, in dem ein Sieben-Punkte-Programm zur Klärung der Beziehungen zwischen der Regierung in Täbris und Teheran vorgeschlagen wurde:

a) Die Leiter von Landwirtschaft, Handel und Industrie, Verkehr, Polizei, Finanzen, Justiz, Bildungs- und Gesundheitswesen sollten von dem aserbajdschanischen Provinzrat gewählt werden. Dagegen behielt sich Teheran die Ernennung der Kommandeure der Armee und der Gendarmerie vor.

b) Die Provinzleiter sollten nach Konsultation des Provinzrates von der Zentralregierung ernannt werden.

c) Während die Amtssprache Persisch blieb, sollten in den örtlichen Ämtern und in der Rechtsprechung jedoch beide Sprachen (Persisch und Aserbajdschanisch) angewendet werden. In den ersten fünf Klassen der Schulen sollte in aserbajdschanischer Sprache unterrichtet werden. Ein Teil des lokalen Steueraufkommens sollte in Aserbajdschan ausgegeben werden.

d) Die freie Tätigkeit der demokratischen Organisationen sowie Gewerkschaften wurde, ebenso wie im übrigen Iran, garantiert.

e) Die Zahl der aserbajdschanischen Abgeordneten im iranischen Parlament wird entsprechend der Bevölkerungszahl der Provinz, nach Bestätigung des Majlis, erhöht.

---

<sup>112</sup> Bayani, 1375/1996: 474-475, Rebellion in Aserbajdschan.

f) Die Regierung in Teheran wird allen Bürgern und Politikern Aserbaidschans, die sich an der demokratischen Bewegung<sup>113</sup> beteiligt haben, Straffreiheit garantieren.<sup>114</sup>

Das Programm diente als Grundlage für die Verhandlung zwischen der aserbaidchanischen Delegation und der Zentralregierung, die am 28. April 1946 in Teheran stattfand. Die aserbaidchanische Delegation<sup>115</sup> leitete Pischewari selbst.

Die Verhandlung in Teheran wurde abgebrochen, da die beiden Verhandlungsdelegationen zu keiner Einigung gelangen konnten. Qavam lehnte die zwei Hauptforderungen der aserbaidchanischen Delegation, die Unterstellung der iranischen Armee unter die aserbaidchanische Verwaltung sowie die Auflösung der Gendarmerie, als zu weitgehend ab.<sup>116</sup>

Qavams<sup>117</sup> Problem lag nicht in der Verhandlung mit der aserbaidchanischen Regierung, vielmehr hatte er Meinungsunterschiede mit dem Schah. Pischewari gab nach der Rückkehr aus Teheran bekannt, „dass Qavam persönlich gute Absichten hat, aber der Schah als Oberbefehlshaber der Armee gegen die Lösung des Konflikts ist.“<sup>118</sup> Der Schah war gegen jegliches Abkommen mit der aserbaidchanischen Regierung und bestand auf der Entsendung von iranischen Truppen in die Provinz<sup>119</sup> und der gewaltsamen Unterdrückung der Autonomieregierung. Qavam fürchtete, dass die beorderten Soldaten, die unzufrieden und sogar aserbaidchanfreundlich eingestellt waren, zur anderen Seite überlaufen würden.<sup>120</sup> Dies könnte ein fataler Fehler sein und nur mit einem Fiasko enden. Die Feststellung Qavams bestätigt, dass die aserbaidchanische Regierung zu diesem Zeitpunkt eine große Attraktivität und Beliebtheit innerhalb der iranischen Bevölkerung besaß. Zweitens, wie könnte die Regierungstruppen bei einer Stärke von 5.000 oder 6.000 Mann eine Chance gegen die aserbaidchanische Armee mit 30.000 Soldaten haben. Drittens werden die Sowjets, die sich als Vermittler in der Verhandlung zwischen Teheran und Täbris bemühen, an der Seite der aserbaidchanischen Regierung stehen, wenn es zu einem bewaffneten Konflikt käme.<sup>121</sup>

---

<sup>113</sup> mit dieser Aussage hatte Qavam die demokratische Bewegung Aserbaidschans anerkannt.

<sup>114</sup> Ward an SoS, 23.4.1946, FRUS 1946, Bd. VII, S. 434f.

<sup>115</sup> Seif Ghazi, der Vertreter der kurdischen Regierung, gehörte der Delegation an.

<sup>116</sup> Siehe Sanjabi, 1368/1989: 75-76, Hoffnungen und Hoffnungslosigkeiten, die politischen Memoiren von Dr. Karim Sanjabi. Vgl. Ward an SoS, 8.5.1946 FRUS 1946, Bd. VII, S. 453f.

<sup>117</sup> „Über einen Spion erfuhr Qavam, dass Pischewari jeden Tag Bagirov“ über die Verhandlung informierte. Siehe Behnud, 1369/1990 :267, von Sayied Zia bis Bakhtiyar.

<sup>118</sup> *Aserbaidschan*, Nr. 199, 25.2.1325/15.5.1946.

<sup>119</sup> Vgl. Ward an SoS, 8.5.1946, FRUS, 1946, Bd. VII, S. 454.

<sup>120</sup> Pesyan, 1328/1949: 21, Es gab Tod, es gab Rückkehr.; Vgl. Ward an SoS, 8.5.1946 FRUS, 1946, Bd. VII, S. 454.

<sup>121</sup> Vgl. Ward an SoS, 8.5.1946 FRUS, 1946, Bd. VII, S. 454f.

Qavam forderte Pischewari auf, weiterhin in Teheran zu bleiben, damit er den Schah davon überzeugen konnte, seine Forderung zu akzeptieren. Pischewari, der die Lage als nicht günstig ansah, verließ Teheran, obwohl „die Tudeh-Partei sowie die sowjetische Botschaft in Teheran“ ihm davon abgeraten hatten.<sup>122</sup>

Am 11. Mai 1946 meldete Radio Täbris, dass die Verhandlung in Teheran abgebrochen wurde und die aserbajdschanische Delegation nach Täbris zurückkehrte. Radio Täbris führte weiter aus, dass das aserbajdschanische Volk nicht bereit sei, sich der Tyrannei Teherans zu unterwerfen. Die Nationalarmee sei in der Lage, gegen die Feinde der Freiheit zu kämpfen.

Die Abreise der aserbajdschanischen Delegation aus Teheran am 13. Mai 1946 führte zur Unzufriedenheit Sadchikows, so dass er Qavam mitteilte, der Abbruch der Verhandlung werde zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen beiden Parteien führen.<sup>123</sup> Daraufhin informierte Qavam die iranische Bevölkerung am 18. Mai 1946 in einer Rundfunkansprache über den Ablauf der Verhandlung mit Aserbajdschan, um die gespannte Lage zu beruhigen. Er nannte in seiner Erklärung die wichtigen Streitpunkte beider Parteien. Nebenbei bekundete er seine Absicht, Parlamentswahlen im Iran bald abzuhalten, um das Ölabkommen mit der Sowjetunion von dem neuen Majlis bis zum 24. Oktober 1946 ratifizieren zu lassen. Er warf den Reaktionären im Majlis vor, für die angespannte Lage verantwortlich zu sein. Sie hätten mit Hilfe der früheren Regierung durch ihre falsche Politik die Probleme mit Moskau verursacht. Seine Rundfunkansprache sollte als öffentliche Unterstützung seiner Delegation dienen, die einen Tag zuvor in Täbris eintraf. Die Delegation aus Teheran, an deren Spitze M. Firuz stand, nahm sofort die Verhandlung mit Pischewari auf.

Am Tag der Wiederaufnahme der Gespräche zwischen Teheran und Täbris am 17. Mai 1946 begannen die Truppen der Zentralregierung, die aserbajdschanischen Einheiten im Südwesten der Provinz anzugreifen.<sup>124</sup> Daraufhin rief die Regierung Pischewari die Aserbajdschaner zur Verteidigung ihrer Freiheit bis zum „letzten Blutstropfen“ auf und verhängte das Kriegsrecht über die größeren Städte der Provinz.<sup>125</sup> Die Kämpfe wurden jedoch bald eingestellt. Nach Ansicht des Kriegsministers in Teheran war ein Ortskommandeur mit den ihm unterstellten Verbänden bestochen worden, die aserbajdschanischen Streitkräfte anzugreifen<sup>126</sup> – anscheinend sollte dadurch Qavams Politik torpediert werden.

---

<sup>122</sup> Eskandari, 1372/1993: 213-214, Memoiren.

<sup>123</sup> Vgl. Allen an SoS. 13.5.1946 FRUS, 1946, Bd. VII, S. 460.

<sup>124</sup> Kirk, 1954:72, The Middle East 1945-1950.

<sup>125</sup> Kirk, 1954:72, The Middle East 1945-1950.

<sup>126</sup> Kirk, 1954: 73f, The Middle East 1945-1950.

Zur Klärung der Vorfälle einigten sich die Regierungen in Teheran und Täbris, eine Untersuchungskommission in das betroffene Gebiet zu entsenden.<sup>127</sup> Somit konnte die Verhandlung zwischen Pischewari und Firuz fortgesetzt werden und zur Unterzeichnung eines Vertrages am 22. April 1946 gelangen. Der ratifizierte Vertrag unterschied sich kaum von Qavams Vorschlägen vom 22. Juni 1946.<sup>128</sup> Die Hauptpunkte des Abkommens beinhalteten u.a. den Status der Autonomieregierung sowie den Verzicht auf eigene Ministerien. Dafür sollte die Provinz durch Provinz- und Stadträte verwaltet werden. Der aserbajdschanische Gouverneur sollte von der Zentralregierung auf Vorschlag des Provinzrates, der bisherigen „Nationalversammlung“, ernannt werden. Weiterhin sah das Abkommen die Eingliederung der aserbajdschanischen Streitkräfte wie auch der Volksmiliz in die iranische Armee und Polizei vor, wobei sich Zentralregierung und Provinzrat noch über den zukünftigen Status einigen sollten. Von den Steuereinnahmen Aserbajdschans sollten der Provinz 75% verbleiben und 25% an Teheran abgeführt werden. Dieser Punkt war ein Vorschlag der Sowjets, der in diesem Abkommen berücksichtigt wurde. Weiterhin akzeptierte die persische Regierung die durchgeführte Bodenreform und erklärte sich bereit, den Anteil der aserbajdschanischen Abgeordneten im Majlis gemäß der Bevölkerungszahl nach der Bestätigung des iranischen Parlaments zu erhöhen.<sup>129</sup>

Während Pischewari in Teheran gegenüber der iranischen Regierung in Anwesenheit Sadchikows hart auftrat,<sup>130</sup> hinterlies er dadurch, dass er so viele Zugeständnisse gegenüber dem Vertreter Qavams machte, in Täbris einen schwachen Eindruck. Grund für die unterschiedliche Reaktion, wie Eskandari zu Recht behauptet, war ein Meinungsunterschied zwischen Baku und Moskau. Moskau war in dieser Phase für den Verzicht auf die Autonomieregierung - im Gegensatz zu Bagirov.<sup>131</sup>

Pischewari musste aufgrund des Abkommens von seinem Amt als Ministerpräsident zurücktreten, behielt aber sein Amt als Generalsekretär der DPA. Der neue Gouverneur wurde sein bisheriger Innenminister Dr. Javid.<sup>132</sup>

Das Abkommen zeigt, dass die Regierung Pischewari wesentliche Forderungen hinsichtlich der Autonomieregierung, der Ernennung des Gouverneurs, der Armee und der Polizei – aufgegeben hatte. Dagegen hatte die Zentralregierung in Teheran lediglich bei den

---

<sup>127</sup> Vgl. Kirk, 1954: 73, The Middle East 1945-1950.

<sup>128</sup> Vgl. Le Rougetel an FO, 14.6.1946, E 5466/5/34, Wall: Tabriz Diary, Nr. 6, 30.6.1946, E 6440/900/34.

<sup>129</sup> Vgl. FRUS, 1946, Bd. VII, S. 497f.

<sup>130</sup> Es konnte die Hartnäckigkeit Pischewaris darauf zurückzuführen sein, dass zu diesem Zeitpunkt Bagirov für den Erhalt der Autonomieregierung war. Siehe, Behnud, 1369/1990 :267, von Sayied Zia bis Bakhtiyar.

<sup>131</sup> Eskandari, 1372/1993: 182, Memoiren.

<sup>132</sup> Dr. Javid, der aserbajdschanische Provinzleiter, arbeitete an zwei Fronten, mit Qavam gegen Pischewari und umgekehrt. Eskandari, 1372/1993: 214-215, Memoiren.

Steuerabgaben sowie bei der Bodenreform Zugeständnisse gemacht, unter dem Vorbehalt, dass das iranische Parlament diesen zuvor zustimmen müsse. Andere Streitpunkte waren jedoch ungelöst geblieben und auf einen späteren Zeitpunkt verschoben worden. In der aserbajdschanischen Presse wurde das Abkommen als großer Sieg verkündet, was propagandistischen Zwecken diene. Meiner Ansicht nach dürfte die nachgiebige Haltung der aserbajdschanischen Regierung vor allem auf die Ermahnung Bakus und insbesondere Bagirovs zurückzuführen sein. Pischewari durfte gegenüber der Delegation aus Teheran nicht hart auftreten, um Qavam gegenüber den feindlich gesonnenen Kräften in Teheran nicht in Schwierigkeiten zu bringen und dadurch die Ratifizierung des Ölvertrages zu verhindern. Denn es wurde spekuliert, dass der Schah und die konservativen Gruppen im Parlament versuchen würden, gegen Qavam einen Putsch zu führen.

Zum anderen schwächten die aufgetretenen Probleme, mit denen die neue Autonomieregierung zu kämpfen hatte, ihre Position. Das finanzielle Problem stellte das wichtige Hindernis dar. Es war unklar, wo die Finanzierung der Reformen herkommen sollte. Auch die wirtschaftliche Lage der Autonomieregierung in der zweiten Hälfte des Jahres 1946 war alles andere als gut. Obwohl die aserbajdschanische Regierung den Grund für das Unglück der Aserbajdschaner darin sah, dass die Zentralregierung die Einnahmen Aserbajdschans in den anderen Provinzen investierte, zeigte sich nach dem Abbruch mit Teheran und der Übernahme der Banken, dass das Geld für die alltäglichen Bedürfnisse nicht ausreichend war. Viele Einwohner versuchten in dieser Zeit, ihre Steuer nicht zu bezahlen. Einige Großgrundbesitzer sowie die reichen Kaufleute transferierten ihr Geld nach Teheran. Elhami, der Finanzminister der aserbajdschanischen Regierung versuchte, mit einigen Maßnahmen über das Problem Herr zu werden. Zum Beispiel gründete er eine eigene Bank (Aserbajdschan Bank), druckte Geldscheine und beschlagnahmte das Vermögen derjenigen Aserbajdschaner, die die Provinz ohne Grund verlassen hatten. Diese Politik hinderte viele Reiche daran, die Provinz zu verlassen. Elhami kassierte sogar die zurückbehaltene Steuer. Trotz dieser Maßnahmen blieb die Inflation und die schlechte Versorgung der Bevölkerung erhalten, was zur Unzufriedenheit führte.

Auch die Autonomieregierung Kurdistans machte Schwierigkeiten. Die Beziehung zwischen den beiden Volksstämmen war von Spannungen geprägt. Die Kurden wollten sich nicht der Oberherrschaft von Täbris unterwerfen. Die Konflikte wurden beigelegt, nachdem die Sowjets die Kurden unter Druck setzten.

Eine andere Unannehmlichkeit lag in den Meinungsunterschieden innerhalb der aserbajdschanischen Regierung. Diese Unterschiede wirkten sich in der Verhandlung mit

Teheran negativ aus. Es schien, dass Pischewari an der Beilegung des Konfliktes mit der Zentralregierung ein Interesse hatte, während der Flügel um Biriya für eine harte Position gegenüber Teheran auftrat.<sup>133</sup>

Auch die Sowjetunion belastete die aserbaidsschanische Regierung schwer. Sie half der Autonomieregierung kaum. Obwohl sie die Autonomieregierung mit leichten Waffen ausrüstete, weigerte sie sich, die junge Autonomieregierung wirtschaftlich zu unterstützen. Im Gegensatz dazu setzte sie ihre Plünderungspolitik - genau wie in der Kriegszeit - fort. Aserbaidsschanische Getreide-, Fleisch- und andere Industrieprodukte gingen in die Sowjetunion, ohne dass dafür eine Gegenleistung erfolgte. Das Versprechen der sowjetischen Regierung, die Autonomieregierung mit landwirtschaftlichen Maschinen auszurüsten, wurde nicht eingehalten. Laut eines amerikanischen Berichtes war die Suche nach einem sowjetischen Traktor oder einer anderen landwirtschaftlichen Maschine in Aserbaidsschan vergebens.<sup>134</sup> Die anderen Staaten haben die Autonomieregierung nicht unterstützt, da dies die Anerkennung der aserbaidsschanischen Regierung bedeutet hätte. Es blieb nur die Möglichkeit, die Hände nach Teheran auszustrecken. Ende August 1946 fuhr der Provinzleiter Dr. Javid mit einer Delegation nach Teheran, um das erste Gründungsjahr der aserbaidsschanischen Autonomieregierung in Teheran zu feiern. Der eigentliche Grund war, die Regierung Qavams um finanzielle sowie militärische Unterstützung zu bitten.<sup>135</sup> Die Zentralregierung kam den Wunsch nicht nach, sondern versuchte mit allen Mitteln weiterhin die nationale Regierung in Aserbaidsschan und ihre Zielsetzung zu diffamieren. Sie setzte die Autonomieregierung mit wirtschaftlichem Embargo unter Druck und verbot den Handel mit der Autonomieregierung. Tee und Reis durften nicht importiert werden.

Die Autonomieregierung hatte Schwierigkeiten in der Landwirtschaft. Die angestrebte Bodenreform trug wenig Früchte. Viele kleine Bauern, die das Land bekamen, hatten kein Geld, um Saatgut zu kaufen. Ganz zu schweigen davon, dass die Bodenreform einige Jahre politischer Stabilität benötigt hätte, um Erfolge zu erzielen.

Es kam noch ein anderer Druck dazu, als die Sowjets ihre Truppen aus dem Iran abzogen. Die Demokraten fürchteten jeden Tag, dass die iranische Armee sie angreifen würde. Die aserbaidsschanische Regierung hat eine Verteidigungslinie zwischen den Städten Astar und Sagez mit Hilfe von 18.000 Militärkräften errichtet. Die aserbaidsschanischen Militäreinheiten warteten sechs Monate lang auf die Attacke der iranischen Armee. Das Warten auf einen Angriff zermürbte die psychische Kraft der Demokraten. Außerdem waren

---

<sup>133</sup> Tabriz Consul , Bericht 30.6.1946, FO 371/52679.

<sup>134</sup> Fawcett, 1992: 75, Iran and Cold War.

<sup>135</sup> Siehe kurze Information, 16-22 Sept. 1946, FO 371/52711.

viele Rekruten der Demokarten keine Berufssoldaten, sondern einfache Bauern, die ihre Felder sowie ihre Familie verlassen hatten, um an die Front zu gehen.

Es kamen noch einige Fehler dazu, die die Demokraten schwächten. Anstelle eine Zusammenarbeit mit allen Freiheitskräften und Organisationen im ganzen Land anzustreben, die gegen den Kolonialismus und dessen Vertreter im Land eine Front bildeten, ging Pischewari zu diesen auf Distanz. Er trennte mit der Zeit die Belange Aserbaidischans von den gesamtiranischen Interessen. Daher hat sich die Hoffnung Pischewaris, dass die anderen Provinzen seinem Weg folgen und dadurch die Zentralregierung in Teheran unter Druck gesetzt würde, nicht erfüllt. Pischewari vertiefte sogar die Unterschiede zwischen Persern und Aserbaidischanern und sprach davon, „unser Volk ist ein Held und großartig. Die (aserbaidischische) Nation hat keine Ähnlichkeit mit der Bevölkerung in Teheran, Isfahan und anderen Orten des Irans. Aserbaidischaner sind keine Perser.“<sup>136</sup> Es ist zu bemerken, dass viele innerhalb der iranischen Zentralregierung, die Pischewari attackierte, aus Aserbaidischan stammten.

Nicht nur die Demokraten, sondern auch Qavam war nach dem sowjetischen Truppenabzug unter Druck geraten. Die Mehrheitsfraktion im Parlament sowie der Schah sah die Urheber der Autonomiebewegung als Marionetten der Sowjetunion an. Der Schah bevorzugte als Kommandant des iranischen Militärs eine militärische Intervention. Er machte in einer Zusammenkunft mit dem Kriegsminister und Chef des Generalstabs deutlich,

„dass eine Gruppe Abenteurer mit Angst und Furcht einen reichen und fruchtbaren Teil Irans besetzt und mit Hilfe von Drohungen und dem Druck auf die Zentralregierung versucht, ihre Forderungen durchzusetzen. Wenn diese Methode weiter verfolgt wird, hat dies schlechte Folgen für das ganze Land und beeinträchtigt (...) die Unabhängigkeit des Landes. Es ist meine Pflicht, (...) die sofortigen Maßnahmen für die Rettung Aserbaidischans und Nordirans einzuordnen, damit die Wurzeln der Unruhen ausgegraben werden.“<sup>137</sup> Kurz darauf bereitete die iranische Armee sich auf einen Einmarsch in Aserbaidischan vor.

Auch der iranische Konsul in Baku erklärte in seinem Schreiben an Qavam, dass „die Rettung Aserbaidischans ohne Blutvergießen unmöglich ist.“<sup>138</sup> Sonst müsse man auf Aserbaidischan verzichten.<sup>139</sup>

Nachdem der Druck vom königlichen Hof sowie von den rechten Kräften auf Qavam wuchs, informierte Qavam den sowjetischen Botschafter in Teheran am 28. November 1946

---

<sup>136</sup> *Aserbaidischan*, Nr. 123, 23.11.1324/12.2.1946.

<sup>137</sup> Bayani, 1375/1996: 594, Rebellion in Aserbaidischan.

<sup>138</sup> AIA, Khosrou Parvis (Baku) an iranisches Außenministerium, Teheran, - 8.7.1325/30.10.1946.

<sup>139</sup> AIA, Khosrou Parvis (Baku) an iranisches Außenministerium, Teheran, - 8.7.1325/30.10.1946.

über seine Entscheidung. Der sowjetische Botschafter warnte Qavam vor dieser Aktion und fügte hinzu, die Entsendung der Regierungstruppen nach Aserbaidschan sowie an die Grenze der Sowjetunion könne Probleme bereiten. Qavam betonte, dass die feindselige Haltung der Autonomieregierung gegen die Entsendung der iranischen Militärkräfte zum einen heftigen Konflikt zwischen beiden Parteien führen würde.<sup>140</sup> Qavam bekräftigte, „wenn die vertrauten Sicherheitskräfte in Aserbaidschan nicht anwesend sind, wird die Wahl dort auf gesetzlicher Basis nicht stattfinden.“<sup>141</sup>

Qavam telegraphierte Ala am 3. Dezember 1946 und informierte ihn über seine Entscheidung, die Wahl zur 15. Legislaturperiode des iranischen Parlaments am 7. Dezember 1946 im ganzen Iran abhalten zu wollen. So begründete er, dass zuvor die Entsendung der Sicherheitskräfte aus Teheran notwendig sei.<sup>142</sup> Qavam wies darauf hin, dass die Autonomieregierung gegen die Entsendung der Sicherheitskräfte aus Teheran war. Jedoch wollte er seine Haltung nicht ändern und bestand auf der Entsendung der Ordnungskräfte, die dann in Janjan stationiert wurden und in wenigen Tagen in Aserbaidschan antraten.<sup>143</sup> Dieser Brief zeigt, dass Qavam einen starken Widerstand der Autonomieregierung befürchtete.

Qavam machte Ala darauf aufmerksam, dem Generalsekretär des Sicherheitsrates in einem Brief klar zu machen:

- a) Der Versuch der iranischen Regierung, ihre Macht mit allen friedlichen Mitteln durchzusetzen, war fehlgeschlagen.
- b) Die iranische Regierung würde ihre Entscheidung durchsetzen, egal welche Haltung die Sowjets einnehmen.
- c) Ala sollte mit den amerikanischen Behörden weiterhin in Kontakt bleiben.<sup>144</sup>

Nach Ansicht Qavams sollte man die Klage vor dem Sicherheitsrat nicht erheben, solange die sowjetische Regierung offiziell oder inoffiziell nichts tat. (...) Man sollte die Reaktion der Sowjets nach der Entsendung der Sicherheitskräfte in Täbris abwarten.

Am 10. Dezember 1946 fragte der sowjetische Botschafter in Teheran Qavam nach dem Grund für die abermalige Anrufung des Sicherheitsrates. Qavam antwortete ihm, da aus der Empfehlung des Botschafters eine Drohung wurde, habe er Ala aufgefordert, dem Generalsekretär des Sicherheitsrates einen Brief zu senden und die iranische Lage zu

---

<sup>140</sup> AIA, iranisches Außenministerium an Ala, 12.9.1325/3.12.1946.

<sup>141</sup> AIA, iranisches Außenministerium an Ala, 12.9.1325/3.12.1946.

<sup>142</sup> AIA, iranisches Außenministerium an Ala, 12.9.1325/3.12.1946.

<sup>143</sup> AIA, iranisches Außenministerium an Ala, 12.9.1325/3.12.1946.

<sup>144</sup> AIA, iranisches Außenministerium an Ala, 12.9.1325/3.12.1946.

beschreiben. Der sowjetische Botschafter wiederholte nochmals, dass die Entsendung der Regierungstruppen nach Aserbaidschan schlechte Ergebnisse mit sich bringen würde.<sup>145</sup> Qavam betonte, dass er die Truppen nur für die Freiheitsgarantie während der Parlamentswahl hinschicke und es sonst keinen anderen Grund dafür gäbe. Das Parlament müsse zusammenkommen, um die Probleme der iranischen Bevölkerung zu lösen. Er schicke überall Sicherheitstruppen hin und Aserbaidschan bilde dabei keine Ausnahme. Er wolle kein Gefecht liefern. Am Ende des Gespräches fragte der sowjetische Botschafter Qavam, „was er Moskau davon berichten solle?“ Qavam antwortete: „Die Antwort ist, dass diese Entscheidung nicht gegen die sowjetische Regierung gerichtet ist. Ich bin für die Freundschaft zwischen (beiden Regierungen) aber ändere nicht meine Entscheidung.“<sup>146</sup>

Ala folgte der Empfehlung Qavams und beschwerte sich in einem Brief an den Generalsekretär des Sicherheitsrates über die nachhaltige Einmischung der Sowjets in Aserbaidschan. Der sowjetischen Regierung wurde vorgeworfen, dass sie einen Teil ihrer Soldaten in Zivilkleidung in Aserbaidschan zurückließ. Die Soldaten gaben die Waffen an die Gegner der iranischen Regierung. Ala hat auf seinen Bericht vom 6. Mai 1946 hingewiesen und betonte, dass heute die iranische Regierung mehr seitens der sowjetischen Regierung unter Druck stehe als damals. Heute sei der internationale Frieden mehr Gefahren ausgesetzt (als damals).<sup>147</sup>

Qavam bereitete sich auf den Angriff auf die Autonomieregierung vor und bat daher den iranischen Konsul in Baku um Informationen über die Lage des sowjetischen Aserbaidschans und über dessen eventuelle militärische Hilfe für die Autonomieregierung.

Der iranische Konsul informierte Qavam über die Maßnahmen, die die iranische Regierung ergreifen musste, um die militärische Unterstützung der Sowjetrepublik Aserbaidschan zu verhindern. Der Konsul berichtete nach Teheran, dass die Abenteurer (Demokraten) ihre Befehle aus Baku erhalten haben. Der Konsul in Baku machte weiter klar, dass „die Sowjets den Abenteurern nur über die Astara-Straße helfen können, da die Straße kürzer und asphaltiert ist.“<sup>148</sup> Daher empfahl der iranische Konsul, dass „die iranische Armee zunächst diesen Weg (Astara-Straße) erobern musste, damit die Abenteurer keine (...) Hilfe aus der Sowjetunion bekommen.“<sup>149</sup> In seinem Schreiben machte der iranische Konsul in Baku die Zentralregierung in Teheran darauf aufmerksam, dass „viele Personen, die an der

---

<sup>145</sup> AIA, Qavam an Ala, Nr. 1090, 20.9.1325/11.12.1946

<sup>146</sup> AIA, Qavam an Ala, Nr. 1090, 20.9.1325/11.12.1946.

<sup>147</sup> Bayani, 1375/1996: 618, Rebellion in Aserbaidschan, zit. n. Reuter.

<sup>148</sup> AIA, Majdi an iranisches Außenministerium, Nr. 209, 18.9.1325/9.12.1946.

<sup>149</sup> AIA, Majdi an iranisches Außenministerium, Nr. 209, 18.9.1325/9.12.1946.

Rebellion teilgenommen haben, aus Ardebil oder Sarab stammten, die lange Zeit in der Sowjetunion gelebt haben und von den Sitten und Traditionen der Sowjets stark beeinflusst sind.<sup>150</sup> Diese würden niemals nach dem Kriegsausbruch am Kampf teilnehmen, sondern schnell wieder in die Sowjetunion zurückkehren, was sich später bewahrheitete.

#### **VI.1.4. Das Ende der aserbajdschanischen Autonomieregierung**

Die iranische Armee marschierte über drei Wege nach Täbris ein. Die erste Truppe machte in Janjan Station und griff Täbris an. Die zweite Truppe setzte sich über Kurdistan in Bewegung, um die Zusammenarbeit zwischen Aserbajdschanern, Kurden und insbesondere die Hilfe der bewaffneten Truppen unter Barsani zu verhindern sowie die Autonomiebewegung in Kurdistan niederzuschlagen. Die dritte Truppe blockierte den Astara-Weg, um die sowjetische Hilfe zu verhindern sowie den Zustrom der Einwanderer nach Aserbajdschan zu stoppen.<sup>151</sup>

Das iranische Außenministerium berichtete über den Einmarsch der iranischen Truppen wie folgt:

„Die iranischen Truppen aus der Hauptstadt (Teheran) setzten sich nach der Eroberung von Janjan (...) Richtung Mianeh in Bewegung (...) und kamen am 24. November 1946 nach und nach in Täbris an. Sie besiegten die Rebellen und stellten die Sicherheit in Aserbajdschan wieder her.“<sup>152</sup> Einen Tag danach telegraphierte Qavam nach London und informierte Taqizadeh, dass sich Mahabad (das Zentrum der Autonomiebewegung Kurdistan) ergeben hatte.<sup>153</sup>

Die Armeeeinheiten der Zentralregierung richteten in Aserbajdschan ein Blutbad an. Die Zentralmacht wurde wiederhergestellt und die aserbajdschanische Sprache erneut verboten. Der amerikanische Rechtsgelehrte William Douglas, der ein Zeuge des brutalen Vorgehens der Armeeeinheiten war, berichtet: „Als die iranische Armee in Aserbajdschan einrückte, verbreitete sie Angst und Schrecken. Die Soldaten fingen an zu plündern. Sie nahmen alles, was sie konnten, in ihren Besitz. Das Vorgehen der russischen Soldaten war gemäßiger gewesen als das zügellose Treiben der Kaiserlichen Armee. Diese schrecklichen Tage werden wohl immer in der Erinnerung der Aserbajdschaner bleiben. (...) Die Mission

---

<sup>150</sup> AIA, Majdi an iranisches Außenministerium, Nr. 209, 18.9.1325/9.12.1946.

<sup>151</sup> Auf Empfehlung des iranischen Konsuls in Baku blockierte die iranische Armee diesen Weg. Siehe AIA, Majdi an iranisches Außenministerium, Nr. 209, 18.9.1325/9.12.1946.

<sup>152</sup> AIA, Außenministerium (Teheran) an alle iranischen Botschafter im Ausland, Nr. 1102, 25.09.1325/16.12.1946.

<sup>153</sup> AIA, Außenministerium (Teheran) an Taqizadeh (London), Nr. 1114. Nr. 26.09.1325/17.12.1946.

der iranischen Armee sollte die Befreiung Aserbaidschans sein. Aber sie plünderten die Menschen aus und hinterließen ein Bild des Todes und der Vernichtung..<sup>154</sup>

Pischewari forderte die Aserbaidschaner am Tag des Einmarsches der iranischen Armee auf, Widerstand zu leisten.<sup>155</sup> Der Widerstand wurde aber durch den Befehl der „politischen Behörden der Sowjetunion gehindert.“<sup>156</sup> „Dieser Befehl wurde Pischewari in der Anwesenheit einiger Mitglieder der DPA mitgeteilt.“<sup>157</sup> Meiner Ansicht nach muss dieser Befehl von der Gruppe Bagirov erteilt worden sein. Es hat sich ein regionaler Entscheidungsträger gegen den Willen seiner Zentralregierung durchgesetzt. Bagirov hat die Unterstützung der Autonomiebewegung verweigert. Nach diesem Befehl verließ Pischewari Täbris. Mit Pischewari sind schätzungsweise mehr als 70.000 Aserbaidschaner in die Sowjetunion ausgewandert.<sup>158</sup> Sein Nachfolger Biriya ließ in einer Erklärung verkünden, „dass die iranischen Armeeeinheiten nach dem Befehl des Ministerpräsidenten Qavam nach Aserbaidschan vorrücken, um für die Sicherheit und Ordnung während der Parlamentswahl zu sorgen.“<sup>159</sup> Die Bevölkerung Aserbaidschans sollte mit der iranischen Armee zusammenarbeiten.

In letzter Minute ging Sadchikow zum Schah und forderte ihn auf, der Armee die Rückkehr zu befehlen. Er drohte ihm mit der starken Reaktion der Sowjets. Der Schah lächelte ihn an und las ihm ein Telegramm vor, in dem die Flucht des Chefs der Autonomiebewegung stand. Sadchikow zeigte sich überrascht und verließ den Saal.<sup>160</sup> Moskau erfuhr erst von dem Sturz der Autonomiebewegung, nachdem die Lage in Aserbaidschan zu Gunsten der iranischen Zentralregierung entschieden war.

Für Mohammed Reza Schah war der Tag der Eroberung Aserbaidschans der Tag der Rückgabe seiner Herrschaft.<sup>161</sup> Die Autonomieregierung brach nach einem Jahr zusammen. Pischewari floh ins sowjetische Aserbaidschan und hielt sich „im Ferienhaus von Bagirov auf.“<sup>162</sup> Nach der Eroberung Aserbaidschans wurde die Bodenreform rückgängig gemacht, die Institutionen der Demokratischen Republik wurden aufgelöst, und der Schah verbuchte den Sieg für sich.

Nach dem Erhalt des Siegesberichtes empfahl Ala Qavam,

---

<sup>154</sup> Jami, 1355/1976: 420, Vergangenheit ist das Licht der Zukunft.

<sup>155</sup> Jami, 1355/1976: 421, Vergangenheit ist das Licht der Zukunft.

<sup>156</sup> Jami, 1355/1976: 420, Vergangenheit ist das Licht der Zukunft.

<sup>157</sup> Jami, 1355/1976: 421, Vergangenheit ist das Licht der Zukunft. Die Vorstandsmitglieder sind nach Bericht Jamis immer noch am Leben.

<sup>158</sup> Jami, 1355/1976: 419, Vergangenheit ist das Licht der Zukunft.

<sup>159</sup> *Aserbaidschan*, Nr. 371, 21.9.1325/12.12.1946

<sup>160</sup> Eskandari, 1372/1993: 183, Memoiren.

<sup>161</sup> Pahlavi, 1960:47, Mission for my country

<sup>162</sup> AIA, Baku an iranisches Außenministerium (Teheran), Nr. 297, 10.10.1225.

1- dass die iranischen Regierungskräfte so schnell wie möglich bis zur sowjetischen Grenze vorrücken sollten, sonst könnte eine Situation wie in Nordgriechenland, wo die Rebelleneinheiten Bunker einrichteten und den Krieg weiter führten, entstehen.

2- die Zollbeamten an der Grenze (zu der Sowjetunion) wieder tätig werden sollten, um Export und Import zu überwachen.

3- die künstliche Demokratische Partei verboten werden musste und die Einmischung der Fremden (der Sowjets) nicht akzeptiert werden durfte.<sup>163</sup>

Ala fügte hinzu, dass die Presse am 16. Dezember 1946 einen Kommentar des iranischen Botschafters in Moskau (M. Firuz) veröffentlichte, in dem M. Firuz erklärte, dass die sowjetische Regierung sich auf den Vertrag von 1921 berufen konnte und ihre Truppen in den Iran einmarschieren würden.<sup>164</sup> Ala versicherte Qavam, dass „die amerikanische Regierung sowie die juristischen Berater in den USA glauben, dass dieser Vertrag in dieser Situation nicht zutrifft. Übrigens hat die Atlantik-Charta den Vertrag ersetzt.“<sup>165</sup> Ala schrieb weiter: „Wenn die sowjetische Regierung Angst vor dem Iran hat, sollte sie sich zunächst an die iranische Regierung wenden, und wenn sie nicht damit zufrieden ist, dann kann sie den Sicherheitsrat anrufen.“<sup>166</sup>

Moskau hatte danach außer verbalen Bekundungen nichts getan. Seitdem zerfiel Aserbaidshān in zwei Provinzen: Aserbaidshān- Scharghi (Ost-Aserbaidshān) mit der Hauptstadt Täbris und Aserbaidshān-Garbi (West-Aserbaidshān) mit der Hauptstadt Urmia (Rezaiyeh).

### **VI.1.5. Bewertung der aserbaidshānischen Autonomiebewegung**

Der Erwerb der Erdölkonzession (September 1944), die Unterlassung des sowjetischen Truppenabzuges aus dem Iran (November 1945), die Gründung der DPA (August 1945) und das Zuschauen bei der Niederschlagung der DPA (1946) beschädigte stark die Beliebtheit der Sowjetunion in der iranischen Gesellschaft. Die aserbaidshānische Bewegung war inhaltlich mit ihren Zielen progressiv und fortschrittlich. Gleichzeitig teilte die DPA die Arbeiterbewegung im ganzen Iran. Sie verursachte auch eine Spaltung zwischen verschiedenen iranischen Nationalitäten,<sup>167</sup> Die besondere Betonung der eigenen

---

<sup>163</sup> AIA, Ala an Außenministerium (Teheran), Nr. 1426, 26.9.1325/17.12.1946.

<sup>164</sup> AIA, Ala an Außenministerium (Teheran), Nr. 1426, 26.9.1325/17.12.1946.

<sup>165</sup> AIA, Ala an Außenministerium (Teheran), Nr. 1426, 26.9.1325/17.12.1946.

<sup>166</sup> AIA, Ala an Außenministerium (Teheran), Nr. 1426, 26.9.1325/17.12.1946.

<sup>167</sup> Siehe Moghsudi, 1376/1997:198-204, Die Disharmonie der Bevölkerung und die nationale Entwicklung im Iran.

aserbaidsschanischen Identität war auf das Interesse Bagirows zurückzuführen. Er hat die aserbaidsschanische Autonomiebewegung als Mittel für seine „expansive rassistische Politik“ ausgenutzt. (...) Seine Beamten mischten sich nicht nur im iranischen Aserbaidsschan ein, sondern er versuchte, Einfluss auf andere Gebieten zu nehmen.<sup>168</sup>

Die Aserbaidsschankrise wurde in der Literatur unterschiedlich diskutiert. Die damaligen iranischen Führungskräfte in Teheran- darunter der Schah und seine Anhänger – sowie einige prowestliche Forscher sahen in der Krise nur die sowjetische Intervention<sup>169</sup> ohne irgendwelche historischen, nationalen oder kulturellen Hintergründe. Die zweite Gruppe sah die aserbaidsschanische Krise als einen Teil der politischen Krise im ganzen Land, deren Urheber die iranische Zentralregierung in Teheran war.<sup>170</sup> Die sowjetischen Forscher bewerten die Krise als eine nationalistische Reaktion gegen den Absolutismus der Zentralregierung in Teheran.<sup>171</sup>

Meiner Ansicht nach war die Aserbaidsschankrise eine Autonomiebewegung innerhalb der iranischen Verfassung. Die ethnischen, kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme dieser Region bewegten die Bevölkerung dazu, sich gegen die Zentralregierung zu wehren. Sie suchten nach einer Möglichkeit, ihrer Wut Luft zu machen. Die Gründung der DPA bot ihnen diese Möglichkeit. Daher konnte die Partei sehr schnell die Zustimmung von Aserbaidsschanern sowie auch die Sympathie großer Teile der iranischen Bevölkerung gewinnen. Die sowjetische Regierung, die am Anfang der Autonomiebewegung zur Seite stand und deren schnellen Zuwachs ermöglichte, verursachte schließlich durch die Verweigerung ihrer Hilfe das Scheitern der Autonomiebewegung. Die Autonomieregierung wurde im Laufe der Zeit mehr und mehr von den Sowjets abhängig, dagegen zeigten die Sowjets im Laufe der Zeit immer weniger Interesse, dieser Abhängigkeit gerecht zu werden. Innerhalb der Autonomieregierung gab es noch einen zweiten Flügel, der nicht mehr an dem eingeschlagenen Kurs Pischewaris interessiert war. Dieser Flügel unter Biriya war innerhalb der Gewerkschaften sehr beliebt, so dass es Pischewari unmöglich war, ihn von der Partei zu entfernen. Es fehlte außerdem an finanziellen Mitteln, was die aserbaidsschanische Regierung daran hinderte, ihr progressives Programm durchführen zu können. Nicht zuletzt versuchte die

---

<sup>168</sup> Eskandari, 1372/1993: 564 u. 567, Memoiren.

<sup>169</sup> Lenczowski, 1968: 286-287, *Russia and the West in Iran 1948-1948.*; Schamim, : 24-25, *Iran in Mohammed Reza Pahlavi-Ära.*; M.R. Pahlavi, 1961: 118, *Mission for my country.* Afra, 1954: 331-364, *Under Five Shahs.* Fardust, 1373/1994: 148-154, *Entstehen und Zerfall der Pahlavi-Dynastie*, die Memoiren von General Fardust. Sicker, 1988: 68-71, *The Bear and the Lion.* Huschang-Mahdavi, 1373/1994: 105-110, *Die Außenpolitik des Irans während der Pahlavi-Dynastie*

<sup>170</sup> Abrahamian, 217-218, *Iran between two Revolutions.*; Katouzian 1981: 150-151, *The political Economy of Modern Iran 1926-1979.*; Azimi, 1989:135-136, *Iran Crisis of Democracy.*

<sup>171</sup> Ivanow, 1356/1977: 106-107, *Moderne Geschichte Irans*

iranische Regierung mit allen Mitteln zu verhindern, dass die Autonomieregierung Erfolge erzielte. Obwohl die Autonomieregierung keine Trennung Aserbaidschans vom Iran beabsichtigte, warf die iranische Regierung dieser vor, eine separatistische Bewegung anzustreben. Die Regierung Aserbaidschans hatte keine andere Wahl, als sich an die sowjetische Regierung anzulehnen, denn die anderen Regierungen verweigerten ihre Unterstützung für die Autonomieregierung.

Die Behörden der Autonomieregierung, die in das sowjetische Aserbaidschan geflohen waren, gründeten in Baku eine Radiostation und veröffentlichten weiter die Zeitung Aserbaidschan.<sup>172</sup> Diese hatte aber auf den weiteren politischen Verlauf der aserbaidschanischen Region kaum Einfluss.

## **VI.2. Kurdistan**

### **VI.2.1. Kurdistan bis zum Einmarsch sowjetischer sowie britischer Truppen in den Iran im Jahre 1941**

„Seit etwa einem Jahrtausend existiert eine Region oder Landschaft dieses Namens. Der persische Name Kurdistan bedeutet „Land der Kurden“ und bezeichnete eine Provinz des Reiches der türkischstämmigen Dynastie der Seldschuken, die vom 11. bis zum 13. Jahrhundert weite Teile des Vorderen Orients beherrschten.“<sup>173</sup> „Heute wird der Name Kurdistan offiziell nur für eine Provinz (Hauptstadt Sanandadsch) im Iran verwendet.“<sup>174</sup>

Im Gegensatz zu weitverbreiteten Auffassungen sind „die Kurden nicht an erster Stelle ein Nomaden-, sondern ein Bergbauernvolk.“<sup>175</sup> Sie sind „ursprünglich, individualistisch-partikularistisch, etwas konservativ veranlagt und von starkem, wehrhaftem Freiheitssinn. Über ihre Ahnen berichten sowohl assyrische wie altgriechische Quellen, und die Kurden selbst rechnen die alten Meder stolz zu ihren Vorfahren.“<sup>176</sup>

Die Vorfahren der Kurden sind um die Wende vom zweiten zum ersten Jahrtausend v. Chr. im Zuge von Einwanderungswellen indogermanischer Arier in den Westiran gekommen und haben sich mit der ansässigen Bevölkerung vermischt. Im 6. Jahrhundert lebten sie unter der Achämeniden-Herrschaft (559-330 v. Chr.). In den folgenden Jahrhunderten herrschten Seleukiden (330-223 v. Chr.), Parther (250 v. Chr.- 226 n. Chr.) und Sassaniden (224-652)

---

<sup>172</sup> AIA, Baku an iranisches Außenministerium (Teheran), Nr. 344, 12.04.1227.

<sup>173</sup> Strohmeier/Heckmann, 2000: 20, Die Kurden.

<sup>174</sup> Strohmeier/Heckmann, 2000: 20, Die Kurden.

<sup>175</sup> Van Rooy, 1962: 144, Kurdenforschung: Eine Voraussetzung konstruktiver Nahostpolitik, In: Grabowsky, A. u. andere (Hg), Zeitschrift für Politik, Jg. 9, Heft. 1, S. 142-153, Wien, Köln, Zürich, 1962.

<sup>176</sup> Van Rooy, 1962: 144, Kurdenforschung: Eine Voraussetzung konstruktiver Nahostpolitik, In: Grabowsky, A. u. andere (Hg), Zeitschrift für Politik, Jg. 9, Heft. 1, S. 142-153, Wien, Köln, Zürich, 1962.

über diese Gegend. Die frühe Islamisierung der Kurden durch arabische Eroberer machte sie zu Sunniten. Ihr größter Mann war „Sultan Saladin (el-Ayubi), der ritterliche Gegner abendländischer Kreuzfahrer und das Symbol islamisch-arabischer Aktionseinheit.“<sup>177</sup> Erst ab dem 12. Jahrhundert wurde dieses Gebiet als Kurdistan bezeichnet und im Jahre 1514 zwischen dem damaligen osmanischen und iranischen Imperium geteilt. Der Zerfall der Safawiden-Herrschaft (1501-1736) im ersten Drittel des 18. Jahrhunderts stürzte Persien in langjährige Wirren, die unter den Herrschern Nadir Schah (1736-1747) und Karim Chan Zand (1750-1779) nur teilweise eingedämmt werden konnten. Erst gegen Ende des 18. Jahrhunderts gelang es Aga Mohammed Schah (1794-1796), dem Begründer der Dynastie der Qajaren (1794-1924), den Zerfall zum Stillstand zu bringen und Persien ungefähr in den Grenzen des Safawiden-Staates zu einen. Im 19. Jahrhundert steigerte sich der Einfluss Russlands und Englands, die sich zahlreiche Wirtschaftsprivilegien und -monopole sicherten, bis hin zur Abhängigkeit. Teilweise in Reaktion darauf kam es zu Volksaufständen, während gleichzeitig westliches politisches Ideengut in den Iran eindrang. Diese Entwicklung gipfelte in der Einsetzung eines Parlaments, das 1906 eine Verfassung verabschiedete. Im Ersten Weltkrieg besetzten russische und britische Truppen Teile Irans, was die Verwaltung paralyisierte, die Finanzen zerrüttete und die Versorgung der Bevölkerung behinderte. So brachen Unruhen aus und es machten sich separatistische Bestrebungen bemerkbar. Kämpfe unter den Stämmen trugen zu einer allgemeinen Unordnung bei.

In Kurdistan war die Anarchie besonders ausgeprägt und begünstigte den Aufstieg von Ismail Aga Simko.<sup>178</sup> In den Kriegsjahren erreichte Simko eine weitgehende Selbstständigkeit. Seine Position wurde zusätzlich durch seine Allianz mit dem Naqschbandi-Scheich Taha in Schamdinan gestärkt. Sein Bündnis mit Scheich Taha verlieh ihm für kurze Zeit Einfluss über die iranische Grenze hinaus. Die Verbindung von Kurden untereinander über die Staatsgrenzen Irans stellte für Teheran naturgemäß eine Bedrohung dar. Großbritannien favorisierte Simkos Einbindung durch die Übertragung regionaler Autorität, um ihn so besser kontrollieren zu können. Es verweigerte aber die Lieferung von Waffen, woraufhin er diese von der national-türkischen Bewegung Mustafa Kemals zwischen 1919 und 1920 erhielt.

Die geografische Lage Kurdistans, das durch seine gebirgige und zerklüftete Beschaffenheit geprägt war, half dem Widerstand Simkos ungemein. Das Gebirgige und der

---

<sup>177</sup> Van Rooy, 1962: 145, Kurdenforschung: Eine Voraussetzung konstruktiver Nahostpolitik, In: Grabowsky, A. u. andere (Hg), Zeitschrift für Politik, Jg. 9, Heft. 1, S. 142-153, Wien, Köln, Zürich, 1962.

<sup>178</sup> Man beobachtet eine Parallelität der politischen Entwicklung zwischen der aserbaidshanischen und kurdischen Region.

unzugängliche Charakter Kurdistans hat spezifische gesellschaftliche und wirtschaftliche Verhältnisse hervorgebracht. Die Abgeschlossenheit hat u.a. dazu geführt, dass Zentralregierungen und Verwaltungen entweder nur unter großen Schwierigkeiten und Verlusten ihre Kontrolle durchsetzen oder sich mit einer nominellen Anbindung begnügen mussten. Die Unzugänglichkeit bedeutete zugleich, dass wirtschaftliche Verbindungen zur Außenwelt nur höchst mühsam hergestellt und aufrechterhalten werden konnten. Lange Zeit blieb Kurdistan ein von den großen Handelströmen kaum berührtes Gebiet. Dieser Zustand sollte sich ändern, als Reza Khan, der Führer einer Kosakenbrigade (seit 1878 Teil der iranischen Armee unter dem Kommando russischer Offiziere), im Februar 1921 in einem Staatsstreich die Macht in Teheran ergriff. Er übernahm die Funktionen des Kriegsministers sowie des Oberkommandierenden der Armee und fühlte sich stark genug, gegen Simko vorzugehen. Mit Hilfe der Armee wurde die staatliche Autorität in Kurdistan wiederhergestellt. Im Sommer 1922 wurde Simko besiegt. Er floh in die Türkei und dann in den Irak, wo er Unterstützung für seine Ziele zu gewinnen versuchte. Bereits wenige Monate später konnte er, mit neuen Waffen versehen und einer wachsenden Zahl von Anhängern auch aus anderen kurdischen Stämmen, seine Machtbasis wieder aufbauen. Im Jahre 1924 führte er abermals einen Aufstand gegen die iranische Regierung, musste aber erneut eine Niederlage einstecken und setzte sich in den Irak ab. Schließlich wurde er unter dem Vorwand einer Amnestie und mit dem Versprechen, ihn zum Gouverneur von Uschnuiye zu machen, in den Iran gelockt und hingerichtet.

Nicht nur die geografische Lage Kurdistans sondern auch die Lebensweise halbnomadischer kurdischer Stämme verursachte Probleme für die iranische Regierung. Die Kurden<sup>179</sup> mit ihren saisonalen Wanderungen weigerten sich, Militärdienste zu leisten und regelmäßige Besteuerung zu bezahlen. Daher war der Widerstand vorprogrammiert, insbesondere wehrten sich die Stämme gegen ihre Entwaffnung. Die Entwaffnung der Stämme in Grenznähe gestaltete sich am schwierigsten, denn sie konnten ihre Waffen in den Irak schaffen und bei Bedarf wieder abholen. Teilweise ging die Regierung mit massiver Gewalt gegen die Stämme vor, wobei sie nicht vor der Liquidierung von Stammesführern zurückschreckte. Ein anderes Instrument der Regierung, die Stämme gefügig zu machen, bestand in der Umsiedlung aus Kurdistan in andere Regionen des Irans.<sup>180</sup> Weitere Maßnahmen umfassten die Enteignung von Herden und die Beschränkung von

---

<sup>179</sup> Für eine Bibliographie siehe Dietert-Scheuer/Cremer, 1999: Kurden im Mittleren Osten, eine systematische Auswahlbibliographie.

<sup>180</sup> Wie in den Zeitungen gewünscht war. Siehe M. Afschar, „Unser Wunsch, die nationale Einheit des Irans“, in: *Ayandeh*, 11, Aban 1305/1927, S. 761-774, 559-569.

Weidewanderungen. All das beeinträchtigte nicht nur das Stammesleben, sondern hatte auch Auswirkungen auf die Wirtschaft des Landes. In den Städten, die von den Lieferungen der viehzüchtenden Stämme abhängig waren, kam es zu Versorgungsengpässen.

In den zwanziger und dreißiger Jahren unternahm Reza Schah den Versuch einer sprachlichen und kulturellen Homogenisierung der iranischen Gesellschaft. Am dringlichsten war aus der Sicht des Staates die Zentralisierung, die die Unterdrückung der Autonomiebestrebungen und die Beschränkung der Nomadenstämme bedeutete. Eine wichtige Voraussetzung für die Fähigkeit des Staates, den Kurden seinen Willen aufzuzwingen, war der Einsatz des Militärs. Da sich die neu gewonnene Autorität des Staates nicht auf Anhieb durchsetzen ließ, spielte man zunächst das alte Spiel, konkurrierende Führer gegeneinander auszuspielen. Dabei waren die Grenzen des Irans Vorteil und Nachteil zugleich. Rebellierende Stämme konnten sich über die Grenze in den Irak absetzen. Dadurch wurde eine kontinuierliche Kontrolle verhindert.

Gegen Ende der dreißiger Jahre waren die Kurden im Iran weitgehend unterworfen. Zwar konnte die iranische Regierung die Stammesstrukturen nicht gänzlich zerstören, aber sie schaffte es, die Bewegungsfreiheit der nomadischen Stämme stark einzuschränken. Es schien, dass die Macht der Stammesführer gebrochen war. Ihr Einfluss beruhte nun hauptsächlich auf ihrem Landbesitz und ihren Verbindungen in der Hauptstadt Teheran. Auch außenpolitisch versuchte die iranische Regierung, die Kurden stärker zu kontrollieren. Der Vertrag von Saadabad im Jahre 1937, in dem der Iran, der Irak und die Türkei gegenseitig ihre Grenzen anerkannten, richtete sich, ohne sie beim Namen zu nennen, gegen die Kurden.<sup>181</sup> Diese Situation änderte sich, als die sowjetischen sowie die britischen Truppen im Jahre 1941 den Iran militärisch besetzten.

### **VI.2.2. Kurdistan von der sowjetischen sowie britischen Besetzung im Jahre 1941 bis zur Gründung der Komala im Jahre 1942**

Das iranische Kurdengebiet wurde mit der Invasion Irans durch die britisch-sowjetischen Truppen im August 1941 in eine sowjetische, eine britische und eine neutrale Einflussphäre aufgeteilt. Das Zentrum der Kurden mit den Städten Urmia und Mahabad im Gebiet des Urmia-Sees lag offiziell in der sowjetischen Einflusszone. Die Kurden waren in Auge der Sowjets besonders wichtig. Daher versuchten sie von Anfang an, eine gute

---

<sup>181</sup> Aus dem Vertrag von Saadabad (zwischen Iran, Türkei, Irak u. Afghanistan): „Jede der hohen vertragsschliessenden Seiten verpflichtet sich, auf ihrem Boden die notwendigen Schritte gegen die Gründung oder Tätigkeit jeglicher bewaffneter Banden zu unternehmen sowie gegen Blöcke oder Organisationen, die einer der unterzeichnenden Regierungen feindlich gegenüberstehen.“ Siehe Kieser, 1997:238, Kurdistan und Europa.

Beziehung zu den in ihrer Zone lebenden Kurdenstämmen zu pflegen, und hofften dadurch, bei den Kurden in der Türkei und im Irak an Einfluss zu gewinnen.<sup>182</sup> Zum anderen stellten die Sowjets in Laufe der Zeit fest, dass die Tudeh-Partei ihren Einfluss nie auf die Kurdengebiete ausdehnen konnte, da die soziale Struktur der Kurden keiner Partei ermöglichte, eine Aktivität in der Region auszuüben. Gleichzeitig ermöglichte diese soziale Struktur der Kurden „einen starken Widerstand gegen die Tendenzen des Zentralismus,“<sup>183</sup> was von den Sowjets hoch eingeschätzt war. Gleich nach der Invasion konnten die kurdischen Stammesführer ihre Machtbasis wiederherstellen sowie ihre Kampfkraft und ihre Position gegenüber der Zentralregierung wesentlich stärken. Infolge der Invasion waren große Teile der iranischen Armee aufgelöst, und die Kurden konnten in den Besitz von Waffen und Munition gelangen.<sup>184</sup> Die iranische Regierung versuchte lediglich, die rivalisierenden kurdischen Stämme gegeneinander anzuspüren, um ihre Herrschaft wiederherzustellen.<sup>185</sup> Deswegen suchten die Sowjets die Kooperation mit kurdischen Stammesführern, um ihren Einfluss zu vergrößern und die Versorgung der Besatzungstruppen sicherzustellen. Sie nahmen Verbindung zu einem Stammesführer wie Ghazi Mohammed auf. Ghazi Mohammed war der einflussreichste Mann in Mahabad. Er war der oberste islamisch-religiöse Richter in Kurdistan und verfügte über großen Einfluss auf die Kurdenstämme in der Umgebung der Stadt Mahabad. Diese Würde hatte seit Jahrhunderten seine Familie inne. Ghazi war ein gebildeter Mann. Er „sprach zwölf Sprachen, darunter auch Englisch, seine Bibliothek zählte Tausende von Bänden. (...) Er hatte gegen Ende des Ersten Weltkrieges sogar als Partisan gegen die russischen Invasoren in Türkisch-Kurdistan gekämpft.“<sup>186</sup> Ghazi Mohammed, dessen Persönlichkeit unter kurdischen Führern Achtung fand, versuchte nach der Besetzung des Irans und dem Zusammenbruch der Autorität der iranischen Zentralregierung den kurdischen Traum von einem freien Kurdistan zu realisieren. Er nahm 1941 die Einladung der Sowjets an und reiste in Begleitung von 30 prominenten kurdischen Stammesführern nach Baku. Die kurdische Delegation wurde für zwei Wochen vom Ministerpräsidenten der Sowjetrepublik Aserbaidschan Jafar Bagirov freundlich empfangen. Die Delegation verbrachte in Baku mehrere Tage mit der Besichtigung von Fabriken, Kolchosen und dem Besuch von Kinos und Theatern. Die Sowjets präsentierten sich als Verfechter der Rechte von Minderheiten und der Selbstbestimmung der Völker. Die kurdischen Häuptlinge gewannen

---

<sup>182</sup> Vgl. Lenczowski, 1968: 294, *Russia and the West in Iran 1948-1948*.

<sup>183</sup> Beck, Louis, *Revolutionary Iran and its tribal peoples*, in Asad/Owen (eds.), *Sociology of Developing Societies, The Middle East*, New York, 1983, 115-117.

<sup>184</sup> Wall, Halbjahresbericht, 23.8.1945, E 7384/239/34.

<sup>185</sup> Wall, Halbjahresbericht, 23.8.1945, E 7384/239/34.

<sup>186</sup> Van Rooy, 1962: 147, *Kurdenforschung: Eine Voraussetzung konstruktiver Nahostpolitik*, In: Grabowsky, A. u. andere (Hg), *Zeitschrift für Politik*, Jg. 9, Heft. 1, S. 142-153, Wien, Köln, Zürich, 1962.

den Eindruck, dass die Sowjetunion auf ihrer Seite stand. Bei der Konsultation mit Bagirow forderten die Kurden, „ihre nationalen Angelegenheiten“ selber zu regeln; Kurdisch sollte als Amtssprache in Kurdistan von der iranischen Zentralregierung anerkannt werden und die Kurden sollten bewaffnet bleiben dürfen, wohingegen die Sowjets darauf bestanden, dass die Kurden ihre Waffen abgeben und die iranischen Gesetze akzeptieren sollten.<sup>187</sup> In dieser Zeit zeigten die Sowjets wenig Interesse an der nationalen Forderung der Kurden. Vielmehr waren sie bestrebt, politische Unruhen in dieser Region zu vermeiden, da der Güter-Transportweg der Alliierten über das iranische Kurdistan in die Sowjetunion führte.

Offiziell gaben die Sowjets an, wie Tafroshian<sup>188</sup> betonte, dass sie nicht in den Iran gekommen seien, um gegen den Iran Krieg zu führen, sondern um die Deutschen aus dem Iran zu verjagen.<sup>189</sup> Die Sowjets bekundeten in einem Militärkommuniqué die Freundschaft mit der iranischen Zentralregierung und begründeten ihre Anwesenheit mit der Reorganisation der zusammengebrochenen iranischen Zentralarmee.<sup>190</sup>

Nachdem die Gespräche zwischen der kurdischen Delegation und den Sowjets keine Erfolge gebracht hatten, fand ein Militäreinsatz der iranischen Zentralarmee gegen die Kurden im Jahre 1942 statt. Der militärische Einsatz wurde nach Eagleton mit Einverständnis der Sowjets geführt.<sup>191</sup> Afra berichtete, dass die iranische Zentralarmee größte Verluste einstecken musste.<sup>192</sup>

### **VI.2.3. Die Gesellschaft zur Wiedererweckung Kurdistans (Komala) und die Demokratische Partei Kurdistan (DPK)**

Ein Großteil Kurdistans, das administrativ zur iranischen Provinz Aserbaidschan gehörte, war zwar nicht besetzt worden, unterlag aber auch nicht der uneingeschränkten Kontrolle der iranischen Zentralmacht. Dieser Freiraum bot zum einen den Kurden unter Raschid Khan die Möglichkeit, die Schwäche der iranischen Zentralregierung auszunutzen, einige Kasernen zu besetzen, reichlich Waffen zu erbeuten und einen Aufstand gegen die Zentralregierung zu entfachen. Afra zufolge waren die Kurden aus dem Irak an dem Aufstand der iranischen Kurden während des Zweiten Weltkrieges beteiligt gewesen, und die

---

<sup>187</sup> Eagleton, 1963: 48, The Kurdish Republic of 1946.

<sup>188</sup> Tafroshian, ein Offizier der iranischen Armee, nahm im Jahre 1945 am Aufstand von Offizieren in der Provinz Khurasan gegen die iranische Zentralregierung aktiv teil. Nach der Niederschlagung des Aufstandes geriet er in die sowjetische Gefangenschaft in Eschgabad. Er war als Offiziere in der Autonomieregierung Aserbaidschans und später im Dienste des Baresani in der Republik Mahabad tätig.

<sup>189</sup> Tafroshian, 1985: 11f, Aufstand der Offiziere in Khurasan im Jahre 1945.

<sup>190</sup> Tafroshian, 1985: 15, Aufstand der Offiziere in Khurasan im Jahre 1945.

<sup>191</sup> Eagleton, 1964: 34, The Kurdish Republic of 1946.

<sup>192</sup> Afra, 1966: 69f, Kurds.

Zentralregierung hatte trotz des Einsatzes von massiver Artillerie und Panzern wenig Erfolg bei der Rückeroberung der durch Kurden besetzten Städte Kurdistans gehabt.<sup>193</sup> Schon im Jahre 1942 wurde in einer Verhandlung mit der iranischen Zentralregierung Raschid Khan als Oberbürgermeister der Stadt Bahne ernannt. Die Kurden aus der Gegend der Städte Bahne und Sardasht durften bewaffnet bleiben und die Armee zog sich zurück.<sup>194</sup> Einige Monate später griff die iranische Zentralarmee wieder die Stadt Bahne an. Der Aufstand ging unterdessen weiter. Die Kurden hatten die Kontrolle über eine weitere Region und die Städte Bahne, Saghez, Sardascht etc. gewonnen.<sup>195</sup>

Die fehlende Kontrolle der iranischen Zentralmacht im kurdischen Gebiet nutzte eine Gruppe von kurdischen Beamten, Kleinhändlern, Offizieren und Lehrern in der Kleinstadt Mahabad aus, um eine geheime „Gesellschaft zur Wiedererweckung Kurdistans“<sup>196</sup> (Komala) zu gründen, welche am 16. September 1942 zusammenkam. Dies geschah unter dem Einfluss der demokratischen Bewegung im ganzen Iran und dem wachsenden kurdischen Nationalbewusstsein. Die Komala war eine rein nationalistische Organisation, in der nur Kurden aufgenommen wurden. Als Voraussetzung für die Mitgliedschaft in der Komala zählte den nationalen Belangen der Kurden treu zu bleiben, für die Unabhängigkeit Kurdistans zu kämpfen, interne Angelegenheiten der Organisation geheim zu halten, auf Lebenszeit Mitglied zu bleiben und ohne Erlaubnis der Organisation nicht in andere Organisationen einzutreten.<sup>197</sup> Schon bald nach der Gründung entstanden Ableger der geheimen<sup>198</sup> Partei „im Irak (in Arbil, Kirkuk, Mosul, Rawanduz und Sulaimaniya) sowie in der Türkei.“<sup>199</sup>

Obwohl die Komala überwiegend säkular ausgerichtet war, bekannte sie sich zum Islam als Religion. Dieses Bekenntnis diente wohl als Schutzschild, um nicht von ihren Gegnern als atheistisch oder kommunistisch abgestempelt zu werden. Der Grund für den Vorwurf, dass die Komala kommunistisch sei, war in den sozialen Ungleichheiten in der kurdischen Gesellschaft zu sehen, die die Komala ansprach, wie z.B. die Ungleichheiten zwischen den Bauern und den Grundbesitzern. Diese stellte die Komala vor ein Dilemma. Wenn sie ihre Ziele auf dem Land durchsetzen wollte, konnte sie ohne die Unterstützung von Stammesführern nicht auskommen.

---

<sup>193</sup> Afra, 1966: 68f, Kurds

<sup>194</sup> Afra, 1966: 71, Kurds.

<sup>195</sup> Eagleton, 1964: 66, The Kurdish Republic of 1946.

<sup>196</sup> Komala-e Jiyanevi-e Kurd.

<sup>197</sup> Eagleton, 1964: 68, The Kurdish Republic of 1946.

<sup>198</sup> Für die Geheimhaltung der Partei siehe Ghasi, 1994: 61- 65, Die Kurden, Waisenkinder des Universums. Der Autor ist der Sohn von Ghasi Mohammed (der Führer der kurdischen Republik in Mahabad).

<sup>199</sup> Franz, 1986: 47, Kurden und Kurdentum.

Auch die Bestrebung, einen souveränen kurdischen Staat zu gründen, stellte für die Komala ein Problem dar. Der Komala schwebte ein Kurdistan vor, das über die iranische Grenze hinausging. Sie unterhielt Kontakte zu Kurden in den Nachbarstaaten. Schon bei dem Gründungstreffen der Komala war ein irakisch-kurdischer Offizier anwesend. Die Komala hatte sich bald auch in anderen Teilen Kurdistans ausgebreitet. Diese Bestrebung stand im Widerspruch zum Interesse von zwei anderen Staaten (dem Irak, der Türkei).

Im April 1943 hatte das Zentralkomitee der Komala im Geheimen Rahman Zabihi als Generalsekretär gewählt und gab ab Juli 1943 ein erstes Parteiorgan namens Nischtimen (Heimatland) heraus. Die Komala versuchte, sowohl gegen die iranische Zentralregierung als auch gegen die Stammeskhanen, die durch Absetzung Reza Schahs (1941) und die Schwächung der Zentralregierung zum Teil wieder an Bedeutung gewonnen hatten, Stellung zu beziehen. Jedoch waren die Stammesführer, die in der Gegend von Mahabad lebten, daran interessiert, mit der Komala zusammenzuarbeiten. Sie schickten Gesandte und boten Hilfe an.

Im Sommer 1944 schickte die irakische Kurdenorganisation Hiwa<sup>200</sup> nach monatelangem Meinungs austausch mit der Komala eine Delegation nach Mahabad. Es fand ein Treffen zwischen dem Vertreter des iranischen Kurdistans, Ghassem Ghaderi, des irakischen Kurdistans (Scheich Obeidalah) und des türkischen Kurdistans (Mullah Wahab) im Länderdreieck Dalanpur statt. Die Vertreter stellten die Grenzen des unabhängigen Kurdistans fest und bestimmten die nationale Flagge Kurdistans (rot, weiß und grün mit Sonne und zwei Büscheln Weizen in der Mitte<sup>201</sup> sowie die Nationalhymne. Zu dieser Zeit entstand die Karte eines Großkurdistans, die auf Vorarbeiten der Choibun beruhte und 1945 der konstituierenden Sitzung der Vereinten Nationen in San Francisco vorgelegt wurde. Auf dieser Karte umfasste Kurdistan fast ganz Ostanatolien, berührte zwischen Adana und Iskenderun das Mittelmeer, besaß einen Küstenstreifen nördlich von der iranischen Stadt Buschir am Persischen Golf und schloss große Teile Nordiraks, insbesondere die Ölgebiete um Mosul und Kirkuk ein.<sup>202</sup> Dies Ziel verstärkte das Nationalbewusstsein der Kurden und ergriff das ganze iranische Kurdistan, so dass bis 1945 die überwältigende Mehrheit der Kurden Mitglieder in der Komala wurden.<sup>203</sup>

Nachdem die iranische Zentralarmee bei der Niederschlagung des Aufstandes in Kurdistan wenig Erfolg erzielte und es zwischen der Sowjetunion und den westlichen

---

<sup>200</sup> Hiwa war eine kurdische Organisation, die während der britischen Mandatzeit im Nordirak gegründet wurde. Siehe Eagleton, 1964: 65f, *The Kurdish Republic of 1946*.

<sup>201</sup> Eagleton, 1964: 75, *The Kurdish Republic of 1946*.

<sup>202</sup> Die Karte bildet den vorderen Vorsatz des Buches Meiselas, 1997, *Kurdistan: In the Shadow of History*.

<sup>203</sup> Eagleton, 1964: 71, *The Kurdish Republic of 1946*.

Ländern am Anfang des Kalten Krieges hinsichtlich ihrer Iranpolitik zu einer massiven Interessenskollision kam, wurde zum zweiten Mal eine kurdische Delegation im September 1945 nach Baku eingeladen<sup>204</sup> und vom Ministerpräsidenten der Sowjetrepublik Aserbaidschan Bagirow empfangen. Diese Delegation bestand aus den Vertretern verschiedener Städte Kurdistans, u. a. Ghazi Mohammed, Manaf Krimi und Reihani aus Mahabad, Seif Ghazi aus der Stadt Miandoab. Jafar Bagirow, der Generalsekretär der sowjet-aserbaidschanischen KP, versprach zunächst, die kurdische Unabhängigkeitsbestrebung im Rahmen der aserbaidschanischen Autonomieregierung zu akzeptieren. Im Gegensatz dazu mussten die Kurden die Autonomieregierung Aserbaidschans unterstützen.<sup>205</sup> Ghazi Mohammed betonte, dass die Kurden nicht bereit seien, ihre Nation und ihre Region als Teil Aserbaidschans anzuerkennen. Er bestand darauf, dass alle Kurden im Irak, im Iran und in der Türkei ihren Traum von einem unabhängigen Kurdistan realisieren konnten.<sup>206</sup> Bagirow gab nach und akzeptierte dann den Willen der Kurden, einen von Aserbaidschan unabhängigen Staat zu gründen.<sup>207</sup> Der aserbaidschanische KP-Chef versprach Mohammed Ghazi und seiner Gefolgschaft, Panzer, Kanonen, Maschinengewehre und andere Waffen nach Mahabad zu senden und deutete die Möglichkeit an, den Kurden auch finanzielle Unterstützung zu gewähren. Die Forderung der kurdischen Delegation bei der zweiten sowjetisch-kurdischen Konsultation war „die Schaffung eines freien Kurdistans“.<sup>208</sup> Der Ministerpräsident Bagirow stimmte der Verwirklichung der kurdisch nationalen Forderung zu und versicherte den Kurden: „Solange die Sowjetunion besteht, ist die Freiheit der Kurden garantiert.“<sup>209</sup> Außerdem sollten die Kurden an der Militärakademie von Baku ausgebildet werden. Die in Aussicht gestellte Militärausbildung stieß auf große Resonanz. Anfang 1946 meldeten sich hierfür 600 freiwillige Kurden. Letztlich sah die Vereinbarung die Förderung der Erstellung und Veröffentlichung kurdischer Publikationen vor.<sup>210</sup> Im Gegensatz dazu sollte die Komala durch eine demokratische Partei ersetzt und der Öffentlichkeit vorgestellt werden sowie die Zusammenarbeit mit der aserbaidschanischen Autonomieregierung fortgesetzt werden. Die Absicht der Sowjets bestand darin, die Komala unter ihre Kontrolle zu bringen und die Gesellschaft zu drängen, Ghazi Mohammed in ihre Reihen aufzunehmen. Es gab eine Zurückhaltung in der Komala, weil man die Berührung mit den etablierten Machtgruppen und

---

<sup>204</sup> Siehe die iranische Beschwerde an sowjetischen Botschafter in: AIA, Außenminister an sowjetischen Botschafter, Nr. 537, 26.8.1324/17.11.1945.

<sup>205</sup> British Consul in Täbriz, to Bullard, Secret report, Nr. 2, 17.1.1946, FO 371/Persia/ 52663, E 904/5/34.

<sup>206</sup> Afra, 1966: 78, Kurds.

<sup>207</sup> Afra, 1966: 66, Kurds.

<sup>208</sup> Eagleton, 1964: 85, The Kurdish Republic of 1946.

<sup>209</sup> Eagleton, 1964: 88, The Kurdish Republic of 1946., vgl. Afra, 1966: 78, Kurds.

<sup>210</sup> Eagleton, 1964: 89, The Kurdish Republic of 1946.

einen Verrat ihrer demokratisch-säkularen Prinzipien fürchtete. Auf der anderen Seite hatte die Komala inzwischen eine breite Zustimmung in der städtischen Bevölkerung gefunden und eine kritische Größe erreicht. Daher sah sie den Vorschlag Bagirows als annehmbar an, Ghazi Mohammed als ihren Vorsitzenden zu akzeptieren und ans Licht der Öffentlichkeit zu treten.

Am 16. August 1945 wurde die Komala in die Demokratische Partei Kurdistans im Iran (DPK) umgetauft. Im Mittelpunkt ihres Programms stand die Forderung nach Selbstverwaltung. „Das kurdische Volk im iranischen Kurdistan muss die Verwaltung seiner lokalen Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen,“<sup>211</sup> lautete der erste Paragraph ihres Acht-Punkte-Programms. Als Ziele setzte sie sich die kurdische Autonomieregierung im Iran, lokale Verwendung der Steuereinnahmen, kurdische Sprache als Unterrichts- und Amtssprache sowie Förderung von Landwirtschaft und Bildung. Die Partei konnte in Mahabad und einigen anderen Städten wie Saqqez und Sardascht ihre Basis ausbauen. Nunmehr erhielten auch Landbesitzer und Stammesführer, die traditionellen Träger der Macht in Kurdistan, Einfluss in der DPK.

#### **VI.2.4. Die Autonomieregierung Kurdistans (die Kurdische Volksrepublik von Mahabad)**

Mahabad erstreckte sich von den Städten Baneh und Sardascht im Süden entlang eines schmalen Streifens an der irakischen und türkischen Grenze bis nach Maku und an die Grenze zur Sowjetunion. Zwischen dem 25. und 28. Oktober 1945 kam der erste Kongress der Demokratischen Partei Kurdistans in der Stadt Mahabad zusammen.<sup>212</sup> Bagirows Vorschlag folgend berief Mohammed Ghazi am 27. Oktober 1945 im neu eröffneten kurdisch-sowjetischen Kulturzentrum von Mahabad eine Versammlung von rund 60 Stammeshäuptlingen und Vertretern der Städte ein. Er berichtete von den Gesprächen mit Bagirow und schlug vor, die Komala solle ihre Geheimtätigkeit aufgeben und sich als Demokratische Partei Kurdistans an die Öffentlichkeit wenden. Diesem Vorschlag stimmten die Anwesenden zu. Die Versammlung verabschiedete außerdem ein Parteiprogramm, das für das kurdische Volk die Selbstverwaltung in örtlichen Belangen und die Unabhängigkeit Kurdistans innerhalb Irans verlangte, die Verwendung der kurdischen Sprache in Schule und Verwaltung forderte sowie die sofortige Wahl eines Provinzialrates vorschlug. Weiterhin wurde gefordert, dass alle Regierungsbeamten im iranischen Kurdistan Kurden sein sollen und die in Kurdistan erhobenen Steuern für dieses Gebiet verwendet werden sollen.

---

<sup>211</sup> Nirumand, 1993:130, Tragödie.

<sup>212</sup> Iwanow, 1977:113, Moderne Geschichte Irans.

Außerdem forderte die DPK die Möglichkeit „einer freien und politischen Betätigung für alle Völker des Irans“<sup>213</sup> zum Zweck des Fortschritts des Landes.

In diesem Programm blieb die Bauernfrage offen, d. h. die Durchführung einer Bodenreform wurde durch die Ankündigung, einen Kompromiss zwischen Bauern und Großgrundbesitzern herstellen zu wollen, vertagt. Dieses Programm spiegelte die demokratisch-nationalen Forderungen der Kurden wider.

Eine wichtige Verstärkung erhielt die Demokratische Partei jedoch durch einen Führer des Barsani-Stammes, Mullah Mustafa. Die Barsani-Kurden lebten im Gebiet westlich der persisch-irakischen Grenze und hatten seit Jahren gegen Bagdad rebelliert. Den irakischen Truppen war es aber im Oktober 1945 gelungen, Mullah Mustafa und etwa 1.000 seiner Krieger derart zu bedrängen, dass sie über die Grenze nach Aserbaidshjan fliehen mussten. Sie hielten sich in der Nähe der Stadt Solduss – südlich des Urmia-Sees - auf, wo sie von den sowjetischen Besatzungsbehörden freundlich empfangen wurden. Mullah Mustafas Streitmacht schlossen sich weitere kurdische Flüchtlinge an, so dass schon bald rund 3.000 Krieger unter seinem Kommando standen. Mullah Mustafa war „der Leiter zweier erfolgloser Kurdenaufstände (1943 und 1945) gegen Briten und Haschemiten im Irak.“<sup>214</sup> Er stellte sich für die Ziele Ghazi Mohammeds zu Verfügung, was eine beträchtliche Stärkung der Mahabader Bewegung bedeutete. Gleichzeitig stellten Barsani und seine Leute eine Bedrohung und Belastung dar, weil ein starker Mann von außen wie Barsani die Machtskonstellation in Kurdistan veränderte und seine Kämpfer und ihre Familien versorgt werden mussten.

Drei Tage nach der Proklamation der aserbaidshjanischen Autonomieregierung, am 15. Dezember 1945, berief Mohammed Ghazi eine Versammlung der Demokratischen Partei nach Mahabad ein, bei der auch Mullah Mustafa und mehrere sowjetische Offiziere anwesend waren.<sup>215</sup> Hier gab Mohammed Ghazi feierlich die Bildung einer kurdischen Volksregierung bekannt; zugleich wurde ein „Nationales Parlament“ berufen, das aus 13 Mitgliedern bestand. Am 17. Dezember 1945 wurde von der DPK eine Demonstration vor dem Gebäude des Justizministeriums der Zentralregierung in der Stadt Mahabad organisiert, auf der die DPK die Westmächte aufforderte, Konsulate und Vertretungen in Kurdistan zu eröffnen und direkten Kontakt mit den kurdischen Vertretern aufzunehmen. Am gleichen Tag gab die DPK in Kurdistan bekannt, dass die autonome Republik von Mahabad am 22. Januar 1946

---

<sup>213</sup> Iwanow, 1977:113, Moderne Geschichte Irans.

<sup>214</sup> Van Rooy, 1962: 147, Kurdenforschung: Eine Voraussetzung konstruktiver Nahostpolitik, In: Grabowsky, A. u. andere (Hg), Zeitschrift für Politik, Jg. 9, Heft. 1, S. 142-153, Wien, Köln, Zürich, 1962.

<sup>215</sup> vgl. Lenczowski, 1968: 291, Russia and the West in Iran 1948-1948.

ausgerufen wird. In Mahabad sammelten sich an diesem Tag Menschen in kurdischer Nationaltracht, die zum Symbol des nationalen Widerstandes seit der Zwangabschaffung durch Reza Schah geworden war. Auf Anordnung der neuen Regierung wurde auch (am 17. Dezember 1945), nachdem sich die persische Garnison in der Stadt Urmia den kurdischen Angreifern ergeben hatte, die iranische Flagge auf den Regierungsgebäuden von Mahabad, Ushnu und Naqadeh eingeholt und durch die neue kurdische Flagge ersetzt.<sup>216</sup> Die Reaktion der iranischen Regierung war gelassen. Die iranische Regierung nahm die kurdische Autonomiebewegung nicht ernst. Der iranische Ministerpräsident Hakimi erklärte im Parlament, dass „die Kurden keine wahre Beschwerde haben, da sie gleichen Ursprungs wie die Iraner sind.“<sup>217</sup>

Am 11. Februar 1946 wurde ein Kabinett aus 13 Ministern, mit Seif Ghazi als Verteidigungsminister, gebildet.<sup>218</sup>

Die Etablierung der aserbajdschanischen Autonomieregierung ermöglichte es den Kurden, in Mahabad ihr Vorhaben zu realisieren. Am 22. Januar 1946 rief Ghazi Mohammad unter Anwesenheit der wichtigsten Stammeshäuptlinge „auf dem Tschowartschra-Platz (Vierlampenplatz) der Stadt Mahabad“<sup>219</sup> offiziell die „Republik Kurdistan“ aus. „Die Kleidung, die er bei dieser Gelegenheit trug, veranschaulicht die unterschiedlichen Elemente, die der Staatsgründung innewohnten: Auf dem Kopf trug er einen Turban, bekleidet war er mit einer Uniform in sowjetischem Stil.“<sup>220</sup> Es schien, dass jenes Ziel erreicht war, für „das Generationen gekämpft und dem Abertausende Menschen zum Opfer gefallen waren: die Gründung einer eigenen Republik, eines eigenen Staats.“<sup>221</sup> Die Kurden genossen ein ungeahntes Gefühl von politischer Freiheit. Sie waren froh, dass den Vertretern der iranischen Regierung das Sagen in Kurdistan abgenommen wurde.

Ghazi Mohammed wurde von den meisten Stämmen aufgrund seiner Popularität unterstützt, und seine Partei, die nach dem Muster einer kommunistischen Partei einen Frauen- sowie einen Jugendverband hatte, wurde von den Kurden toleriert. Zu erwähnen ist, dass Ghazi kein Interesse hegte, eine sozialistische Regierung einzusetzen oder eine Landreform durchzuführen. Daher kann nicht behauptet werden, dass seiner Organisation eine marxistische oder kommunistische Ideologie zugrunde lag. Am gleichen Tag, dem 22. Januar

---

<sup>216</sup> Vgl. Afra, 1966: 83f, Kurds.; Kirk, 1954:62f, *The Middle East 1945-1950*.

<sup>217</sup> Sadeghi, Geheime Gespräche Hakimi im Parlament, in: *Kuschesch*, 28.9.1324/19.12.1945.

<sup>218</sup> Ghassemloo, A. R. 1988: 205, Berichte über iranisch-Kurdistan, in: *Gesellschaft für bedrohte Völker (Hg.) Kurdistan und die Kurden*, Bd. 1.

<sup>219</sup> Niromand, 1993:111, *Die kurdische Tragödie*.

<sup>220</sup> Strohmeier/ Heckmann, 2000: 150, *Die Kurden*.

<sup>221</sup> Niromand, 1993:111, *Die kurdische Tragödie*.

1946, wurde Ghazi zum Präsidenten der Republik gewählt.<sup>222</sup> Zugleich wurden fünf Khans, darunter Seif Ghazi, Amr Khan Shikak und Mullah Mustafa Barsani, zu Marschällen ausgewählt. Mullah Mustafa wurde zum Oberbefehlshaber der Nationalarmee Kurdistans ernannt. Er vertrat die Meinung, dass die Kurden nur mit der „Hilfe der Sowjetunion ihren eigenen unabhängigen Staat gründen können. Die Briten und die Amerikaner sind lediglich Ausbeuter. Die Sowjets sind zwar clever, ihr Vertrauen aber kann man nicht einfach gewinnen.“<sup>223</sup>

Tatsächlich war die Übereinstimmung zwischen Staat und Partei sehr groß. Die Komala-Männer übernahmen alle wichtigen Ämter und besetzten sie mit den Stammesführern.

In der elf Monate andauernden Periode der Republik entwickelte sich Mahabad zu einem Land mit freier Presse und gut funktionierendem Handel. Die kurdische Sprache wurde zur offiziellen Unterrichts- und Verwaltungssprache erklärt, einige kurdische Zeitschriften, u.a. „Kurdistan“ (Organ der DPK), „Halala“ (die Tulpe), eine Frauenzeitschrift und eine Zeitschrift für die Kinder „Grugali mindalan“ (Geplauder der Kinder), wurden regelmäßig veröffentlicht, Theater und Mädchenschulen gegründet, darüber hinaus wurden in öffentlichen Institutionen persische Bedienstete durch kurdische ersetzt.<sup>224</sup> Bücher in kurdischer Sprache wurden veröffentlicht und eine kulturelle Gesellschaft zur Förderung der kulturellen Beziehungen zwischen Kurdistan und der Sowjetunion mit dem Namen „Anjoman-e farhangî-e kurdistan wa shaurawî (Kultureller Verein Kurdistans und der Sowjetunion) gegründet. Es wurde eine neue kurdische Nationalhymne entworfen.

Bei einem Vergleich zwischen der aserbaidshanischen und der kurdischen Autonomieregierung stellt man fest, dass die beiden Regierungen nicht die gleichen innenpolitischen Zielsetzungen verfolgten. Während die aserbaidshanische Regierung weitgehende wirtschaftliche und soziale Reformen einleitete und somit die Ansprüche der Bauern und Arbeiter berücksichtigte, handelte es sich in Kurdistan um eine „unterschiedslose nationale Einheit“<sup>225</sup> aller Bevölkerungsschichten. Im iranischen Aserbaidshan wurden innerhalb des einjährigen Bestehens der Autonomieregierung eine Bodenreform durchgeführt, Fabriken und Banken nationalisiert, eine nationale Armee ins Leben gerufen, Universität und

---

<sup>222</sup> Roosevelt, 1947:256-7, The Kurdish Republic of Mahabad. Roosevelt diente von 1944 bis 1947 als stellvertretender US-Militärattaché in Teheran. Er besichtigte die Hauptstadt Mahabad während des kurzen Bestehens der kurdischen Autonomiebewegung im Jahre 1945.

<sup>223</sup> Tafroshian, 1985: 87, Aufstand der Offiziere in Khurasan im Jahre 1945.

<sup>224</sup> Afra, 1966: 73, Kurds.

<sup>225</sup> Ghassemlou, A. R., 1988: 206, Berichte über iranisch-Kurdistan, in : Gesellschaft für bedrohte Völker (Hg.) Kurdistan und die Kurden, Bd. 1.

Krankenhäuser gegründet, „Azeri“ als Amts- und Verwaltungssprache eingeführt und die Straßen und Verbindungswege ausgebaut,<sup>226</sup> dagegen blieb die Infrastruktur in Kurdistan unverändert. Die Führung der Autonomieregierung in Kurdistan war durch interne Fraktionsstreitigkeiten handlungsunfähig geworden. Das Führungsgremium der DPK setzte sich aus städtischen Intellektuellen, Angehörigen der städtischen Mittelschicht, städtischen Notabeln und Stammesführern zusammen, die unterschiedliche Interessen verfolgten und an der Durchführung radikaler Reformen nicht interessiert waren. Die heftigen Rivalitäten zwischen den einzelnen kurdischen Stämmen, die sowohl auf soziokulturelle Unterschiede zwischen traditioneller Klan- und Stammesgesellschaft und intellektuellen städtischen Schichten als auch auf ideologisch bedingte unterschiedliche politische Konzepte und Taktiken zurückzuführen waren, und rein persönliche Machtansprüche einzelner verhinderten den gemeinsamen starken Auftritt der Kurden nach außen. Im Gegensatz dazu beteiligten sich an der Gründung der demokratischen Partei Aserbaidschan (DPA) Vertreter verschiedener sozialer Schichten. Nicht zuletzt konnten die „Vertreter der quantitativ schwachen Arbeiterklasse die Führung der demokratischen Bewegung“<sup>227</sup> Aserbaidschans übernehmen. Diese führten die radikalen Reformen wie die Bodenreform in Aserbaidschan durch. Dagegen kam es in Kurdistan zu keiner Bodenreform. Die Verwaltungs- und Wirtschaftsorganisation blieb unverändert. Es blieb nur das nationale Gefühl, dass man in Kurdistan als Kurde Freiheit genoss.

Sehr bald kam es zu Meinungsverschiedenheiten mit der aserbaidschanischen Regierung hinsichtlich der Größe des jeweiligen Territoriums. Die Autonomieregierung Kurdistan beanspruchte die Städte Khui, Miandoab, Salmas und Urmia. Die Autonomieregierung Aserbaidschan vertrat die Meinung, dass die Mehrheit der Einwohner dieser Städte Aserbaidschaner waren, und war nicht bereit, diese Städte den Kurden zu überlassen, da die Kurden die aserbaidschanische Minderheit schikanierten. Die Kurden waren Muslime sunnitischer Glaubensrichtung, und die Aserbaidschaner waren Schiiten. Die aserbaidschanische Regierung schickte die aserbaidschanische Miliz in diese Städte, um einer militärischen Attacke der kurdischen Regierung zuvorzukommen. Die Sowjets, die die blutigen Auseinandersetzungen zwischen beiden Autonomieregierungen befürchteten, vermittelten zwischen beiden Parteien und luden beide zur Gespräche ein. Mitte April 1946 kamen schließlich durch die Vermittlung der Sowjets eine siebenköpfige Delegation der

---

<sup>226</sup> Tafroshian, 1985: 73, Aufstand der Offiziere in Khorasan im Jahre 1945.

<sup>227</sup> Ivanow, 1356/1977: 107, Moderne Geschichte Irans. Ivanow behauptet, dass „die Arbeiterklasse in Aserbaidschan die Führung der demokratischen Bewegung im ganzen Iran übernommen hatte.“ Ivanow, 1356/1977: 107, Eine übertriebene Feststellung, die der Wahrheit nicht entspricht.

Kurden, vertreten durch Ghazi, und eine fünfköpfige aserbaidische Delegation, vertreten durch Pischewari, mit dem sowjetischen Konsul in Urmia zusammen, worauf es am 23. April 1946 zum Abschluss eines Freundschaftsvertrages zwischen beiden Autonomieregierungen kam. Der Vertrag sollte die Festlegung der Grenzen zwischen beiden Regierungen, eine Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet und die Bildung einer Militärallianz regeln. Ferner vereinbarten sie, dass eine Verhandlung mit Teheran nur mit der Zustimmung beider Regierungen erfolgen sollte und die Besetzung der lokalen und regionalen Verwaltungen in den ethnisch gemischten Gebieten nach den demographischen Mehrheitsverhältnissen geregelt werden sollte. Außerdem beinhaltete der Freundschaftsvertrag eine Zusammenarbeit auf kultureller Ebene,<sup>228</sup> den Austausch von Diplomaten, die Errichtung einer Kommission zur Klärung gemeinsamer Fragen sowie die Bestrafung von Gegnern der Autonomieregierungen.

Die Probleme mit der aserbaidischen Regierung einerseits und die Ankündigung eines Vertragsabschlusses zwischen Täbris und Teheran vom 14. Juni 1946 andererseits beunruhigten die Kurden. Denn im Abkommen wurde mit keinem Wort die kurdische Forderung nach einer Autonomieregierung und die Errichtung eines Provinzrates in Mahabad erwähnt. Ghazi Mohammed versuchte im Sommer 1946, direkt mit der iranischen Zentralregierung zu verhandeln, um ein autonomes Kurdistan innerhalb des persischen Territoriums, ähnlich wie ein autonomes Aserbaidschan, sicherzustellen. Damit wollte er gleichzeitig die Verhandlung einiger kurdischer Stammesführer mit der Zentralregierung verhindern. Einige Khane der größeren Kurdenstämme standen der DPK misstrauisch gegenüber, da sie einen zu großen sowjetischen Einfluss auf diese befürchteten. Der Führer der Shikak-Kurden, Amr Khan, trat zwar der Partei bei, behielt aber seine Verbindung mit der Regierung in Teheran aufrecht.<sup>229</sup> Schon während der Gründungsfeierlichkeiten am 22. Januar 1946 kam es zu verbalen Auseinandersetzungen zwischen Khanen hinsichtlich ihres Bemühens, sich wirklich für eine unabhängige Republik Kurdistan einzusetzen. Die Meinungsunterschiede zwischen den kurdischen Stämmen waren ein weiterer Grund für die schnelle Vereinbarung mit der iranischen Regierung. Die Verhandlung Ghazis mit Qavam schien erfolgreich zu sein. Qavam stimmte gegenüber Ghazi Mohammed zu, dass Kurdistan den Status einer Provinz erhalten und von einem Provinzleiter verwaltet werden sollte. Die Bemühung Ghazi Mohammeds, mit Teheran zu einer Übereinkunft zu kommen, ärgerte die Sowjets. Die Sowjets vertraten die Meinung, dass diese Verhandlung die Position

---

<sup>228</sup> Afra, 1966: 87, Kurds.

<sup>229</sup> Wall zufolge versuchte die iranische Regierung beständig, die Uneinigkeit unter den Khanen mit „Bestechung und Arglist“ zu fördern. Wall, Halbjahresbericht, 23.8.1945, E 7384/239/34.

Aserbaidshans gegenüber Teheran unterminieren würde. Sie versuchten deswegen, die Verhandlungen zum Scheitern zu bringen.<sup>230</sup>

### **VI.2.5. Das Ende der kurdischen Autonomieregierung**

Im Mai 1946 wurde eine Vereinbarung zwischen einer DPK-Delegation und der iranischen Zentralregierung getroffen, in der festgelegt wurde, dass die kurdischen Vorkämpfer-Einheiten (Peschmarge) nicht die Zentralarmee angreifen dürfen und dass die Kontrolle der Straßen und Verbindungswege der Zentralarmee überlassen werden muss. Beide Seiten verpflichteten sich, sich jeweils vier Kilometer von den derzeitigen Stellungen (die Städte Saghez und Sardascht) zurückzuziehen und dass die Luftwaffe der Zentralarmee die kurdische Front nicht mehr überfliegen darf.

Trotz dieser Vereinbarung bereitete sich die Zentralarmee auf einen Angriff gegen Kurdistan vor.<sup>231</sup> Auf eine solche militärische Auseinandersetzung waren die Kurden bereits vorbereitet und hatten zuvor den sowjetischen Offizier Kazemow im März 1945 mit der Bildung einer kurdischen Nationalarmee beauftragt. Diese Armee war teilweise motorisiert. Sie hatte grau-olive Uniformen und wurde im Dezember 1945 erstmals mit 1.200 aus der Sowjetunion gelieferten leichten Waffen ausgerüstet.<sup>232</sup> Der Generalstabschef der iranischen Zentralregierung Afra fürchtete die Kampfbereitschaft und militärische Erfahrung der Kurden. In einem Bericht stellte Afra den großen militärischen Unterschied der Kurden im Vergleich zu den Aserbaidshanern fest. Afra zufolge waren die Aserbaidshaner eine „unerfahrene Guerilla“, dagegen stellten die Kurden mit ihren „erfahrenen Vorkämpfern (Peschmarge), die sehr gut die Guerilla-Taktik beherrschten“, <sup>233</sup> eine große Gefahr für die iranische Armee dar. Tafroshian fügte hinzu, dass die kurdische Armee über einen Generalstab verfügte,<sup>234</sup> der aus 12.000 Kämpfern (Peschmarge) mit leichten Waffen bestand. Die Barsani-Einheiten waren sehr gut ausgebildet und waren durch die Erfahrung im Krieg gegen die britisch-irakische Armee im Nordirak „Meister des Partisanenkrieges“<sup>235</sup> geworden.

Mit dem Abkommen über die gemeinsame Erdölforderung zwischen der Sowjetunion und dem Iran am 4. April 1946, in dem die Sowjetunion die lang geforderte Ölkonzession im Nordiran erhalten hatte, kam es zu einem Wendepunkt in der sowjetischen Politik in bezug auf die kurdische Autonomieregierung. Die Sowjets hofften, dass sie mit Qavam an der Macht

---

<sup>230</sup> Siehe Eagleton, 1963: 106, The Kurdish Republic of 1946.

<sup>231</sup> Afra, 1966: 91, Kurds.

<sup>232</sup> Eagleton, 1963: 98, The Kurdish Republic of 1946.

<sup>233</sup> Afra, 1966: 89, Kurds.

<sup>234</sup> Tafroshian, 1985: 78, Aufstand der Offiziere in Khurasan im Jahre 1945.

<sup>235</sup> Eagleton, 1963:166, The Kurdish Republic of 1946.

den ganzen Iran kontrollieren könnten. Daher verlor die kurdische sowie aserbaidische Autonomieregierung für die sowjetische Iranpolitik an Bedeutung. Nun bemühte sich die sowjetische Regierung, sich mit der iranischen Zentralregierung zu verständigen. Die Sowjets weigerten sich, den Kurden die versprochenen Waffen zu liefern. Der Abzug der sowjetischen Truppen aus dem Iran ohne irgendwelche Garantie für die Autonomieregierungen bedeutete gleichzeitig die Akzeptanz der militärischen Oberherrschaft der Zentralregierung seitens der Sowjetunion.<sup>236</sup>

Nicht nur die Sowjetunion bereitete der kurdischen Autonomieregierung Probleme, sondern auch die kurdischen Stammesführer hielten nur so lange zu Ghazi Mohammed, solange er der starke Mann blieb, der alle Fäden in der Hand hielt. Sobald offenbar wurde, dass die Sowjets ihre Unterstützung zurückzogen und die iranische Regierung wieder Herr der Lage war, mussten die Stammesführer zusehen, wie sie eine gute Beziehung zu Teheran wieder erlangten. Eine der wichtigsten Stützen der Republik, Hama Raschid, zog sich schon Monate vor dem Fall Mahabads auf seinen Landsitz jenseits der Grenze im Irak zurück.

Ghazi Mohammed, der in eine Zwickmühle geriet, versuchte mit Hilfe der aserbaidischen Autonomieregierung mit Teheran zu verhandeln. Eine gemeinsame Delegation von Aserbaidischern, die von Alizade geleitet wurde, und Kurden, die von Oberst Ezat geführt wurde, traf sich mit General Razmara von der Zentralarmee, um über einen Waffenstillstand zu verhandeln. Razmara hatte bis Juni 1946 5.000 Soldaten mit Unterstützung von Panzern, Artillerie und Luftwaffe um die Stadt Saghez zusammengezogen. General Razmara, der unter direkter Führung des Schahs agierte,<sup>237</sup> wollte durch diese Verhandlung Zeit für die Mobilmachung der Armee in Aserbaidischland und Kurdistan gewinnen.

Nachdem die gemeinsame Verhandlung mit Teheran die erwarteten Resultate nicht erbrachte, stellte die aserbaidische Autonomieregierung fest, dass sie nunmehr alleine stand, und trat in direkte Verhandlung mit Teheran ein. Im Juni wurde das aserbaidische Gebiet wieder indirekt unter die Kontrolle der Zentralregierung gebracht; die Führer der aserbaidischen Regierung fungierten nun als iranische Beamte. Ghazi Mohammed konnte nicht zusehen, wie die Aserbaidischen ihr Interesse direkt mit Teheran wahrnahmen. Er bemühte sich auch um die direkte Verhandlung mit Teheran. Dies geht aus dem Bericht von Dooher, dem amerikanischen Vizekonsul in Täbris, hervor. Dooher berichtete dem Ministerpräsidenten Qavam in der Anwesenheit von G. Allen am 8. November 1946 davon,

---

<sup>236</sup> Vgl. Feigl, 1995: 202-203, Die Kurden, Geschichte und Schicksal eines Volkes

<sup>237</sup> Vgl. Kanjori, 1992: 89, Die soziale Umwälzung im iranischen Kurdistan.

dass die zahlreichen kurdischen Führer, darunter Mohammed Ghazi und Amr Khan, antikommunistisch eingestellt und von den Sowjets enttäuscht seien, da die versprochene Hilfe bis jetzt ausgeblieben sei. Die Kurden seien bereit, sich Teheran bei einem Angriff gegen Aserbaidschan anzuschließen, vorausgesetzt, dass die Zentralregierung ihre militärischen Aktionen mit denen der Kurden koordiniere und die stammesfeindliche Politik Reza Schahs nicht wieder aufnehme.<sup>238</sup> Qavam konnte sein Glück nicht fassen. Er antwortete, dass die Haltung seiner Regierung zu den Kurden von ihrer Loyalität gegenüber Teheran abhängen würde. Die Antwort Qavams wurde von Amr Khan und seinen Verbündeten als positiv angenommen. Am 12. November 1946 wurde der Vertreter Amr Khans aus Täbris zurückberufen.

Trotz der bereiten und großzügigen Zusammenarbeit der Kurden hielt Qavam an seiner Entscheidung fest, die Sicherheitskräfte nach Kurdistan zu schicken, um die Sicherheit der Parlamentswahlen zu garantieren. Qavam ließ den Wunsch Ghazi Mohammeds, die Sicherheitskräfte nicht nach Kurdistan zu senden, fallen. Drei Tage nach der Übernahme von Täbris und der daraus folgenden Auflösung der aserbaidischen Autonomieregierung besetzte die iranische Armee die Stadt Mahabad. Die kurdische Autonomieregierung blieb von dem aggressiven Vorgehen der iranischen Armee nicht verschont. Die Kurden leisteten keinen Widerstand gegenüber der iranischen Armee, obwohl sie über diese Möglichkeit verfügten. Sie waren im Besitz von Waffen und Munition. Außerdem verfügten sie über 3.000 Kämpfer der Stämme Barsanis. Der Grund hierfür lag in der Enttäuschung über die sowjetische Politik. Gleichzeitig hegten die Führer der Kurden Hoffnung, sich mit der iranischen Regierung an einen Verhandlungstisch zu setzen und ihre Probleme gemeinsam zu lösen. Daher haben sie das Land Richtung Irak nicht verlassen. Aber die Reaktion der iranischen Armee war hart. Für die iranische Armee ging es darum, das verlorene Prestige infolge der Invasion von 1941 wieder zurückzugewinnen.

Nachdem das Zentralkomitee der DPK beschlossen hatte, sich zu ergeben, empfing Ghazi Mohammed, der Präsident der Autonomieregierung, mit seinem Ministerpräsidenten Haji-Baba den General der iranischen Zentralarmee Homajuni. Am 17. Dezember 1946 wurde die Autonomieregierung offiziell den staatlichen Organen übergeben.<sup>239</sup>

Nach der Besetzung Mahabads wurden die 45 Mitglieder des Zentralkomitees der DPK, darunter Ghazi Mohammed verhaftet. Vor seiner Verhaftung bot ein „amerikanischer Diplomat Ghazi Asyl an. Ghazi sagte, er zöge es vor, dazubleiben und als Märtyrer für

---

<sup>238</sup> Allen an SoS, 8.11.1946, FRUS, 1946, Bd. VII, S. 545.

<sup>239</sup> Kutschera, 1981: 32, Kurdistan und die Republik Mahabad.

Kurdistan zu sterben.“<sup>240</sup> Ghazi Mohammed<sup>241</sup> wurde zunächst unter Hausarrest gestellt, wurde später vor ein Militärgericht gebracht und am 1. März 1947 auf dem Platz, wo er die Republik ausgerufen hatte, gemeinsam mit seinem Bruder aufgehängt.

Die Zentralregierung ging mit den Barsani-Einheiten vorsichtig um. Homajuni, der General der iranischen Zentralarmee, stellte Barsani ein Ultimatum, in dem er aufgefordert wurde, entweder seine Einheiten entwaffnen zu lassen und seine Kämpfer zusammen mit deren Familien um die Stadt Hamadan (außerhalb Kurdistans) anzusiedeln oder sich aus dem Iran zurückzuziehen. Barsani bevorzugte den Rückzug aus dem Iran und verlangte von den Briten eine Garantie, dass seine Einheiten beim Einzug ins irakische Kurdistan nicht von der britisch-irakischen Armee angegriffen würden. Diese „Garantie wurde ihm aber nicht gegeben.“<sup>242</sup> Die Verhandlung zwischen Barsani und der Zentralregierung geriet ins Stocken. Zwischen dem 11. und 15. März kam es zu einem Kampf zwischen beiden Parteien. Obwohl die iranische Armee die Unterstützung einiger kurdischer Stämme, wie z. B. Harki genoss, musste die iranische Armee viele Verluste hinnehmen. Am Ende waren die Barsani-Einheiten sehr geschwächt. Nur etwa 500 bewaffnete Soldaten von Barsani-Einheiten konnten sich über den Irak und die Türkei am 18. Juni 1947 auf sowjetisches Territorium retten.

Der Schah und Qavam unterdrückten gemeinsam die kurdische Autonomiebewegung und zeigten Bereitschaft, wenn es um die Existenz der iranischen Oberschicht ging, gemeinsam zu handeln. Der Schah hatte die Oberhand bei militärischen Aktionen, und Qavam schaute der Machtdemonstration des Schahs und des Militärs zu. Die Autonomieregierung Kurdistans war eine neue Erfahrung und eine harte Lehre für die Zentralregierung. Der kurzlebige kurdische Staat hatte weder die Zeit noch die Fähigkeit, die Forderungen der Kurden zu realisieren. Lediglich auf psychologischer Ebene erfüllte er die Kurden mit Nationalstolz.

Die Autonomieregierung von Mahabad kam im Schatten der aserbajdschanischen Autonomiebestrebung ans Licht und verschwand mit der Unterdrückung der DPA aus der politischen Szene des Irans. Sie ging in die iranische Geschichte als eine Tragödie ein.<sup>243</sup>

---

<sup>240</sup> Van Rooy, 1962: 147, Kurdenforschung: Eine Voraussetzung konstruktiver Nahostpolitik, In: Grabowsky, A. u. andere (Hg), Zeitschrift für Politik, Jg. 9, Heft. 1, S. 142-153, Wien, Köln, Zürich, 1962.

<sup>241</sup> Im Jahre 1961 besichtigte Egon von Eichstedt das Grabmal von Ghazi Mohammed in Mahabad. Er berichtet, dass die „stammes- und volkstreu Kurden“ zu dem Grabmal pilgerten. Von Erickstedt, 1961: 91, Türken, Kurden und Iraner seit dem Altertum.

<sup>242</sup> Afra, 1966: 97, Kurds.

<sup>243</sup> Vgl. Maghsudi, 1380/2001: 92, Politische und soziale Änderung des Irans 1941-1979.

„Das Ende der Republik von Mahabad war zugleich ein erheblicher Schlag für die DPK. Indes war die kurdische Bewegung im Iran nicht erloschen. Einige Intellektuelle, Lehrer und Kaufleute bemühten sich darum, den Geist von Mahabad lebendig zu halten.“<sup>244</sup>

### **VI.3. Die Folgen der Auflösung der Autonomieregierungen**

Mit dem Zusammenbruch der Autonomieregierungen im Nordwestiran war der Weg frei für die Abhaltung von Parlamentswahlen im ganzen Iran. Die Parlamentswahl begann am 11. Januar 1947. Der Ausgang der Wahlen war trotz aller Prophezeiungen noch unklar. Ministerpräsident Qavam war zu dieser Zeit für den Abschluss eines Ölabkommens mit der Sowjetunion.<sup>245</sup> Am 16. Januar 1947 traf M. Firuz, der iranische Botschafter in Moskau, mit Molotow zusammen und bekräftigte, dass „Qavam sein Versprechen (in bezug auf die Erteilung der Erdölkonzession an die Sowjets) halten werde.“<sup>246</sup> Molotow antwortete, dass das Erdölabkommen aus sowjetischer Sicht eine abgeschlossene Sache sei, da seine Regierung mit der iranischen Regierung einen Vertrag darüber abgeschlossen habe. Er fügte hinzu, dass die sowjetische Iranpolitik von der Haltung der iranischen Regierung gegenüber der Sowjetunion abhängig sei.<sup>247</sup> Auch die USA waren zu dieser Zeit für eine Ratifizierung des Vertragsentwurfes mit der Sowjetunion und bezeichneten die mögliche Konzessionsverweigerung der Iraner als einen schweren Irrtum.<sup>248</sup> Die Briten vertraten die gleiche Meinung unter dem Vorbehalt, dass die Sowjets keine Gewalt anwenden durften.<sup>249</sup> Hier beobachtet man eine Parallelität zwischen den drei Regierungen (Iran, USA und Großbritannien) vor der Verkündung der Truman-Doktrin. Die USA sahen es als nicht angebracht an, ihre Beziehung zu der Sowjetunion zu gefährden.

Ende April 1947 war die Parlamentswahl im Iran abgeschlossen. Im neuen Parlament, das am 17. Juli 1947 zusammentrat, verfügten die Anhänger von Ministerpräsident Qavam über eine wesentliche Mehrheit,<sup>250</sup> die von Qavam geführte Partei, die Demokratische Partei Irans, besetzte 110 Sitze von 136 Sitzen im Majlis. 24 der Sitze gingen an die von Mossadegh geführten Gruppe, während nur zwei Delegierte der Tudeh-Partei nahe standen.<sup>251</sup> Durch das neue Majlis sah sich Qavam in seiner Position gestärkt. Er erklärte schon Mitte Juni in einem

---

<sup>244</sup> Strohmeier/Heckmann, 2000: 149-150, Die Kurden.

<sup>245</sup> Le Rougetel an FO, 11.1.1947, E 418/1/34.

<sup>246</sup> AIA, Firuz (Moskau) an Qavam (Teheran), Nr. 2830, 17.1.1947.

<sup>247</sup> AIA, Firuz (Moskau) an Qavam (Teheran), Nr. 2830, 17.1.1947.

<sup>248</sup> Allen an SoS, 11.1.1947, FRUS 1947, Bd. VII, S. 891.

<sup>249</sup> Le Rougetel an Howe, 18.12.1946, E 12443/5/34.

<sup>250</sup> Vgl. Lenczowski, 1968: 309, Russia und the West in Iran 1948-1948., Ramazani, 1975: 168, Iran's Foreign Policy 1941-73.

<sup>251</sup> Vgl. Lenczowski, 1968: 309, Russia und the West in Iran 1948-1948.

Interview, dass das neugewählte Parlament den sowjetischen Ölvorschlag in der bestehenden Form nicht billigen werde. Weitere Verhandlungen seien daher notwendig. Der Ministerpräsident teilte dem amerikanischen Botschafter in übertriebenen Sinne mit, dass seine Erklärung in Moskau eine Explosion bewirken werde. Er zeigte sich besorgt, dass die sowjetische Reaktion sogar eine Invasion Irans sein könnte.<sup>252</sup> Er bat Allen am 14. Juni um eine Mitteilung der USA an Moskau, in der die amerikanische Regierung für das iranische Recht eintrete. Danach sollte die amerikanische Regierung Kampfhandlungen gegen die Sowjetunion aufnehmen, falls der Iran wegen seiner eventuellen Ablehnung der Erdölkonzessionsvergabe an die Sowjets zu einem Opfer der Aggression werde.<sup>253</sup> Nach dem Verständnis der iranischen Führung signalisierte die – am 12. März 1947 in der Truman-Doktrin definierte – amerikanische Politik zwar die Bereitschaft der USA zum militärischen Engagement für Griechenland und die Türkei: Im Hinblick auf den Iran, so Qavam, bleibe zu diesem Punkt jedoch Raum für Zweifel.<sup>254</sup>

Botschafter Allen wurde daraufhin informiert, dass das State Department für die nahe Zukunft nicht mit einem offenen Akt der (militärischen) Aggression seitens der Sowjetunion rechne.<sup>255</sup> Die iranische Regierung erhielt den Rat, den Sicherheitsrat anzurufen, wann immer sie die Unabhängigkeit und Integrität des Landes durch eine fremde Macht gefährdet sehe. Die amerikanische Regierung werde den Iran unterstützen, wenn die iranische Regierung sich entschlossen zeige, die eigene Souveränität zu verteidigen.<sup>256</sup>

Zur Ölfrage erklärte Allen dem iranischen Ministerpräsidenten Anfang August als persönliche Meinung, ein diesbezügliches Abkommen mit der Sowjetunion bedeute notwendigerweise die Einreise sowjetischen Personals und damit politischer Agenten in den Iran.<sup>257</sup> Das State Department unterstrich diese Auffassung in einem Positionspapier vom 18. August, aus dem Allen Qavam relevante Passagen vorlas: Die Sowjetunion würde eine Ölkonzession dazu benutzen, um den Iran auf indirektem Weg unter ihre Kontrolle zu bringen.<sup>258</sup>

Gegenüber der Änderung der amerikanischen Position blieb die britische Stellungnahme unverändert. Der britische Botschafter in Teheran war der Auffassung: Wenn die iranische

---

<sup>252</sup> FRUS, 1946, Bd. V, S. 913.

<sup>253</sup> FRUS, 1946, Bd. V, S. 913. Die unrealistische letztgenannte Forderung Qavams veranlasste US-Außenminister Marshall zu der Überlegung, ob der Premier nicht im voraus nach einer Rechtfertigung für Konzessionen gegenüber Moskau suche; ebd. S. 918.

<sup>254</sup> FRUS, 1947, Bd. V, S. 913f.

<sup>255</sup> Vgl. FRUS, 1947, Bd. V, S. 924f.

<sup>256</sup> FRUS, 1947, Bd. V, S. 902, 917, 920, 927, 950.; Siehe auch FRUS, 1946, Bd. VII, S. 552.

<sup>257</sup> FRUS, 1947, Bd. V, S. 929f.

<sup>258</sup> FRUS, 1947, Bd. V, S. 934-6, 950ff.

Regierung ihrer Verpflichtung nicht nachkam und den Vertrag von April 1946 über das Erdöl vom Majlis nicht ratifizieren ließ, musste man sich von der Unabhängigkeit Irans verabschieden.<sup>259</sup> Der britische Außenminister machte am Rande des Telegramms folgende Bemerkung:

- a) Großbritannien sollte es nicht zulassen, dass das Majlis den Ölvertrag ablehnt.
- b) Wie verhielten sich die USA?
- c) Molotow würde die Ablehnung des Erdölabkommens sehr ernst nehmen.<sup>260</sup>

Als der sowjetische Botschafter den iranischen Premierminister am 12. und 14. August 1946 drängte, die sowjetisch-iranische Vereinbarung vom 4. April 1946 – mit einer zusätzlichen Klausel über die Gründung einer gemeinsamen Ölgesellschaft innerhalb von drei Monaten nach Ratifizierung – unverzüglich dem Parlament vorzulegen,<sup>261</sup> schlug Qavam weitere Verhandlungen vor, da das Abkommen sonst vom Majlis abgelehnt würde.<sup>262</sup> Auf eine erneute Anfrage Qavams in Washington, welche Hilfe außer moralischer Unterstützung den Iran von den USA im Notfall erwarten könne, versprach das State Department aktive Unterstützung durch die Vereinten Nationen; auf die direkte Frage nach Waffenhilfe wurde dem iranischen Gesandten am 19. August mitgeteilt, es sei „den USA zu diesem Zeitpunkt unmöglich zu erklären, was sie tun würden, falls die Sowjetunion den Iran angreife,“ dem State Department falle es jedoch „schwer, zu glauben“, die Sowjetunion wolle durch eine offene Aggression die Vereinten Nationen, ein Fundament des Weltfriedens, gefährden.<sup>263</sup>

Am 20. August teilte der Stellvertreter des iranischen Außenministers Sadchikow mit, dass der Briefwechsel zwischen dem iranischen Ministerpräsidenten und dem sowjetischen Botschafter vom April 1946 über das Erdöl für die Ratifizierung dem Majlis eingereicht werden müsse. Wenn das Parlament zustimmen würde, könnten die Verhandlungen über ein Abkommens beginnen. Die sowjetische Regierung sah in der Mitteilung ein Zeichen für die Ablehnung des Vertrages durch die iranische Regierung. Vier Tage später fing die sowjetische Regierung an, gegen den Iran agitatorisch vorzugehen, um die iranische Regierung unter Druck zu setzen. Die Zeitung Prawda bezeichnete in einem Artikel die iranischen Kabinettsmitglieder als Reaktionäre und kritisierte den Schah. Der erschienene Artikel wurde von Radio Moskau ausgestrahlt, und gleichzeitig wurde spekuliert, dass die

---

<sup>259</sup> Le Rougetel an Bevin, Telegramm Nr. 848, 30.7.1947, E 6896/1/34, FO 371/Persia, 61971.

<sup>260</sup> Le Rougetel an Bevin, Telegramm Nr. 848, 30.7.1947, E 6896/1/34, FO 371/Persia, 61971.

<sup>261</sup> Le Rougetel an Bevin, Telegramm Nr. 888, 13.8.1947, E 7437/1/34, FO 371/Persia, 61972.

<sup>262</sup> FRUS, 1947, Bd. V, S. 931, 933.

<sup>263</sup> FRUS, 1947, Bd. V, S. 939f.

Sowjets ihre Truppen an der Grenze zum Iran verstärkten sowie ihre Kriegsschiffe am Kaspischen Meer in Bewegung setzten.

Am 28. August besuchte der frisch vom Urlaub zurückgekehrte sowjetische Botschafter den zurückgetretenen iranischen Ministerpräsidenten – nach der Verfassung musste das ganze Kabinett nach der Zusammenkunft des neuen Majlis zurücktreten und nochmals um das Vertrauen des Majlis bitten – in seinem Haus und überreichte ihm eine Protestnote. In der Note wurde der iranischen Regierung vorgeworfen, sie sei zur Politik der Feindseligkeit und Diskriminierung früherer iranischer Regierungen gegenüber der Sowjetunion zurückgekehrt,<sup>264</sup> denn sie erfülle ihre Verpflichtung vom April 1946 nicht und weigere sich, das Abkommen zu unterzeichnen.<sup>265</sup> Bei dieser Zusammenkunft versprach Sadchikow dem Ministerpräsidenten eine finanzielle und wirtschaftliche Unterstützung, wenn der Erdölvertrag vom Majlis ratifiziert werde. Qavam entgegnete Sadchikow, dass die iranische Regierung keine Feindseligkeit gegenüber der Sowjetunion ausübe und in der Zukunft keine ausüben würde. Sein Rücktritt geschah aufgrund der Verfassung. Wenn das Majlis ihn nochmals zum Ministerpräsidenten wählen würde, würde er bestimmt die Briefe vom April 1946 für die Bestätigung dem Majlis vorlegen. Nach der Zustimmung des Majlis werde er die Verhandlung mit der Sowjetunion über das Erdöl beginnen. Am 15. September ließ Botschafter Sadchikow Qavam in einer zweiten Notiz ausrichten,<sup>266</sup> seine Verzögerungstaktik „gefährde die Unabhängigkeit Irans“.<sup>267</sup> Qavam wurde empfohlen, so schnell wie möglich den Erdölvertrag durch das Majlis passieren zu lassen. Qavam, der inzwischen vom Majlis nochmals beauftragt wurde, als Ministerpräsident sein Kabinett zu bilden, streckte seine Hand nach Großbritannien und den USA aus und bat um Hilfe. Etwa zur gleichen Zeit zeigten sich Divergenzen zwischen der britischen und amerikanischen Position gegenüber dem Iran. Die britische Regierung, der es an Entschlossenheit fehlte, hielt es für „sehr wichtig und notwendig“, von der Position der USA<sup>268</sup> zu erfahren. Großbritannien war für die Erteilung der Erdölkonzession an die Sowjetunion. Die englische Regierung fürchtete zum einen, dass die Sowjetunion im Falle einer iranischen Weigerung entweder in das Land direkt intervenieren oder einen Putsch inszenieren würde. Dies konnte nicht nur die Unabhängigkeit Irans, sondern die britischen Interessen im Iran, sogar in Nahost, gefährden. Daher war für das England die geeignete Lösung, wie Bevin, der britische Außenminister, seinem Botschafter in Teheran mitteilte, dass „die iranische Regierung ihre Verpflichtung erfüllt und dem

---

<sup>264</sup> Vgl. Ramazani, 1975: 168, Iran's Foreign Policy 1941-73.; FRUS, 1947, Bd. V, S. 944f.

<sup>265</sup> Der Text in *Soviet News*, 10.9.1947.

<sup>266</sup> Im Text: „sent word“.

<sup>267</sup> FRUS, 1947, Bd. V, S. 942.

<sup>268</sup> Die Notiz wurde in der Nahost-Abteilung des FO vorbereitet, 26.8.1947, E 7772/1/34- FO 371/Persia, 61972.

sowjetischen Wunsch zustimmt.<sup>269</sup> Bevin forderte seinen Botschafter in Teheran auf, Qavam zu empfehlen, die Verhandlung mit der sowjetischen Regierung über das Erdöl in Zukunft nicht auszuschließen, auch wenn das Majlis den Vertrag ablehnen würde.<sup>270</sup> Die iranische Zeitung *Etelaát* berichtete in ihrer Ausgabe, dass der britische Botschafter in Teheran vor seiner Abreise aus Teheran gegenüber Qavam erwähnte, dass der iranische Ministerpräsident den sowjetischen Druck ernst nehmen sollte und empfahl ihm, seine Verhandlung mit den Sowjets im Falle einer Ablehnung durch das Majlis weiter zu verfolgen.<sup>271</sup> Zwei Tage später wiederholte die Zeitung ihre Behauptung, dass Qavam vom britischen Botschafter empfohlen wurde, „er sollte nicht erlauben, dass die Verhandlung über das Erdöl zwischen dem Iran und der Sowjetunion abgebrochen wird, wenn das Majlis dies ablehnt“<sup>272</sup>. Qavam, der immer den Eindruck erweckte, dass er selbstständig agierte, geriet in eine Zwickmühle. Er dementierte einen Tag später in einem Interview die Behauptung der Zeitung *Etelaát* über die britische Empfehlung.<sup>273</sup> Zum Pech Qavams veröffentlichten am gleichen Tag die Berichtersteller in London die Aussage des Sprechers des britischen Außenministeriums über die Empfehlung an Qavam. „Der Iran sollte im Falle der Ablehnung des Majlis nicht alle Türen schließen. Die iranische Regierung sollte die Verhandlung mit der Sowjetunion offen halten.“<sup>274</sup> Das Dementi Qavams und die Aussage des britischen Sprechers brachten Qavam tief in ein Dilemma. Die Zeitung *Atasch* schrieb: „Wer log, der iranische Ministerpräsident oder der Sprecher des britischen Außenministeriums?“<sup>275</sup>

Der Sprecher der amerikanischen Botschaft in Teheran bedauerte die Empfehlung der britischen Regierung an Qavam und betonte, dass er einen Tag vor der Abreise des britischen Botschafters aus Teheran darüber informiert worden war. Eine solche Bemerkung konnte die Sorge der Iraner in dieser Situation wahrscheinlich verstärken und den Iranern ein Zeichen vermitteln, dass sie für ihre Unabhängigkeitsbestrebungen keine Unterstützung von den westlichen Ländern bekommen würden.<sup>276</sup>

Die britische Iranpolitik basierte nicht auf kolonialistischen Gedanken vielmehr stützte sie sich auf die Realität. Wie die Zeitung *Times* in ihrem Leitartikel am 25. November 1947 schrieb, war „nach iranischer Ansicht der vorgeschlagene sowjetische Vertrag sowie die

---

<sup>269</sup> Bevin an Le Rougetel, Telegramm Nr. 599, 20.8.1947, E 6869/1/34, FO 371/Persia, 61971.

<sup>270</sup> Bevin an Le Rougetel, Telegramm Nr. 599, 20.8.1947, E 6869/1/34, FO 371/Persia, 61971.

<sup>271</sup> *Etelaát*, 10.9.1947 / 19.6.1326.

<sup>272</sup> *Etelaát*, 12.9.1947 / 21.6.1326.

<sup>273</sup> Interview Qavams in: *Etelaát*, 13.9.1947 / 22.6.1326.

<sup>274</sup> Die Äußerung des Sprechers des britischen Außenministeriums befindet sich in: E 8894/1/34, FO, 371/Persia/61973.

<sup>275</sup> *Atasch*, 14.9.1947 / 23.6.1326.

<sup>276</sup> *New York Times*, 12.9.1947.

mögliche Aufteilung der Erdölförderung zwischen dem Iran und der Sowjetunion gut und gerecht<sup>277</sup>. Außerdem war die britische Regierung fest davon überzeugt, dass der latente iranische Nationalismus aufwachen und die vorhandene Erdölkonzession im Südiran in Frage stellen würde, wenn das Majlis die sowjetische Forderung ablehnte.<sup>278</sup> Ferner waren die britischen Behörden besorgt, dass im Falle einer Ablehnung des Vertrages die britischen Interessen im Südiran durch die starke Organisation der Tudeh-Partei angegriffen und stark beschädigt werden könnten.<sup>279</sup> Um solchen Taten oder einem möglichen Putsch der Tudeh-Partei im Iran zuvorzukommen, entwarf die britische Regierung ein Programm, nach dem man die britische Armee in die iranischen Ölfelder schicken sollte. Das Programm sollte auch dazu dienen, dass die britische Regierung die Gefahr der Ablehnung durch iranische Parlament als sehr groß zeigte, damit die amerikanische Regierung Druck auf Qavam ausüben und ihn davon überzeugen würde, dass der iranische Ministerpräsident die Gespräche mit der Sowjetunion auf keinen Fall ablehne.<sup>280</sup> Die Briten entschieden sich für eine Doppelstrategie: Zum einen sprachen sie den Sowjets ihre Solidarität aus und waren bestrebt, die iranische Regierung zu einer kompromissbereiten Haltung gegenüber der Sowjetunion zu drängen. Zum anderen fürchteten sie, dass die Sowjets im Falle eines Erdölerwerbes im Iran ihren Einfluss langfristig im Nahen Osten erweitern würden. Aus diesem Grund ließen sie den Amerikanern freie Hand.

Die USA vertraten die Meinung, dass man auf die Iraner keinen Druck ausüben durfte. Die Iraner sollten selbstständig und frei entscheiden. In diesem Sinne nahm der amerikanische Botschafter in Teheran am 11. September öffentlich zu der Frage eines sowjetisch-iranischen Ölabkommens Stellung. Er führte dabei unter anderem aus:

„Irans Ressourcen gehören dem Iran. Der Iran kann sie verschenken, verkaufen oder behalten. Die Vereinigten Staaten sind fest davon überzeugt, dass die Vorschläge (kommerzieller oder anderer Art) einer souveränen Regierung an eine andere nicht von Drohungen oder Einschüchterungen begleitet sein sollten. Die Vereinigten Staaten haben ihre ganze Energie und ihre Ressourcen eingesetzt, um die Völker der Welt von der Furcht vor Aggression zu befreien. Patriotische Iraner ... mögen daher sicher sein, dass das amerikanische Volk voll für ihre Freiheit eintreten wird, die Entscheidung selbst zu treffen.“<sup>281</sup> „Unser Wille und unsere Absicht zur Erreichung dieser Ziele im Iran ist stärker als

---

<sup>277</sup> *Times (London)*, 25.11.1947

<sup>278</sup> *New York Times*, 13.9.1947.

<sup>279</sup> Siehe Soviet Pressure on Persia and possible Courses of Action Open to H. M. Government, E 8635/1/34- FO 371/Persia 61973.

<sup>280</sup> Notizen von A. Warner, 12.9.1947, E 8455/1/34, FO 371/Persia 61972.

<sup>281</sup> FRUS, 1947, Bd. V, S. 951f.

woanders auf der Welt. Dies Ziel wird erreicht, wenn die iranische Bevölkerung ihren Willen für die Verteidigung nationaler Interessen zeigt.“<sup>282</sup>

Der Vortrag Allens war vielschichtig. Zunächst zeigte er, dass die USA entschlossen waren, den Iran zu unterstützen. Er sollte darauf hindeuten, dass die Position Großbritanniens keine wichtige Rolle spielte. Drittens sollten die Iraner selbst ihre Position stark vertreten. Die USA versuchten zu verhindern, dass die Sowjets im Iran irgendwelche Stützpunkte bekamen.<sup>283</sup> Nun war das Interesse der USA nach der Verkündung der Trumandoktrin, egal wo „gegen die Sowjetunion stark aufzutreten“<sup>284</sup>. Die USA vertraten die Meinung, „wenn die Sowjets ihren Einfluss im Nordiran befestigen könnten, sie ihn schnell auf den ganzen Iran ausdehnen würden.“<sup>285</sup> Die USA stellten klar, falls die Sowjetunion etwas gegen die Charta der Vereinten Nationen tut, würden sie den Iran unterstützen. Diese Unterstützung würde nicht nur auf den moralischen Beistand begrenzt sein, sondern – wenn die Unabhängigkeit des Irans ernsthaft bedroht wird- würden die USA dann zu entscheiden haben, inwieweit und wie sie dem Iran helfen sollten. Die amerikanische Regierung glaubte, dass die militärische Einmischung der Sowjets im Iran die ganze Existenz der Vereinten Nationen in Frage stellen, Frieden und Sicherheit auf der Welt bedrohen und schreckliche Folgen für die Welt mit sich bringen würde.<sup>286</sup> Für die USA bedeutete die Erteilung der Erdölkonzession an die Sowjets nichts anderes als die Öffnung des ganzen Nahen Ostens für die Interessen der Sowjetunion. Daher traten sie für die Ablehnung des Vertrages ein.

Es wurde „die kompromisslose Politik der USA über den Iran im Vergleich zu Großbritannien als ein Zeichen für den Untergang britischer Herrschaft und das Aufkommen der amerikanischen Macht gegenüber dem sowjetischen Imperialismus verstanden.“<sup>287</sup>

Qavam konnte die britische Regierung nicht für sich gewinnen. Aber die USA waren bereit, ihn gegenüber der Sowjetunion zu unterstützen, falls es zu einer militärischen Auseinandersetzung käme. Die Unterstützung durch die USA ermöglichte Qavam, seine Position offen und direkt in einem Interview auszudrücken:

„Das Vertrauen, das mir vom Majlis erteilt wurde, beruht auf meinem Reformprogramm. Dies sollte nicht als Bestätigung meines Vertrages mit der Sowjetunion über das Erdöl verstanden werden. Ich werde dem Majlis über mein Gespräch mit der

---

<sup>282</sup> *New York Times*, 12.9.1947.

<sup>283</sup> Notiz Warner im Gespräch mit Henderson, 12.9.1947, E 8455/1/34, FO 371/Persia / 61972.

<sup>284</sup> Notiz A. Pymen, 29.9.1947, E 9466/1/34, FO 371/Persia / 61974.

<sup>285</sup> Notiz A. Pymen, 29.9.1947, E 9466/1/34, FO 371/Persia / 61974.

<sup>286</sup> Notizen in FO, 26.8.1947, E 7772/1/34, FO, 371/Persia/61972.

<sup>287</sup> Marlowe, 1963: 149, Iran.

sowjetischen Regierung berichten. Wenn das Majlis den Vertrag ablehnt, dürfte die sowjetische Regierung ihre freundliche Beziehung gegenüber uns nicht ändern.<sup>288</sup>

Am 21. Oktober 1947 erschien Qavam im Majlis, überreichte den Erdölvertrag dem Majlis und sprach davon, dass „er sich für die Lösung der Aserbaidischankrise und den Abzug der sowjetischen Truppen aus dem Iran mit dem Erdölvertrag zwischen dem Iran und der Sowjetunion einverstanden erklärte. Nun musste das Majlis entscheiden.“<sup>289</sup>

Am 22. Oktober 1947 lehnte das iranische Parlament die von Qavam und Sadchikow anderthalb Jahre zuvor ausgehandelte Vereinbarung über die Gründung einer sowjetisch-iranischen Erdölgesellschaft mit 102 gegen 2 Stimmen ab. Es sprach sich stattdessen dafür aus, dass der Iran die Erschließung und Ausbeutung seiner Erdölressourcen in eigener Regie betreiben und gegebenenfalls mit der Sowjetunion über den Kauf nordiranischen Öls verhandeln solle.<sup>290</sup> In einer Note vom 20. November beschuldigte Moskau die iranische Regierung, die Vereinbarung vom 4. April 1946 gebrochen zu haben, und warnte sie vor den Konsequenzen ihrer feindseligen Haltung.<sup>291</sup> Der Drohung folgte jedoch wenig mehr als eine Reihe weiterer Protestnoten und eine Pressekampagne, die sich vor allem gegen die Tätigkeit der amerikanischen Militärberater im Iran richtete.<sup>292</sup> Die akute Phase der ersten großen Konfrontation des Kalten Krieges mit dem Sieg der freien Welt (der Weltöffentlichkeit, der Vereinten Nationen sowie den USA, die sich damals für eine freie Welt einsetzten,) bei herausragender Zusammenarbeit der iranischen Regierung mit Qavam an deren Spitze war beendet. Qavam, der für die These des positiven Gleichgewichtes plädierte, setzte sich in der Tat für die Einhaltung des negativen Gleichgewichtes in der Außenpolitik ein. Er versprach den Sowjets sowie den Amerikanern die Erdölkonzessionsvergabe, weigerte sich aber beiden diese zu erteilen.

---

<sup>288</sup> *Iran ma*, 17.7.1327/ 9.10.1947.

<sup>289</sup> *Demokrat Iran*, 30.7.1326 / 22.10.1947.

<sup>290</sup> FRUS, 1947, Bd. V, S. 969f.; Siehe auch Kirk, 1954: 88, *The Middle East 1945-50*.

<sup>291</sup> FRUS, 1947, Bd. V, S. 981ff.

<sup>292</sup> Vgl. FRUS, 1947, Bd. V, S. 990.; FRUS, 1948, Bd. V, S. 99-101, 125f, 130, 133f, 169, 199.

#### **VI.4. Zusammenfassung**

Die Flucht der iranischen Behörden aus dem Nordiran und die daraus folgende Pressefreiheit, Sprachfreiheit der Aserbaidshaner und Kurden, Aufstände gegen die iranische Zentralregierung sowie die Expansion der kommunistischen Parteien waren die Konsequenz des sowjetischen Einmarsches in den Iran am 25. August 1941.

Im Jahre 1945, in dem die sowjetisch-iranischen Beziehungen ihren Tiefpunkt erreichten, unterstützte die sowjetische Regierung zwei Parteien (die Demokratische Partei Aserbaidshans und die Demokratische Partei Kurdistan) gegen die Herrschaft der iranischen Zentralregierung. Die Führer dieser Parteien, Pischewari und Ghazi Mohammed, nutzten die kulturelle Diskriminierung der aserbaidshanischen und kurdischen Bevölkerung, um eine Autonomieregierung zu gründen. Am 12. Dezember 1945 wurde die Autonome Republik Aserbaidshans und am 22. Januar 1946 die Autonome Republik Kurdistans ausgerufen. Beide Regierungen führten soziale, wirtschaftliche und kulturelle Reformen ein.

Nachdem die sowjetische Regierung ein Abkommen mit der iranischen Zentralregierung über das Erdöl am 4. April 1946 abgeschlossen hatte, weigerte sie sich, beide Autonomieregierungen zu unterstützen. Dies half der iranischen Zentralregierung, die aserbaidshanische sowie die kurdische Regierung, ein Jahr nach ihrer Gründung, aufzulösen.

Am 22. Oktober 1947 lehnte das Majlis den iranisch-sowjetischen Vertrag vom 4. April 1946 ab und setzte damit der akuten Phase der ersten großen Konfrontation des Kalten Krieges mit dem Sieg der iranischen Regierung mit Qavam an deren Spitze und bei herausragender Zusammenarbeit der USA ein Ende.<sup>293</sup>

Qavam, der für die These des positiven Gleichgewichtes plädierte, setzte sich in der Tat für die Einhaltung des negativen Gleichgewichtes in der Außenpolitik ein. Er versprach den Sowjets sowie den Amerikanern die Erdölkonzessionsvergabe, weigerte sich aber beiden diese zu erteilen.

---

<sup>293</sup> Vgl. Louis, 1984: 69, *The British Empire in the Middle East*.

## VII. Der Iran und die USA

### VII.1. Die amerikanisch-iranischen Beziehungen bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges im Jahre 1939

Bereits der iranische Großwesir Taghi-Khan Amir-Kabir (Amtszeit 1848-1852) versuchte, die amerikanische Regierung durch die Erteilung einer Konzession zur freien Fahrt über einen Fluss im Südwestiran dazu zu bewegen, im Iran eine aktive Rolle zu übernehmen.<sup>1</sup> Das Ziel des Irans war, über eine dritte Macht die Konkurrenz zwischen den Sowjets und Briten zu mindern und die Unabhängigkeit des Landes zu bewahren.<sup>2</sup> Die Aktivitäten der Amerikaner im Iran im 19. Jahrhundert blieben aber auf archäologische Entdeckungen und religiöse Missionen beschränkt.<sup>3</sup>

Im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts gab es erste Signale einer Politikänderung der amerikanischen Regierung zum Iran. Im Dezember 1910 bat die iranische Regierung die amerikanische Regierung darum, Iran durch die Entsendung von Finanzexperten zu helfen. Diesem Wunsch wurde mit der Morgan Schuster-Mission entsprochen, die am 12. Mai 1911 in Teheran eintraf. Morgan Schuster nahm seine Arbeit als Generalfinanzverwalter in Teheran auf.<sup>4</sup> Er versuchte, das Steuersystem zu reformieren und die Steuereintreibung zu verbessern. Er „war ein guter fleißiger, korrekter und zuverlässiger Organisator“.<sup>5</sup> Seine korrekte Arbeit stieß aber auf den Widerstand der Russen und Briten. In einem Ultimatum am 29. November 1911 forderte die russische Regierung den Iran auf, Morgan Schuster zu entlassen und ihn des Landes zu verweisen.<sup>6</sup> Danach durfte die iranische Regierung ohne Zustimmung der britischen und sowjetischen Regierung keine ausländischen Experten einstellen. Unter dem russischen Druck verließ die Morgan Schuster-Mission am 11. Januar 1912 das Land.<sup>7</sup> Die amerikanische Regierung setzte sich nicht mit diesem Problem auseinander, da sie der Auffassung war, dass Morgan Schuster ein iranischer Beamter sei und die amerikanische Regierung mit der Sache nichts zu tun habe.<sup>8</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. Alexander/ Nanes, 1980: 2-5, *The United States and Iran, a Documentary History*

<sup>2</sup> Siehe Farmanfarmaiyan, 1353/1974: 35-40, *Die Analyse der iranischen Außenpolitik*; Samii, 1987:27 *Involvement by Invitation: American Strategies of Containment in Iran.*

<sup>3</sup> Gasiorrowski 1993:93, *U.S. Foreign Policy and the Shah.*

<sup>4</sup> Für die Mission Schuster siehe Schuster 1920: *The Stangling of Persia.*; Siehe auch Nazem, 1975: 69-71, *Russia and Great Britain in Iran.*

<sup>5</sup> Afschar-Yazdi, 1358/1979 :149, *Die europäische Politik im Iran.*

<sup>6</sup> Huschang-Mahdavi, 1364/1985: 340-341, *Die Geschichte der internationalen Beziehung ab Safaviden Dynastie bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs*

<sup>7</sup> Siehe Schuster, 1920: *The Stangling of Persia.* Für die Auseinandersetzung zwischen der iranischen und sowjetischen Regierung siehe Schajii, 1372/1993: 84-91, *Die politische Elite im Iran von der Konstitutionellen Revolution bis zu der islamischen Revolution, die iranischen Kabinette in der Konstitutionellen Ära, Bd. 3.*

<sup>8</sup> FRUS, 1911, S. 683-684.

Im Jahre 1920 versuchte der iranische Ministerpräsident Moschir-ed-daule, ausländische Berater für die Reorganisation der Finanzverwaltung, die Verbesserung der wirtschaftlichen Misere sowie für die Relativierung der britischen und sowjetischen Konkurrenz in den Iran einzuladen. Die USA waren aussichtsreiche Kandidaten. Sie genossen damals das grenzenlose Vertrauen des Majlis und des iranischen Volkes.<sup>9</sup> Die iranische Regierung hoffte, dass die Einstellung der amerikanischen Experten eine Kooperation in den Erdöl-, Eisenbahn- und Minenbereichen ermöglichen würde.<sup>10</sup>

Das Ersuchen der iranischen Regierung, Finanzberater aus den USA zu holen, wurde von Washington begrüßt. London war zunächst gegen diese Einstellung und favorisierte die Einstellung britischer Experten. Der iranische Ministerpräsident Moschir-ed-daule konnte Curzon jedoch davon überzeugen, dass die Einstellung britischer Experten zum sowjetischen Protest führen würde und die britische Position im Iran schwächen könnte. Die Einstellung der amerikanischen Experten hatte diesen Nachteil nicht.<sup>11</sup> Curzon akzeptierte diese Überlegung. Für Großbritannien war es wichtig, dass der Iran in die Lage versetzt wurde, durch Finanzreformen zum einen seine wirtschaftlichen Probleme in den Griff zu bekommen und zum anderen die britischen Schulden zu bezahlen.<sup>12</sup> Curzon merkte aber an,

a) dass die amerikanischen Berater gegenüber ausländischen Interessen im Iran neutral bleiben sollten.

b) dass die amerikanische Regierung wachsam sein sollte, da die iranischen Politiker dazu neigten, mit ihrer traditionellen Methode die Konkurrenz zwischen westlichen Nationen zu ihren Gunsten auszunutzen.<sup>13</sup>

Moschir-ed-daule blieb nicht lange als Ministerpräsident an der Macht. Sein Nachfolger Qavam verfolgte aber dieselbe Strategie. Als Gegenleistung für die Beseitigung der iranischen Finanzschwierigkeiten schlug Qavam den Amerikanern sogar die Überlassung der Erdölkonzession im Nordiran vor.

Am 14. August 1921 wurde zwischen A. Millspaugh, der vom State Department vorgestellt wurde, und dem iranischen Botschafter in Washington der entsprechende Vertrag unterzeichnet.<sup>14</sup> Millspaugh wurde Generalfinanzverwalter und bekam durch das Majlis die

---

<sup>9</sup> FRUS, 192, II, S. 635-36.

<sup>10</sup> Siehe FRUS, 1920, III, S. 347-57.

<sup>11</sup> Siehe Lorraine (Teheran) an Curzon, 5.2.1922, Bericht der Unterredung Lorraine und Moschir-ed-daule, FO 371/Persia-7813, P. 204.

<sup>12</sup> Siehe Notizen des Foreign Office, E 2381/7/34, 1.3.1922, FO 371/Persia-7814.; Curzon an Gedes (Washington) E 1383/7/34, 9.2.1922, FO 371/Persia-7813.

<sup>13</sup> Siehe Curzon an Gedes (Washington) E 1383/7/34, 9.2.1922, FO 371/Persia-7813.

<sup>14</sup> FRUS, 1927, III, S. 525ff.

notwendigen Vollmachten. Die iranische Regierung akzeptierte, dass sie ohne vorherige Zustimmung Millspaugh keine Finanzentscheidungen treffen durfte.<sup>15</sup>

Um die Steuern erfolgreich einzutreiben, die Finanzverwaltung zu erneuern und die wirtschaftliche Lage zu verbessern, benötigte Millspaugh eine starke Armee. Daher unterstützte Millspaugh Reza Khan, der an der Armeespitze stand.<sup>16</sup> Reza Khan half ihm bei der Durchführung seiner Arbeit, denn er bekam regelmäßig das Geld für die Armee. Die Einstellung Millspaugh war für Reza Khan eine willkommene Angelegenheit. Beide waren für die Realisierung ihrer Pläne voneinander abhängig.

Kurz nach seiner Einstellung konnte Millspaugh die ersten Erfolge verbuchen. Er war erfolgreich, „jenem unglaublichen Geldwirrwarr, das in allen Behörden herrschte, ein Ende zu bereiten. Er verstand es, das Budget auszubalancieren und die Staatskasse vor allen Einflüssen von außen und insbesondere vor der persischen Inanspruchnahme zu bewahren.“<sup>17</sup>

Im September 1925 erneuerte das Majlis den Vertrag Millspaugh. Aber zwischen ihm und Reza Schah kam es zu Meinungsunterschieden. Reza Schah verlangte mehr Geld für die Armee, als das Gesetz ihm zugesprochen hatte. Millspaugh leistete Widerstand. Reza Schah kritisierte in seinem Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter in Teheran am 14. April 1927 die Methode Millspaugh und forderte seine Entlassung.<sup>18</sup>

Nicht nur Reza Schah war gegen Millspaugh. Die Reformen von Millspaugh führten auch zur Unzufriedenheit Großbritanniens. Ein Beispiel dafür war der Gesetzentwurf zur Gründung einer iranischen Nationalbank (Bank-melli-Iran), die die Bank-Schahi ersetzen sollte. Bank-Schahi war eine britische Institution, die als iranische Zentralbank funktionierte. Ein anderes Beispiel war der heftige Widerstand Millspaugh gegen den Anspruch Großbritanniens in der Sache der iranischen Schulden. Daher führte die Entlassung Millspaugh zur Erleichterung Großbritanniens.<sup>19</sup>

Nicht nur Reza Schah und Großbritannien, sondern auch die sowjetische Regierung war gegen die weitere Amtsausübung Millspaugh, denn der Generalfinanzverwalter „versuchte, die normale Beziehung zwischen dem Iran und der Sowjetunion, insbesondere in den Handelsbeziehungen, zu zerstören.“<sup>20</sup>

---

<sup>15</sup> Millspaugh, 1925: 20-21, *The American's Task in Persia*.

<sup>16</sup> Millspaugh, 1925: 45-46, *The American's Task in Persia*.

<sup>17</sup> Behrawan, 1979: 121, *Pahlawi-Dynastie von Anfang bis Ende, Diss.*; siehe auch Millspaugh 1925: 45-46, *The American's Task in Persia*.

<sup>18</sup> FRUS, 1927, III, S. 549.

<sup>19</sup> Siehe der britische Botschafter in Teheran an Foreign Office, 29.6.1927, FO 371/Persia-12299.

<sup>20</sup> Iwanow, 1356/1977: 59, *Moderne Geschichte Irans*.

Die Schuld Millspaugh's war, dass er sich für die Bewahrung der iranischen Unabhängigkeit einsetzte, um den Iran von jeglicher ausländischer Kontrolle zu entlasten. Die Mission Millspaugh's war im Vergleich zur Mission Schusters aufgrund der damaligen politischen Konstellation erfolgreich. Die sowjetische Regierung, die die Mission Schusters zum Scheitern gebracht hatte, war nach der Oktoberrevolution mit der Innenpolitik beschäftigt, und Großbritannien war in dieser Phase an der Stärkung der iranischen Zentralregierung als einem Teil des Sicherheitsgürtels gegen die sowjetische Regierung interessiert. Aber im Verlauf seiner Amtszeit kollidierte die Arbeit Millspaugh's mit den Interessen der Sowjets und Briten. Daher versuchte Millspaugh, das moralische und wirtschaftliche Interesse der USA am Iran zu wecken. Jedoch waren die USA zum einen zu dieser Zeit nicht daran interessiert, im Iran eine aktive Rolle zu übernehmen, zum anderen ließ die britische Regierung nicht zu, dass amerikanisches Kapital in den Iran floss, bevor sie nicht die gleiche Konzession bekam.<sup>21</sup> Reza Schah konnte Millspaugh aus persönlichen Gründen nicht leiden, denn er glaubte, dass „ein Land zwei Schahs nicht dulden kann und er der Schah sei.“<sup>22</sup> Er entschied sich für Millspaugh's Entlassung,<sup>23</sup> nachdem der Generalfinanzverwalter die iranische Finanzlage in Ordnung gebracht hatte.

Im Jahre 1927 schränkte das Majlis die Vollmachten Millspaugh's ein und leitete damit den Rücktritt Millspaugh's ein. Millspaugh akzeptierte den neuen Vertrag nicht und verließ am 4. August 1927 den Iran.

Die Einstellung Millspaugh's konnte nicht zum weiteren Ausbau der politischen Beziehungen zwischen den USA und dem Iran führen. Auch Angebote von Ölkonzessionen an verschiedene amerikanische Firmen in den späten dreißiger Jahren weckten aufgrund des Preisverfalls während der großen Krise und wegen der neugewonnenen Konzessionen in Kuwait und Saudi-Arabien kaum Interesse bei den amerikanischen Firmen. Trotz des geringen amerikanischen Engagements in offiziellen und vertraglichen Verpflichtungen gegenüber dem Iran auf staatlicher Ebene hatten die verschiedenen privaten Missionen zu einer immer weiter wachsenden Beliebtheit der Amerikaner in der iranischen Öffentlichkeit geführt, da sie sich mit ihren, wenn auch geringfügigen, Aktivitäten in den Dienst des Iran stellten und die USA im Gegensatz zu Großbritannien und Russland niemals territoriale Ambitionen hatten erkennen lassen.<sup>24</sup>

---

<sup>21</sup> Siehe Medlicott/Lambert/Dakin, 1966-1975: Documents on British Foreign Policy; 1919-1939, Series I A, II, Documents No. 452, Note I and No. 467, P. 854.

<sup>22</sup> Millspaugh 1946: 26, The Americans in Persia

<sup>23</sup> Hedayat, 1344/1965:375, Memoiren und die Gefahren. Siehe auch Lenczowski, 1978: 370, Iran under the Pahlavis.

<sup>24</sup> Lytle, 1987: 2ff, Origins of the Iranian-American Alliance.

Bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges war das amerikanische Interesse vor allem Missionararbeit. Obwohl sich die iranische Regierung für eine Zusammenarbeit beider Länder interessierte, reagierten die USA sehr zurückhaltend. Für die amerikanische Regierung war der Iran das Einflussgebiet Großbritanniens. Nicht zuletzt wurde die diplomatische Zusammenarbeit beider Länder unbedeutend, als die amerikanische Presse 1930 zwei beleidigende Artikel gegen Reza Schah veröffentlichte.<sup>25</sup> Das Bild änderte sich aber, als die Briten und die Sowjets den Iran am 25. August 1941 militärisch besetzten.

## **VII.2. Die erste Phase der amerikanischen Iranpolitik vom Ausbruch des Zweiten Weltkrieges im Jahre 1939 bis zur Teheran-Konferenz im Jahre 1943**

Der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges im Jahre 1939 änderte nichts an der kalten Beziehung beider Länder. Trotzdem eröffnete der CIA<sup>26</sup> zum Jahresende 1940 eine Filiale in der amerikanischen Botschaft in Teheran, um geheime Tätigkeiten gegen die Sowjetunion, die zuvor die Botschaftsmitglieder erledigt hatten, zu übernehmen.<sup>27</sup> Bald konnte der CIA vier geheime Aktivitäten gegen die Sowjetunion organisieren. Diese Maßnahmen wurden in Angriff genommen, um im Falle eines sowjetischen Militärangriffs den Iran gegen die Sowjetunion zu schützen.<sup>28</sup>

a) Die Koordinierung der Zusammenarbeit zwischen den Nomaden Qaschqais und anderen Nomaden im Südiran, um einen Partisanenkrieg gegen die Sowjetunion durchführen zu können.

b) Die CIA-Offiziere entwarfen mehrere Pläne für Verstecke und die Flucht der iranischen sowie amerikanischen Staatsbürger im Falle einer sowjetischen Invasion.

c) Der CIA nutzte die Aserbaidshaner, Armenier sowie die anderen nationalen Minderheiten, die am Grenzgebiet entlang der iranisch-sowjetischen Grenze lebten und sich frei zwischen zwei Ländern bewegten, um Spionage und Sabotage in der Sowjetunion durchführen zu können.

d) Der CIA beaufsichtigte die Spionagepläne und Tätigkeiten der Sowjetunion sowie ihrer Verbündeten im Iran.

Außer diesen Maßnahmen hatte die amerikanische Regierung kein Interesse an der Steigerung ihres Einflusses im Iran. Dieser Einstellung unterlag die allgemeine

---

<sup>25</sup> Siehe De Novo, 1963: Kapitel 9, American Interests and policies in the Middle East, 1900-1939

<sup>26</sup> Bis zum September 1947 war CIA unter dem Namen CIG bekannt.

<sup>27</sup> Siehe Ramazani, 1975: 159-162, Iran's Foreign Policy 1941-1973.

<sup>28</sup> Siehe Gasiorowski, 1371/1992: 99-100, U.S. Foreign Policy and the Shah.

Weltanschauung der amerikanischen Politik zum Jahresende 1940. Es gab die Überlegung, die militärischen Truppen an der westlichen und östlichen Grenze der Sowjetunion zu stationieren, damit diese Regionen gegen die Sowjetunion mit einem wirtschaftlichen Wiederaufbau verteidigt bzw. geschützt wurden.<sup>29</sup> „Die Verteidigung des Nahen Ostens, darunter des Irans, wurde Großbritannien überlassen, welches 80.000 Soldaten in der Region stationierte und acht Schiffe in Bahrain zur Verfügung hatte.“<sup>30</sup> Obwohl der Iran aufgrund seiner geostrategischen Lage, zwischen der Sowjetunion und den Ölfeldern im Nahen Osten, für die Energiepolitik des Westens eine sehr wichtige Rolle spielte, weckte dies kaum das Interesse der USA, da der Iran von den europäischen und japanischen Industriezentren sehr weit war.

Die Interessen der USA wurden erst geweckt, nachdem die britische Regierung den Iran militärisch besetzte und die amerikanische Regierung um Hilfe bat.

### **VII.2.1. Kooperation zwischen Großbritannien und den USA im Iran**

### **VII.2.2. Kooperation im Transportwesen**

Nach der iranischen Besetzung am 25. August 1941 bat Reza Schah Roosevelt um Unterstützung.<sup>31</sup> Roosevelt versicherte dem Schah in seiner Antwort, dass seine Regierung Notizen der sowjetischen und britischen Regierung an den Iran gesehen hätte, in denen zufolge beide Staaten keine Absichten gegen die Unabhängigkeit und territoriale Integrität des Irans verfolgten. Seine Regierung forderte beide Staaten auf, ihm die Informationen über ihr Programm und Ziel im Iran zukommen zu lassen.<sup>32</sup> Roosevelt betonte, dass die Briten und Sowjets das Land nach Beseitigung der deutschen Gefahr verlassen würden und er die iranischen Ereignisse selbst vor Augen hatte. Er lehnte aber jegliche Unterstützung ab.<sup>33</sup>

Obwohl der britische Botschafter in Teheran zehn Tage vor der Invasion den amerikanischen Botschafter über den britischen Angriff auf den Iran informiert hatte, um den potenziellen Widerstand der Amerikaner abzuwenden, hatte Roosevelt in seinem Telegramm an Reza Schah nichts davon erwähnt. Er hatte Reza Schah glauben lassen, dass er von der Invasion nichts gewusst hatte.<sup>34</sup>

---

<sup>29</sup> Siehe Gasiorowski, 1993:100, U.S. Foreign Policy and the Schah.

<sup>30</sup> Siehe Gasiorowski, 1993:100, U.S. Foreign Policy and the Schah.

<sup>31</sup> FRUS, 1941, III, S. 419. Text des Telegramms in: Makki, 1363/1984: 256, Die zwanzigjährige Geschichte des Irans, Bd. 7.

<sup>32</sup> Alexander/Nanes, 1980: 79-80, The United States and Iran, a Documentary History

<sup>33</sup> Text des Briefes in: E5378/3326/34, FO 371/Persia-27211.; FRUS, 1941, III, S. 447.

<sup>34</sup> Khomeini, 1378/1999: 127-128, Die schwierigen Jahre, Bd. 2.

Am 27. August 1941 (zwei Tage nach der britischen und sowjetischen Invasion im Iran) sprach C. Hull,<sup>35</sup> der amerikanische Außenminister, mit dem sowjetischen Botschafter und dem Geschäftsträger der britischen Botschaft in Washington und forderte sie auf, in einer offiziellen Erklärung die iranische Unabhängigkeit zu garantieren.<sup>36</sup>

Trotz offizieller sowjetischer und britischer Garantien wurde der Iran in zwei Einflusszonen geteilt und die Herrschaft der iranischen Regierung außer Kraft gesetzt, um Warenlieferungen in die Sowjetunion zu ermöglichen. Für diese Aufgabe war aber das iranische Verkehrssystem nicht gerüstet. Die geringe Kapazität der iranischen Häfen, der Eisenbahn und der Straßen sowie die wenigen qualifizierten Personen, die zudem noch auf fremde Hilfe angewiesen waren, verhinderten die Umsetzung der britischen Pläne. Die Briten baten Anfang September 1941 (drei Monate vor dem Eintritt der USA in den Krieg) die amerikanische Regierung darum, Lokomotiven und Güterwagen in den Iran zu schicken, um die Materialien schneller in die Sowjetunion transportieren zu können.

Roosevelt, der die raschen Erfolge der Deutschen in der Sowjetunion gesehen hatte, machte der britischen Regierung das Angebot, das Nachschubwesen im Iran den Amerikanern zu überlassen. Er setzte damit ein erstes Zeichen in der neuen Phase der iranischen und amerikanischen Beziehungen. Churchill nahm den Vorschlag an,<sup>37</sup> denn für die britische Regierung stand fest, dass sie nicht in der Lage war, das Nachschubwesen in die Sowjetunion durchzuführen.<sup>38</sup>

Für die Wahrnehmung des Vorschlages von Roosevelt bildete die amerikanische Regierung am 27. September 1942 die Iranian Military Mission, um das Nachschubwesen zu organisieren. Die Iranian Military Mission benannte sich Anfang des Jahres 1943 um und wurde als Persian Gulf Command bekannt. Unter Leitung General D. Connollys beteiligten sich 30.000 amerikanische Soldaten an der Versorgung der Sowjetunion über die iranische Landbrücke. Die amerikanischen Truppen konnten die Kapazität der iranischen Eisenbahn bis Mai 1943 fast um ein Zehnfaches vergrößern. Insgesamt transportierten die Alliierten fünf Millionen Tonnen Material (2,8 Millionen Tonnen mit der iranischen Bahn und 2,2 Millionen Tonnen auf Lastwägen) über den Iran in die Sowjetunion.<sup>39</sup> Außerdem setzten sich die Amerikaner für Reformen und die Renovierung der iranischen Verkehrssysteme sowie der

---

<sup>35</sup> - Hull hatte zwischen 1933 und 1944 das Amt als Außenminister unter F.D. Roosevelt inne.

<sup>36</sup> Hull, 1948:1502, Memoirs.; Siehe auch amerikanische Botschaft (London) an Foreign Office, E6002/3444/34, FO371/Persia-27233.

<sup>37</sup> Loewenheim/ Langley/ Jonas, 1975: 224-225, Roosevelt and Churchill; Their Secret Wartime Correspondence,

<sup>38</sup> Siehe Stettinius, 1944: 217-218, Lend-Lease Weapon for Victory.

<sup>39</sup> Nabil, F. 1323/1944: Die Teilnahme Irans am Sieg der Alliierten 1320-1323/1941-1944, Nr. 27/1944.

Erdölindustrie ein. Sie bauten Betriebe für die Flugzeug- und Lastwagenmontage auf und produzierten Erdölfässer.<sup>40</sup> Die gute Arbeitsleistung der Amerikaner im Nachschubwesen war Grund für die weitere britische Zusammenarbeit mit den Amerikanern im Iran.

Im Gegensatz zu den Briten war das iranische Parlament gegen die Anwesenheit der amerikanischen Truppen im Iran. Das Majlis protestierte dagegen. Aber die iranische Regierung tolerierte den Aufenthalt. Erst am 9. Januar 1943, nachdem die Sowjets im Krieg gegen die Deutschen Erfolge erzielt hatten, beschwerte sich die iranische Regierung in einem Brief an den amerikanischen Botschafter in Teheran, „warum hunderttausend amerikanische Soldaten mit Kriegsausrüstung in den Iran gekommen sind, ohne dass über ihre Ankunft mit den iranischen Behörden gesprochen wurde. Diese Aktion stimmt nicht mit der Freundschaftsbeziehung zwischen beiden Ländern sowie mit der Unabhängigkeit Irans überein.“<sup>41</sup>

Nach der Überreichung des Briefes wurde M. Schayästeh, der iranische Botschafter in Washington, beauftragt, mit den amerikanischen Behörden zu reden. Er musste herausfinden, warum sich die amerikanischen Truppen mit Kriegsausrüstungen im Iran befanden, obwohl die iranische Regierung keinen Vertrag darüber mit der amerikanischen Regierung abgeschlossen hatte. Nicht zuletzt musste der iranische Botschafter die amerikanische Regierung darauf aufmerksam machen, dass die amerikanische Regierung nach der Atlantik-Charta die iranische Souveränität respektieren musste.<sup>42</sup>

Der Protest der iranischen Regierung war auf sowjetischen Wunsch zustande gekommen. Die amerikanische Anwesenheit im Iran war in den Augen der iranischen Regierung eine willkommene Angelegenheit, denn die USA hatten bis dato keine imperialistischen Absichten im Iran verfolgt. Der Iran sah die USA als Garanten für den Erhalt der sowjetischen und britischen Versprechungen im Iran, der zur Neutralisierung der traditionellen Konkurrenz dieser Länder im Iran führen konnte,<sup>43</sup> wie sich später als korrekt herausstellte. Jedoch wollte die iranische Regierung einerseits den Aufenthalt bzw. die Tätigkeit der amerikanischen Truppen im Iran auf eine vertragliche Basis stellen und von der amerikanischen Regierung die Garantie erhalten, dass die amerikanischen Truppen spätestens sechs Monate nach Beendigung des Krieges das Land verlassen würden. Andererseits hatte

---

<sup>40</sup> Siehe Gasiorowski, 1993:93, U.S. Foreign Policy and the Shah.

<sup>41</sup> AIA, Außenministerium Irans an die amerikanische Botschaft in Teheran, Notiz Nr. 2854/16.10.1321/9.1.1943.

<sup>42</sup> AIA, Außenministerium Irans (Abteilung 3) an M. Schayästeh (Washington), Telegramm Nr. 1664/29.10.1321/9.1.1943.

<sup>43</sup> Ramazani, 1975:18, Iran's Foreign Policy 1941-1973 – A Study of Foreign Policy in Modernizing Nations,.; Lytte, 1987: 16-32, Origins of the Iranian-American Alliance.

die iranische Regierung keine Vorstellung davon, was die Sowjets und die Briten mit dem Iran vorhatten und wie lange sie im Iran bleiben würden. Die Garantien, die die Briten und die Sowjets im Bündnisvertrag vom 29. Januar 1942 in den Artikeln 1, 5 und 6 versprochen, waren für die Iraner nicht von großer Bedeutung.

Im Gegensatz zu den Briten und Sowjets hatten die Amerikaner gute Aussichten im Iran. Die Iraner verehrten die Amerikaner. Die Amerikaner hatten keine historische Belastung im Iran, sondern sie genossen Vertrauen. Die Iraner konnten nicht vergessen, wie sich Morgan Schuster und seine Mission für die Beseitigung der iranischen Finanzschwierigkeiten engagiert hatten,<sup>44</sup> wie die USA gegen den Vosuq-Curzen Vertrag von 1919 protestiert hatten,<sup>45</sup> oder wie sich die USA für die Beteiligung der iranischen Gruppe an der Versailler Konferenz 1919 eingesetzt hatten. Außerdem waren nur die USA in der Lage, den anderen Mächten die Stirn zu bieten. Daher schlug die iranische Regierung vor, dass die USA dem Bündnisvertrag (vom 29. Januar 1942) zwischen England, der Sowjetunion und dem Iran beitreten sollten. Die amerikanische Regierung lehnte den Vorschlag mit der Begründung ab, dass der genannte Bündnisvertrag zwischen dem Iran und zwei Mächten, die das Land militärisch besetzten, unterzeichnet worden war. Der Einsatz der amerikanischen Truppen im Iran hatte aber aufgrund der englischen Einladung<sup>46</sup> stattgefunden, und die Stationierung der amerikanischen Soldaten im Iran zielte nicht auf die Besetzung Irans, sondern nur auf das militärische und technische Nachschubwesen ab. Der wahre Grund für die amerikanische Ablehnung lag darin, wie der amerikanische Kriegsminister im Jahre 1942 betonte, dass der Iran eine Region war, in der die Briten die strategische Verantwortung übernommen hatten.<sup>47</sup> Die amerikanische Regierung schlug im Gegensatz dazu vor, einen separaten Vertrag, der die Ratifizierung des amerikanischen Kongresses nicht brauchte, zwischen beiden Ländern zu unterzeichnen.<sup>48</sup> Darauf reagierte die iranische Regierung positiv. Trotzdem konnten sich beide Länder nicht auf einen gemeinsamen Vertrag einigen. Die Uneinigkeit beider Länder verhinderte aber nicht die weitere Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten, insbesondere nachdem Präsident Roosevelt im März 1942 die Verteidigung des Irans aus Sicht der amerikanischen Verteidigungspolitik für lebenswichtig erklärte. Aber nicht deswegen wurde die direkte Zusammenarbeit beider Länder im Jahre 1942 eingeleitet, sondern aufgrund des

---

<sup>44</sup> Kai Ostewan, 1327/1948: 234, Die These des negativen Gleichgewichtes in der Außenpolitik, Bd. 1.

<sup>45</sup> Mossadeghs Rede im Parlament in: Kai Ostewan, 1327/1948: 91, Die These des negativen Gleichgewichtes in der Außenpolitik, Bd. 1.

<sup>46</sup> „Die amerikanischen Soldaten zu Gast bei den Briten im Iran“ in: *Chandaniha*, Jg. 5, Nr. 20

<sup>47</sup> SD 891.00, Washington 8.6.1942, zit. n. Fawcett, 1992: 110, Iran and the Cold War.

<sup>48</sup> AIA, M. Schayesteh an das iranische Außenministerium, Telegramm Nr. 471-1.11.1321/22.12.1942.

britischen Angebotes, Finanzexperten aus den USA für die Beseitigung der iranischen Wirtschaftskrise einzuladen.

### **VII.2.3. Kooperation in den Finanzangelegenheiten**

Durch die Besetzung Irans im Jahre 1941 war die iranische Wirtschaft zusammengebrochen. Auf der einen Seite waren die sowjetischen und britischen Besatzungsmächte für das wirtschaftliche Fiasko verantwortlich. Auf der anderen Seite war die iranische Regierung nicht in der Lage, die notwendige Initiative zu ergreifen, um ihre Kriegsschwierigkeiten zu beseitigen. Die katastrophale wirtschaftliche Situation war genau die gleiche wie nach dem Putsch Reza Kahns im Jahre 1921. Im Unterschied dazu schlug dieses Mal der britische Botschafter in Teheran, Bullard, dem iranischen Ministerpräsidenten Qavam vor, für die Lösung der Finanzschwierigkeiten Experten aus den USA einzuladen. Qavam war begeistert von dem Vorschlag Bullards.<sup>49</sup> Sowohl den Iranern als auch den Briten war bewusst, dass die iranische Regierung die USA als dritte Macht gegen Sowjetunion und England ausspielen würde.<sup>50</sup> Es bestand des weiteren die Gefahr, dass die Amerikaner gegen die Briten im Iran auf iranischer Seite stehen würden. Trotzdem wollten die Briten das Risiko eingehen. Die Briten sahen in den Amerikanern einen Bündnispartner gegenüber den Sowjets für die Zeit während und nach dem Krieg. Eden, der britische Außenminister, forderte den britischen Botschafter in Washington auf, mit den amerikanischen Behörden Kontakt aufzunehmen, um mit der iranischen Regierung zusammenzuarbeiten.<sup>51</sup> Die amerikanische Reaktion war positiv. Für die USA war es eine Herausforderung, die allerdings mit ihrer Politik im Nahen Osten übereinstimmte. W. Murray, dem Mitglied des State Department, war die Wichtigkeit dieses Auftrages bewusst. Er trat für eine korrekte Verwaltung sowie für die Lösung der iranischen Finanzschwierigkeiten ein, um die britischen und amerikanischen Interessen im Iran zu schützen.<sup>52</sup> Die amerikanische Regierung machte außerdem den Vorschlag, dass der britische und der amerikanische Botschafter in Teheran enger zusammenarbeiten sollten, damit leistungsfähige Iraner Schlüsselposten in der iranischen Regierung übernehmen konnten. Auf diese Weise wurde der Iran in die Lage versetzt, gegen aggressive Länder Widerstand zu leisten. Ferner wurde auf die geostrategische Lage des Irans insbesondere nach dem japanischen Sieg in Fernost und die deutsche Bedrohung im Nahen

---

<sup>49</sup> Bullard an Eden, Telegramm Nr. 314/ 22.10.1942, E6154/3655/34, FO371/Persia-31443.

<sup>50</sup> Siehe Notiz Pink, E 888A/ 888/34, 8.2.1942, FO 371/Persia-31438

<sup>51</sup> Eden an Halifax (Washington), Telegramm Nr. 1063, 15.2.1942, E917/888/34, IOR L/P&S/12/3526.

<sup>52</sup> Notiz des Gesprächs zwischen R. Campbell u. W. Murray, 26.2.1942, IOR L/P&S/12/3526.

Osten hingewiesen.<sup>53</sup> Das Foreign Office begrüßte die Kooperation mit den USA im Iran für den Schutz der Alliierteninteressen.<sup>54</sup>

Durch die gute Zusammenarbeit zwischen den USA und Großbritannien kam es zur Einstellung amerikanischer Experten. Qavam, der das Angebot Bullards bezüglich der amerikanischen Finanzverwalter angenommen hatte, bat die amerikanische Regierung darum, Dr. A. C. Millspaugh für diese Aufgabe zu bestimmen.

Millspaugh schreibt später in seinem Buch, dass die Behörden des State Department an den Gesprächen zwischen ihm und der iranischen Regierung nicht teilnahmen. Ihm wurde mitgeteilt, dass er als iranischer Angestellter agieren und gegenüber der amerikanischen Botschaft in Teheran keine Verantwortung tragen sollte.<sup>55</sup>

Am 29. Januar 1943 kam Millspaugh in Teheran an, nachdem das Majlis am 12. November 1942 die Bedingungen Millspaugh's akzeptiert hatte. Die Einstellung Millspaugh's stieß auf breite Zustimmung im Iran. Nicht nur die rechten sondern auch die linken Parteien<sup>56</sup> unterstützten die Entscheidung der iranischen Regierung. Auch die sowjetische Regierung war für die Arbeit der amerikanischen Finanzexperten.

Nach der Amtsübernahme beschrieb Millspaugh die Regierungsstruktur im Iran im Jahre 1943:

„In der iranischen Regierung ist die Korruption weit verbreitet und ganz normal. Die Regierungsbeamten empfangen für jede Tat Bestechung. Die Minister tun es genauso.“<sup>57</sup>

#### **VII.2.4. Die zweite Mission Millspaugh's**

Zum zweiten Mal kam A.C. Millspaugh auf Einladung der iranischen Regierung in den Iran und arbeitete als Generalfinanzverwalter. Millspaugh erhielt durch das Gesetz vom 4. Mai 1943, das vom iranischen Parlament erlassen wurde, außerordentliche Vollmachten.<sup>58</sup> Mit diesem Gesetz wurde Millspaugh beauftragt, das Steuersystems zu verbessern, die Inflation zu bekämpfen und die Rahmenbedingungen für das Sammeln, den Transport und die Verteilung von Getreide zu schaffen. Für die Realisierung seiner Aufgaben stellte Millspaugh etwa 60 amerikanische Fachleute für die verschiedenen Ressorts an.<sup>59</sup>

---

<sup>53</sup> Notizen des State Department an Foreign Office, 13.3.1942, E 1499/888/34, FO 371/Persia-31438.

<sup>54</sup> Eden an Bullard, Telegramm 377, 15.3.1942, E 1499/888/34, FO 371/Persia-31438.

<sup>55</sup> Millspaugh, 1946: 47-48, Americans in Iran.

<sup>56</sup> Siehe *Rahbar* 11.4.1322/ 3.7.1943.

<sup>57</sup> Millspaugh, 1946: 117-119, Americans in Iran.

<sup>58</sup> Siehe Millspaugh, 1946 /1966: Americans in Iran.

<sup>59</sup> Vgl. Steppat, 1948: 19, Iran zwischen den Großmächten

Millspaugh versuchte, die Inflation aufzuhalten und durch direkte Steuern die Staatskasse zu füllen. Er gründete verschiedene Ämter für das Sammeln, den Transport und die Verteilung von Getreide, um zu vermeiden, dass Getreide irgendwo deponiert oder teurer verkauft wurde.

Als er seine Arbeit angefangen hatte, stimmten verschiedene Fraktionen mit seinem Programm überein. Aber nach einem Jahr kam die Kritik von allen Seiten (sowohl von rechts als auch von links). Millspaugh wurde vorgeworfen, dass sein Programm nicht das erwartete Ergebnis gebracht hätte. Die Inflation wurde nicht kontrollierbar, die Einmischung der ausländischen Truppen in iranische Angelegenheiten wurde nicht eingeschränkt.

Viele Vorwürfe waren ungerechtfertigt,<sup>60</sup> denn seine Macht war trotz vieler Vollmachten gering und im wesentlichen auf die schwache iranische Regierung selbst zurückzuführen. Die sowjetischen Truppen, die zu Beginn seiner Arbeit ihn und seine Mitarbeiter toleriert hatten, stellten sich nun gegen die weitere Arbeit Millspaughs und seiner Mission. Die sowjetische Regierung fürchtete, dass die gute Leistung der amerikanischen Mission zu einer Erweiterung des amerikanischen Einflusses im Iran führen würde. Die Sowjets vertraten die Meinung, dass die sowjetischen Berater leistungsfähiger als die Amerikaner waren. Der sowjetische Botschafter in London warnte vor einer amerikanischen Stärkung im Iran.<sup>61</sup> Außerdem warfen die Sowjets der Mission Millspaughs vor, sich in die iranische Außenpolitik eingemischt zu haben. Millspaugh bestritt diesen Vorwurf.<sup>62</sup> „Im Norden boykottieren die Russen ganz offen die Arbeit der amerikanischen Sonderbeauftragten. Rex Vivian wird aus Aserbaidschan vertrieben, Paul W. Gordon aus Meshhad und William S. Nancarrow aus Rascht. Thomas B. W. Allen wird für die Provinz Rezajeh das Einreisevisum verweigert.“<sup>63</sup> Die reichen Iraner, die durch Steuerreformen zur Kasse gebeten wurden, und die Händler, die durch die direkte Verteilung der Güter ihre Waren nicht verkaufen konnten, gehörten auch zu den Kritikern.

Bald drang die Kritik an Millspaugh in das Parlament. Ein Abgeordneter schrie im Parlament, dass „Millspaugh nicht Diener der Nation ist.“<sup>64</sup> Nicht nur die sowjetfreundlichen Abgeordneten im Parlament waren zu Gegnern geworden, sondern auch die Nationalisten wie

---

<sup>60</sup> Vgl. Mahrad 1979: 196, Die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen Iran und dem Nationalsozialistischen Deutschen Reich.

<sup>61</sup> Siehe Notizen des Foreign Office, 13.2.1943, FO371/Persia-35906. Als die sowjetische Regierung davon erfuhr, dass Großbritannien beabsichtigte, die Verwaltung der iranischen Eisenbahnlinie den USA überlassen, widersprach sie, denn die sowjetische Forderung, die Verwaltung der iranischen Eisenbahnlinie im Nordiran selbst zu übernehmen, wurde ständig von der britischen Seite abgelehnt.

<sup>62</sup> Millspaugh, 1946: 142, The Americans in Persia.

<sup>63</sup> Villiers, 1975:154, Der Schah.

<sup>64</sup> Kai Ostewan, 1327/1948: 232-237, Die These des negativen Gleichgewichtes in der Außenpolitik, Bd. 1.

Mossadegh, weil sie allgemein gegen die Einstellung fremder Beamter in der iranischen Regierung waren.<sup>65</sup> In seiner Rede im Parlament erklärte Mossadegh, dass „die Iraner besser das Land verwalten können.“<sup>66</sup> „Die Vollmachten Millspaugh sind gegen die Verfassung und das Majlis.“<sup>67</sup> Auch der Schah konnte sich nicht mit Millspaugh zufrieden geben, da Millspaugh gegen die Erhöhung des Armeebudgets war.

Das Majlis annullierte nach heftiger Debatte die Vollmachten von Millspaugh am 8. Januar 1945, und die Regierung Bayats entließ Millspaugh von seinen Ämtern. Daraufhin verließ Millspaugh den Iran am 28. Februar 1945.<sup>68</sup> So misslang die zweite Mission Millspauhs im Iran.

Das Scheitern der Mission Millspaugh war das Resultat eines Kampfes zwischen der Sowjetunion und den USA. Die amerikanische Regierung war aber in dieser Phase nicht bereit, gegen die Sowjetunion aufzutreten. Ihre Reaktion gegen die Entlassung Millspaugh war eine milde Warnung in Richtung der iranischen Regierung, dass sie die Mission nur unzureichend in Schutz genommen hatte.<sup>69</sup>

Die wirtschaftliche Kooperation beider Länder war unabhängig von der Mission Millspaugh, denn im Dezember 1942 stellte die amerikanische Regierung dem Iran nach dem Abschluss eines Vertrages 41,5 Millionen Dollar für Weizen und Waffen zur Verfügung,<sup>70</sup> und am 8. April 1943 wurde ein Handelsvertrag<sup>71</sup> zwischen beiden Ländern unterzeichnet, indem günstiger Zoll für die Importwaren aus den USA vorgesehen wurde. Die iranische Regierung, die das Deutsche Reich als Handelspartner im Krieg verloren hatte, versuchte, ihre Waren aus den USA einzuführen. Aus diesem Grund hatten die USA im Jahre 1945 25% des gesamten Außenhandels des Irans inne.<sup>72</sup>

### **VII.2.5. Kooperation im Militärwesen**

Am 10. März 1942 setzte die amerikanische Regierung den Iran in einer offiziellen Erklärung auf die Liste der Kreditempfänger. Zehn Tage später (20. März 1942) teilte der iranische Botschafter in Washington dem State Department das Vorhaben der iranischen

---

<sup>65</sup> Siehe Kai Ostewan, 1327/1948: 95-98, Die These des negativen Gleichgewichtes in der Außenpolitik, Bd. 1.

<sup>66</sup> Kai Ostewan, 1327/1948: 97, Die These des negativen Gleichgewichtes in der Außenpolitik, Bd. 1.

<sup>67</sup> Siehe Kai Ostewan, 1327/1948: 97, Die These des negativen Gleichgewichtes in der Außenpolitik, Bd. 1.

<sup>68</sup> Ivanow 1356/1977: 103.; Kai Ostewan 1327/1948: 232-237, Die These des negativen Gleichgewichtes in der Außenpolitik, Bd. 1.

<sup>69</sup> Siehe FRUS, 1944, IV, S. 402-403.

<sup>70</sup> Azghandi, 1379/2000:116, Foreign Relations of Iran.

<sup>71</sup> Text des Vertrages in: Zaughî, 1368/1989: 358-362, Iran und die Großmächte im Zweiten Weltkrieg.

<sup>72</sup> Jami, 1355/1976:160, Vergangenheit ist das Licht der Zukunft.

Regierung mit, amerikanische Ratgeber für das iranische Kriegsministerium einzustellen.<sup>73</sup> Die amerikanische Regierung begrüßte diese Absicht<sup>74</sup> und schickte daraufhin zwei militärische Missionen in den Iran. Die erste Mission stand unter Leitung General Greelys, der später von General Reidly<sup>75</sup> ersetzt wurde. Sie sollte sich um die Reformierung und Modernisierung des iranischen Militärsystems kümmern. Die zweite Mission unter Leitung N. Schwarzkopfs bekam die Aufgabe, die iranische Gendarmerie nach dem Vorbild der amerikanischen Bundesstaatspolizei aufzubauen. Im Vergleich zur Mission Millspaugh, bei der sich die amerikanische Regierung nicht an den Gesprächen beteiligt hatte, mischte sie sich bei der Militärmission direkt ein. Die amerikanische Regierung unterzeichnete mit dem Iran am 3. November 1943 einen Vertrag<sup>76</sup> und regelte damit die Machtbefugnisse der amerikanischen Militärexperten im iranischen Militärdienst. Dies bezeugt das amerikanische Interesse an der Aufsicht über die iranischen Militärangelegenheiten. Die amerikanischen Experten konnten alle Entscheidungen treffen, die sie im Rahmen ihrer Arbeit für nötig hielten. Sie durften nach Zustimmung des Schahs<sup>77</sup> sogar Angehörige der iranischen Militärbehörde einstellen oder entlassen. Trotz aller Vollmachten stand der Kommandant der amerikanischen Mission unter dem Befehl des amerikanischen Kriegsministeriums, was jedoch im Vertrag vom 27. November 1943 zwischen beiden Vertragspartnern korrigiert wurde. Nach letzterem Vertrag galten die amerikanischen Experten als iranische Beamte.

Die Reorganisation des iranischen Militärs entsprach nicht nur dem Ersuchen der iranischen Regierung, sondern auch dem Wunsch der Alliierten, denn infolge deren Arbeit konnte die innere Ruhe und Ordnung im Iran gesichert werden. Damit konnte einerseits die Gefahr eines deutschfreundlichen Putsches innerhalb des iranischen Militärs gegen die Alliierten ausgeschlossen werden,<sup>78</sup> andererseits konnten die Alliierten die Güter in die Sowjetunion transportieren.

---

<sup>73</sup> Millspaugh, 1946: 142, Americans in Iran.

<sup>74</sup> Siehe FRUS, 1942, IV, S. 229.

<sup>75</sup> General Reidly war zwischen 1936-1940 als Militär-Gouverneur am Panama-Kanal tätig. Diese Auswahl zeigte, wie wichtig diese militärische Mission für die amerikanische Regierung war. Reidly war in der iranischen Armee zwischen 1942 und 1947 tätig. Im Oktober 1947 wurde die amerikanische Militärmission im Iran unter Leitung von General R.D. Grow gestellt. Siehe Ricks, T. 1979: 163-194, US military missions to Iran 1943-1978: The political economy of military assistance, Iranian studies XII 3-4 (Summer-Autumn 1979).

<sup>76</sup> Siehe AIA, Der Vertrag „militärische Mission“ Nr. 7407/ Azar 1322/Dezember 1943/ politische Abteilung Nr. 4. Siehe auch DMSB, 1369/1990:51-63, Dokumente der iranischen Verträge mit anderen Ländern, Bd. 2, Teheran

<sup>77</sup> Nach der konstitutionellen Verfassung war der Schah nicht gegenüber dem Parlament verantwortlich. Die Amerikaner bzw. die Iraner haben bewusst die Entscheidungen der amerikanischen Experten an die Zustimmung des Schahs gebunden, um die Kontrolle des Parlaments zu umgehen.

<sup>78</sup> Siehe Notizen von Pink an Foreign Office, E3657/888/34, 8.6.1942, FO371/Persia-31438.; FRUS, 1942, IV, S. 289.

Die Arbeit der amerikanischen Militärmission wurde als „lebenswichtig für die Verteidigung des Irans sowie der USA“ bewertet.<sup>79</sup> Diese Einschätzung war auch im Interesse des Foreign Office, da das Foreign Office in einem Schreiben an das State Department die Wichtigkeit der Steigerung der amerikanischen Interessen im Iran betont hatte.<sup>80</sup> Auf iranischer Seite gab es die Hoffnung, dass der steigende Einfluss der USA als Drittmacht zur Neutralisierung der traditionellen Konkurrenz zwischen Großbritannien und der Sowjetunion führen konnte.<sup>81</sup> Die amerikanischen Militärmissionen konnten auf Dauer den amerikanischen Einfluss im Iran stabilisieren. W. Murray stellte fest, dass die USA in der näheren Zukunft in die Lage versetzt wurden, über eine Gruppe aus amerikanischen Beratern den Iran faktisch verwalten zu können,<sup>82</sup> denn bald befand sich die iranische Sicherheit, Militär und Finanzangelegenheiten in amerikanischen Händen.

Ende 1945 wurde die Arbeit der amerikanischen Militärexperten in der Armee und der Gendarmerie erweitert, so dass die Armee in die Lage versetzt wurde, die Autonomiebewegungen in Aserbaidschan und Kurdistan zu unterdrücken, die Sicherheit und Ordnung in dem ganzen Land nach dem Alliiertenabzug aus dem Iran wieder herzustellen sowie als eiserne Faust des Schahs gegen jegliche Freiheitsbewegung im Lande zu fungieren.

Obwohl die iranischen Ordnungskräfte, das Militär und die Finanzangelegenheiten in amerikanischen Händen lag, achteten die Amerikaner auf die Unabhängigkeit und die territoriale Souveränität des Irans. Dies geschah in Übereinstimmung mit der Atlantik-Charta, nach der sich die amerikanische Regierung verpflichtet fühlte, sich um den Erhalt der Unabhängigkeit verschiedener Ländern zu bemühen.<sup>83</sup> Diese Rahmenbedingungen ermöglichten der iranischen und amerikanischen Regierung während des Zweiten Weltkrieges, in freundlicher Atmosphäre zusammenzuarbeiten, was während der Teheran-Konferenz 1943 bedeutsam wurde.

#### **VII.2.6. Die Teheran-Konferenz**

Zwischen dem 28. November 1943 und dem 1. Dezember 1943 fand die Teheran-Konferenz statt. Auf dieser Konferenz trafen sich Roosevelt, Churchill und Stalin, um über die Invasion in Nordfrankreich, die Ausdehnung Polens auf Kosten Deutschlands bis zur Oder

---

<sup>79</sup> FRUS, 1942, IV, S. 289.

<sup>80</sup> Notiz des Foreign Office an die amerikanische Botschaft in London, E 7330/22/34, 4.1.1943, FO371/Persia-31420.

<sup>81</sup> Ramazani, 1966: 18, Iran's Foreign Policy 1500-1941.

<sup>82</sup> SD 891.00, Washington, 14.8.1942, zit. Nach: Fawcett, 1992: 111, Iran and the Cold War, The Azerbaijan Crisis of 1946.

<sup>83</sup> Hull, 1948: 1499-1500 The Memoirs of Cordell Hull, II.

sowie die Zukunft Deutschlands zu entscheiden.<sup>84</sup> Wie Kennan berichtete, war die Konferenz in Teheran durch Verdächtigungen belastet. Die USA hatten den Verdacht, dass „zwischen Russen und Briten bereits irgendeine Übereinkunft zum Thema Besatzungszonen zustande gekommen“ war.<sup>85</sup> Diese gespannte Atmosphäre ermöglichte den Iranern, die an der Konferenz nicht teilnahmen, ihre Probleme mit den drei Mächten zu erörtern. Der Schah traf sich separat mit den drei Präsidenten und hörte sich Empfehlungen an.<sup>86</sup> Ministerpräsident Soheily, der vier Tage zuvor sein Kabinett gebildet hatte, sprach mit dem amerikanischen Außenminister am 29. November 1943 und verlangte von den drei Präsidenten die Veröffentlichung einer Erklärung über den Iran, in der die Rolle des Irans im Krieg, die Befürwortung der iranischen Unabhängigkeit sowie die Zusage wirtschaftlicher Hilfe an den Iran nach Kriegende betont werden sollte.

Die Amerikaner zeigten ihr Einverständnis, indem sie der iranischen Regierung halfen, den Text zu formulieren.<sup>87</sup> Der Schah hatte auch die Zusage Churchills erhalten, nur Stalin musste der Veröffentlichung des Textes noch zustimmen. Diese Aufgabe übernahm Roosevelt und sprach mit Stalin. Nach Zustimmung Stalins wurde am 1. Dezember 1943 die Teheran-Erklärung<sup>88</sup> veröffentlicht, in welcher die nachfolgenden Punkte angesprochen wurden:

- a) die Anerkennung der Hilfe, die der Iran bei der Kriegsführung gegen den gemeinsamen Feind geleistet hatte,
- b) die Anerkennung der Verursachung besonderer wirtschaftlicher Schwierigkeiten (für den Iran) während des Krieges und die Zusage weiterer wirtschaftlicher Unterstützung,
- c) die Anerkennung der Erhaltung der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität Irans.<sup>89</sup>

Es war einzigartig, dass drei Regierungen während des Krieges einem Land eine solche Garantie zusprachen.<sup>90</sup> Der Iran war zum Kooperationssymbol der Alliierten geworden. Die

---

<sup>84</sup> Gromyko, 1369/1990: 140-146, Memories Andrei Gromyko. Deburin, 1369/1990: 155-159, Die Geheimnisse des Zweiten Weltkrieges; Vgl. Ross, 1984: 39-40: The Foreign Office and the Kremlin, British Documents on Anglo-Soviet Relations 1941-1945.

<sup>85</sup> Kennan, 1968: 175, Memoiren eines Diplomaten. Viele Jahre später erfuhr Kennan, dass der Verdacht unbegründet war, ebenda; Siehe auch Naghibzadeh, 1380/2001: 232-233, Die Entwicklung der internationalen Beziehung von Wien bis heute.

<sup>86</sup> Behnud, 1369/1990: 218 : von Zia bis Bachtiyar, iranische Kabinette.; Vgl. Pahlavi, 1960: 79-80, Mission for my Country. Siehe Samii, 1987:60, Involvement by Invitation: American Strategies of Containment in Iran

<sup>87</sup> Siehe Nachgavan, 1363/1984: 466-467, Geschichte des Zweiten Weltkrieges 1939-1945.

<sup>88</sup> Text in: FRUS, 1943, VI, S. 413-414.; Fischer 1968: 90-91, Teheran Jalta Potsdam: Die sowjetischen Protokolle von den Kriegskonferenzen der Großen Drei.

<sup>89</sup> Text in persischer Sprache in: Veröffentlichung des AIA, 1323/1944: Die Teheran-Konferenz: Die Erklärung der drei Regierungen über den Iran Azar 1322/ Dezember 1943, Teheran.

<sup>90</sup> Feis, 1957: 265, Churchill, Roosevelt, Stalin.

iranische Bevölkerung war nach Veröffentlichung der Erklärung erleichtert,<sup>91</sup> da sie die dauerhafte Besetzung Irans befürchtet hatte. Die Regierung Soheilys sowie die amerikanische Regierung buchten diesen Erfolg für sich.<sup>92</sup> Die Unabhängigkeitsgarantie war für den Iran die Überlebenschance. Sie garantierte den USA zum einen die Dankbarkeit der iranischen Regierung, die sie bei ihrer zukünftigen Ölpolitik positiv würden ausnutzen können, und zum anderen verhinderte sie eine Vormacht der anderen Mächte im nahostasiatischen Raum. Wenn eine der beiden Mächte, die Sowjetunion oder Großbritannien, als Sieger über die iranische Regierung nach Kriegsende hervorginge, bestünde die Gefahr, dass die amerikanischen Interessen nicht nur im Iran und in Saudi-Arabien, sondern auch im ganzen Nahen Osten verloren gingen. Die amerikanische Regierung konnte diese Gefahr mit der Veröffentlichung der Teheran-Erklärung eindämmen.

### **VII.2.7. Die Entwicklung der amerikanischen Doppelstrategie im Iran (Die Kooperation mit der sowjetischen und britischen Regierung versus die Forderung der iranischen Souveränität)**

Bis 1942 war im State Department in Washington kein eigens für den Iran verantwortlicher Mitarbeiter beschäftigt. Der Iran fiel in den Zuständigkeitsbereich der Near East Division des Außenministeriums, deren Arbeitsgebiet sich von Nordafrika über den Mittleren Osten bis nach Indien erstreckte und unter der Verantwortung von lediglich sieben Mitarbeitern stand. Ebenfalls sieben Personen bildeten das diplomatische Korps der Botschaft in Teheran und des Konsulats in Täbris. Als die amerikanische Regierung die geostrategische Relevanz des Irans und auch die ökonomische Bedeutung des gesamten Mittleren Ostens aufgrund der immensen Ölreserven und der amerikanischen Konzession in Saudi-Arabien und Kuwait zu erkennen begann, waren die Voraussetzungen für eine zielgerichtete Politik auf der Basis von sachkundigen Analysen denkbar ungünstig, da es sowohl vor Ort als auch im State Department an informierten Personen mangelte.<sup>93</sup>

Nicht nur im Iran, sondern auch im ganzen Nahen Osten hatten die USA keine Vertretung. Erst im Jahre 1942 kam es zu einer Änderung der amerikanischen Politik. In diesem Jahr eröffneten die USA eine politische Vertretung in Djidda (Saudi-Arabien). Als Großbritannien der Regierung Saudi-Arabiens empfahl, ihre Waffen aus Washington über

---

<sup>91</sup> Siehe *Ettela'at*: 16-17.9.1322/ 8-9.12.1943.; Dryfus to the SoS 6.12.1943 in: FRUS, 1943, IV, S. 414.

<sup>92</sup> Siehe Nachgavan, 1363/1984: 468-469 Geschichte des Zweiten Weltkrieges 1939-1945.; Dryfus to SoS 10.12.1943, in: FRUS, 1943, IV, S. 415.

<sup>93</sup> Lytle, 1987: 10ff, Origins of the Iranian-American Alliance.

London zu fordern, reagierte das State Department scharf und informierte die Regierung Saudi-Arabiens, ihre Forderung direkt an Washington zu stellen.<sup>94</sup>

Im gleichen Jahr eröffnete die amerikanische Regierung ein Konsulat in Bahrain, da sie dort eine Ö raffinerie aufbaute. Auch in Kabul (Afghanistan) wurde im gleichen Jahr eine Botschaft eröffnet. Im Iran verstärkte die amerikanische Regierung die Arbeit der Militärmissionen.

Die amerikanische Regierung wurde im Jahre 1942 mit den iranischen Problemen konfrontiert. Diese Konfrontation benötigte eine besondere Strategie, die allmählich im Jahre 1943 zu einer Doppelstrategie wurde, denn andererseits arbeitete die amerikanische Regierung mit den Sowjets und Briten im Iran zusammen. Mit der Doppelstrategie wurden folgende Ziele verfolgt:

- a) die politische, wirtschaftliche und militärische Stabilität Irans während und nach dem Krieg zu fördern, damit der Iran sich gegen die britische und sowjetische Macht behaupten konnte und die Nutzung des Erdöls im Iran und Nahen Osten sichergestellt würde.
- b) den Iran zum Muster einer erfolgreichen amerikanischen Politik in der Welt zu machen.

Obwohl einige Forscher davon sprechen, dass die amerikanische Iranpolitik erst nach der Regierungszeit Mossadeghs im Jahre 1951 entstand,<sup>95</sup> stimmt diese Behauptung mit der Realität kaum überein. Allerdings war diese Politik in der Anfangsphase 1942-1943 idealistisch ausgerichtet. Wegweisend für die amerikanische Iranpolitik war das Memorandum von John D. Jernegan, das als erste Darlegung einer planmäßigen und fundierten amerikanischen Politik gegenüber dem Iran betrachtet wurde. Jernegan fasste die Hintergründe und die neue Ausrichtung der amerikanischen Politik gegenüber dem Iran Anfang 1943 in einem Memorandum zusammen. Er war erst seit einem halben Jahr Mitarbeiter der Near East Abteilung, widmete jedoch seine gesamte Aufmerksamkeit dem Iran. In der Zusammenfassung seiner Überlegungen lieferte er eine Analyse des bisherigen Engagements der USA im Iran und gab eine Perspektive für die zukünftige Entwicklung der amerikanischen Politik. Jernegan stellte fest, dass sich die USA nicht nur auf den Krieg, sondern auch auf den Frieden im Mittleren Osten konzentrieren müssten. Die traditionelle britisch-sowjetische Rivalität stellte bei diesen Bestrebungen der USA das größte Hemmnis dar. Die Besetzung des Irans hätte diesen in seiner wirtschaftlichen, politischen und

---

<sup>94</sup> Notiz des britischen Außenministers "die britische Politik im Nahen Osten", 12.7.1947, CAB. 63/39, W.P. (43) 301.

<sup>95</sup> Siehe Goode, 1989: viii, United States and Iran.; Ramazani, R.K. 1982: 1-18, The United States and Iran: Patterns of Influence.

militärischen Struktur weiter geschwächt, so dass sowohl Großbritannien als auch die Sowjetunion einen Vorwand für die fortgesetzte Okkupation des Landes nach dem Zweiten Weltkrieg hätten. Dieser Schritt könnte von beiden Besetzern damit begründet werden, dass für den Fall des eigenen Abzugs die Gefahr der Machtübernahme durch den jeweils anderen drohte. Den diversen inneren iranischen Schwierigkeiten müsste aus diesem Grund durch amerikanische Unterstützung auf verschiedensten Ebenen abgeholfen werden, so dass eine weitere Besetzung durch Briten oder Sowjets unter dem Vorwand der Garantie der inneren und äußeren Sicherheit nicht zu rechtfertigen wäre. Obwohl Jernegan in seinem Memorandum ausdrücklich eigennützige Interessen der USA erwähnte – nämlich, dass sich die wirtschaftliche Entwicklung jeder Region der Erde in der Nachkriegszeit auf die Position der Vereinigten Staaten auswirken könnte, - war er von einem Idealismus erfüllt.<sup>96</sup> Dieser Idealismus und der Glaube an die Ausnahmestellung der USA in der Weltpolitik führten ihn zu der Gewissheit, dass das Vorgehen der Vereinigten Staaten, das traditionell einen antiimperialistischen Anspruch verfolgte und an der Ausbeutung unterentwickelter Länder nicht interessiert schien, niemals in einer Reihe mit dem eigennützigen, informellen Imperialismus britisch-sowjetischer Prägung im Iran stehen würde. Auch wenn Jernegans Memorandum eine eigenständige Politik der Vereinigten Staaten im Iran propagierte und sich somit gegen die weitere Besetzung und eigennützige Ausbeutung des Landes durch Großbritannien und die Sowjetunion richtete, lieferte er doch gerade dadurch die Begründung für die Integration des Iran in den amerikanischen Einflussbereich. Jernegans Bestreben war es nicht, die wirtschaftliche und politische Entwicklung und die Freiheit des Iran um seiner selbst willen zu fördern, wie er ausdrücklich schrieb. Ihm ging es darum, die britische und sowjetische Machtausbreitung und somit Rückwirkungen auf die wirtschaftlichen und politischen Interessen der USA zu vermeiden.

Das Memorandum Jernegans erfuhr große Zustimmung bis hinauf in die höchsten Ebenen des State Department und wurde sogar an Präsident Roosevelt weitergeleitet. Der Präsident glaubte, aus dem Land ein Musterbeispiel für selbstlose amerikanische Politik machen zu können.<sup>97</sup>

Danach forderte der damalige amerikanische Außenminister C. Hull ein Programm für eine positive Arbeit im Iran. In diesem Programm sollte sowohl die Arbeit der amerikanischen Berater gesichert werden sowie weitere finanzielle Unterstützung beinhaltet

---

<sup>96</sup> Siehe Memorandum von Jernegan, John, „American Policy in Iran“ 23. Januar 1943, in: FRUS, 1943, IV, S. 331-336.

<sup>97</sup> Lytle, 1987: 43, *Origins of the Iranian –American Alliance.*; Rubin, 1980: 22 *Paved with Good Intentions.*

sein. Ferner sollte das Programm dazu dienen, dass im Falle einer offenen Bedrohung des Irans die diplomatische Unterstützung der USA folgen würde.<sup>98</sup>

Die amerikanische Forderung nach iranischer Stabilität konnte nur bewahrt werden, wenn die amerikanische Regierung mit den Absichten und dem Verhalten der sowjetischen sowie britischen Regierung im Iran kritisch umgingen.

In den Jahren 1943 und 1944 baute die amerikanische Regierung ihr Engagement im Iran weiter aus.

### **VII.3. Die zweite Phase der amerikanischen Iranpolitik**

#### **VII.3.1 Vom Verbündeten zum Kritiker des Kalten Krieges (Die amerikanische Reaktion auf die britische und sowjetische Iranpolitik)**

Wie vorhin angesprochen, sollte die Zielsetzung der amerikanischen Iranpolitik genau wie die Zielsetzung der Briten die Unterstützung der sowjetischen Kriegsmaschinerie gegen die Deutschen sein. Nach und nach stellte sich jedoch heraus, dass die Amerikaner nicht nur dieses Ziel hatten, sondern auch die Methode und das Vorgehen ihrer Verbündeten (der Sowjetunion und Großbritannien) im Iran kritisch beobachteten.

Genau im ersten Jahr nach ihrer Ankunft im Iran (im Jahre 1942) stellten die USA die Unrechtmäßigkeit der britischen Regierung gegenüber dem Iran fest. Sie verurteilten die britische Regierung wegen der Inhaftierung von Iranern, die der Zusammenarbeit mit den Deutschen verdächtigt wurden. Die amerikanische Regierung glaubte, dass die Inhaftierung der Iraner Aufgabe der iranischen Polizei sei und das britische Militär kein Recht habe zu handeln.<sup>99</sup> Der Einmarsch britischer Truppen in Teheran am 17. und 18. Dezember 1942 war ein weiterer Streitpunkt zwischen Großbritannien und den USA.

Die Amerikaner waren im Allgemeinen gegen Druckausübung auf die iranische Regierung. Sie kritisierten sogar oft direkt und offen die Handlungsweise der Verbündeten im Iran und beschuldigten die Briten, eine „harte Politik“ im Iran voranzutreiben. Der britischen Regierung wurde vorgeworfen, dass sie die wirtschaftliche Krise sowie den Getreidemangel im Iran verursacht habe und das iranische Verkehrswesen bis an die Belastbarkeitsgrenze ausnutze.<sup>100</sup> Ferner wurde der englischen Regierung unterstellt, die Unterzeichnung des

---

<sup>98</sup> Hull an Roosevelt 16.8.1943, Alexander/ Nanes, 1980: 103-104, The United States and Iran, a Documentary History.

<sup>99</sup> Notiz der amerikanischen Botschaft in London an FO, 14. Dezember 1942, E7330/122/34- FO 371/Persia/31420.

<sup>100</sup> Notiz der britischen Botschaft in Teheran: „Alliiertenpolitik im Iran“, 12. Oktober 1943, E5619/82/34- FO 371/Persia/35103.

Getreide-Abkommens zwischen dem Iran und den USA sowie die Entsendung von Lebensmitteln aus Basra (im Irak) in den Iran verhindert zu haben.<sup>101</sup> Die Amerikaner versuchten soweit wie möglich, die britische Iranpolitik einzuschränken.

Die britische Regierung nahm zur amerikanischen Kritik Stellung und rechtfertigte den britischen Druck auf die iranische Regierung mit der Notwendigkeit der Alliiertenversuche zum Erreichen der Kriegsziele.<sup>102</sup> Wegen des Getreidetransports in den Iran aus Basra argumentierte die britische Regierung, dass der Transport jeder Tonne Weizen für den iranischen Verbrauch die Kapazität der iranischen Eisenbahn reduzieren würde, die für die Entsendung der lebenswichtigen Materialien in die Sowjetunion notwendig war und dass die Reduzierung dieser Waren für die Sowjetunion inakzeptabel erschien.<sup>103</sup>

Dryfus stellte fest, dass die britische Botschaft in Teheran keine gute Meinung über die amerikanischen Missionen im Iran hatte. Er war der Meinung, dass die Briten aus zwei Gründen die Aktivität der amerikanischen Missionen unterstützt hatten:

- a) weil die Briten davon ausgingen, dass die Arbeit der Amerikaner im Iran zum Scheitern verurteilt war, was zum Verlust des amerikanischen Ansehens führen würde.
- b) weil die Briten die USA als Schutzschild gegenüber dem sowjetischen Sieg im Iran nutzen wollten.<sup>104</sup>

Daher empfahl Dryfus den USA, „gemeinsame Aktionen mit Großbritannien zu vermeiden, sonst würde sich das amerikanische Vertrauen (im Iran) reduzieren.“<sup>105</sup> Der amerikanische Botschafter in Teheran sprach oft von einer falschen britischen Iranpolitik, die die Alliiertenziele im Iran beschädigte.<sup>106</sup>

Statt jedoch ihren politischen Kurs im Iran zu ändern, beschuldigte die britische Regierung den amerikanischen Botschafter in Teheran als „Gegner Großbritanniens“. Eden schreibt in seinem Bericht an das War-Cabinet, dass „die amerikanische Zusammenarbeit im Iran nicht immer wünschenswert“ war. Die „amerikanische Botschaft in Teheran scheint trotz aller Versuche gegen die britische Iranpolitik“ zu sein oder zumindest die Methode der britischen Iranpolitik in Frage gestellt zu haben. Das Misstrauen des amerikanischen

---

<sup>101</sup> Notiz der amerikanischen Botschaft in London an FO, 14. Dezember 1942, E7330/122/34- FO 371/Persia/31420.

<sup>102</sup> Notiz des Foreign Office an die amerikanische Botschaft in London, 4. Januar 1943, E7330/122/34- FO 371/Persia/31420.

<sup>103</sup> Notiz des Foreign Office an die amerikanische Botschaft in London, 4. Januar 1943, E7330/122/34- FO 371/Persia/31420.

<sup>104</sup> Alexander/Nanes, 1980: 101, *The United States and Iran, a Documentary History*.

<sup>105</sup> SD 891.00, Teheran an Washington 24.2.1943, Fawcett 1992: 114, *Iran and the Cold War*.

<sup>106</sup> Bullock/Bevin, 1983: 133, *Foreign Secretary 1945-1951*

Botschafters spiegelte sich auch im State Department wider,<sup>107</sup> bekräftigte Eden in seinem Bericht an das War-Cabinet.

Die amerikanische Regierung war gegen die britische Iranpolitik nicht nur im Iran, sondern auch im ganzen Nahen Osten. Wie Eden in seinem Bericht betonte, war Großbritannien für die Amerikaner ein Land, „das im Rahmen seines imperialistischen Profits die Länder im Nahen Osten kolonialisierte und gegen den Wunsch der Bevölkerung die Entwicklung und den politischen Fortschritt dieser Länder verhinderte.“<sup>108</sup>

A. Cadogan, der Stellvertreter des Foreign Office, ging davon aus, dass, wenn die Amerikaner selbst die iranische Verwaltung in die Hand bekämen, sie auf große Unpopularität im Iran stoßen würden.<sup>109</sup> Es kam jedoch nicht dazu. Die amerikanische Iranpolitik befand sich damals in der Anfangsphase ihrer Strategie, die von Optimismus geprägt und mit der Realität nicht konfrontiert war.

Auch gegenüber der Sowjetunion nahmen die Amerikaner verschiedene Positionen ein. Bis zur Erdölkrise im Jahre 1944 standen die Amerikaner fest an der Seite der Sowjets im Iran. Sie lobten das sowjetische Engagement im Iran. Den USA war die sowjetische Rolle im Krieg bewusst. Sie fürchteten, dass die Sowjets ein separates Friedensabkommen mit den Deutschen abschließen würden, daher reagierten sie gegenüber der Sowjetunion sehr zurückhaltend und lobend. Diese freundliche amerikanische Einstellung gegenüber den Sowjets führte zur Besorgnis Großbritanniens, welches befürchtete, dass Amerikaner und Sowjets ohne britische Beteiligung ein Bündnis schließen könnten.<sup>110</sup> Die Erdölkrise im Jahre 1944 stärkte jedoch die amerikanische Kritik gegenüber der Sowjetunion. Die iranische Ölkrise im Jahre 1944 verlieh der amerikanischen Iranpolitik mehr Form und Richtung.<sup>111</sup> Die Amerikaner waren zwar nicht gegen die Vergabe einer Erdölkonzession an die Sowjets, aber das sowjetische Vorgehen gegen die iranische Regierung nach dem sowjetischen Misserfolg im Jahre 1944 führte zur Besorgnis der USA.<sup>112</sup> Die ständigen Versuche der Sowjetunion, ihre eigenen Rechte gegenüber der iranischen Regierung auszudehnen, waren für die USA inakzeptabel. Aber die Zeit war noch nicht reif für eine Konfrontation mit der Sowjetunion.

Solange Roosevelt am Leben war, gab es zwischen den USA und der Sowjetunion eine gute militärische Zusammenarbeit, obwohl die Behörden des State Department oft ihre Bedenken gegenüber den britischen und sowjetischen Plänen im Iran im Januar 1943 zum

---

<sup>107</sup> Bericht Edens an War Cabinet, „die britische Politik in Mittelost“, 12. Juli 1943: CAB 66/39, W.P. (43) 301.

<sup>108</sup> Bericht Edens an War Cabinet, „die britische Politik in Mittelost“, 12. Juli 1943: CAB 66/39, W.P. (43) 301.

<sup>109</sup> Siehe Notiz des Foreign Office, 16.12.1942, FO371/Persia-31420.

<sup>110</sup> Bullock / Bevin 1983: 216-217, Foreign Secretary 1945-1951

<sup>111</sup> Vgl. Bahar, 1357/1978: 576, Der Nachfolger des Kolonialismus.

<sup>112</sup> Lenczowski, 1949: 218-220, Russia and the West in Iran 1918-1948.; FRUS 1944, V, S. 452-454.

Ausdruck gebracht hatten. Dies verhinderte nicht die Kooperation Roosevelts mit der Sowjetunion während des Krieges. „Die amerikanische Regierung vermied jegliche Konfrontation mit der Sowjetunion.“<sup>113</sup> Die amerikanische Regierung vereitelte nicht die sowjetischen Pläne im Iran, als die Sowjetunion den Erhalt der Erdölkonzession im Iran sowie den Ausbau ihres Einflusses im Nordiran anstrebte. Roosevelt machte sogar den Vorschlag, die iranische Eisenbahn sowie die Häfen am Persischen Golf unter internationale Aufsicht zu stellen, damit die Sowjetunion ihre Waren von dort aus transportieren konnte.<sup>114</sup> Dieses Angebot Roosevelts überraschte sogar die Behörden im Weißen Haus.<sup>115</sup> „Im ganzen haben die Amerikaner länger versucht, Wohlverhalten (der Sowjetunion gegenüber) zu zeigen. Bis 1946 galt das nicht nur für die Regierung, sondern auch für die amerikanische Presse, die noch weitgehend sowjetfreundlich reagierte.“<sup>116</sup> Es schien, als ob die USA und die Sowjetunion gegen Großbritannien koalieren würden.<sup>117</sup> Qavam befürwortete diese Kooperation. Deswegen vertrat er in der iranischen Politik eine Zusammenarbeit mit der Sowjetunion. Nach dem Tod Roosevelts und mit der Präsidentschaft Trumans kam es jedoch zu einer Änderung der amerikanischen Politik gegenüber der Sowjetunion. Auch Qavam änderte sein Verhalten gegenüber den Sowjets.<sup>118</sup>

### **VII.3.2. Die Krisenjahre 1944-1947 (Erdöl-, Aserbaidshan- und Kurdistankrise)**

Die erste ernsthafte Krise zwischen den Unterzeichnern des Teheraner Abkommens ergab sich im Herbst 1944, als die iranische Regierung amerikanische Ölfirmen zu Verhandlungen über eine Ölkonzession im Nordiran einlud. Die Sowjetunion protestierte gegen das iranische Angebot an die amerikanischen Firmen, innerhalb der sowjetischen Einflussphäre eine Konzession zu erlangen, zumal sie selbst seit längerem versucht hatte, ein diesbezügliches Abkommen mit den Iranern auszuhandeln. Daraufhin übte die sowjetische Regierung politischen und militärischen Druck auf die iranische Regierung aus.

Eine Konsequenz dieser Vorgehensweise war eine zunehmende Kooperation mit der kommunistischen Tudeh-Partei und separatistischen Bewegungen. Die antiiranische Kampagne der Sowjetunion erreichte im August 1945, nach dem endgültigen Sieg über Japan, einen neuen Höhepunkt. Ziel der Sowjetunion war es, die Autonomieregierungen in

---

<sup>113</sup> Gasiorowski, 1993:94, U.S. Foreign Policy and the Shah.

<sup>114</sup> Siehe Louis, 1972: 449ff, Imperialism at Bay 1941-1945, The United States and the Decolonization of the British Empire.

<sup>115</sup> Siehe FRUS, 1945, VIII, S. 523-526.

<sup>116</sup> Dies Wohlverhalten blieb so lange erhalten, bis Churchill vom „Eisernen Vorhang“ sprach. Siehe Von Beyme, 1984: 49, die Sowjetunion in der Weltpolitik.

<sup>117</sup> Eskandari, 1372/1993: 191, Memoiren.

<sup>118</sup> Siehe Eskandari, 1372/1993: 216, Memoiren.

Aserbaidschan und Kurdistan als Druckmittel gegen die iranische Zentralregierung zu nutzen. Präsident Roosevelts Pläne für den Iran als Musterbeispiel amerikanischer Politik und anglo-amerikanisch-sowjetischer Nachkriegskooperation hatten sich als falsch erwiesen. Es kam zum ersten Konflikt des aufziehenden Kalten Krieges. Eine sowjetisch dominierte Zone am nördlichen Rand des Nahen Ostens hätte nicht nur die politische und militärische Expansion der Sowjetunion bedeutet, sondern auch die amerikanischen Ölinteressen in Saudi-Arabien, Kuwait und Bahrain gefährdet.

Die Gespräche zwischen dem Iran und den USA über das Erdöl führten jedoch nicht nur zu sowjetischer Kritik, sondern auch zu Befürchtungen Großbritanniens. Obwohl die USA keinen Vertrag mit der iranischen Regierung über das Erdöl abschließen konnte, führte diese Krise zu Meinungsunterschieden zwischen den USA und Großbritannien. Churchill warf Roosevelt vor, britisches Erdöl im Nahen Osten zu beanspruchen.<sup>119</sup> Im April 1944 betonte E. Stettinius, der Stellvertreter des State Department, die Gemeinsamkeiten in der Nahostfrage, als er nach London reiste.<sup>120</sup> Obwohl beide Länder in Bezug auf das Erdöl keine Einigung erzielt hatten, stimmten sie zu, im Iran enger zusammenzuarbeiten. Bullard stellte fest, dass die Angst vor sowjetischem Einfluss auf dem Balkan und im Nahen Osten W. Murray dazu zwingen würde, mit Großbritannien zu kooperieren.<sup>121</sup> Die britische Regierung konnte die USA davon überzeugen, dass die sowjetische Gefahr größer und bedrohlicher war als die kleinen Meinungsunterschiede zwischen den beiden Ländern. Das Thema Erdöl und dessen Folgen verlangte eine schnelle Entscheidung der USA in Bezug auf die iranische Unabhängigkeit. Das Erdöl war der Garant der iranischen Unabhängigkeit und Souveränität.

Die amerikanische Regierung stellte fest, dass die Pole ihrer Doppelstrategie – die Unterstützung der Verbündeten versus die Forderung der iranischen Unabhängigkeit - nicht miteinander vereinbar waren. Der Interessenunterschied zwischen den USA, der Sowjetunion und Großbritannien stellte die USA vor eine wichtige Entscheidung: entweder sich der britischen oder der sowjetischen Iranpolitik anzupassen oder eine eigene Strategie zu entwickeln. Das State Department entschied sich für die Entwicklung einer eigenständigen Iranpolitik.

Eine weitere Krise, die die amerikanische Einstellung stärkte, ergab sich zwischen den Verbündeten, als sich der Abzugstermin der Alliiertentruppen aus dem Iran näherte. Während

---

<sup>119</sup> Woodward, 1971:396-398 *British foreign Policy.*; Kuniholm, 1980:184 *Cold War in the Near East.*

<sup>120</sup> Siehe Kuniholm, 1980:187, *Cold War in the Near East.*

<sup>121</sup> Siehe Woodward, 1971:316, *British foreign Policy.*; Aus Furcht vor westlichen Einfluss versuchte die Sowjetunion, die Kontrolle auf dem Balkan und im Nahen Osten zu erhalten. Vgl. Gaddis, 1990:182-183, *Russia, the Soviet union and the united States,*

die letzten amerikanischen Truppen am 1. Januar 1946 aus dem Iran abgezogen wurden und die Briten zusagten, den 1. März als Abzugstermin zu wahren, weigerte sich die Sowjetunion, ein Datum für den Rückzug ihrer Truppen aus dem Nordiran festzulegen.

Die Verletzung der iranischen Souveränität durch die Sowjetunion, insbesondere die Unterstützung der Autonomiebewegungen im Iran und die Zurückweisung der iranischen Ordnungskräfte bei Qasvin Ende 1945, die Nichteinhaltung des vertraglich festgelegten Abzugstermins und der militärische Aufmarsch der Sowjetunion in Aserbaidschan im März 1946 alarmierten die Weltöffentlichkeit und weckten in den westlichen Ländern den Willen zum Widerstand. Nicht zuletzt durch seine zeitweilig dramatische Zuspitzung trug das Vorgehen der Sowjetunion im Iran – neben der fortschreitenden politischen Gleichschaltung Osteuropas und dem von Moskau auf die Türkei und Griechenland ausgeübten Druck – entscheidend dazu bei, dass sich in den Vereinigten Staaten diejenigen Kräfte zu formieren begannen, die in den folgenden Jahren die Politik der Eindämmung gegenüber der Sowjetunion bestimmten.

Bereits auf der Moskauer Konferenz zum Jahresende 1945 war Brynes, der amerikanische Außenminister, davon überzeugt, dass er mit den Sowjets zu einer Einigung über den sowjetischen Truppenabzug aus dem Iran gelangen würde. Als er fühlte, dass die Iranfrage die weiteren Gespräche beeinflussen würde, schlug er vor, dass das Thema Iran vom offiziellen Programm der Konferenz gestrichen wurde.<sup>122</sup> E. Bevin, der britische Außenminister, kritisierte die schwache Position Brynes gegenüber der Sowjetunion, über die Türkei, Griechenland und den Iran. Auch Truman war von der Haltung seines Außenministers auf der Moskauer Konferenz bitter enttäuscht. In seinen Memoiren schreibt: „Wenn der Sowjetunion nicht mit eiserner Faust begegnet wird, muss man mit einem neuen Krieg rechnen.“<sup>123</sup> Er konnte den Sowjets kein Vertrauen mehr schenken. Er votierte für eine direkte und offene Stellungnahme der USA in der Irankrise.<sup>124</sup> Er betonte in seinen Memoiren, dass zum Jahresbeginn 1946 „die sowjetischen Aktivitäten im Iran den Frieden auf der Welt in Gefahr“ brachten.<sup>125</sup>

Die Berichte über die militärischen Bewegungen der Sowjets in Aserbaidschan und Bulgarien verstärkten die Bedrohung des Irans und der Türkei und verschärften das sowjetische Schreckensbild. „Das westliche Bild der Sowjetunion hatte sich – beginnend in Großbritannien und kurz danach auch in den USA – gründlich gewandelt. Vom schwierigen

---

<sup>122</sup> für die Gründe Brynes' siehe Brynes, 1977: 118-121, *Speaking Frankly*.

<sup>123</sup> Truman, 1955: 550-552, *Memoirs: Years of Decisions*.

<sup>124</sup> Siehe Truman, 1955: 550-552, *Memoirs: Years of Decisions*.

<sup>125</sup> Truman, H.S. 1956: 98, *Memoirs: Years of Trial and Hope*.

Alliierten war die Sowjetunion zum Feind geworden. Diese Formulierungen sind in dem ‚langen Telegramm‘ George F. Kennans, des amerikanischen Geschäftsträgers in Moskau, enthalten, das dieser im Februar 1946 nach Washington schickte. Es war nicht seine erste Analyse dieser Art, aber jetzt traf sie auf eine Stimmung in Washington, die auf ein neues eingängiges Deutungsmuster sowjetischer Politik geradezu sehnsüchtig wartete.<sup>126</sup> Die Berichte über die Absichten Stalins kamen für die amerikanische sowie die Weltöffentlichkeit im richtigen Moment. Truman sprach von der Möglichkeit, dass „die USA der Sowjetunion wegen des Irans den Krieg erklären würden“,<sup>127</sup> Großbritannien und die USA diskutierten über einen möglichen Krieg mit der Sowjetunion,<sup>128</sup> denn die amerikanische Regierung glaubte, dass der Iran allein gegen den sowjetischen Druck keinen Widerstand leisten konnte.<sup>129</sup>

Brynes passte sich der Politik Trumans gegenüber der Sowjetunion an,<sup>130</sup> und als H. Ala, der iranische Botschafter in Washington, ihn am 5. März 1946 darum bat, gegen den weiteren Aufenthalt der sowjetischen Truppen im Iran zu protestieren, reagierte er sofort und warnte am selben Tag in einem Schreiben an Moskau davor, dass die USA die sowjetische Iranpolitik nicht weiter dulden konnten.<sup>131</sup> Auf diese Weise änderten die USA ihr Verhalten gegenüber der Sowjetunion.<sup>132</sup> Die Eindämmung der sowjetischen Politik nicht nur im Iran, sondern auf der ganzen Welt stand nun auf der Tagesordnung, obwohl Truman noch nicht seine Doktrin offen gelegt hatte. Die offensive Zangenbewegung der Sowjets im Mittelmeerraum und im Iran musste sofort gestoppt werden. Jedoch versuchte Truman, die iranische Verteidigung unter die Schirmherrschaft der Vereinten Nationen zu stellen. Er wollte die Weltöffentlichkeit an seiner Seite wissen. Bei den Vereinten Nationen kam es zu einer heftigen Debatte zwischen Brynes und Gromyko<sup>133</sup>, dem sowjetischen Außenminister.<sup>134</sup> Die aktive Anteilnahme der USA während der iranischen Klage<sup>135</sup> vor den Vereinten Nationen schenkte den USA ihren ersten politischen Sieg im Kalten Krieg.<sup>136</sup> Die

---

<sup>126</sup> Niedhart, 1989 :175-176, Internationale Beziehungen 1917-1947.

<sup>127</sup> Feis, 1970: 82-83, From Trust to Terror.; *New York Times*, 14.3.1946.

<sup>128</sup> Siehe Feis, 1970: 81-87, From Trust to Terror.; Yergin, 1977: 179, *The Shattered Peace: The Origins of the Cold War*.

<sup>129</sup> Brynes, 1977: 126, *Speaking Frankly*.

<sup>130</sup> Siehe Gaddis, 1972: 283, *The United States and the Origins of the Cold War 1941-1947*

<sup>131</sup> Siehe FRUS, 1946, VII, S. 399-340.

<sup>132</sup> Gaddis schreibt, dass „die Zeit zwischen Februar und März (1946) leitete eine entscheidende Wende in der amerikanischen Politik gegenüber der Sowjetunion ein.“ Siehe Gaddis, 1972: 312, *The United States and the Origins of the Cold War 1941-1947*.

<sup>133</sup> Siehe Gromyko, 1369/1990: *Memories Andrei Gromyko*.

<sup>134</sup> Für die amerikanische Rolle siehe Kuniholm, 1980: Kapitel 5-6, *Cold War in the Near East*. Lytle, 1987: Kapitel 8-11, *Origins of the Iranian-American Alliance*.; Fawcett, 1992: *Iran and the Cold War*.

<sup>135</sup> Für die iranische Klage siehe Kapitel Erdölkrise.

<sup>136</sup> Siehe Hess, 1974: 117-146, *The Iranian Crisis of 1945-46 and Cold War*.

sowjetische Regierung war gezwungen, mit der iranischen Regierung ein Abkommen zu treffen, um den Schaden zu begrenzen. Es war kein Zufall, dass, als am 26. März 1946 der Sicherheitsrat wegen der iranischen Klage tagte, Gromyko erklärte, dass eine Übereinstimmung zwischen dem Iran und der Sowjetunion getroffen worden war.<sup>137</sup> Die sowjetische Regierung war nicht bereit, den Tadel der Weltorganisation in Kauf zu nehmen.

Obwohl das Wiederaufleben der Zwei-Lager-Theorie in der sowjetischen Propaganda um 1946 die Aussicht auf neue Konflikte mit den Kapitalisten mit sich brachte,<sup>138</sup> entsprach die sowjetische Stimmung gegenüber den Vereinten Nationen einer Mischung aus Optimismus und Skepsis, da sie wenigstens den Schein der Freundschaft zu wahren versuchte. Moskau schien zunächst gehofft zu haben, innerhalb der Vereinten Nationen eine stärkere Position einnehmen zu können. Die iranische Beschwerde über die sowjetische Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Irans und die sowjetische Weigerung, den Nordiran zu räumen, trugen dazu bei, dass zum einen in den Debatten der Vereinten Nationen überwältigende antisowjetische Gefühle zum Vorschein kamen und zum anderen die sowjetische Haltung und Strategie klar hervortrat. „Im März 1946 fühlte sich Stalin trotz der sowjetischen Verhöhnung der Ansichten des Sicherheitsrates und trotz des ersten Auszuges aus diesem Gremium noch zu der Feststellung veranlasst, die Vereinten Nationen seien ein wichtiges Instrument für die Erhaltung des Friedens.“<sup>139</sup>

Trotzdem wurde die Sowjetunion als totalitärer Revolutionsstaat dargestellt, mit dem keine Kooperation nach westlichen Vorstellungen möglich war.<sup>140</sup> Man sollte die kommunistische Gefahr ernst nehmen und bedrohte Gesellschaften vor allem wirtschaftlich stabilisieren, um dadurch ein weiteres Vordringen des sowjetischen Herrschaftsbereichs zu verhindern. „Eindämmung hieß der neue Schlüsselbegriff, der anzeigte, welche politischen Konsequenzen man aus dem Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion gezogen hatte. Es dauerte mehrere Monate, ehe die Eindämmungspolitik in die Tat umgesetzt und zur verbindlichen Strategie des Westens wurde und auch über eine breite Basis in der amerikanischen Öffentlichkeit und den sie repräsentierenden Kräften im Kongress verfügte.“<sup>141</sup>

Die Unterstützung des Irans im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen im Frühling 1946 war der Höhepunkt dieser Verbindlichkeit. Für die Änderung der amerikanischen Strategie

---

<sup>137</sup> FRUS, 1946, VII, S. 365, 368.

<sup>138</sup> Vgl. Dallin, 1965: 30, Sowjetunion und Vereinte Nationen.

<sup>139</sup> Dallin, 1965: 31, Sowjetunion und Vereinte Nationen. Die Weltöffentlichkeit schien gegenüber dem Anspruch der Sowjets, die Vereinten Nationen vor feindlichen Anschlägen zu schützen, taub zu sein. ebenda.

<sup>140</sup> Vgl. Gaddis, 1992: 23, The United States and the End of the Cold War.

<sup>141</sup> Niedhart, 1989 :175, Internationale Beziehungen 1917-1947.

war die Weltsituation sehr günstig. Der Iran bildete damals einen kleinen Teil einer großen Region. Die USA sahen die Irankrise als willkommene Gelegenheit, die aggressive Haltung der Sowjetunion in der Weltöffentlichkeit zur Schau zu stellen. Der Iran benötigte dagegen die USA, um seine territoriale Integrität zu schützen.

Die Irankrise war die erste große Auseinandersetzung des Kalten Krieges. Durch die Initiative Qavam-Ala-USA wurde sie zur Bewährungsprobe des neuen internationalen Sicherheitssystems, der Vereinten Nationen. Es wurde jedoch deutlich, wie der amerikanische Botschafter in Moskau schrieb, dass „die Vereinten Nationen letztlich nur so stark (waren) wie die USA.“<sup>142</sup> Dabei spielte der amerikanische Präsident Truman eine wichtige Rolle.

Nach dem Abzug der sowjetischen Truppen aus dem Iran mobilisierte Qavam unter dem Druck der USA und des Schahs die Armee, um den Autonomiebewegungen im Nordiran ein Ende zu setzen. Aber Qavam wollte diese Unterdrückung nicht ohne den Beistand der USA vornehmen. Er forderte die USA auf, den Iran mit einem Kredit zu unterstützen.

Am 21. November 1946 betonte Acheson nicht nur die Unabhängigkeit des Irans, sondern schlug vor:

- 1) den Verkauf von Verteidigungswaffen an den Iran
- 2) die Verlängerung der amerikanischen Missionen im Iran
- 3) die Intensivierung der kulturellen und informativen Beziehungen zwischen beiden Ländern
- 4) die amerikanische Unterstützung für den Krediterhalt aus der Exim-Bank.<sup>143</sup>

Nach diesem Versprechen gab Qavam Allen am 23. November 1946 den Einmarsch in die Provinzen im Nordiran bekannt. Am 27. November 1946 legte Allen in einem Interview mit der Zeitung *Ettela'at* die amerikanische Iranpolitik offen und direkt dar, indem er betonte, dass die USA die Unabhängigkeit und territoriale Souveränität des Irans und die iranische Entscheidung, für die Abhaltung der Parlamentswahl die Sicherheitskräfte in die Provinzen zu schicken, unterstützten.

Bereits im Sommer 1946 forderte die amerikanische Regierung die britische Regierung auf, ihre Einmischung beim Anfachen des Aufstandes im Südiran zurückzunehmen und den Aufstand schnell zu beenden.<sup>144</sup> Die amerikanische Regierung war fest davon überzeugt, dass die britische Regierung ihren Einfluss im Südiran ausnutzte und mit Hilfe einer

---

<sup>142</sup> Vgl. FRUS, 1946, VII, S. 566.

<sup>143</sup> Siehe Alexander/ Nanes, 1980: 182, The United States and Iran, a Documentary History.

<sup>144</sup> Washington an Foreign Office, 27.9.1946, FO371/Persia-52682.

Autonomiebewegung ein Gleichgewicht gegen die sowjetische Regierung im Nordiran zu schaffen versuchte. Die Nomadenbewegung im Südiran brachte die Entschlossenheit der USA, die territoriale Souveränität des Irans zu schützen, ans Licht. Auf diese Weise konnten die USA mit Unterstützung des Irans zum Verlust des britischen Ansehens im Iran beitragen.

Diese Rückendeckung reichte Qavam aus, um die Unterdrückung der Autonomieregierungen Aserbaidschans und Kurdistans erfolgreich durchzuführen. Die Zeitung *Aserbaidschan* der Demokrat-Partei warf in ihrer letzten Ausgabe vor dem Sturz der Autonomieregierung Qavam und seiner Regierung vor, dass sie die Hand nach den Fremden, insbesondere den Amerikanern ausgestreckt hatten. Die Fremden würden den Iran kolonialisieren und Qavam würde den Iran an die Amerikaner verkaufen.<sup>145</sup>

Nach der Wiedereingliederung Aserbaidschans berichtete der amerikanische Konsul aus Täbris von der amerikanischen Popularität. „Für die Bevölkerung sind wir das Machtsymbol der Vereinten Nationen und Führer für die Rechte der kleinen Nationen.“<sup>146</sup> Der Konsul empfahl, dass die USA dieses nationale Gefühl nutzen sollten, um ihren Verpflichtungen für die iranische Zukunft nachzugehen.<sup>147</sup>

Der Schah lobte die USA in seinem Gespräch mit Allen wegen ihrer Unterstützung.<sup>148</sup>

Bei der Intensivierung der iranisch-amerikanischen Beziehungen spielte auf iranischer Seite H. Ala eine große Rolle. Er wurde in seiner Amtszeit zu einem Vertrauten der amerikanischen Regierung. Ala stellte in seinen Gesprächen mit Acheson fest, wenn der Iran keine Hilfe bekäme, würde das iranische Parlament zu einer Festung von Abgeordneten aus dem Nordiran werden, die unter dem Einfluss sowjetischer Herrschaft stünden. Diese Abgeordneten würden die „Kontrolle über die Zentralregierung“ den Sowjets überlassen.<sup>149</sup> Die iranische Regierung sah in den USA den Retter aus ihrer kritischen Situation. Die Mehrheit der Abgeordneten im Majlis war für den Ausbau der iranischen Beziehungen mit den USA. Eine Ausnahme bildeten die Anhänger der Tudeh-Partei und einige Abgeordnete aus dem Nordiran. Sogar Qavam plädierte in seiner kritischen Zeit für die Fortsetzung der Beziehungen mit den USA. Dies bedeutete jedoch nicht, dass die Iraner die amerikanischen Experten im Iran nicht kritisierten. Millspaugh wurde entmachtet, obwohl er ein Amerikaner war. Im Majlis wurden die USA oft angegriffen. Mossadegh beschuldigte Vivijan, den

---

<sup>145</sup> Siehe *Aserbaidschan* 18. und 20.9.1325/9. und 11.12.1946.

<sup>146</sup> Fawcett, 1992: 139, *Iran and the Cold War*.

<sup>147</sup> Fawcett, 1992: 139, *Iran and the Cold War*.

<sup>148</sup> Siehe Alexander/ Nanes, 1980: 188, *The United States and Iran, a Documentary History*.

<sup>149</sup> Siehe Alexander/ Nanes, 1980: 180, *The United States and Iran, a Documentary History*.

amerikanischen Experten in Täbris. Aber solche Kritik konnte die weitere Beziehung beider Länder nicht beeinflussen.

Auf amerikanischer Seite gab es mehrere Personen, die intensivere Kontakte mit dem Iran geprägt haben. Jenergan mit seinem Memorandum, L. Dryfus, L. Morris, W. Murray und G. Allen, die amerikanischen Botschafter in Teheran mit ihren Berichten und Kommentaren, G.F. Kennan, der aus Moskau eine neue Strategie entwarf, die unter dem Namen „die Einschränkungspolitik“ bekannt wurde,<sup>150</sup> die Nahostabteilung des State Department unter Leitung von Murray und L. Henderson. Auch Roosevelt und seine Außenminister C. Hull und E. Stettinius betonten die Wichtigkeit des Irans. Aber Roosevelt war nicht bereit, der Sowjetunion den Kalten Krieg wegen eines kleinen Landes zu erklären. Diese Aufgabe übernahm Truman aufgrund der politischen Konstellation seiner Zeit, denn der weitere Aufenthalt der sowjetischen Truppen im Iran, die Proklamation der aserbajdschanischen und kurdischen Autonomieregierungen, die Bedrohung der Türkei und Griechenlands sprachen von einer allgemeinen aggressiven Haltung der Sowjets.<sup>151</sup> Der Iran war ein Vorbildland für die amerikanische Strategie gegenüber der Sowjetunion.<sup>152</sup>

Während des Zweiten Weltkrieges und insbesondere in der Erdöl-, Aserbajdschan- und Kurdistankrise wurde die amerikanische Strategie in Bezug auf den Iran entwickelt, und im Jahre 1947 führte sie zum Grundstein für die Truman-Doktrin. Der Iran war der Ort, an dem sich die idealistischen und realistischen Interessen der USA überschneiden.

#### **VII.4. Die dritte Phase der amerikanischen Iranpolitik (Die USA ersetzen den sowjetischen Einfluss im Iran)**

##### **VII.4.1. Truman-Doktrin**

In einer Rede vor dem Kongress am 12. März 1947 sprach sich Präsident Truman für eine Programmhilfe in Höhe von 400 Millionen Dollar für Griechenland und die Türkei aus. In seiner Rede betonte er die Verpflichtung der USA,<sup>153</sup> alle freien Völker zu unterstützen, die sich der Unterwerfung durch bewaffnete Minderheiten oder durch Druck von außen widersetzen. Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen und strategischen Bedeutung des Mittelmeeres zielte Truman mit der überzogenen Bewertung des sowjetischen Expansionswillens auf die Mobilisierung des Kongresses und der amerikanischen

---

<sup>150</sup> Siehe FRUS, 1944, V, S.470-471.

<sup>151</sup> „Die Iran- und Türkeikrise brachten den Kalten Krieg in den Nahen Osten.“ Siehe Gaddis, 1997: 164, We now know, Rethinking Cold War History.

<sup>152</sup> FRUS, 1946, VII, S. 510.; Kuniholm, 1980: 303-304, The Origins of the Cold War in the Near East.

<sup>153</sup> Siehe Lenczowski, 1990: 13, American Presidents and the Middle East.

Öffentlichkeit für ein finanzielles Engagement in der Politik.<sup>154</sup> Das entwickelte Programm aus dieser Rede wurde als Truman-Doktrin bekannt und legte die Rechtslinie der amerikanischen Außenpolitik dar.

Diese Programmhilfe wurde erforderlich, als die britische Regierung am 21. Februar 1947 erklärte, dass sie angesichts ihrer eigenen Finanzprobleme die bisher Griechenland und der Türkei gewährte Unterstützung nicht mehr zusagen konnte. Die Umsetzung der neuen Sichtweise bezüglich der Sowjetunion in eine aktive Politik erforderte größere Ausgaben, die den amerikanischen Haushalt und die Steuerzahler belasteten. Fast reibungslos übernahmen nun die USA als westliche Führungsmacht die britischen Aufgaben. Das nach der britischen Entscheidung erfolgte Hilfsersuchen Griechenlands an die USA wurde in Washington vorformuliert, und am 12. März 1947 appellierte Truman an den Kongress,<sup>155</sup> die erforderlichen Mittel bereitzustellen.

Zu diesem Zeitpunkt ging es nicht mehr allein um Griechenland oder die Türkei, sondern um eine neue Doktrin der amerikanischen Weltpolitik. Die Truman-Doktrin stellte den Konflikt mit der Sowjetunion als globalen Konflikt dar. Ostmitteleuropa, Deutschland, der Nahe und Mittlere Osten und Ostasien erschienen jetzt nicht mehr als Regionen mit eigenen und sehr spezifischen Problemen, sondern als Teil ein und desselben Konflikts. Der Ost-West-Konflikt war nicht mehr lokal eingrenzbare. Jetzt ging es nicht nur um die Teilung Deutschlands oder Koreas, sondern um die Teilung der Welt.<sup>156</sup> Truman entwarf eine dichotomische Weltsicht.<sup>157</sup> „Es gab nur die Alternative zwischen ‚Freiheit‘ und ‚Unterdrückung‘. ‚Im gegenwärtigen Abschnitt der Weltgeschichte muss fast jede Nation ihre Wahl in Bezug auf ihre Lebensweise treffen.‘ Der amerikanische Präsident machte die Verteidigung der ‚freien Völker‘ zu einer Frage der ‚Sicherheit der Vereinigten Staaten‘.“<sup>158</sup>

Trumans Darstellung des Konflikts mit der Sowjetunion malte ein Schreckensszenario an die Wand, „das mit Blick auf die Öffentlichkeit die Bedrohung in grelleren Farben zeichnete, als es aufgrund der tatsächlichen Wahrnehmung der sowjetischen Politik nötig gewesen wäre.“<sup>159</sup> Man war subjektiv wohl davon überzeugt, die Sowjetunion wolle sich in

---

<sup>154</sup> Lawel, 1984: 119-120, The Challenge of American Foreign Policy.

<sup>155</sup> Für die Rede Trumans siehe The Department of State Bulletin: 534-537, XVI, No. 304, 23. März 1947.

<sup>156</sup> Siehe Loth, 1980: Die Teilung der Welt 1941-1955.

<sup>157</sup> Horowitz, 1969: 90, Kalter Krieg, Bd. 1

<sup>158</sup> Text in: Europa-Archive 2 (1947), S. 819ff, zit. n. Niedhart, 1989 :176, Internationale Beziehungen 1917-1947.

<sup>159</sup> Niedhart, 1989 :176, Internationale Beziehungen 1917-1947.

die ‚Länder der östlichen und in die meisten Staaten der westlichen Hemisphäre von innen her einbohren.‘<sup>160</sup>

Obwohl der Iran in der Truman-Doktrin nicht direkt erwähnt wurde, war er aufgrund seiner geostrategischen Lage, seiner sehr langen Grenze mit der Sowjetunion und nicht zuletzt als wichtiger Erdölproduzent sehr bedeutsam. Nach der Rede des Präsidenten am 12. März 1947 hatte das State Department für die Realisierung der Ziele Trumans ein Büro unter dem Namen „Die Angelegenheiten in Griechenland, in der Türkei und im Iran“ eingerichtet. Die Truman-Doktrin war eine Reaktion auf die Expansionspolitik der Sowjetunion und die Schwäche Großbritanniens. Der Iran bildete die Schnittstelle zwischen den zwei Großmächten. Die Truman-Doktrin bestätigte, dass der Iran in der neuen Weltordnung seine traditionelle geostrategische Position gegenüber der Sowjetunion behalten hatte.

Die USA wollten weiterhin den Iran sowohl gegenüber der Sowjetunion als auch gegenüber Großbritannien schützen. Brynes hoffte, dass eine Erhöhung der Fähigkeiten der iranischen Regierung dazu führen würde, den Iran selbst in die Lage zu versetzen, Disziplin und Ordnung wieder herzustellen, damit es für die Einmischung Großbritanniens und der Sowjetunion keinen Vorwand mehr gab. Die Stabilität des Irans würde dann eine Grundlage für die Erweiterung der Beziehungen mit den USA in den Bereichen Handel, Öl, Flugverkehr, nicht nur im Iran, sondern im gesamten Nahen Osten schaffen.<sup>161</sup> Diese Strategie der USA entsprach den Vorstellungen der Iraner, insbesondere nachdem die iranische Presse über das gemeinsame Vorhaben Großbritanniens und der Sowjetunion zur Teilung des Irans in zwei Einflusszonen im Jahre 1947 berichtet hatte.<sup>162</sup>

Im Herbst 1947 bekräftigte Allen die amerikanische Unterstützung, nachdem Qavam unter sowjetischem Druck zur Ratifizierung des Vertrages vom 4. April 1946 gezwungen worden war.<sup>163</sup>

#### **VII.4.2. Kooperation zwischen den USA und Großbritannien und ihre Auswirkung im Iran**

Im September 1945 stellte die amerikanische Regierung unter Harry S. Truman Lend-Lease-Hilfe an Großbritannien ein, obwohl sich das Land im Krieg vollkommen verausgabt

---

<sup>160</sup> Niedhart, 1989 :176, Internationale Beziehungen 1917-1947.

<sup>161</sup> Alexander/Nanes, 1980: 153, The United States and Iran.

<sup>162</sup> Siehe Kapitel Iran und Großbritannien.

<sup>163</sup> FRUS, 1947, V, S. 950-952.; *New York Times* 12.9.1947.

hatte und wirtschaftlich am Boden lag.<sup>164</sup> Aber London gab nicht auf. Großbritannien war darauf angewiesen, die engen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten nach Kriegsende aufrechtzuerhalten und zu versuchen, den amerikanischen Giganten für seine eigenen Ziele einzusetzen.<sup>165</sup> Nur wenn Washington sich weiterhin in Europa engagierte und ein Gleichgewicht der Kräfte sicherstellte, war London trotz seiner äußerst angespannten finanziellen und wirtschaftlichen Lage fähig, das Empire weitestgehend zu erhalten und somit auch in Zukunft eine exponierte Stellung in der Weltpolitik einzunehmen.<sup>166</sup> Am 6. März 1946 prägte dann auch Churchill in seiner berühmten Rede in Fulton, Missouri, die Begriffe des „Eisernen Vorhangs“ zwischen Ost und West und der „special relationship“ zwischen den englischsprachigen Völkern auf beiden Seiten des Atlantiks, auch wenn die britisch-amerikanischen Beziehungen zu dieser Zeit einen Tiefpunkt erreicht hatten.<sup>167</sup> London drängte die USA zu einem entschlosseneren Vorgehen gegen die Sowjetunion.<sup>168</sup> Der britische Rückzug aus Griechenland und der Türkei war der unmittelbare Anlass für die Truman-Doktrin, die das von George F. Kennan entwickelte Konzept des Containment in die Praxis umsetzte.<sup>169</sup> Auf diese Weise konnte London Washington zur Konfrontation mit der Sowjetunion an seine Seite ziehen, denn die Sowjetunion hatte das unter den europäischen Mächten nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches entstandene Machtvakuum zu füllen verstanden.

Der Zweite Weltkrieg hatte in aller Deutlichkeit demonstriert, welch unschätzbaren Wert eine ausreichende Ölversorgung in Krisenzeiten besaß. Ohne das riesige Reservoir im Mittleren Osten würde eine solche Ölversorgung kaum mehr zu leisten sein, und überdies waren die USA sogar in Friedenszeiten von einem Ölnettoexporteur zu einem Ölnettoimporteur geworden. Für die Sicherung des Mittleren Ostens und vor allem der amerikanischen Interessen in Saudi-Arabien war es unerlässlich, die Orientierung des Irans zum Westen hin zu garantieren. Der Staat sollte in einen Schutzwall am nördlichen Rand des Mittleren Ostens eingebunden werden, der sich von der Türkei im Westen bis Pakistan im Osten erstreckte.

---

<sup>164</sup> Grund für diese Einstellung der Hilfe war die Beseitigung der gemeinsamen Bedrohung durch das nationalsozialistische Deutschland.

<sup>165</sup> Siehe Kennedy, 1981: 330, *The Realities behind Diplomacy: Background Influences on British External Policy*.

<sup>166</sup> Siehe Ebersold, Bernd, 1995: 142, *Delusions of Grandeur, Großbritannien, der Kalte Krieg und der Nahen Osten 1945-1956*, in: H. H. Jansen/Lehmkuhl (Hg.) 1995, *Großbritannien, das Empire und die Welt, britische Außenpolitik zwischen Größe und Selbstbehauptung 1850-1990*

<sup>167</sup> Siehe die Rede Churchills in James (Hg.) 1974: 7289, *Winston S. Churchill. His complete Speeches, 1874-1965*. Bd. 7.; Martschukat, 1995: 13, *Antiimperialismus, Öl und die Special Relationship*.

<sup>168</sup> Zur Meinung Churchills siehe Gaddis, 1997: 31, *We now know*.

<sup>169</sup> Zur Truman-Doktrin siehe den Aufsatz von Peter Boyle, *The British Foreign Office and American Foreign Policy, 1947-1948*, in: *Journal of American Studies* 16 (1982), 373-389.

Die Vereinigten Staaten reagierten hochsensibel auf die Entwicklung im Iran. Nirgendwo waren die Politik- und Energieinteressen der USA so eng miteinander verknüpft gewesen wie im Iran. Deshalb bewerteten die USA, teils im Zusammenwirken mit Großbritannien und teils in Konkurrenz mit ihm die Erdölfelder des Nahen Ostens als unverzichtbaren Rückhalt westlicher Energiepolitik. Infolgedessen „widersetzte man sich dem Versuch der Sowjetunion, in Nordpersien, an den Dardanellen und im Mittelmeer Fuß zu fassen, also die Fesseln der Kontinentalmacht zu sprengen und auf Gebiete Einfluss zu nehmen, wo westliche Staaten sich als Ordnungsmächte zuständig fühlten und wo sie – anders als in Deutschland – ihren Herrschaftsanspruch nicht teilen wollten. Die wirtschaftliche Präsenz der USA im östlichen Mittelmeer und im Nahen Osten wandelte sich bald in eine politische und auch militärische Präsenz. Die Ursache waren Forderungen der Sowjetunion. Der Anlass war die Schwäche Großbritanniens in diesem Raum.“<sup>170</sup>

Die USA konnten den britischen Einfluss im Nahen Osten, insbesondere im Iran, nicht völlig abbauen. Es scheint, dass die USA für die Durchsetzung ihrer Pläne im Nahen Osten die britische Erfahrung unbedingt nötig hatten. Zwischen beiden Ländern kam es zu einer Absprache auf Kosten der Sowjetunion. Einige Forscher<sup>171</sup> gehen von der falschen Behauptung aus, dass die USA den Einfluss Großbritanniens im Iran ersetzt hatten. Stattdessen beseitigten die USA mit Hilfe Großbritanniens den sowjetischen Einfluss.

Im Sommer 1947 waren die Vereinigten Staaten definitiv im Kalten Krieg engagiert. Durch die Sowjetunion sah man sowohl in London als auch in Washington erneut die Grundwerte von Freiheit und Demokratie bedroht, womit die Voraussetzung für eine enge anglo-amerikanische Kooperation wieder gegeben war. Anscheinend hatten die USA Großbritannien die Verantwortung für den Iran überlassen, denn zwischen 1948 und 1950 erhöhten die USA die Intensität ihres Engagements in Europa und demonstrierten dessen Dauerhaftigkeit, indem sie die sowjetische Blockade Berlins durch eine Luftbrücke überwandten und an der Gründung eines militärischen Bündnisses in Form der North Atlantic Treaty Organization (NATO) teilnahmen.<sup>172</sup> Die USA hatten sich Ende der vierziger Jahre, als sich die Sowjetunion als neue äußere Bedrohung herauskristallisiert hatte, vor allem in Kooperation mit Großbritannien dem europäischen Wiederaufbau und der europäischen Sicherheit verschrieben. Die USA leisteten einen maßgeblichen Beitrag für ein Gleichgewicht

---

<sup>170</sup> Niedhart, 1989 :173, Internationale Beziehungen 1917-1947.

<sup>171</sup> Zaugh, 1368/1989: 344, Iran und Großmächte im Zweiten Weltkrieg.; Behrawan, 1980: 49 u. 96, Iran: die programmierte Katastrophe.

<sup>172</sup> Die Frage ergibt sich, ob “eine Reihe von Krisen im Iran, in Kuba und (...) zwischen 1946 und 1948, die mit ständigen Provokationen begleitet waren, die amerikanische Politik in dieser Periode rechtfertigen könnten.“ Siehe Gaddis, 1992:23, The United States and the End of the Cold War.

der Kräfte in Europa, welches Großbritannien allein nicht mehr hatte sicherstellen können. Diese Beziehung mit den USA verlieh Großbritannien weiterhin den Glanz einer Weltmacht, auch wenn es mit seinem wirtschaftlichen und militärischen Potential keinesfalls mit Washington oder Moskau konkurrieren konnte. London versuchte in der Beziehung zu den USA den Status des Juniorpartners zu kompensieren, indem es auf seine größere diplomatische Erfahrung und die politisch-kulturelle Überlegenheit hinwies. Von dieser Sichtweise war Washington weit entfernt. Dies nahm jedoch eine entscheidende Wende, als die Sowjetunion im Sommer 1949 – früher als erwartet – den ersten erfolgreichen Atombombentest bekannt gab. Dieses Ereignis sowie die siegreichen kommunistischen Revolutionäre Mao Tse-tungs und bald darauf sein Beistandspakt mit der Sowjetunion führten dazu, dass Präsident Truman eine aus dem Verteidigungs- und dem Außenministerium gebildete Kommission aufforderte, eine Studie über die weltpolitische Lage zu erstellen. Diese Studie wurde vom National Security Council diskutiert und als „NSC 68“ zur Richtlinie der amerikanischen Politik erklärt. Diese Studie leitete eine entscheidende Wende in der amerikanischen Politik ein. Danach sollte militärische und wirtschaftliche Hilfe an die Länder fließen, die an der sowjetischen Grenze lagen.<sup>173</sup> Der Iran sollte davon auch profitieren.

#### **VII.4.3. Der Iran und die USA auf dem Weg zu einer dauerhaften Zusammenarbeit**

Nach der Truman-Doktrin sollte der Iran wirtschaftlich als Exporteur für Rohstoffe, Mineralien und bestimmte Agrarprodukte in die neue internationale Arbeitsteilung eingebunden werden. Viele amerikanische Firmen und die amerikanische Regierung investierten in Projekte im Iran.

Trotz der erfolgreichen gemeinsamen Eindämmung des sowjetischen Expansionsversuches herrschten 1947 Divergenzen zwischen den Spitzen der amerikanischen und der iranischen Politik. Die zusätzlich durch die Truman-Doktrin genährten Hoffnungen der Iraner auf Zuwendungen großen Stils von Seiten der Amerikaner blieben unerfüllt. Washington zielte mit seinen Maßnahmen mehr auf innere Reformen und Demokratisierung, um so den Iran vor einer kommunistischen Revolution und sowjetischer Einflussnahme zu bewahren. Zur Vergabe großangelegter Militärhilfe erschien die innenpolitische Lage im Iran zu instabil, so dass der Iran in seiner militärischen Bedeutung nicht mit Griechenland und der Türkei auf eine gemeinsame Stufe gestellt wurde. Obwohl die Unruhen im Iran weiterhin

---

<sup>173</sup> U.S National security Council, United States objectives and programs for National Security, NSC-86, April 1950, in: Etzold/Gaddis, 1980: 434, Containment.

andauerten und die geostrategische Lage des Landes gegenüber der Sowjetunion sehr wichtig war, bekam der Iran weniger Hilfe als Irland, Portugal und die Schweiz. Es gab zwei Gründe für die geringe Aufmerksamkeit der amerikanischen Regierung: Zum einen stellte der iranische Ministerpräsident Qavam einen Unsicherheitsfaktor für die USA dar. Zum anderen waren die amerikanischen Behörden der Meinung, dass ein Hilfsprogramm für den Iran die Sicherheit des Landes nicht erhöhen, sondern zur Provokation der sowjetischen Regierung führen würde.<sup>174</sup> Obwohl die USA dem Iran in den Jahren 1946 und 1947 Kredite in Höhe von 3,3 Millionen \$ und 22,5 Millionen \$ gewährt hatten,<sup>175</sup> lehnten sie den iranischen Wunsch ab, auf die Rückzahlung der Kredite zu verzichten. Als der iranische Botschafter im Jahre 1947 einen Kredit in Höhe von 100 Millionen \$ forderte, bekam er zur Antwort, dass der Iran dafür die guten Beziehungen zur Sowjetunion pflegen müsste.<sup>176</sup>

Im gleichen Jahr (1947) stellte die amerikanische Ingenieurfirma Morrison-Knudson den ersten Siebenjahresplan zusammen, der folgende Entwicklungsbereiche zur Verbesserung der iranischen Infrastruktur beinhaltete: Bergbau, Verkehrswesen, Landwirtschaft, Industrie und Kommunikationswesen. Zur Verwirklichung dieses Plans gründete die iranische Regierung ein Industrieministerium. Der Plan wurde am 15. Februar 1949 vom Majlis bestätigt und vom Schah ratifiziert.

Am 18. November 1949 flog der Schah auf offizielle Einladung Trumans in die USA. Der Schah sprach vor den Vereinten Nationen, eröffnete das Zentrum für iranische Forschung der Columbia-Universität und besuchte das Militärinstitut Westpoint. Die amerikanische Presse schrieb viele Artikel über den Schah. Die *New York Times* unterstrich die geostrategische Lage des Irans im Nahen Osten, lobte den Schah und empfahl eine enge amerikanische Zusammenarbeit.<sup>177</sup>

In einer gemeinsamen Erklärung Trumans und des Schahs am 30. November 1949 versprach die amerikanische Regierung, größere Waffenlieferungen in den Iran zu erlauben und das Anleihe-Ersuchen des Irans bei der Weltbank zu unterstützen.<sup>178</sup> Außerdem wollten die USA technische und wirtschaftliche Beratung bei der Ausarbeitung des Siebenjahresplans leisten.<sup>179</sup>

Am 19. Oktober 1950 schlossen die amerikanische und die iranische Regierung einen Vertrag nach dem Vier-Punkte-Programm ab. Danach stellte die amerikanische Regierung

---

<sup>174</sup> Gasiorowski, 1371/1992: 96, US. Foreign Policy and the Schah

<sup>175</sup> Vgl. FRUS, 1947, V, S. 914-916.

<sup>176</sup> Siehe FRUS, 1947, V, S. 905,916, 925-926.

<sup>177</sup> Siehe *New York Times* 17. November 1949.

<sup>178</sup> Siehe Sallakhi, 1984: 191, Die Industrialisierung des unterentwickelt gehaltenen Iran.

<sup>179</sup> Vgl. Wahrahram, 1975:76, USA und Iran, Diss.

dem Iran eine Summe von 500.000\$ zur Verfügung. Hauptziel dieses Vertrages war es, durch Verbesserungen in der Landwirtschaft und im Gesundheits- sowie Erziehungswesen Hunger, Seuchen und die Analphabetenrate im Iran zu bekämpfen und der Landbevölkerung einen höheren Lebensstandard zu ermöglichen,<sup>180</sup> um das Land auf diese Weise gegen den Kommunismus abzusichern.

### **VII.5. Die mentale Anpassung der Iraner an die internationale Politik**

Die konstitutionelle Bewegung am Anfang des 20. Jahrhunderts hatte die Weltanschauung der Perser verändert. Dies war auf das vorherige Jahrhundert zurückzuführen, in dem die Perser versucht hatten, die westliche Zivilisation und ihre Erfolge in der Wirtschaft, Politik und bei der Industrialisierung zu analysieren bzw. neu zu bewerten.<sup>181</sup> Es gab zwei Sichtweisen.<sup>182</sup> Die Vertreter der einen Richtung distanzieren sich von der westlichen Entwicklung, da sie die westliche Kultur als unvereinbar mit der iranischen Nation und Religion betrachteten. Die Vertreter der zweiten Richtung waren für die Einführung der westlichen Zivilisation in den Iran und bevorzugten die westlichen Regierungssysteme und deren garantierte Freiheiten. Sie wünschten sich, dieses System ohne jegliche Anpassung zu übernehmen. Die Konstitutionelle Verfassung im Jahre 1906 war der Sieg dieser Sichtweise. Mit dieser Verfassung wollten die Verfassungsschreiber einen neuen Iran schaffen, der gegenüber den fremden Mächten seine Existenz bewahren konnte. Bis zur Besetzung des Landes im Jahre 1941 wurde die Verfassung nicht praktiziert. Das sollte sich jedoch in der Zeit zwischen 1941 und 1948 ändern, als die iranischen Politiker versuchten, sich mental an die internationale Politik anzupassen, um ihre Unabhängigkeit zu bewahren. Man kann von fünf unterschiedlichen Mentalitäten der iranischen Politiker sprechen: Die Anlehnung an die britische, an die sowjetische, an die sowjetisch-amerikanische, an die britisch-amerikanische Iranpolitik und nicht zuletzt die Anlehnung an keine Macht (Praktizierung des negativen Gleichgewichts in der Außenpolitik).

#### **VII.5.1. Die Anlehnung an die britische und sowjetische Iranpolitik**

Zwischen 1941 und 1950 lehnten sich alle iranischen Ministerpräsidenten mit Ausnahme Qavams an die britische Iranpolitik an, um die iranische Unabhängigkeit gegen die sowjetischen Absichten zu schützen. Dabei hatten die iranischen Regierungen die

---

<sup>180</sup> Vgl. Wahrahram, 1975:84, USA und Iran, Diss.

<sup>181</sup> Siehe Rezaii, 1379/2000: 128-129, 10000 Jahre Geschichte des Irans, Bd.4.

<sup>182</sup> Siehe Hairi, 1367/1988: The Early Encounters of the Iranian Thinkers with the Two-Sided Civilization of Western Bourgeoisie

Möglichkeit, sich mit der britischen Botschaft in Teheran zu beraten. Der Führer dieser Politik war Saiyed-Zia. Er räumte der „britischen Regierung im Iran die wirtschaftlichen Rechte ein, die immer unberührt bleiben müssen.“<sup>183</sup> Zia glaubte, „Großbritannien als Feind zu haben, ist (...) für den Iran gefährlich und schädlich.“<sup>184</sup>

Die Tudeh-Partei plädierte für eine Politik des positiven Gleichgewichtes in der Außenpolitik zu Gunsten der Sowjetunion. Sie glaubte, weil die Briten im Südiran die Erdölkonzession besaßen, müsste man den Sowjets die gleiche Konzession im Nordiran erteilen. Wenn die Konzession an die Sowjets nicht erteilt würde, würden die imperialistischen Ölgesellschaften im Nordiran Fuß fassen, und dies würde eine Bedrohung für die sowjetische Sicherheit darstellen. Daher musste die Sowjetunion im Nordiran anwesend sein, damit diese Bedrohung nicht realisiert würde. Die Anwesenheit der Sowjetunion im Nordiran würde ein „Gleichgewicht gegen die Imperialisten und ihre Verbündeten im Iran darstellen. Der sowjetische Aufenthalt ist für die iranische Demokratie sehr nützlich.“<sup>185</sup> Man sollte sich nicht vor der Sowjetunion fürchten, da sie „keinerlei kolonialistische Ziele im Iran“ verfolgte.<sup>186</sup> Die Tudeh-Partei argumentierte, da die Iraner selbst das Erdöl nicht fördern könnten, sie aber den Gewinn zur Bekämpfung der iranischen Wirtschaftskrise nötig hätten, dann müsste man der Sowjetunion die Erdölkonzession zwangsweise überlassen. Die sowjetische Regierung halte es anders als die kolonialistischen Länder wie Großbritannien und die USA. Die Sowjetunion „handelt mit dem Iran als Partner. Sie wird die (...) Industrialisierung und den Fortschritt des Landes fördern und bildet iranische Experten aus, damit die Iraner selbst die Erdölindustrie in die Hand bekommen.“<sup>187</sup> In den Jahren 1945 und 1946 schien es, dass die Sowjetunion im Iran gesiegt hatte. Aber das sowjetische Verhalten im Iran machte jegliche Akzeptanz auf Seiten der Iraner zunichte.<sup>188</sup>

### **VII.5.2. Die Anlehnung an die sowjetisch-amerikanische Iranpolitik**

Zwischen den Jahren 1946 und 1947 kam Qavam an die Macht. Er war für eine Anlehnung an die sowjetisch-amerikanische Iranpolitik. Er war der Meinung, dass Großbritannien nicht mehr allein dominante Entscheidungen der Weltpolitik treffen sollte. Die gemeinsame Iranpolitik beider Länder war aber von kurzer Dauer. Als Qavam spürte, dass die Zeit der Kooperation zwischen der Sowjetunion und den USA vorbei war, entschied

---

<sup>183</sup> Siehe Motazed, 1376/1997: 87, Zia, Politiker mit zwei Gesichtern, Bd. 2.

<sup>184</sup> Motazed, 1376/1997: 24, Zia, Politiker mit zwei Gesichtern, Bd. 2.

<sup>185</sup> Jami, 1355/1976: 223-246, Vergangenheit ist das Licht der Zukunft.

<sup>186</sup> Sepher, 1364/1985: 162-163, Die Geschichte der kommunistischen Bewegung im Iran.

<sup>187</sup> Maghsudi, 1380/2001: 70, Politische und soziale Änderung des Irans 1941-1979.

<sup>188</sup> Siehe Kapitel: Iran und Sowjetunion, Erdöl und Aserbaidschan und Kurdistan.

er sich für die Anlehnung an die USA. Eskandari spricht in seinen Memoiren von dieser mentalen Änderung: „Eines Tages sagte Qavam mir, ob ich (Eskandari) die Nachricht in der Zeitung über die Entlassung des Handelsministers von Roosevelt gelesen hätte? Nachdem ich mit ja antwortete, sagte Qavam weiter: (...) Der Handelsminister war für die politische Kooperation der USA mit der Sowjetunion. Seine Entlassung bedeutet die Beendigung der Zusammenarbeit zwischen den USA und der Sowjetunion.“<sup>189</sup> Danach kümmerte sich Qavam nicht mehr um die friedliche Lösung der Aserbaidshankrise und schlug den Weg nach rechts ein. In den Kabinettsitzungen sprach er nicht mehr von Aserbaidshan. „Ich hatte das Gefühl, dass er (Qavam) mit uns (Tudeh-Minister) nur spielt.“<sup>190</sup>

Außerdem versäumte Qavam die Anlehnung an die britische Iranpolitik. Dies war ein Fehler, da der Einfluss Großbritanniens auf der politischen Bühne des Irans immer noch zu stark war. Für die USA kam Qavam nicht als Vertrauter in Frage, denn er hatte gezeigt, dass er für die Realisierung seiner Ziele die Front wechseln konnte. Acheson, der Stellvertreter des State Department, glaubte, dass Qavam mit der Annäherung an die Sowjets übertrieben hatte.<sup>191</sup> Allen glaubte, dass die Regierung Qavams den Iran in die Unabhängigkeit führen würde.<sup>192</sup> Auch Großbritannien sah Qavam als Störfaktor. Beide Mächte entschieden sich für die Macht des Schahs, der offen gegenüber den USA und Großbritannien war. Die Unterstützung des Schahs ging auf Kosten der parlamentarischen Demokratie im Jahre 1948.

### **VII.5.3. Die Politik des negativen Gleichgewichtes**

Im November 1944 sprach Mossadegh im 14. Majlis über eine neue iranische Politik, die bis dahin einzigartig war, die der Realisierung eines negativen Gleichgewichtes in der Außenpolitik.<sup>193</sup> „Ziel dieser Politik ist, dass der Iran keiner fremden Regierung eine Konzession entgegen iranischen Interessen erteilt.“<sup>194</sup> Mossadegh war fest davon überzeugt, dass ein „Gleichgewicht nur dann erreicht wird, wenn der Konkurrenz zwischen den Mächten im Iran ein Ende bereitet wird. Wenn es nötig ist, muss man zwei Mächte gegeneinander ausspielen und dabei die iranischen Interessen schützen, ohne dass der Iran mit einer von ihnen koalitiert.“<sup>195</sup> Mit der Realisierung dieser Politik „können wir (die Iraner) die Freiheit im

---

<sup>189</sup> Eskandari, 1372/1993: 215, Memoiren.

<sup>190</sup> Eskandari, 1372/1993: 216, Memoiren.

<sup>191</sup> FRUS, 1946, VII.,S. 500-502.

<sup>192</sup> SD 891.00, Washington 11.10.1946, z. n. Fawcett, 1992: 137, Iran and the Cold War.

<sup>193</sup> Siehe Kapitel Erdöl.

<sup>194</sup> Kai Ostewan, 1327/1948:232, Die These des negativen Gleichgewichtes in der Außenpolitik, Bd. 1.

<sup>195</sup> Sepher, 1370/1991: 124-125, Iran in der Mossadegh Ära.

wahren Sinne erlangen und unsere Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen.“<sup>196</sup> Die fremden Länder sollten die iranische Unabhängigkeit in Tat und Wort berücksichtigen.<sup>197</sup>

In der Zeit zwischen 1944 und 1953 lebte die iranische Bevölkerung im ständigen Konflikt zwischen der Politik des negativen Gleichgewichtes unter Leitung Mossadeghs und der vom Schah propagierten Politik des positiven Nationalismus.

#### **VII.5.4. Die Anlehnung an die britisch-amerikanische Iranpolitik (Der positive Nationalismus)**

Mohammed Reza Schah (1941-1979) war ein iranischer Politiker, der sich an die britisch-amerikanische Iranpolitik anlehnte. Er hat mehrere Bücher geschrieben.<sup>198</sup> Sein letztes Buch, das er nach seinem Sturz im Jahre 1979 veröffentlichte, wird als das beste bewertet, da er darin versuchte, kritisch seine Regierungszeit zu analysieren.

Der Schah hatte Glück, dass er nach der iranischen Verfassung im Mittelpunkt der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Geschehnisse des Landes stand. In der Außenpolitik orientierte er sich zunächst an der britischen Iranpolitik. Bullard zufolge beriet der Schah mit dem britischen Botschafter in Teheran über seinen Kandidaten für das Ministerpräsidentenamt, bevor er ihn dem Parlament vorstellte. So sendete er z. B. Bullard am 29. Juli 1942 eine Nachricht, in der er „Qavam für das Ministerpräsidentenamt vorschlagen“ wollte.<sup>199</sup>

Bullard beschwerte sich sogar, dass der Schah - gegen seine Empfehlung – „die Unterhaltung mit den Mitgliedern anderer Botschaften verweigere“.<sup>200</sup> Jedoch war Bullard der Meinung, dass die Interessen Großbritanniens im Iran mit dem Schah an der Macht gesichert seien.<sup>201</sup>

Mit dem Schah und mit einigen Anhängern der britischen Politik im Majlis konnte Großbritannien seine Vorstellungen über die Zusammensetzung des iranischen Kabinetts zwischen 1941 und 1950 durchsetzen. Die Briten zeigten kein Interesse daran, dem Iran auf dem Weg zur Demokratisierung zu helfen. Bullard vertrat die Meinung, dass der Liberalismus, wie er in den westlichen Ländern existierte, für die Iraner bedeutungslos war.<sup>202</sup>

---

<sup>196</sup> Kai Ostewan, 1327/1948: 75, Die These des negativen Gleichgewichtes in der Außenpolitik, Bd. 2.

<sup>197</sup> Kai Ostewan, 1327/1948:35, Die These des negativen Gleichgewichtes in der Außenpolitik, Bd. 1.

<sup>198</sup> Die Bücher von M.R. Schah: Im Dienst meines Landes, Weiße Revolution, Auf dem Weg zu einer großen Zivilisation und Antwort an die Geschichte.

<sup>199</sup> Bullard to the Foreign Office, 29. Juli 1942, FO371, EP 31385.

<sup>200</sup> Bullard to the Foreign Office, 29. Juli 1942, FO371, EP 31385.

<sup>201</sup> Bullard to the Foreign Office, 29. Juli 1942, FO371, EP 31385.

<sup>202</sup> Teheran an Foreign Office, 3. Mai 1943, FO371/Persia- 35098.

R. W. Urquhart, der britische Konsul in Täbris, beschrieb das iranische Parlament als ein „Affenhaus,“ in der die Politiker verantwortungslos sprachen und stritten.<sup>203</sup> Das Foreign Office in London meinte, dass der Iran für die Demokratie noch nicht vorbereitet sei.<sup>204</sup>

Um eine sowjetische Herrschaft im Iran zu verhindern, empfahl Bullard die Wiedereinsetzung einer totalitären Herrschaft wie unter Reza Schah.<sup>205</sup> Dies war auch der Wunsch des Schahs.

Nach Kriegsende war Großbritannien geschwächt. Jedoch hielt der Schah weiterhin seine Kontakte mit Großbritannien aufrecht. Der Schah, der in den Jahren 1946 und 1947 auf Kosten Qavams eine gute Position in der iranischen Öffentlichkeit errungen hatte, versuchte seine Kontakte zu den USA zu verbessern. Er war davon überzeugt, dass er die Unterstützung Großbritanniens und der USA gegen Qavam benötigte. Er ernannte Ala zum iranischen Botschafter in Washington, der bald zu einem amerikanischen Vertrauten wurde. Der Schah selbst baute die Kontakte zu Allen, dem amerikanischen Botschafter in Teheran, aus. Der Schah spielte jeden Samstag mit Allen Tennis und beriet mit ihm die iranischen Probleme. Allen half dem Schah bei der Bewältigung der Probleme, wobei er natürlich die Interessen der USA vor Augen hatte. Auf diese Weise konnte die amerikanische Regierung direkt den Schah beeinflussen. Je freundlicher und intensiver die Kontakte zwischen den beiden wurden, desto mehr erhöhte sich das amerikanische Interesse an der Unterstützung eines autoritären Regimes unter dem Schah.<sup>206</sup> Das State Department gab dem Schah Informationen über die politischen Bewegungen im Iran, die Arbeit der iranischen Politiker sowie über Meinungsunterschiede zwischen Nomaden und Zentralregierung. G. Doohar, der während des Zweiten Weltkrieges in den Iran kam und 1946-1947 im amerikanischen Konsulat in Täbris arbeitete, leitete in den Jahren 1947-1950 die politische Abteilung der amerikanischen Botschaft in Teheran. Er übte über Allen einen guten Einfluss auf den Schah aus, so dass der Schah sogar einen Ministerpräsidenten<sup>207</sup> entsprechend dem Vorschlag der amerikanischen Botschaft nominierte.

Der Schah entwickelte eine Politik des positiven Nationalismus, die gut in die Zeit des Kalten Krieges passte, daher konnte sie fast vier Jahrzehnte lang die iranische Politik beherrschen. Der Schah schreibt, dass „die große Gefahr der kommunistische Imperialismus ist. Die Kommunisten begegnen den schwachen Ländern wie dem Iran wie die Katze der

---

<sup>203</sup> Täbris Notizen, 16-31. März 1943, FO 371/Persia-34093.

<sup>204</sup> Notizen des Foreign Office, 10.4.1942, FO 371/Persia-31385.

<sup>205</sup> Siehe Teheran an Foreign Office, 3. Mai 1943, FO 371/Persia-35098.

<sup>206</sup> Bill, 1371/1992:53, Lion and Adler.

<sup>207</sup> Ministerpräsident Razmara im Jahre 1950.

Maus.<sup>208</sup> „Die Sowjets haben Kutschek-Khan geholfen, 25 Jahre später (1941) den Iran militärisch besetzt, mit der Gründung der Tudeh-Partei die nationalen Interessen der Iraner bedroht und im Jahre 1945 zwei Autonomieregierungen im Nordiran gebildet. Dieser kommunistische Imperialismus ist wie ein Fleischfresser, der zunächst seine Opfer schlägt, damit die Verdauung des Fleisches leichter wird.“<sup>209</sup>

Im Gegensatz zur Sowjetunion interessierte sich der Schah für den Ausbau der Beziehungen mit den USA. Er sprach von der „gleichen Zielsetzung zwischen dem Iran und den Regierungen der westlichen Länder. Diese Ziele sind für uns (Iraner) eine große Ehre.“<sup>210</sup> Nach und nach distanzierte sich der Schah von der britischen Iranpolitik, vor allem aus zwei Gründen: zum einen stellte der Schah fest, dass Großbritannien keine Kraft mehr besaß, gegen die Sowjetunion aufzutreten. Zum anderen stimmte die Distanzierung von der britischen Iranpolitik mit dem Wunsch der iranischen Bevölkerung überein, denn die britische Regierung hatte bei der iranischen Bevölkerung ihr Ansehen verloren. Der Schah nutzte den Imageverlust der Briten in der iranischen Öffentlichkeit, um starke Ministerpräsidenten wie Qavam, Razmara und Mossadegh<sup>211</sup> als von den Briten abhängige Personen zu bezeichnen und damit dem Prestige der Ministerpräsidenten zu schaden.

Der Schah bezeichnete die USA nicht als imperialistisches Land, sondern als ein Land, „das unsere Nation - im Gegensatz zum alten Empire - nicht kolonialisierte. Das amerikanische Verhalten uns gegenüber war von Freundlichkeit und Gleichberechtigung gekennzeichnet. Das Vier-Punkte-Programm ermöglichte uns wirtschaftlichen Fortschritt sowie internationale Freiheit. Die freien westlichen Regierungen wollten dem Iran bei den Finanz-, Technik-, und Wirtschaftsangelegenheiten helfen. Wieso (sollte man) nicht die Hilfe akzeptieren und wieso (sollte man) nicht mit ihnen koalieren?“<sup>212</sup>

Die Politik des positiven Nationalismus bedeutete die Koalition mit den westlichen Ländern unter Schirmherrschaft der USA. Diese Politik war gegen die Sowjetunion gerichtet, was genau zu der Zeit des Kalten Krieges passte. Sie stimmte mit der Anschauung der iranischen Bevölkerung überein. Diese Politik herrschte im Iran bis zum Sturz des Schahs im Jahre 1979.

Die Rolle der USA bei der Unterstützung des Schahs sollte nicht unterbewertet werden, denn die Armee, die den Erfolg des Schahs sicherte, gehorchte amerikanischen

---

<sup>208</sup> Pahlavi, 1366/1987: 208 u. 607, Im Dienst meines Landes, Persische Ausgabe.

<sup>209</sup> Pahlavi, 1366/1987: 208-209, Im Dienst meines Landes, Persische Ausgabe.

<sup>210</sup> Pahlavi, 1366/1987: 611, Im Dienst meines Landes, Persische Ausgabe.

<sup>211</sup> Siehe Pahlavi, M. R. 1979: 73, Antwort an die Geschichte

<sup>212</sup> Pahlavi, 1366/1987: 611, Im Dienst meines Landes, Persische Ausgabe.

Militärexperten. Der Schah hatte seine gegnerische Position gegenüber der Sowjetunion und seine Freundschaft zu der amerikanischen Regierung mit der Entsendung seines besten Vertrauten in die USA, H. Ala, unter Beweis gestellt. Ala setzte sich für die Durchsetzung der Ideen des Schahs ein und leistete Widerstand gegen Ministerpräsident Qavam. Ala harmonisierte die iranische Position mit der amerikanischen Politik.<sup>213</sup> Die mentale Anpassung des Schahs an die amerikanische Iranpolitik kann man aus einer Aussage Zias herauslesen: Zia warf dem Schah vor, „sich in die Arme der USA geworfen zu haben und seine Empfehlungen nicht hören zu wollen.“<sup>214</sup>

Das Verhalten des Schahs spiegelte die amerikanischen Interessen gegen das sowjetische Feindbild wider. Die USA zeigten, dass sie gegenüber Qavam lieber den Schah favorisierten.<sup>215</sup> Der Schah konnte die Gefahr des Kommunismus gut nutzen und die amerikanischen Behörden davon überzeugen, dass er die amerikanischen Interessen im Iran besser schützen würde.<sup>216</sup> Als Truman in dieser Zeit seine Doktrin zur Bekämpfung des internationalen Kommunismus bekannt gab, warnte der Schah davor, dass der Iran ohne ein wirtschaftliches Programm zur Erhöhung des allgemeinen Wohlstandes nicht gegen die Propagandatätigkeit der Sowjetunion Widerstand leisten könnte.<sup>217</sup> Die Stärkung des Schahs bedeutete die Zerstörung des iranischen Versuches zur Durchsetzung eines demokratischen Parlamentarismus.

## **VII.6. Zusammenfassung**

Nach Ankunft der amerikanischen Truppen im Iran im Jahre 1942, die das Nachschubwesen der Besatzungsmächte sichern sollten, bat die iranische Regierung um die Hilfe der USA aufgrund ihrer Finanz- und Sicherheitsschwierigkeiten. Der Bitte, neue Experten in den Iran zu schicken, wurde mit der Entsendung zweier Missionen entsprochen.

Während der Teheran-Konferenz (28.11.-1.12.1943) kam es zur Veröffentlichung einer Erklärung, die die Eigenständigkeit sowie die Unterstützung des wirtschaftlich geschädigten Iran auf eine vertragliche Basis stellte. Die Besetzung durch die Mächte schien nur noch vorübergehend zu sein. Den USA kam als Initiator dieses Vertrages besondere Bedeutung zu. Nicht zuletzt war durch das Eingreifen der USA in die Politik der beiden Mächte,

---

<sup>213</sup> Für die Meinungsunterschiede zwischen Qavam und Ala siehe FRUS, 1946, VII, S. 476.

<sup>214</sup> Motazed, 1376/1997: 608, Zia, Politiker mit zwei Gesichtern, Bd. 2.

<sup>215</sup> Fawcett, 1992: 132, Iran and the Cold War.

<sup>216</sup> Fawcett, 1992: 135, Iran and the Cold War.

<sup>217</sup> FRUS, 1946, VII, S. 495.

Großbritannien und die Sowjetunion, für die nächsten Jahrzehnte ein mächtiger Gegenspieler in der Nahostpolitik zu Tage getreten.

Die enge Zusammenarbeit zwischen dem Iran und den USA kam zwangsweise während des Zweiten Weltkriegs mit Zustimmung der Briten und Toleranz der Sowjets zustande.

Während des Zweiten Weltkrieges entwickelte die amerikanische Regierung ihr politisches, wirtschaftliches und militärisches Programm gegenüber dem Iran. Das Programm beinhaltete die Bewahrung der Unabhängigkeit Irans bzw. seine politische, wirtschaftliche und militärische Stärkung. Im Iran vollzog sich ein mentaler Wandel.

Aus gegenseitigem Interesse von USA und Iran entfaltete sich eine amerikanische Verpflichtung gegenüber dem Iran, die bis 1979 andauerte.

## VIII. Schlussbemerkung

Der Iran erklärte nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges am 1. September 1939 seine Neutralität, von der er politisch und wirtschaftlich profitierte. Als der Zweite Weltkrieg durch den Angriff des Deutschen Reiches auf die Sowjetunion im Jahre 1941 eine Wende nahm, wurde der Iran zum Opfer: Briten und Sowjets besetzten das Land gemeinsam und teilten es in zwei Einflusszonen nach dem Mustervertrag von 1907 auf. Sie integrierten den Iran wirtschaftlich in ihre Herrschaftsgebiete, um ihre traditionellen ökonomischen Interessen zu wahren, obwohl dies den iranischen Bestrebungen nach größerer Eigenständigkeit entgegenstand. Wichtigstes Ereignis auf politischer Ebene war die Absetzung Reza Schahs. Dies führte zu einer Wiederbelegung der parlamentarischen Demokratie auf der Grundlage der iranischen Verfassung von 1906. Diese Verfassung sollte eigentlich das Schicksal der iranischen Bevölkerung bestimmen. Sie zeigte sich aber im praktischen Leben „veraltet und mangelhaft“ und für die damalige „Zeitperiode nicht geeignet.“<sup>1</sup> Sie steuerte zur Komplexität der Entscheidungen durch Parlament, Kabinett und königlichen Hof bei. Folgen dieser differierenden Standpunkte waren Hungersnot, Unsicherheit, Inflation und wirtschaftliches Fiasko. Dazu kamen die Einflüsse der Besatzer, die die Arbeit dieser Institutionen noch zusätzlich erschwerten. Auch Großbritannien setzte mit seiner offensiven Iranpolitik die iranische Regierung unter Druck. In Hinblick auf die im August 1941 in der Atlantik-Charta konstatierten Ideale bleibt festzuhalten, dass sich diese in der britischen Iranpolitik nicht widerspiegelten. Im Gegenteil, jeder einzelne Punkt wurde bewusst missachtet, um den Iran im Empire zu halten. London drohte in dieser Zeit mit einem Wechsel der iranischen Regierung, wenn diese nicht im Rahmen britischer Vorstellungen arbeitete. London griff somit in die Rechte eines souveränen Staates ein. Deswegen geriet die britische Iranpolitik in die Defensive.

Die zweite Besatzungsmacht war die Sowjetunion. Sie verfolgte, im Gegensatz zu Großbritannien, eine Doppelstrategie (Kooperation mit der iranischen Bevölkerung versus Konfrontation mit der iranischen Regierung). Auf diese Weise gewann sie ein neues Image und Prestige im Iran, denn diese Politik wurde von der iranischen Bevölkerung mit Begeisterung und von der britischen sowie der amerikanischen Regierung mit Verständnis und Toleranz aufgenommen. Allerdings erfuhr die Politik der Verbündeten einen Riss, als der Iran den amerikanischen Ölfirmen im Jahre 1944 eine Erdölkonzession erteilen wollte. Hier kamen zum ersten Mal die Interessenunterschiede der Alliierten ans Licht und legten den Grundstein für den späteren Ost-West-Konflikt, denn das Erdöl war „ein lebenswichtiger

---

<sup>1</sup> Siehe *Aserbaidshan*, 12.1.1324/1.4.1946; *Azad-Mellat*, 4.2.1325/26.4.1946.

Faktor in der militärischen und wirtschaftlichen Strategie der Mächte in der Kriegzeit.“<sup>2</sup> Die Sowjets beanspruchten die Erdölkonzession für sich, die Briten waren geteilter Meinung. Das iranische Parlament suchte einen Ausweg aus diesem Dilemma und verabschiedete ein Gesetz, nach dem die Konzessionsvergabe an Fremde generell verboten war. Das Parlament entschied sich dafür, die Erschließung und Ausbeutung seiner Erdölressourcen in eigener Regie zu betreiben und gegebenenfalls mit der Sowjetunion über den Kauf nordiranischen Öls zu verhandeln.<sup>3</sup>

Der sowjetische Misserfolg bei der Erdölkonzession führte zur Verweigerung des sowjetischen Truppenabzuges aus dem Iran sowie zur Unterstützung von zwei Autonomieregierungen in Aserbaidschan und Kurdistan. Die Aserbaidschaner und die Kurden waren bereits seit längerer Zeit Opfer der Diskriminierungspolitik der iranischen Zentralregierung gewesen. Sie nutzten den sowjetischen Beistand für die Realisierung ihrer Ziele.

Als Reaktion auf die sowjetische Iranpolitik unterstützte Großbritannien wiederum zwei Autonomiebewegungen im Südiran. Das Parlament, das bereits die Teilung des Landes vor Augen sah, nominierte Qavam zum Ministerpräsidenten. Mit Qavam schien der sowjetische Vorsatz, eine Erdölkonzession zu erlangen, realisierbar zu sein. Qavam, der für ein positives Gleichgewicht in der Außenpolitik plädierte, realisierte stattdessen eine Politik des negativen Gleichgewichtes. Er verfolgte eine Doppelstrategie: Zum einen verhandelte er direkt mit den Sowjets und zum anderen brachte er die sowjetische Einmischung in die inneren Angelegenheiten Irans vor den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Die iranische Klage wurde in der Weltöffentlichkeit mit Achtung und Respekt aufgenommen, da die Sowjetunion in den Ländern Osteuropas ähnlich vorging. Durch die Geschicklichkeit Qavams konnte sowohl der Abzug der sowjetischen Truppen aus dem Iran erfolgreich abgeschlossen werden<sup>4</sup> als auch die Autonomiebewegungen im Nordiran niedergeschlagen werden. Die erste große Konfrontation des Kalten Krieges endete mit dem Sieg der Vereinten Nationen. Die USA, die sich für diese eingesetzt hatte, waren die Gewinner. Der Iran war die der Ort der ersten Niederlage der Sowjetunion im Kalten Krieg.

Am 22. Oktober 1947 lehnte das iranische Parlament den Qavam-Sadchikow-Vertrag über die Gründung einer sowjetisch-iranischen Erdölgesellschaft mit 102 gegen 2 Stimmen

---

<sup>2</sup> Frechtling, 1941: 70, Oil and the War, in: Foreign Policy Reports 16-17, 1940-1942.

<sup>3</sup> FRUS, 1947, Bd. V, S. 969f.; Siehe auch Kirk, 1954: 88, The Middle East 1945-50.

<sup>4</sup> Nach amerikanischer Bewertung waren „der Druck der USA, Vereinten Nationen und schlaue Politik von Iranern, die zur Ausweisung der fremden Truppen aus dem Iran führten.“ Siehe geheime Dokument in: Documents from the U.S. Espionage, 1364/1985: 139, U.S. interventions in Iran (1), Bd. 8.

ab. Die Ablehnung des Vertrages bedeutete den iranischen Abschied von der sowjetischen Iranpolitik, die den Iran aus Sicherheitsgründen beeinflussen wollte. Damit wurde eine Wende in der iranischen Außenpolitik eingeleitet und der Weg für die dauerhafte Durchsetzung der amerikanischen Iranpolitik freigemacht. Die Amerikaner waren erst nach britischer Aufforderung im Jahre 1942 im Iran eingetroffen. Sie nahmen den Iran als Interessengebiet Großbritanniens und der Sowjetunion wahr, in dem das ökonomische Interesse Großbritanniens mit britischem Großmacht- und Prestigegeedenken gepaart war. Trotz der amerikanischen Anerkennung des britischen Empire im Nahen Osten als Hegemonialmacht betrachteten die USA das Verhalten der Verbündeten im Iran sehr kritisch. Im Juli 1942 hatte John Foster Dulles<sup>5</sup> dem britischen Außenminister Anthony Eden nahegelegt, den britischen Nationalstolz zu überwinden und neue Perspektiven in der Frage der Dekolonialisierung zu entwickeln, damit London die Kooperation mit Washington nach dem Krieg sichern könnte.<sup>6</sup> Obwohl das Foreign Office die Kooperation mit den USA im Iran begrüßte und sich offiziell bereit erklärte, die amerikanischen Interessen im Iran zu akzeptieren,<sup>7</sup> war Großbritannien nicht bereit, von seiner bisherigen Linie abzuweichen.

Sowohl die britische als auch die sowjetische Iranpolitik führten zur Entwicklung einer selbstständigen amerikanischen Iranpolitik. Präsident Roosevelt hatte sogar geplant, den Iran nach Kriegsende zu einem Modell für amerikanisches Engagement und amerikanische Aufbauarbeit in der Dritten Welt zu machen. Doch bereits das dieser Idee zugrundeliegende Memorandum von John D. Jernegan wies vor dem Hintergrund der traditionellen britisch-sowjetischen Rivalität im Iran darauf hin, dass sich die wirtschaftliche Entwicklung jeder Region der Erde auf die USA auswirken könnte.

Im August 1943 betonte Hull bezüglich der amerikanischen Iranpolitik und der Bedeutung Saudi-Arabiens gegenüber Roosevelt, dass „it is to interest, that no great power be established on the Persian Gulf opposite the important American petroleum development in Saudi Arabia.“<sup>8</sup> Überdies rückte in den vierziger Jahren der Nahe Osten stärker ins Blickfeld. Der Iran war ein Ort, an dem die idealistischen und realistischen amerikanischen Interessen miteinander verflochten waren.

Mit der Truman-Doktrin wurde die traditionelle geostrategische Lage des Irans in der Zeit des Kalten Krieges für den Westen bestätigt. Die amerikanische Iranpolitik musste im Hinblick auf das Ziel gestaltet werden, eine sowjetische Expansion im Iran und im Nahen

---

<sup>5</sup> Amerikanischer Vorsitzender der „Commission on a Just and Durable Peace“ im Jahre 1942.

<sup>6</sup> Siehe Pruessen, 1982: 211, John Foster Dulles. *The Road to Power*.

<sup>7</sup> Siehe Notiz des FO an amerikanischen Botschaft in London, 4.1.1943, E7330/22/34- FO 371/31420.

<sup>8</sup> FRUS, 1943, Bd. 4, 378; Painter, *Oil and the American Century*, 77.

Osten zu verhindern. Washington war darum bemüht, dass das Land mit dem Bündnis diesseits des Eisernen Vorhangs assoziiert blieb. Zu diesem Zweck war es überdies essentiell, die Stabilität dieser Länder durch wirtschaftliche Verbindungen mit dem kapitalistischen System zu gewährleisten. Auf diese Weise konnte die Ölversorgung der europäisch-amerikanischen Allianz gesichert werden. Die amerikanischen Interessen erforderten eine enge Kooperation mit Großbritannien als Hegemonialmacht im Nahen Osten. Die USA festigten ihre Beziehung zu dem britischen Verbündeten. Probleme, die diese Beziehung zu Kriegszeiten belastet hatten, wurden von beiden Seiten zu beseitigen versucht. Der Nahe Osten hatte sich in der langfristigen Energieversorgung als „New Centre of Gravity“<sup>9</sup> herauskristallisiert, welcher im Einflussbereich der westlichen Allianz gehalten werden musste. Die USA wollten aus energiepolitischen Gründen und Großbritannien aus ökonomischen Gründen den Iran an ihrer Seite wissen. Der Iran lag nicht nur als Subjekt, sondern auch als umkämpftes Objekt der internationalen Politik in einer Region, in der sich die Interessen mehrerer Mächte im epochalen Umbruch dieser Jahre trafen und überschneiden. Daher war es für die USA wichtig, dass der Iran als Brückenkopf zwischen Europa, Asien und Afrika sowie als Schutzwall für die amerikanischen Wirtschaftsinteressen in Saudi-Arabien fungierte, da die Sowjetunion mit ihrer kommunistischen Ideologie versuchte, die Staaten im Nahen Osten von innen zu unterwandern.

Nicht nur die amerikanische Regierung sondern auch der Iran förderte die Zusammenarbeit mit den USA, denn der Iran war bezüglich der Absichten und Ziele der Sowjetunion sowie Großbritanniens im Iran unsicher. Die USA zeigten sich kooperativ und bereit, für die Wahrung der iranischen Unabhängigkeit und Einheit gegenüber der Sowjetunion und teilweise auch gegenüber Großbritannien einzutreten. Der Iran hatte sich für den Westen entschieden.

Der Misserfolg der Parlamentarischen Demokratie war nicht nur auf die Komplexität der iranischen Verfassung und die unfähigen iranischen Politiker zurückzuführen, sondern er war auch das Resultat der Einmischung fremder Mächte, die die Entwicklung eines demokratischen Prozesses im Iran verhinderten. Am Ende dieses Zeitabschnitts waren es die USA und Großbritannien, die die Herrschaft von M. R. Schah Pahlavi als Garant für den Schutz der westlichen Interessen im Iran und im Nahen Osten während des Kalten Krieges angesehen und unterstützt hatten. M. R. Schah blieb 38 Jahre lang an der Macht. Die iranische Revolution von 1979 setzte seiner Herrschaft als Reaktion auf die Machtinteressen der USA und Großbritanniens ein Ende.

---

<sup>9</sup> Siehe Yergin, 1991: 391, The Prize.

## **IX. Anhang**

### **IX.1. Der iranische Kalender im Vergleich mit dem deutschen Kalender**

- |     |           |  |
|-----|-----------|--|
| 1)  | Januar    | = 11. Dai - 11. Bahman 31 Tage           |
| 2)  | Februar   | = 12. Bahman - 9 (10) Esfand 28 Tage     |
| 3)  | März      | = 10 (11) Esfand - 11 Farvardin 31 Tage  |
| 4)  | April     | = 12 Farvardin - 10 Ordibehescht 30 Tage |
| 5)  | Mai       | = 11. Ordibehescht - 10. Chordad 31 Tage |
| 6)  | Juni      | = 11. Chordad - 9. Tier 30 Tage          |
| 7)  | Juli      | = 10. Tier - 9. Mordad 31 Tage           |
| 8)  | August    | = 10. Mordad - 9. Schriavar 31 Tage      |
| 9)  | September | = 10. Schriavar - 8. Mehr 30 Tage        |
| 10) | Oktober   | = 9. Mehr - 9. Aban 31 Tage              |
| 11) | November  | = 10. Aban - 9. Azar 30 Tage             |
| 12) | Dezember  | = 10. Azar - 10. Dai 31 Tage             |

## IX.2. Die Ministerpräsidenten des Irans von 1941 bis 1953 sowie die Botschafter des Irans und der Mächte

Die Ministerpräsidenten des Irans von 1941 bis 1953			
	Ministerpräsident	Regierungszeit	
1	Furughi	27.08.1941 / 09.03.1942	05.06.1320 / 18.12.1320
2	Soheily	09.03.1942 / 06.08.1942	18.12.1320 / 15.05.1321
3	Qavam	09.08.1942 / 14.02.1943	18.05.1321 / 25.11.1321
4	Soheily	14.02.1943 / 27.03.1944	28.11.1321 / 07.01.1323
5	Saéd	28.03.1944 / 11.11.1944	08.01.1323 / 20.08.1323
6	Bayat	25.11.1944 / 02.05.1945	04.09.1323 / 12.02.1324
7	Hakimi	12.05.1945 / 13.06.1945	22.02.1324 / 23.03.1324
8	Sadr	12.06.1945 / 14.10.1945	22.03.1324 / 22.07.1324
9	Hakimi	29.10.1945 / 20.01.1946	07.08.1324 / 30.10.1324
10	Qavam	23.01.1946 / 25.12.1947	03.11.1324 / 05.10.1326
11	Hakimi	Dez.1947 / Juni 1948	
12	Hajir	Juni 1948-Nov. 1948	
13	Saéd	Nov. 1948-März 1950	
14	Mansur	März-Juni 1950	
15	Razmara	Juni 1950-März 1951	
16	Ala	März-April 1951	
17	Mossadegh (1. Kabinett)	April 1951-Juli 1952	
18	Mossadegh (2. Kabinett)	Juli 1952-August 1953	

Jahr	Sowjetische Botschafter im Iran	Iranische Botschafter in Moskau*
1941	A. A. Smirnow	Majid Ahi 22.6.1942-23.7.1946
Ende 1943	M. A. Maximov	(1.4.1321-1.6.1325)
März 1946-1953	I. V. Sadchikow	Mosafar Firuz 23.7.1946- 23.7.1947 (1.6.1325-1.6.1326) Hamid Seiyah 23.7.1947-21.4.1949 (1.7.1326-1.2.1328)

Jahr	Britische Botschafter im Iran	Iranische Botschafter in London*
1941-1946	S. R. Bullard	Taqizadeh 23.10.1941-23.6.1947 (1.8.1320-1.4.1326)
1946-1950	J. H. Le Rougetel	Mohsen Raiis 23.6.1947-23.7.1950 (1.5.1326-1.5.1329)

Jahr	Amerikanische Botschafter im Iran	Iranische Botschafter in Washington*
1940-1944	Louis Dreyfus, Jr.	M. Schayasteh 23.8.1939-23.7.1945 (1.9.1318-1.6.1324)
1944-1945	L. B. Morris	
1945-1946	W. Murray	H. Ala 23.7.1945-20.2.1950
1946-1948	George V. Allen	(1.6.1324-1.12.1328)

\* Zusammengefasst aus dem Buch, Die Politiker in der iranischen Außenbeziehung.

### IX.3. Abkürzungen

AIA	Archiv des iranischen Außenministeriums
AIOC	Anglo Iranian Oil Company
AMOCO	American Oil Company
AMP	Archiv des Amtes des iranischen Ministerpräsidenten
B.B.C.	British Broadcasting Corporation
BP	British Petroleum
CIA	Central Intelligence Agency
CIG	Central Intelligence Group
CAB	Cabinet Office
DBFP	Documents on British Foreign Policy
DBPO	Documents on british policy overseas
DMSB	Daftar e motaleat e siasi wa binulmelali
DPA	Demokratische Partei Aserbaidshan
DPK	Demokratische Partei Kurdistan
ed.	editor
eds.	editors
FO	Foreign Office
FRUS	Papers Relating to the Foreign Relations of the United States
HMSO	His Majesty's Stationary Office
IOR	India Office
SMM	(Surat) Mozakerat majles schora é melli / Mozakerat majles schora é melli (Debatten des iranischen Parlamentes)
MMS	Majalle Mozakerat majles schora é melli (die Zeitschrift der Debatten des iranischen Parlamentes)
SAMI	Sasman asnad melli Iran (Das Amt der iranischen Nationaldokumente )
SoS	Secretary of State

#### IX.4. Zeittafel

<b>Zeittafel</b>		
1906		Die Konstitutionelle Revolution
1907		Die Teilung Irans zwischen Großbritannien und Russland
1915		Die Teilung Irans zwischen Großbritannien und Russland ohne neutrale Zone
1919		Vusugh-Curzon-Abkommen (zwischen Großbritannien und Iran)
1919		Die Autonomiebestrebungen in Aserbaidschan, Gilan und Khurasan
1921	21.2.	Der Putsch Zias und Reza Khans
1925	12.12.	Krönung Reza Schah (1925-41)
1936	25.10.	Deutsch-italienischer Vertrag, "Achse Berlin-Rom"
1936	25.11.	Antikominternpakt zwischen Deutschland u. Japan
1937	8.7.	Vertrag von Saadabad
1939	15.3.	Einmarsch Deutscher Truppen in die Tschechoslowakei, Bildung des Reichsprotektorats Böhmen u. Mähren.
1939	23.8.	Abschluss des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes
1939	1.9.	Ausbruch des Zweiten Weltkrieges (Beginn des deutschen Angriffs auf Polen)
1939	3.9.	Kriegserklärung Großbritanniens u. Frankreichs an das Deutsche Reich
1939	4.9.	Iranische Regierung erklärte ihre Neutralität
1939	31.10.	Konstituierung des 12. iranischen Parlaments (Arbeitsende 31.10.1941)
1941	22.6.	Angriff gegen die Sowjetunion
1941	25.8.	Einmarsch sowjetischer u. britischer Truppen in den Iran
1941	16.9.	Abdankung von Reza Schah
1941	31.10.	Arbeitsende des 12. iranischen Parlaments
1941	12.11.	Konstituierung des 13. iranischen Parlaments (Arbeitsende 23.11.1943)
1941	11.12.	Kriegserklärung Deutschlands an die USA
1942	29.1.	Bündnisvertrag zwischen Iran, Sowjetunion u. Großbritannien.
1943	14-25.1.	Konferenz von Casablanca zwischen Roosevelt u. Churchill, Forderung nach "bedingungsloser Kapitulation".
1943	31.1.-2.2.	Kapitulation der 6. deutschen Armee in Stalingrad.
1943	2.2.	Stalingrad, Schlacht von (1942/43)
1943	9.9.	Kriegserklärung Irans an das Deutsche Reich
1943	23.11.	Arbeitsende des 13. iranischen Parlaments
1943	28.11-1.12	Konferenz von Teheran.

1944	9.2.	Die Erhebung der amerikanischen Gesandtschaft in die Botschaft
1944	4.-11.2.	Konferenz von Jalta.
1944	26.2.	Konstituierung des 14. iranischen Parlaments (Arbeitsende 1946)
1944	6.6.	Alliierte Landung in Nordwestfrankreich.
1944	15.12.	Ankunft Kavtarazde in Teheran und Forderung nach Erdölkonzession
1945	12.4	Tod des amerikanischen Präsidenten Roosevelt.
1945	25.4.	Zusammentreffen amerikanischer u. sowjetischer Truppen bei Torgau an der Elbe.
1945	8.5.	Ende des Zweiten Weltkrieges (17.2.1324)
1945	7.-9.5.	Unterzeichnung der deutschen Kapitulation in Reims u. Berlin-Karlshorst.
1945	26. 6.	Gründung der Vereinten Nationen.
1945	2.8.	Konferenz von Potsdam
1945	15.9.	Proklamation der autonomen Republik Aserbaidschan durch DPA
1945	11.10.	Verschiebung der 15. Parlamentsperiode bis zum endgültigen Abzug aller ausländischen Truppen aus dem Iran
1945	11.9-2.10.	Londoner Konferenz
1945	Nov.	Moskauer Konferenz
1945	14.8.	Kapitulation Japans
1946	22.1.	Proklamation der autonomen Republik Mahabad in Kurdistan
1946	16.2.	das Kabinett Qavams
1946	20.2	Arbeitsende der 14. iranischen Parlamentsperiode
1946	3.3.	Abzug der britischen u. amerikanischen Truppen aus dem Iran.
1946	10.5.	Abzug der sowjetischen Truppen aus dem Iran.
1946	13.6.	Firus-Pischewari-Vertrag unterzeichnet
1946	15.6.	Khusistan-Gemeinde fordert eine Autonomieregierung in Khusistan in einem Telegramm an Qavam
1946	1.8.	Zweites Kabinett Qavams mit drei Ministern aus der Tudeh-Partei
1946	20.9.	Proklamation der Süd(iran)-Bewegung in einem Telegramm an Qavam
1946	16.10.	Drittes Kabinett Qavams ohne Beteiligung der Tudeh-Mitglieder
1947	17.6.	Konstituierung des 15. iranischen Parlaments (Arbeitsende 1949)
1947	22.10	Ablehnung des Qavam-Sadchikow-Abkommens
1947	März/April	Moskauer Konferenz der Außenminister der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der UdSSR
1949	23.10.	Die Bildung der Partei Nationale Front mit 19 Personen u.a. Mossadegh
1950	10.2.	Konstituierung des 16. iranischen Parlaments (Arbeitsende 1952)
1950	10.8.	Die Eröffnung der ersten iranischen Senatsperiode (Arbeitsende 1952)
1951	15.3.	Die Ratifizierung des Nationalisierung der Erdölindustrie durch das Majlis am 15.3.1951 und durch den Senat am 20.3.1951.

1951	28.4.	Dr. Mossadegh als Ministerpräsident des Irans an der Macht
1951	31.7.	Verstaatlichung der iranischen Erdölindustrie
1953	5.3.	Tod Stalins
1953	19.8.	Sturz Mossadeghs

## IX.5. Tab. 1-7

<b>Tab. 1. Der iranische Außenhandel mit der UdSSR 1932-1945 in Mill. Rial*</b>				
Jahr	Import	Export	Summe	% z. gesamten Außenhandel des Irans
1932	201	117	319	27%
1933	145	90	235	22%
1934	193	103	396	34%
1935	241	186	427	29%
1936	277	270	547	36%
1937	315	235	550	34%
1938	113	37	150	11,5%
1939	7	.....	7	5%
1940	84	117	201	11%
1941	68	125	193	13,5%
1942	179	120	299	15%
1943	295	244	538	24%
1944	581	198	779	21%
1945	949	227	1176	24,5%
<b>Tab. 2. Der iranische Außenhandel mit England 1933-1946 in Mill. Rial*</b>				
1933	73	71	144	12%
1934	63	56	119	11%
1935	95	50	145	12%
1936	85	123	208	15%
1937	66	60	126	8%
1938	79	42	121	7%
1939	52	74	126	10%
1940	47	75	122	9%
1941	68	21	89	4,75%
1942	32	27	59	6%
1943	59	46	105	5,5%
1944	81	41	122	6%
1945	153	22	175	4,65%
1946	239	124	363	7,5%
<b>Tab. 3. Der iranische Außenhandel mit British-Indien 1933-1946 in Mill. Rial*</b>				
1933	69	56	125	11%
1934	60	56	116	11%
1935	56	51	107	9%
1936	56	55	111	8%
1937	89	26	115	8%
1938	75	31	106	6%
1939	70	45	115	9%
1940	65	57	120	9%
1941	78	57	135	7,5%
1942	93	133	226	16%
1943	725	91	816	44%
1944	558	108	666	3%
1945	940	198	1138	30,3%
1946	500	262	762	16%

\* Aus Wezarat Darai'1325:5 ff, Die Veröffentlichungen des Finanzministeriums.

**Tab. 4. Der iranische Außenhandel mit dem Deutschen Reich 1932-1945 in Mill. Rial\***

Jahr	Import	Export	Summe	% z. gesamten Außenhandel des Irans
1932	50	43	93	8%
1933	64	66	130	13%
1934	59	44	103	9%
1935	119	83	202	14%
1936	190	138	328	21%
1937	247	199	446	27%
1938	268	290	538	41,4%
1939	160	393	553	39%
1940	370	443	813	46%
1941	147	173	320	22,5%
1942	27	.....	27	1%
1943	4	.....	4	1%
1944	4	.....	4	1%
1945	7	.....	7	1%

**Tab. 5. Der iranische Außenhandel mit den USA 1932-1946 in Mill. Rial\***

1933	54	83	137	12%
1934	58	78	136	12%
1935	.....	.....	.....	.....
1936	83	59	142	11%
1937	81	77	158	10%
1938	83	55	138	8, %
1939	35	53	88	7%
1940	40	93	133	10%
1941	72	124	196	10,5%
1942	160	167	327	23%
1943	146	172	318	18%
1944	116	157	273	12%
1945	735	148	883	23,3%
1946	848	302	1.150	23,9%

\* Aus Wezarat Darai'1325:5 ff, Die Veröffentlichungen des Finanzministeriums.

**Tab. 6. Der britische, sowjetische und amerikanische Anteil am gesamten Außenhandel des Iran in Prozent\*\***

Jahr	England	Britisch-Indien	Sowjetunion	USA	Deutsches Reich	Andere Länder
1933	12	11	22	12	13	
1934	11	11	34	12	9	23
1935	12	9	29	11	14	25
1936	15	8	36	11	21	9
1937	8	8	34	10	27	13
1938	7	6	11,5	8	41,4	26,1
1939	9,5	8,5	5	6,5	39	31,5
1940	8,5	8,5	11	9,5	45,5	17
1941	4	7,5	13,5	10,5	22,5	42
1942	4,7	15,75	15	22,7	1,25	40,56
1943	5,5	43,5	24	17,5	1	8,5
1944	5,5	30	21	23,3	1	19,2
1945	4,65	30,5	24,5	23,3	1	16,05

\*\* Zusammengefasst aus Wezarat Darai'1325:5 ff, Die Veröffentlichungen des Finanzministeriums.

<b>Tab. 7. Die iranische Ausfuhr an Erdöl und Erdölproduktion*</b>		
<b>Jahr</b>	<b>Gewicht in Mill. Tonnen</b>	<b>Wert in Mill. Rial</b>
1935	7192	1767
1936	6860	1296
1937	8031	1558
1938	9467	1877
1939	9566	1779
1940	8266	1680
1941	7032	1313
1942	4994	1011
1943	8871	3483
1944	8436	3277
1945	10107	3918
1946	14958	5612

\* aus Cheibani, 1956: 41, Iran und seine Außenhandelsbeziehungen

## **X. Quellen- und Literaturverzeichnis**

### **X.1. Iran**

#### **X.1.1. Unveröffentlichte Quellen**

Archiv des iranischen Außenministeriums (Archiv e vesarat umur e khareje), Teheran

Archiv des Amtes des iranischen Ministerpräsidenten (Archiv e Daftar e nakhustvasiri iran), Teheran

Das Amt der iranischen Nationaldokumente, (Sasman asnad melli Iran), Teheran

#### **X.1.2. Veröffentlichte Quellen**

#### **X.1.3. Das Parlament**

Die Debatten des iranischen Parlaments, 13. Legislaturperiode (MM), Surat mozakerat majlis schora-e mille, Dura 13. Qanunghozari, Bd.1, 22.9.1320-29.2.1321/ 13.12.1941-19.5.1942

Die Debatten des iranischen Parlaments, 13. Legislaturperiode (MM), Surat mozakerat majlis schora-e mille, Dura 13. Qanunghozari, Bd.2, 31.2.1321-03.9.1321/21.5.1942-24.11.1942

Die Debatten des iranischen Parlaments, 13. Legislaturperiode (MM), Surat mozakerat majlis schora-e mille, Dura 13. Qanunghozari, Bd.3, 05.9.1321-12.3.1322/ 26.11.1942-3.6.1943

Die Debatten des iranischen Parlaments, 14. Legislaturperiode (MM), Surat mozakerat majlis schora-e mille, Dura 14. Qanunghozari, Bd.1, 06.12.1322-05.6.1323 /26.2.1944-27.8.1944

Die Debatten des iranischen Parlaments, 14. Legislaturperiode (MM), Surat mozakerat majlis schora-e mille, , Dura 14. Qanunghozari, Bd. 2, 11.06.1323-12.11.1323/ 2.9.1944-2.1.1945

Die Debatten des iranischen Parlaments, 14. Legislaturperiode (MM), Surat mozakerat majlis schora-e mille, Dura 14. Qanunghozari, Bd. 3, 17.11.1323-16.12.1324/ 7.1.1945-7.3.1946

Die Debatten des iranischen Parlaments, 15. Legislaturperiode (MM), Surat mozakerat majlis schora-e mille, Dura 15. Qanunghozari, Bd. 1, 25.05.1326-09.12.1326/ 17.7.1947-29.2.1948

Die Debatten des iranischen Parlaments, 15. Legislaturperiode (MM), Surat mozakerat majlis schora-e mille, Dura 15. Qanunghozari, Bd. 2, 11.12.1326-18.06.1327/2.3.1948-10.9.1949

Die Debatten des iranischen Parlaments, 15. Legislaturperiode (MM), Surat mozakerat majlis schora-e mille, Dura 15. Qanunghozari, Bd. 3, 21.06.1327-17.12.1327/13.9.1949-8.3.1949

Die Debatten des iranischen Parlaments, 15. Legislaturperiode (MM), Surat mozakerat majlis schora-e mille, (Dura 15. Qanunghozari, Bd.4, 22.12.1327-04.05.1328/13.3.1949-27.7.1950

Die Zeitschrift der Debatten des iranischen Parlaments (MMS), Majalle Mozakerat majles schora é melli,

Dokumente und Archiv des AIA, 1375: Die Liste der historischen Dokumente des Außenministeriums, 4. Bd., Teheran

Gesetze aus der 13. Legislaturperiode des iranischen Parlaments (Qawanin Moazua wa masael mosawebe dura sisdahom Qanunghozari 9.9.1318-9.9.1320/ 30.11.1939-30.11.1941, Teheran, 1323

Gesetze aus der 14. Legislaturperiode des iranischen Parlaments (Qawanin Moazua wa masael mosawebe dura sisdahom Qanunghozari 12.1322-1324 / 1944-1946, Teheran, 1326

Gesetze aus der 15. Legislaturperiode des iranischen Parlament (Qawanin Moazua wa masael mosawebe dura sisdahom Qanunghozari 5.1326-1328/ 1948-1950, Teheran, 1329

#### **X.1.4. Die Regierung**

AIA, 1369/1990: Die Dokumente der iranischen Verträge mit anderen Ländern (asnad mohaedade dojanebe ba sayar dowl), Bd. 2, Teheran

AIA, 1323: Die Teheran-Konferenz: die Erklärung der drei Regierungen über den Iran Azar 1322/Dezember 1943, Teheran (the ministry of foreign affairs Iran 1943, The Tehran conference, the three-power declaration, concerning Iran, - Dokument in drei Sprachen)

AIA, 1369/1990: Politiker in der internationalen Politik Irans (siasatghozaran va regal siasi dar ravabet kharegi iran), Teheran

Amidi-Nouri 1325/1946: Der Vertrag zwischen Teheran und Täbris (Tavafoogh bain e teheran va tabris), Teheran

Amusegar, S.H. 1326/1947: Das Erdöl und die Ereignisse in Aserbaidshān (naft wa havadesse azarbaijan), Teheran

Bulletin der Bank Melli Iran, 1320/1941.

Bulletin der Bank Markazi Iran, 1341/1962

DMSB, 1369/1990: Die Politiker in der iranischen Außenbeziehung (siasatghusaran wa rejal e siasi dar: rawabet e khareji iran), Teheran

DMSB, 1369/1990: Dokumente der iranischen Verträge mit anderen Ländern (asnad e mohaedat e do janebe ba sayar e dowl), 2. Bd, Teheran

Documents from the U.S. Espionage 1364//1985: Dokumente von der amerikanischen Botschaft in Teheran im Jahre 1980 / U.S. Interventions in Iran , Bd. 1, Muslim Students following the line of the Imam, Teheran

Documents from the U.S. Espionage 1364/1985: U.S. Interventions in Iran (1) , Muslim Students following the line of the Imam, Bd. 8, Teheran

Documents from the U.S. Espionage 1364/1985: U.S. Interventions in Iran (2) , Muslim Students following the line of the Imam, Bd. 12, Teheran

Militär-Gouvernement von Teheran, 1336/1957: Die kommunistische Entwicklung im Iran von 1941 bis 1959, (sayre komonism dar iran as Schahrivar 1320 ta farvardin 1336) Teheran.

Nabil, F. 1323/1944: Die Teilnahme Irans am Sieg der Alliierten 1320-1323/1941-1944, Nr. 27/1944, in: AIA.

SAMI, 1370/1991: Die Dokumente der politischen Parteien Irans, Die kommunistische Tätigkeit in der Reza-Schah-Zeit 1921-1931, Bayat, K. (Hg.) (asnad ahzab sieasi iran , faaliyat-hae kommunisti dar daure Reza Schah 1300-1310, Bd. 1., Teheran

SAMI, 1371/1992: Geheime Dokumente der iranischen Polizei 1945-1947, Tafrashi, M./Taher ahmady, M.(Hg) (gozareshha e mahramaneh Scharbani 1324-1326), Bd. 1 , Teheran

SAMI, 1371/1992: Geheime Dokumente der iranischen Polizei 1948-1949, Tafrashi, M./Taher ahmady, M.(Hg) (gozareshha e mahramaneh Scharbani 1324-1326), Bd. 2, Teheran

SAMI, 1372/1993: Die Dokumente der iranischen Presse zwischen 1907-1941, Bayat, K./Kuhestaninejad, M. (Hg.) (asnad Matbuhat, 1286-1320), Bd.2, Teheran

SAMI, 1374/1995: Die iranische Regierung und die deutschen Experten als Immigranten 1921-1940, Sharezahii, R. (Hg), (dolat iran va motekhasesan mohajer almani, 1310-1319)

Wezarat-Darai' 1325/1946: Die Veröffentlichungen des Finanzministeriums (Keshwar Schahanschahi, wezarat darai', edare gomruk), Teheran

## **X.2.Großbritannien**

### **X.2.1. Unveröffentlichte Quellen**

a) **Public Record Office**, insbesondere Dokumente aus FO 371/106-68750, zwischen 1906 und 1948

b) **Cabinet Conclusions**:

CAB 23/49 to 100 (1925-1939), CAB 65/1 to 23 (1939-1941), CAB 66/35, 66/39 (1943), CAB 78/30/Gen. 57 (1945), CAB 128-129 (1945-1947)

c) **India Office**, Political and Secret Files under:

- L/P & S/10, Departmental Papers: Political and Secret Files, 1925-1931.

- L/P & S/12, Departmental Papers: Political and Secret Files and Collections, 1931-1941

- L/P & S/12, Collection 28, Persia 1938-1948

- L/P & S/12, Annual Files Persia: 1941, 1942, 1945-1947

d) **India Office**, War Staff Department,

L/WS/1: general Correspondence: Persia 1931-1947

### **X.2.2. Veröffentlichte Quellen**

Attlee, C./ Bevin, E. 1947: Britische Außenpolitik, Hamburg

Bolton, J. R. G. 1941: "The B.B.C. and Persia", in: The Spectator, 26.9.1941, S. 303-334.

Bullen, R. /Pelly, M. E. (eds.), 1986: Documents on british policy overseas (DBPO), Britain and America: Negotiation of the United States loan, 3. August – 7. December 1945, Series I. Vol. III., HMSO, London

Bullen, R. /Pelly, M. E. (eds.), 1987: Documents on british policy overseas (DBPO), The London Conference on Anglo-American Relations and Cold War Strategy January- June 1950, Series II. Vol. II., HMSO, London

Bullen, R. /Pelly, M. E.. (eds.), 1986: Documents on british policy overseas (DBPO), Conferences and Conversations 1945: London, Washington and Moscow, Series I, Vol. II., HMSO, London

Butler, R. /Pelly, M.E. (eds.), 1984: Documents on british policy overseas (DBPO), The Conference at Potsdam July-August 1945, Series I, Vol. I., HMSO, London

Great Britain 1926-1952, British and Foreign States Papers, 1925-1941, Vol. 47-144, London

Lambton, A.K.S., 1946, The Azerbaijan problem, The World Today II, 1 (January 1946), S. 48-57

Medlicott, W.N. /Lambert, M.E./Dakin, D. (Eds.) 1966-1975: Documents on British Foreign Policy; 1919-1939, Series IA, II, HMSO, London

Perjda, Andrew, D. 1946: "The Position of Russia in the oil Age", The American Review of the Soviet Union, VII, 4. August 1946

Ross, G. 1984: The Foreign Office and the Kremlin, British Documents on Anglo-Soviet Relations 1941-1945, London/ New York/ Sydney

Sykes, C. 1946: Russia and Azerbaijan, Soundings, Feb. 1946.

Sykes, K. 1948, Die Aktivitäten von Wasmus (fahaliyat haye wasmus ya lourage almani dar iran, Teheran, persische Ausgabe.

Wiener, J.H. 1972: Great Britain; Foreign Policy and the span of Empire (1889-1971), a Documentary History, New York, Toronto, London, Sydney

Woodward, E.L./ Butler, R. 1952-1963: Documents on British Foreign Policy, 1919-1939, First Series, Vol. I- XIII, London

Yasamee, H.J. /Hamilton, K.A. (eds.), 1995: Documents on british policy overseas (DBPO), United Nations: Iran, Cold War and World Organization, 2. January 1946-13 January 1947, Series I. Vol. VII., HMSO, London

### **X.3. Sowjetunion**

#### **X.3.1. Veröffentlichte Quellen**

Yegorova, N. I., 1996: The Iran Crisis of 1945-1946: A View from Russian Archives, 1996, in: Goftogu 1376: 103-135, Nr. 17./ Auch in: CWIHP working Paper 15. May 1996.

### **X.4. USA**

#### **X.4.1. Veröffentlichte Quellen**

Alexander, Y., Nanes, A.(eds.) 1980: The United States and Iran, a Documentary History, Maryland.

Department of States 1918: Papers Relating to the Foreign Relations of the United States, 1911, Washington

Department of States 1936: Papers Relating to the Foreign Relations of the United States, 1920, Vol. III, Washington

Department of States 1936: Papers Relating to the Foreign Relations of the United States, 1921, Vol. II, Washington

Department of States 1940: Papers Relating to the Foreign Relations of the United States, Vol. III, Washington

Department of States 1954: Papers Relating to the Foreign Relations of the United States, 1937, Vol. II, Washington

Department of States 1955: Papers Relating to the Foreign Relations of the United States, 1938, Vol. II, Washington

Department of States 1955: Papers Relating to the Foreign Relations of the United States, 1939, Vol. IV, Washington

Department of States 1958: Papers Relating to the Foreign Relations of the United States, 1940, Vol. III, Washington

Department of States 1959: Papers Relating to the Foreign Relations of the United States, 1941, Vol. III, Washington

Department of States 1961: Papers Relating to the Foreign Relations of the United States, 1943, The Conferences at Cairo and Teheran, Washington

Department of States 1962: Papers Relating to the Foreign Relations of the United States, 1942, Vol. IV, Washington

Department of States 1964: Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers 1943, Vol. IV, Washington

Department of States 1965: Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers 1944, Vol. V, Washington

Department of States 1965: Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers 1944, Vol. VII, Washington

Department of States 1969: Papers Relating to the Foreign Relations of the United States, 1945, Vol. VIII, Washington

Department of States 1975: Papers Relating to the Foreign Relations of the United States, 1948, Vol. V, Part 1. Washington

Department of States 1976: Papers Relating to the Foreign Relations of the United States, 1948, Vol. V, Part 2. Washington

Degras (ed.), 1953: Soviet Documents on Foreign policy 1933-1941, III, London/New York/Toronto

Eudin, Xenia, J. / North, Robert C. (eds.) 1957: Soviet Russia and the East, 1920-1927, A documentary Survey, III, California

Sonntag, R. Beddie (eds.) 1948: Nazi-Soviet Relations 1939-1941: Documents from the Archives of the German Foreign Office, Washington

United States Government 1945-64: Documents on German Foreign Policy 1918-1945, Series D, VII, Washington.

## **X.5. Vereinte Nationen**

United Nations, Yearbook of the United Nations 1946-1947, Lake Success, N.Y. 1947

## **X.6. Tagebücher, Briefe, Memoiren, Biographien**

Acheson, D. 1969: Present at the Creation. My Years in the State Department. New York/London

Arsenjani, H. 1925/1946: Politische Notizen, Teheran,

Alam, A. 1371/1992: Meine Gespräche mit dem Schah, die geheimen Memoiren Alams (gofttego haye man ba schah, khaterat e mahramane asad lah alam), 2. Bd. Teheran

Brooks, M. 1949: Oil and Foreign Policy, London

Browne, E. G. 1910: The Persian Revolution of 1905-1909, Cambridge

Blücher, W. 1949: Zeitenwende in Iran Erlebnisse und Beobachtungen, Biberbach

Bullard, S.R. 1958: The Middle East, a Political and Economic Survey, London, New York, Toronto

Bullard, S.R. 1961/1964: The Camels must go, London

Bullard, 1992: Private Briefe und geheime Berichte von Bullard (name haye khususi wa gozaresh ha e mahremane Bullard), Teheran, persische Ausgabe

Churchill, W.S. 1923: The World Crisis, London

Churchill, W.S. 1950: The Second World War, III, The Grand Alliance, London

Churchill, W.S. 1951: The Second World War, IV, London

Churchill, W.S. 1985: Der Zweite Weltkrieg, 3. Aufl. Bern, München, Wien

Dallin, D.J. 1945: Soviet Russia's Foreign Policy (1939-1942), 4. Aufl., New Haven

Dawudi, M. 1326/1947: Qavam al Saltaneh, 2. Bd. Teheran

Dehbaschi, A. (Hg.) 1378/1999: Politische Memoiren von Ardeschir Avansiyani, Teheran,

Eden, A. 1960: The Memoirs of Sir Antony Eden, Cassel, London. persische Ausgabe

Eskandari, I. 1372/1993: Eskandari Memoiren (khaterat Iraj Eskandari), Teheran

Fardust, H. 1373/1994: Entstehen und Zerfall der Pahlavi-Dynastie, die Memoiren von General Hosein Fardust (zohur wa sughut saltanat pahlavi, khaterat hosein e fardoust), 2. Bd., Teheran

Farrokh, M. 1348/1969: Politische Memoiren Farrokh's (Chaterat Siasi Farrokh), Teheran

Firus, M. 1373/1994: Maryam Firus Memoiren (khaterat maryam firus), Teheran

Frechtling, L. E. 1941: Oil and the War, in: Foreign Policy Reports 16-17, 1940-1942, New York, 1969, S. 69-80.

- Ghasi, A-H. 1994: Die Kurden, Waisenkinder des Universums, Berlin/Bonn Der Autor ist der Sohn von Ghasi Mohammed (der Führer der kurdischen Republik in Mahabad).
- Gromyko, A. 1369/1990: Memories Andrei Gromyko, Teheran, persische Ausgabe
- Hedayat, M. 1344/1965: Memoiren und die Gefahren (khaterat wa khaterat) Teheran
- Hull, C. 1948: The Memoirs of Cordell Hull, Voll. II, New York
- Ironside, E. 1972: The Diaries of Major General Sir Edmund Ironside: 1920-1922, London
- Kennan, George F. 1968: Memoiren eines Diplomaten (Memoirs 1925-1950), Stuttgart
- Khameii, A. 1362/1983: Memoiren, der verlorene Moment (Khaterat, Forsat e as dast rafteh), Bd. 2, Teheran
- Kiyanuri, N. 1371/1992: Kiyanuri, Memoiren (Khaterat Kiyanuri), Teheran
- Kiyanuri, N. 1376/1997: Gespräch mit der Geschichte (ghoftogoo ba tarikh), Teheran
- Mirza Saleh, G. 1372/1993: Die Demokratiekrise im ersten Majlis, die Memoiren und private Briefe von Mirza, F. Agha Tabrizi, Teheran.
- Millspaugh, A.C. 1925: The American's Task in Persia, Washington, London
- Millspaugh, A.C. 1946 /1966: Americans in Persia, Washington (Millspaugh, A.C. 1370: Americans in Persia, Teheran, persische Ausgabe)
- Moayed-Amini, D. 1321/1941: Vom 25. August bis 16. September 1941 (sevum ta bistupanjum scharivar 1320) Teheran
- Musaddiq, M, 1990: Musaddiq's Memoires, Katuzian, H. (ed.), London
- Nourzade-Boscheri, E. 1327/1948: Geheimnisse der Südbewegung (Asrar e nehzat e Gonub), Teheran
- Pahlavi 1366/1987: Im Dienst meines Landes (mamuriyat bara e vatanam), 2. Aufl. Teheran, Persische Ausgabe/  
in Deutsch: Pahlavi, M. R. 1980: Im Dienst meines Landes, Stuttgart/ Pahlavi, M. R. 1960: Mission for my Country, London
- Pahlavi, M. R. 1345/1966: Weiße Revolution (Enghelab –e- Safid), Teheran, persische Ausgabe
- Pahlavi, M. R. 1980: Answer to History, Die Schah Memoiren, New York, persische Ausgabe (in Deutsch: Pahlavi, M. R. 1979: Die Antwort an die Geschichte, München, Berlin)
- Perjda, Andrew, D. 1946:1-20, The Position of Russia in the oil Age, The American Review of the Soviet Union, VII, in: Prawda, 4. August 1946.
- Pesyan, 1328/1949: Es gab Tod, es gab Rückkehr (Marg bud, basgascht bud), Teheran
- Qasemi, A. 1323/1944: Was die Tudeh-Partei Irans sagt und was sie will, (hesb –e- tudeh iran tsch miguyad und tsche mikhahat, Teheran
- Roosevelt, Jr., Archie. 1947: The Kurdish Republic of Mahabad, The Middle East Journal, I, No. 3, July 1947, PP. 269-274.
- Sanjabi, K. 1368/1989: Hoffnungen und Hoffnungslosigkeiten, die politischen Memoiren von Dr. Karim Sanjabi (omidha va naomidiha), London
- Schuster, W. M. 1968: The Strangling of Persia, New York

- Steppat, F. 1948: Iran zwischen den Großmächten, Oberursel (Taunus)
- Stettinius, JR. E. R. 1944: Lend-Lease Weapon for Victory, New York
- Tafroshian, A. 1985: Aufstand der Offiziere in Khurasan im Jahre 1945 (ghiam-e afsaran-e khorasan dar sal-e 1945), Schweden, persische Ausgabe.
- Taqizadeh, H. 1919: Die Geschichte des iranischen Parlaments, Berlin.
- Taqizadeh, H. 1919: Die Liste der Mitglieder des zweiten Majlis. In: Kave 24.4.1297 (1919)
- Truman, H.S. 1955: Memoirs: Years of Decisions, I, New York
- Truman, H.S. 1956: Memoirs: Years of Trial and Hope, II, New York
- Zangene, A. 1355/1977: Memoiren in Aserbaidshan 1941-1946, (Khaterati as momoriyat-hay man dar aserbaidshan as scharivar 1320 ta dai mah 1325), 2. Aufl. Teheran.
- Zehtab, R. -: Memoiren in den Gefahren (khaterat dar khatarat), Teheran

## **X.7. Darstellungen und Einzelstudien**

- Abrahamian, E. 1982: Iran between two Revolutions, NJ. (Abrahamian, E. 1377: iran bein e do enghlab, 2. Aufl., Teheran, persische Ausgabe)
- Adli, A. 1960: Außenhandel und Außenwirtschaft des Iran, Berlin
- Afra, H. 1964: Under five Shahs, London
- Afra, H. 1966 The Kurds: A Historical and Political Study, London,
- Afschar-Yazdi, M.1358/1979: Die europäische Politik im Iran (siyasat europa dar Iran), Teheran
- Aghahi, A. 1369/1990: Die Welt und der Erste Weltkrieg (jang e jahani awwal) , 7. Aufl., Maschhad
- Alam, M. : Oil, Power, Rahmenbedingung (naft, ghodrat, osul), Teheran
- Alavi, B. 1955: Kämpfendes (r) Iran, Ostberlin (DDR)
- Albrecht, U. 1999: Internationale Politik: Einführung in das System internationaler Herrschaft, 5. Aufl. München.
- Atabaki, T. 1993, Azerbaijan Ethnicity and Autonomy in Twentieth-century Iran, London, new York
- Avery, P. (Hg.) 1991: The Cambridge History of Iran, Vol. 7. Cambridge (Avery, P. (Hg.) 1372: selsele Pahlavi va nirouha e mazahabi, Teheran, persische Ausgabe
- Avery, P. 1967: Modern Iran, New York, Washington, (Avrey, P.1370: tarigh moaser iran, (Geschichte des modernen Irans), Bd. 2, 2. Aufl. Teheran, persische Ausgabe
- Azghandi, 1379/2000: Foreign Relations of Iran 1941-1979, 2. Aufl., Teheran, persische Ausgabe
- Azghandi, 1978: Die anglo-sowjetische Okkupation im Iran, Diss., Bonn
- Azimi, F. 1989: Iran the Crisis of Democarcy 1941-1953, Diss., London
- Badi'ie, R. 1367/1988: Geographie des Irans, (Joghrafiâé mofassal Iran), Teheran
- Bahar, M. 1357/1979: Der Nachfolger des Kolonialismus (miraskhar e estemar), Teheran
- Bahar, M. 1371/1992: Die Geschichte der politischen Parteien Irans (tarigh e mokhtasar e ahzab e siesaci Iran), 2. Bd., Teheran
- Balagi – Mobayen, M. 1992. Die wirtschaftliche Entwicklung Irans nach dem Zweiten Weltkrieg unter dem Gesichtspunkt ...
- Bayani, K, 1375/1996 : Rebellion in Aserbaidshan (Ghaele Aserbaidshan), Teheran
- Bayat, A. 1356/1977: Über zwei Verträge, 1919 und 1921, (dar bare du gharardad 1919 und 1921), in: enghlab oktober va iran (Die Oktoberrevolution und Iran), 3. Aufl., Stockholm, S. 203-207

- Bayat, A. 1357/1979: Die Geschichte Irans (tarigh e mokhtasar iran), Teheran
- Beblawi, H. 1984: The Arab Gulf Economy in Turbulent Age, London
- Beck, Louis, Revolutionary Iran and its tribal peoples, in Asad, T. and R. Owen (eds.), Sociology of Developing Societies, The Middle East, New York, 1983, 115-126.
- Bedarida, F./Chesneaux, J/ Debouzy, M. 1976: Der Sozialismus in Amerika, Asien, Afrika, Frankfurt/Berlin/Wien
- Benud, M. 1369/1990: von Seiyed Zia bis Bachtiyar, iranische Kabinette seit 3. Esfand 1299 bis 22. Bahman 1357 (As seiyed zieya ta bechtiyar), 3. Aufl. Teheran
- Behrawan, A. 1979: Pahlawi-Dynastie von Anfang bis Ende, Diss. Gießen
- Behrawan, A-H. 1980: Iran: die programmierte Katastrophe, Hamburg.
- Benab, 1974: The Soviet union and Britain in Iran: 1917-27. A case Study of the Domestic Impact of East-West Rivalry, London, Diss.
- Bennigsen, A., Broxup, M., 1983: The Islamic Threat to the Soviet State, London.
- Bharier, J. 1971: Economic Development of Iran: 1900-1970, London.
- Bill, J. 1371/1992: Lion and Adler (Schir wa oghab), Teheran, persische Ausgabe
- Bina, F. 1329/1950: Die Gedanken Reza Schahs (andische haye Reza Schah), Teheran, persische Ausgabe.
- Brune, Lester H. / Whitnah, Donald R. 1985: Chronological History of United States Foreign Relations 1776 to January 20, 1981, II., New York, London.
- Brynes, J. F. 1977: Speaking Frankly, London
- Buchheim, C. 1994: Industrielle Revolutionen, langfristige Wirtschaftsentwicklung in Großbritannien, Europa und in Übersee, München
- Bullard, S.R. 1951: Britain and the Middle East from the earliest Times to 1950, London, New York, Melbourne, Sydney, Cape Town
- Bullock, A., Bevin, E. 1983: Foreign Secretary 1945-1951, London
- Cheibani, A.A. 1956: Iran und seine Außenhandelsbeziehungen, Diss. Bonn
- Chubin, S. 1981: Die Sowjetunion und die Staaten am Persischen Golf, London.
- Chubin, S./Zabih, S. 1975: The Foreign Relation of Iran, Berkeley, Los Angeles, London
- Clemens, D. Shaver, 1970: Yalta, New York.
- Coates, W.P. Coates, Z.K., 1953: A History of Anglo-Soviet Relations 1919-1942, Bd. 1, New York
- Connolley, V. 1933: Soviet Economic policy in the East, London
- Cottam, 1988: Iran and the United States, A Cold War Case Study, Pittsburg
- Curzon, George, N. 1889: Russia in Central Asia, and the Anglo-Russian Question, London
- Curzon, George, N. 1982: Persia and the Persian Question, 2. Bd. London, New York
- Dallin, A. 1965: Sowjetunion und Vereinte Nationen, Köln
- Dashti, A. 1302/1923: Nochmals Protest des britischen Konsulates (bas ehtranz sefarat englis,) in: Schafagh Sorkh, 12. sour 1302 Nr. 14
- De Novo, John A. 1963: American Interests and policies in the Middle East, 1900-39, Minneapolis
- Deburin, G. A. 1369/1990: Die Geheimnisse des Zweiten Weltkrieges (razha e gang e jahani douwom), Teheran, persische Ausgabe
- Dehgan, A., -, Das Land Zarathustras, (Sarzamin Sartuest) Rezaie

- Deighton, A. 1990: *The Impossible Peace: Britain, The Division of Germany and the Origins of the Cold War*, Oxford
- Dietert-Scheuer, A. / Cremer, J. 1999: *Kurden im Mittleren Osten, eine systematische Auswahlbibliographie*, Hamburg,
- DPA (in Baku), 1357/1978: *Dreißig Jahre (si- sal)*, Baku.
- Eagleton, W. 1963, *The Kurdish Republic of 1946*, London, New York
- Ebersold, B. 1995, *Delusions of Grandeur, Großbritannien, der Kalte Krieg und der Nahen Osten 1945-1956*, in: H. H. Jansen/Lehmkuhl (Hg) 1995, *Großbritannien, das Empire und die Welt, britische Außenpolitik zwischen Größe und Selbstbehauptung 1850-1990*, S. 139-168, Buchum
- Ebert, H./ Fürtig,H./ Müller,H. 1987: *Die Islamische Republik Iran*, Berlin
- Ehlers, E. 1980: *Iran; Grundzüge einer geographischen Landeskunde*, Darmstadt
- Elahi, H. 1978: *Die strategische Bedeutung Irans während des Zweiten Weltkrieges*; Diss. Hannover. (Elahi, H. 1961: *Ahamiyat stratejiki iran dar jang jahani douwum*, Teheran, persische Ausgabe)
- Elwell-Sutton, L.P. 1941: *Modern Iran*, London
- Elwell-Sutton, L.P. 1955: *Persian Oil, A Study in Power Politics*, London
- Etehadiye (Nezam mafi), M. 1371: *Die politischen Parteien im dritten Majlis (1333-1334 H.GH.)*, Teheran
- Ettela'at: *28.000 Geschichte Irans und der Welt (28.000 Tarigh Iran v jahan)*, Teheran
- Etzold, Thomas H./Gaddis John L. (Hg) 1980: *Containment: Documents on American policy and Strategie 1945-1950*, New York
- Fabry, P.W. 1980: *Iran, die Sowjetunion und das kriegführende Deutschland im Sommer und Herbst 1940*, Göttingen,
- Fachraii, E. 1357/1979: *Sardar e Jangal*, Teheran, persische Ausgabe
- Farahmand, 1965: *Der Wirtschaftsaufbau des Irans*, Tübingen.
- Farmanfarmaiyan, H. 1353: *Die Analyse der iranischen Auslandspolitik (Tahlil tarigh Siasat kharegi iran)*, Teheran, Persische Ausgabe.
- Fateh, M. 1956: *Fünfzig Jahre iranisches Erdöl (Panjah Saal Naft Iran)*, Teheran
- Fatemi, F.S. 1980: *The USSR in Iran*, London
- Fatemi, N.S. 1952: *Diplomatic history of Persia 1917-1923*, New York
- Fatemi, N.S. 1954: *Oil Diplomacy, Powerkeg of Iran*, New York
- Fawcett, Louise L'Estrange 1992: *Iran and the Cold War, The Azerbaijan Crisis of 1946*, Cambridge, New York;..., Sydney
- Feigl, E. 1995: *Die Kurden, Geschichte und Schicksal eines Volkes*, München
- Feis, H. 1957: *Churchill, Roosevelt, Stalin; The War They Waged and the Peace They Sought*, New Jersey
- Feis, H. 1970, *From Trust to Terror, The Onset of the Cold War, 1945-1950*, London
- Ferrier, R. W. 1982: *The History of the British Petroleum Company, Bd. 1. The Devolving years 1901-1932*, Cambridge
- Fischer, A. (Hg) 1968: *Teheran Jalta Potsdam; Die sowjetischen Protokolle von den Kriegskonferenzen der Großen Drei*, Köln
- Fischer, L. 1930: *Soviets in World Affairs, A History of Revolutions between the Soviet Union and the rest of the World, I-II.*, London

Fontaine, A. 1369/1990: Die Geschichte des Kalten Krieges. (tarigh e jang sard Teheran), persische Ausgabe, (Fontaine, A, 1966: Histoire de la guerre froide, De la Révolution d'octobre à la Guerre, 1917-1950, Paris

Franz, E. 1986: Kurden und Kurdentum, Zeitgeschichte eines Volkes und seiner Nationalbewegungen, Hamburg.

Frotan, ....: Die Tudeh-Partei im Exil (hezb e tudeh dar mohajerat), II., ---

Frotan, ---: Die Tudeh-Partei auf der politischen Bühne Irans (hezb e tudeh dar sahneh iran), I., ----

Gaddis, J.L. 1972: The United States and the Origins of the Cold War 1941-1947, New York/London

Gaddis, J.L. 1990: Russia, the Soviet union and the united States, New York/Auckland/London/.../Toronto

Gaddis, J.L. 1992: The United States and the End of the Cold War, New York/Oxford

Gaddis, J.L. 1997: We now know, Rethinking Cold War History, Oxford

Gasiorowski, M.J., 1993/1371: U.S. Foreign Policy and the Shah (Building a Client State in Iran), Teheran, persische Ausgabe

Geyer. D. 1955: die Sowjetunion und der Iran, Tübingen

Ghassemlou, A. R. 1988: Berichte über iranisch-Kurdistan, in : Gesellschaft für bedrohte Völker (Hg.) Kurdistan und die Kurden, Bd. 1., Göttingen

Goode, J. F. 1989: The United States and Iran, 1946-1951, London

Grobe-Hagel, K. 1992: Russlands Dritte Welt, Frankfurt

Hairi, A.H. 1367/1988: The Early Encounters of the Iranian Thinkers with the Two-Sided Civilization of Western Bourgeoisie (nakhostin ruyaruyaiyha e andischegaran Iran ba do ruye tamadon Garab), persische Ausgabe, Teheran

Handzik, H. 1993: Iran (Mai 1946) in: Politische Bedingungen sowjetischer Truppenabzüge 1925-1958, Baden-Baden. S. 139-180

Harbutt, F. J. 1986: The Iron Curtain: Churchill, America and the Origins of the Cold War, Oxford

Hejazian, Razi. 1999: Die Rolle der Nomadenstämme in der Politik Irans, Berlin

Henle, H. 1966:, Der neue Nahe Osten, Hamburg

Hesam-Moessi, N. 1326/1947: Politische Beziehungen zwischen dem Iran und der Welt, (Tarigh Ravabet Siasi Iran ba Donya), , Bd. 1-2, Teheran

Hess, G.R. 1974, The Iranian Crisis of 1945-46 and Cold War, Political Science Quarterly 89, 1 (1974), 117-146.

Hinz, W. 1938: Irans Politik und Kultur von Kyros bis Reza Schah, Leipzig

Hirschfeld, Y.P. 1978: Irans Bedeutung für die deutsche Kriegswirtschaft, in: "Jahrbuch des Instituts für die deutsche Geschichte" B. 7, Israel, S. 421-445

Hirschfeld, Y.P. 1980: Deutschland und Iran im Spielfeld der Mächte, Düsseldorf

Horowitz, D. 1969, Kalter Krieg, Bd. 1, Berlin

Huber, R. 1956: Iran, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 5, Göttingen

Hurewitz, 1956: Diplomacy in the Near and Middle East: A Documentary Record, 1535-1914, Vol. I-II., London.

Huschang-Mahdavi, A. 1364/1985: Die Geschichte der internationalen Beziehungen von Safawiden-Dynastie bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs (tarigh e ravabet iran as ebteda e dauran safawiye ta payan e gang e jahani dowum), Teheran

Huschang-Mahdavi, A. 1372/1993: Die iranische Revolution nach der Erzählung der B. B. C. (enghlab e iran be ravayat B. B. C. , Teheran

Huschang-Mahdavi, A. 1373/1994: Die Außenpolitik des Irans während der Pahlavi-Dynastie (si yasad khareje iran dar douran e Pahlavi), Teheran

- Iwanow, M.S. 1977: *Moderne Geschichte Irans*, Stockholm, persische Ausgabe.
- Jacobsen, H.A. 1961: *Der Zweite Weltkrieg in Chronik und Dokumenten, 1939-1945*, 6. Aufl., Darmstadt
- James (Hg.) R. 1974: *Winston S. Churchill. His complete Speeches, 1874-1965*. 8 Bde. New York
- Jami, 1355/1976: *Vergangenheit ist das Licht der Zukunft (Ghodzaschte chragh Rah Ajande ast)*, Teheran
- Javanschir, J. 1356/1977: *50 Jahre friedliche Koexistenz zwischen dem Iran und der Sowjetunion (panjah saal hamjstie mosalemat amis iran va Schauravi)*, in: *Oktoberrevolution und Iran, (enghlab oktober va iran)* 3. Aufl., Stockholm, S. 174-193
- Kai Ostewan, H. 1327/1948: *Die These des negativen Gleichgewichtes in der Außenpolitik (Siyasat Muwazene Manfi)*, Bd.1-2, Teheran
- Kai Ostewan, H. 1329/1950: *Die These des negativen Gleichgewichtes in der Außenpolitik (Siyasat Muwazene Manfi)*, Bd. 2, Teheran
- Kambakhsch, A, 1353/1974: *Die Ansicht der Arbeiter und die kommunistische Bewegung im Iran, (nasari be gonbesch kargari va komunisti)*, ----
- Kanjori, J. 1992: *Die soziale Umwälzung im iranischen Kurdistan*, Münster, Diss.
- Kappert, P. *Azerbaidžan zwischen Nationalismus und religiöser Reaktion*, in: Nitsche, P. (Hg), (1994): *Die Nachfolgestaaten der Sowjetunion*, Frankfurt, Berlin, Bern, New York, Paris, Wien, S . 119-130.
- Kasemzadeh, 1344/1965: *Die Verfassung*, 8. Aufl. Teheran
- Kasravi, 1356/1977, *Die Mashrothe-Geschichte (tarigh e mashroth e Iran)*, Teheran
- Kasravi, A. 1356/1977: *Die achtzehnjährige Geschichte Aserbaidšchans (tarigh e hischdah sala iran)*, 2. Bd., 8. Aufl., Teheran
- Kasravi, A. 1357/1978: *Gericht (Daadgah)*, Teheran
- Katouzian, H. 1981: *Political economy of Modern Iran 1926-1979*, London (Katouzian, H. 1371/1992: *Die ökonomische Politik des Irans, von der Konstitution bis zum Ende der Pahlavi-Dynastie, (eghtesad e sisasi iran)*, Bd. 2, Teheran, persische Ausgabe)
- Kauz, R. 1995: *Politische Parteien und Bevölkerung im Iran : Die Hezb-e Demokrat-e Iran und ihr Führer Qavamos-Saltanā*, Berlin
- Kazemzadeh, F. 1968: *Russia and Britain in Persia, 1864-1914. A Study of Imperialism*, New Haven.
- Kennan, G. 1977: *The Cloud of Danger: Current Realities of American Foreign Policy*, Boston.
- Kennedy, P.M. 1981: *The Realities behind Diplomacy: Background Influences on British External Policy, 1865-1980*. London, Boston, Sidney.
- Keschawarz, F. 1357/1979: *Ich klage an (man moteham mikunam)*, Teheran.
- Khameii, A. 1378/1999: *Die schwierigen Jahre, 5. Kolonne von Deutschen im Iran (salha e pur aschub, Sotun e pangon alman)*, Bd. 1, Teheran
- Khameii, A. 1378/1999: *Die schwierigen Jahre, Die Besatzung des Irans und der Sturz Reza Schahs (salha e pur aschub, sharivar 1320, eschghal e Iran wa soghut e Reza Schah)*, Bd. 2 Teheran
- Khameii, A. 1379/2000: *Die schwierigen Jahre, Teheran-Konferenz und Erdölkrise (salha e pur aschub, konferanz teheran wa keschmekesch e emtiyas e naft)*, Bd. 3, Teheran
- Kharabi,F. ---: *Konstitutionelle Bewegung im Iran und ihre sozio- ökonomischen und politischen Voraussetzungen*
- Khuhi Kermani, H. ---: *Vom August 1941 bis zur Katastrophe in Aserbaidšchan und Janjan (as Scharivar 1320 ta fajehe aserbaidšchan wa Janjan)* Bd.2, Teheran

- Kieser, H. L. (Hg), 1997: Kurdistan und Europa, Einblicke in die kurdische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Zürich
- Kirk, G. 1954: The Middle East 1945-1950, Survey of International Affairs, London/New York /Toronto
- Krasner, St. D. 1985: Structural Conflict, The Third World against Global Liberalism, Berkeley
- Kuniholm, B. R. 1980: The Origins of the Cold War in the Near East, Princeton
- Kutschera, 1981/1360, Kurdistan und die Republik Mahabad (kurdestan va jomhuri-e mahabad), in DPK Irans/Sektion Europa, persische Ausgabe.
- Lawel, J. 1984: The Challenge of American Foreign Policy, New York, (Lawel, J. 1371: Chaleschha e siyasat khareji amerika, Teheran, persische Ausgabe)
- Lenczowski, G. 1949/1968: Russia and the West in Iran 1918-1948, a study in big-power rivalry, New York/Westport
- Lenczowski, G. 1952: The Middle East in World Affairs, New York
- Lenczowski, G. 1978: Iran under the Pahlavis, California
- Lenczowski, G. 1990: American Presidents and the Middle East, Durham/London
- Lenin, W.I. / Stalin, J. 1939: Das Jahr 1917, in Ausgewählte Werke, Moskau
- Loewenheim, F.L. / Langley, H.D. / Jonas, M. 1975: Roosevelt and Churchill; Their Secret Wartime Correspondence, London
- Loth, W. 1980: Die Teilung der Welt 1941-1955, München
- Louis, W. Roger, 1972: Imperialism at Bay 1941-1945, The United States and the Decolonization of the British Empire, Oxford
- Louis, W. Roger, 1984: The British Empire in the Middle East 1945-1951, Oxford
- Lytle, 1987: Origins of the Iranian-American Alliance, New York.
- Maghsudi, M. (Hg) 1380: Politische und soziale Änderung des Irans 1941-1979 (Tahavolate siasi-eghtemaii iran 1320-1357), Teheran, persische Ausgabe
- Mahmud, M. 1328/1949: Die Beziehung Irans und Englands im 19. Jahrhundert, (Tarigh e iran va english der gharn e 19.) 5. Bd., Teheran
- Mahrad, A. 1977: Iran unter der Herrschaft Reza Schahs, Frankfurt, New York
- Mahrad, A. 1979: Die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen Iran und dem Nationalsozialistischen Deutschen Reich, Anzali
- Mahrad, A. 1983: Die deutsche Pénétration Pacifique des iranischen Pressewesens 1909-1936, Frankfurt, Bern, New York
- Mahrad, A. 1985: Die Außenpolitik Irans von 1950 bis 1954 und die Aufnahme der Beziehung Iran und Bundesrepublik Deutschland, Saarbrücken
- Mahrad, A. 1985: Zum Verhältnis zwischen Iran und der Sowjetunion, Osnabrück
- Makki, H. 1358/1979: Das politische Leben Von Ahmad Schah (zendegi siyasi ahmad schah), 2. Bd., Teheran
- Makki, H. 1358/1979: Die zwanzigjährige Geschichte Irans (Tarigh bist sale Iran), Bd. 1, 2. Aufl., Teheran
- Makki, H. 1324/1946: Die zwanzigjährige Geschichte Irans (Tarigh bist sale Iran), Bd. 2, Teheran
- Makki, H. 1324/1946: Die zwanzigjährige Geschichte Irans (Tarigh bist sale Iran), Bd. 3, Teheran
- Makki, H. 1361/1982: Die zwanzigjährige Geschichte Irans (Tarigh bist sale Iran), Bd. 4, Teheran
- Makki, H. 1362/1983: Die zwanzigjährige Geschichte Irans (Tarigh bist sale Iran), Bd. 5, Teheran
- Makki, H. 1362/1983: Die zwanzigjährige Geschichte Irans (Tarigh bist sale Iran), Bd. 6, Teheran

- Makki, H. 1363/1984: Die zwanzigjährige Geschichte Irans (Tarigh bist sale Iran), Bd. 7, Teheran
- Makki, H. 1364/1985: Die zwanzigjährige Geschichte Irans (Tarigh bist sale Iran), Bd. 8, Teheran
- Malekzadeh, 1328/1949: Die Geschichte der iranischen Konstitution, Bd. 1-5, Teheran
- Marlowe, J. 1963: Iran, New York
- Martschukat, J. 1995: Antiimperialismus, Öl und die Special Relationship, die Nationalisierung der Anglo-Iranian oil Company im Iran 1951-54, Münster, Diss.
- Massarat, M. 1980: Weltenergieproduktion und Neuordnung der Weltwirtschaft. Die Weltarbeitsteilung und die Neuverteilung des Reichtums in der Welt . Frankfurt, New York
- Mastny, V. 1979: Russia's Road to the Cold War: Diplomacy, Warfare and the Politics of Communism, 1941-1945, New York.
- Meiselas, 1997: Kurdistan: In the Shadow of History; New York.
- Mejcher. H. 1980: Die Politik und das Öl im Nahen Osten (I. Der Kampf der Mächte und Konzerne vor dem Zweiten Weltkrieg), Stuttgart
- Mejcher. H. 1990: Die Politik und das Öl im Nahen Osten (II. Die Teilung der Welt 1938-1950), Stuttgart
- Memmor, B. 1983: Die Ölfrage, Baden-Baden
- Moghsudi 1376/1997: Die Disharmonie der Bevölkerung und die nationale Entwicklung im Iran (nahamgouni jamiyati wa touse e melli dar Iran, Teheran, persische Ausgabe
- Mohandes-Dastgerdi, S. 1992: Die Bedeutung der Rohstoffindustrie der Aufbau und die Entwicklung der Industrialisierung
- Moon, Parker T. 1947: Imperialism und World Politics, New York.
- Motazed, K. 1376/1997: Saiyed Zia-addin- Tabatabaai, Politiker mit zwei Gesichtern (siasatmadar –e- do tschereh), 2. Bd. Teheran, persische Ausgabe
- Nachgavan, M. 1363/1984: Geschichte des Zweiten Weltkrieges 1939-1945 (tarikh jang jehani duvum 1939-1945) 2.Aufl. Teheran
- Nafici, M. R. 1371/1992: Der Prozess des wirtschaftlichen Gedankens in der Pahlavi-Ära (negahi be sier e Andischeh Eghtesadi dar Asar e pahlavi ) , Teheran
- Nafici, S, 1335/1956: Die soziale und politische Geschichte des Irans (tarigh ejtemaii wa siasi iran), Teheran
- Naghizadeh, A, 1380/2001, Die Entwicklung der internationalen Beziehung von Wien bis heute (tahawolat e ravabet binulmelal, as wien ta emruz, Teheran, persische Ausgabe
- Nazem, H. 1975: Russia and Great Britain in Iran, New York
- Nejati, G, 1368/1989: Die Nationalisierungsbewegung der Erdölindustrie, Iran und Putsch 1953 (jonbesch e melli schodan e sanat e naft, iran wa kudeta e 28. mordas 1332), 5. Aufl. Teheran.
- Nicolson, H. 1934: Curzon: the Last Phase, 1919-1925, A Study in post war diplomacy, London.
- Niedhart, G. 1972: Großbritannien und Sowjetunion 1934-1939, Studien zur britischen Politik der Friedenssicherung zwischen den beiden Weltkriegen, München
- Niedhart, G. 1979: Handel und Krieg in der britischen Weltpolitik 1738-1763, München
- Niedhart, G. 1987: Geschichte Englands im 19. und 20. Jahrhundert, München
- Niedhart, G. 1989: Internationale Beziehungen 1917-1947 Paderborn, München, Wien, Zürich
- Nirumand, B. (Hg) 1993: Die kurdische Tragödie, Hamburg
- Nissman, David. B. 1987: The Soviet Union and Iranian Azerbaijan, The use of Nationalism for political Penetration , Boulder/London.

- Northedge, F. S. 1984: Britain and the Middle East, in: Ovendale, 1984 (Hg.), The Foreign Policy of the British Labour Governments, 1945-1951, S. 149-180, Leicester
- Oberling, P. 1974: The Qashqai Nomads of Fars, The Hague
- Painter, David S. 1986: Oil and the American Century, The political economy of US foreign Policy 1941-1954, Baltimore.
- Parvizi Amineh, M. 1999: Die globale kapitalistische Expansion und Iran, eine Studie der iranischen politischen Ökonomie 1500-1980, Hamburg
- Pawelka, P. 1993: Der Vordere Orient und die Internationale Politik, Stuttgart, Berlin, Köln
- Payton-Smith, D, J. 1977: Oil, London
- Petroschki, A. P. ---: Die Geschichte Irans, (tarigh e Iran), persische Ausgabe
- Polk, W.R., 1976: The United States and the Arab World, Cambridge/Massachusetts/London
- Pruessen, R. W., 1982: John Foster Dulles. The Road to Power, New York
- Ramazani, R. K. 1966: Iran`s Foreign Policy 1500-1941, Virginia
- Ramazani, R. K. 1975: Iran`s Foreign Policy 1941-1973 – A Study of Foreign Policy in Modernizing Nations, Charlottesville Virginia
- Ramazani, R. K. 1982: The United States and Iran: Patterns of Influence, New York.
- Rauch, von G. 1990: Geschichte der Sowjetunion, 8. Aufl., Stuttgart
- Rauhani, A. 1375/1996: Der Pressezustand in der Ära Reza Schahs (wasijjat matbuhat das aser e reza kahn) in: fasl name e tarighi, siasi, farhangi 15. khurdad, 5. Jg. Nr. 21.
- Ravasani, S. 1974: Sowjetrepublik Gilan , Berlin
- Ravasani, S. 1978: Iran; Entwicklung der Gesellschaft, der Wirtschaft und des Staates, Stuttgart
- Rezaii, A. 1379/2000: 10000 Jahre Geschichte des Irans (Tarigh dah-hezar-sale iran), Bd.4, 12. Aufl., Teheran.
- Rezun, M. 1981: The Soviet union and Iran, Genève
- Rossov, R. 1956: The Battle of Aserbaidshon, 1946, in: The Middle East Journal, 10 (Winter 1956)
- Rubin, B. 1980: The Great Powers in the Middle East 1941-1947, London/Totowa
- Rubin, B. 1980: Paved with Good Intentions. The American Experience in Iran, Oxford
- Sadr-Nabawi, R. 1968: Die Wirtschaft des Iran während des Zweiten Weltkrieges, Diss. Heidelberg
- Safaii, E. 1344/1965: Die Führer der Konstitution (Rahbaran e Maschrouteh), Teheran
- Safari, M.A. „Das Westereignis“ ( Waghe e garb) in: *Donya* 1348/1969, Nr. 25
- Sajadi, M. 1347/1968: Als der Gründer der Pahlavi-Dynastie vorhatte, als König zurückzutreten (Avalin bar ke sar dudman pahlavi mosammam be estefa as saltanat schodand), in: *Donja*, Jg. 24.. S. 334-348
- Sallakhi, M. H. 1984: Die Industrialisierung des unterentwickelt gehaltenen Iran, Eine sozio-ökonomische Untersuchung des historischen Verlaufs der Industrialisierung bis 1963 im Iran, Aachen, Diss.
- Samii, K.A. 1987: Involvement by Invitation: American Strategies of Containment in Iran, Pennsylvania/London
- Sardar-abady, K. 1378/1999: Die Hindernisse der politischen Entwicklung in der Ära Reza Schahs (mavaneh tahaghoogh tousehe siyasi der daura e saltanat e reza schah), Teheran, persische Ausgabe.
- Schajii, Z. 1372/1993: Die politische Elite im Iran von der Konstitutionellen Revolution bis zu der islamischen Revolution, die Entwicklung der Minister im Iran (nokhbegan e sieasi iran as enghlab maschroutiiyat ta englanb islami, wezarat v tatawor an dar iran), Bd. 1., Teheran

Schajii, Z. 1372/1993: Die politische Elite im Iran von der Konstitutionellen Revolution bis zu der islamischen Revolution, der Ministerpräsident und die Minister im Iran (nokhbegan e sieasi iran as enghlab maschroutiiyat ta englanb islami, nakhustvazir va waziran dar iran), Bd. 2., Teheran

Schajii, Z. 1372/1993: Die politische Elite im Iran von der Konstitutionellen Revolution bis zu der islamischen Revolution, die iranischen Kabinette in der Konstitutionellen Ära (nokhbegan e sieasi iran as enghlab maschroutiiyat ta englanb islami, heihat vaziran iran dar aser e moschroutiyat), Bd. 3., Teheran

Schajii, Z. 1372/1993: Die politische Elite im Iran von der Konstitutionellen Revolution bis zu der islamischen Revolution, die Abgeordneten im iranischen Parlament (nokhbegan e sieasi iran as enghlab maschroutiiyat ta englanb islami, namajandegan e majlis sura e melli) Bd. 4., Teheran

Schamim, A. ---: Iran in der Ära M. R. Pahlavi (Iran dar dura Saltanat Mohammed Reza Pahlavi), Teheran

Scharafschahi, B. 1968: Entwicklung der politischen Macht in Iran, Kiel, Diss.

Schneider, W. 1996: Die britische Iranpolitik im Zweiten Weltkrieg und des Ausbruch des Kalten Krieges, Bd.2, Hamburg, Diss.

Sepher, Z. 1364/1985: Die Geschichte der kommunistischen Bewegung im Iran (Tarigh e jonbesch e kommunisti dar iran), Teheran, persische Ausgabe

Sepher, Z. 1370/1991: Iran in der Mossadegh Ära (iran dar dura e Mossadegh), Teheran

Sicker, M. 1988: The Bear and Lion. Soviet Imperialism and Iran, New York.

Siege, L. 1980: Strukturelle Abhängigkeiten in den Außenbeziehungen eines Erdöl-exportierenden Entwicklungslandes - der Fall Iran- München/ Florenz, Diss.

Skrine, C. 1962: World War in Iran, London

Stein, 1959: Das Königtum, die Republik und Souveränität der französischen Gesellschaft seit der Revolution 1848, Darmstadt.

Stewart, R.A. 1988: Sunrise at Abadan, The British and Soviet Invasion of Iran, 1941, New York

Strohmeier, M./Heckmann, L.Y. 2000: die Kurden, München

Tabari, E. 1356/1977: Iran in der Zeit Reza Schahs (Iran dar duran Reza Schah), Teheran

Tabari, E. 1366/1987: Der falsche Weg (Kaj rahe), Teheran.

Tabatabaai, M. 1366/1987: die historische Analyse der iranischen Presse, Teheran, persische Ausgabe

Taheri, A. 1354/1975: Handels- und politische Beziehungen zwischen England und Iran, (Tarigh Ravabet Bazargani wa Siasi Englis v Iran), Bd. 1-2., Teheran

Taymouri, E. 1332/1953: Die Geschichte der iranischen Konzessionen, Teheran.

Tiler, E.J.P. 1362/1983: Die Wurzeln des Zweiten Weltkrieges (rischeha e jang jahani douom), Teheran

Tonkaboni 1961: Der Parlamentarismus im Iran, München, Diss.

Towfigh, E. 2000: Modernisierung und postkoloniale Herrschaft in Iran, Versuch über den Staat, Diss., Frankfurt.

Tuloui, M. 1373/1994: Spieler der Pahlavi Ära ab Furoghi bis Fardust (basigaran e asr e Pahlavi) , 2, Bd. 2, Aufl. Teheran

Tuloui, M. 1373/1994: Vater und Sohn (pedar va pesar), 4. Aufl. Teheran

Ulam, Adam. B. 1968: Expansion and Coexistence: Soviet Foreign Policy, 1917-1967, London

Ullmann, R., 1972: 317-394, Anglo-Soviet Relations 1917-1921, Voll III. The Anglo-Soviet Accord, Princeton N.J..

Vail Motter, T. 1952: U.S. Army in World War II – The Middle East Theatre: The Persien Corridor and Aid to Russia, Washington, D.C.

- Van Rooy, S. 1962: Kurdenforschung: Eine Voraussetzung konstruktiver Nahostpolitik, In: Grabowsky, A. u. a. (Hg), Zeitschrift für Politik, Jg. 9, Heft. 1, S. 142-153, Wien, Köln, Zürich.
- Van Wageningen, R. W. 1952: The United Nations Action, The Iranian Case 1946, New York
- Villiers, d. G. 1975: Der Schah, der unaufhaltsame Aufstieg des Mohammed Reza Pahlewi, Wien, Düsseldorf
- Von Beyme, K. 1984: Die Sowjetunion in der Weltpolitik, München, Zürich
- Von Erickstedt, 1961: Türken, Kurden und Iraner seit dem Altertum, Probleme einer anthropologischen Reise, Stuttgart.
- Wa'hrhram, G. 1975: USA und Iran, Diss.
- Woodward, S.L. 1971: British Foreign Policy in the Second World War, Vols. II, III, IV, London
- Yazdani, A.O. 1993: Geteiltes Aserbaidshān, Blick auf ein bedrohtes Volk, Berlin.
- Yergin, D., 1977: The Shattered Peace: The Origins of the Cold War and the National Security State, London.
- Yergin, D., 1991: The Prize: The Epic Quest for Oil, Money, and Power. New York / London / Toronto.
- Zabihi, A. 1342/1963: Kommunisten im Iran (Komomism dar Iran, tarigh e Mokhtazar Faalijat komminsha dar Iran), Teheran.
- Zaker-Hosein, A. 1370/1991: Die politische Presse des Iran in der Konstitutionsära (matbua át siasi iran dar aser e mashrotijāt), Teheran, persische Ausgabe
- Zargar, A.A. 1983: Anglo-Iranian Relations: 1925-1941, Genf, Persische Ausgabe
- Zaughī, I. 1368/1989: Iran und die Großmächte 1900-1925 (Tarigh ravabet iran wa ghothrathae bozorg 1900-1925), Teheran
- Zaughī, I. 1368/1989: Iran und die Großmächte im Zweiten Weltkrieg (iran wa ghothrathae bozorg dar jang jehani duwum,) 2. Aufl., Teheran
- Zürrer, W. 1978: Persien zwischen England und Russland 1918-1925, Bern/Frankfurt/Las Vegas

## **X.8. Zeitungen und Zeitschriften**

Afkar Khalgh

Aras be jah e iran e ma

Aserbaidshān

Ayandeh

Azad-Mellat

Bachter

*Bakhtar Emruz*

Bahram

Baltimore Sun

be suye Ayandeh

Bulletin der Bank Markazi Iran

Bulletin der Bank Melli Iran

Chandaniha

Daad

Daily Express, April 1973

Daily News

Daily Telegraph  
Damavand  
Darya  
Demokrat Iran  
Diplomat  
Donya  
Ettela'at  
Farangestan  
Farman  
Iran  
Iran ma  
Iranschar  
Izvestia  
Goftogu  
Jebhe  
Journal de Tehran  
Kave (Berlin)  
Kuschesch  
Mardom bara é Rauschanfekran  
Mosafar  
Nejat Iran  
New York Times  
Omid  
Qiyam -e- Iran  
*Prawda*  
Ra'd Imros (Raad Emruz)  
Rahbar  
Sada-y Iran  
*Siasat*  
Sapid v siyah  
Schafagh Sorkh  
*Schahed*  
Setare  
Soundings  
Süddeutsche Zeitung  
Times of London  
Tribune London  
Zeitschrift für Politik

## **Ehrenwörtliche Erklärung**

Ich versichere hiermit, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und ohne Hilfe anderer als der angegebenen Quellen angefertigt habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht. Die Arbeit wurde in gleicher Form noch keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt.

Mannheim, im Dezember 2002  
Ahmad Ali Asadpour